Stephan Krüger

Keynes & Marx

Darstellung und Kritik der »General Theory«
Bewertung keynesianischer Wirtschaftspolitik
Linker Keynesianismus und Sozialismus

VSA:

Kritik der Politischen Ökonomie
und Kapitalismusanalyse, Band 4

Stephan Krüger
Keynes & Marx

Stephan Krüger (Dr. rer. pol., Dipl. Volksw., Kfm., Soz.) arbeitet seit Anfang der 1990er Jahre als Unternehmensberater für Belegschaften und ihre Repräsentanten (Betriebsräte, Arbeitnehmervertreter in Aufsichtsräten und Gewerkschaften). Publikationen zur Marxschen Theorie der Kapitalakkumulation und zu Keynes. Beschäftigt sich seit Mitte der 1970er Jahre mit der Nutzbarmachung der amtlichen Statistik zur Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung auf marxistischer Grundlage.

2010 und 2012 erschienen Band 1 und 2 der Kritik der Politischen Ökonomie und Kapitalismusanalyse: »Allgemeine Theorie der Kapitalakkumulation« und »Politische Ökonomie des Geldes«. Als Band 3 wird erscheinen: »Wirtschaftspolitik und Sozialismus«.

Stephan Krüger

Keynes & Marx

Darstellung und Kritik der »General Theory«
Bewertung keynesianischer Wirtschaftspolitik
Linker Keynesianismus und Sozialismus

Kritik der Politischen Ökonomie und Kapitalismusanalyse –
Band 4

VSA: Verlag Hamburg

www.vsa-verlag.de

© VSA: Verlag 2012, St. Georgs Kirchhof 6, D-20099 Hamburg
Alle Rechte vorbehalten
Druck und Buchbindearbeiten: Beltz Druckpartner GmbH & Co. KG, Hemsbach
ISBN 978-3-89965-531-5

Inhalt

Vorwort 11

Erster Abschnitt: Der entwickelte Kapitalismus als Geldwirtschaft

Kapitel 1: Wesentlichkeit des Geldes 21

a) Differentia specifica des gesamtwirtschaftlichen Zusammenhangs in einer Geldwirtschaft 21
Soziales Handeln unter Unsicherheit und Geld als Verbindungsglied zwischen Gegenwart und Zukunft 21
Keynes' Kritik der neoklassischen Anschauung des gesamtwirtschaftlichen Zusammenhangs (am Beispiel der Beschäftigungstheorie) 30
b) Geld als Vermögensgegenstand 35
Eigenschaften dauerhafter Vermögensgegenstände 35
Die spezifischen Eigenschaften des Geldes oder die Rigidität des Geldzinssatzes 42
c) Die Konfundierung von einfachen und entwickelten Bestimmungen des Wertes und des Geldes bei Keynes 46
Keynes' unzureichende Fassung des Geldes als sachlich-gegenständliche Ausdrucksform spezifisch gesellschaftlicher Verhältnisse 46
Keynes' verquere Form der Differenzierung zwischen verschiedenen Geldfunktionen und sein Zusammenwerfen von einfachen Grundbestimmungen des Geldes mit den auf Basis des Kreditsystems ausgearbeiteten Verhältnissen 48

Kapitel 2: Arbeit und Profit 52

a) Die Keynessche Profitableitung 52
Knappheitstheoretische Begründung des Profits 52
Keynes' Distinktion zwischen Profit und Zins als Kritik der Neoklassik 58
b) Keynes' »vorklassische Auffassung«: Arbeit als einziger Produktionsfaktor 62
c) Messung der Produktion in Arbeitseinheiten 65
Arbeitseinheiten (labour units) als Maß für den Umfang der Produktion als statistische Operationalisierung einer Messung 65
Die Fixierung der Arbeitseinheiten als unbewusste, implizite Wertabstraktion bei Keynes 70

Kapitel 3: Der »nicht-gleichgewichtige« gesamtwirtschaftliche Zusammenhang ... 76

a) Theorie des »sich verschiebenden Gleichgewichts« 76
Die Erwartungen und ihre materielle Grundlage 76
Keynes' implizite Kritik der Gleichgewichts-
(und Ungleichgewichts-)Ökonomie als Denkform 81
b) »Gleichgewicht« oder (ex-post) »Gleichheit«
von Investition und Ersparnis? 87
c) Die werttheoretischen Dimensionen
in Keynes' Theorie des »sich verschiebenden Gleichgewichts« 91
Wert und Preis in der Marxschen Theorie 91
Die von Keynes erkannten oberflächlichen Dimensionen des
gesamtwirtschaftlichen Regulationszusammenhangs zwischen
Produktion und Konsumtion in der kapitalistischen Produktionsweise 98

Zweiter Abschnitt: Der reproduktive Kreislauf und die Neigung zum Konsum

Kapitel 4: Die mikroökonomische Basis bei Keynes 103

a) Keynes' produktionstheoretische Grundlagen 103
Stellenwert der Produktionstheorie im Keynesschen System 103
Ertragsgesetzliche Produktionsfunktion 104
b) Gebrauchskosten und Bestimmung des Einkommens 113

Kapitel 5: Die kreislauftheoretischen Grundlagen 120

a) Sukzession der Produktionsstufen
und das scheinbare Verschwinden des konstanten Kapitals 120
Der »aggregierte Angebotspreis« bei Keynes 120
Das scheinbare Verschwinden des konstanten Kapitals
für die Gesamtwirtschaft 124
b) Investition und Verbrauch 129
Investition als wesentliche Größe 129
Verbrauch und Ersparnis 133

Kapitel 6: Das psychologische Gesetz der »abnehmenden marginalen Konsumneigung« und das Multiplikatortheorem 135

a) Determinanten des Konsums 135
Änderung der Lohneinheit 135
Änderung im Unterschied zwischen Roh- und Reineinkommen
bzw. zwischen Einkommen und Nettoeinkommen 136
Änderungen im Wert des Vermögensbestandes 137
Änderungen in der Rate der Zeitdiskontierung, d.h. im Tauschverhältnis
zwischen gegenwärtigen und zukünftigen Werten 137
Änderungen in der Fiskalpolitik 138

Änderungen in der Erwartung über das Verhältnis zwischen dem gegenwärtigen und dem zukünftigen Niveau des Einkommens 138
Subjektive Faktoren 139
Resümee: Das grundlegende psychologische Gesetz 139
b) Multiplikator 140

Dritter Abschnitt: Die Veranlassung zur Investition

Kapitel 7: Die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals und der Zustand der langfristigen Erwartung der Investoren 147

a) Begriff und Bestimmungsgründe der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals 147
Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals und Rolle der Investition 147
Bestimmungsgründe der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals 152
b) Unternehmungslust und Spekulation 164
Das Fundament der langfristigen Erwartungen der Investoren 164
Widerspruch zwischen Unternehmertum und Spekulation 169

Kapitel 8: Liquiditätsvorliebe und Zinsfuß 175

a) Finanzmärkte und Zinsfuß 175
Begriff des Zinses bei Keynes 175
Angebot und Nachfrage von Leihkapital in Geldform auf den Finanzmärkten 179
b) Die Liquiditätspräferenz 182
Die Beweggründe zur Liquidität 182
Geldmenge und Liquiditätsvorliebe 189
c) Geldangebot und Zentralbankpolitik 197

Kapitel 9: Die Theorie der Beschäftigung 204

a) Stellung und Stellenwert des Arbeitsmarktes bei Keynes 204
Dominanz von Güter- und Finanzmärkten gegenüber dem Arbeitsmarkt ... 204
Die neoklassische Auffassung über den Geldlohn und ihre Kritik 207
Über die Nachfrage vermittelte Wirkungen von Geldlohnänderungen auf die Beschäftigung 209
Restriktionen für die Beschäftigungswirkungen expansiver Geldpolitik – Komplizierung des Kerns der allgemeinen Theorie der Beschäftigung 214
Geldlohn und Reallohn 216
b) Stellenwert des Arbeitsmarktes im Marxschen System 218
Wert der Arbeitskraft und Mehrwertrate 218
Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt – Attraktion und Repulsion von Arbeitskräften 224
c) Vergleich der Marxschen und der Keynesschen Auffassungen zum Arbeitsmarkt 228

Kapitel 10: Die Kapitalakkumulation in der kurzen Frist – Konjunktur und Krise 231

Vierter Abschnitt: Langfristige Entwicklungstendenzen der Kapitalakkumulation

Kapitel 11: Langfristige Entwicklungstendenzen der reproduktiven Kapitalakkumulation 251

a) Beschleunigte Kapitalakkumulation und strukturelle Überakkumulation von Kapital 251
Gesetz des tendenziellen Falls der Durchschnittsprofitrate 251
Übergang der beschleunigten Akkumulation in strukturelle Überakkumulation von Kapital 256
b) Der Gegensatz zwischen Produktion und Konsumtion in der langen Frist bei Keynes 262

Kapitel 12: Widerspruch zwischen reproduktiver und Geldkapitalakkumulation 268

a) Verselbstständigung der Geldkapitalakkumulation von ihrer reproduktiven Grundlage 268
Reproduktive Kapitalakkumulation und Geldkapitalakkumulation 268
Spekulation und »Finanzinnovationen« 272
b) Der »funktionslose Investor« bei Keynes 273

Fünfter Abschnitt: Wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen von Keynes

Kapitel 13: Wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen bei Keynes 279

a) Keynes' Kritik am Kapitalismus 279
b) Keynes' Vorstellungen zur Lösung der Probleme in der »General Theory« und anderen Schriften 282
Nachfragesteigerung durch öffentliche Investitionsprogramme 282
Sozialisierung der Investitionsfunktion und allmählicher Tod des Rentiers 286
Die langfristige Vision: Von der Knappheit zum Überfluss 293
c) Keynes' Konzeptionen für nationale Binnenwirtschaften und eine neue Weltmarktverfassung 298
Nationale Selbstgenügsamkeit und Freihandel 298
International Clearing Union 301

Kapitel 14:
Sozioökonomischer und theoretischer Kontext der Keynesschen Theorie 305

a) Die ökonomische Entwicklung in der Zeit
zwischen den beiden Weltkriegen und die Weltwirtschaftskrise 305
b) Die wirtschaftspolitische Diskussion
im Deutschland der 1920er und 1930er Jahre 310
c) Keynes' »General Theory« im Kontext der wirtschaftspolitischen
Diskussion über die Weltwirtschaftskrise 313

Kapitel 15: Keynesianische Wirtschaftspolitik und
»Keynesianisierung« der Gesellschaft während der Nachkriegsprosperität 318

a) Keynesianisch geprägte Wirtschaftspolitik während des »goldenen
Zeitalters« nach dem Zweiten Weltkrieg: »We are all Keynesians now« 318
b) Das Versagen (bastard-)keynesianischer Wirtschaftspolitik mit dem
Übergang in die strukturelle Überakkumulation von Kapital
in den 1970er Jahren 326
c) Das theoretische Erbe des Versagens des Keynesianismus – die mone-
taristische Konterrevolution: »Nobody is a Keynesian any more« 331

Sechster Abschnitt: Linker Keynesianismus und Sozialismus

Kapitel 16: Wirtschaftspolitik in der zweiten Großen Krise
des Kapitalismus seit ihrem Beginn 2007 337

a) Die Re-Aktivierung des Staates zur Stützung der gesamtwirtschaftlichen
Nachfrage und zur Rettung des kapitalistischen Finanzsystems 337
Staatliche und Zentralbank-Politik zur Verhinderung des
Zusammenbruchs des internationalen Banken- und Finanzsystems 337
Staatliche Ausgaben- und Arbeitsmarktpolitik am Beispiel Deutschlands ... 342
Der naturwüchsige Fortgang der Großen Krise: »De-Leveraging«
bei Banken, Unternehmen, Staaten und Privathaushalten 344
b) Keynesianische Lösungsvorschläge zur Weltwirtschaftskrise
und der Krise in der Euro-Zone 346
Kann es einen »guten Kapitalismus« geben? 346
Der »seichte Keynesianismus« in der Euro-Krise: Lohnerhöhungen
in den EU-Überschussländern und permissive Geldpolitik
der Europäischen Zentralbank als Krisenbewältigungsstrategie 351

Kapitel 17: Weiterführende sozialistische Alternativen 356

a) Marktsozialismus als Sozialismus-Konzeption
für entwickelte Ökonomien 356
Knappheit, Überfluss und marktwirtschaftliche Ressourcenallokation 356

Stellenwert der Eigentumsverhältnisse an den Produktionsmitteln und an Grund und Boden 364
b) Die neue »postfordistische« Betriebsweise als Gestaltungsaufgabe 369
c) Sozialistische Wirtschaftspolitik 374
Sektorale und regionale Strukturpolitik innerhalb der europäischen Volkswirtschaft 374
Makroökonomische Steuerungsinstitutionen und -instrumente 377
Refokussierung und Restrukturierung des Finanzsektors 381
Sozialistischer Ausbau des Sozialstaates: Neue Arbeitsteilung zwischen öffentlich und gemeinwirtschaftlich organisierten Humandienstleistungen 386
Wirtschaftsdemokratische Unternehmensverfassung 390
d) Kommunistische Perspektiven 392

Literatur 398

Ausblick auf Band 3:
Wirtschaftspolitik und Sozialismus
Vom polit-ökonomischen Minimalkonsens
zur Überwindung des Kapitalismus 409

Vorwort

Der nachfolgende Text basiert auf dem 1984 erschienenen Buch »Keynes contra Marx?« (vgl. Krüger u.a. 1984). Dieser Titel sollte seinerzeit die zentrale Stoßrichtung, die die vielfältigen Übereinstimmungen der theoretischen und wirtschaftspolitischen Schlussfolgerungen zwischen Keynes und Marx in den Mittelpunkt stellte, zum Ausdruck bringen. Vieles von dem, was vor mehr als 25 Jahren noch neu war, ist mittlerweile Allgemeingut linker Theoriebildung und Wirtschaftspolitik; teilweise ist das Pendel sogar in die entgegengesetzte Richtung ausgeschlagen und an die Stelle mehr oder weniger schroffer Ablehnung Keynesschen Gedankenguts durch die Marxisten ist eine sehr weitgehende Übernahme getreten. Vor diesem Hintergrund ist eine originär marxistische Kritik an Keynesschen Konzepten wiederum zu akzentuieren. In diesen Punkten, besonders hinsichtlich wirtschaftspolitischer Schlussfolgerungen, eine differenziertere und ausführlichere Position zu entwickeln, die auch andere Keynessche Texte als sein Hauptwerk »General Theory of Employment, Interest and Money« einbezieht, ist einer der Unterschiede des nachstehenden Textes gegenüber seinem Vorläufer. Dieser zusätzlichen Schwerpunktsetzung ist auch der leicht veränderte Titel geschuldet.

Auf der anderen Seite habe ich keine Veranlassung gesehen, von den zentralen Interpretationen und Bewertungen der Keynesschen Theorie gegenüber der damaligen Darstellung gravierend abzuweichen. Dies betrifft sowohl die zugrunde gelegten Fundamentalkategorien Geld, Arbeit und Zeit, aus denen sich die differentiae specificae der Keynesschen Theorie gegenüber dem (neo)klassischen Paradigma erschließen, als auch die Analyse der Bestimmungsgründe der Keynesschen Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals als der die Veranlassung zur Investition grundlegend bestimmenden ökonomischen Variablen. Gerade vor dem Hintergrund der seit Beginn der 1980er Jahre vollzogenen Wandlung des in einer strukturellen Überakkumulation verharrenden Kapitalismus zu einem finanzmarktgetriebenen Akkumulationsregime wird es nötig, das Verhältnis und die Beziehung zwischen der reproduktiven (vulgo: realwirtschaftlichen) und finanziellen Sphäre differenziert zu bestimmen. Damit ergeben sich zugleich Abgrenzungen und Kritik der vorliegend unterlegten Keynes-Interpretation gegenüber den monetärkeynesianischen Ansätzen, die in der Bundesrepublik durch die so genannte »Berliner Schule« vertreten werden und eine vorherrschende Position bei den analytisch orientierten linken Vertretern innerhalb der Gewerkschaftsbewegung gewonnen haben.

Seitens des »Mainstreams« der Wirtschaftswissenschaft und der von ihr verkündeten Politikvorschläge ist die Keynessche Theorie in das eklektizistische Gesamtmosaik der zusammengerührten Theorieansätze integriert worden und vor dem Hintergrund der seit 2007 mit unterschiedlichen Schwerpunkten und Ausprägungen andauernden zweiten Großen Krise der kapitalistischen Produktionsweise wieder wirtschaftspolitisch zu – allerdings zweifelhaften – Ehren gekommen. Konsens

ist, dass das »keynesianische Zeitalter« der kapitalistischen Nachkriegsprosperität unwiederbringlich vorbei sei und man nur in der großen Not des Augenblicks und zeitlich befristet zu einer großangelegten Politik der Nachfragestützung greifen musste. Diese war auch durchaus erfolgreich, indem es wesentlich ihr geschuldet war, dass ein weltweiter Zusammenbruch des Banken- und Finanzsystems sowie deren Wertschöpfungsbasis in der reproduktiven Wirtschaftssphäre – fürs erste – vermieden werden konnte. Aber ebenso wie in den 1950er und 1960er Jahren, als alle »irgendwie« Keynesianer waren, sind auch heute die weitergehenden Perspektiven und Konzeptionen von John Maynard Keynes kein in der Breite der »scientific community« diskutiertes Thema, sondern allenfalls in Randbereichen überhaupt bekannt oder zur Kenntnis genommen. Trotz der faktisch-praktischen Infragestellung der kapitalistischen Produktionsweise durch ihre zum Eklat gekommene langfristig-krisenhafte Entwicklung einer bereits Mitte der 1970er Jahre beginnenden Überakkumulation von Kapital ist bei den selbsternannten »Eliten« und der so genannten »politischen Klasse« kein Bewusstsein hinsichtlich der nur historischen Existenzweise des Kapitalismus und von Perspektiven einer »postkapitalistischen« Wirtschaft und Gesellschaft vorhanden.

Rund 80 Jahre nach dem »Schwarzen Freitag« 1929, der die erste Große Krise des Kapitalismus einleitete, befindet sich die Weltwirtschaft mit der 2007 ausgebrochenen zweiten Großen Krise wiederum in einer Periode zyklenübergreifender Stagnation und Depression. Damit legt die aktuelle Situation einen Vergleich mit den 1930er Jahren nahe. Doch kommt es namentlich auf die historischen Unterschiede an, denn in der Zwischenzeit hat sich eine vollständige Ausgestaltung der kapitalistischen Produktionsweise insbesondere in den abgeleiteten Sektoren der Ökonomie – Geld-, Kredit- und Währungssystem, Staat und öffentliche Umverteilungsfonds – vollzogen. Die Betriebsweise des »Fordismus« und das Nachkriegsakkumulationsregime mit dem Bretton Woods-Währungssystem in den äußeren Beziehungen und den Sozialstaaten im Innern der kapitalistischen Metropolen hatten umfangreiche Veränderungen in der Lebensweise der lohnabhängigen Mehrheit der Bevölkerung erbracht, die trotz aller Deregulierungs- und Rücknahmeprozesse seit der Verstetigung der strukturellen Überakkumulation von Kapital und dem nachfolgenden Übergang in den Finanzmarktkapitalismus noch – wenn auch nur teilweise – fortwirken. Erst vor dem Hintergrund dieser qualitativen Unterschiede zwischen den beiden welthistorischen Erschütterungen des Kapitalismus ist auch die Keynessche Theorie adäquat zu beurteilen und in die Geschichte der Nationalökonomie einzureihen. Namentlich Keynes' Hauptwerk, die »General Theory of Employment, Interest and Money«, ist der systematisch-theoretische Ausdruck des damaligen ökonomischen Kollapses; zugleich ist es, rückblickend, die historisch entsprechende Antwort auf die brennenden Probleme jener Zeit. Unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise des 20. Jahrhunderts formuliert Keynes eine wirtschafts- und gesellschaftspolitische Option, die die noch unausgeschöpften Spielräume der Ausdifferenzierung und Weiterentwicklung der kapitalistischen Produktionsweise antizipiert und in den Handlungsbereich von Gesellschaft und Politik zu rücken

versucht. Die wirtschaftliche und soziale Prosperität der Nachkriegsjahrzehnte bestätigte eindrucksvoll Keynes' Einschätzungen und hob seine politischen Optionen in den Rang eines allgemein anerkannten Rezepts. Die neuerliche Erschütterung der Kapitalakkumulation in der zweiten Großen Krise zu Beginn des 21. Jahrhunderts ist jedoch, wie wir in anderen Schriften zu zeigen versucht haben,[1] Resultat und Konsequenz der seit dem Erscheinen seines Werks abgelaufenen Entwicklung und Weiterentwicklung der Funktionsmechanismen des Kapitalismus. Insofern kann es eine umstandslose Forderung »Zurück zu Keynes« nicht geben und die bestehenbleibende qualitative Differenz zwischen den Keynesschen Visionen der »wirtschaftlichen Möglichkeiten für unsere Enkelkinder«, so einer der Titel seiner sich auf die langfristigen Entwicklungsperspektiven beziehenden Schriften (vgl. Keynes 1930b), und den Eckpunkten einer sich auf Marx berufenden modernen Sozialismuskonzeption ist wieder in den Fokus der theoretischen und wirtschaftspoltischen Agenda zu rücken.

Das Verhältnis zwischen Marx und Keynes bzw. zwischen Marxisten und Keynesianern war stets durch wechselseitige Missverständnisse geprägt. Keynes selbst hat die Marxsche Theorie umstandslos in die Rubrik der Klassischen Politischen Ökonomie eingeordnet und sein Unverständnis und seine Gegnerschaft zum Marxismus in wenig freundliche Worte gekleidet.[2] Fortschrittliche Keynesianer haben in der Folgezeit die offenkundigen Gemeinsamkeiten zwischen der Marxschen und Keynesschen Theorie gewürdigt, sich dabei aber in aller Regel auf die entwickelten Verhältnisse der Oberfläche des kapitalistischen Reproduktionsprozesses – die so genannten Reproduktionsschemata, Bewegung der Profitrate, der Lohnquote (Mehrwertrate) etc. – bezogen.[3] Stets blieb jedoch für diese Keynesianer Marx ein klassischer Ökonom und die Marxsche Werttheorie identisch mit derjenigen von Ricardo*: »Und es ist sicher kein Zufall, daß Marx die Revolutionen der ökonomischen Theorie, die Aufhebung der klassischen Theorie in der Grenznutzenschule, die ja wesentlich noch zu seinen Lebzeiten erfolgte, nicht mehr richtig wahrnehmen konnte: Er selbst war ja mit seiner Kritik an der politischen Ökonomie unübersehbar mit der Klassik verbunden, versuchte gerade auf Basis der*

---

[1] Vgl. Krüger 2010 und 2012, die als Bände 1 und 2 der »Kritik der Politischen Ökonomie und Kapitalismusanalyse« erschienen sind.

[2] Das härteste Verdikt von Keynes gegenüber der Marxschen Theorie findet sich in seiner Broschüre: »Das Ende des Laissez-Faire« (vgl. Keynes 1926): »*Aber der marxistische Sozialismus wird immer eine crux in der Geschichte der Lehrmeinungen bleiben – wie es möglich sein konnte, daß eine so unlogische und langweilige Lehre einen so mächtigen und dauernden Einfluß auf den Geist der Menschen und durch ihn auf den Gang der Geschichte auszuüben vermochte.«* (Ebd. 108)

[3] Als Beispiel für viele vgl. Joan Robinson (1903-1983): »*Was die Krisentheorie betrifft, so scheint mir, daß Marx das meiste von dem, was einmal die Theorie von Keynes ausmachen sollte, gesehen hatte, nur sah er es nie völlig deutlich, weil er den Unterschied zwischen den kurzfristigen und langfristigen Effekten der Investition nicht in den Griff bekam.«* (Robinson 1969: 73)

klassischen Werttheorie Widersprüche und Tendenzen des Wirtschaftssystems, das er Kapitalismus nannte, aufzudecken…« (Scherf 1986: 32)[4] Mit dieser Identifikation des Zentralbegriffs der Marxschen Theorie, Wert, mit Ricardos Wertbestimmung bzw. dessen »Weiterentwicklung« durch Alfred Marshall (1842-1924) u.a. (vgl. Marshall 1890)[5] sind die differentiae specificae der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie nicht mehr zu ergründen und wird die Marxsche Werttheorie, ihr gesellschaftstheoretischer Gehalt wie ihre quantitativen Dimensionen, grundlegend missverstanden.[6]

Umgekehrt waren aber auch die Schwierigkeiten der Marxisten mit Keynes schon immer groß. Innerhalb der kommunistischen Bewegung war Keynes in erster Linie ein Vertreter, der »einen ökonomisch-theoretischen Beitrag zur Förderung und Verteidigung der Interessen des Monopolkapitals« geleistet hat (vgl. Müller 1972); dieser Spielart der »imperialistischen Ideologie« war daher entschieden entgegenzutreten. Keynes' explizite Parteinahme für einen »individualistischen Kapitalismus« war den Vertretern dieser Richtung Grund genug, sich überhaupt nicht näher mit den inneren Widersprüchen des Keynesschen Systems zu beschäftigen und zu prüfen, inwieweit sich nicht gerade darin richtige Einsichten in die Struktur und Funktionsweise der kapitalistischen Produktionsweise bündeln und in spezifischer Weise ausdrücken. Es verstand sich daher von selbst, dass diese Bewertung ihren Bankrott spätestens dann offen eingestehen musste, wenn es darum ging zu erklären, warum der Keynesianismus einen so tiefen Einfluss auf die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung des Westens gewinnen konnte.

Aber auch Vertreter eines westlichen Marxismus fanden für Keynes vielfach nur wenig freundliche Worte. Für Werner Hofmann (1922-1969) ist die »General Theory« die »*Auffassung eines scharfsinnigen Politikers mit divinatorischem Blick für das wirtschaftspolitisch Fällige und einer recht einseitig monetär orien-*

---

[4] Vgl. auch: »*Ich erinnere mich, wie überrascht ich war, als ich anfing, das* Kapital *zu lesen, und feststellte, daß Marx als großer Ökonom in derselben Tradition stand, in der ich aufgewachsen bin (denn meine Lehrer führen ihre geistigen Ahnenrechte über Marshall auf Ricardo zurück).«* (Robinson 1969: 73)

[5] Zur Kritik vgl. Krüger 2010: 250ff.

[6] Dieses hier bei Keynes und den Keynesianern kritisierte Missverständnis bezüglich der Marxschen Werttheorie findet sich gewissermaßen spiegelbildlich auch bei Marxisten, die Marx Relikte einer »prämonetären Werttheorie« à la ökonomischer Klassik vorwerfen: »*… daß Marx zwar ein neues wissenschaftliches Terrain betritt, daß sich der Diskurs der Klassik aber auch noch innerhalb seines eigenen Diskurses wiederfindet. Es ist also nicht nur die Marxsche Selbstreflexion, die mangelhaft ist; seine eigene kategoriale Entwicklung bleibt an entscheidenden Stellen ambivalent … Die Elemente des klassischen Diskurses sind … in das neue Terrain integriert, sie infizieren bereits die grundlegenden Kategorien und generieren spezifische Probleme.«* (Heinrich 2011: 17) Festgemacht wird dieser Vorwurf an der Marxschen Geldbestimmung und Marx wird in Anlehnung an Schumpeter als »*theoretischer Metallist, der der Banking-Theorie nahestand«* (Scherf 1986: 45) herabgewürdigt. Genau diese Sichtweise bestreite ich; vgl. Krüger 2012.

tierten wirtschaftstheoretischen Schulung, die Lehre eines genialen Dilettanten…« (Hofmann 1966: 177) Seine zentralen Vorwürfe gegenüber der Keynesschen Theorie sind eine subjektivierte und voluntarisierte Krisenursachenanalyse, »*eine auf den Kopf gestellte Darstellung der Verhältnisse der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung«* (Multiplikatortheorem), eine fehlende Differenzierung der Einkommen nach ihrer Herkunft (Lohneinkommen und Gewinneinkommen), »*die Zerreißung von Zusammengehörigem, die Disjunktion von verbindenden Gliedern des Wirtschaftsprozesses mit der Folge, dass diese, einmal aus ihrem Zusammenhang gelöst, in eine willkürliche, durch die Bedürfnisse des Modells bestimmte Beziehung zueinander gesetzt werden«* (ebd. 184). Diese Kritikpunkte gipfeln darin, dass Hofmann Keynes hinsichtlich der Analyse des reproduktiven Kreislaufs eine »Haltung des Einzelwirtschaftlers« vorwirft, welche die differentia specifica des kapitalistischen Reproduktionsprozesses total missverstehe. Auch Keynes' Analyse von Geld und Kredit geht nach Hofmann *»am Wesen der erwerbswirtschaftlichen Ordnung vorbei«*, wobei zugestanden wird, dass die »*Wirklichkeit dabei freilich, für Keynes selbst unversehens, immer wieder hinter seinem Rücken hervorlugt«* (ebd. 196). Von einigen, allerdings krassen, Missverständnissen abgesehen, sind die meisten von Hofmanns Kritikpunkten, jeweils für sich genommen, kaum in Frage zu stellen. Doch insgesamt ergibt sich für ihn ein falsches Gesamtbild der Keynesschen Theorie. Durch seine Kritik der Details verstellt sich Hofmann den Blick für die richtigen Einsichten und das tiefere Verständnis der immanenten Widersprüche und Gegensätze der kapitalistischen Produktionsweise, die bei Keynes zugegebenermaßen in einem Haufen Widersprüchlichkeiten und Unklarheiten der Darstellung verborgen liegen. Es ist Hofmanns Maßstab der Kritik, der ihn von einer korrekten Bestimmung des Stellenwerts der Keynesschen Theorie innerhalb der ökonomischen Wissenschaft abbringt und ihn vollends hindert, die auf der Hand liegende Frage nach der wirtschaftspolitischen, d.h. praktischen Relevanz der Keynesschen Theorie auch nur ansatzweise korrekt zu beantworten. Vielmehr kommt er nur dahin, einen unvermittelten Gegensatz zwischen einer an sich mangelhaften Theorie und den tragenden politischen Empfehlungen von Keynes zu konstatieren.

Wenn sich die meisten marxistischen Interpreten von Keynes auch darin einig sind, dass es sein Verdienst ist, die Weltwirtschaftskrise 1929-1932 korrekt als Strukturkrise der kapitalistischen Akkumulation begriffen zu haben, so gehen die Auffassungen über die Tragweite keynesianischer Politik doch auseinander. Hofmanns Charakterisierung des Keynesianismus als »konservative Revolution« lässt – ganz abgesehen von einer äußerst problematischen politischen Standortbestimmung des Keynesianismus – offen, wo die eigentlichen Grenzen dieser wirtschaftspolitischen Konzeption liegen. Es ist demgegenüber Paul Mattick (1904-1981) als Verdienst anzurechnen, dass er »*in der Zeit des größten Aufschwungs des Wohlstands in der Geschichte«* eine marxistische Kritik der Keynesschen Theorie intendiert, die den Nachweis erbringt, dass »*die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie keineswegs irrelevant geworden (ist) … Ich behaupte, daß die keynesianische Lösung der die kapitalistische Welt bedrängenden Probleme nur von zeitweiliger*

Gültigkeit sein kann, und daß sich die Bedingungen, unter denen sie wirksam war, aufzulösen beginnen.« (Mattick 1971: 8) Matticks »Marx und Keynes« galt lange als Standardwerk der westlichen marxistischen Keynes-Rezeption, nicht nur weil es das nahezu einzige Werk zu diesem Problemkomplex war, sondern auch weil seine grundsätzliche Absicht, die Begrenztheit keynesianischer Politik auf die Periode ökonomischer Prosperität nachzuweisen, eine Aufgabenstellung darstellt, die von einem marxistischen Standpunkt aus von weitreichender theoretischer und politischer Relevanz ist. Obwohl daher Matticks Problemstellung wesentlich politischer Natur ist und die theoretische Detailkritik vernachlässigt – vielleicht aber auch gerade deshalb –, ist sein Ansatz frei von der bei Hofmann herausgestellten Begrenztheit: »*Es gibt notwendigerweise eine Verbindung zwischen Marx und Keynes. Marx nahm durch seine Kritik an der klassischen Theorie die Kritik Keynes' an der neoklassischen Theorie vorweg; beide erkannten das kapitalistische Dilemma in der sinkenden Rate der Kapitalbildung. Aber während Keynes ihre Ursache im Mangel an Investitionsanreizen sah, führte Marx das Dilemma auf seine letzte Ursache zurück, auf den Charakter der Produktion als Produktion von Kapital.«* (Ebd. 29) Und: »*Keynes' Theorie wurde dieser Situation gerecht. Sie erkannte die ökonomischen Voraussagen von Marx an, ohne Marx anzuerkennen; sie stellte in ihren Hauptzügen eine Art abgeschwächte Wiederholung der Marxschen Kritik in bürgerlicher Terminologie dar; ihr Ziel war es, den Niedergang des Kapitalismus aufzuhalten und seinen möglichen Zusammenbruch zu verhindern.«* (Ebd. 34f.) Dieser Sichtweise können wir uns anschließen. Doch damit enden unsere Gemeinsamkeiten. Weder bietet Mattick eine durch den Nachvollzug der Keynesschen Theorie fundierte Begründung seiner These, noch können wir seinen zentralen Aussagen über die Marxsche Theorie zustimmen.

Einen Versuch, die bei Mattick offengebliebene theoretische Begründung seiner Einschätzung von Keynes zu liefern und das Verhältnis von Keynesscher und Marxscher Theorie eingehender zu bestimmen, stellt Michael Ernst-Pörksens Ansatz dar (vgl. Ernst-Pörksen 1981). Seine zentrale These lautet: Keynes analysiert die Kategorien der Oberfläche der bürgerlichen Produktionsweise und systematisiert sie, verlässt aber die Oberfläche nie – dies kann bestritten werden –, während Marx nach den Zusammenhängen fragt, welche diese Oberfläche erst konstituieren (vgl. ebd. 615). Ernst-Pörksen begreift die Keynessche Theorie korrekt als Ausdruck der erscheinenden Formen gesellschaftlicher Arbeit; er ist daher auch in der Lage, die zentralen Schnittstellen hervorzuheben, an denen die oberflächliche »Welt des Scheins« Einblicke in die innere Struktur der kapitalistischen Produktionsweise offenbart. Widersprüchlichkeiten bei Keynes sind dann nicht mehr – nur – Gegenstand von Detailkritik wie bei Hofmann, sondern Ausdruck tieferer Einsichten von Keynes in die Struktur der kapitalistischen Produktion. Dies bedeutet auch, dass Marx und Keynes nicht mehr als Antagonisten gegeneinander ausgespielt werden, sondern einer partiellen Integration fähig sind. »*Von einem marxistischen Standpunkt aus stellt die Analyse Keynes' so eine ganz bestimmte Art von ›Ergänzung‹ der Marxschen Analyse dar: Was bei Marx nämlich nur in grundsätzlicher Form*

angedeutet ist, die Bewegung der Oberflächenkategorien als ›verkehrter‹ Ausdruck ihres ›wirklichen‹ Zusammenhangs, ist nach Marx Analyseobjekt bürgerlicher Theorie. Im Unterschied zu vielen seiner Fachkollegen gelingt Keynes allerdings eine weitgehend schlüssige Analyse, die ihres Ideologiegehalts ebenso weitgehend entkleidbar ist und so eigenständigen Erklärungsgehalt besitzt für die konkreteren, bei Marx nicht mehr systematisch analysierten Vorgänge an der Oberfläche der bürgerlichen Produktionsweise.« (Ebd.) Versteht man dieses Verhältnis von Marxscher und Keynesscher Theorie nicht bloß als eines von Grundlage und Ergänzung im Sinne einer einfachen Synthese oder Verschmelzung beider Ansätze, wird der Weg frei für eine neue Sichtweise der Keynesschen Theorie jenseits der Konstruktion eines bloßen Gegensatzes zwischen Marx und Keynes. Vor dem Hintergrund der Marxschen Theorie betrachtet, wird Keynes zu einem Theoretiker, der mit dem Instrumentarium traditioneller Wirtschaftslehre zu tieferen Einsichten in den sich in Widersprüchen bewegenden Funktionsmechanismus der kapitalistischen Produktionsweise vorstößt. Widersprüchlichkeiten in seiner Theorie spiegeln daher zuvorderst die realen Widersprüche und Gegensätze wider.

Mit dem welthistorischen Einschnitt des Zusammenbruchs des so genannten Realsozialismus in der Sowjetunion und den mittel- und osteuropäischen Staaten 1989/90 geht eine längere Periode des Verschwindens und der Verbannung der Marxschen Theorie aus den offiziellen wissenschaftlichen Diskussionen einher, die trotz der zweiten Großen Krise des Kapitalismus seit 2007/08 bis heute anhält. Kritische ökonomische Theorie fußt heute weniger denn je auf dem Marxschen Paradigma, sondern integriert Zusammenhänge und Kategorien des Marxismus allenfalls partiell in mehr oder weniger keynesianisches Gedankengut. Dies gilt namentlich für wirtschaftspolitische Vorschläge und Interventionen der politischen Linken, die z.T. sogar hinter originär Keynesschen Vorstellungen zurückbleiben und auf einem theoretischen Fundament operieren, welches ebenfalls zentrale Einsichten von Keynes vermissen lässt. Versuche einer auf Basis der Marxschen Theorie erfolgenden Kritik an Keynes und dem Keynesianismus sucht man weitgehend vergebens. Eine Ausnahme bilden die jüngeren Arbeiten von Jörg Huffschmid (1940-2009),[7] der, ursprünglich aus der Richtung der parteioffiziellen Doktrin vom staatsmonopolistischen Kapitalismus kommend, durch seine Mitwirkung an den seit 1975 jährlich veröffentlichten »Memoranden« der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, seit 1999 zusätzlich an der maßgeblich durch ihn begründeten »EuroMemo-Gruppe« sich keynesianischem Gedankengut und keynesianischen wirt-

[7] Vgl. hierzu insbesondere seine reichhaltige empirische Analyse des aktuellen Finanzmarktkapitalismus in Huffschmid (2002), mit der die Entwicklungen, die zur zweiten Großen Krise des Kapitalismus ab 2007 geführt haben, in die übergreifenden Zusammenhänge und Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Akkumulation eingeordnet werden.

schaftspolitischen Vorschlägen auf der Basis der marxistischen Theorie geöffnet hatte, aber stets die Begrenztheit dieser Politikrichtung im Auge hatte.[8]

Unsere vorliegende Abhandlung nun ist eine Darstellung und Kritik der Keynesschen Theorie, mit der theoretische Basissätze in den Fokus genommen werden und in der ausgehend von den Fundamentalkategorien Geld, Arbeit und Zeit die »General Theory« vom Standpunkt der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie beurteilt wird. Das Hauptinteresse gilt dabei dem Aufweis, an welchen Punkten Keynes zu einer, wenn auch in Kategorien der Oberfläche formulierten, korrekten Sicht der kapitalistischen Produktionsweise, ihrer immanenten Widersprüche sowie ihrer Bewegungsformen und Entwicklungstendenzen kommt. Keynes ist, so lautet die zentrale These und dies rechtfertigt auch die Einordnung des Textes als Band 4 der »Kritik der politischen Ökonomie und Kapitalismusanalyse«, der einzige Ökonom bürgerlicher Provenienz, dessen Theorie in eine marxistische Analyse der kapitalistischen Produktionsweise integriert werden kann. Dies schließt gleichzeitig ein, die Unzulänglichkeiten seiner Theorie und Begrenzungen seiner wirtschaftspolitischen Optionen zu benennen. Letztere sollen zugleich als Herausforderungen begriffen werden, weitergehende Alternativen der Entwicklung für eine nachkapitalistische, sozialistische Gesellschaft in Eckpunkten herauszuarbeiten.[9]

---

[8] Vgl. Huffschmid 2010, Vorwort der Herausgeber Rudolf Hickel und Axel Troost, 16f.: »*Es gibt zwei Gründe, warum sich Jörg Huffschmid auf der Basis der marxistischen Theorie der Theorie von John Maynard Keynes zugewandt hatte. Zum einen ermöglicht diese Theorie, auf der ja die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung basiert, die empirische Beweisführung. Zum anderen beschreibt Keynes mit zwar völlig anderen Instrumenten, warum ein kapitalistisches Wirtschaftssystem auf der Basis einzelwirtschaftlicher Rationalität gleichsam endogen gesamtwirtschaftliche Irrationalität erzeugen kann (Rationalitätsfalle).*« Namentlich in dieser »Rationalitätsfalle« besteht eine gleichgerichtete Sichtweise zwischen Marx und Keynes; vgl. dazu das Kapitel 1 der vorliegenden Abhandlung.

[9] In diesem Sinne bildet der vorliegende Text einen Auftakt für die ausführliche Darstellung wirtschaftspolitischer Optionen und Maßnahmen in »Wirtschaftspolitik und Sozialismus«, vorgesehen als Band 3 der »Kritik der politischen Ökonomie und Kapitalismusanalyse«.

Erster Abschnitt:
Der entwickelte Kapitalismus als Geldwirtschaft

Kapitel 1: Wesentlichkeit des Geldes

a) Differentia specifica des gesamtwirtschaftlichen Zusammenhangs in einer Geldwirtschaft

Soziales Handeln unter Unsicherheit und Geld als Verbindungsglied zwischen Gegenwart und Zukunft

Die differentiae specificae von John Maynard Keynes' ökonomischer Theorie, wie sie in ihrer entwickelten und ausgearbeiteten Form in seinem Hauptwerk »General Theory of Employment, Interest and Money« (deutsch: »Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes«)[1] dargelegt sind, erschließen sich über die Kategorie des Geldes und die Bedeutung, die Keynes dem Geld beimisst. Geld ist die Fundamentalkategorie des Keynesschen Systems; nur ausgehend von dieser Grundlage – so die im folgenden zu entfaltende These – lassen sich die weiteren Elemente seines Gesamtsystems entwickeln und korrekt verstehen. Dies bedeutet, dass die Keynessche Theorie vor allem *»die vollständige Theorie einer monetären Wirtschaft (the complete theory of a monetary economy)«* (AT: 248) ist; die kapitalistische Produktionsweise ist für Keynes die Geldwirtschaft in ihrer entwickelten und ausgebildeten Form.

Dieser Zugang zur Interpretation der »General Theory« über die Kategorie des Geldes ist keineswegs eine Selbstverständlichkeit und Allgemeingut der verschiedenen sich auf Keynes berufenden Interpretationsrichtungen. In der traditionellen, an Hicks[2] anschließenden und in den volkswirtschaftlichen Lehrbüchern dominierenden Rezeption wird zwar die Funktion des Geldes als Wertaufbewahrungsmittel, neben seinen Funktionen als Rechnungseinheit, Tausch- und Zahlungsmittel, betont, jedoch wird das eigentliche Geheimnis der Keynesschen Bestimmung des Geldes als »Vermögen« nicht aufgespürt. Die Kritik dieser als »Bastardisierung« des Keynesschen Systems (Joan Robinson) denunzierten Rezeption im so genannten IS-LM-Schema durch Axel Leijonhufvud[3] greift ebenfalls in entscheidenden Punkten zu kurz und scheitert am eigentlichen Gehalt dieser Fundamentalkategorie. Eine vergleichbare Kritik an diesen Keynesianismen wird in der modernen,

---

[1] Zitiert wird nachfolgend nach der neueren, verbesserten von Jürgen Kromphardt und Stephanie Schneider besorgten Übersetzung der »General Theory« (Keynes 1936/2006) unter »AT«; in Ausnahmefällen wird die Formulierung aus dem englischen Originaltext hinzugefügt.

[2] Vgl. John Richard Hicks' berühmten Aufsatz »Mr. Keynes and the ›Classics‹, a suggested interpretation« (Hicks 1937).

[3] Vgl. Axel Leijonhufvud, Über Keynes und den Keynesianismus. Eine Studie zur monetären Theorie (Leijonhufvud 1973).

sich selbst als Monetärkeynesianismus verstehenden Interpretationsrichtung[4] formuliert, die teilweise an die so genannte fundamentalistische Keynes-Rezeption[5] anschließt und für sich beansprucht, die Phänomene des aktuellen finanzmarktgesteuerten Kapitalismus korrekt zu erfassen. Es ist die Analyse des Geldes, die nicht nur den Schlüssel zum immanenten Verständnis des Keynesschen Systems darstellt, sondern darüber hinaus auch seine Bewertung und Einordnung in die Geschichte der ökonomischen Theorie insgesamt ermöglicht.

Die Existenz des Geldes bedingt zwei miteinander zusammenhängende und sich gegenseitig bedingende Strukturmerkmale der kapitalistischen Produktionsweise: Zum einen ist das Geld das wesentliche Vermittlungsglied zwischen einzel- und gesamtwirtschaftlichen Tatbeständen, zum anderen verbindet es Gegenwart und Zukunft und bestimmt somit die Dynamik des ökonomischen Systems in spezifischer Weise. Diese beiden von Keynes am Geld festgemachten Strukturmerkmale der kapitalistischen Produktionsweise charakterisieren dieselbe als ein spezifisches System gesellschaftlicher Produktion, deren Gesetzmäßigkeiten den handelnden Subjekten als versachlichte Zwangszusammenhänge des Marktes gegenübertreten und ihr Tun und Treiben bestimmen und beherrschen. Mit seiner eigentümlichen Fassung der Kategorie des Geldes fixiert Keynes wesentliche Dimensionen des spezifischen Charakters der gesellschaftlichen Arbeit im Kapitalismus, jener Kategorie also, die nach Marx den »*Springpunkt (bildet), um den sich das Verständnis der politischen Ökonomie dreht*« (MEW 23: 56). Betrachten wir also zunächst diese spezifisch gesellschaftlichen oder »formspezifischen« Implikationen der Kategorie des Geldes bei Keynes, bevor wir uns seinen (fach-)ökonomischen Bestimmtheiten im engeren Sinne zuwenden.[6]

»*Die richtige Einteilung ist, wie ich annehme, die Einteilung in die Theorie der individuellen Branche oder Firma, der Entlohnungen und der Verteilung zwischen den verschiedenen Verwendungen einer* gegebenen *Menge von Ressourcen einerseits, und die Theorie der Produktion und der Beschäftigung als Ganzes andererseits. Solange wir uns auf die Erforschung der individuellen Branche oder Firma beschränken, unter der Voraussetzung, daß die gesamte Menge der beschäftigten Ressourcen konstant ist, und daß vorläufig die Lage der anderen Branchen oder Firmen unverändert ist, ist es richtig, daß wir uns mit den maßgebenden Merkma-*

---

[4] Im deutschsprachigen Raum geht dieser Monetärkeynesianismus auf die Arbeiten von Hajo Riese (vgl. Riese 1986) zurück, die im Rahmen der so genannten »Berliner Schule« nach verschiedenen Richtungen ausgearbeitet worden sind; vgl. Spahn 1986, Herr 1992, Heine/Herr 2003. Der Monetärkeynesianismus wird uns im Folgenden noch des öfteren beschäftigten, weil ein Zweck der vorliegenden Abhandlung darin besteht, die vorgenommenen Vereinseitigungen dieser Interpretationsrichtung aufzuzeigen und den originalen Keynes mit seinen Widersprüchen und teilweisen Unklarheiten in einen anderen paradigmatischen Kontext, nämlich den der Marxschen Theorie, einzuordnen.

[5] Vgl. die Schriften von Hyman Minsky (1990, 2011), bei dem die ökonomischen Prozesse vom Standpunkt und aus dem Blickwinkel der Finanzmärkte analysiert werden.

[6] Vgl. hierzu Unterabschnitt b) des vorliegenden Kapitels.

len des Geldes nicht zu beschäftigen brauchen. Sobald wir aber auf das Problem übergehen, was die Produktion und die Beschäftigung als Ganzes bestimmt, benötigen wir die vollständige Theorie einer monetären Wirtschaft.« (AT: 247f.) Nicht die Existenz des Geldes überhaupt bzw. der hierdurch konstituierten Formen wie Preise etc. macht die »vollständige Theorie einer geldlichen Wirtschaft« aus, sondern erst die Analyse des gesamtwirtschaftlichen Zusammenhangs, in dem die einzelnen Industrien oder Firmen stehen, sowie dessen Entwicklung machen die Berücksichtigung jener Spezifika erforderlich: ein einfacher, verallgemeinernder Schluss von den Verhältnissen der Einzelwirtschaft, d.h. einer besonderen Firma oder Branche auf die Gesamtheit der Industrien eines Landes verbietet sich. Denn innerhalb eines einzelnen Unternehmens herrschen andere Bedingungen hinsichtlich des Einsatzes der Ressourcen und der Substitution der Produktionsfaktoren etc. als in der Gesamtwirtschaft.

Hinter dieser Fixierung des Unterschieds zwischen einzel- und gesamtwirtschaftlichen Verhältnissen lauert bei Keynes in weiterer Instanz auch das Bewusstsein eines Gegensatzes zwischen einzel- und gesamtwirtschaftlicher Rationalität. Nicht die Verletzung der Funktionsbedingungen der »invisible hands« des Marktes durch letztlich exogen bedingte Einflussfaktoren ist konstitutiv für diesen Gegensatz,[7] sondern umgekehrt ist das Wirken des Marktes dafür verantwortlich, dass Fehlallokationen von gegenständlichen Ressourcen und lebendiger Arbeitskraft, gemessen an optimaler Allokation bzw. dem Vollbeschäftigungs-»Ziel«, zustande kommen.[8] Die Charakterisierung der Keynesschen Theorie als Theorie eines »Gleichgewichts bei Unterbeschäftigung« drückt diesen Sachverhalt landläufig aus. In weiterer Instanz verbirgt sich hinter diesem Aufweis eines systemimmanenten Gegensatzes zwischen einzel- und gesamtwirtschaftlicher Rationalität jedoch ein wesentlich komplizierterer Sachverhalt: Wird nämlich anerkannt, dass die allseitige Verfolgung individuell rationaler Ziele keineswegs zu einem gesamtwirtschaftlichen Optimum führt, so ist damit im Umkehrschluss zugleich gesagt, dass die gesamtgesellschaftliche Re-

---

[7] Die Fixierung dieses Gegensatzes als Konsequenz des Wirkens der – kapitalistischen – Marktmechanismen ist konstitutiv für das hier präsentierte Verständnis des Keynesschen Systems; damit ist zugleich eine implizite Kritik an allen Versuchen verbunden, die durch das Anerkenntnis bloß partiellen Marktversagens – z.B. im Rahmen der Theorie öffentlicher Güter – Keynes in die neoklassische Orthodoxie zurückholen wollen.

[8] Für eine Argumentation auf Basis der Marxschen Theorie ist darüber hinaus zu differenzieren zwischen dem Wirken des Marktes auf Basis kapitalistischer oder sozialistischer Produktionsverhältnisse. Beiden marktwirtschaftlichen Ressourcenallokationen ist ein indirekter gesellschaftlicher Zusammenhang der Produktionseinheiten in der Zirkulation gemeinsam, aus dem sich erst nach vollzogenem Austauschakt die quantitative Einjustierung gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit herstellt. Es sind aber die unterliegenden Produktionsverhältnisse, welche in einem prima facie nur quantitativen Unterschied zwischen verausgabter und als gesellschaftlich notwendig anerkannter Arbeit eine qualitative Differenz beherbergen und eine ebenso qualitativ verschiedene ex-ante Vermittlung der privat oder nur unabhängig voneinander verausgabten Arbeiten dokumentieren. Zum Verhältnis kapitalistischer und sozialistischer Marktwirtschaft vgl. Kapitel 17 der vorliegenden Abhandlung.

sultante der individuell verfolgten Ziele und Motive einer bewussten Kontrolle der Einzelnen entzogen ist und ihnen als fremdes, versachlichtes Resultat gegenübertritt. Die sich aus dem systematisch auftretenden Unterschied zwischen einzel- und gesamtwirtschaftlichem Optimum ergebende Instabilität marktwirtschaftlich-kapitalistischer Wirtschaftssysteme wurzelt somit in ihren grundlegenden Strukturmerkmalen selbst; offensichtliche Fehlentwicklungen, die sich in unbeschäftigten Hilfsquellen bzw. unterausgelasteten Produktionskapazitäten und Unterbeschäftigung menschlicher Arbeitskraft zeigen, d.h. in Gestalt des gleichzeitigen Überschusses an Kapital und an arbeitsfähiger Bevölkerung, sind dann auch durch z.B. staatliche Interventionen nicht ohne weiteres zu korrigieren.

Entscheidend ist also nicht die bloße Herausstellung der Existenz eines Gegensatzes zwischen einzel- und gesamtwirtschaftlichen Verhältnissen, sondern die Bestimmung seines Stellenwerts. Keynes selbst, im Unterschied zu einer Vielzahl seiner Interpreten, ist in diesem Punkt eindeutig: für ihn ist es die Existenz des Geldes oder die Existenz eines »*dauerhaften Vermögenswert(s) … (mit) geldliche(n) Eigenschaften*« (AT: 248f.), wodurch die »*kennzeichnenden Probleme einer monetären Wirtschaft (hervorgerufen werden)*« (AT: 249). Damit ist der kapitalistische Reproduktionszusammenhang, das Verhältnis von Produktion und Konsumtion, von Angebot und Nachfrage in gesamtwirtschaftlicher Dimension als immanent gegensätzliches Verhältnis bestimmt und an der Existenz des Geldes festgemacht. Konsequenz dieser Auffassung ist dann Keynes' prinzipieller Pessimismus in der langen Frist bezüglich der Entwicklungsmöglichkeiten der kapitalistischen Produktionsweise; wir kommen hierauf später ausführlich zurück.[9]

Die Fixierung eines übergreifenden, wenn auch in oberflächlichen Formen ausgedrückten immanenten Gegensatzes innerhalb der Struktur der kapitalistischen Produktionsweise anhand der Existenz des Geldes verweist andererseits auf die Grenzen der Keynesschen Auffassung. Dass sich der spezifische gesellschaftliche Zusammenhang privat verausgabter Einzelarbeiten in sachlich-gegenständlicher Form im Geld nur ausdrückt, seinen eigentlichen und letzten Grund jedoch in der Form und Bestimmtheit der gesellschaftlichen Arbeit selbst besitzt, ist ihm nicht bewusst. Jedoch besitzt er das richtige Gespür dafür, dass es eine solche, den Subjekten vorausgesetzte und insofern »objektive« Struktur ihres gesellschaftlichen Zu-

[9] Obwohl primär eine Theorie für die kurze Frist, enthält die »General Theory« eine Reihe von bemerkenswerten Aussagen hinsichtlich des langfristigen Entwicklungsverlaufs der kapitalistischen Akkumulation. Überhaupt wäre Keynes als bloßer Konjunkturtheoretiker gründlich missverstanden; vgl. auch Keynes 1933a, 1933b. Die postkeynesianische Wachstumstheorie (Harrod 1948, Domar 1957, u.a.) ist weit davon entfernt, den kritischen Geist dieser für die lange Frist geltenden Aussagen von Keynes herauszustellen. Auch der moderne Monetärkeynesianismus lehnt allgemeine Aussagen bezüglich langfristiger Entwicklungstendenzen der Kapitalakkumulation explizit ab (vgl. Herr 1986: 181 und Heine/Herr/Kaiser 2006: 20) und verfehlt damit zentrale Dimensionen der Keynesschen Theorie als Gesamtparadigma.

sammenhangs gibt, die sich in Gestalt des Geldes handfesten Ausdruck verschafft und den Kapitalismus als Geldwirtschaft kennzeichnet.[10]

Mit diesem gegensätzlich bestimmten gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang zwischen einzelnen privaten Warenproduzenten (Unternehmen) eröffnen sich neue Ausblicke für die ökonomische Theorie, die ihr in ihrer klassischen und neoklassischen Version bis dato verstellt waren. Ist es nicht mehr die einzelwirtschaftlich begründete Sichtweise der Analyse der »*Verteilung einer* gegebenen *Menge beschäftigter Ressourcen auf verschiedene Zwecke und (der) Bedingungen, welche, die Beschäftigung dieser Menge an Ressourcen vorausgesetzt, ihre relativen Entgelte und die relativen Werte ihrer Erzeugnisse bestimmen«* (AT: 4), eine Analyse, die wegen der steuernden Wirkung der unsichtbaren Hände des Marktes unbesehen auch auf die Gesamtwirtschaft ausgedehnt werden kann, rückt die Frage in den Mittelpunkt, die Verhältnisse zu untersuchen, »*welche die* tatsächliche *Beschäftigung der verfügbaren Ressourcen (lebendige Arbeitskraft eingeschlossen, S.K.) bestimmen«* (ebd.) – eine Fragestellung, die von der bisherigen ökonomischen Theorie »*immer als so einfach und offensichtlich betrachtet wurde, daß man sie bestenfalls nur eben erwähnte«* (ebd.). Dadurch jedoch, dass der Unterschied zwischen einzel- und gesamtwirtschaftlichen Bedingungen der Produktion und Verteilung als gegensätzliches Verhältnis aufgefasst wird, ist es mit jener »Einfachheit« und »Offensichtlichkeit« dieser Frage vorbei; damit rückt die Seite der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage als genuin makroökonomisch bestimmte Größe in den Blick: »*Es stimmt, daß, wenn wir zur Produktion als Ganzes übergehen, die Kosten der Erzeugung in irgendeiner Branche teilweise von der Produktion der anderen Branchen abhängen. Die bedeutsamere Änderung jedoch, die wir zu berücksichtigen haben, ist die Wirkung von Änderungen in der* Nachfrage *sowohl auf die Kosten als auf die Menge. Es ist die Nachfrageseite, auf der wir ganz neue Gedanken einzuführen haben, wenn wir uns mit der Nachfrage als Ganzem beschäftigen und nicht länger mit der Nachfrage nach einem einzelnen, isoliert genommenen Erzeugnis und der Voraussetzung, daß die Nachfrage als Ganzes unverändert ist.«* (AT: 249)

Die prozessierende Bewegung zwischen Gesamtangebot und -nachfrage ist die nächste Form, in der sich der gesellschaftliche Zusammenhang präsentiert. Das gegensätzliche Verhältnis innerhalb der gesellschaftlichen Gesamtarbeit zwischen den privat verausgabten Arbeiten muss sich als gegensätzliches Verhältnis zwischen dem Gesamtangebot und der Gesamtnachfrage nach Waren reproduzieren und in der Möglichkeit ihres Widerspruchs als Krise Ausdruck verschaffen. Hiermit sind weitere wesentliche Differenzpunkte der Keynesschen gegenüber der klassischen und neoklassischen Theorie aufgestellt: Zum einen beinhaltet dies die grundlegende Kritik von Keynes am Sayschen »Gesetz der Absatzwege«, wonach sich jedes Angebot seine eigene Nachfrage schaffe – wir werden hierauf sowie auf die gleichzeitige Kritik am Gleichgewichtsbegriff der traditionellen Nationalökono-

[10] In diesem Sinne sprach Marx vom Geld als dem realen Gemeinwesen in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft; vgl. Marx, Grundrisse: 137.

mie noch ausführlicher zurückkommen[11] –, zum anderen ist nunmehr die Existenz allgemeiner Überproduktionskrisen ausdrücklich als Moment der kapitalistischen Akkumulation anerkannt. Mit der Krise als notwendigem Moment der Kapitalakkumulation ist der bereits benannte Widerspruch der kapitalistischen Produktionsweise als gleichzeitiger Überfluss an Kapital und überschüssiger Arbeitsbevölkerung ebenso theoretisch begründbar wie die Integration des Konjunkturzyklus als notwendige Bewegungsform der großindustriellen Produktion auf kapitalistischer Grundlage.[12] Hiermit schließt sich der Kreis der Argumentation, die die genannten Tatbestände der kapitalistischen Produktion mit der Existenz des Geldes verbindet. In der Tat eröffnet sich der allgemeinste Begriff der Krise, wenn die substanziellen Veränderungen des unmittelbaren Produktenaustauschs bis hin zur entwickelten Form der Warenzirkulation mit ihrer charakteristischen Verselbstständigung der beiden zueinander gehörigen Teilmetamorphosen in zeitlich und räumlich auseinanderfallende Akte aufgenommen werden[13] – eine Entwicklung, die durch die Da-

---

[11] Vgl. dazu Kapitel 3 der vorliegenden Abhandlung.

[12] Nur das Keynessche Paradigma integriert neben Marx' Kritik der politischen Ökonomie den Konjunkturzyklus als immanent-notwendige Bewegungsform, d.h. nicht als durch exogene Kräfte verursachtes Element, in seine Theorie der Kapitalakkumulation; vgl. dazu ausführlich Kapitel 10 der vorliegenden Abhandlung.

[13] Vgl. MEW 23, 126ff.: »*Die Warenzirkulation ist nicht nur formell, sondern wesentlich vom unmittelbaren Produktenaustausch verschieden. … Nichts kann alberner sein als das Dogma, die Warenzirkulation bedinge ein notwendiges Gleichgewicht der Verkäufe und Käufe, weil jeder Verkauf Kauf und vice versa. Meint dies, daß die Zahl der wirklich vollzogenen Verkäufe gleich derselben Zahl von Käufen, so ist es platte Tautologie. Aber es soll beweisen, daß der Verkäufer seinen eignen Käufer zu Markt führt. Verkauf und Kauf sind ein identischer Akt als Wechselbeziehung zwischen zwei polarisch entgegengesetzten Personen, dem Warenbesitzer und dem Geldbesitzer. Sie bilden zwei polarisch entgegengesetzte Akte als Handlungen derselben Person. Die Identität von Verkauf und Kauf schließt daher ein, daß die Ware nutzlos wird, wenn sie, in die alchemistische Retorte der Zirkulation geworfen, nicht als Geld herauskommt, nicht vom Warenbesitzer verkauft, also vom Geldbesitzer gekauft wird. Jene Identität enthält ferner, daß der Prozeß, wenn er gelingt, einen Ruhepunkt, einen Lebensabschnitt der Ware bildet, der länger oder kürzer währen kann. Da die erste Metamorphose der Ware zugleich Verkauf und Kauf, ist dieser Teilprozeß zugleich* selbständiger Prozeß. *Der Käufer hat die Ware, der Verkäufer hat das Geld, d.h. eine Ware, die zirkulationsfähige Form bewahrt, ob sie früher oder später wieder auf dem Markt erscheine.* Keiner kann verkaufen, ohne daß ein andrer kauft. Aber keiner braucht unmittelbar zu kaufen, weil er selbst verkauft hat. *Die Zirkulation sprengt die zeitlichen, örtlichen und individuellen Schranken des Produktenaustauschs eben dadurch, daß sie die hier vorhandne Identität zwischen dem Austausch des eignen und dem Eintausch des fremden Arbeitsprodukts in den Gegensatz von Kauf und Verkauft spaltet. Daß die selbständig einander gegenübertretenden Prozesse eine innere Einheit bilden, heißt ebensosehr, daß ihre innere Einheit sich in äußeren Gegensätzen bewegt. Geht die äußerliche Verselbständigung der innerlich Unselbständigen, weil einander ergänzenden, bis zu einem gewissen Punkt fort, so macht sich die Einheit gewaltsam geltend durch eine – Krise.«* (Herv. S.K.)

zwischenkunft des Geldes als solchem zwar nicht ursächlich begründet, wohl aber sachlich-gegenständlich ausgedrückt wird.

Die Existenz eines den einzelnen Individuen oder kapitalistischen Warenproduzenten (Firmen) »objektiv« gegenübertretenden gesamtwirtschaftlichen Zusammenhangs, den sie als Einzelne nicht kontrollieren und beherrschen, sondern der ihnen als allseitige sachliche Abhängigkeit voneinander entgegentritt, konstituiert für sie eine spezifische Form der Anschauung und des Verhaltens bzw. sozialen Handelns, nämlich Handeln unter Unsicherheit. Unsicherheit wird dabei vom Risiko, welches wahrscheinlichkeitstheoretisch ausrechenbar ist und damit auf Sicherheit reduzierbar ist,[14] abgegrenzt. Auch diese von Keynes an zentralen Stellen seiner Theorie stets betonte Bestimmtheit des sozialen Handelns des Einzelnen ist innerhalb der landläufigen Interpretation in ihrem eigentlichen Gehalt vielfach verkannt worden.[15] Der populäre Satz: »*We simply do not know*« (Keynes 1937: 214) bezeichnet essentiell keineswegs den banalen Sachverhalt eines in die Zukunft gerichteten und reichenden Handelns, welches deshalb dem Informationsdilemma – Unvollständigkeit, Unsicherheit und Ungewissheit der Information – unterliegt. Für Keynes manifestiert sich an dieser Bestimmung des Handelns unter Unsicherheit vielmehr das Spezifikum der Eigengesetzlichkeit der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, sodass »*our knowledge of the future is fluctuating, vague and uncertain*« (ebd. 213).[16] Die Antizipation der zukünftigen Entwicklung in den Erwar-

---

[14] Dass diese Transformation des Risikos in Sicherheit allerdings selbst äußerst unsicher sein kann, hat die aktuelle Finanzmarktkrise brutal offengelegt, als die risikogemischten Bündel verschiedener Wertpapiere nicht mehr durch vorab vorgenommene Bewertungsabschläge handel- und verkaufbar waren, sondern als so genannte toxische Papiere Banken und Finanzfonds reihenweise in Schieflage gebracht oder sogar in den Bankrott getrieben haben.

[15] Eine Ausnahme bildet Riese (1980a-c, 1981) und die monetärkeynesianische Interpretationsrichtung. Unsicherheit wird hier in eine kausale Beziehung zur Existenz des Geldes gebracht: »*Nicht das Faktum, daß in dieser Welt Unsicherheit herrscht, sondern das Faktum, daß diese Welt vom Gelde beherrscht wird, dessen Existenz Unsicherheit hervorruft, weil die Aufgaben von Geld mit der Gefahr eines Vermögensverlustes verbunden ist, begründet eine keynesianische Ökonomie.*« (1980a: 29) Deutlicher noch in folgender Passage: »*Bei näherem Hinsehen aber zeigt sich, daß nicht die Realität von Unsicherheit die Einführung von Geld erzwingt, sondern umgekehrt vielmehr die Realität einer Geldwirtschaft Unsicherheit bedingt.*« (Ebd. 30, Fn.) Was jedoch die Realität einer Geldwirtschaft gesellschaftlich auszeichnet, sodass sie Unsicherheit bedingt, wird von Riese nicht weiter verfolgt. Differenzierter und damit näher an Keynes argumentiert Herr, der Arbeitsteilung, Privatproduktion und Lohnarbeit als Konstitutionsbedingungen des Produkts als Ware und ihren Austausch auf dem Markt gegen Geld benennt und damit die gesellschaftlichen Bedingungen als Fundament der Geldwirtschaft in den Blick nimmt (vgl. Herr 1986: 1ff.).

[16] Vgl. AT, 248: »*Oder wir könnten vielleicht unsere Trennungslinie zwischen der Theorie des stabilen Gleichgewichts und der Theorie des sich verschiebenden Gleichgewichts ziehen – wobei wir unter der letzteren die Theorie eines Systems verstehen, in welchem sich ändernde Anschauungen über die Zukunft die gegenwärtige Lage beeinflussen können. … Wir können überlegen, welche Verteilung der Ressourcen auf verschiedene Verwendungen vereinbar sein wird mit dem Gleichgewicht unter dem Einfluß normaler wirtschaftlicher Be-*

tungen der wirtschaftlichen Akteure wäre nur dann nicht schwankend, vage und unsicher, wenn, »normale wirtschaftliche Beweggründe« der handelnden Subjekte unterstellt, die Entwicklung des gesellschaftlichen Ganzen die einfache Verlängerung der individuellen Tätigkeiten wäre. Ist dies aber nicht der Fall, tritt vielmehr die gesamtwirtschaftliche Resultante der einzelnen bewussten, rationalen Handlungen den Subjekten als verselbstständigter sachlicher Zusammenhang gegenüber, gewinnt die »Unsicherheit der Zukunft« eine neue Qualität. Sie drückt nunmehr erstens den Umstand aus, dass die gesamtgesellschaftliche Resultante der Einzelhandlungen nicht länger berechenbar oder relativ sicher antizipierbar ist; zweitens wirkt diese Unberechenbarkeit auf die Gegenwart zurück und zwar dergestalt, dass der Einzelne diese Unsicherheit der zukünftigen Entwicklung bereits bewusst reflektiert.[17] Damit ist das soziale Handeln und das Bewusstsein der Subjekte in ganz spezifischer Weise qualifiziert: Es ist ein bewusstes Agieren innerhalb gesamtgesellschaftlicher Verhältnisse, die als solche nicht bewusst gestaltet und kontrolliert werden können und in dieser Weise auch wahrgenommen werden.

Es zeigt sich an dieser Stelle aber auch, dass Keynes' Erfassung der sozialen Aktivität der Wirtschaftssubjekte dem Paradigma der Handlungstheorie treu bleibt: Ausgehend von den Handlungen der einzelnen Subjekte werden der gesamtwirtschaftliche Zusammenhang und dessen Struktur erklärt. Als individuelles Handeln ist die (ökonomische) Aktivität jedes Einzelnen stets ein bewusstes Agieren, welches seinen Zielen und Zwecken folgt. Dass die Resultante dieser individuellen Einzelhandlungen eine gesamtgesellschaftliche Realität ergibt, die den einzelnen Individuen fremd oder »objektiv« gegenübertritt, wird von Keynes erfasst; *warum* dies jedoch so ist, kann er nicht erklären. Nur die Konsequenzen dieses Umschlages der Resultate bewusster Einzelhandlungen in eine quasi-objektive gesamtgesellschaftliche Realität für die Einzelnen werden wiederum in Gestalt der Kategorie der Unsicherheit gefasst und in die Bestimmtheit des sozialen Handelns integriert. Damit gerät Keynes an die immanenten Erklärungsgrenzen des handlungstheoretischen Paradigmas.[18]

---

weggründe in einer Welt, in der unsere Anschauungen über die Zukunft festgelegt und in jeder Beziehung zuverlässig sind; – mit einer etwaigen weiteren Einteilung zwischen einer Wirtschaft, die unveränderlich, und einer solchen, die Änderungen unterworfen ist, aber in der alle Dinge von Anfang an vorausgesehen werden. Oder wir können von dieser vereinfachten Vorstufe auf die Probleme der wirklichen Welt *übergehen, in der unsere vorhergehenden Erwartungen Enttäuschungen unterworfen sind, und in der unsere Erwartungen über die Zukunft das, was wir heute tun, beeinflussen.«* (Herv. S.K.)

[17] Wir werden später sehen, dass diese bewusste Reflexion der Unsicherheit der Zukunft für verschiedene soziale Rubriken von handelnden Individuen durchaus unterschiedlich ist.

[18] Ein Vergleich mit der Handlungstheorie von Max Weber (vgl. Weber 1976) drängt sich an dieser Stelle auf. Bei Weber ist es die formale Rationalität der Geldrechnung, welche als ein die Handlungen der Individuen übergreifendes Prinzip in einen Gegensatz zur materialen Rationalität tritt. Zur genaueren Interpretation und Kritik von Webers Handlungstheorie vgl. Bader u.a. 1976.

An dieser Stelle ist ein Vergleich mit der Marxschen Auffassung angebracht. Das Handeln der Subjekte in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft ist für Marx doppelt bestimmt, als bewusst-unbewusstes Handeln. Indem sie sich innerhalb der gegebenen gesellschaftlichen Verhältnisse bewusst verhalten, d.h. ihre individuell rationalen Ziele und Zwecke verfolgen, produzieren und reproduzieren sie zugleich eben jene gesellschaftlichen Verhältnisse, die sich ihnen gegenüber in sachlich-verselbstständigter Form auftürmen, die sie nicht durchschauen und die als solche ihrerseits die materielle Basis für ihr Bewusstsein, daher auch die bewussten Motive etc. ihres Handelns darstellen. Die »Objektivität« des gesamtgesellschaftlichen Zusammenhangs ist somit ein bloßer Schein, denn jener ist selbstredend das Resultat des praktischen Handelns. Nur ist dieses Handeln doppelt bestimmt: Indem auf der Grundlage dieses undurchschauten gesamtgesellschaftlichen Zusammenhangs die bewusste Aktion einsetzt, wird vermittels derselben zugleich diese Grundlage reproduziert.

Auch für Keynes ist klar, dass das in Gestalt der regulierenden Funktion gesamtwirtschaftlicher Aggregatkräfte zutage tretende Eigenleben des gesamtgesellschaftlichen Systemzusammenhangs der kapitalistischen Produktionsweise Resultat der individuellen Aktion der handelnden Subjekte sein muss, dass also die »Objektivität« dieses Zusammenhangs seine subjektiv-praktische Basis im Handeln der Individuen besitzt. Der Widerspruch zwischen bewusster Aktion und unbewussten resultierenden Konsequenzen der Handlungen wird der Beschaffenheit des gesellschaftlichen Zusammenhangs der Einzelnen zugeschrieben, der die Natur des individuellen sozialen Handelns determiniert: jenes Handeln wird Handeln unter Unsicherheit. Damit ist zugleich die Grundlage gelegt, gesamtwirtschaftliche Entwicklungen und Bewegungen auf »psychologische Gesetzmäßigkeiten und Neigungen in unserer modernen Welt« zurückzuführen. Diese psychologische Fundierung verstellt Keynes dann die Möglichkeit, die spezifisch sozial-formbestimmte Dimension des Handelns in der kapitalistischen Gesellschaft zu enthüllen; er sieht somit auch keine Möglichkeit, ihre negativen Konsequenzen in historischer Perspektive prinzipiell zu überwinden.

An dieser Stelle nun tritt das Geld wiederum herein. Die für das einzelne Subjekt die eigentümliche Zukunftsunsicherheit konstituierende Autonomie des gesamtgesellschaftlichen Systemzusammenhangs bedingt die Bedeutung des Geldes als »*Verbindungsglied zwischen der Gegenwart und der Zukunft*« (AT, 248): »*Die kennzeichnenden Eigenschaften des Geldes liegen vor allem darin, daß es eine scharfsinnige Einrichtung ist, um die Gegenwart mit der Zukunft zu verbinden; und wir können die Wirkung sich ändernder Erwartungen auf laufende Tätigkeiten außerhalb von monetären Größen nicht einmal beginnen zu diskutieren. Wir können vom Gelde nicht einmal dadurch loskommen, daß wir das Gold und Silber und die gesetzlichen Zahlungsmittel abschaffen.* Solange es irgendeinen dauerhaften Vermögenswert gibt, wird er fähig sein, geldliche Eigenschaften zu besitzen und daher die kennzeichnenden Probleme einer monetären Wirtschaft hervorzurufen.*«* (AT: 248f., Herv. S.K.) Neben der angesprochenen Funktion des Geldes als Rechnungseinheit liegt die Bedeutung des Geldes als »Verbindungsglied zwischen Gegenwart

und Zukunft« wesentlich in seiner Eigenschaft, Liquidität darzustellen: das Halten von Vermögen in liquider Form, d.h. das Halten von Geld ist Ausfluss der Unsicherheit über die zukünftige Lage und Entwicklung. Das Bedürfnis für das Halten von Geld wird zur Versicherung für den Einzelnen gegenüber den möglichen Unbilden der Zukunft. Dass es also unter den Bedingungen der kapitalistischen Produktion stets einen dauerhaften Vermögensgegenstand geben muss, der diese geldlichen Eigenschaften aufweist, also Vermögen in liquider Form darstellt, folgt aus ihrer spezifischen Systemstruktur selbst, die Unsicherheit für die Subjekte konstituiert und ihr Handeln dergestalt als Handeln unter Unsicherheit bestimmt.

Die kapitalistische Produktionsweise, wie sie auf einem spezifischen Charakter der gesellschaftlichen Arbeit beruht, wie sie daher gekennzeichnet ist durch den Gegensatz zwischen Privat- und gesellschaftlicher Arbeit, daher durch den Gegensatz zwischen einzel- und gesamtwirtschaftlichen Verhältnissen, wie sie weiter das soziale Handeln der Subjekte als bewusst-unbewusstes Handeln determiniert, wie sie daher – in Keynes' Fassung des Sachverhalts – sich auszeichnet durch eine spezifische Unsicherheit hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung –, diese Form der Produktion bringt das Bedürfnis nach Vermögen in liquider Form als Versicherung in der Gegenwart gegenüber den Unsicherheiten der Zukunft hervor und charakterisiert sich somit als Geldwirtschaft. Es ist also die spezifische Form des Geldes als Vermögen in liquider Form, woran sich für Keynes die charakteristischen Strukturmerkmale der kapitalistischen Produktion einen zusammenfassenden Ausdruck geben. In dieser Form ist für Keynes das Geld die Fundamentalkategorie seines ökonomischen Systems, in der sich sowohl seine richtigen Einsichten in den Charakter der gesellschaftlichen Arbeit als auch seine Unzulänglichkeiten hinsichtlich der Fixierung ihrer Grundlagen bündeln.

Keynes' Kritik der neoklassischen Anschauung des gesamtwirtschaftlichen Zusammenhangs (am Beispiel der Beschäftigungstheorie)

Bevor die Implikationen der Keynesschen Geldbestimmung genauer betrachtet werden, sind die vorstehend aufgewiesenen Dimensionen seiner Analyse der grundlegenden Strukturzusammenhänge der kapitalistischen Produktionsweise anhand einer kurzen Skizze der neoklassischen Beschäftigungstheorie und deren Kritik noch etwas weiter zu verfolgen. Konstitutiv für die neoklassisch orientierte Analyse des ökonomischen Gesamtsystems sind der mikroökonomische Zugriff und seine Verallgemeinerung im Sinne einer einfachen Aggregation für die Gesamtwirtschaft. Wir erblicken hierin in reiner Form das handlungstheoretische Fundament mit seinem Prinzip des methodologischen Individualismus: das handelnde Subjekt tritt als bewusst operierender homo oeconomicus auf, sei es als nutzenmaximierender privater Haushalt (Konsument) oder als profitmaximierender Unternehmer (Produzent). Der Marktmechanismus gewährleistet sowohl die allokative als auch die verteilungsmäßige Koordination der individuellen Entscheidungen und Handlungen. Unterstellt ist also ein harmonisches Miteinander der individuellen Privatinteressen aller Einzelnen; die gesamtgesellschaft-

lich Resultierende ist als bloße Summe der individuellen Einzelhandlungen zugleich wohlfahrtsoptimal.

Vermittlungsinstanz ist der Markt, auf dem die individuellen Tauschakte spielen. Die Preisbewegung gewährleistet über Einzelgleichgewichte zugleich ein stabiles Gesamtgleichgewicht auf allen Teilmärkten (Güter-, Vermögens- und Arbeitsmarkt) des ökonomischen Systems, das sich durch Vollbeschäftigung aller Ressourcen bei Belohnung nach der Grenzproduktivität der Produktionsfaktoren Arbeit, Kapital und Boden auszeichnet. Voraussetzung sind vollständige Konkurrenz, Markttransparenz und vollständige Information der Marktteilnehmer. Das neoklassische Gesamtsystem ist somit ein wesentlich statisches System oder, in Keynes' Worten, ein System mit stabilem Gleichgewicht. Offenkundige Ungleichgewichte resultieren entweder aus exogenen Einflussfaktoren, stellen bloße Übergangszustände dar oder drücken Verletzungen der Voraussetzungen aus.

Zu Beginn der »General Theory« setzt sich Keynes kritisch mit der (neo-)klassischen[19] Theorie der Beschäftigung auseinander. Er führt exemplarisch vor, welche paradigmatischen Defizite das neoklassische Theoriengebäude aufweist; ein kurzer Nachvollzug dieser immanenten Kritik illustriert deutlich die uns im vorliegenden Argumentationszusammenhang interessierenden Momente.

Von den beiden Grundpostulaten der neoklassischen Beschäftigungstheorie – »*der Lohn ist dem Grenzertrag der Arbeit*« sowie »*der Nutzen des Lohnes ist, wenn eine gegebene Arbeitsmenge beschäftigt wird, gleich der marginalen ›Nutzeneinbuße durch Arbeit‹ bei dieser Beschäftigungsmenge*« (AT: 5) –, welche Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt bestimmen, steht das zweite Postulat im Zentrum der Keynesschen Kritik. Es impliziert, dass Arbeitslosigkeit entweder nur friktionelle oder freiwillige Arbeitslosigkeit sein kann. »*Wie vereinbart sich aber die Auffassung, daß die erwähnten Kategorien (der Arbeitslosigkeit, S.K.) den Geltungsbereich unseres Themas erschöpfen, mit der* Erfahrung, *daß die Bevölkerung im allgemeinen selten so viel arbeitet, als sie zu den bestehenden Löhnen gern arbeiten möchte? Denn es muss doch zugegeben werden, daß zu den bestehenden Nominallöhnen in der Regel eine größere Arbeitsmenge angeboten würde,*

[19] Keynes versteht in der »General Theory« unter den klassischen Ökonomen nicht nur die Begründer der Politischen Ökonomie, die in der Ricardoschen Theorie ihren Höhepunkt fand, sondern schließt »*in der ›klassischen Schule‹ die* Nachfolger *Ricardos (ein), das heißt jene, welche die Ricardianische Theorie angenommen und vervollkommnet haben, einschließlich (zum Beispiel) J.S. Mill, Marshall, Edgeworth und Professor Pigou*« (AT: 3, Fn.). Er unterlegt damit eine andere Sichtweise und Bewertung als Marx, auf den ja die Bezeichnung »klassische Politische Ökonomie« für die an der Wertbestimmung durch gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit orientierten Ökonomen zurückgeht. Wir folgen nachstehend dem heute überkommenen Sprachgebrauch und subsumieren die Nachfolger Ricardos, die entweder anstelle der Wertbestimmung durch gesellschaftliche Arbeitszeit ein Produktionskostenkonzept – wie bspw. J.S. Mill –, eine subjektiv-nutzentheoretische Wert- resp. Preisbestimmung – wie Walras und alle Nachfolger – oder beides – wie bspw. A. Marshall – setzen, unter der Rubrik der Neoklassik bzw. neoklassischen Theorie.

wenn eine Nachfrage nach ihr bestünde.« (Ebd. 6f., Herv. S.K.) Keynes' Ansatzpunkt zur Kritik besteht also aus einem erfahrungsmäßigen, d.h. praktischen Einwand: Gerade im Gefolge der Weltwirtschaftskrise 1929ff. mit chronischer Massenarbeitslosigkeit muss sich eine Theorie, die die Existenz der Arbeitslosigkeit, von Reibungsverlusten abgesehen, dadurch erklärt, dass aufgrund falscher Nutzenschätzungen der Arbeiter bzw. freiwilliger »Enthaltsamkeit gegenüber der Arbeit« ein Missverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage am Arbeitsmarkt besteht, sofort selbst diskreditieren.[20]

Soll nun die praktische Existenz massenhafter Arbeitslosigkeit nicht durch die »freiwillige Enthaltsamkeit« der Arbeiter erklärt werden, bleibt der neoklassischen Theorie als letzte Ausflucht der Verweis auf die Verletzung der Voraussetzungen des Marktmechanismus: »*Die klassische Schule vereinbart diese Erscheinung (Massenarbeitslosigkeit, S.K.) mit ihrem zweiten Postulat, indem sie argumentiert, daß die Nachfrage nach Arbeit zu den bestehenden Nominallöhnen zwar befriedigt sein mag, bevor ein jeder beschäftigt ist, der zu diesen Löhnen arbeiten wolle, daß dieser Zustand aber auf ein offenes oder stillschweigendes Abkommen der Arbeiter zurückzuführen sei, für keinen niedrigeren Lohn zu arbeiten, und daß, falls die Arbeiter in ihrer Gesamtheit mit einer Kürzung der Nominallöhne einverstanden wären, auch mehr Beschäftigung zustande käme.«* (Ebd. 7) Mit diesem Verweis auf eine angebliche »Marktmacht« der Arbeiterorganisationen ist die neoklassische Beschäftigungstheorie aber nun keineswegs gegenüber den Unbilden der Wirklichkeit immunisiert. Keynes' erster Einwand, der sich auf die immanenten Voraussetzungen der zu kritisierenden Anschauung einlässt, lautet: »*Nehmen wir einmal an, daß die Arbeiter zu keinem niedrigeren Nominallohn arbeiten wollen und daß eine Kürzung des bestehenden Niveaus der Nominallöhne durch Streiks oder sonstige Maßnahmen zum Rückzug von zur Zeit beschäftigten Arbeitern vom Arbeitsmarkt führen würde. Folgt daraus, daß die marginale Nutzeneinbuße durch Arbeit durch das bestehende Reallohnniveau genau gemessen wird? Nicht unbedingt. Denn obschon eine Kürzung der bestehenden Nominallöhne zu einem Rückzug von Arbeitern führen würde, ist noch nicht gesagt, daß ein Sinken des Wertes der bestehenden Nominallöhne, in Lohngütern ausgedrückt, die gleiche Folge hätte, falls das Sinken auf ein Anziehen der Preise dieser Lohngüter zurückzuführen wäre. Mit anderen Worten, es mag sein, daß sich das Verlangen der Arbeiter innerhalb gewisser Grenzen auf einen Mindestnominallohn und nicht auf einen Mindestreallohn bezieht.«* (Ebd.)

---

[20] Vgl. ebd. 28: »*Denn die professionellen Ökonomen nach Malthus wurden offenbar von der mangelhaften Übereinstimmung zwischen den Folgerungen ihrer Theorie und den Erfahrungstatsachen nicht berührt – eine Diskrepanz, die dem gewöhnlichen Manne nicht entging, mit der Folge, daß er den Ökonomen mehr und mehr die Achtung verweigert, die er anderen Gelehrten zollt, deren theoretische Folgerungen durch die Beobachtung bestätigt werden, wenn sie an der Empirie gemessen werden.«*

Die fehlende Distinktion zwischen Geld- und Reallohn in der neoklassischen Beschäftigungstheorie unterhöhlt von vornherein ihr zweites Postulat vom Ausgleich des Nutzens des Arbeitslohns mit dem Grenzleid der Arbeit einer gegebenen Beschäftigung, denn jede Preisvariation der durchschnittlich in den Konsum der Arbeiterklasse eingehenden Waren (Lohngüter) affiziert den Nutzen, den ein gegebener Geldlohn stiftet. Es tritt jetzt hervor, dass die neoklassische Theorie die Existenz der in Geld ausgedrückten ökonomischen Verhältnisse als bloße »Verkleidung« naturaler Relationen betrachtet, d.h. die Existenz der Geldverhältnisse als »unwesentliches Beiwerk« stofflicher Strukturen abtut. Die Gültigkeit ihres zweiten Postulats der Beschäftigungstheorie einmal unterstellt, ergibt sich sofort ein sich selbst aufhebender Widerspruch, wenn eingeräumt wird, was einzuräumen ist, dass Geld- und Reallohn verschiedenartigen Bestimmungsfaktoren unterliegen. Damit eröffnet sich ein weiterer Gegensatz der Theorie gegenüber der erfahrungsmäßig konstatierbaren Praxis: »*Nun lehrt uns aber die gewöhnliche Erfahrung ohne Zweifel, daß ein Zustand, in dem die Arbeiter (innerhalb gewisser Grenzen) mehr auf Nominallöhnen als auf Reallöhnen bestehen, nicht nur eine bloße Möglichkeit, sondern der Normalzustand ist. Während die Arbeiter sich gewöhnlich einer Kürzung der Nominallöhne widersetzen, pflegen sie die Arbeit nicht bei jedem Steigen der Preise der Lohngüter niederzulegen.*« (Ebd. 8)

Dies leitet zu einem zweiten, grundlegenderen Einwand gegenüber dem zweiten Postulat der neoklassischen Beschäftigungstheorie über, denn das beobachtete Verhalten der Arbeiter beruht nicht auf dem schlichten Umstand der so genannten »Geldillusion«, sondern darauf, dass die Arbeiterklasse insgesamt überhaupt keine Möglichkeiten besitzt, über die Aushandlung von Geldlöhnen zugleich das Reallohnniveau zu bestimmen: »*Die klassische Theorie nimmt … an, daß es den Arbeitern immer freisteht, ihren Reallohn zu verringern, indem sie einer Kürzung ihres Nominallohns zustimmen. Das Postulat, daß der Reallohn dazu tendiert, mit dem Nutzenverlust durch Arbeit in Übereinstimmung zu kommen, setzt ganz offenbar voraus, daß die Arbeiter den Reallohn, um den sie arbeiten, selber bestimmen können, wenn auch nicht die Menge der Beschäftigung, die zu diesem Lohn zum Vorschein kommt.*« (AT: 9) Aber: »*…es ist möglich, daß die Arbeiterklasse über* keine *Methode verfügt, durch die sie den Lohngütergegenwert des allgemeinen Niveaus der Nominallöhne mit dem marginalen Nutzenverlust durch Arbeit bei dem aktuellen Beschäftigungsniveau in Übereinstimmung bringen kann. Es ist möglich, daß es kein Mittel gibt, durch das die Arbeiterklasse ihren* Reallohn *auf einen gegebenen Betrag kürzen kann, indem sie die* Geld*lohnabschlüsse mit den Unternehmern ändert. Dies wird unsere Behauptung sein.*« (AT: 11)

Die theoretische Begründung für diesen Sachverhalt berührt den uns vorliegend interessierenden Sachverhalt hinsichtlich des Verhältnisses zwischen einzel- und gesamtwirtschaftlichen Tatbeständen: »*Die Annahme nun, daß das allgemeine Niveau der Reallöhne von den Nominallohnabschlüssen zwischen Unternehmern und Arbeitern abhängt, kann nicht ohne weiteres als richtig angenommen werden. Es ist in der Tat merkwürdig, daß man sich so wenig anstrengte, diese Anschauung ent-*

weder zu beweisen oder zu widerlegen. Denn sie ist weit davon entfernt, mit dem allgemeinen Tenor der klassischen Theorie übereinzustimmen, die uns zu glauben lehrte, daß Preise durch die marginalen Grundkosten bestimmt werden, und daß die Nominallöhne großenteils die marginalen Grundkosten bestimmen. Wenn sich die Nominallöhne ändern, hätte man daher erwartet, daß die klassische Schule argumentieren würde, daß sich die Preise fast im gleichen Verhältnis änderten, so daß sie den Reallohn und die Höhe der Arbeitslosigkeit praktisch unverändert ließen, wobei etwaige geringe Vorteile oder Nachteile für die Arbeiter zu Lasten oder Gunsten der übrigen Bestandteile der Grenzkosten gingen, die unverändert gelassen wurden. Sie scheinen aber von diesem Gedankengang abgelenkt worden zu sein, teilweise wegen der festverwurzelten Überzeugung, daß die Arbeiter ihren eigenen Reallohn bestimmen können, und teilweise vielleicht wegen der Voreingenommenheit für die Anschauung, daß die Preise von der Geldmenge abhängen.« (AT: 10f.) Fällt namentlich die letzte These, dass die absoluten (Güter-)Preise durch die Geldmenge bestimmt sind – eine Vorstellung, die schon in Ricardos Theorie einen durch seine Außenhandelstheorie begründeten Fremdkörper gegenüber seiner Wertbestimmung durch gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit ausmacht (vgl. Ricardo 1821: 114ff.)[21] –, ist der gesamte Argumentationsgang, selbst innerhalb der kruden Produktionsfaktorentheorie der Warenpreise, hinfällig geworden. Keynes' Gegenposition lautet: »*Wir werden uns bemühen zu zeigen, daß es in erster Linie* gewisse andere Kräfte sind, *die das allgemeine Niveau der Reallöhne bestimmen.«* (AT: 11f., Herv. S.K.)

Diese gewissen »anderen Kräfte unserer Wirtschaftsordnung« (vgl. ebd. 12) spielen auf der gesamtwirtschaftlichen Ebene und beinhalten das »Gesetz der effektiven Nachfrage«. Als solche, sich aus dem Aufeinanderwirken der gesamtgesellschaftlichen Aggregate von Angebot und Nachfrage ergebenden Kräfte, welche Preis- und Geldlohnsatzniveau – daher auch das Niveau der Reallöhne – bestimmen, entziehen sie sich jedoch einer handlungstheoretischen, streng subjektivistisch ausgerichteten Fundierung, wie es der methodologische Individualismus des handlungstheoretischen Paradigmas fordert. Man sieht: Keynes kommt anhand seiner zunächst immanent geführten Kritik an der neoklassischen Beschäftigungstheorie wiederum zu dem Schluss, dass die Unmittelbarkeit des Verhältnisses zwischen einzel- und gesamtwirtschaftlichen Umständen, wie es die mikroökonomisch fundierte Totalanalyse suggeriert, innerhalb einer entwickelten »Geldwirtschaft« keinen Bestand hat. Umgekehrt bezeichnet er diese hypostasierte Unmittelbarkeit als »*eine falsche Analogie mit einer Art Nichttausch-Robinson-Crusoe-Wirtschaft«* (ebd. 17), welche die entwickelten Verhältnisse des Kapitalismus total verkenne.

[21] Zur Kritik an Ricardos Außenhandelstheorie und der Integration der durch Außenwirtschaftstransaktionen ausgelösten Preisbewegungen, die über die nationale Durchschnittsprofitrate auch das gesamtwirtschaftliche Wertprodukt verändern, in die Werttheorie vgl. Krüger 2010: 725ff.

Hiermit sind wir wiederum angelangt bei der Bestimmtheit des Geldes als Ausdrucksform eines gesamtgesellschaftlichen Systemzusammenhangs, in welchem die Handlungen des Einzelnen gesamtwirtschaftliche Resultate hervorbringen, denen die Einzelnen wiederum unterworfen sind: 1. Geldlohnaushandlung zwischen Unternehmern und Arbeitern, sodann 2. Eingehen der Geldlöhne als Produktionskosten in das gesamtwirtschaftliche Angebot und der aus den Geldlöhnen gespeiste Konsum der Arbeiter in die gesamtwirtschaftliche Nachfrage, schließlich 3. Bestimmung des resultierenden Reallohnniveaus aus dem durch Angebot und Nachfrage bestimmten Preis (resp. seiner Veränderung) der Lohngüter. Wird demgegenüber das Geld als unwesentlich und neutral gegenüber den naturalen Austauschprozessen und das Preisniveau durch exogene Variationen der Geldmenge bestimmt, stehen sich »Theorie des Werts« und »Theorie des Geldes und der Preise« unvermittelt gegenüber. Wird aber herausgefühlt, dass die jedesmalige Art und Weise der Vermittlung des gesellschaftlichen Stoffwechsels, d.h. die Auffassung des Prozesses nach seiner Formseite (vgl. MEW 23: 115) allererst den Aufweis quantitativer Veränderungen ermöglicht, ergibt sich die Aufgabe, »*diesem Doppelleben (zwischen Wert- und Geldtheorie, S.K.) zu entrinnen und die Theorie der Preise als Ganzes in enge Fühlung mit der Theorie des Wertes zurückzubringen«* (AT: 247). Letzteres betrachtet Keynes als seine zentrale Aufgabe.

b) Geld als Vermögensgegenstand

Eigenschaften dauerhafter Vermögensgegenstände

Nach dem Aufweis der von Keynes mit seiner Charakterisierung des Kapitalismus als Geldwirtschaft erfassten Dimensionen des spezifisch gesellschaftlichen Zusammenhangs zwischen den Privatproduzenten (Einzelfirmen) ist nunmehr zu untersuchen, in welcher Art und Weise er seinerseits die Bestimmtheit der Kategorie des Geldes positiv entwickelt. Im Mittelpunkt dieser Betrachtung steht die Interpretation des 17. Kapitels der »General Theory«: »Die wesentlichen Eigenschaften von Zins und Geld«.[22]

Basis von Keynes' Geldbestimmung ist, dies wurde bereits gezeigt, die Bestimmtheit des Geldes als Vermögensgegenstand im Sinne eines Schatzes, der das Bedürfnis nach Liquidität befriedigt, die ihrerseits auf der Unsicherheit der Zukunft gründet, welche ein Spezifikum von Geldwirtschaft alias Kapitalismus darstellt. Als Versicherung gegenüber den unvorhersehbaren Unbilden zukünftiger Ent-

[22] Es ist bezeichnend für die traditionelle Keynes-Interpretation, dass dieses Kapitel der »General Theory« als überflüssiges Beiwerk abgetan wurde; vgl. Hansen 1959: 157. Lange war der Aufsatz von Lerner (1953) die einzige explizite Befassung mit den in Frage stehenden Inhalten; mittlerweile gilt das 17. Kapitel der »General Theory« auch der monetärkeynesianischen Interpretationsrichtung der »Berliner Schule« als eine wesentliche paradigmatische Fundierung ihrer Basiskategorien; vgl. die oben in Fn. 4 genannten Autoren.

wicklungen muss gesellschaftlicher Reichtum in liquider, also stets handhabbarer Form gehalten werden. Die Entscheidungssituation der Subjekte ist dabei zweifach: Nachdem sie darüber entschieden haben, welchen Teil des Einkommens sie konsumtiv verausgaben wollen, haben sie eine Wahlmöglichkeit hinsichtlich der Verwendung ihrer Ersparnis. Diese kann (zinstragend) angelegt oder in barer Form gehortet werden; nur letztere befriedigt das Bedürfnis nach Liquidität.[23] Zwischen beiden Verwendungen der Ersparnis besteht also ein Spannungsverhältnis, wodurch sich nach Keynes der Zins begründet. Dieser ist die Belohnung für die Hin- oder Aufgabe von Liquidität: »*Es sollte klar sein, daß der Zinsfuß keine Belohnung für Sparen oder Warten an sich sein kann. Denn wenn ein Mensch seine Ersparnisse in Kasse hortet, nimmt er keine Zinsen ein, obschon er gerade so viel spart wie zuvor. Im Gegenteil, die bloße Definition des Zinsfußes sagt uns in ebenso vielen Worten, daß der Zinsfuß die Belohnung für die Aufgabe der Liquidität für einen bestimmten Zeitabschnitt ist. Denn der Zinsfuß an sich ist weiter nichts als das umgekehrte Verhältnis zwischen einer Summe Geld und dem, was für die Aufgabe des Verfügungsrechtes über das Geld im Tausch gegen ein Darlehn für einen bestimmten Zeitabschnitt erhalten werden kann.*« (AT: 141)

Diese Bestimmtheit des Geldes als Vermögensgegenstand und des Zinsfußes auf Geld als Belohnung für die Aufgabe von Liquidität für einen bestimmten Zeitraum markieren für Keynes jedoch keine Tatbestände, die nicht für andere dauerhafte Vermögensgegenstände in grundsätzlich gleicher Weise Gültigkeit besäßen.[24] Wir stoßen hier auf die Kapitaleigenschaft dauerhafter Vermögensgüter, die für Keynes untrennbar mit ihrer Bestimmtheit als Vermögen verknüpft ist. Gleichgültig, in welcher Naturalform der Kapitalwert auftritt, ob in Geld- und Warenform, seine Be-

---

[23] Mit dieser Unterscheidung zwischen dem Halten von Geld in liquider Form und der Anlage von Geldkapital in zinstragenden Titeln findet sich bei Keynes eine Differenzierung in Gestalt einer (subjektiven) Entscheidungsalternative, die als objektiver Unterschied im Marxschen System zwischen Geldkapital einerseits und seinen verschiedenen Anlageformen (fiktives Kapital) andererseits einen wesentlichen Schlüssel für die Analyse des Kreditsystems und die Bestimmungsfaktoren der Zinssätze abgibt: »*Staatspapiere wie Aktien und andre Wertpapiere aller Art sind Anlagesphären für verleihbares Geldkapital, für Kapital, das bestimmt ist, zinstragend zu werden. Aber sie sind nicht selbst das Leihkapital, das in ihnen ausgelegt wird.*« (MEW 25: 495) Vgl. auch Krüger 2010: 519ff.

[24] Vgl. AT, 187: »*Der Geldzinsfuß … ist lediglich der prozentuale Überschuß einer für spätere Lieferung (zum Beispiel nach einem Jahr) kontrahierten Summe Geldes über das, was wir den ›Spot‹- oder Kassapreis der für spätere Lieferung kontrahierten Summe nennen können. Es hat daher den Anschein, daß es für jede Art von Vermögenswert ein Analogon zum Geldzinssatz geben muß; denn es gibt eine bestimmte, nach einem Jahr lieferbare Menge (zum Beispiel) Weizen, die heute den gleichen Tauschwert hat wie hundert Viertelzentner Weizen bei sofortiger Lieferung. Wenn die nach einem Jahr lieferbare Menge 105 Viertelzentner ist, können wir sagen, daß der Weizenzinssatz 5% im Jahr ist; und wenn sie 95 Viertelzentner ist, daß er* minus *5% im Jahr ist. Für jede dauerhafte Ware haben wir somit einen Zinssatz in Größen von sich selbst – einen Weizenzinssatz, einen Kupferzinssatz, einen Häuserzinssatz und sogar einen Stahlwerkzinssatz.*«

stimmtheit als Kapital konstituiert eine Differenz zwischen Kassa- und Terminpreis, die als prozentualer Überschuss des letzteren gegenüber dem ersteren den Wareneigenzinsfuß, d.h. den Zinsfuß des betreffenden Vermögensgegenstandes in Größen von sich selbst bestimmt. Die spezifische Eigentümlichkeit des Zinsfußes auf Geld ergibt sich hier, im ersten Schritt der Argumentation, nur daraus, dass in einer Geldwirtschaft eine bestimmte Ware – Geld – als gemeinsamer Standard zur Vergleichung der verschiedenen Eigenzinsfüße der Waren dient. Geld funktioniert hierbei also zunächst nur als numéraire oder Rechengeld.[25]

Was bestimmt nun die Höhe dieser Eigenzinssätze verschiedener Kapitalbestände? Keynes fixiert drei verschiedene Eigenschaften, die verschiedene Arten von Vermögensbeständen in verschiedenen Graden besitzen und die zusammengenommen die jeweilige Höhe des Eigenzinsfußes dieser Kapitalwerte bestimmen.

»1. Einige Vermögensgegenstände erwirtschaften einen Ertrag oder einen Output q, in Größen von sich selbst gemessen, indem sie irgendeinen Produktionsprozeß unterstützen oder einem Verbraucher Dienste leisten.« (AT: 189) Die Erzeugung eines solchen Ertrages bzw. einer Produktion reflektiert in erster Instanz einen realen Tatbestand, nämlich den der Vermehrung des betreffenden Vermögensbestandes während eines bestimmten Zeitabschnitts, ausgedrückt in natural-stofflichen Größen. In welcher Weise Keynes sich diese Vermehrung von Vermögensbeständen genauer vorstellt, ist im folgenden Kapitel im Einzelnen zu untersuchen; es wird sich zeigen, dass zwischen der stofflichen Vermehrung – bei Keynes: Produktivität – und ihrer wertlichen Messung, d.h. der Bewertung des Erträgnisses in monetären Größen zu unterscheiden sein wird. Darüber hinaus kann das Erträgnis q jedoch auch ein bloßer Zins eines finanziellen Vermögensgegenstandes sein, womit die Frage des Verhältnisses zwischen der reproduktiven (vulgo: realwirtschaftlichen)[26]

---

[25] Vgl. ebd. 187f.: »*Nehmen wir an, daß der Spotpreis von Weizen £ 100 für 100 Viertelzentner ist, daß der Preis des ›Termin‹-Kontraktes für nach einem Jahr lieferbaren Weizen £ 107 für 100 Viertelzentner ist, und daß der Geldzinssatz 5% ist; was ist dann der Weizenzinssatz? £ 100 sofort werden £ 105 für spätere Lieferung kaufen, und £ 105 für spätere Lieferung werden 105/107 x 100 (= 98) Viertelzentner für spätere Lieferung kaufen. 100 Viertelzentner Weizen für sofortige Lieferung werden 98 Viertelzentner für spätere Lieferung kaufen. Daraus folgt, daß der Weizenzinssatz* minus *2% im Jahr ist.«*

[26] Die Begriffe »Realwirtschaft«, »Realkapital«, »Realinvestition« sind gängige Begrifflichkeiten zur Beschreibung dessen, was nach Marx präziser als »reproduktive Sphäre« des gesellschaftlichen Gesamtreproduktionsprozesses zu bezeichnen ist. Insbesondere wird damit hervorgehoben, dass es sich bei dem fungierenden Kapital dieser reproduktiven Sphäre um genuin wertlich resp. preislich bestimmte Variablen handelt, keineswegs um stofflich-naturale Größen, welche erst durch die Märkte und die auf ihnen spielenden Konstellationen der monetär-finanziellen Sphäre wertliche bzw. preisliche Ausdrucksformen zuerkannt erhielten. Bedingt durch den vorliegend im Mittelpunkt stehenden Text von Keynes lässt sich jedoch die präzisere Begrifflichkeit nicht immer durchhalten, sodass »realwirtschaftlich« und »reproduktiv« im nachstehenden Text in der Regel in gleicher Bedeutung im Sinne von reproduktiv verwendet werden.

und finanziellen Wirtschaftssphäre aufgeworfen wird, worüber später mehr.[27] An dieser Stelle genügt zunächst die Konstatierung des Faktums als solchem; auf jeden Fall ist das Erträgnis q eine objektive Größe.[28]

»2. Die meisten Vermögensgegenstände, mit Ausnahme von Geld, erleiden einen Wertverlust oder bedingen Kosten lediglich durch Zeitverlauf (abgesehen von jeder Änderung in ihrem relativen Wert), unabhängig davon, ob sie zur Erzeugung eines Ertrages gebraucht werden; d.h. sie bedingen Lagerkosten c, in Größen von sich selbst gemessen.« (AT: 190) Diese zweite Eigenschaft dauerhafter Vermögensgegenstände rührt also in erster Linie aus der rein stofflich bestimmten verschiedenen Dauerhaftigkeit derselben her; dementsprechend sind die Aufwendungen der Substanzerhaltung je nach der spezifischen Art des betreffenden Vermögensgegenstandes größer oder kleiner. Diese Durchhaltekosten c mindern das erzeugte Erträgnis.

»3. Schließlich mag die Verfügungsmacht über einen Vermögensgegenstand während eines Zeitabschnittes eine potentielle Annehmlichkeit oder Sicherheit bieten, die für verschiedene Arten von Vermögensgegenständen ungleich ist, obschon die Vermögensgegenstände selber den gleichen Anfangswert haben. Es gibt hierfür sozusagen kein greifbares Ergebnis am Ende des Zeitabschnittes in der Form von Produktion, und doch ist es etwas, für das die Leute bereit sind, etwas zu bezahlen. Wir werden den Betrag (in Größen von sich selbst gemessen), den sie bereit sind, für die durch diese Verfügungsmacht gegebene potentielle Annehmlichkeit oder Sicherheit zu bezahlen (ausschließlich der Erträge oder der Lagerhaltungskosten, die mit dem Vermögensgegenstand verbunden sind), die Liquiditätsprämie l nennen.« (Ebd.) Diese letzte Eigenschaft dauerhafter Vermögensgegenstände ist nicht stofflich-natural fassbar, sie ist im Unterschied zum Erträgnis q und den Durchhaltekosten c als Potentialität zudem eine subjektive Größe.[29]

---

[27] Die Unschärfe der Keynesschen Argumentation kommt dadurch herein, dass mit der oberflächlichen Kategorie des Vermögensgegenstandes (asset) sehr unterschiedlich formbestimmte Kapitalformen zusammengesperrt werden: produktives Kapital, Warenkapital, zinstragendes Kapital und dessen Anlageformen, schließlich dauerhafte Konsumgüter (z.B. selbst genutzte Immobilien), die einen von Substanzwert (Anschaffungspreis) verschiedenen (fiktiven, weil rein opportunitätskostentheoretisch bestimmten) Ertragswert haben bzw. haben können. Hinsichtlich eines Abhängigkeitsverhältnisses zwischen der reproduktiven und finanziellen Sphäre des Gesamtreproduktionsprozesses ist Keynes keineswegs klar und eindeutig; allerdings trifft die monetärkeynesianische Interpretation, die ausgehend von der Suprematie des Vermögensmarktes die preisliche Bewertung des Produktionsprozesses und seiner Resultate ableitet, nicht den tieferen Sinn der Keynesschen Deduktionen; auch hierauf ist im nachstehenden Kapitel ausführlich zurückzukommen.

[28] Zum Verhältnis zwischen »objektiven« bzw. realisierten Größen und Erwartungsgrößen vgl. ausführlicher die Kapitel 7 und 8 der vorliegenden Abhandlung.

[29] Neben die Liquiditätsprämie als nichtpekuniärer Ertragsrate ist in der keynesianischen Außenwirtschaftstheorie eine »Währungsprämie« eingeführt worden, die das Konkurrenzverhältnis zwischen verschiedenen Währungen zum Ausdruck bringen soll: Diese Währungsprämie *»ergibt sich aus den subjektiv bewerteten Vor- bzw. Nachteilen, die einzelne Wäh-*

Aus den vorgenannten drei Eigenschaften dauerhafter Vermögensgegenstände bestimmt sich nun das gesamte Erträgnis, das vom Besitz derselben innerhalb einer bestimmten Zeitperiode erwartet wird als q – c + l. Dies ist der Eigenzinsfuß einer beliebigen Ware.

Soll die vorliegende Aufzählung der Eigenschaften dauerhafter Vermögensgegenstände zunächst immanent beurteilt werden, ist als erstes die Frage zu stellen, inwieweit diese Eigenschaften in der Tat vollständig die Bestimmtheit von »Vermögensgegenständen« als Kapitalwerten charakterisieren. Denn um nichts anderes geht es ja: Was Keynes als Vermögensbestände oder -gegenstände bezeichnet, ist nichts anderes als Kapital, die Eigenschaften dieser Vermögensgegenstände sind Eigenschaften von Wertgrößen in der Bestimmtheit von Kapitalwerten. Vor diesem Hintergrund sind die ersten beiden Eigenschaften, Erträgnis q und Lagerhaltungskosten c, nur Ausdruck der Tatsache, dass Wert als Kapital sich verwerten muss, wobei, da dieser Prozess in der Zeit vorgeht, die konkrete Naturalform, in der der Kapitalwert existiert, der Größe der Verwertung einen Tribut abverlangt. Abkürzend kann formuliert werden, dass Erträgnis q minus Lagerhaltungskosten c den Umstand zum Ausdruck bringen, dass eine Wertsumme G als Kapital nach Ablauf einer bestimmten Zeitperiode zu $G' = G + \Delta G$ geworden ist mit ΔG als Mehrprodukt oder Mehrwert.[30]

Die dritte von Keynes beigebrachte Eigenschaft dauerhafter Vermögensgegenstände, die Liquiditätsprämie l, begründet sich aus seiner spezifischen Sichtweise des Kapitalismus als Geldwirtschaft, die infolge der systemspezifischen Zukunftsunsicherheit das Bedürfnis nach Liquidität zur Absicherung generiert. Die Liquiditätsprämie als Ertragskomponente ergibt sich dann aus der Bestimmung des Geldes als Wertaufbewahrungsmittel einerseits und dem dem Kalkül des individuellen Vermögensbesitzers Rechnung tragenden »polemischen« Verhältnis zwischen Ware und Geld bzw. dem negativen Spannungsverhältnis zwischen dem Geld als Schatz und der Waren- und Kapitalzirkulation andererseits.

Wir können also festhalten, dass Keynes bei der Benennung der Eigenschaften dauerhafter Vermögensgegenstände die konstitutiven Merkmale des zinstragenden

---

rungen gegenüber anderen aufweisen. Zwischen den verschiedenen nationalen Währungen besteht ein Konkurrenzverhältnis, da sich jede nationale Währung gegen andere bezüglich der Gunst der Anleger behaupten muss.« (Heine/Herr 2003: 657)

[30] Bei Marx liest sich diese Bestimmung folgendermaßen: »*Geld – hier genommen als selbständiger Ausdruck einer Wertsumme, ob sie tatsächlich in Geld oder Waren existiere – kann auf Grundlage der kapitalistischen Produktion in Kapital verwandelt werden und wird durch diese Verwandlung aus einem gegebnen Wert zu einem sich verwertenden, sich vermehrenden Wert. Es produziert Profit, d.h. es befähigt den Kapitalisten, ein bestimmtes Quantum unbezahlter Arbeit, Mehrprodukt und Mehrwert, aus den Arbeitern herauszuziehen und sich anzueignen. Damit erhält es, außer dem Gebrauchswert, den es als Geld besitzt, einen zusätzlichen Gebrauchswert, nämlich den, als Kapital zu fungieren. Sein Gebrauchswert besteht hier eben in dem Profit, den es, in Kapital verwandelt, produziert.«* (MEW 25: 350f.)

Kapitals herausarbeitet. Andererseits fehlt ihm, das kann an dieser Stelle schon bemerkt werden,[31] jedoch die Grundlage dieser ökonomischen Formbestimmung. Die wesentlichen Eigenschaften dauerhafter Vermögensgegenstände, die bei Keynes voraussetzungslos aufgezählt werden, sind im Gegenteil keineswegs voraussetzungslos: Damit die Vermögensbestände überhaupt die von Keynes herausgestellten Eigenschaften aufweisen können, ist die Existenz des kapitalistischen Produktionsprozesses und des in denselben eingeschlossenen Klassenverhältnisses zwischen Lohnarbeit und Kapital substantiell vorausgesetzt. Da Keynes diese wesentliche Grundlage der Vermögensgegenstände als Kapital nicht weiter reflektiert, fixiert er bloß ein kompliziert vermitteltes Resultat dieser Grundlage, jedoch unter Ausklammerung der notwendigen Vermittlungsglieder.[32] Damit reproduziert er in geradezu klassischer Weise die mit dem zinstragenden Kapital konstituierte Mystifikation hinsichtlich der scheinbaren Voraussetzungslosigkeit seiner Existenz.

Sind Ertrag, Lagerhaltungskosten und Liquiditätsprämie die Bestimmungsgründe der Eigenzinsfüße verschiedener Vermögensgegenstände, kann im nächsten Schritt leicht gezeigt werden, dass der Gesamtertrag von in Warenform existierenden Kapitalwerten wesentlich durch die beiden ersteren, derjenige von Geld(-Kapital) fast ausschließlich durch die letztere bestimmt wird: »*Es ist eine Eigenart des Geldes, daß sein Erträgnis* Null *ist und seine Lagerhaltungskosten unbeachtlich sind, aber seine Liquiditätsprämie beträchtlich ist. Verschiedene Waren können in der Tat unter sich abweichende Grade von Liquiditätsprämien aufweisen, und das Geld mag einen Grad von Lagerhaltungskosten bedingen, zum Beispiel für sicheren Gewahrsam. Es ist aber ein wesentlicher Unterschied zwischen Geld und allen (oder den meisten) anderen Vermögensgegenständen, daß im Fall des Geldes seine Liquiditätsprämie seine Lagerhaltungskosten stark übersteigt, während im Fall der anderen Vermögensgegenstände ihre Lagerhaltungskosten stark ihre Liquiditätsprämie übersteigen.*« (AT: 190f.)

---

[31] Vgl. dazu das Kapitel 2 der vorliegenden Abhandlung.

[32] Vgl. dazu Marx: »*Auf Grundlage der kapitalistischen Produktion ist es nur verschiedene Anwendung des Geldes, ob es als Geld verausgabt oder als Kapital vorgeschossen wird. Geld resp. Ware, ist an sich, potentiell Kapital, ganz wie die Arbeitskraft potentiell Kapital ist. Denn 1. kann das Geld in die Produktionselemente verwandelt werden und ist, wie es ist, bloß abstrakter Ausdruck derselben, ihr Dasein als Wert; 2. besitzen die stofflichen Elemente des Reichtums die Eigenschaft, potentiell schon Kapital zu sein, weil ihr sie ergänzender Gegensatz, das, was sie zu Kapital macht – die Lohnarbeit –, auf Basis der kapitalistischen Produktion vorhanden ist. Die gegensätzliche gesellschaftliche Bestimmtheit des stofflichen Reichtums – sein Gegensatz zur Arbeit als Lohnarbeit – ist, getrennt vom Produktionsprozeß, schon im Kapitaleigentum als solchem ausgedrückt. Dies eine Moment nun, getrennt vom kapitalistischen Produktionsprozeß selbst, dessen stetes Resultat es ist und als dessen stetes Resultat es seine stete Voraussetzung ist, drückt sich darin aus, daß Geld, und ebenso Ware, an sich, latent, potentiell, Kapital sind, daß sie als Kapital verkauft werden können und daß sie in dieser Form Kommando über fremde Arbeit sind, Anspruch auf Aneignung fremder Arbeit geben, daher sich verwertender Wert sind.*« (MEW 25: 367f.)

Mit der unterschiedlichen Bestimmtheit der Eigenzinssätze von Vermögensgegenständen in Warenform und dem Eigenzinssatz des Geldes als Liquiditätsprämie ist die Basis für den Unterschied zwischen der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals (Profit) und dem Zinsfuß als Ertragsrate oder Verwertungsmaß des Geldkapitals gegeben. Aus der Differenz der Grenzleistungsfähigkeit verschiedener Vermögensbestände und ihrer Spannung zur Liquiditätsvorliebe und dem Halten von Geld ergeben sich Konsequenzen für die Produktion: »*Jene Vermögensgegenstände nun, deren normaler Angebotspreis niedriger als ihr Nachfragepreis ist, werden neu erzeugt werden; und das werden jene Vermögensgegenstände sein, deren Grenzleistungsfähigkeit (auf der Grundlage ihres normalen Angebotspreises) größer als der Zinsfuß ist (wobei beide nach dem gleichen Wertstandard gemessen werden, welcher dieser auch immer sein mag). Mit der Zunahme des Vorrates an Vermögensgegenständen, die am Anfang eine Grenzleistungsfähigkeit haben, die zum mindestens so hoch wie der Zinssatz ist, wird ihre Grenzleistungsfähigkeit … die Neigung haben zu fallen. Es wird daher ein Punkt kommen, an dem es sich nicht länger lohnt, sie zu erzeugen, es sei denn,* daß der Zinssatz *im gleichen Schritt* fällt. *Wenn es* keinen *Vermögensgegenstand gibt, dessen Grenzleistungsfähigkeit den Zinsfuß erreicht, wird die weitere Erzeugung von Kapitalgütern zu einem Stillstand kommen.*« (Ebd. 192) Was Keynes hier beschreibt, sind nichts anderes als die oberflächlichen Erscheinungsformen des Ausgleichungsprozesses zur allgemeinen Profitrate als Durchschnittsprofitrate des gesellschaftlichen Gesamtkapitals. Unterschiedliche Eigenzinssätze verschiedener Vermögensgegenstände oder Renditeraten in verschiedenen Produktionssphären und verschiedenen Kapitalformen werden über die Preisbewegung durch Angebot und Nachfrage und die dadurch induzierte Erzeugungstätigkeit tendenziell nivelliert. In dem Maße, wie durch zusätzliche Produktion, angeregt durch überdurchschnittlich hohe Eigenzinssätze (bzw. deren Erwartungsgrößen), das Angebot von Kapitalgütern vermehrt wird, sinkt ihre Grenzleistungsfähigkeit als erwartete marginale Profitrate bzw. erwartete Profitrate auf neu anzulegendes Zusatzkapital. Dieser Prozess währt so lange, bis tendenziell die Grenzleistungsfähigkeiten aller Vermögensbestände auf das Niveau des Geldzinsfußes heruntergebracht worden sind.[33] Es bleibt somit noch zu untersuchen, weshalb es der Geldzinsfuß ist, der der Produktion zusätzlicher Vermögensgegenstände eine Grenze setzt.

---

[33] Keynes spricht bisweilen von einem »Gleichgewicht«, in dem die verschiedenen Eigenzinssätze von in Warenform existierenden Vermögensgegenständen sowie der Geldzinssatz einander gleich sind (vgl. etwa AT: 190); diese Formulierungen dürfen jedoch nicht dazu verleiten, in der Wirklichkeit einen solchen »Gleichgewichtszustand« auffinden zu wollen. Umgekehrt zeigt gerade die Keynessche Analyse, dass sowohl die verschiedenen Eigenzinssätze bzw. Grenzleistungsfähigkeiten des Kapitals sowie ihr Verhältnis zum Zinsfuß auf Geld eine beständige Bewegung, Schwankung durchmachen, mit zum Teil durchaus gegenläufigen Entwicklungstendenzen; dies gilt, wie wir sehen werden, sowohl innerhalb des Konjunkturzyklus als auch in langfristiger Entwicklungsperspektive.

Die spezifischen Eigenschaften des Geldes oder die Rigidität des Geldzinssatzes

Die Tendenz der Eigenzinsfüße verschiedener Vermögensbestände, mit der Zunahme ihrer Produktion zu fallen, beinhaltet eine Entwicklung, die – wenn auch aus unterschiedlichen Gründen – sowohl für die lange als auch für die kurze, zyklische Frist gilt. Vorliegend geht es noch nicht um die Analyse dieser Bewegungen der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals, sondern nur erst um die Frage, ob oder ob nicht die fallende Bewegung der Eigenzinssätze für alle Vermögensbestände in gleichem Maße gilt: »*Es wird nun deutlich, daß unsere frühere Feststellung, daß es der Geldzinssatz ist, welcher dem Produktionsvolumen eine Grenze setzt, nicht völlig richtig ist. Wir hätten sagen sollen, daß es der Zinssatz jenes Vermögensgegenstandes ist, der bei einer allgemeinen Zunahme des Vorrats an Vermögensgegenständen am langsamsten fällt, der letzten Endes die gewinnbringende Erzeugung aller anderen Vermögensgegenstände unmöglich macht…*« (AT: 192)

Tatsächlich ist es aber der durch die Liquiditätsprämie l bestimmte Geldzinsfuß, der im Zuge der Kapitalakkumulation, d.h. bei einer allgemeinen Zunahme der Vermögensbestände am langsamsten sinkt; Keynes führt drei Gründe hierfür an.

Erstens: Geld kann nicht ohne weiteres erzeugt werden.[34] Dies bedeutet, dass das Angebot von Geld exogen vorgegeben wird, dass also durch private Produktion, einen steigenden Zinsfuß des Geldes vorausgesetzt, nicht beliebig die Menge dieses Vermögensgegenstandes ausgeweitet werden kann, sodass in Reaktion auf diese vermehrte Erzeugung der Eigenzinsfuß wieder fallen würde. Dieser Umstand trifft nach Keynes für alle Arten des Geldes, sowohl für Goldgeld (Warengeld) als auch nicht konvertibles staatliches Papiergeld (Zeichengeld) zu – jedenfalls, wenn von Ländern mit einer nennenswerten Goldproduktion abgesehen wird.

Dieses Merkmal einer unelastischen Erzeugung von Geld mutet auf den ersten Blick äußerst oberflächlich an: Zurückgeführt auf die Macht der Währungsbehörde, die das Monopol der (Zentralbank-)Geldemission innehat, wird ein systematisch nachgeordneter oder abgeleiteter Umstand, die staatlich-administrative Intervention in die Geldzirkulation, zum ausschlaggebenden Moment. In der Tat korrespondiert dieser Auffassung von Keynes seine später genauer zu betrachtende Unterstellung eines autonom durch die Zentralbank bestimmten Geldvolumens.[35] An dieser Stelle muss jedoch daran erinnert werden, dass Keynes die Existenz des Geldes in einen unmittelbaren Zusammenhang mit der spezifischen Bestimmung des Kapitalismus als »Geldwirtschaft« gebracht hat: Wird Geld in dieser Weise als

---

[34] Vgl. AT, 193: »*Das erste Merkmal … ist die Tatsache, daß das Geld, sowohl auf lange als auf kurze Frist, eine Angebotselastizität von Null oder zumindest eine sehr geringe Elastizität hat, soweit es sich um den Machtbereich der privaten Unternehmen, im Gegensatz zum Machtbereich der Währungsbehörde handelt.*«

[35] Die Unterstellung eines exogen durch die Zentralbank (Währungsbehörde) vorgegebenen Geldvolumens ist eine Schwachstelle der Keynesschen Analyse, die als solche auch von verschiedener Seite hervorgehoben worden ist; vgl. Minsky 1990, Riese 1980ff., Herr 1992. Wir kommen hierauf bei der Behandlung der Zinstheorie zurück; vgl. Kapitel 8 der vorliegenden Abhandlung.

zusammenfassender Ausdruck der eigentümlichen Verhältnisse der kapitalistischen Produktionsweise aufgefasst, so wird damit korrekt zum Ausdruck gebracht, dass innerhalb derselben Geld als das »wahre Gemeinwesen«, als sachliche Verkörperung der gesellschaftlichen Beziehungen der vereinzelten Privatindividuen gilt.[36] Als dieses »verbindende Band« ist es der Kontrolle der Einzelnen entzogen, oder anders formuliert, Geld wird zur allgemeinen Ware gegenüber den besonderen Waren.[37] Diese Bestimmtheit des Geldes als allgemeine Ware kann Keynes nur mit der staatlichen, d.h. den privaten Individuen entzogenen Regulierung und Kontrolle der Geldzirkulation und -produktion in einen Reflexionszusammenhang bringen, einen Zusammenhang, der unter den entwickelten Verhältnissen einer auf dem Kredit beruhenden Zirkulation inkonvertiblen Repräsentativgeldes allerdings tatsächlich plausible Moment enthält. Keynes' Kurzschluss besteht aber darin, dass er die allgemeine Bestimmtheit des Geldes als allgemeines Äquivalent nicht als naturwüchsiges Produkt und Resultat des Austauschprozesses von Waren begreift, dass er den Zusammenhang von Ware und Geld als naturwüchsigen Zusammenhang innerhalb einer Gesellschaft unabhängiger Privatproduzenten nur in seinen je fertigen, oberflächlichen Formen und Gestaltungen zu fixieren vermag. Er ahnt den in der Ware-Geld-Beziehung liegenden Gegensatz zwischen den vereinzelten Privatindividuen und ihrem gegenständlich ausgedrückten gesellschaftlichen Zusammenhang. Die Gesellschaftlichkeit, die scheinbar in einer Sache (Geld) existiert, wird jedoch umstandslos auf eine höhere Ebene, Staat und Zentralbank, gepackt. Diesem Unverständnis korrespondiert seine Charakterisierung des Geldes als *»scharfsinnige Einrichtung«* (AT: 248).

---

[36] In den »Grundrissen der Kritik der politischen Ökonomie« (Manuskript von 1857/58) von Marx findet sich bei der Analyse der dritten Geldbestimmung (Geld als Geld) diese Bezeichnung des Geldes als reales Gemeinwesen, welches Resultat des bestimmten Charakters der Arbeit und der gesellschaftlichen Bestimmtheit des Einzelnen als Privatindividuum ist: *»Die elementare Voraussetzung der bürgerlichen Gesellschaft ist, daß die Arbeit unmittelbar den Tauschwert produziert, also Geld; und daß dann ebenso Geld unmittelbar die Arbeit kauft, den Arbeiter daher nur, sofern er selbst seine Tätigkeit im Austausch veräußert. Lohnarbeit nach der ersten Seite, Kapital nach der zweiten sind also nur andre Formen des entwickelten Tauschwerts und des Geldes als seiner Inkarnation. Das Geld ist damit unmittelbar zugleich das* reale Gemeinwesen*, insofern es die allgemeine Substanz des Bestehenden für alle ist, und zugleich das gemeinschaftliche Produkt aller. Im Geld ist aber … das Gemeinwesen zugleich bloße Abstraction, bloße äußerliche, zufällige Sache für den Einzelnen, und zugleich bloß Mittel seiner Befriedigung als eines isolierten Einzelnen.«* (Marx, Grundrisse: 137, vgl. ebd. 133f.)

[37] Vgl. MEW 23, 104: *»Der Gebrauchswert der Geldware verdoppelt sich. Neben ihren besondren Gebrauchswert als Ware, wie Gold z.B. zum Ausstopfen hohler Zähne, Rohmaterial von Luxusartikeln usw. dient, erhält sie einen formalen Gebrauchswert, der aus ihren spezifisch gesellschaftlichen Funktionen entspringt. Da alle anderen Waren nur besondre Äquivalente des Geldes, das Geld ihr allgemeines Äquivalent, verhalten sie sich als besondre Waren zum Geld als der allgemeinen Ware.«*

Zweitens: Da Keynes die Inelastizität der Produktion von Geld institutionell begreift, muss er, um diese näher zu bestimmen, eine weitere Eingrenzung gegenüber anderen, aus natürlichen Gründen nicht beliebig vermehrbaren Vermögensgegenständen, Rentefaktoren, vornehmen: »*Die zweite Besonderheit des Geldes ist, daß seine* Substitutionselastizität *gleich oder fast Null ist, was bedeutet, daß bei einer Erhöhung des Tauschwertes des Geldes keine Bereitschaft besteht, es durch irgendeinen anderen Faktor zu ersetzen… Dies ergibt sich aus der Besonderheit des Geldes, daß sein Nutzen einzig von seinem Tauschwert abgeleitet wird, so daß die beiden im gleichen Schritt steigen und fallen, mit der Folge, daß bei einer Erhöhung des Tauschwertes des Geldes kein Beweggrund oder keine Tendenz vorhanden ist, es durch irgendeinen anderen Faktor zu ersetzen, wie dies bei anderen Rentengütern der Fall ist.«* (AT: 194) Erst durch die Hinzunahme dieser zweiten Besonderheit des Geldes – Substitutionselastizität gleich Null – ist der volle Umfang der Bestimmtheit des Geldes als allgemeiner Ware eingelöst: Das Geld ist nicht nur ein spezifischer Gebrauchswert, sondern es ist die Verkörperung des Tauschwertes schlechthin, seine Funktion besteht in der Darstellung des Tauschwertes aller anderen Waren in allgemein gültiger Form.[38] Der besondere Gebrauchswert der als Geld fungierenden Ware tritt, obgleich er Bedingung bleibt, hinter die Funktion des Geldes als Inkarnation des Tauschwertes zurück. Erst aus dieser zweiten Besonderheit des Geldes ist dann auch der Eingriff des Staates in die Währung abzuleiten – nicht umgekehrt, wie Keynes es tut.

Drittens: Als Verkörperung des Tauschwertes aller Waren oder als allgemeine Kaufkraft ist das Kommando, welches das Geld über die Waren ausübt, nicht nur abhängig von der Gesamtmenge des Geldes in einem Land, sondern ebenso auch vom Wert der Waren selbst. »*Drittens müssen wir erwägen, ob diese Folgerungen über den Haufen geworfen werden, daß es zwar nicht möglich ist, die Menge des Geldes durch eine Umlenkung von Arbeit auf seine Erzeugung zu vermehren, es aber trotzdem ungenau wäre, vorauszusetzen, daß sein effektives Angebot starr festgelegt ist. Insbesondere wird eine Senkung der Lohneinheit Kasse von seinen anderen Verwendungen für die Befriedigung des Liquiditätsmotivs freisetzen; während darüber hinaus bei einer Senkung des Geldwertes der Bestand an Geld einen größeren Teil vom Gesamtvermögen des Gemeinwesens ausmachen wird.«* (AT: 195) An sich wäre es also möglich, durch die Erhöhung der Kaufkraft des Geldes (Erhöhung seines relativen Werts) aufgrund einer Senkung der Lohneinheit den Geldzinsfuß zum Sinken tendieren zu lassen. Keynes führt jedoch drei Umstände auf, die »in der uns vertrauten Wirtschaft« diese Entwicklung unwahrscheinlich machen. Neben den Umständen, dass eine Senkung in der Lohneinheit – immer unter

[38] Vgl. AT, 195: »*Es ist somit nicht nur unmöglich, bei einer Erhöhung des Arbeitspreises des Geldes mehr Arbeit auf seine Erzeugung zu lenken, sondern das Geld ist* für die Kaufkraft ein Faß ohne Boden, *wenn die Nachfrage nach ihm zunimmt, weil es keinen Wert erreichen kann, bei dem die Nachfrage in ein Verlangen nach anderen Dingen umgelenkt wird, wie dies bei sonstigen Rentengütern der Fall ist.«* (Herv. S.K.)

der Voraussetzung, dass ihr erneutes Ansteigen in späterer Zeit allgemein erwartet wird – die Grenzleistungsfähigkeiten anderer Vermögensbestände erhöht – da die Differenz zwischen Angebots- und Nachfragepreis dieser Güter durch Senkung der Produktionskosten vergrößert wird –, sowie, dass eben eine solche Senkung in den Geldlöhnen im Gegensatz zur Bewegung in den Reallöhnen höchst selten vorkommen wird, sind es namentlich die Merkmale des Geldes, die die Vorliebe für Liquidität befriedigen, die dazu führen können, dass trotz einer beträchtlichen relativen Zunahme in der Geldmenge der Zinsfuß nicht unter einen gewissen Stand sinkt: »*Denn unter gewissen, häufig vorkommenden Umständen, werden diese (Merkmale des Geldes, S.K.) den Zinssatz veranlassen, sich selbst gegen eine beträchtliche Zunahme in der Geldmenge, im Verhältnis zu anderen Formen von Vermögen, unempfindlich zu verhalten, besonders wenn der Zinssatz unter einen bestimmten Stand sinkt. Mit anderen Worten, über einen gewissen Punkt hinaus wird der Ertrag des Geldes aus Liquidität auf eine Vermehrung seiner Menge hin nicht annähernd in dem Maße fallen, in dem der Ertrag aus anderen Arten von Vermögensanlagen bei einer vergleichbaren Vermehrung ihrer Menge fällt.*« (AT: 196) Da der Eigenzinssatz des Geldes fast ausschließlich durch die Liquiditätsprämie l bestimmt wird, d.h. nur geringe Kosten der Geldhaltung (Lagerhaltungskosten c) entstehen, die zudem unterproportional mit der Menge gehaltener Liquidität ansteigen, gibt es, anders als bei anderen Vermögensbeständen, keine entsprechende Beschneidung des Gesamtertrages bei vermehrter Geldhaltung: »*Die Bereitwilligkeit der Bevölkerung, auf einen verhältnismäßig geringen Anreiz hin ihren Bestand an Geld zu vergrößern, ist darauf zurückzuführen, daß die (wirklichen oder vermeintlichen) Vorteile der Liquidität keinem Gegengewicht in der Form von Lagerhaltungskosten ausgesetzt sind, die im Zeitverlauf steil ansteigen. … Im Fall von Geld ist dies (Verlust aus dem Halten eines größeren Bestandes, S.K.) jedoch … nicht der Fall, – und zwar wegen jener Reihe von Gründen, die das Geld, nach der Ansicht der Bevölkerung, zum Inbegriff der Liquidität machen.*« (AT: 196f.)

Damit schließt sich der Kreis der Keynesschen Argumentation: Die Liquiditätsvorliebe, die sich ursprünglich als Konsequenz der bestimmten Art und Weise des sozialen Handelns innerhalb einer entwickelten Geldwirtschaft ergab, sodann in Gestalt der Liquiditätsprämie l den wesentlichen Bestimmungsgrund des Eigenzinssatzes des Vermögens in barer Form darstellte, erweist sich nunmehr, neben dem Umstand des Geldes als allgemeiner Ware, als ausschlaggebender Grund auch für die relative Starrheit des Geldzinsfußes. Dreh- und Angelpunkt dieser Ableitung ist die Existenz von Liquiditätsvorliebe aufseiten der Wirtschaftssubjekte oder die Bestimmtheit des Geldes als Vermögen. Beide Bestimmungen stellen Grundlagen der Keynesschen Darstellung dar. Liest man die vorstehend referierte Ableitung als Begründung für diese Bestimmtheiten, erweist sie sich als Zirkelschluss: Die Liquiditätsvorliebe gründet sich auf die Existenz des Geldes und die Existenz des Geldes gründet sich auf die Liquiditätsvorliebe. Nur wenn die Existenz und besondere Rolle des Geldes bereits unhinterfragt den Ausgangspunkt der Betrachtung bilden, lässt sich die Keynessche Darstellung als theore-

tische Ableitung begreifen. Ihr Ergebnis ist in jedem Falle, dass der Geldzinsfuß die Rolle des »Hahns im Korb« aller Eigenzinssätze dauerhafter Vermögensbestände spielt: »*Indem der Geldzinssatz das Tempo aller anderen Warenzinssätze bestimmt, hält er Investitionen für die Erzeugung dieser anderen Waren zurück, ohne Investitionen für die Erzeugung von Geld, das unserer Hypothese gemäß nicht erzeugt werden kann, anzuregen.*« (AT: 197) Die Schlussfolgerungen, die Keynes aus diesem Umstand der Rigidität des Geldzinssatzes zieht und die die »kennzeichnenden Probleme der geldlichen Wirtschaft« begründen, werden uns später ausführlich beschäftigen.[39]

c) Die Konfundierung von einfachen und entwickelten Bestimmungen des Wertes und des Geldes bei Keynes

Keynes' unzureichende Fassung des Geldes als sachlich-gegenständliche Ausdrucksform spezifisch gesellschaftlicher Verhältnisse

Im ersten Unterabschnitt des vorliegenden Kapitels wurde gezeigt, dass Keynes mit seiner Fassung des Kapitalismus als Geldwirtschaft bestimmte Dimensionen dessen, was nach Marx den spezifisch gesellschaftlichen Charakter der Arbeit innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise ausmacht, zu fixieren imstande ist. Die Existenz entwickelter Geldverhältnisse gilt Keynes – im bewussten Gegensatz zur klassischen (Ricardo) und neoklassischen Anschauungsweise – als Ausdrucksform dieses spezifischen gesamtwirtschaftlichen Systemzusammenhangs.

Allerdings bestimmt Keynes das Geld »*als scharfsinnige Einrichtung …, um die Gegenwart mit der Zukunft zu verbinden*« (AT: 248). Wir haben bereits herausgestellt, dass diese Formulierung nicht dazu verleiten darf zu unterstellen, dass Keynes das Geld zum Produkt einer bewussten Übereinkunft der Tauschpartner zur Erleichterung des gesellschaftlichen Verkehrs qualifiziert. Eine solche durch das Geld hergestellte Substitution des »Auktionators« stünde in geradem Gegensatz zu den oben herausgestellten Anschauungen von Keynes hinsichtlich der Bestimmtheiten der gesellschaftlichen Verhältnisse in der »Geldwirtschaft«. Dennoch bringt diese Formulierung zum Ausdruck, dass die Keynessche Fassung des kapitalistischen Systemzusammenhangs unzureichend ist. Dieselbe Unzulänglichkeit wird auch daran deutlich, dass er bei der Begründung der niedrigen Elastizität der »Erzeugung von Geld« sofort Zuflucht zu den entwickelten Verhältnissen der staatlichen Intervention in das Geldsystem nehmen muss, ohne in der Lage zu sein, diese staatliche, über die Zentralbank vermittelte Einflussnahme auf Geld und Währung als Rückwirkung auf primär naturwüchsig bestimmte Basisstrukturen der Geldzirkulation zu bestimmen.

Diese Unzulänglichkeiten der Keynesschen Abstraktion besitzen ihren Grund in einer verkürzten Fassung des in Gestalt des Gegensatzes von Privat- und gesell-

[39] Vgl. dazu den dritten und vierten Abschnitt der vorliegenden Abhandlung.

schaftlicher Arbeit sich ausdrückenden Charakters der Arbeit. Wozu Keynes gelangt, ist die Herausstellung eines gegensätzlichen Verhältnisses zwischen einzelwirtschaftlichen, individuell verfolgten bewussten Zielen und Zwecken einerseits und den sich als Resultate ergebenden gesamtwirtschaftlichen Ergebnissen andererseits. Zwar ist hiermit in der Tat ein relevantes Potenzial an Konflikten und Widersprüchlichkeiten innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise erkannt, jedoch fehlt die Bestimmung des Grundes für die offensichtlich werdenden Defizite kapitalistisch-marktwirtschaftlicher Selbststeuerung. Keynes konstatiert die Existenz dieses Gegensatzes, geht in der Analyse quasi axiomatisch von ihm aus, kann jedoch seine stete Produktion und Reproduktion durch die Aktionen der Individuen nicht begründen. Letzteres wäre aber gerade das entscheidende Moment. Dieser Mangel von Keynes ist dann auch nichts anderes als die prinzipielle Erklärungsgrenze der handlungstheoretischen Fundierung seines Systems.

Allerdings ist Keynes konsequent in der Fixierung des Gegensatzes zwischen einzelwirtschaftlichen Zielen und gesamtwirtschaftlichen Resultaten. Das diesen Gegensatz zum Ausdruck bringende »Marktversagen« ist nicht auf partielle Bereiche der Volkswirtschaft beschränkt, sondern ein immanentes, systemspezifisches Moment. Es ist jedoch kennzeichnend für die Keynessche Auffassungsweise, dass die Heraushebung dieser immanenten Fehlsteuerungsmöglichkeiten stets in bereits sehr entwickelten Dimensionen fixiert wird. Selbst wenn eingeräumt wird, dass die Existenz des Geldes oder die Bestimmtheit des Kapitalismus als Geldwirtschaft die allgemeinste Ursache für die Widersprüche darstellt, ist zu berücksichtigen, dass für Keynes in die Bestimmung des Geldes stets schon entwickelte Dimensionen bis hin zu den Verhältnissen des zinstragenden Kapitals und des modernen Kreditsystems eingehen. Bei Keynes fehlt die Reduktion der beobachteten Widersprüche des kapitalistischen Systems auf seine allgemeine Grundkategorie, den Doppelcharakter der warenproduzierenden Arbeit, der nach Marx bekanntlich den Springpunkt, um den sich das Verständnis der politischen Ökonomie dreht, darstellt. Dementsprechend fehlt bei Keynes auch die Identifikation der Arbeit als Reproduktionsagentium des Systems. Die Keynessche Bestimmung der kapitalistischen Produktionsweise als »Geldwirtschaft« verbleibt auf einer oberflächlichen Ebene, von der aus in der Tat der spezifische Formgehalt ökonomischer Kategorien nur sehr schwer zu entschlüsseln ist.

Da eben diese Analyse des Formgehalts ökonomischer Kategorien fehlt, d.h. die Bestimmung der ökonomischen Formbestimmtheiten als bloß gegenständlichen Reflexen gesellschaftlicher Arbeit, muss auch die Keynessche Fassung des sozialen Handelns der Subjekte unzureichend bleiben. Die Dichotomie zwischen einzel- und gesamtwirtschaftlichen Verhältnissen, die Keynes herausstellt, hat ihm den Vorwurf einer »fehlenden Mikro-Fundierung« seiner Theorie eingebracht.[40] So falsch die hieraus gezogenen Konsequenzen sind, so korrekt ist doch die Beobachtung, dass die Keynessche Bestimmung des Handelns unter Unsicherheit die konstatierte Di-

[40] Vgl. Patinkin 1956, Leijonhufvud 1973, Clower 1963.

chotomie nicht einfangen kann. Wiederum macht sich hier die prinzipielle Grenze einer Handlungstheorie geltend, die zwar das Auseinanderfallen von einzelnen Zielen und Motiven gegenüber den gesamtwirtschaftlichen Resultaten konstatieren, jedoch nicht begründend erklären kann.

Zusammenfassend kann also festgehalten werden, dass die herausgestellten Mängel der Keynesschen Abstraktion darauf beruhen, dass die Fundamentalkategorie des bürgerlich-kapitalistischen Systems, die Kategorie des Werts bzw. die Formbestimmtheit des Produkts als Ware und die Fassung der gesellschaftlichen Arbeit als wertsetzender abstrakt-menschlicher Arbeit nicht korrekt und für sich fixiert werden können, sodass auch der Zusammenhang zu den einfachen Bestimmungen des Geldes notwendig ausgeblendet bleiben muss. Keynes' eigene programmatische Formulierung, »*die Theorie der Preise als Ganzes in enge Fühlung mit der Theorie des Werts zurückzubringen*« (AT: 247), stellt die Aufgabe schon wieder auf einer so entwickelten Ebene, dass sie die Lösung selbst verbaut.

Eine weitere Konsequenz dieser unvollständigen Keynesschen Abstraktion ist – trotz aller geäußerten Befürchtungen hinsichtlich der langfristigen Entwicklungsmöglichkeiten der kapitalistischen Produktionsweise – die Betrachtung der bürgerlichen Gesellschaft, wenn auch nicht als naturgemäßer, so doch selbstverständlicher Form der gesellschaftlichen Produktion. Die praktische Kritik dieser die bürgerliche Welt als die – nach Beseitigung ihrer systemimmanenten Krankheiten – beste aller möglichen Welten betrachtende Anschauung besaß selbst in der Weltwirtschaftskrise 1929ff. noch nicht die Dimension, dass sich eine sozialistische Umgestaltung als notwendige Alternative ergab. Theoretisch ist diese Keynessche Einschätzung des Kapitalismus »legitimiert« durch eine letztlich doch unzureichende Fassung der Grundtatbestände und Grundkategorien der kapitalistischen Produktion.

Keynes' verquere Form der Differenzierung zwischen verschiedenen Geldfunktionen und sein Zusammenwerfen von einfachen Grundbestimmungen des Geldes mit den auf Basis des Kreditsystems ausgearbeiteten Verhältnissen

Wir hatten gesehen, dass Keynes die Funktionen des Geldes als »Wertstandard« (Maß der Werte und Maßstab der Preise), als Tauschmittel (Zirkulationsmittel) sowie als selbstständige Darstellung des Tauschwerts der Warenwelt, Wertaufbewahrungsmittel (Schatz) und Zahlungsmittel (inkl. allgemeine Ware der Kontrakte) fixiert hatte. Von diesen verschiedenen Funktionen des Geldes ist nur diejenige des Wertstandards, in seiner eingeschränkten Bestimmtheit als numéraire, für Keynes eine einfache Grundbestimmung desselben, während alle anderen Geldfunktionen bereits als zusammenfallend mit den ausgearbeiteten Verhältnissen des Kreditsystems präsentiert werden. Dies wird schlagend deutlich anhand der Geldbestimmung als »Wertaufbewahrungsmittel«, Darstellung von Liquidität, die bereits untrennbar mit der Bestimmung des zinstragenden Kapitals verbunden behandelt wird.

Diese Zusammenziehung von einfachen Bestimmungen des Geldes mit den weiter entwickelten Bestimmungen von Geld und Kredit bringt mehrere Konsequenzen mit sich.

Erstens folgt, dass die Gesetzmäßigkeiten der Geldzirkulation auf dieser theoretischen Basis nicht mehr adäquat entwickelt werden können. Marx' Hinweis hinsichtlich des Verhältnisses zwischen der »naturwüchsigen« und »reflektierten« Gestalt der Geldzirkulation bleibt als methodische Prämisse der Analyse wegweisend.[41] Marx betont stets den prinzipiell abgeleiteten Charakter der Gesamtheit der Verhältnisse, die sich durch die Dazwischenkunft des zinstragenden Kapitals ergeben bzw. ihre naturwüchsige Grundlage modifizieren. Nimmt man seine Forderung ernst, zunächst die einfache oder naturwüchsige Form umfassend zu untersuchen, bevor zu ihrer ausgebildeten Gestalt fortgeschritten werden kann, so folgt daraus, dass die grundsätzliche Anlage der Keynesschen Analyse der Geldzirkulation ihm von vornherein die exakte Fixierung der Prozesse verstellt. Seine Auffassung, dass die Währungsbehörde (Zentralbank) mit ihrer Geldpolitik in der Lage sei, die Geldmenge zu regulieren und somit bestimmenden Einfluss auf den Stand und die Entwicklung des Geldzinsfußes zu nehmen, kann als bloße Reproduktion erscheinender, oberflächlicher Verhältnisse der auf dem Kredit- und Bankensystem beruhenden Geldzirkulation nachgewiesen werden.[42] Wenn Keynes trotzdem Zweifel an der Möglichkeit äußert, vermittelst des traditionellen Instrumentariums der Geldpolitik ein hinreichend niedriges Niveau des Zinssatzes herzustellen (vgl. AT: 261), so ist dies nicht mehr als eine richtige Ahnung, die jedoch theoretisch-analytisch nicht fundiert werden kann.[43]

Zweitens – und dies führt uns näher an die bereits betrachteten Verhältnisse des Keynesschen Systems heran – stellt diese Konfundierung von einfachen und entwickelten Bestimmungen des Geldes unüberwindbare Schwierigkeiten für eine korrekte Theorie der Wertproduktion und Profitbildung auf. Es hatte sich gezeigt, das die Keynessche Fassung des Geldes als »Vermögensgegenstand« das Geld sofort in seiner Bestimmtheit als zinstragendes Geldkapital fixiert; Geld wird nicht als Geld (Schatz), sondern stets schon als sich verwertender Kapitalwert in Geldform (Vermögen) begriffen, welcher ein spezifisches Erträgnis in Gestalt der Liquiditätsprämie abwirft, genauer: dessen eigentliches Erträgnis zwar Null, dessen Weggabe aber einen »Preis« in der Liquiditätsprämie erheischt. Damit ist aber nur die Existenz des Geldzinses in spezifischer Weise interpretiert; es ist nicht gezeigt, wie das Substrat des Zinses, welches sich in unbezahlt angeeignete Arbeit auflösen

---

[41] Vgl. MEW 24, 496: »*Es ist aber wichtig, … zunächst die metallische Zirkulation in ihrer einfachsten, ursprünglichsten Form vorauszusetzen, weil sich damit Fluß und Rückfluß, Ausgleichung von Bilanzen, kurz alle Momente, die im Kreditsystem als bewußt geregelte Verläufe erscheinen, als unabhängig vom Kreditsystem vorhanden darstellen, die Sache in naturwüchsiger Form erscheint, statt in der späteren reflektierten.*« Zur Umsetzung dieses Programms vgl. Krüger 2012.

[42] Vgl. hierzu ausführlich Kapitel 8 der vorliegenden Abhandlung.

[43] Die Analyse der Möglichkeiten und Grenzen der Zentralbank-Geldpolitik hat von der Marktseite her, d.h. auf der Grundlage der durch den Kapitalumschlag bestimmten Geldzirkulation – unter zusätzlicher Berücksichtigung der sich vom internationalen Währungszusammenhang ergebenden Einflüsse – zu erfolgen; vgl. Krüger 2012.

muss, seinerseits produziert wird. Das heißt, die Form des zinstragenden Kapitals wird nicht als spezifisch abgeleitete Kapitalsorte, die auf Basis der Wert- und Mehrwertproduktion aufwächst, jedoch selbst kein Atom Wertbildung erzeugt, begriffen. Dasselbe gilt hinsichtlich der Eigenzinsfüße der anderen, in Warenform existierenden Vermögensgegenstände: Die Warenzinsfüße im Geld als Wertstandard ausgedrückt, stellen cum grano salis nichts anderes als marginale Profitraten auf investierte Kapitale dar.[44] Weder ist die Produktion des Profits erklärt, noch kann, wie wir im nächsten Kapitel zeigen werden, das Verhältnis zwischen Profitrate und Zinsfuß positiv begründet werden. Was Keynes daher in Form der Gesamterträge verschiedener »Vermögensgegenstände« fixiert, wovon er als Voraussetzung ausgeht, ohne diese durch die Betrachtung realer Produktionsprozesse selbst zu begründen, sind die »verknöcherten« Verhältnisse der Oberfläche des kapitalistischen Gesamtprozesses, die sowohl die Existenz des zinstragenden Kapitals als solchem als auch seine wesentliche Grundlage, den Akkumulationsprozess des industriellen und kommerziellen Kapitals, d.h. letztlich die Produktion von Mehrwert durch kapitalistisch angewandte Lohnarbeit unterstellen.

Drittens, dies ergibt sich aus den beiden ersten Punkten, zeigt sich schon an dieser Stelle, dass Keynes Schwierigkeiten haben muss, das Verhältnis zwischen reproduktiver Kapitalakkumulation und über das Kredit- und Bankensystem vermittelter Geldkapitalakkumulation korrekt zu bestimmen. Dass die erstere die Grundlage der letzteren darstellt, wird nicht hinreichend zu begründen sein.

Es ergibt sich somit, dass im Keynesschen System das qualitativ-strukturelle Moment der Bestimmung der Kausalzusammenhänge des ökonomischen Ganzen unzureichend gefasst ist. Wenn Keynes dennoch an vielen Punkten seines Systems zu korrekten Einschätzungen gelangt, so durch eine kritische Beobachtung der prozessierenden Bewegung der kapitalistischen Akkumulation, die krisenhafte Momente einschließt und deren theoretischer Niederschlag im Keynesschen System in Gestalt der oben gewürdigten Auffassung, dass systemimmanente Widersprüche seines Funktionsmechanismus bestehen, auftaucht. Sein Zugang zur Analyse der kapitalistischen Produktionsweise ist also wesentlich einer, der, mit einem Gefühl für Widersprüche ausgestattet, ihren Verlauf beobachtet. Es ist dies ein Umstand, der die Marxsche These, dass es »*die* Krisen *(sind), die diesem Schein der* Selbständigkeit *der verschiedenen Elemente, worin sich der Produktionsprozeß beständig auflöst und die er beständig rückerzeugt, ein Ende machen«* (MEW 26.3: 507), unterstreicht: Die Weltwirtschaftskrise 1929ff. stellte die bis dato größte Erschütterung der kapitalistischen Produktionsweise dar, die es nicht mehr zuließ, dass der allge-

[44] Eine genaue Bestimmung des Begriffs der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals und ihrer Bestimmungsgründe als investitionsbestimmende Erwartungsgröße im Verhältnis zu den objektiven Wareneigenzinsfüßen (in Geld gemessen) findet sich im Kapitel 7 der vorliegenden Abhandlung. Dort wird sich auch zeigen, welche Beziehung diese Keynessche Verwertungsrate zum Marxschen Begriff der Profit- bzw. Renditerate besitzt; vgl. auch Krüger 2010: 279ff. sowie 307ff.

meine Charakter der kapitalistischen Reproduktion als beständige und unwandelbare Voraussetzung derselben als selbstverständlich angenommen werden konnte, und die einen Ökonomen wie Keynes dazu brachte, die Existenz ihrer immanenten Widersprüche als Grundlage seiner Untersuchung anzuerkennen. Es ist denn auch das wesentliche Charakteristikum des Keynesschen Systems, dass er, mit eben diesem Gefühl für die Widersprüche der kapitalistischen Produktion ausgestattet, ihren Verlauf unter Bedingungen struktureller Diskontinuitäten analysiert und somit eben durch seine Ahnungen und Widersprüchlichkeiten selbst an Punkte stößt, die in der Tat Wesentlichkeiten und Knotenpunkte des bloß historischen Charakters der kapitalistischen Produktion bezeichnen. Es markiert Keynes' theoretische Grenze, dass es ihm nicht gelingt, den inneren Zusammenhang der an der Oberfläche in verselbstständigter Form erscheinenden Kristallisationen gesellschaftlicher Arbeit aufzuspüren und systematisch-theoretisch zu rekonstruieren.

Kapitel 2: Arbeit und Profit

a) Die Keynessche Profitableitung

Knappheitstheoretische Begründung des Profits

Bei der Betrachtung der Eigenschaften langlebiger Vermögensbestände in Kapitel 1 waren wir wie Keynes selbst von der Existenz verschiedener Eigenzinssätze als Fakten ausgegangen. Es wurde nur untersucht, welche Bestimmungsgründe diese Eigenzinssätze festlegen: Erträgnis q, Durchhaltekosten c und Liquiditätsprämie l, und in welcher Weise diese Bestimmungsgründe zu einer Differenzierung der besonderen Eigenzinssätze verschiedener Vermögensbestände führen: den Eigenzinssätzen der in Warenform existierenden Vermögensgegenstände auf der einen, den Geldzinssatz auf der anderen Seite. Hiermit ist begrifflich zwischen Profitrate bzw. »Güterzins« und Geldzins unterschieden, zum anderen ist eine untere Grenze für den Geldzinsfuß aus dem Umstand der Liquiditätsvorliebe des Publikums begründet.

Eine Frage ist jedoch offen geblieben: In welcher Weise wird die bisher vorausgesetzte Existenz einer Tabelle positiver Eigenzinssätze oder Grenzleistungsfähigkeiten des Kapitals überhaupt bestimmt? Oder anders formuliert, aus welchen Tatbeständen wird abgeleitet, dass verschiedene, in Warenform bestehende Vermögensbestände überhaupt ein positives Erträgnis hervorbringen? Die Antwort auf diese Fragen ergibt sich aus Keynes' Profitableitung:

»Es ist viel zweckmäßiger zu sagen, daß das Kapital während seines ganzen Bestandes einen seine ursprünglichen Kosten übersteigenden Ertrag hat, als es produktiv *zu nennen. Denn der einzige Grund, warum ein Vermögenswert eine Aussicht bietet, während seines Bestandes Dienste von einem größeren Gesamtwert als dem ursprünglichen Angebotspreis zu leisten, ist seine* Knappheit*; und es wird knapp gehalten wegen des Wettbewerbs um den Zinsfuß auf Geld. Wird das Kapital weniger knapp, so vermindert sich der überschüssige Ertrag, ohne daß es – wenigstens im physischen Sinn – weniger produktiv geworden ist.«* (AT: 179f.) In diesem Zitat ist in dürren Worten die Keynessche Profitableitung zusammengefasst. Der Profit oder das Erträgnis des Kapitalbestandes (in Warenform) wird auf der Wertseite verortet und von der Produktivität im stofflichen, gebrauchswertmäßigen Sinn unterschieden; auf die Produktivität des Kapitals ist später zurückzukommen.[1] Das Erträgnis des Kapitals – hier immer gleichgesetzt mit Vermögensbeständen in Warenform, sie mögen innerhalb eines Produktionsprozesses (als produktives Kapital) wirken oder nicht (Warenkapital im Marxschen Sinne) – ist die Differenz der Summe der Rückflüsse während seiner ökonomischen Nutzungszeit über seinen ursprünglichen Angebotspreis. Die Existenz derartiger Überschüsse leitet Keynes

[1] Vgl. dazu den nachstehenden Unterabschnitt des vorliegenden Kapitels.

aus dem Umstand der Knappheit des Kapitals ab; der Grad der Knappheit des Kapitals bestimmt dabei auch die Höhe der Überschüsse.

Hiermit ist eine Beziehung zwischen Bestandsgrößen und Stromgrößen hergestellt. Die Knappheit des Kapitals bemisst sich zunächst an der Größe des vorhandenen Bestandes der je spezifischen Vermögensgegenstände. Die Rückflüsse, daher auch die in ihnen enthaltenen Gewinnanteile, resultieren aus der laufenden Wirtschaftstätigkeit. Eine Knappheit von Kapitalbeständen kann nun nur als Verhältnisgröße existieren; sie bezeichnet ein Mehr oder Weniger an akkumulierten Kapitalbeständen im Verhältnis zu einer anderen ökonomischen Größe. Diese kann nur die Höhe der zahlungsfähigen Nachfrage sein, die die unter Verwendung der langlebigen Vermögensgegenstände hergestellten Waren bzw. konsumierbaren Dienste kauft.[2] Dies bedeutet, dass die Höhe der Überschüsse vom verhältnismäßigen Stand zwischen Angebot und Nachfrage auf den Warenmärkten abhängt.

Diese Bestimmtheit der Knappheit des Kapitals im Verhältnis zur Nachfrage auf dem gesamtwirtschaftlichen Warenmarkt bringt uns zurück zu der früher betrachteten Aufdifferenzierung der Kapitalrückflüsse in ihre einzelnen Komponenten. Erste Bedingung war die Erzeugung eines Erträgnisses q, indem der betrachtete Kapitalbestand in der Produktion angewendet wurde (»irgendeinen Produktionsprozeß unterstützen«) oder »einem Verbraucher Dienste leistete« (vgl. AT: 189). Allgemeine Bedingung für die Erzielung eines Rückflusses ist also eine je spezifische Nützlichkeit dieses Kapitalbestandes gegenüber der zahlungsfähigen Nachfrage; letztere tritt nur auf, wenn die betreffende Ware oder der angebotene Dienst Bedürfnisse irgendeiner Art befriedigt. Das Verhältnis zwischen dem Umfang angebotener Waren (Dienste) und der zahlungsfähigen Nachfrage danach bestimmt die Höhe der Preise, die ihrerseits die Größe des Überschusses über den ursprünglichen Angebotspreis des betreffenden Kapitalbestandes bestimmen. Das so erhaltene Erträgnis des Vermögensgegenstandes wird geschmälert durch die Durchhaltekosten desselben (Lagerkosten, Schwund bzw. Verlust und Instandhaltungsaufwendungen etc.). Beide Komponenten bestimmen jeweils spezifisch die Aufteilung der Gesamtrückflüsse in Brutto- und Netto-Erträgnisse (bei gegebenem Angebotspreis bzw. Ersatzkosten

---

[2] Indem Keynes die Anwendung von Vermögensbeständen innerhalb eines Produktionsprozesses – »*irgendeinen Produktionsprozeß unterstützen*« (AT: 189) – mit ihrer Wirkung innerhalb der Sphäre der individuellen Konsumtion – »*einem Verbraucher Dienste leisten*« (ebd.) – umstandslos gleichsetzt, verfällt er einer sehr weitgehenden Konfundierung verschiedener ökonomischer Formbestimmtheiten. Diese lässt sich unmittelbar aus der in Kapitel 1 dargestellten Voraussetzung seiner Analyse begründen: Indem unter dem Begriff des »Vermögens« immer schon die Bestimmtheit des Kapitals als zinstragendes Kapital gefasst wird, verschwimmen in der Tat die wesentlichen inneren Strukturmerkmale der kapitalistischen Produktion, also die Unterscheidung zwischen reproduktivem Kapital (industrielles und kommerzielles Kapital) auf der einen Seite und den darauf aufbauenden Formen des zinstragenden Kapitals (Verwertung des bloßen Eigentumstitels auf Wert als Kapital) auf der anderen Seite.

des Kapitalbestandes). Demgegenüber spielt die Liquiditätsprämie bei in Warenform existierenden Vermögensgegenständen keine besondere Rolle.

Die Liquiditätsprämie nimmt ihren Einfluss auf die Höhe des Überschusses oder Erträgnisses auf andere Weise. Einmal ist ihre Existenz, d.h. der hierdurch bedingte positive Zinssatz auf Geldvermögen die untere Grenze für die Eigenzinssätze oder Grenzleistungsfähigkeiten der in Warenform existierenden Vermögensgegenstände: Der nach unten starre Geldzinsfuß stellt die Grenze für die profitliche Anlage von Kapital in dauerhaften realen Vermögensgegenständen dar. Dadurch wird zugleich der Sachvermögensbestand knapp gehalten: Seine Vermehrung ist davon abhängig, dass der realisierte bzw. erwartete Eigenzinssatz über dem Geldzinssatz zu liegen kommt. Ist der akkumulierte Kapitalbestand einer Art so gewachsen, dass die realisierten Rückflüsse eine Verwertung bieten, die unter dem Zinssatz auf Geld steht, hört die weitere Akkumulation von Kapitalwerten dieser Art auf, mehr noch, der vorhandene Bestand muss im Laufe der Zeit schrumpfen bzw. entwertet werden, damit der Eigenzinssatz wieder eine positive Differenz zum Geldzinsfuß zulässt.

Die Keynessche Begründung der Existenz von Profiten für in Warenform bestehende Vermögensbestände weist somit folgende Merkmale auf:

Erstens ist die Unterscheidung zwischen Sachvermögen, d.h. Kapital in Warenform (inkl. produktives Kapital) einerseits, Geldvermögen andererseits konstitutiv für die Verschiedenheit der beiden Vermögensarten zukommenden Verwertungsgrößen; dies ergab sich bereits aus der Betrachtung der spezifischen Eigenschaften verschiedener Vermögensgegenstände.

Zweitens – dies folgt aus der ersten Unterscheidung – besitzt die Keynessche Profitbestimmung eine primär realwirtschaftliche Fundierung bzw. wurzelt in den Konstellationen des reproduktiven Zirkels des kapitalistischen Reproduktionsprozesses.[3] Vorhandener Bestand an Vermögensgegenständen je spezifischer Art und Größe der zahlungsfähigen Nachfrage auf den Warenmärkten sind neben der ebenfalls reproduktiv bestimmten Größe des Angebotspreises (bzw. der Ersatzkosten) des betreffenden Vermögensbestandes verantwortlich für die Größe des Erträgnisses. Es sind somit verschiedene Güterpreise, die in erster Linie die Höhe des Kapitalerträgnisses (sowie seine Bewegung) bestimmen.

Drittens steht die Höhe des Eigenzinssatzes jedes Vermögensgegenstandes sozusagen in einem polemischen Verhältnis zum Geldzinsfuß; letzterer bildet die untere Grenze für den ersteren und sorgt somit dafür, dass das Sachvermögen knapp gehalten wird. Es ist daher sehr genau zu unterscheiden zwischen der *Knappheit des vorhandenen Kapitalbestandes*, die sich im Verhältnis zum Umfang der jewei-

[3] Diese Verortung der grundlegenden Bestimmtheit des Erträgnisses aus Kapital durch reproduktive Sachverhalte – Einfluss der zahlungsfähigen Nachfrage am gesamtwirtschaftlichen Warenmarkt – begründet die realwirtschaftliche bzw. reproduktive Basis des Keynesschen Begriffs der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals. Die genauere Ausdifferenzierung der weiteren, hinzukommenden Bestimmungsgründe für die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals erfolgt in Kapitel 7 der vorliegenden Abhandlung.

ligen zahlungsfähigen Nachfrage auf den Warenmärkten bemisst, und dem *Antrieb zur Knapphaltung jeder Art von Sachkapital*, die durch den nach unten rigiden und langsamer als die Wareneigenzinssätze fallenden Zinsfuß auf Geld bewerkstelligt wird. Diese Unterscheidung zwischen objektiver Knappheit von Sachkapital und dem subjektiven Trieb zur Knapphaltung desselben, die zugleich eine Beziehung zwischen der reproduktiven oder realwirtschaftlichen Sphäre mit dem gesamtwirtschaftlichen Warenmarkt sowie der finanziellen Sphäre der Volkswirtschaft mit dem gesamtwirtschaftlichen Finanz- oder Vermögensmarkt herstellt, wird in der monetärkeynesianischen Interpretationsrichtung nicht gesehen und zugunsten einer allein durch das Geld auf dem Finanzmarkt begründeten Budgetrestriktion eingeebnet: »*Keynes' eigentliche theoriegeschichtliche Leistung liegt … darin, an die Stelle des Gütermarktes mit seinen mengenmäßigen Ressourcen als Budgetrestriktion den Vermögensmarkt mit Geld als genereller Budgetrestriktion als Steuerer des Wirtschaftsprozesses zu setzen. Der preistheoretische Ausdruck dieser Umkehrung der Markthierarchie zeigt sich daran, daß nicht mehr der Güterzins den Vermögenszins, sondern der Vermögenszins den Güterzins steuert und dadurch die Investitionstätigkeit zu einem Phänomen des Vermögensmarktes macht.*« (Riese 1980b: 39ff.) Die Monetärkeynesianer kommen zu dieser Auffassung, weil sie dem Zins nicht nur die Funktion einer unteren Grenzziehung für das Sinken der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals (alias Güterzinssätze) zuweisen, sondern darüber hinaus dem Zins einen den Profit überhaupt erst begründenden Stellenwert vindizieren: »*Zins kommt damit nicht aus dem Profit …, sondern der Zins erzwingt umgekehrt einen Profit.*« (Herr 1986: 128) Es wird hier der Standpunkt des Geldkapitalisten bzw. Vermögenseigentümers oder -besitzers eingenommen, deren Kalküle Vermögensertrag und Vermögenssicherung sind; der fungierende Unternehmer ist demgegenüber ein bloßer Vikar des Geldvermögensbesitzers, der den Rückfluss des als zinstragendes Kapital vorgeschossenen Geldkapitals nur vermittelt. Das Kalkül des Vermögensbesitzers, sein Vermögen zu sichern – Vermögenssicherung steht in einem negativen Spannungsverhältnis zur Erzielung von Vermögensertrag (Zins) – konstituiert das Knapphalten von Geld und somit überhaupt erst die Existenz eines Profits, sodass die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals nicht mehr durch primär reproduktiv-»realwirtschaftliche«, objektive Gütermarktkonstellationen bestimmt und nur durch den nach unten starren Geldzinsfuß in ihrem Sinken begrenzt wird, sondern überhaupt erst durch das Knapphalten von Geld aus dem Vermögenssicherungskalkül des dominierenden Geldkapitalisten entsteht. Damit ist die bei Keynes noch vorhandene Beziehung zwischen stofflichen und wertlichen bzw. preislichen Bestimmtheiten der Produktion gänzlich aufgelöst und die Preisbestimmung rein durch die auf dem Finanz- oder Vermögensmarkt dominierenden Kalküle determiniert.[4]

---

[4] Der gesamtwirtschaftliche Produktionsprozess resultiert in einem Güterhaufen oder Warenbrei ohne Preisbestimmung; diese ergibt sich erst institutionell durch die Bereitstellung eines Geldangebots durch die Zentralbank sowie durch die handlungsleitenden Kalküle der Vermögensbesitzer. Dementsprechend sind sowohl die Verteilungsverhältnisse (zwischen

Tatsächlich wird diese monetärkeynesianische Interpretation der Keynesschen Profiterklärung durch Keynes selbst vorbereitet, indem er zweideutig und widersprüchlich argumentiert und somit geradezu Interpretationen provoziert, die eben diese Zweideutigkeiten und Widersprüchlichkeiten aufzulösen trachten. Tatsächlich fehlt bei Keynes eine positive Bestimmung des Profits im Sinne der Angabe eines Niveaus desselben, weil er nur in einer negativen Spannung zum durch die Liquiditätsprämie bestimmten Zinssatz auf Geld gefasst wird. Die Knapphaltung des Sachvermögens aufgrund des Wettbewerbs um den Zinsfuß auf Geld ist die einzige Bestimmung, die er anführen kann, die aber eben nur begründet, weshalb die Grenzleistungsfähigkeiten des Kapitals das Niveau des Geldzinssatzes übersteigen müssen. Diese quantitative Unbestimmtheit des Niveaus der Profitrate oder der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals ist der Tribut an ihre knappheitstheoretische Fundierung. Dies lässt es nur zu, Entwicklungsprozesse der Renditeraten verschiedener Vermögensbestände zu beschreiben, nicht jedoch ihre Bewegung gesetzmäßig zu bestimmen. Keynes zufolge fällt die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals in der kurzen Frist aufgrund der durch die vermehrte Nachfrage nach Investitionsgütern bewirkten Preissteigerung für dieselben, die Ersatzkosten steigen. In der langen Frist wirkt die Akkumulation des Kapitalbestandes senkend für die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals: Reichlichkeit von Sachkapital trifft zusammen mit einer – aufgrund des Gesetzes von der sinkenden marginalen Konsumneigung – relativ zurückgehenden Nachfrage auf den Warenmärkten. Unzweifelhaft ist, dass beide Bestimmungsgründe der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals in der kurzen und in der langen Frist oberflächlich sichtbare Bewegungen der Profitrate bzw. der Renditeraten auf reproduktives Kapital erzeugen; insofern steht diese knappheitstheoretische Bestimmung des Profits auch gar nicht im Gegensatz zu einer werttheoretischen Fundierung desselben.[5] Was Keynes jedoch nicht gelingt – und nicht gelingen kann – ist eine begriffliche Begründung der Kategorie selbst, daher auch keine allgemeine, d.h. gesetzmäßige Bestimmung der Bewegungen der Profitrate namentlich für die lange, überzyklische Perspektive.[6]

Lohn und Profit) sowie die Entwicklung der Gesamtwirtschaft in der Zeit rein handlungsbestimmt, d.h. der wirtschaftspolitischen Steuerung überantwortet: »*Das Ergebnis von Keynes ist gesellschaftspolitisch unbequem, da es offensichtlich kein ›Naturgesetz‹ und keine Notwendigkeit einer bestimmten Verteilung ableitet.*« (Herr 1986: 129) Und: »*Bemerkenswert ist, daß sich schwerlich ein zwingender endogener Grund zum Verfall der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals finden läßt.*« (Ebd. 181)

[5] Vgl. hierzu ausführlich sowohl für die zyklische wie die lange, überzyklische Frist Krüger 2010 sowie Kapitel 10, 11 und 12 der vorliegenden Abhandlung.

[6] Trotzdem steht Keynes auch mit seiner unzulänglichen Fassung des Profits und der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals in der Reihe der großen politischen Ökonomen wie Ricardo und Marx, die auf Basis ihrer theoretischen Systeme Langfristprognosen für die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise anzugeben vermochten – dies im erfrischenden Gegensatz zu seinen Adepten, die zu einer derartigen Analyse und Einschätzung nicht mehr in der Lage sind: »*Unter den gesellschaftlichen Bedingungen von Unsicherheit und systemischen Risiken kann es keinen exogen gesetzten, langfristigen Trend geben, dem*

Im Vergleich zu Marx zeigen sich hier die Grenzen der Keynesschen Profittheorie. Wir hatten gesehen, dass Keynes bei der Entwicklung der »wesentlichen Eigenschaften von Zins und Geld« immer schon die entwickelten Verhältnisse des zinstragenden Kapitals unterstellt. Seine Zinserklärung setzt somit eine reproduktive Grundlage voraus, die er aber nicht explizit begründet: Die Erklärung der Existenz des Zinses aus der Liquiditätsvorliebe als »Preis« für die Hingabe von Liquidität erklärt nicht, dass bereits Mehrprodukt bzw. Mehrwert vorhanden sein müssen, bevor eben jener Preis aus demselben bezahlt werden kann. Jetzt, wo es im Zusammenhang mit der Begründung des Erträgnisses von reproduktivem Kapital wiederum um das Problem geht, wie die Verwertung von Kapital begründet werden kann, blendet er ein weiteres Mal das eigentliche Problem aus. Die Keynessche knappheitstheoretische Begründung des Profits ist allenfalls in der Lage, Bewegungen der Grenzleistungsfähigkeiten des Kapitals im Verhältnis zum Zinsfuß auf Geld zu beschreiben bzw. in oberflächlicher Form miteinander in Zusammenhang zu bringen. Sie ist jedoch nicht in der Lage, die eigentliche Erzeugung des Erträgnisses, d.h. die Profit- und Mehrwertproduktion zu begründen. Eine derartige Begründung des Profits, weiter des Zinses, setzte nämlich ihre Reduktion auf Mehrwert und dessen Reduktion auf unbezahlt vom Kapital angeeignete Arbeit voraus, d.h. die Erzeugung einer verteilbaren (Wert-)Substanz durch Verausgabung lebendiger Arbeit.[7] Denn kennzeichnendes Charakteristikum der Keynesschen Profiterklärung bleibt, dass das eigentlich zu Erklärende, die Produktion eines Überschusses oder Erträgnisses, immer schon als selbstverständliches Faktum vorausgesetzt wird und nur hinsichtlich seiner Bestimmtheit als »realwirtschaftliches« oder der monetären Sphäre entspringendes Erträgnis unterschieden wird, sodass die relative Bewegung beider im Zeitablauf in den Mittelpunkt der Betrachtung rückt.

Keynes bleibt also in dieser Beziehung der oberflächlichen Erscheinungsform des kapitalistischen Gesamtprozesses verhaftet. Angebot und Nachfrage auf den Warenmärkten bleiben die ausschließlichen Bestimmungsgründe für die Differenz zwischen der Summe der Rückflüsse einer »Real«-Investition und ihrem ursprünglichen Angebotspreis. Ein Rekurs auf die hinter diesen oberflächlichen Ag-

---

die konjunkturellen Schwankungen folgen. Trends ergeben sich nur als statistisches Resultat der vergangenen Entwicklung und folgen keiner, wie auch immer vorgegebenen äußeren Logik. Es gibt somit keine Fundamentalfaktoren einer Realsphäre, welche den langfristigen Wachstumstrend einer Volkswirtschaft determinieren.« (Heine/Herr/Kaiser 2006: 20)

[7] Es ist daher entscheidend – dies gilt im übrigen auch für Vertreter einer »Wert«-Theorie, die mit der Wertsubstanz als vergegenständlichter abstrakt-menschlicher Arbeit ihre Schwierigkeiten haben (vgl. Heinrich 2011) –, die Erzeugung von (Neu-)Wert innerhalb des Produktionsprozesses bzw. denselben als Wertbildungsprozess korrekt zu verstehen. Sonst bleibt es bei seiner Reduktion auf einen bloßen Arbeitsprozess als Erzeugung von Gebrauchswerten, die durch externe Bedingungen, die nichts mit dem Produktionsprozess als solchem zu tun haben – ein durch das Geld- und Bankensystem oder durch Vermögensbesitzer-Kalküle konstituiertes Preissystem (s.o.) –, die Wert- bzw. Preisbestimmung des Resultats des Produktionsprozesses von außen aufgeherrscht bekommen.

gregatkräften liegenden Verhältnisse findet nur mit Bezug auf die Begründung des Zinses statt, der der Liquiditätsvorliebe des Publikums geschuldet ist. Die Bestimmung des Profits erfolgt insofern vom Standpunkt des Vermögensmarktes aus, als der Wettbewerb um den Geldzinsfuß rückwirkend das Sachkapital knapp hält und dadurch eine Mindesthöhe von dessen Erträgnis bedingt. Profit und Zins sind also immer schon gegebene ökonomische Größen innerhalb des Keynesschen Systems. Der Standpunkt, den Keynes bei seiner Profiterklärung einnimmt, ist derjenige des individuellen Kapitalisten, der hinsichtlich der Anlage disponiblen Kapitals zwischen reproduktiver Anlage (»Realinvestierung«) und zinstragender Verwendung bzw. Geldhaltung in barer Form alternativ entscheidet, also die erwartete marginale Profitrate oder Grenzleistungsfähigkeit von Sachkapital am Geldzinsfuß als Kalkulationsmaßstab bemisst. Die gesamtwirtschaftliche Dimension tritt in diese Struktur nur über das Knappheitstheorem hinein. Dass in gesamtwirtschaftlicher Dimension diese Verwendungsalternative von disponiblem Kapital nicht existieren kann, weil bei ausschließlich zinstragender Anlage keine Substanz (Mehrwert) vorhanden wäre, die überhaupt als Zins verteilt werden könnte, wird nur so begründet, dass die besonderen Eigenschaften des Geldes und die Rigidität des Geldzinsfußes bezüglich seines unteren Niveaus der Produktion eine Grenze setzen. An die Stelle der Fassung des Zinses als gegenüber dem Profit abgeleiteter Einkommensform und die vorgängige Analyse der Produktion des Profits bzw. Mehrwerts tritt eine äußerliche, dem Geld qua zinstragendem Kapital zukommende Eigenschaft. An die Stelle der Analyse der inneren Struktur des kapitalistischen Reproduktionsprozesses tritt eine bloße Interaktionsanalyse von reproduktiver und finanzieller Sphäre bzw. von Güter- und Finanzmarkt.[8]

Keynes' Distinktion zwischen Profit und Zins als Kritik der Neoklassik

Obwohl bei Keynes die Erklärung von Profit und Zins als bloß verwandelten Formen einer übergreifenden Gesamtheit, des Mehrwerts, fehlt und der Profit oder die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals nur als in negativer Spannung zum Zins bzw. Geldzinsfuß stehend bestimmt werden, ist hervorzuheben, dass Keynes qualitativ zwischen Profit und Zins unterscheidet. Er bricht hiermit gegenüber der neoklassischen Tradition, die den Zins als eigentliches Erträgnis des Kapitals fasst und die Existenz von den Zins überschießenden Erträgen nur für zeitweilige Un-

[8] Diese Keynessche Beschränkung auf eine bloße Interaktionsanalyse von Güter- und Finanzmarkt kann wiederum als Ausdruck des handlungstheoretischen Fundaments seiner Theorie begriffen werden. Die Kalküle der handelnden Subjekte bilden – allerdings unter bestimmten ökonomischen (und institutionellen) Rahmenbedingungen – die ausschlaggebenden Determinanten der ökonomischen Entwicklung. Dass sich über und vermittels dieser (bewussten) Kalküle der handelnden Subjekte zugleich die eigengesetzliche »Logik der Sachenwelt«, d.h. Waren-, Geld- und Kapitalfetischismus durchsetzt und beständig als »fremde Macht« und Bestimmungsbasis der bewussten Aktionen produziert und reproduziert wird, kann nicht begründet, sondern nur bestenfalls als Faktum konstatiert werden.

gleichgewichte zulässt. Das Gleichgewicht ist für die Neoklassik ein gewinnloser Zustand.

Diese Distinktion zwischen Profit und Zins ist auch für Keynes selbst ein neues Element gegenüber seiner Anschauung aus der früheren Abhandlung »A Treatise on Money« (1930a). Dort wurde eine »normale Entschädigung der Unternehmer«, definiert als Entschädigung, »*die, falls die Unternehmer in der Lage wären, mit allen Produktionsfaktoren auf Grund der geltenden Sätze neue Abschlüsse zu tätigen, sie weder veranlassen würde, ihre Geschäftstätigkeit auszudehnen, noch sie einzuschränken*« (Keynes 1930a: 102), als Bestandteil des »Nominaleinkommens des Gemeinwesens« bzw. der »Erträge der Produktionsfaktoren«, d.h. der »Produktionskosten« gefasst (vgl. ebd.). Die Gewinne bezeichneten somit »*die (positive oder negative) Differenz zwischen der tatsächlichen Entschädigung des Unternehmers … und seiner normalen Entschädigung*« (ebd.). Sie stellten damit ein spezifisches Phänomen von »Ungleichgewichtslagen« dar und waren insofern eine vorübergehende Erscheinung, die auf einer Ungleichheit zwischen (Netto-)Investitionen und Ersparnissen beruhte (vgl. ebd. 124ff.). Auch in der »Treatise« waren jedoch Profit (im Sinne der Quasi-Renten) und Zins insofern wertliche Phänomene, die sich einer stofflich orientierten grenzproduktivitätstheoretischen Fundierung wie in der Neoklassik entzogen.

Wir hatten bereits darauf hingewiesen, dass Keynes für die lange Frist von einem Sinken der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals, bedingt durch die Vermehrung des akkumulierten Kapitalstocks gegenüber einer relativ zurückgehenden, nicht im Ausmaß der Nationaleinkommenssteigerung zurückgehenden Nachfrage, ausgeht. Die Höhe des Geldzinsfußes markiert hiergegen eine untere Grenze, die die Vermehrung der Produktion restringiert. Es ist wichtig, deutlich zu machen, dass Keynes den Fall der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals auf das Niveau des Geldzinssatzes nur als langfristiges Phänomen der Kapitalakkumulation ansieht, keineswegs als kurzfristig sich ergebende »Gleichgewichtsbedingung«. Es bleibt mithin bis zum Abstumpfen des »Stachels des Gewinns« stets ein positiver Zwischenraum für (Netto-)Profite, markiert durch die Differenz zwischen Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals und Geldzinssatz.[9] In diesem Punkt zeigt sich deutlich die in der »General Theory« vorliegende funktionelle Differenz zwischen Profit und Zins, die wiederum ein bezeichnendes Licht auch auf die Keynessche – implizite – Kritik der Gleichgewichtsökonomie wirft.[10] Gleichzeitig zeigt sich jedoch der Mangel der Keynesschen Auffassungsweise, ist doch eine positive Bestimmung des Niveaus der Eigenzinssätze von Sachvermögensbeständen über das Diktum hinaus,

---

[9] Bei dieser Formulierung ist im vorstehenden Kontext abgesehen von konjunkturzyklischen Bewegungen, die sich zudem anderen Bestimmungsgründen als den langfristig wirkenden verdanken.

[10] Zur Interpretation des Gleichgewichtsbegriffes der »General Theory« vgl. Kapitel 3 der vorliegenden Abhandlung.

dass sie »im normalen Gang« der Kapitalakkumulation den Geldzinssatz übersteigen müssen, nicht gegeben.

In diesem Zusammenhang ist auch die Bestimmung der kurzfristig-zyklischen Bewegung und der konjunkturellen Krise als Ausdruck eines zyklischen Verfalls der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals, zunächst unabhängig vom Geldzinssatz, von Bedeutung.[11] Die zyklische Krise ergibt sich nach Keynes keineswegs aus einem direkten Zusammenhang von Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals und Zinsfuß: »*Wir sind nun in der Erklärung der ›Krise‹ daran gewöhnt worden, die Tendenz des Zinssatzes hervorzuheben, unter dem Einfluß der vermehrten Nachfrage nach Geld sowohl für den Handel als auch für die Spekulation zu steigen. Zu gewissen Zeiten mag dieser Faktor sicherlich eine verschärfende Rolle spielen und gelegentlich vielleicht die des Anstoßes.* Aber ich behaupte, daß eine typischere und oft die vorherrschende Erklärung der Krise nicht primär eine Erhöhung des Zinssatzes, sondern ein plötzlicher Zusammenbruch der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals ist.*«* (AT: 267, Herv. S.K.) Dies heißt, dass während der Periode einer langfristig beschleunigten reproduktiven Kapitalakkumulation – bei Keynes dadurch gekennzeichnet, dass der restringierende Einfluss eines nach unten starren Zinsfußes nicht zum Tragen kommt, sondern eine positive Differenz zwischen Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals und Geldzinsfuß verbleibt – die Profitrate oder Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals spezifische zyklische Schwankungen durchläuft, ohne dass, wenigstens unmittelbar, eine wie auch immer »gleichgewichtsvermittelnde« Gleichheit zwischen Profitrate und Zinsfuß in Anschlag kommt.

Die von Keynes vorgenommene Distinktion zwischen Profitrate und Zinsfuß eröffnet ihm mithin die Aussicht, eine Theorie der Kapitalakkumulation, spezifiziert für die lange und kurze Frist, zu formulieren, die oberflächliche Dimensionen der Bewegung des kapitalistischen Gesamtprozesses korrekt zu erfassen vermag. Damit ergeben sich wesentliche Parallelen zur Marxschen Theorie der kapitalistischen Akkumulation und eröffnet sich die Möglichkeit einer partiellen Integration Keynesscher Gedankengänge in das Marxsche System.[12]

Mit der Keynesschen Differenzierung zwischen Profitrate und Zinsfuß ist gleichzeitig die neoklassische Zinstheorie grundsätzlich kritisiert. Jene Anschauungsweise »*(betrachtet) den Zinssatz als den Faktor …, der die Nachfrage nach Investitionen und die Bereitwilligkeit zum Sparen miteinander ins Gleichgewicht bringt. Die Investition stellt die Nachfrage nach investierbaren Mitteln dar, und die Ersparnisse stellen das Angebot dar, während der Zinssatz der ›Preis‹ der investierbaren Mittel ist, zu dem die beiden ausgeglichen werden. Genauso wie der Preis einer Ware notwendigerweise auf dem Punkt fixiert wird, auf dem die Nachfrage nach ihr gleich ihrem Angebot ist, so wird der Zinssatz unter dem Spiel der Marktkräfte notwendigerweise auf dem Punkt zur Ruhe kommen, in dem die Summe der Inves-*

[11] Vgl. dazu ausführlich Kapitel 10 der vorliegenden Abhandlung.

[12] Zur Ausführung dieser hier programmatisch formulierten Aufgabe vgl. insbesondere den Dritten Abschnitt der vorliegenden Abhandlung.

titionen zu diesem Zinssatz gleich der Summe der Ersparnisse zu diesem Zinssatz ist.« (AT: 148) Im vorliegenden Argumentationszusammenhang stellt jedoch die Keynessche Kritik an diesem so genannten Zinsautomatismus der Neoklassik nicht den entscheidenden Gesichtspunkt dar,[13] sondern das Verhältnis von Zins und Profit. Der behauptete Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage nach Ersparnissen über den gleichgewichtsvermittelnden Zinssatz impliziert für die Neoklassik weiter, dass »*der Zins … als der Faktor dargestellt (wird), der den Grenznachteil des Wartens mit der Grenzproduktivität des Kapitals ins Gleichgewicht bringt«* (ebd. 148f.). Nun bezeichnet die Grenzproduktivität des Kapitals normalerweise oder in erster Instanz sogar ein stoffliches Produkt; selbst wenn man jedoch hierunter den Wert des Grenzerzeugnisses versteht, wird evident, dass der Zins jetzt als das spezifische Erträgnis des Kapitals gefasst wird: Im Gleichgewicht sind also Profit und Zins des Kapitals notwendigerweise gleich, ein Unterschied zwischen beiden existiert nicht. Diese Ineinssetzung beruht auf einer Konfundierung von Realkapital (im Sinne von industriell oder kommerziell angelegtem Kapital) und zinstragendem Kapital. Keynes bemerkt in diesem Zusammenhang kritisch zu Marshall: »*Es ist zu beachten, daß Marshall das Wort ›Kapital‹ und nicht ›Geld‹ und das Wort ›Bestand‹ und nicht ›Anleihen‹ gebraucht; und doch ist der Zins eine Zahlung für das Borgen von* Geld, *und ›Nachfrage nach Kapital‹ sollte in diesem Zusammenhang die ›Nachfrage nach Geldanleihen zum Zwecke des Kaufens eines Bestandes an Kapitalgütern‹ bedeuten. Die Gleichheit zwischen dem Angebot des Bestandes an Kapitalgütern und der Nachfrage nach dem Bestand wird aber durch die* Preise *der Kapitalgüter und nicht durch den Zinssatz hergestellt werden. Was der Zinssatz herstellt, ist die Gleichheit zwischen der Nachfrage und dem Angebot von Darlehen, das heißt Anleihen.«* (AT: 156, Fn.) Damit wird der Grund für die neoklassische Konfundierung von Zins und Profit deutlich; sie beruht auf einer Konfusion hinsichtlich des Begriffes von Kapital. Das zinstragende Kapital gilt der Neoklassik als Kapital par excellence, hinter dem der funktionelle Unterschied verschiedener Kapitalsorten erlischt. Ist aber das zinstragende Kapital das Kapital überhaupt, ist der Zins das Erträgnis des Kapitals und erhält der Zinsfuß als gleichgewichtsvermittelnde Variable zwischen Angebot und Nachfrage nach (zinstragendem) Kapital die zentrale Funktion für die Kapitalakkumulation: Sparen (Angebot an Kapital) und Investieren (Nachfrage nach Kapital) stehen somit in einem prinzipiell gleichförmigen Zusammenhang, mehr noch: das erste bestimmt das letztere.

Konsequenz dieser Anschauungsweise ist die vollständige Vernachlässigung des Einkommens als bestimmender Variable für die reproduktive Kapitalakkumulation: »*(Die klassische Theorie nimmt … an), daß sie dazu übergehen kann, die Wirkung (zum Beispiel) einer Verschiebung der Nachfragekurve nach Kapital auf den Zinssatz zu betrachten, ohne ihre Annahme über die Summe des gegebenen Einkommens, aus der die Ersparnisse gemacht werden müssen, einzuschränken oder zu ändern. Die voneinander unabhängigen veränderlichen Größen der klas-*

[13] Vgl. hierzu Kapitel 8 der vorliegenden Abhandlung.

sischen Theorie des Zinssatzes sind die Nachfragekurve nach Kapital und der Einfluß des Zinssatzes auf die aus einem gegebenen Einkommen ersparte Summe.« (AT: 151) Die Annahme eines beständigen Einkommens bei Variationen der beiden als veränderlich anerkannten Größen stellt aber einen sich selbst aufhebenden Widerspruch dar: »*Die klassische Theorie des Zinsfußes scheint anzunehmen, daß bei einer Verschiebung der Nachfragekurve nach Kapital oder bei einer Verschiebung der Kurve, die den Zinssatz zu den aus einem gegebenen Einkommen ersparten Summen in Beziehung bringt, oder bei einer Verschiebung dieser beiden Kurven der neue Zinssatz durch den Schnittpunkt der neuen Lagen der beiden Kurven gegeben sein wird. Diese Theorie ist aber Unsinn. Denn die Voraussetzung, daß das Einkommen konstant ist, ist unvereinbar mit der Annahme, daß diese beiden Kurven sich unabhängig voneinander verschieben können. Wenn sich eine von ihnen verschiebt, wird sich im allgemeinen das Einkommen verändern; mit der Folge, daß der ganze, sich auf die Voraussetzung eines gegebenen Einkommens stützende Ansatz zusammenbricht.«* (Ebd. 151f.)

Die Vernachlässigung des Unterschieds zwischen dem Zusammenhang von Investitionen in Sachkapital und Einkommen auf der einen, Geldkapitalbewegung und Zinsfuß auf der anderen Seite kann Keynes nunmehr wiederum zurückbiegen auf die klassische Bestimmung des Zinsfußes als »Belohnung für Waren an sich«, weiter auf die neoklassisch unterstellte »Unwesentlichkeit« oder »Neutralität des Geldes«, deren Kritik schon behandelt wurde: »*Der Fehler rührt daher, den Zinssatz als eine Belohnung für Waren als solches statt als eine Belohnung für Nichthortung (d.h. Hingabe von Liquidität, S.K.) zu betrachten; genau wie die Renditen auf Anleihen oder Investitionen von verschiedenen Risikenklassen ganz richtig als die Belohnung nicht des Wartens an sich, sondern des damit verbundenen Risikos betrachtet werden. … Nur wenn Geld ausschließlich für die Bestreitung von Ausgaben und nie als Wertbewahrer verwendet würde, würde eine andere Theorie angebracht sein.«* (Ebd. 153f.)

b) Keynes' »vorklassische Auffassung«: Arbeit als einziger Produktionsfaktor

Keynes hatte es abgelehnt, das Kapital als produktiv zu bezeichnen; vielmehr sollte es korrekt gefasst werden als Vermögenswert, der während seiner ökonomischen Nutzungsperiode einen seine ursprünglichen Kosten überschießenden Ertrag bringt. Produktiv ist dagegen für Keynes nur die Arbeit: »*Ich neige daher zu der vorklassischen Lehre, daß alles durch* Arbeit erzeugt *wird; unterstützt durch das, was man früher Kunst zu nennen pflegte, und jetzt Technik genannt wird; sowie durch natürliche Ressourcen, die frei sind oder je nach ihrer Knappheit oder ihrem Überfluß eine Rente kosten und durch die Ergebnisse vergangener, in den Vermögenswerten verkörperten Arbeit, die ebenfalls gemäß ihrer Knappheit oder ihrem Überfluß einen Preis bedingen. Es ist vorzuziehen, die Arbeit, natürlich einschließlich der per-*

sönlichen Dienstleistungen des Unternehmers und seiner Gehilfen, als den einzigen Erzeugungsfaktor, wirkend in einer gegebenen Umwelt von Technik, natürlichen Ressourcen, Kapitalausrüstung und Nachfrage, zu betrachten.« (AT: 180) Mit der Charakterisierung dieser seiner Auffassung als »vorklassisch« spielt Keynes offenbar auf William Pettys berühmt gewordenen Satz – »die Arbeit ist der Vater, die Erde die Mutter des Reichtums« – an; jedoch zog sich bekanntlich diese Anschauung bis weit in die klassische politische Ökonomie hinein. Im Gegensatz zu Adam Smith und David Ricardo will Keynes die Funktion der Arbeit als Erzeugungsfaktor hingegen ausschließlich auf die Produktion von Gebrauchswerten beschränkt wissen. Die wertliche Dimension wird durch seine knappheitstheoretischen Erwägungen abgedeckt.

Das Anerkenntnis der Arbeit als einzigem Erzeugungsfaktor ist, verglichen mit der zeitgenössischen Theorie, jedoch ein Schritt hin zur Wiedergewinnung kritischer Gehalte der Wirtschaftswissenschaft; denn hiermit wird der so genannten Produktionsfaktorentheorie eine explizite Absage erteilt. Nicht durch das gleichberechtigte Zusammenwirken von Arbeit, Boden und Kapital als drei disparaten Produktionsfaktoren entsteht das stoffliche Produkt, sondern letzteres ist, abgesehen von seinem natürlichen Substrat, ausschließliches Produkt der Arbeit, vergegenständlichte Arbeit.

Mit der knappheitstheoretischen Wert- bzw. Preisbestimmung der Waren enthält die Keynessche Bestimmung der Arbeit als einzigem Erzeugungsfaktor zugleich eine explizite Absetzung von der »Arbeitswerttheorie«, sei es in der Version Ricardos oder derjenigen von Marx. Keynes fasst also die Arbeit ausschließlich in ihrer Bestimmtheit als konkret-nützliche Tätigkeit und die Produktion als stoffliche Produktion von Gebrauchswerten. Hiermit geraten die spezifisch gesellschaftlichen Bestimmungsgründe des Produktionsprozesses als kapitalistischem Produktionsprozess außerhalb des Blickfeldes. Keynes' Hinweis, dass in die Arbeit der Erzeugung von Gebrauchswerten unterschiedslos die Lohnarbeit der abhängig Beschäftigten und die Arbeit des Unternehmers im Sinne seiner Aufsichts- und Leitungsfunktionen eingehen, unterstreicht diesen Sachverhalt und zeigt darüber hinaus, dass Keynes die Fixierung des Verhältnisses von Lohnarbeit und Kapital als gegensätzlich bestimmtes Klassenverhältnis, welches in letzter Instanz innerhalb des kapitalistischen Produktionsprozesses wurzelt und dortselbst durch die produktive Arbeit beständig produziert und reproduziert wird, fremd ist. Konsequenz dieser Auffassung ist eine später genauer zu betrachtende Geringschätzung des primär gegensätzlich bestimmten Verhältnisses zwischen Lohn und Profit, weiter die Fixierung der Gegensätze wesentlich vom Standpunkt der Distributionsverhältnisse aus, welche nicht als Kehrseite der Verhältnisse der Produktion und durch dieselben bestimmt dechiffriert werden können.

Umgekehrt unterstreicht die Gleichsetzung von Lohnarbeit und Tätigkeit des kapitalistischen Unternehmers den Keynesschen Zugriff auf die Struktur der kapitalistischen Produktion unter dem Aspekt eines gegensätzlichen Verhältnisses zwischen reproduktivem und zinstragendem Kapital, der sich ihm anstelle des

Widerspruchs zwischen Lohnarbeit und Kapital unterschiebt. In der Tat erscheint mit der ausgearbeiteten Trennung von Kapital als Eigentum und Kapital als Funktion der industrielle (und kommerzielle) Unternehmergewinn als Aufsichtslohn, tritt somit als Lohn für Arbeit auf das gleiche Niveau mit der Lohnarbeit und zeigt sich gegensätzlich nur gegenüber dem Zins als Revenue des bloßen Kapitaleigentums.[14] Tatsächlich gibt es ja auch in der gegenwärtigen modernen Ausprägung des kapitalistischen Gesamtreproduktionsprozesses weite Bereiche, in denen die Funktion des Unternehmers als dispositiv arbeitender Funktionär mindestens ebenso wichtig ist für die Existenz des Unternehmens wie seine Funktion als Eigentümer.[15]

Zweifellos bildet diese aus den Gestaltungen des kapitalistischen Gesamtprozesses naturwüchsig entspringende Mystifikation hinsichtlich des Gegensatzes zwischen Lohnarbeit und Kapital eine bestimmende Grundlage für die Keynesschen Anschauungen nicht nur im Hinblick auf seine Bestimmung der Arbeit als Erzeugungsfaktor, sondern ebenfalls hinsichtlich seiner Bestimmungen von Zins und Profit, Sachkapital und Geldkapital, wie wir sie früher betrachtet haben. Die Konfundierung zwischen einfachen Bestimmtheiten des Geldes mit jenen des zinstragenden Kapitals verweist auf diese Grundlage der Keynesschen Anschauungsweise. Andrerseits hatte sich aber auch gezeigt, dass trotz einer nur

---

[14] Vgl. MEW 25, 395: »*Indem das Moment der spezifischen gesellschaftlichen Bestimmtheit des Kapitals in der kapitalistischen Produktionsweise – das Kapitaleigentum, das die Eigenschaft besitzt, Kommando über die Arbeit anderer zu sein – fixiert wird und der Zins daher erscheint als der Teil des Mehrwerts, den das Kapital in dieser Beziehung erzeugt, erscheint der andere Teil des Mehrwerts – der Unternehmergewinn – notwendig so, daß er nicht aus dem Kapital als Kapital, sondern aus dem Produktionsprozeß stammt, getrennt von seiner spezifischen gesellschaftlichen Bestimmtheit, die ja in dem Ausdruck Kapitalzins schon ihre besondre Existenzweise erhalten hat. Vom Kapital getrennt, ist aber der Produktionsprozeß Arbeitsprozeß überhaupt. Der industrielle Kapitalist, als unterschieden vom Kapitaleigentümer, erscheint daher nicht als fungierendes Kapital, sondern als Funktionär auch abgesehn vom Kapital, als einfacher Träger des Arbeitsprozesses überhaupt, als Arbeiter, und zwar als Lohnarbeiter.*« Und weiter: »*Die besonderen Formen, die der Kapitalist als solcher zu verrichten hat, und die ihm gerade im Unterschied von und im Gegensatz zu den Arbeitern zukommen, werden als bloße Arbeitsfunktionen dargestellt. Er schafft Mehrwert, nicht weil er* als Kapitalist *arbeitet, sondern weil er, abgesehn von seiner Eigenschaft als Kapitalist,* auch *arbeitet.*« (Ebd. 396)

[15] In erster Linie ist hier zu nennen der Bereich der nichtkapitalistischen Warenproduktion und -zirkulation, der aufgrund fehlender Kapitalgröße nicht den Übergang zum genuin kapitalistischen (Klein-)Betrieb vollzogen hat und in der der Unternehmer daher nicht als Kapitalist, sondern als Angehöriger der traditionellen Mittelklasse einzuordnen ist. Namentlich für die so genannten Freien Berufe sind die besondere Profession und die Arbeit des Unternehmers unverzichtbar für den Betrieb. Diese Dominanz der Arbeit des Unternehmers bleibt solange erhalten, solange seine tätige Mitarbeit als Arzt, Architekt, Unternehmens- oder Steuerberater etc. unabdingbar ist im Verhältnis zu bloßen Kapitalistenfunktionen der Beaufsichtigung angestellter Funktionäre sowie der Kontrolle und Verantwortung der unternehmerischen Finanzwirtschaft (Abrechnung/Rechnungslegung etc.).

negativen Bestimmung des Erträgnisses auf Sachkapital gegenüber dem Geldzins der funktionelle Unterschied zwischen beiden Kapitalsorten bewusst und deutlich fixiert wurde: Es kann daher keine Rede davon sein, dass Keynes umstandslos den Fetischgestalten des zinstragenden Kapitals aufsitzt. Wieder ist es seine Widersprüchlichkeit, die ihm zugute zu halten ist und die seine richtigeren Einsichten in die innere Struktur des kapitalistischen Gesamtprozesses zum Ausdruck bringt.

c) Messung der Produktion in Arbeitseinheiten

Arbeitseinheiten (labour units) als Maß für den Umfang der Produktion als statistische Operationalisierung einer Messung

Keynes' Anschauungsweise, dass die (lebendige) Arbeit alleiniger Erzeugungsfaktor des stofflichen Reichtums ist, beinhaltet eine weitere Konsequenz; es ergibt sich hierdurch die Möglichkeit, ökonomische »Real«-größen zu quantifizieren: »*Dies (Arbeit als alleiniger Erzeugungsfaktor, S.K.) erklärt teilweise, warum wir die Einheit der Arbeit als die einzige physische Einheit nehmen konnten, die wir, abgesehen von Einheiten des Geldes und der Zeit, in unserem Wirtschaftssystem benötigen.«* (AT: 179)

Ein Problem, welchem sich Keynes gegenübersieht, ist die Messung des physischen Outputs nicht der (mehr oder weniger) homogenen Produktion eines Produktionszweiges, sondern der Gesamtwirtschaft, im Unterschied zu seinem Ausdruck in Geldgrößen.[16] Diese Geldgrößen der Produktion oder des Einkommens sind unmittelbar gegeben und statistisch erhoben; von dieser Ausgangsgröße her stellt sich jedoch das Problem, Veränderung im »allgemeinen Preisniveau« zu ermitteln, um über deren Ausschaltung Aussagen hinsichtlich der Entwicklung der Gesamtproduktion eines Gemeinwesens nach Abzug inflationärer Einflüsse zu gewinnen. Diese Deflationierung der Nominalgrößen besitzt jedoch ihre Tücken, die ökonomische »Realgröße« ist nicht so einfach zu haben. »*Das Nationaleinkommen, wie es von Marshall und Professor Pigou definiert wird, mißt die Menge der laufenden Produktion oder das Realeinkommen und nicht den Wert der Produktion oder das Geldeinkommen. Es hängt ferner in einem gewissen Sinn vom Nettoprodukt ab – das heißt von der Nettozunahme der Ressourcen des Gemeinwesens, die für den Verbrauch oder für die Erhaltung des Kapitalbestandes verfügbar sind, als Folge der wirtschaftlichen Tätigkeiten und Einbußen der laufenden Periode und unter Berücksichtigung der Abnutzung des Bestandes an Realkapital, der zu Beginn der Periode vorhanden war. Auf dieser Grundlage wird versucht, eine quantitative Wissenschaft aufzubauen.«* (Ebd. 33f.)

---

[16] Vgl. AT, 33: »*Daß die Einheiten, auf deren Grundlage die Ökonomen gewöhnlich arbeiten, unbefriedigend sind, kann durch die Begriffe ›Nationaleinkommen,, Bestand an Realkapital und Allgemeines Preisniveau‹ veranschaulicht werden.«*

Keynes' Kritik an der Operationalisierung dieser Mengenwissenschaft, d.h. der Ermittlung der »Realgrößen« aus den Geldgrößen durch Berechnung des allgemeinen Preisniveaus bzw. seiner Veränderung, setzt nun am so genannten Qualitätsproblem an: »*Ein schwerwiegender Einwand gegen diese Definition für einen solchen Zweck ist aber, daß die Produktion von Gütern und Dienstleistungen des Gemeinwesens ein nicht homogener Komplex ist, der genau genommen, nicht gemessen werden kann, mit Ausnahme gewisser Sonderfälle, wie zum Beispiel, wenn alle Bestandteile einer Produktion im gleichen Verhältnis in einer anderen Produktion enthalten sind.*« (Ebd. 34) Dieser prinzipiellen Kritik ist zuzustimmen. Die statistische Ermittlung des allgemeinen Preisniveaus muss aufgrund namentlich der angesprochenen Qualitätsproblematik, die nicht nur Aggregationsprobleme für stofflich verschiedene Outputs verschiedener Produktionszweige, sondern darüber hinaus auch Gebrauchswertänderungen innerhalb ein und derselben Produktionssphäre im Zeitablauf beinhaltet, mit fiktiven Unterstellungen arbeiten bzw. entgegen der ursprünglichen Intention wiederum auf Preisgrößen zurückgreifen. Entweder man sagt, ökonomische Realgrößen sind bereinigte Preisgrößen – wobei die Art und Weise dieser Bereinigung erhebliche theoretische Probleme beinhaltet –, oder man muss in der Tat eine Operationalisierung von Mengengrößen entwickeln, die innerhalb der Dimension des Stoffes, und nicht des Preises, verbleibt. Gewöhnlich wird jedoch beides miteinander konfundiert und die Preisbereinigung von Nominalgrößen wird umstandslos als Ermittlung von Real- oder stofflichen Größen interpretiert. Letzteres ist Gegenstand der Keynesschen Kritik, festgemacht an der Problematik des »moralischen Verschleißes« des fixen Kapitals: »*Um zum Nettonationaleinkommen zu gelangen, zieht Professor Pigou das Veralten usw. (der Kapitalausrüstung, S.K.) ab, das fairerweise ›normal‹ genannt werden kann, und das praktische Merkmal von Normalität ist, daß die Abnahme regelmäßig genug ist, um, wenn nicht im einzelnen, so doch im ganzen vorausgesehen werden zu können. Da aber dieser Abzug kein Abzug in Geld ist, ist er gezwungen, die Möglichkeit einer Veränderung in physischen Mengen anzunehmen, obschon es keine physischen Veränderungen gegeben hat; das heißt, er führt verstohlen Änderungen in* Wertgrößen *ein. Er kann überdies keine befriedigende Formel für die Bewertung der neuen Ausrüstung im Vergleich zur alten erdenken, wenn die beiden infolge von Änderungen in der Technik nicht identisch sind.*« (Ebd.)

Komplementär zu dieser Problematik ist natürlich auch der spiegelbildliche Begriff des »allgemeinen Preisniveaus« unbefriedigend; Keynes schlägt vor, hierauf ganz zu verzichten: »*Das wohlbekannte, aber unvermeidliche Element der Unklarheit, das zugestandenermaßen dem des allgemeinen Preisniveaus anhaftet, macht diesen Ausdruck für die Zwecke einer Kausalanalyse, die genau sein sollte, sehr unbefriedigend. Diese Schwierigkeiten werden trotzdem mit Recht als ›Rätsel‹ angesehen. Sie sind ›rein theoretisch‹, insofern, als sie geschäftliche Entschlüsse nie verwirren oder gar in irgendeiner Art beeinflussen und auch keine Beziehung zur ursächlichen Aufeinanderfolge von wirtschaftlichen Ereignissen haben, die, trotz*

der quantitativen Unbestimmtheit dieser Begriffe, klar und bestimmt sind. Es ist daher natürlich anzunehmen, daß sie nicht nur ungenau, sondern auch unnötig sind.« (Ebd. 34f.)[17]

Mit dieser Problematisierung und Kritik der gängigen Operationalisierung ökonomischer Real- oder Mengengrößen stellt sich für Keynes aber die Aufgabe, ein neues Gerüst von Mengeneinheiten zu entwickeln. Er schlägt für die kurze Frist, d.h. bei »gegebener Kapitalausrüstung« die Größe »Menge der Beschäftigung« vor: »*Im Falle einer einzelnen Firma oder einer Industrie, die ein homogenes Erzeugnis erstellt, können wir, wenn wir wollen, mit Recht von Zunahmen und Abnahmen der Produktion sprechen. Wenn wir aber die Tätigkeit aller Firmen zusammenfassen, können wir uns nicht genau äußern, es sein denn, daß wir uns in Mengen der Beschäftigung ausdrücken, die bei gegebener Ausrüstung eingesetzt sind. … Wenn wir zum Zwecke von Beschreibungen oder ungefähren Vergleichen von einer Zunahme der Produktion sprechen wollen, müssen wir uns auf die allgemeine Voraussetzung verlassen, daß die Menge der Beschäftigung, die mit einer gegebenen Kapitalausrüstung verbunden ist, ein befriedigender Index der Menge der sich aus ihr ergebenden Produktion ist, wobei vorausgesetzt wird, daß die beiden zusammen zu- und abnehmen, obschon nicht in einem bestimmten zahlenmäßigen Verhältnis.«* (Ebd. 36) An diesem Punkt ergibt sich der Zusammenhang zu der vorangegangenen Argumentation: Da Keynes davon ausgeht, dass die lebendige Arbeit der alleinige Erzeugungs- oder Produktionsfaktor des stofflichen Reichtums ist, daher von der Menge der angewandten lebendigen Arbeit die Masse der jeweiligen Produktion abhängt, ist diese Menge der Beschäftigung auch eine Maßgröße für die physische Produktion. Man sieht, wie dieser Vorschlag der Operationalisierung der Messung physischer Produktion auf ein analytisch-theoretisches Fundament verweist, nämlich auf die Anschauung, dass nicht durch das Zusammenwirken stofflich disparater Produktionsfaktoren der Umfang des physischen Outputs bestimmt wird, sondern, auf Basis gegebener technologischer Bedingungen, die für die kurze Periode durch die gegebene Kapitalausrüstung bestimmt sind, allein durch die Masse der angewandten lebendigen Arbeit oder die Menge der Beschäftigung.

Damit aber bei dieser Messung des Umfangs der physischen Produktion der Gesamtwirtschaft die eben aufgewiesenen statistisch-operationellen Schwierigkeiten vermieden werden, ist vorausgesetzt, dass das von Keynes vorgeschlagene Maß von gleichartiger Qualität ist. Seine These lautet, dass eine solche Homogenität der lebendigen Arbeit herstellbar ist: »*Ich schlage daher bei der Behand-*

---

[17] Das eigentliche Terrain für die Nutzung dieser ökonomischen Größen ist das »gelehrige Interesse« (Marx) an empirisch-statistischer Analyse langfristiger ökonomischer Entwicklungen: »*Der eigentliche Ort … für Dinge, wie das reale Nettoprodukt und das allgemeine Preisniveau, liegt im Bereich geschichtlicher und statistischer Beschreibung, und ihr Zweck sollte sein, geschichtliche und soziale Neugierde zu befriedigen, ein Zweck, für den völlige Genauigkeit – wie sie für unsere Kausalanalyse erforderlich ist, ob nun unsere Kenntnis der tatsächlichen Werte und maßgebenden Mengen vollständig sei oder nicht – weder gebräuchlich noch notwendig ist.«* (AT: 35)

lung der Theorie der Beschäftigung vor, nur zwei grundlegende Mengeneinheiten zu gebrauchen, nämlich Mengen von Nominalwerten und Mengen der Beschäftigung. Die erste dieser Mengen ist streng homogen, und die andere kann so gestaltet werden; denn insofern verschiedene Güteklassen und Arten von Arbeit und bezahlter Hilfe in einem mehr oder weniger festen Verhältnis entlohnt werden, kann die Menge der Beschäftigung für unseren Zweck genügend definiert werden, indem wir die Beschäftigung einer Stunde gewöhnlicher Arbeit als unsere Einheit nehmen und die Beschäftigung einer Stunde besonderer Arbeit im Verhältnis zu ihrer Entlohnung bewerten; das heißt, eine Stunde besonderer Arbeit, die zum doppelten gewöhnlichen Satz entlohnt wird, wird als zwei Einheiten zählen. Wir werden die Einheit, in der die Menge der Beschäftigung gemessen wird, die Arbeitseinheit und den Nominallohn einer Arbeitseinheit die Lohneinheit nennen. Wenn somit E die Lohn- (und Gehalts-)summe, W die Lohneinheit und N die Menge der Beschäftigung ist, so ist E = N x W.« (Ebd. 36f.) Die Herstellung der Homogenität der neuen Einheit Arbeit oder Menge der Beschäftigung erfolgt also über einen Umweg, nämlich die resp. Entlohnung der einzelnen Arbeitsstunden. Unterschiedliche Lohnsätze repräsentieren somit Unterschiede in den verschiedenen Arbeitsstunden. Durch Multiplikation der Lohnsätze mit der Menge verausgabter lebendiger Arbeit ergibt sich das gesuchte Maß für den Umfang der Produktion. Vermittels dieses Weges über die Lohnrechnung stellt auch die Aggregation der Outputs verschiedener Produktionszweige zur Produktion der Gesamtwirtschaft kein Problem mehr dar.

Bis hierher sind also zunächst die auftretenden Probleme gelöst. Neue ergeben sich aber für Keynes, da er eine ganz bestimmte Form der Produktionsfunktion unterstellt, nach der die produktiven Beiträge einzelner Arbeiter selbst innerhalb desselben Betriebs ungleichartig oder quantitativ verschieden sind: ertragsgesetzlicher Verlauf der Produktionsfunktion.[18] »*Diese Annahme der Gleichartigkeit im Arbeitsangebot wird durch die augenscheinliche Tatsache großer Unterschiede in der spezialisierten Geschicklichkeit einzelner Arbeiter und ihrer Eignung für verschiedene Beschäftigungen nicht gestört. Denn wenn die Entlohnung der Arbeiter im Verhältnis zu ihrer Leistungsfähigkeit steht, werden die Unterschiede durch unsere Annahme berücksichtigt, daß die Einzelnen im Verhältnis zu ihrer Entlohnung zum Arbeitsangebot beitragen, während, wenn bei steigendem Output eine gegebene Firma Arbeiter einsetzen muß, die für den besonderen Zweck je Lohneinheit, die ihnen bezahlt wird, immer weniger leistungsfähig sind, dann ist das lediglich ein Faktor unter anderen, der zu einem abnehmenden Ertrag der Kapitalausrüstung, gemessen in Outputeinheiten, führt, wenn diese mit mehr Arbeit verbunden wird.«* (Ebd. 37) Dieses Dilemma, dass die Beiträge verschiedener Arbeiter bei einer Zunahme der Beschäftigung abnehmen, andererseits jedoch der Beitrag des Grenzarbeiters den Lohn auch der anderen Arbeiter bestimmt, die als völlig gleichartige

[18] Zur Kritik an einer ertragsgesetzlichen Produktionsfunktion für industrielle Produktionsprozesse vgl. Kapitel 4 der vorliegenden Abhandlung.

Arbeit Leistende unterstellt werden können, steht und fällt mit der Annahme eines ertragsgesetzlichen Verlaufs der Produktionsfunktion. Ist diese Annahme abzulehnen, verschwindet auch dieses Dilemma der Messung. Keynes versucht es jedoch zu umgehen, indem er einen Kunstgriff anwendet und die ertragsgesetzliche Verschiedenheit der individuellen Arbeitsinputs nicht der Arbeit, sondern der Kapitalausrüstung zu Buche schreibt: »*Wir erfassen sozusagen die Inhomogenität von gleich entlohnten Arbeitseinheiten in der Ausrüstung, die wir im Maße der zunehmenden Produktion als immer weniger geeignet betrachten, die verfügbaren Arbeitseinheiten zu beschäftigen, statt die verfügbaren Arbeitseinheiten als immer weniger geeignet betrachten, eine homogene Kapitalausrüstung auszunützen.*« (Ebd.) Durch diese Transposition der Ungleichheit einzelner Arbeitseinheiten aus der Arbeit in die Kapitalausrüstung, d.h. die Maschinerie, erhält zwar die grenzproduktivitätstheoretische Fundierung des Lohns einen Schein von Stimmigkeit, jedoch wird andererseits gegen die Bestimmung verstoßen, dass die lebendige Arbeit die alleinige Erzeugerin des stofflichen Reichtums ist, indem einer von dieser lebendigen Arbeit unabhängige Quelle, ein und dieselbe Maschine, als Einflussgröße des Quantums des stofflichen Outputs eingeführt wird.[19] Diese immanente Widersprüchlichkeit ließe sich vermeiden, indem nicht eine ertragsgesetzliche, sondern eine lineare Produktionsfunktion unterlegt würde – eine für die industrielle Produktion besser die Wirklichkeit erfassende Annahme, die andererseits aber auch eine grenzproduktivitätstheoretische Fundierung des Arbeitslohns nicht mehr erlaubt.

Abgesehen von dieser immanenten Widersprüchlichkeit des Keynesschen Operationalisierungskonzeptes zur Messung der gesamtwirtschaftlichen physischen Produktion ergibt sich als Resultat: »*Ich glaube, daß viel unnötige Verwirrung vermieden werden kann, wenn wir uns streng an die zwei Einheiten Geld und Arbeit halten, wenn wir uns mit dem Verhalten des Wirtschaftssystems als Ganzes beschäftigen und den Gebrauch von Einheiten einzelner Produktionen und Ausrüstungen für die Gelegenheiten aufsparen, wo wir die Produktion einzelner Firmen oder Gewerbezweige für sich genommen analysieren, und den Gebrauch unbestimmter Begriffe, wie die gesamte Produktionsmenge, die Menge der gesamten Kapitalausrüstung und das allgemeine Preisniveau, für die Gelegenheiten aufsparen, wenn wir geschichtliche Vergleiche anstreben, die innerhalb gewisser (vielleicht ziemlich weiter) Grenzen zugegebenermaßen ungenau und ungefähr sind. Daraus folgt, daß wir Änderungen in der laufenden Produktion messen werden durch Bezug auf die Zahl der auf die bestehende Kapitalausrüstung angewandten bezahlten Arbeitsstunden (sei es, um die Verbraucher zu befriedigen oder um neue Kapitalausrüstung zu er-*

[19] Die frühere relativierende Formulierung: Arbeit als alleiniger Erzeugungsfaktor, »*unterstützt durch das, was … jetzt Technik genannt wird; sowie durch natürliche Hilfsmittel … und durch die Ergebnisse vergangener, in den Vermögenswerten verkörperter Arbeit …*« (AT: 180), wird hierdurch über Gebühr gedehnt, um einen prima facie vorhandenen Widerspruch hinwegzueskamotieren.

zeugen), wobei wir die Arbeitsstunden gelernter Arbeiter im Verhältnis zu ihrer Entlohnung bewerten.« (Ebd. 38f.)

Die Fixierung der Arbeitseinheiten als unbewusste, implizite Wertabstraktion bei Keynes

Der Aufbau des Keynesschen Systems auf den Einheiten des Geldes, der Arbeit und der Zeit[20] verweist darauf, dass das eben vorgestellte Konzept der Messung der physischen Produktion der Gesamtwirtschaft in Arbeitseinheiten nicht bloß eine in das Reich der Statistik eindringende Abschweifung innerhalb des Keynesschen Systems ist, sondern ein Konzept, welches genuin theoretische Implikationen besitzt. So hatte Keynes ja auch darauf verwiesen, dass seine These, dass die Arbeit alleiniger Erzeugungsfaktor sei, das wesentliche Fundament für dieses Konzept der Produktionsmessung abgibt (vgl. AT: 180).

In diesem Zusammenhang drängt sich die Frage auf, in welcher Beziehung das Keynessche Konzept der Arbeitseinheiten zum Marxschen Begriff der Arbeit nicht nur als Schöpferin von Gebrauchswerten, sondern auch als Substanz des Warenwerts steht. Wir hatten gesehen, dass Keynes eine (arbeits-)werttheoretische Fundierung von Werten und Preisen ablehnt, vielmehr Ausflucht zum Knappheitstheorem nimmt, um Preisbewegungen zu erklären. Diese Ausflucht von Keynes kann schärfer konturiert werden, indem untersucht wird, aus welchen Gründen er an der Fixierung der doppelten Bestimmtheit der Arbeit im Kapitalismus als sowohl konkret-nützlicher als auch abstrakt-menschlicher Arbeit, d.h. sowohl als Schöpferin von Gebrauchswerten als auch als Substanz von Wert scheitert.

Es ist zunächst der Ansatz, von dem aus Keynes überhaupt zur Fixierung der Arbeitseinheit als »Stunde gewöhnlicher Arbeit« kommt, der ihm die Erkenntnis der Formbestimmtheit abstrakt-menschlicher Arbeit verstellt: Nicht die Frage, welche gleiche Substanz in den sich im Austauschverhältnis gegenüberstehenden Waren enthalten ist, sie also als Gleiche bestimmt und damit in bestimmter quantitativer Proportion sich gegeneinander austauschen lässt, bildet den Ausgangspunkt seiner Betrachtung, sondern vielmehr das Problem, wie eine Messung der physischen Gesamtproduktion möglich sei. Der Blick ist damit von vornherein auf die Produktion und ihr Resultat, die Produktenmasse, gerichtet,[21] das Problem besteht

[20] Auf die »Zeit« kommen wir im nachstehenden Kapitel 3 der vorliegenden Abhandlung ausführlich zu sprechen.

[21] Tatsächlich erscheint, dies hat Marx überzeugend gezeigt, der kapitalistische Produktionsprozess als einfacher Arbeitsprozess und sein Resultat als produzierter Gebrauchswert. Dass in dem Produktionsprozess nicht nur Gebrauchswerte, sondern auch Werte geschaffen worden sind, ist nur demjenigen zugänglich, der die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für diesen Produktionsprozess mitreflektiert, sodass er die »*unsichtbaren Fäden, die es (das Kapital, S.K.) durch denselben durchzieht*« (Marx, Grundrisse: 211), nicht vergisst und die am Resultat des Arbeitsprozesses wieder aufgenommen werden müssen: die Kontrolle des Kapitalisten gegenüber der Verausgabung der Arbeit im Arbeitsprozess und der Tatbestand, dass das Resultat des Arbeitsprozesses, das Produkt, Eigentum des Kapitalisten

in der Operationalisierung ihrer Messung. Andererseits sind stoffliche Größen jedoch wegen ihrer stofflichen Verschiedenheiten nicht gesamtwirtschaftlich zu aggregieren und ohne weiteres im Zeitablauf zu messen; beides unterstellt vielmehr ihre Reduktion auf gleiche Qualitäten. Wenn Keynes diese gleiche Qualität in Form der Arbeitseinheit(en) sieht, so bleibt er jedoch intentional in der Dimension des Stoffs befangen. Einerseits gilt ihm die lebendige Arbeit immer nur als verschiedene konkret-nützliche Arbeit, andererseits zieht er jedoch das Gemeinsame dieser verschiedenen konkret-nützlichen Arbeiten heraus, nämlich den Umstand, dass alle menschliche Arbeit überhaupt sind.[22] Keynes vollzieht implizit diese Abstraktion auf »Arbeit sans phrase«, ohne indes das Resultat dieser Abstraktion als eigene positive ökonomische Formbestimmung bewusst festzuhalten. Auch die abstrakt-menschliche Arbeit bleibt für ihn Arbeit in stofflicher Hinsicht, ein Konstrukt, welches gedanklich im Kopf des Theoretikers gebildet wird, um ein statistisches Messproblem zu lösen. Es ist keine Realabstraktion, welche bewusst gedanklich nur das nachvollzieht, was in der Realität vieltausendmal von den Subjekten des Austauschs praktisch, allerdings ohne sich dessen bewusst zu sein, getätigt wird. Dass Keynes seine Bestimmung der »Arbeit sans phrase« nur als theoretisches Konstrukt, nicht jedoch als Realabstraktion zu begreifen imstande ist, ergibt sich aus seiner vorausgesetzten Problemstellung, der Messung physischer Gesamtproduktion, und nicht aus einem Arrangement, welches die Analyse des Austauschprozesses von Waren zum Gegenstand erhebt.

Diese Konfundierung von Arbeit überhaupt mit der stofflichen Bestimmtheit der Arbeit erlaubt auch eine genauere Auseinanderlegung des Verhältnisses zwischen

---

ist. Nur an dem Produkt des Arbeitsprozesses kann dann in erster Instanz auch die Dimension des Arbeits- als Wertbildungs- und weiter Verwertungsprozess aufgenommen werden, indem seine Wertgröße berechnet wird. Nur vor diesem Hintergrund erschließt sich dann auch, dass im Prozess Wertübertragung des vernutzten konstanten Kapitals und Neuwertbildung durch die Verausgabung lebendiger Arbeit als variables Kapital stattfindet (vgl. MEW 23: 200ff.). Alle gerade von Marxisten heruntergebeteten Räsonnements über die Problematik einer »substanzlogischen« Wertbestimmung bei der Betrachtung des bloßen Austauschverhältnisses zwischen Waren wären überflüssig, wenn man den Gehalt der Wertbildung innerhalb des Produktionsprozesses, die durch die primären Formunterschiede konstantes und variables Kapital nur abkürzend zusammengefasst ist, sich genau vergegenwärtigt hätte. Wir haben an anderer Stelle darüber hinaus gezeigt, dass ein Schlüssel zur Dechiffrierung des ominösen »Transformationsproblems von Werten in Produktionspreise« als bloßes Scheinproblem in der Betrachtung der genauen Bedingungen der Wertbildung im unmittelbaren Produktionsprozess liegt (vgl. Krüger 2010: 289ff.).

[22] Innerhalb der Diskussion um die Marxsche Werttheorie ist hiermit die Frage nach der Beziehung zwischen »Arbeit sans phrase« und abstrakt-menschlicher Arbeit aufgeworfen; beides bezeichnet ein und denselben Sachverhalt, nämlich die Kristallisation von unterschiedsloser menschlicher Arbeit als eigene positive ökonomische Formbestimmung der (warenproduzierenden) Arbeit, die zu ihrer spezifisch gesellschaftlichen Eigenschaft wird und dergestalt die Wertsubstanz bildet; dies schließt allerdings noch weitere quantitative Bestimmtheiten ein.

einfacher Durchschnittsarbeit und komplizierter Arbeit nicht mehr. Tatsächlich reflektiert sich in dieser Unterscheidung nämlich bereits ein Merkmal der konkret-nützlichen Arbeit in der abstrakten Arbeit, wenn nämlich die komplizierte Arbeit als Arbeit von überdurchschnittlicher Qualifikation vorkommt. Sie ist oder gilt nun mehr als das durch die einfache Arbeit definierte Maß der jeweiligen gesellschaftlich notwendigen Verausgabung von menschlichem Hirn, Nerv, Muskel etc. und ist nicht nur einfache Arbeit, die z.B. in höherer Intensität als dem jeweiligen Durchschnittsgrad verausgabt wird. Dessen ungeachtet ist die Operationalisierung zum Vergleich einer Stunde einfacher oder gewöhnlicher Arbeit mit einer Stunde besonderer Arbeit durch Reduktion der letzteren auf ein Multipel der einfachen Durchschnittsarbeit durch Rekurs auf die Lohndifferenziale korrekt. Auch Marx unterstellt, dass komplizierte Arbeit (»skilled labour«) besser bezahlt wird als einfache Arbeit (»unskilled labour«) und benutzt unter der Voraussetzung, dass die spezifische Lohnhöhe die Unterschiede in der Wirkungsweise der Arbeiten zum Ausdruck bringt, dass also zwischen Arbeitsentgelt und im Produktionsprozess abgerufenem Leistungsvermögen ein Entsprechungsverhältnis besteht, als Mittel für den Reduktionskoeffizienten zur Messung der Wertbildung durch kompliziere Arbeit als Mehrfaches derselben durch einfache Arbeit ihr Lohndifferenzial.[23] Bei Keynes sind jedoch die Lohndifferenziale nicht nur die Hilfsmittel, um die höhere Wertschöpfungspotenz der komplizierten Arbeit als Multipels derjenigen der einfachen Durchschnittsarbeit empirisch-statistisch zu ermitteln, sondern er bringt zugleich als neue Kategorie den Arbeitslohn als Wert bzw. Preis der Arbeit im Unterschied und Gegensatz zum Wert und Preis der Arbeitskraft in die Betrachtung hinein. Damit verschmelzen ihm wiederum ganz verschiedene Dimensionen miteinander, welche auf Grundlage der vorangegangenen unzureichenden Auseinanderlegung des Doppelcharakters der Arbeit nicht mehr zu entwirren sind.[24]

---

[23] Vgl. MEW 23, 211f.: »*Die Arbeit, die als höhere, kompliziertere Arbeit gegenüber der gesellschaftlichen Durchschnittsarbeit gilt, ist die Äußerung einer Arbeitskraft, worin höhere Bildungskosten eingehn, deren Produktion mehr Arbeitszeit kostet und die daher einen höheren Wert hat als die einfache Arbeitskraft. Ist der Wert dieser Kraft höher, so äußert sie sich daher auch in höherer Arbeit und vergegenständlicht sich daher, in denselben Zeiträumen, in verhältnismäßig höheren Werten.*«

[24] Eine Operationalisierung der Wertmessung ökonomischer Produktion auf Basis der Werttheorie und unter Ausschaltung von Einflüssen, die sich durch die Darstellung des Werts des gesamtwirtschaftlichen Warenprodukts als Tauschwert im Geld ergeben, habe ich für die Nachkriegsentwicklung der Bundesrepublik Deutschland in Krüger 2012: Kapitel 13 vorgenommen. Es werden dabei der Geldausdruck einer Stunde produktiver Arbeit – unter Berücksichtigung des Verhältnisses zwischen einfacher und komplizierter Arbeit in der Binnenwirtschaft sowie der Gewichtung der wertschöpfenden Potenz der produktiven Nationalarbeit an der universellen Arbeit auf dem Weltmarkt (Modifikation des Wertgesetzes in seiner internationalen Anwendung) – ermittelt und die einzelnen Einflussgrößen für den (zyklendurchschnittlichen) gesamtwirtschaftlichen Durchschnittspreis nachgewiesen. Sodann lässt sich darüber hinaus eine alternative Preisbereinigung des Wertprodukts des nationalen Gesamtkapitals vornehmen und ein Wachstumsbegriff definieren, der nicht nur die produk-

Über die Identifikation des Werts der Arbeitskraft mit dem Wert der Arbeit selbst, eine Mystifikation, die unmittelbar mit der Form des Arbeitslohns gegeben ist, ist auch der oben identifizierte immanente Widerspruch zwischen der ertragsgesetzlichen Produktionsfunktion und der Bestimmung der Arbeit als alleinigem Erzeugungsfaktor nicht mehr auf werttheoretische Implikationen zu hinterfragen. Denn soviel ergibt sich: Wenn davon ausgegangen wird, dass nur die lebendige Arbeit den stofflichen Reichtum erzeugt, durch die ertragsgesetzliche Produktionsfunktion hereinkommende Verschiedenheiten individueller Arbeits- und Leistungsbeiträge einzelner Arbeiter aber gleich entlohnt werden – Lohn = Grenzprodukt der Arbeit –, müssen die Überschüsse der Arbeitsinputs der einzelnen Arbeiter über denjenigen des Grenzarbeiters Überschüsse darstellen, die den Arbeitern vom Unternehmer nicht entgolten werden: »*Wenn die Beschäftigung zunimmt, muß … auf kurze Sicht das Entgelt je Arbeitseinheit, in Lohngütern ausgedrückt, im Allgemeinen fallen, und die Gewinne müssen zunehmen. Der Beweis wird folgendermaßen geführt: Es werden n Arbeiter beschäftigt, der nte Arbeiter fügt der Ernte einen Scheffel je Tag zu, und die Löhne haben eine Kaufkraft von einem Scheffel je Tag. Der (n+1)te Arbeiter würde jedoch nur 0,9 Scheffel je Tag zufügen, und die Beschäftigung kann daher nicht auf n+1 Arbeiter steigen, es sei denn, daß der Preis des Getreides im Verhältnis zu den Löhnen stiege, bis die täglichen Löhne eine Kaufkraft von 0,9 Scheffel je Tag haben. Die Lohnsumme würde sich dann auf 9/10 (n+1) Scheffel belaufen, verglichen mit n Scheffel vorher.* Die Beschäftigung eines weiteren Arbeiters muß somit unbedingt eine Übertragung von Einkommen von denen, die bereits vorher beschäftigt waren, auf die Unternehmer mit sich bringen.« (AT: 15, Fn., Herv. S.K.; vgl. ebd. 103) So gesehen lösen sich die Überschüsse, die den Gewinn des Eigentümers der Kapitalausrüstung konstituieren bzw. vergrößern, an sich in unbezahlt angeeignete Arbeit auf. Diese Konsequenz ist zwangsläufig, wenn einerseits die Arbeit als alleiniger Erzeugungsfaktor betrachtet wird, andererseits ein ertragsgesetzlicher Verlauf der Produktion angenommen wird. Der Lohn entspricht unter diesen Bedingungen dem Grenzprodukt der Arbeit, umgekehrt kann es aber wegen der Voraussetzung, dass allein die Arbeit Produktionsfaktor ist, kein entsprechendes Grenzprodukt des Kapitals geben. Das Mehrprodukt als Differenz zwischen dem Gesamtprodukt und dem an die Arbeiter verteilten Produkt (Lohnanteil) stellt nichts anderes als vergegenständlichte Arbeit des betreffenden Produktionsprozesses dar, die, da sie den Gewinn des Unternehmers ausmacht, sich in unbezahlt angeeignete Arbeit auflöst. Diese Konsequenz lauert in der Tat in dem Keynesschen Arrangement. Wie aber Keynes den zugrundeliegenden Widerspruch hinwegeskamotiert, indem er die Ungleichartigkeit gleich entlohnter Arbeitseinheiten der gegebenen Kapitalausrüstung zuschreibt, so wird gleichzeitig auch die

---

tivitätsbedingte Vermehrung der Gebrauchswerte, sondern die Entwicklung der Wertgröße, die diese darstellen, in den Fokus nimmt. Dabei handelt es sich gewissermaßen um die Umsetzung des Keynesschen Konzeptes – allerdings für die lange, überzyklische Frist – auf einer entwickelteren werttheoretischen Grundlage.

an sich enthaltene Konsequenz der Auflösung des den Gewinn bildenden Mehrprodukts in unbezahlt angeeignete Arbeit hinweggefegt.

Man sieht somit: Auf der Grundlage des unbegriffenen Doppelcharakters der warenproduzierenden Arbeit in der kapitalistischen Produktionsweise ist Keynes die Fixierung der Zentralkategorie der Politischen Ökonomie, des Werts, verstellt, obwohl er dahin kommt, neben der konkret-nützlichen Bestimmtheit der lebendigen Arbeit auch ihre zweite Seite als unterschiedslose, abstrakt-menschliche Arbeit auszusprechen. Zweitens laboriert er, wiederum unbewusst, an der Mystifikation des Arbeitslohns herum, wonach der Wert der Arbeitskraft als Wert der Arbeit selbst erscheint. Hier verstellt er sich seinen Zugang zur Analyse des Mehrwerts, indem er einerseits auf unbegriffenen Fundamenten operiert, andererseits zu Kunstgriffen Zuflucht nimmt, um offensichtliche Widersprüchlichkeiten seines Arrangements auszuräumen. Alles dies unterstreicht den Tatbestand, dass die explizite Behandlung lebendiger Arbeit als eine der Grundkategorien der Politischen Ökonomie scheinbar fest gefügte und widerspruchsfreie »Bauwerke« bürgerlich-traditioneller ökonomischer Theorie in Frage stellt bzw. tiefe Risse in dieselben treibt. Wiederum ist es die hierdurch hereinkommende Widersprüchlichkeit, die die Keynessche Argumentation aus der überkommenen Fachökonomie heraushebt, wenngleich einschränkend hinzugefügt werden muss, dass die kritische Dimension von Keynes hinsichtlich seiner Bestimmung der Arbeit weit weniger ausgeprägt und entwickelt ist als hinsichtlich seiner Fassung des Geldes.

Stellen wir einen naheliegenden Vergleich mit Ricardo an, so ergibt sich, dass hinsichtlich der Fixierung der Arbeit als Wertsubstanz Keynes weit hinter ihn zurückfällt. Wenn Keynes gleichwohl nicht als »Vulgärökonom« in der Marxschen Abgrenzung dieser Charakterisierung zu bezeichnen ist,[25] so deshalb, weil er im Gegensatz zu Ricardo, der konsequent an der Wertbestimmung durch gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit festhält,[26] in der Lage ist, gesamtwirtschaftliche Zusam-

---

[25] Marx hatte zur Einschätzung der Politischen Ökonomie seiner Zeit folgende Einteilung getroffen: »*Um es ein für allemal zu bemerken, verstehe ich unter klassischer politischer Ökonomie alle Ökonomen seit W. Petty, die den innern Zusammenhang der bürgerlichen Produktionsverhältnisse erforscht im Gegensatz zur Vulgärökonomie, die sich nur innerhalb des scheinbaren Zusammenhangs herumtreibt, für eine plausible Verständlichmachung der sozusagen gröbsten Phänomene und den bürgerlichen Hausbedarf das von der wissenschaftlichen Ökonomie längst gelieferte Material stets von neuem wiederkaut, im übrigen aber sich darauf beschränkt, die banalen und selbstgefälligen Vorstellungen der bürgerlichen Produktionsagenten von ihrer eignen besten Welt zu systematisieren, pedantisieren und als ewige Wahrheiten zu proklamieren.*« (MEW 23: 95, Fn.) Wir weisen an dieser Stelle nochmals kurz darauf hin, dass die Marxsche Begriffsbestimmung der »klassischen politischen Ökonomie« von derjenigen von Keynes, obwohl er sich auf Marx beruft (vgl. AT: 3), abweicht.

[26] Ausnahmen bilden Ricardos naiv-quantitätstheoretische Geldtheorie, die den Wert des Geldmaterials Gold von seiner Menge (d.h. Knappheit) abhängig macht, und eine »wertneutrale« Fassung seiner Theorie des auswärtigen Handels, die jenem nur gebrauchswertmäßige Modifikationen zur Ableitung seines Theorems der komparativen Kostenvorteile zu-

menhänge in ihrer konkreten und an der Oberfläche erscheinenden Form weit präziser zu fixieren. In diesen Dimensionen begreift Keynes genuin werttheoretische Tatbestände; dies zeigt sich in der Betrachtung der dritten Dimension des Keynesschen Systems, der Dimension der Zeit.

billigt (vgl. Ricardo 1821: 114ff.). Zur Kritik an Ricardos Außenhandelstheorie vgl. Krüger 2010: 733ff.; zur Kritik an den verschiedenen Spielarten der Quantitätstheorie des Geldes vgl. Krüger 2012.

Kapitel 3: Der »nicht-gleichgewichtige« gesamtwirtschaftliche Zusammenhang

a) Theorie des »sich verschiebenden Gleichgewichts«

Die Erwartungen und ihre materielle Grundlage

Keynes hatte seine Auffassung hinsichtlich der Struktur der entwickelten Geldwirtschaft als »Theorie des sich verschiebenden Gleichgewichts« bezeichnet, worunter die Theorie eines Systems zu verstehen ist, »*in welchem sich ändernde Anschauungen über die Zukunft die gegenwärtige Lage beeinflussen können*« (AT: 248). In Kapitel 1 der vorliegenden Abhandlung wurde diese Keynessche Aussage in Bezug auf die eigentümliche Qualität des gesamtwirtschaftlichen Systemzusammenhangs der kapitalistischen Produktionsweise betrachtet; nunmehr ist zu untersuchen, in welcher Weise Keynes die Bewegung dieses kapitalistischen Gesamtprozesses in seinen entwickelten, an der Oberfläche sichtbaren Formen fasst; der Begriff der Erwartungen steht hier im Mittelpunkt der Betrachtung.

Keynes unterscheidet zwischen zwei verschiedenen Arten von Erwartungen, die jeweils unterschiedliche Zeithorizonte einschließen: »*Diese Erwartungen, auf die sich die Geschäftsentscheidungen stützen, fallen in zwei Gruppen; bestimmte Individuen oder Firmen spezialisieren sich in der Herausarbeitung der ersten Gruppe von Erwartungen und andere in der Herausarbeitung der zweiten Gruppe. Die erste Art befaßt sich mit dem Preis, den ein Fabrikant für seine ›fertige‹ Produktion zu dem Zeitpunkt erwarten kann, zu dem er das sie erzeugende Verfahren in Gang setzt, wobei (vom Standpunkt des Fabrikanten aus) die Produktion in dem Zustand als ›fertig‹ angesehen wird, in dem sie gebraucht oder an jemand anderen verkauft werden kann. Die zweite Art von Erwartung befaßt sich mit dem, was der Unternehmer in der Form zukünftiger Erträge zu verdienen hoffen kann, wenn er ›fertige‹ Produktion zu seiner Kapitalausrüstung hinzukauft (oder vielleicht herstellt). Wir wollen das erste die* kurzfristigen Erwartungen *und das zweite die* langfristigen Erwartungen *nennen.*« (AT: 41) Was Keynes hier unter diesen beiden Rubriken von Erwartungen fasst, ist einmal die Erwartung des Unternehmers als Produzent bezüglich des Absatzpreises bei gegebenen Kapazitäten mit dem zeitlichen Horizont der Produktionsperiode und zum anderen sein Kalkül als Investor in Bezug auf die Vornahme von kapazitätserweiternden oder Rationalisierungs-Investitionen, die sich auf die Dauer der Umschlagsperiode des fixen Kapitals beziehen. Letztere implizieren eine Veränderung der technologischen Grundlage der Produktion, reflektieren somit nicht die Kalkulation von Absatzpreisen mit der Variable unterschiedlicher Kapazitätsauslastungen, sondern die Grenzleistungsfähigkeit der betreffenden Investitionsgüter, d.h. die erwartete marginale Profitrate auf neu anzulegendes Zusatzkapital. Mit dieser doppelten Bestimmtheit der Erwartungen wird die vorher bloß allgemein aus der Unsicherheit begründete Liquiditätsvorliebe tendenziell al-

ler Wirtschaftsakteure für die Unternehmer als Produzenten und Investoren konkretisiert; namentlich bei der Vornahme von (Real-)Investitionen bleibt die Abwägung der Unsicherheit und das Bedürfnis nach Liquidität handlungsentscheidend.

Alle Formen der Erwartungen beziehen sich prinzipiell auf zukünftige Lagen oder Entwicklungen, begreifen daher die Unsicherheit der Zukunft ein. Andererseits fußen sowohl die kurzfristigen als auch die langfristigen Erwartungen auf den Gegebenheiten der Gegenwart. Sie beziehen sich auf die gegenwärtig vorhandene Kapitalausrüstung, entweder direkt bei den kurzfristigen Erwartungen, insofern diese sich auf die erwartete Nachfrage nach bereits in Produktion befindlichen Produkten beziehen, oder indirekt in Form der langfristigen Erwartungen, insofern darüber zu entscheiden ist, ob oder ob nicht die bestehende Kapitalausrüstung zu erweitern oder umzustrukturieren ist. Allgemein gesprochen stellt die gegebene Gestalt des fixen Kapitals, d.h. die eigentliche Maschinerie, welche sowohl einen gegebenen Entwicklungsstand der Produktivkraft der Arbeit als auch eine gegebene Struktur der gesamtgesellschaftlichen Teilung der Arbeit für längere Zeitfristen grundlegend determiniert, die materielle Basis für alle Erwartungen der Unternehmer dar. Neben dem Geld als Form des gesellschaftlichen Reichtums, welches universell in seine verschiedenen Naturalformen umsetzbar ist, bildet somit die gegebene Kapitalausrüstung ein weiteres »Verbindungsglied zwischen der Gegenwart und der Zukunft« (vgl. AT: 60).

Mit der Existenz dauerhafter Kapitalausrüstung erhält der gesamtwirtschaftliche Prozess eine materielle Grundlage, die für die kurze Frist eine gegebene Größe darstellt, ein materielles Korsett, welches nicht beliebig flexibel oder veränderbar ist. Auf dieser materiellen Grundlage, dem Umfang und der Struktur des Fixkapitalbestandes, bilden die Unternehmer ihre Erwartungen bezüglich zukünftiger Produktion aus. Umgekehrt kann jedoch auch die heutige Kapitalausrüstung als Resultat vergangener Erwartungen der Unternehmer angesehen werden. Die Bewegung des gesamtwirtschaftlichen Prozesses erhält so die Gestalt eines Ineinandergreifens verschiedener Erwartungen. »*Es sind die verschiedenen Erwartungen, auf die sich die von den Firmen angebotene Beschäftigungsmenge stützt. Die* wirklich erzielten *Ergebnisse der Erzeugung und des Verkaufs der Produktion sind nur insofern für die Beschäftigung maßgebend, als sie eine Änderung in den späteren Erwartungen verursachen. Genauso wenig sind andererseits die ursprünglichen Erwartungen maßgebend, die die Firma veranlaßten, die Kapitalausrüstung und den Bestand an Zwischenerzeugnissen und halbfertigem Material zu kaufen, mit denen sie zu dem Zeitpunkt ausgestattet ist, zu dem sie die Produktion des nächsten Tages festzulegen hat. Jede Einzelentscheidung wird somit zwar unter Berücksichtigung dieser Ausrüstung und dieser Vorräte getroffen, aber im Lichte der* laufenden *Erwartungen* voraussichtlicher *Kosten und Verkaufserlöse.«* (Ebd. 42) Die laufenden Erwartungen der Unternehmer bilden so das Mittelglied, das die Gegenwart, d.h. die vorhandene Produktionskapazität oder Kapitalausrüstung mit der Zukunft verknüpft. Innerhalb der durch die Inflexibilität der gegebenen Kapitalausrüstung gezogenen Grenzen – Inflexibilität sowohl im Hinblick auf den in der einzelnen Ma-

schinerie verkörperten Stand der Produktivkraft der Arbeit als auch im Hinblick auf die Verteilung des gesamtwirtschaftlichen Ausrüstungsvermögens auf die einzelnen Produktionszweige und Firmen – erhalten vermittels der in die Zukunft reichenden Erwartungen der Unternehmer die gesamtwirtschaftliche Produktion und der gesamtwirtschaftliche Umfang der von ihnen gegebenen Beschäftigungsmenge ihre Elastizität. Diese Elastizität von Produktion und Beschäftigung spiegelt die Wirklichkeit entwickelter kapitalistischer Volkswirtschaften korrekt wider und stellt darüber hinaus auf der theoretischen Ebene einen Bruch mit der traditionellen nationalökonomischen Fassung der ex-ante-Regulation des gesamtwirtschaftlichen Prozesses in Gestalt der Fixierung von Gleichgewichtsstrukturen dar. »*Aus dem Obigen ergibt sich, daß das Niveau der Beschäftigung sich an einem beliebigen Zeitpunkt eigentlich nicht nur auf den gegenwärtigen Zustand der Erwartung stützt, sondern auch auf Erwartungen, die während eines bestimmten vergangenen Zeitabschnitts bestanden haben.* Vergangene Erwartungen, die sich noch nicht ausgewirkt haben, sind aber in der heutigen Kapitalausrüstung verkörpert, vor deren Hintergrund der Unternehmer seine heutigen Entschlüsse zu treffen hat, *und beeinflussen seine Entscheidungen nur, sofern sie in dieser Weise verkörpert sind. Es ergibt sich hieraus, daß die heutige Beschäftigung, trotz des oben Gesagten, richtig beschrieben werden kann, wenn wir sie als* durch die heutigen Erwartungen im Zusammenhang mit der heutigen Kapitalausrüstung *bestimmt darstellen.«* (Ebd. 44, Herv. S.K.)

Keynes präsentiert uns also folgende Auffassung von der Bewegung des volkswirtschaftlichen Gesamtprozesses: Langfristige Erwartungen der Unternehmer als Investoren verkörpern sich in Gestalt ihrer jeweils vorhandenen Kapitalausrüstung, d.h., mit der Existenz des fixen Kapitals, die ihrerseits doppelt durch den in der Maschinerie verkörperten Entwicklungsstand der Technik sowie eine gegebene Struktur der gesellschaftlichen Teilung der Arbeit bestimmt ist, erhält der gesamtwirtschaftliche Prozess seine materielle Grundlage. Diese durch das fixe Kapital bestimmte materielle Grundlage ist für die Dauer der Umschlagszeiten der fixen Kapitalbestandteile mehr oder weniger inflexibel und immobil. Ein Moment an Flexibilität kommt auf dieser Basis dadurch herein, dass über die Neuanlage von Zusatzkapital die technologische und stoffliche Struktur der Gesamtproduktion modifiziert werden kann; diese Modifikation spielt jedoch auf der gegebenen Grundlage, die durch das fixe Originalkapital determiniert wird. Sie bildet ihrerseits die Basis, auf der die Unternehmer im Lichte ihrer Abschätzung zukünftiger Gewinnchancen ihre Erwartungen verändern und somit, vermittels ihrer Investitionen, die materielle Grundlage der zukünftigen Absatzentwicklung anzupassen versuchen. Dieser investitionsvermittelte »Anpassungsprozess« modifiziert oder rektifiziert jene materielle Grundlage im Maße des Verhältnisses, in dem die getätigten Nettoinvestitionen zum Bestand an fixem Originalkapital stehen. Schließlich spielen auf dieser durch das fixe Gesamtkapital, Original- wie investiertes Zusatzkapital, bestimmten materiellen Basis die kurzfristigen Erwartungen der Unternehmer als Produzenten, die sich mit den Graden der Auslastung des vorhandenen Produktionspotenzials

beschäftigen und so die aktuellen, an der Oberfläche sichtbaren Beschäftigungsschwankungen bestimmen. Dabei ist wichtig, dass diese kurzfristigen Erwartungen der Unternehmer eingebunden sind in die in der Kapitalausrüstung verkörperten vorangegangenen langfristigen Erwartungen: Die Elastizität der gesamtwirtschaftlichen Produktion bleibt somit in bestimmte Grenzen eingebannt.

Entscheidend bei der Explikation dieser materiellen Basis des gesamtwirtschaftlichen Prozesses ist nun, dass im Gegensatz zu gleichgewichtigen Vorstellungen[1] die jeweils aktuellen Bewegungen, bei Keynes charakterisiert durch die sich verändernden Erwartungen,[2] substanziell auf die materielle Basis des Gesamtprozesses

---

[1] Gleichgewicht wird gemeinhin als Zustand eines Systems charakterisiert, in welchem kein Wirtschaftssubjekt Veranlassung erhält, seine Pläne und Handlungen zu ändern. Für die bewusst und rational handelnden homini oeconomici markiert dieser Zustand zugleich optimale Verhältnisse im Maße ihrer Einbindung in die gesamtwirtschaftliche Umgebung. Jeder Gleichgewichtszustand ist somit per se statisch. Die verschiedenen ökonomischen Theorien unterscheiden sich lediglich dadurch, welche Relevanz sie dem Gleichgewichtsbegriff zubilligen. In der Gleichgewichtstheorie im strikten Sinne wird damit ein stabiler Zustand umschrieben: Für die Allgemeine Gleichgewichtstheorie walrasianischer Provenienz gibt es nur den Gleichgewichtszustand mit Vollbeschäftigung aller zur Verfügung stehenden Ressourcen (Pareto-Optimalität hinsichtlich Ressourcenallokation und individueller Wohlfahrt), der zugleich mit regulierender Kraft ausgestattet ist. Die »Neue Makroökonomik« kennt hingegen auch »Ungleichgewichts-Gleichgewichte«, die zwar stabil, aber nicht mehr pareto-optimal (sondern damit lediglich suboptimal) sind. Das allgemeine Vollbeschäftigungsgleichgewicht besitzt keine regulierende Kraft mehr, gibt aber immer noch den Maßstab ab, an dem die analysierten (Ungleichgewichts-)Zustände gemessen werden. Aber auch die so genannten Ungleichgewichtstheorien keynesianisch-fundamentalistischer Prägung sind letztlich Gleichgewichtstheorien, weil sie zwar die wirkliche Bewegung als in jedem Moment mit dem Gleichgewichtszustand inkongruent betrachten, letzteren jedoch implizit als Referenzmaßstab zur Charakterisierung der ersteren nehmen. Die Realität wird als dynamisches Ungleichgewicht betrachtet; da das Gleichgewicht jedoch keine regulierende Kraft mehr besitzt, sondern als fiktiver Zustand nur noch einen theoretischen Maßstab abgibt, gerinnt es zu einer leeren Abstraktion. Vgl. hierzu auch Krüger 2010: 242ff.

[2] Vgl. Keynes' Darstellung von Veränderungsprozessen in den Erwartungen: »*Betrachten wir vorerst den Übergangsprozeß zu einem langfristigen Zustand als Folge einer Änderung in der Erwartung,* die durch keine weitere Änderung in der Erwartung verwirrt oder unterbrochen wird. *Wir wollen zuerst annehmen, daß die Änderung derart ist, daß die neue langfristige Beschäftigung größer als die alte sein wird. Nun wird es in der Regel nur der Input sein, der am Anfang stark betroffen wird, das heißt, die Arbeitsmenge auf den ersten Stufen neuer Erzeugungsverfahren, während die Produktion von Verbrauchsgütern und die Menge der Beschäftigung auf den späteren Stufen der vor der Änderung begonnenen Verfahren fast unverändert bleibt. Sofern Bestände teilweise fertiger Waren vorhanden waren, kann dieser Schluß eingeschränkt werden, obschon die anfängliche Zunahme in der Beschäftigung wahrscheinlich bescheiden bleiben wird. Von Tag zu Tag wird aber die Beschäftigung allmählich zunehmen. Man kann sich übrigens leicht Verhältnisse vorstellen, die verursachen, daß die Beschäftigung in einem gewissen Stadium auf ein* höheres *Niveau als das der neuen langfristigen Beschäftigung steigen wird. Denn der Vorgang der Kapitalbildung zur Befriedigung des neuen Zustandes der Erwartung kann zu einer Beschäftigung und auch zu*

zurückwirken und diese auch quantitativ bestimmte Struktur des fixen Originalkapitals der Gesellschaft innerhalb gewisser Grenzen verschieben. Ihrerseits stellt diese so modifizierte materielle Grundlage wiederum die Basis für erneute zukünftige Erwartungen dar. Hiermit ist die Regulation des volkswirtschaftlichen Gesamtprozesses beschrieben als eine Bewegung, die ein innerhalb bestimmter Grenzen sich verschiebendes Oszillationszentrum besitzt; diese Verschiebung des Zentrums der Oszillationsbewegung wird von der Bewegung selbst hervorgebracht.

Von der Struktur der Regulation her fällt die Keynessche Fassung zusammen mit einer auf Basis des Werts erfolgenden Beherrschung des gesamtwirtschaftlichen Zusammenhangs, die sich in Gestalt industrieller Zyklen durchsetzt. In der Tat hatte Keynes ja auch darauf verwiesen, dass die von ihm als Änderung in den Erwartungen charakterisierte Bewegungsstruktur eine zyklische Schwankung erzeugen kann (vgl. AT: 44). Dass sich diese Bewegung notwendigerweise in Gestalt zyklischer Schwankungen durchsetzt, wird jedoch nicht gesagt. Hierfür wäre die Voraussetzung gewesen, zu zeigen, in welcher Form sich über den zyklischen Prozess der Kapitalakkumulation eine Normierung der durchschnittlichen Umschlagsperiode bestimmter Bestandteile des fixen Originalkapitals herstellt, sodass die Variation der durch eben jenes fixe Originalkapital bestimmten Basis, über das Maß ihrer Flexibilisierung durch die Investitionen von Zusatzkapital hinaus, an eine relative Häufung der Umwälzung des fixen Originalkapitals in bestimmten Zeitabschnitten gebunden ist.[3]

---

einem laufenden Verbrauch führen, die größer sind als nach Erreichung des langfristigen Zustandes. Die Änderung in der Erwartung kann somit zu einem allmählichen Steigen des Beschäftigungsniveaus bis zu einem Höhepunkt führen, um sich hernach auf das neue langfristige Niveau zu senken. Das gleiche kann sogar dann vorkommen, wenn das neue langfristige Niveau das gleiche *wie das alte ist, wenn die Änderung eine Änderung in der Verbrauchsrichtung bedeutet, die gewisse bestehende Verfahren und ihre Ausrüstung obsolet werden läßt. Oder, wenn die neue langfristige Beschäftigung geringer als die alte ist, kann das Niveau der Beschäftigung während des Übergangs zeitweilig* unter *das Niveau fallen, das die neue langfristige Beschäftigung einnehmen wird. Eine bloße Änderung in der Erwartung kann somit eine Schwankung von gleicher Form erzeugen, wie sie einer zyklischen Bewegung während ihres Ablaufs eigen ist.«* (AT: 43f.) Dies bedeutet nicht, dass Keynes in Gestalt seiner »langfristigen Beschäftigung« quasi eine gesamtwirtschaftlich gleichgewichtige Beschäftigung kennzeichnet und eine Dynamisierung zweier zunächst als komparativ-statistisch dargestellter Niveaus versucht. Die bisher betrachtete Voraussetzung, unter der Keynes seine »Übergangsvorgänge« untersucht, entspricht nämlich nicht dem wirklichen Prozess: In der Wirklichkeit wird nämlich eine Änderung in der Erwartung *nicht* durch eine weitere Änderung in der Erwartung nicht verwirrt oder unterbrochen; in der Wirklichkeit vollzieht sich eine beständige Änderung in der Erwartung, sodass eine komparativ-statische Sichtweise des »langfristigen Beschäftigungsniveaus« nicht haltbar ist. Dennoch macht das gegebene Zitat deutlich, dass Keynes seine Schwierigkeiten in der Absetzung von der Gleichgewichtsökonomie hat.

[3] Dies führt zu der berühmten Marxschen Aussage: »*Durch diesen eine Reihe von Jahren umfassenden Zyklus von zusammenhängenden Umschlägen (Durchschnittsumschlägen des vorgeschossenen Gesamtkapitals, S.K.), in welchen das Kapital durch seinen fixen Be-*

An dieser Stelle konstatieren wir, dass Keynes die zyklische Struktur von Veränderungen des »langfristigen Niveaus der Beschäftigung«, gebunden an die Umschlagsperiode des gesamtwirtschaftlichen fixen Originalkapitals, nicht als notwendiges Element in seine Betrachtung des Bewegungsprozesses einbezieht. Diesem Umstand korrespondiert seine Bestimmung des Konjunkturzyklus als »*Erfahrungstatsache*« und nicht aus »*logischer Notwendigkeit*« (AT: 210).[4]

Keynes' implizite Kritik der Gleichgewichts- (und Ungleichgewichts-)Ökonomie als Denkform

Gemeinhin wird Keynes' »General Theory« als Entwurf einer Theorie des Gleichgewichts auf den Güter- und Finanzmärkten bei gleichzeitiger Unterbeschäftigung – Ungleichgewicht auf dem Arbeitsmarkt – charakterisiert. Sein Unterschied gegenüber der Neoklassik reduziert sich in dieser Sichtweise darauf, dass wegen einer der Marktwirtschaft inhärenten Instabilität der Gleichgewichtslagen diese nicht automatisch zur Vollbeschäftigung tendiert, umgekehrt ein »stabiles Gleichgewicht« bei Unterbeschäftigung möglich sei. Ihre scheinbare Rechtfertigung erlangt diese Sichtweise aus dem programmatischen 1. Kapitel der »General Theory«, in dem Keynes ausführt, dass seine allgeneine Theorie die bisher von der Neoklassik formulierten Zustände als Sonderfall in sich einbegreift: »*Ich werde darlegen, daß die Postulate der klassischen Theorie nur in einem Sonderfall, aber nicht im Allgemeinen gültig sind, weil der Zustand, den sie voraussetzt, nur ein Grenzpunkt der möglichen Gleichgewichtslagen ist.*« (AT: 3) Eine Interpretation, die die Keynessche Theorie bloß als Erweiterung ihres neoklassischen Vorläufers begreift, scheint somit in der Tat naheliegend.

Auch die Keynes-Interpretation, die Keynes zu einem Ungleichgewichtstheoretiker stempelt,[5] kommt dem hier interessierenden Sachverhalt nur unwesentlich näher; denn die Erklärung von Ungleichgewichtslagen setzt, wenigstens als theoretischen Maßstab, Gleichgewichtslagen voraus, gleichgültig, ob diese in der Wirklichkeit je anzutreffen sind oder nicht.[6] In gleicher Weise ist die Diskussion über

---

standteil gebannt ist, ergibt sich eine materielle Grundlage der periodischen Krisen, worin das Geschäft aufeinanderfolgende Perioden der Abspannung, mittleren Lebendigkeit, Überstürzung, Krise durchmacht. Es sind zwar die Perioden, worin Kapital angelegt wird, sehr verschiedene und auseinanderfallende. Indessen bildet die Krise immer den Ausgangspunkt einer großen Neuanlage. Also auch – die ganze Gesellschaft betrachtet – mehr oder minder eine neue materielle Grundlage für den nächsten Umschlagszyklus.« (MEW 24: 185f.)

[4] Wir werden hierauf ausführlicher in Kapitel 10 der vorliegenden Abhandlung zurückkommen.

[5] Vgl. als die »klassischen« Vertreter Clower (1963) sowie Minsky (1990) und Davidson (1972).

[6] Diese Funktion des Gleichgewichts als Referenzgröße kommt bei der Berücksichtigung von »false trading-Marktprozessen« im Rahmen eines gleichgewichtsbasierten Modells sehr gut zum Ausdruck: »*If false transaction and disappointments are, in the actual world, continuously occurring and thereby inducing continuous changes in the parameters of any Walrasian system which purports to be representative of the long-run trend of the real world,*

die Art der Gleichgewichtslagen – stabil versus instabil – sowie über die Methodik – statisch, komparativ-statisch, dynamisch – eine Diskussion, welche Gleichgewichtslagen implizit oder explizit unterstellt.[7] Im monetärkeynesianischen Ansatz wird zwischen Gleichgewichtsbestimmung und -bildung unterschieden; während die Gleichgewichtsbildung den Marktprozess analysiert, beinhaltet die Gleichgewichtsbestimmung die »notwendig ›magere‹ Formulierung (der) Vision des Wirtschaftens« (Herr 1986: 117), je nach den Grundprämissen des theoretischen Paradigmas. Mit der »*Betonung der begrenzten Funktion des Gleichgewichts ist (aber, S.K.) durchaus die Achtung vor dem methodischen Instrument des Gleichgewichts verbunden. Die Kernpunkte ökonomischen Denkens werden bei der Gleichgewichtsbestimmung deutlich. Damit ermöglicht das Gleichgewicht die Offenlegung nicht weiter hinterfragbarer Prämissen eines ökonomischen Paradigmas.*« (Ebd. 118)[8] Als heuristisches Instrument ist damit die Vorstellung eines Gleichgewichts auch bei den Monetärkeynesianern unverzichtbar.

Die hier präsentierte Interpretation geht demgegenüber einen anderen Weg. Wie wir gezeigt haben, besitzt das Keynessche Konzept der Erwartungen Dimensionen in sich, die jenseits der Existenz von Gleichgewichts-, daher auch Ungleichgewichtslagen liegen; umgekehrt: Dieses Konzept birgt Dimensionen in sich, die die gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge in werttheoretischer Weise erfassen, also

---

then the resulting Walrasian system, if there is one, would fluctuate around the path of the actual world and not vice versa.« (Davidson 1972: 98)

[7] Das »klassische« auf Hicks (1937) zurückgehende IS-LM-Modell der Keynes-Interpretation geht z.B. darin in die Irre, dass es Verschiebungen der Kurven in den Mittelpunkt stellt, während Bewegungen auf den Kurven den Keynesschen Intentionen näher kommen würden; daher die Bezeichnung »hydraulischer Keynesianismus« (Coddington 1976).

[8] Daraus wird dann auch ein Pluralismus verschiedener ökonomischer Erklärungsansätze abgeleitet, die alle ihre Berechtigung besitzen, je nachdem, für welche Grundaxiome des ökonomischen Systems man sich entscheidet: »*Aus diesem Ansatz ergibt sich, daß der Widerstreit ökonomischer Schulen niemals so geführt werden kann, daß ein Paradigma das andere logisch widerlegt – dies ist unmöglich. Auch die Empirie kann kein simples Selektionskriterium bilden. Jede Schule fühlt sich bestätigt, jede erklärt die Fakten, die selbst nochmals unterschiedlich gesehen werden – man denke an das Verständnis von Arbeitslosigkeit –, mit Hilfe ihres Instrumentariums. Der Wert eines Paradigmas kann sich somit letztlich nur aus seiner Plausibilität und aus der Einfachheit seiner Erklärung, Durchsetzungskraft für die gesellschaftliche Praxis (Erklärungsfähigkeit auftauchender Probleme, Fruchtbarkeit wirtschaftspolitischer Vorschläge etc.) ergeben. Dabei muß akzeptiert werden, daß in den Sozialwissenschaften verschiedene Paradigmen nebeneinander existieren und nicht, wie meist in den Naturwissenschaften, in historischer Abfolge auftreten...*« (ebd.). Diese Position mag innerhalb des Wissenschaftsbetriebes honorig und professorabel sein, genügt aber nicht dem strengeren Imperativ einer marxistisch fundierten Bewusstseins- und Erkenntnistheorie, die die verschiedenen Ausdrucksformen gerade ökonomischer Paradigmen als je spezifisch strukturierte – und daher in unterschiedlichem Grade ideologische – ideelle Reproduktionen der oberflächlich erscheinenden Formen gesellschaftlicher Arbeit (ökonomische Formbestimmungen), inkl. der Brüche, die Einblicke in die innere Struktur des kapitalistischen Gesamtprozesses ermöglichen, begreift.

alternativ – und zwar in der einzig möglichen Weise – zur traditionellen Denkform des Gleichgewichts stehen. Zweifellos kann nicht behauptet werden, dass Keynes mit seinem Konzept der Erwartungen und ihrer Rolle für Produktion und Beschäftigung ein Werttheoretiker, und zwar in der Marxschen Fassung dieses Begriffs, sei – genausowenig, wie oben behauptet werden konnte, dass Keynes, indem er eine Abstraktion auf abstrakt-menschliche Arbeit vollzieht, zur Erfassung des Wertbegriffs vorgestoßen wäre. Es geht vielmehr darum, eine Einordnung der Keynesschen Theorie auch in Bezug auf den vorliegend interessierenden Argumentationszusammenhang vorzunehmen, die seine Aussagen vor dem Hintergrund der Marxschen Theorie beurteilt; deshalb sprechen wir auch von Keynes' bloß impliziter Kritik der Gleichgewichts- bzw. Ungleichgewichtsökonomie.

Wie im vorangegangenen Unterpunkt gesehen, lässt sich das Keynessche Konzept der »Erwartungen als Bestimmungsgrund von Produktion und Beschäftigung« auf folgende abstrakt-logische Figur reduzieren: Grundlage von Produktion und Beschäftigung ist eine bestehende Kapitalausrüstung (fixes Originalkapital), die ihrerseits das Resultat vergangener Erwartungen der Unternehmer, andererseits die Basis für ihre zukünftigen Erwartungen ist. Gleichzeitig wird durch die in der gegebenen Kapitalausrüstung verkörperten langfristigen Erwartungen ein so genanntes langfristiges Niveau der Beschäftigung bestimmt. Entscheidend ist nun weiter, dass die auf dieser Basis erwachsenden kurzfristigen und langfristigen, in die Zukunft gerichteten Erwartungen der Unternehmer diese ihre materielle Grundlage beständig abwandeln. Es findet somit eine permanente Rückwirkung der sich verändernden Erwartungen auf ihre materielle Grundlage statt, d.h. wir erhalten eine Struktur der Wechselwirkung zwischen vergangenen, in der Kapitalausrüstung verkörperten Erwartungen einerseits und den auf dieser Basis entspringenden, jedoch in die Zukunft gerichteten Erwartungen andererseits. Der gegenwärtige Umfang von Produktion und Beschäftigung ergibt sich als Resultante dieser verschiedenen, aufeinander wirkenden, sich kreuzenden Kräfte. Jedoch ist mit dieser Figur einer einfachen Wechselwirkung verschiedener Kräfte noch keine Aussage über die Regulation des gesamtwirtschaftlichen Zusammenhangs möglich. In weiterer Instanz präsentiert sich diese Wechselwirkung zwischen vergangenen und zukünftigen Erwartungen als Wechselwirkung *ungleicher Kräfte*. Die vergangenen Erwartungen haben sich bereits in der Struktur der vorhandenen Kapitalausrüstung materialisiert. Sie sind somit sowohl für die gegenwärtige wie für die zukünftige Produktion ein gegebenes Datum, denn mit der Kapitalausrüstung wird die Ausrichtung und der Umfang auch der zukünftigen Produktion für die Dauer der ökonomischen Nutzungsperiode der Maschinerie determiniert. Es werden somit Grenzen für die modifizierenden Einflüsse der in die Zukunft gerichteten Erwartungen abgesteckt. Dies gilt in doppelter Weise: Einmal fungiert die gegebene Kapitalausrüstung als materielle Grundlage für die zukünftige Erwartungsbildung, zum anderen kann die zukünftige Erwartungsbildung im Maße, wie sie sich ihrerseits in neuer Kapitalausrüstung verkörpert, diese durch das fixe Originalkapital bestimmte Basis nur innerhalb bestimmter

Grenzen flexibilisieren und neuen Entwicklungen anpassen. Dies bedeutet, dass eben die vergangenen, in der vorhandenen Struktur der Kapitalausrüstung materialisierten Erwartungen der Unternehmer die bestimmende Kraft innerhalb der Wechselwirkung der Erwartungsbildung darstellen.

Die mit dieser Regulation implizit von Keynes vorgeführte Kritik der Gleichgewichtsvorstellung besteht darin, dass er berücksichtigt, dass die in die Zukunft gerichteten kurz- und langfristigen Erwartungen der Unternehmer substantiell in die Bestimmung des gegenwärtigen Umfangs von Produktion und Beschäftigung eingreifen. Die zukünftigen Erwartungen der Unternehmer und ihr Einfluss auf die gegenwärtige Produktion stellen keine bloßen Durchsetzungsformen fest fixierter ex-ante Strukturen dar, sondern sind, innerhalb der gegebenen Grenzen, aktive »Mitgestalter« sowohl der Ausrichtung wie des Umfangs der Produktion und der Beschäftigung. Ein Gleichgewicht kann daher nur ex-post, als Durchschnitt einer verflossenen Bewegung existieren, nie jedoch als ex-ante- oder »Planbestimmung« einer fiktiven übergeordneten Regulationsinstanz wie Adam Smiths »invisible hands« oder Léon Walras' Auktionator. Der regulierende Mechanismus der gesamtwirtschaftlichen Produktion stellt sich so gegenüber einer gleichgewichtigen Norm als wesentlich elastischer und flexibler dar – und existiert dennoch als regelndes Prinzip.

An dieser Stelle erschließt sich der Zusammenhang zu der bereits in Kapitel 1 der vorliegenden Abhandlung in allgemeiner Form fixierten Art und Weise des Systemzusammenhangs innerhalb einer entwickelten kapitalistischen »Geldwirtschaft«. Es wurde dort herausgestellt, dass Keynes' Auffassung von einer systemimmanenten Inkongruenz zwischen einzel- und gesamtwirtschaftlicher Rationalität allererst einen Rahmen für die Aufnahme von Krisen in die ökonomische Theorie eröffnet. Krisen müssen nicht mehr – wie in neoklassischer Denktradition – als exogen verursachte Störungen eines an und für sich harmonisch funktionierenden Marktmechanismus »eingeschmuggelt« werden, sondern sind Ausdrucksformen einer Verselbstständigung an und für sich zusammengehöriger, jedoch gleichgültig gegeneinander bestehender Kräfte. Mit der Fassung seines Erwartungskonzeptes löst Keynes diese zunächst nur allgemein für »Geldwirtschaften« herausgestellten Charakteristika ein: Die innerhalb bestimmter Grenzen existierende Elastizität des gesamtwirtschaftlichen Zusammenhangs, die durch das Wirken von vergangenen und in die Zukunft gerichteten Erwartungshaltungen der Unternehmer als aufeinander wirkende ungleiche Kräfte konstituiert wird, stellt nichts anderes als die spezifische Bewegungsform für den kapitalistischen Systemzusammenhang dar, die Form, worin jene Unterschiedlichkeit von einzel- und gesamtwirtschaftlicher Rationalität sich prozessierend auseinanderlegen kann. Es ist dieser Zusammenhang zwischen der Identifikation entscheidender Dimensionen des spezifisch gesellschaftlichen Charakters der Arbeit im Kapitalismus und der Auffassung des gesamtwirtschaftlichen Regulationszusammenhangs, der berechtigt, davon zu sprechen, dass Keynes werttheoretische Dimensionen, in der Marxschen Fassung des Begriffs, in seiner Theorie enthalten hat.

In diese werttheoretischen Dimensionen der Keynesschen Theorie gehört seine Kritik des Sayschen Gesetzes, wonach jedes Angebot sich seine eigene Nachfrage schaffe, sodass gesamter Angebots- und gesamter Nachfragepreis notwendig gleiche Größen seien. Dasselbe gilt hinsichtlich des Verhältnisses zwischen Investition und Ersparnis.[9] Wir sehen an diesem Umstand noch einmal sehr deutlich, dass die Keynessche und die neoklassische Ökonomie sich nicht zueinander verhalten wie allgemeine Theorie und besonderer Spezialfall innerhalb der ersteren, sondern durch vollständig gegensätzliche Prämissen gekennzeichnet sind. Keynes' Kritik des Sayschen Gesetzes und seiner Implikation, dass gesamter Angebots- und gesamter Nachfragepreis der produzierten Waren kongruente Größen seien, konstituiert keineswegs bloß eine andere Eingruppierung des Arbeitsmarktes in das Gesamtsystem der Märkte der kapitalistischen Produktionsweise. Sie speist sich keineswegs bloß aus einer Kritik der neoklassischen Beschäftigungstheorie, wie mit der gängigen Klassifizierung seiner Theorie als Theorie eines Gleichgewichts bei Unterbeschäftigung suggeriert wird. Nicht nur die aktuell von den Unternehmen gegebene Beschäftigungsmenge, sondern auch die Bestimmung der effektiven Absatzpreise für produzierte Güter und Dienstleistungen gehorcht der Wirkung »gewisser anderer Kräfte«, die sich nur makroökonomisch bestimmen lassen und in dieser gesamtwirtschaftlich vermittelten Bestimmtheit die Spezifik des nicht-gleichgewichtigen Zusammenhangs innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise offenbaren.

Der Gesamtzusammenhang zwischen Angebot und Nachfrage auf den Warenmärkten wird von Keynes also allgemein folgendermaßen bestimmt: Der Angebotspreis wird von jedem einzelnen Unternehmer so festgelegt, dass ein Umfang von Produktion und Beschäftigung ins Werk gesetzt wird, für den ein Maximum des Gewinns erwartet wird.[10] Der Angebotspreis ist also eine Erwartungsgröße, für die alle oben dargestellten Elemente wirksam werden, vor allem: gegebene Kapitalausrüstung. Nun ist es aber nicht nur für den einzelnen Unternehmer ungewiss, ob oder ob nicht die Nachfrage nach seinen Waren hinreichen wird, diesen Angebotspreis zu realisieren. Dasselbe gilt in gleicher Weise für die Gesamtheit der Unternehmer oder den gesamtwirtschaftlichen Angebotspreis: Die zahlungsfähige Nachfrage, die aus dem vorgenommenen Umfang der Produktion entspringt, d.h. das Einkommen, welches sich für Unternehmer und Arbeiter aus der Produktion ergibt, steht in keinem festen Verhältnis zur Größe des gesamten Angebotspreises. Aus der Produktion ergibt sich zwar eine Nachfrage, aber Produktion (Angebot) und Nachfrage sind mitnichten automatisch, sondern nur zufällig gleiche Größen.

---

[9] Vgl. AT, 16: »*Als eine logische Folge der gleichen Doktrin (dass das Angebot sich seine eigene Nachfrage schafft, S.K.) wurde angenommen, daß jeder einzelne Akt des Konsumverzichts notwendigerweise dazu führen müsse und gleichbedeutend damit sei, daß die Arbeit und die Güter, welche dadurch von der Befriedigung des Konsums freigestellt werden, für die Erzeugung von Kapitalgütern verwendet würden.*«

[10] Vgl. AT, 21: »*Denn die Unternehmer werden versuchen, die Menge der Beschäftigung auf dem Niveau zu fixieren, von dem sie erwarten, daß es den Überschuss des Erlöses über die Faktorkosten maximiert.*«

Wenn Keynes davon spricht, dass es im Unterschied zu den Annahmen der neoklassischen Theorie »nur einen einzigen Gleichgewichtswert« zwischen Angebot und Nachfrage in gesamtwirtschaftlicher Dimension gebe (vgl. AT: 22), so meint dies, dass es nur im nachhinein feststellbar ist, welcher Produktions- und Beschäftigungsumfang der Menge der effektiven Nachfrage entsprochen hat. Dieser »Gleichgewichtswert« ist jedoch bei der Vornahme der Produktion nicht bekannt. Weicht die wirksame Nachfrage in gesamtwirtschaftlichem Umfang von der Höhe des erwarteten Angebotspreises ab, werden die Erwartungen der Unternehmer berichtigt. Auch diese Berichtigung erfolgt nur nachträglich, gibt aber die Voraussetzung ab für neue in die Zukunft reichende Erwartungen. Immer sind es genuin gesamtwirtschaftliche Kräfte, die dieses Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage beherrschen. Es präsentiert sich als beständige Bewegung ihrer Abweichung, wobei die Unterschiede einander folgen.[11]

Ein Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage besteht also nur und ausschließlich ex-post, als Durchschnitt einer verflossenen Bewegung. Die ex-ante Regulation dagegen ist nicht gleichgewichtstheoretisch fundierbar: Es ist die gesamtwirtschaftliche vorhandene Kapitalausrüstung und ihre interne Struktur, welche die materielle Basis für die Gesamtproduktion abgibt. Aus dieser laufenden Produktion entspringt ein Einkommen, das seinerseits Grundlage für die auf dem Markt wieder auftretende zahlungsfähige Gesamtnachfrage ist. Einkommen und Nachfrage aus demselben sind jedoch keineswegs quantitativ identische Größen: Bei Marx bestimmt sich der Zusammenhang zwischen beiden über die Struktur der gesamtwirtschaftlichen Verteilungsverhältnisse, die ihrerseits durch die Produktionsverhältnisse bestimmt sind; Keynes fixiert den Zusammenhang über verschiedene »psychologische Gesetze«.[12] Bei beiden existiert aber ein wesentlich elastischer Zusammenhang zwischen Produktion bzw. Angebot und daraus entspringendem Einkommen bzw. Nachfrage. Abweichungen zwischen gesamtem Angebots- und gesamtem Nachfragepreis wirken auf die gegebene Grundlage der Produktion zurück, modifizieren die in die Zukunft gerichteten Erwartungen der Unternehmer und bedingen über ihre Entschlüsse hinsichtlich Umfang und Richtung der Produktion und der Investition erneute Abweichungen zwischen Angebot und Nachfrage. Umfang und Struktur der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage wirken substantiell auf die materielle Basis des gesamtwirtschaftlichen Reprodukti-

---

[11] Vgl. MEW 25, 199f.: »*Denn die Ungleichheiten (zwischen Angebot und Nachfrage, S.K.) sind entgegengesetzter Natur, und da sie einander beständig folgen, gleichen sie sich durch ihre entgegengesetzten Richtungen, durch ihren Widerspruch untereinander aus. Wenn also in keinem einzigen Fall Nachfrage und Zufuhr sich decken, so folgen sich ihre Ungleichheiten so – und es ist das Resultat der Abweichung in einer Richtung, eine andere Abweichung in einer entgegengesetzten Richtung hervorzurufen – daß, wenn das Ganze einer größeren oder kleineren Zeitperiode betrachtet wird, sich Nachfrage und Zufuhr beständig decken,* aber nur als Durchschnitt der verflossenen Bewegung und als beständige Bewegung ihres Widerspruchs.*«* (Herv. S.K.)

[12] Vgl. dazu den zweiter und dritten Abschnitt der vorliegenden Abhandlung.

onsprozesses ein und modifizieren als rückwirkende Kraft innerhalb der gegebenen Grenzen diese Grundlage.

Es ist dieser zurückwirkende, aber substantielle Einfluss einer zwar bestimmten, aber doch gegenüber dieser Bestimmtheit elastischen und flexiblen Kraft, der Nachfrage, welcher die prozessierende Bewegung von Angebot und Nachfrage als gesamtwirtschaftlichen Aggregatgrößen einer gleichgewichtstheoretischen Erklärung verschließt. Zu sagen, der Gesamtprozess befinde sich in einem beständigen Ungleichgewicht, geht ebenso an der Sachlage vorbei, weil diese Aussage auf einer Gleichgewichtsnorm, die auch bloß theoretischer Natur im Sinne einer Referenzgröße sein mag, beruht. Eine Kritik des Sayschen Gesetzes, wie Keynes sie vornimmt, trifft die Gleichgewichtsökonomie in ihrem innersten Kern; sie lässt letztendlich nur die Alternative einer werttheoretisch vermittelten Regulation.

b) »Gleichgewicht« oder (ex-post) »Gleichheit« von Investition und Ersparnis?

Die Reflexion über das Verhältnis zwischen Investition und Ersparnis der Keynesschen Theorie besitzt einen Bibliotheken füllenden Umfang; fragen wir uns zunächst, was dieses Verhältnis zum Ansatzpunkt gleichgewichtstheoretischer Räsonnements macht.

Wird das Volkseinkommen – in den Termini der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen gefasst als Brutto- bzw. Nettoinlandsprodukt bzw. -wertschöpfung – in seine beiden Verwendungsformen I (Investition) und C (Konsum) zerfällt, so bezeichnet in der gängigen Vorstellung der Konsum oder die Verbrauchsnachfrage den unmittelbar einkommensreproduzierenden Bestandteil: Derjenige Teil des entstandenen Einkommens, der konsumiert werden soll, macht sich als konsumtive Nachfrage auf den Warenmärkten geltend und führt zu einer entsprechenden Produktion von Konsumtionsmitteln bzw. kauft dieselben, sodass durch diesen Akt wiederum Einkommen von gleicher Größe realisiert oder eben reproduziert wird.[13] Anders jedoch der Teil des Volkseinkommens, der nicht konsumiert wird, die Ersparnis: Erst dadurch, dass die Ersparnis vermittelt über das Bankensystem dem Produktionsbereich wieder zugeführt wird und zum Ankauf neuer Investitionsgüter (fixes Kapital) dient, vollzieht sich die Reproduktion dieses Bestandteils des Inlandsprodukts. Nur wenn Ersparnis und Investition deckungsgleiche Größen sind, findet dieser Anschauung gemäß eine vollständige Reproduktion auch dieses Bestandteils des Volkseinkommens statt.[14] Neoklassischer Denkweise gemäß ist der Zins-

[13] Diese Auffassung von einem unmittelbar einkommensreproduzierenden Bestandteil des Volkseinkommens unterliegt der Keynesschen Fassung des Multiplikators; vgl. Kapitel 6 der vorliegenden Abhandlung. Vgl. auch Paulsen 1952.

[14] »Vergessen« wird hierbei, dass auch die Vorleistungen, die nicht im Bruttoinlandsprodukt enthalten sind, jährlich produziert und reproduziert werden müssen. Auf Keynes' feh-

satz die »gleichgewichtsvermittelnde« Variable zwischen Ersparnis und Investition, indem er das Angebot und die Nachfrage von Geldkapital, weiter von Investitionsgütern, zum Ausgleich bringt.

Dass im Gegensatz zu der Reproduktion der anderen Bestandteile des gesamtwirtschaftlichen Produktenwerts für die Reproduktion der »Investition« ein besonderes Problem ausgemacht wird, begründet sich über die spezifische Zirkulationsweise des fixen Kapitals, die einen besonderen Ersatz desselben in natura nach sich zieht. Der Umschlag des fixen Kapitals erscheint im gesamtgesellschaftlichen Wert- und Stoffersatz im Unterschied zum Umschlag des zirkulierenden Kapitals und der Zirkulation der nicht als zusätzliches fixes Kapital umgesetzten Mehrwertbestandteile als diskontinuierliches Moment. Es ist die vorgängige Geldkapitalakkumulation, die nicht mit dem wirklichen Ersatz des verschlissenen fixen Originalkapitals bzw. der Akkumulation des fixen (Zusatz-)Kapitals zusammenfällt, die den Schein eines besonderen Problems begründet: hinzu kommt die Vermittlung dieser Geldkapitalbildung über das Banken- und Kreditsystem.[15]

An und für sich unterscheidet sich der Ersatz bzw. die Akkumulation des fixen Kapitals nicht substantiell von der Art und Weise des Wert- und Stoffersatzes der anderen Bestandteile des gesamtkapitalistischen Warenprodukts; denn auch für jene Teile gilt prinzipiell, dass das Gelingen des Umsatzes von Marktverhältnissen abhängig, daher ihr Verkauf zu Wert- oder Produktionspreisen im Einzelfall zufällig ist. In dieser, für die Gleichgewichtsproblematik entscheidenden Sichtweise besitzt somit das Verhältnis zwischen Investition und Ersparnis gegenüber beispielsweise dem Verhältnis der als Revenue verzehrten Bestandteile des Wertprodukts der Abteilung I und dem konstanten Kapital der Abteilung II keinen qualitativ eigenständigen Stellenwert. Wird dieser dennoch unterstellt, wird das Problem der Herstellung der notwendigen Austauschproportionen zur Reproduktion des gesellschaftlichen Gesamtkapitals unzulässig verkürzt, indem die allgemeine Problemstellung »Gleichgewicht« an einem besonderen Umsatz festgemacht wird, der sich bloß durch die Spezifik seiner Zirkulationsweise auszeichnet. Rückwirkend ergibt sich vielmehr, dass eine unmittelbar einkommensreproduzierende Funktion des Konsums C ebenso wenig existiert.

Auch wenn das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage auf den Warenmärkten in zyklischer Bewegung, d.h. als prozessierendes Verhältnis unterlegt wird, ist eine Einengung der Betrachtung auf sog. »I-S-Ungleichgewichte« irreführend. Es entsteht damit der Schein, als sei der volkswirtschaftliche Kreislauf nur im Hinblick auf dieses Verhältnis zwischen Investition und Ersparnis »offen«, nicht je-

---

lerhafte Erfassung der funktionellen Zusammenhänge des durch die Zirkulation vermittelten Wert- und Stoffersatzes des gesellschaftlichen Gesamtkapitals kommen wir noch ausführlich zurück; vgl. Kapitel 5 der vorliegenden Abhandlung.

[15] Zur genaueren Darstellung der Umsätze des gesamtwirtschaftlichen Wert- und Stoffersatzes im Rahmen der Zirkulation des gesellschaftlichen Gesamtkapitals vgl. Krüger 2010: 211ff.

doch in gleicher Weise mit Bezug auf die anderen Umsatzproportionen. Keynes übernimmt diese Sichtweise; sie ist Konsequenz einer fehlerhaften Auffassung der funktionellen Zusammenhänge des gesamtwirtschaftlichen Kreislaufs.

Auf Basis seiner Abgrenzung des Volkseinkommens in »A Treatise on Money« (Keynes 1930a), wo Keynes einen »Normalgewinn« der Unternehmer unter die »Produktionskosten« subsumiert (vgl. Keynes 1930a: 101f.) und die eigentlichen Gewinne als Differenz zwischen tatsächlichen Erlösen und den Produktionskosten erfasst, ergibt sich als Konsequenz eines »Ungleichgewichts« eine positive oder negative Differenz zwischen Investition und Ersparnis in gesamtwirtschaftlicher Dimension.[16] Mit diesem Konzept der »Nullgewinne« im Gleichgewicht ist der Keynes der »Treatise« noch stark im Denken der Gleichgewichts- bzw. Ungleichgewichtsökonomie befangen: »*Es ist wichtig, daß die obige Definition des* Gewinnes *und die Teilung des Gesamtwertes der Erzeugung in das, was wir* Einkommen *oder* Erträge *und das, was wir* Gewinne *nennen, nicht willkürlich ist. Das wesentliche Charakteristikum des Phänomens, das wir Gewinne nennen, besteht darin, daß sein Nullstand unter der gegenwärtigen Wirtschaftsverfassung die übliche Voraussetzung ist für das Gleichgewicht der Kaufkraft des Geldes. Die Einführung dieser* Tatsache *aus der Welt der Wirklichkeit gibt den besonderen Grundgleichungen, die wir ausgewählt haben, ihre Bedeutung und bewahrt sie davor, bloße Identitäten zu sein.«* (Keynes 1930a: 128) Wenn es also die auf einem Ungleichgewicht zwischen Investition und Ersparnis beruhenden Gewinne (oder Verluste) sind, die den »kausalen Anlass der Veränderung« für das Handeln der Unternehmer hervorbringen, sind es die effektiv realisierten Größen und nicht erwartete Größen, die die Dy-

---

[16] Vgl. Keynes 1930a, 124: »*Wir haben … gesehen, daß, da die Gewinne Q die Differenz darstellen zwischen dem Wert der laufenden Erzeugung und E, ihren Produktionskosten, wir die Gleichung aufstellen können Q = I – S, was anzeigt, daß die Unternehmer Gewinne oder Verluste erzielen, je nachdem, ob der Nominalwert der laufenden Investition die laufenden Ersparnisse überschreitet oder hinter ihnen zurückbleibt. Somit ergibt sich: Gewinne gleich Wert der Erzeugung minus Produktionskosten gleich Wert der Investition minus Ersparnisse; die Gewinne sind also die Ausgleichsgröße nicht nur zwischen Produktionskosten und dem Wert der Erzeugung, sondern auch zwischen den Ersparnissen und dem Wert der Nettoinvestition, beide in Geld ausgedrückt. Diese (positiven oder negativen) Gewinne setzten sich aus zwei Elementen zusammen,* Q_1 *und* Q_2*, wobei* Q_1 *(= I' – S) den Gewinn aus der Produktion von Konsumgütern und* Q_2 *(= I – I') den Gewinn aus der Produktion von Investitionsgütern angibt. Nun ist für den Gleichgewichtszustand erforderlich, daß* Q_1*,* Q_2 *und Q gleich Null sind. Denn wenn entweder* Q_1 *oder* Q_2 *nicht gleich Null sind, werden die Unternehmer Anlaß haben, ihre Erzeugung auszudehnen; und wenn die Gesamtgewinne Q nicht gleich Null sind, werden die Unternehmer danach streben, so weit als möglich das gesamte Beschäftigungsvolumen, das sie den Produktionsfaktoren zu einem bestimmten Entschädigungssatz anbieten, zu ändern, entweder nach oben oder nach unten, je nachdem, ob diese Gewinne positiv oder negativ sind. Somit wird* W_1 *(= Ertrag je Einheit der Erzeugung, d.h. Leistungseinheit, S.K.) und deshalb P (= Preisniveau der liquiden Konsumgüter, S.K.) in einem Zustand des Ungleichgewichts sein, und zwar so lange, als die Gewinne (einerlei ob* Q_1 *oder* Q_2*) nicht den Nullpunkt erreicht haben.«*

namik des Systems bedingen. Keynes schränkt diese Schlussfolgerung aus seinen eigenen theoretischen Vordersätzen jedoch schon in der »Treatise« ein: »*Wir haben bislang so argumentiert, als ob die Unternehmer in ihren Entscheidungen für die Zukunft allein dadurch beeinflußt werden, ob der Absatz der laufenden Erzeugung für sie mit einem Gewinn oder mit einem Verlust verbunden ist. Soweit jedoch die Produktion Zeit erfordert … und soweit die Unternehmer zu Beginn einer Produktionsperiode in der Lage sind, die Wirkung des Verhältnisses von Spartätigkeit und Investitionstätigkeit auf die Nachfrage nach ihren Erzeugnissen vorauszusehen, ist es augenscheinlich mehr der erwartete Gewinn und Verlust aus neu abzuschließenden Geschäften, als der tatsächliche Gewinn und Verlust aus soeben abgeschlossenen Geschäften, unter dessen Einfluß sie stehen, wenn sie über den Produktionsumfang und die Angebote an die Produktionsfaktoren entscheiden. Genau genommen müßten wir also sagen, daß der* zu erwartende *Gewinn und Verlust den Ursprung aller Veränderungen bildet und daß die Banken dadurch das Preisniveau beeinflussen können, daß sie zweckentsprechende Erwartungen hervorrufen.«* (Ebd. 130)

Mit dieser Berücksichtigung der Rolle der Erwartungen und ihres Einflusses auf Produktion und Beschäftigung deuten sich bei Keynes diejenigen Elemente an, die er in der »General Theory« weiter und systematischer ausarbeitet.[17] Mit der systematischen Berücksichtigung des Einflusses von Erwartungen auf den laufenden Umfang der Produktion und der Beschäftigung in der Gegenwart ist eine strikt an den Maßstäben des Gleichgewichts ausgerichtete Betrachtungsweise nicht mehr haltbar. Keynes spricht daher in der »General Theory« bei der Ableitung seiner Grundgleichungen auch nicht mehr von einem »Gleichgewicht« zwischen Investition und Ersparnis, sondern vom deren Gleichheit und betont somit den *Identitätscharakter* beider Größen in der ex-post-Betrachtung: »*Vorausgesetzt, daß wir übereinstimmen, daß das Einkommen gleich dem Werte der* laufenden *Produktion ist, daß die* laufende *Investition gleich dem Werte des Teiles der* laufenden *Produktion ist, der nicht verbraucht wird, und daß die Ersparnis gleich dem Überschuß des Einkommens über den Verbrauch ist – was alles mit dem gesunden Menschenverstand und dem überlieferten Gebrauch der großen Mehrzahl der Ökonomen vereinbar ist –, folgt die Gleichheit der Ersparnis und der Investition mit Notwendigkeit. Kurz gesagt: Einkommen = Wert der Produktion = Verbrauch + Investition. Ersparnis = Einkommen – Verbrauch. Darum Ersparnis = Investition. … Die Gleichheit der Summe der Ersparnis und der Summe der Investition ergibt sich aus dem zweiseitigen Wesen der Transaktionen zwischen dem Erzeuger einerseits und den Verbraucher und dem Käufer von Kapitalausrüstung andererseits. Einkommen erwächst*

[17] In der »General Theory« bemerkt er denn auch selbstkritisch: »*In meiner Abhandlung ›Vom Gelde‹ war der Begriff von* Änderungen *im Überschuß von Investition über Ersparnis, wie dort definiert, ein Weg zur Behandlung von Änderungen im Gewinn,* obschon ich in jenem Buch nicht klar zwischen erwarteten und erzielten Ergebnissen unterschied.*«* (AT: 67, letzte Herv. S.K.)

aus dem Überschuß des Wertes über die Nutzungskosten, den der Erzeuger für die verkaufte Produktion erhält; aber diese gesamte Produktion muß offenbar entweder an einen Verbraucher oder an einen anderen Unternehmer verkauft worden sein, *und die laufende Investition eines jeden Unternehmers ist gleich dem Überschuß der Ausrüstung, die er von anderen Unternehmern gekauft hat, über seine eigenen Nutzungskosten. Der gesamte Überschuß von Einkommen über Verbrauch, von uns Ersparnis genannt, kann daher nicht von der Hinzufügung zur Kapitalausrüstung abweichen, die wir Investition nennen. … Ersparnis ist ein reines Residuum.«* (AT: 55f., Herv. S.K.) Die Gleichheiten zwischen Investition und Ersparnis sind also in der »General Theory« zunächst nur Identitätsbeziehungen, die funktionelle Beziehungen des gesamtwirtschaftlichen Kreislaufs zum Ausdruck bringen. Als solche Identitätsbeziehungen sind sie ex definitione erfüllt. Identitätsbeziehungen drücken aber umgekehrt keine Regulationen aus. Werden diese Regulationszusammenhänge konsequent über die Erwartungshaltungen der Unternehmer bestimmt, bleibt kein Raum mehr für Gleichgewichtsbeziehungen im Sinne von ex-ante bestehenden, quantitativ fest bestimmten Proportionen. Da aber eine ex-ante-Regulation der Volkswirtschaft bestehen muss, stellt sich die Frage, in welcher Weise sie beschaffen ist, wenn nicht mehr das einengende Korsett einer gleichgewichtstheoretischen Fundierung in Anschlag kommen kann.

c) Die werttheoretischen Dimensionen in Keynes' Theorie des »sich verschiebenden Gleichgewichts«

Wert und Preis in der Marxschen Theorie[18]

Abstrakt menschliche Arbeit als Substanz des Warenwerts bezeichnet nach Marx zugleich die spezifisch gesellschaftliche Form der Arbeit innerhalb einer Gesellschaft, in der die Warenform die allgemeine Form des Produkts ist und in der daher die kapitalistischen Produktionsverhältnisse die dominanten gesellschaftlichen Verhältnisse sind.[19] Dies drückt sich auch in der quantitativen Bestimmtheit des Werts, der Wertgröße aus: »*Die Arbeit …, welche die Substanz der Werte bildet, ist gleiche menschliche Arbeit, Verausgabung derselben menschlichen Arbeitskraft. Die gesamte Arbeitskraft der Gesellschaft, die sich in den Werten der Warenwelt darstellt, gilt hier als eine und dieselbe menschliche Arbeitskraft, obgleich sie aus zahllosen individuellen Arbeitskräften besteht. Jede dieser individuellen Arbeitskräfte ist dieselbe menschliche Arbeitskraft wie die andre, soweit sie den Charakter einer*

[18] Wir geben im nachstehenden Unterpunkt nur eine knappe Skizze zum Verhältnis zwischen Wert und Preis in der Marxschen Theorie, notwendig zum Verständnis unserer Keynes-Interpretation. Zur ausführlicheren Darstellung der hier teilweise nur angedeuteten Zusammenhänge vgl. Krüger 2010: Kapitel 5.

[19] Wie sich diese Bestimmungen in einer nachkapitalistischen, sozialistischen Marktwirtschaft darstellen, ist in Kapitel 17 der vorliegenden Abhandlung näher ausgeführt.

gesellschaftlichen Durchschnittsarbeitskraft besitzt und als solche gesellschaftliche Durchschnittsarbeitskraft wirkt, also in der Produktion einer Ware auch nur die im Durchschnitt notwendige oder gesellschaftliche notwendige Arbeitszeit braucht. Gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit ist Arbeitszeit, erheischt, um irgendeinen Gebrauchswert mit den vorhandenen gesellschaftlich-normalen Produktionsbedingungen und dem gesellschaftlichen Durchschnittsgrad von Geschick und Intensität der Arbeit darzustellen. … Es ist also nur das Quantum gesellschaftlich notwendiger Arbeit oder die zur Herstellung eines Gebrauchswerts gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit, welche seine Wertgröße bestimmt.« (MEW 23: 53f.)

Dass nur die jeweils gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit wertbildend wirkt, unterstellt jedoch nicht nur gesellschaftlich-durchschnittliche Produktionsbedingungen, sondern weiter, dass unter jenen Produktionsbedingungen zugleich ein gesellschaftlicher Gebrauchswert produziert worden ist; denn Bedingung für die Warenform des Produkts und daher auch für den Wert der Ware bleibt der Umstand, dass gesellschaftlicher Gebrauchswert, also Gebrauchswert für andere produziert worden ist.[20] Damit ergibt sich eine zweite Bestimmung gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit, die nicht auf die jeweiligen Produktionsbedingungen, sondern auf das Maß des zahlungsfähigen Bedürfnisses, welches sich am Markt als Umfang der Nachfrage zeigt, abhebt. Nur wenn die Waren bestimmter Art in einer dem Umfang des zahlungsfähigen Bedürfnisses entsprechenden Quantität produziert worden sind, wenn also die Verteilung der gesellschaftlichen Gesamtarbeit auf die einzelnen Produktionszweige der zahlungsfähigen Nachfrage nach den Produkten dieser Produktionszweige entspricht, verkörpern die betreffenden Waren gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit und damit eine Wertgröße, die ihren gesellschaftlich durchschnittlichen Produktionsbedingungen entspricht.

Dass die verausgabte Arbeit als gesellschaftlich notwendige Arbeit anerkannt wird, daher Wert produziert hat, zeigt sich erst innerhalb des Austauschprozesses, also auf dem Markt: Der Preis, der für eine Ware erlöst wird, oder die Realisation des Werts in Geld zeigt, ob oder ob nicht die verausgabte Arbeit als wertschaffende Arbeit gesellschaftlich anerkannt wird. Wert und Preis einer Ware sind somit zunächst identische Größen – und dies gilt stets, sofern von einer Ware als Durchschnittsrepräsentant oder »*Durchschnittsexemplar ihrer Art*« (ebd. 54) gehandelt wird. Allerdings entspricht es dem spezifisch gesellschaftlichen Charakter der warenproduzierenden Arbeit, wie er im Wert vergegenständlicht ausgedrückt wird, dass im konkreten Einzelfall der tatsächlich realisierte Marktpreis für die Ware von ihrem Wert abweichen kann: »*Die Wertgröße der Ware drückt … ein notwendiges,*

[20] Vgl. MEW 23, 55: »*Ein Ding kann nützlich und Produkt menschlicher Arbeit sein, ohne Ware zu sein. Wer durch sein Produkt sein eignes Bedürfnis befriedigt, schafft zwar Gebrauchswert, aber nicht Ware. Um Ware zu produzieren, muß er nicht nur Gebrauchswert produzieren, sondern Gebrauchswert für andre, gesellschaftlichen Gebrauchswert. … Endlich kann kein Ding Wert sein, ohne Gebrauchsgegenstand zu sein. Ist es nutzlos, so ist auch die in ihm enthaltene Arbeit nutzlos, zählt nicht als Arbeit und bildet daher keinen Wert.*«

ihrem Bildungsprozeß immanentes Verhältnis zur gesellschaftlichen Arbeitszeit aus. Mit der Verwandlung der Wertgröße in Preis erscheint dies notwendige Verhältnis als Austauschverhältnis einer Ware mit der außer ihr existierenden Geldware. In diesem Verhältnis kann sich aber ebensowohl die Wertgröße der Ware ausdrücken, als das Mehr oder Minder, worunter sie unter gegebenen Umständen veräußerlich ist. Die Möglichkeit quantitativer Inkongruenz zwischen Preis und Wertgröße, also die Abweichung des Preises von der Wertgröße, liegt also in der Preisform selbst. Es ist dies kein Mangel dieser Form, sondern macht sie umgekehrt zur adäquaten Form einer Produktionsweise, worin sich die Regel nur als blindwirkendes Durchschnittsgesetz der Regellosigkeit durchsetzen kann.« (Ebd. 117)

Mit dieser Möglichkeit quantitativer Inkongruenz zwischen Wertgröße und Preis ist zugleich die zeitliche Dimension der Realisation der Wertbestimmung der Waren durch die Schwankungen der Marktpreise gegeben: Der Wert bestimmt sich als Oszillationszentrum der Marktpreise. »*Die beständigen Oszillationen der Marktpreise, ihr Steigen und Sinken, kompensieren sich, heben sich wechselseitig auf und reduzieren sich selbst zum Durchschnittspreis als ihrer inneren Regel. Diese bildet den Leitstern z.B. des Kaufmanns oder des Industriellen in jeder Unternehmung, die längeren Zeitraum umfaßt. Er weiß also, daß, eine längere Periode im ganzen betrachtet, die Waren wirklich weder unter noch über, sondern zu ihren Durchschnittspreisen verkauft werden.«* (Ebd. 180, Fn.)

Die hier zusammengestellten, bereits in der einfachen Bestimmung des Werts enthaltenen Dimensionen charakterisieren ihn als Durchschnittsverhältnis in dreifacher Art, welches ebensoviele Dimensionen von Ausgleichungsprozessen zwischen Preisen und Werten einschließt. *Erstens* wird ein Durchschnitt gezogen über die verschiedenen individuellen Produktionsbedingungen innerhalb einer jeden Produktionssphäre. Resultat dieser Ausgleichung ist die Bildung eines von Marx sogenannten Marktwerts, der nach den Angebots- und Nachfragebedingungen der betreffenden Warenmasse durch die Konkurrenz zwischen den »individuellen Werten« der Warenprodukte der einzelnen Anbieter einreguliert wird. Marktwert und noch mehr individueller Wert sind dabei Hilfskategorien, die nicht dem Umstand Rechnung tragen, dass die verschiedenen Warenprodukte nicht Produkte individueller Produzenten, sondern von Kapitalen sind. Demzufolge ist eine *zweite* Ausgleichsbewegung unmittelbar mitzudenken, nämlich diejenige, nach der die Marktwerte zu (Markt-)Produktionspreisen unter Bildung einer durchschnittlichen Profitrate der Einzelkapitale (Unternehmungen) ausgeglichen werden. Grundkategorie für die beiden simultan spielenden Ausgleichsbewegungen innerhalb und zwischen den verschiedenen Produktionssphären des nationalen Gesamtkapitals und seines Reproduktions- und Akkumulationsprozesses sind die jeweiligen Kostpreise als Basis der Angebotspreise. In dem Unterschied der individuellen Kostpreise drücken sich die unterschiedlichen Produktionsbedingungen der einzelnen Unternehmen einer Sphäre aus; auf den durch die Konkurrenz herausgesetzten sphärendurchschnittlichen Kostpreis ist der Durchschnittsprofit gemäß der allgemeinen Profitrate als Durchschnittsprofitrate der Sphärenprofitraten bezogen. *Drittens*

schließlich spielen die beiden Ausgleichsbewegungen in der Zeit: Die Bildung der gesellschaftlichen Durchschnitte ist ein Prozess, in dem die nach den augenblicklichen Konstellationen von Angebot und Nachfrage auf den einzelnen Teilmärkten des gesamtwirtschaftlichen Warenmarktes schwankenden Marktpreise die (Markt-)Produktionspreise der Sphärenwarenprodukte, weiter für das gesamtwirtschaftliche Warenprodukt den Wert, als werdende Resultate hervorbringen. Marktproduktionspreis und Wert sind somit stets erst ex-post oder im nachhinein feststellbare Größen, Durchschnittsgrößen, die innerhalb und vermittels der in der Zeit ablaufenden Ausgleichungsprozesse in und durch die Konkurrenz der Kapitale auf dem Markt hervorgebracht werden.

Der spezifisch kapitalistische Charakter dieses marktregulierten gesamtwirtschaftlichen Funktionszusammenhangs zeigt sich einerseits darin, dass aufgrund des Gegensatzes von privater Arbeit und gesellschaftlicher, über den Markt vermittelter Aneignung kein vorab bestimmtes Verhältnis zwischen Produktion und Konsumtion, Angebot und Nachfrage existiert, sondern diese Abstimmung als beständiger Prozess der Abweichung in der wirklichen Bewegung erst hervorgebracht wird. Andererseits folgt aus diesem bloß indirekten gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang zwischen Produktion und Konsumtion, dass beständige Reibungsverluste produziert werden, die sich in überflüssig verausgabter menschlicher Arbeit, d.h. Arbeit, die keinen Wert gebildet hat, Ausdruck verschaffen. Es besteht somit aufgrund der marktvermittelten Durchschnittsbildung der Wert- und Preisgrößen eine beständige Diskrepanz zwischen effektiv verausgabter lebendiger Arbeit und tatsächlich auf dem Markt als wert- und preisbildend anerkannter gesellschaftlich notwendiger Arbeit.[21]

Bisher ist die Wertbestimmung durch gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit als werdendes Resultat der Marktpreisbewegung, d.h. als erst ex-post fixierbares Ergebnis betrachtet worden. Es galt, dass nur als Wert gilt oder zählt, was am Markt auch preismäßig vergütet worden ist. Es bleibt in einem zweiten Schritt noch kurz zu skizzieren, in welcher Weise die Wertbestimmung nun ihrerseits die Preisbewegung beherrscht; mit anderen Worten, es ist zu betrachten, wie die »ex-ante-Regulation« des gesamtwirtschaftlichen Prozesses auf Basis des Wertgesetzes aussieht.

In jedem Moment sind die Verteilung der gesellschaftlichen Gesamtarbeit auf die einzelnen Produktionssphären des nationalen Reproduktionsprozesses sowie der jeweilige Entwicklungsstand der Produktionsbedingungen innerhalb dieser verschie-

[21] Eine solche Abweichung zwischen verausgabter und als wertbildend im Preis anerkannter Arbeit würde auch für eine sozialistische Marktwirtschaft prägend sein. Aber zum einen würde hier anstelle des kapitalistischen Gegensatzes zwischen Privat- und gesellschaftlicher Arbeit ein bloßer Unterschied zwischen Einzel- und Gesamtarbeit – jedenfalls für einen bestimmenden Bereich des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses – treten, zum anderen müsste der quantitative Umfang der Abweichung zwischen verausgabter und gesellschaftlich anerkannter Arbeit geringer sein als unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen und so die entwickeltere Steuerung des Gesamtreproduktionsprozesses dokumentieren und bestätigen. Vgl. dazu Kapitel 17 der vorliegenden Abhandlung.

denen Produktionszweige durch das fixe Gesamtkapital determinierte Größen und bilden für die Dauer der Umschlagszeit des namentlich Maschinerie darstellenden fixen Kapitals eine materielle Grundlage für den Verlauf des Prozesses. Nur den Ersatz des jeweils vorgeschossenen Originalkapitals der Gesellschaft betrachtet, d.h. auf Grundlage einfacher Reproduktion, sind mit der Existenz des fixen Kapitals in jedem einzelnen Geschäft technologische und stoffliche Produktionsbedingungen und -ausrichtungen gegeben, die nur innerhalb größerer Zeiträume, bestimmt durch die Umschlagsperiode der aus Maschinerie bestehenden Bestandteile des fixen Originalkapitals, entscheidend variiert werden können. Erst wenn das fixe Kapital ökonomisch ausgelebt hat, ist durch seinen Ersatz in natura sowohl die zwischenzeitliche Produktivkraftsteigerung dem betreffenden Produktionsprozess einverleibbar als auch ggf. eine Umorientierung des Unternehmens bzw. einzelner Teile desselben auf die Produktion neuer oder qualitativ anderer Produkte möglich, gesamtwirtschaftlich also ein Wechsel in der gesellschaftlichen Teilung der Arbeit. Dies bedeutet, dass für die jeweilige Dauer der Umschlagsperiode des fixen Originalkapitals – d.h. bestimmter aus Maschinerie bestehender Bestandteile desselben – die gesamtwirtschaftliche Angebotsstruktur und ihr quantitativer Umfang gegebene Größen darstellen. Mit dieser wert- und stoffmäßigen Struktur des gesamtwirtschaftlichen Angebots wird produktionsseitig ein Maß gesellschaftlich notwendiger Arbeit vorgegeben, welches über die nachfrageseitigen Einflüsse bestätigt oder modifiziert werden kann. Diese nachfrageseitigen Einflüsse, die die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit mitbestimmen, gründen sich aber auf die Gesamtstruktur der gesellschaftlichen Distributionsverhältnisse; diese sind ihrerseits Ausdrucksformen der allgemeinen Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktion und stellen, wie Marx sagt, die Produktionsverhältnisse nur sub alia specie dar.

Mit diesen Bestimmungen lässt sich der gesamtwirtschaftliche Regulationszusammenhang zwischen Produktion und Konsumtion präziser charakterisieren: Umfang und Struktur des fixen Originalkapitals der Gesellschaft bedingen einen bestimmten Entwicklungsstand der Produktivität der Arbeit und eine bestimmte Verteilung der Gesamtarbeit auf die Produktion bestimmter Gebrauchswerte. Aus der so näher bestimmten Produktionsstruktur ergeben sich bestimmte Bedingungen der Verteilung des gesamtwirtschaftlichen Warenprodukts, einerseits für den Ersatz des konstanten Kapitals (produktive Konsumtion), andererseits aus der Einkommensverteilung zwischen den Hauptklassen der kapitalistischen Gesellschaft, produktive Arbeiter- und Kapitalistenklasse: proportioneller Arbeitslohn bzw. allgemeine Rate des Mehrwerts. Auf den Warenmärkten treffen das gesamtwirtschaftliche Angebot und die durch die Verteilungsverhältnisse näher bestimmte gesamtwirtschaftliche Nachfrage aufeinander. Zwischen beiden existiert kein fester, sondern ein durch die Natur der kapitalistischen Produktion bestimmter flexibler Zusammenhang, obgleich im großen und ganzen die Nachfragestruktur und ihr quantitativer Umfang durch die Bedingungen der Produktion bestimmt werden. Dieses Aufeinandertreffen zwischen dem gesamtwirtschaftlichen Angebot und der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage provoziert innerhalb der durch die Angebots- bzw. Produktionsbedin-

gungen abgesteckten Grenzen Marktpreisbewegungen sowohl für die jeweiligen Sphärenprodukte als auch für das gesellschaftliche Gesamtprodukt. Das (gesamtwirtschaftliche) Angebot bestimmt somit *eine* Nachfrage, keineswegs seine, größengleiche Nachfrage. Rückblickend ergibt sich jetzt auch für die Zeitdauer des Umschlags des fixen Originalkapitals in jedem einzelnen Geschäft eine auf bestimmter Grundlage ablaufende Preisbewegung, deren Durchschnitt dann die Ermittlung der Wertgröße der insgesamt produzierten Warenmasse erlaubt.

Berücksichtigen wir zusätzlich die über die eigentliche Akkumulation von Kapital bewerkstelligte Erweiterung der Stufenleiter des gesamtwirtschaftlichen Reproduktionsprozesses, erhält der gesamtwirtschaftliche Zusammenhang ein weiteres Potenzial an Elastizität. Die Neuanlage nach und nach akkumulierter Zusatzkapitale erlaubt in jedem einzelnen Geschäft, die technologische Grundlage der Produktion zu verschieben, ebenso die gesamtwirtschaftliche Teilung der Arbeit durch Anlage dieser Zusatzkapitale in anderen Produktionssphären zu modifizieren. Die grundsätzlichen Regulationsmechanismen des gesamtwirtschaftlichen Zusammenhangs bleiben jedoch gültig: Nach wie vor gibt das fixe Gesamtkapital, sowohl das Original- wie die akkumulierten Zusatzkapitale, in jedem einzelnen Geschäft die materielle Grundlage für den sich darauf entfaltenden Zusammenhang zwischen Angebot und Nachfrage ab, der sich in der Bewegung der Marktpreise ausdrückt.

Der kapitalistische Akkumulationsprozess ist jedoch kein gradliniger Expansionsprozess, sondern verläuft in charakteristischen zyklischen Schwankungen. Deren Grundlage besteht in letzter Instanz in der Bewegung des proportionellen Verhältnisses zwischen Arbeitslohn und Gewinn. Auch dieses ist durch das fixe Kapital und die damit gegebene Basis des Standes der Produktivkraftentwicklung bestimmt. Expandiert die Kapitalakkumulation auf dieser technologischen Grundlage, steigt daher die Nachfrage des Kapitals nach produktiven Arbeitern im Maße des Kapitalwachstums an, muss nach bestimmter Zeit auch der Arbeitslohn pro Arbeitskraft ansteigen (steigende Lohnsätze). Solange der steigende Lohnsatz den Gewinn in Folge einkommensinduzierter Nachfrageeffekte weiter expandieren lässt, geht die zyklische Akkumulation beschleunigt fort. Geraten jedoch Lohn- und Gewinnentwicklung in Gegensatz zueinander, beginnt also die Lohnsatzsteigerung auf Kosten der Gewinnentwicklung zu gehen, erhält die Akkumulationsbewegung einen Rückschlag.[22] Dieser Rückschlag drückt sich notwendigerweise zunächst als Liqui-

[22] Dieser Rückschlag der Akkumulationsentwicklung ist seinerseits durch die zyklische Struktur des Umschlags des fixen Gesamtkapitals vermittelt, insofern die große Neuanlage von fixem Kapital nach überstandener Krise (Ersatz- und Rationalisierungsinvestitionen) in der Folgezeit zu relativen Nachfrageausfällen für die Investitionsgüterproduzenten führt, die nur zeitweilig durch die aufschwungstypischen Erweiterungsinvestitionen ausgeglichen werden können. Die zyklische Krise zeigt sich daher nicht direkt als lohninduzierte Gewinnkompression, sondern als Überproduktion von Investitionsgütern und dadurch einsetzender Gewinnrückgang, zunächst bei den Produzenten der entsprechenden Bestandteile des fixen Kapitals. In diesem Sinne sind die zyklisch gestiegenen Arbeitslöhne der »Sturmvogel der Krise« (Marx), wodurch die der zyklischen Krise unmittelbar vorhergehende Phase der zyk-

ditätskrise aus, die die zyklische Überführung der Märkte und die daraus folgende Stockung der Kapitalumschläge dokumentiert. Es setzt ein zyklischer Abschwungsprozess ein, in dessen Verlauf die Marktpreise fallen und der Entwertungsprozesse, zuerst von Kapital in Warenform, danach auch von produktivem Kapital erzeugt. Diese Kapitalentwertung normiert rückschlagend den Umschlagszyklus des fixen Kapitals und bereitet so die spätere Neuanlage von Fixkapital vor, die im wesentlichen Rationalisierungs- und Ersatzinvestitionen impliziert, die den Kostendruck auffangen. Damit hat sich gezeigt, dass das vorhandene fixe Kapital und die in ihm verkörperte technologische und stoffliche Struktur des kapitalistischen Gesamtreproduktionsprozesses unzureichend für den weiteren Fortgang der zyklischen Kapitalakkumulation geworden war und durch neue Exemplare in natura ersetzt werden musste. Die konzentrierte Neuanlage von fixem Kapital läutet durch eine Investitionskonjunktur den folgenden zyklischen Aufschwung ein und gibt für den kommenden Prozess zugleich eine neue materielle Grundlage vor.

Man sieht somit: Die zyklische Bewegung der Marktpreise für verschiedene Warengruppen und das gesellschaftliche Gesamtprodukt ist ein weiterbestimmter allgemeiner Ausdruck des prozessierenden Verhältnisses zwischen Angebot und Nachfrage sowohl auf dem gesamtwirtschaftlichen Warenmarkt als auch auf dem Arbeitsmarkt, schließlich – wovon wir vorliegend noch abgesehen haben – auch auf dem gesamtwirtschaftlichen Finanzmarkt.[23] Innerhalb dieser zyklischen Bewegung wird somit über die Marktpreisbewegung als Durchschnittsgröße sowohl der Marktproduktionspreis für einzelne Sphärenwarenprodukte als auch der Wert für das gesamtgesellschaftliche Warenprodukt hergestellt; der Wert ist ex-post als Durchschnittsgröße der schwankenden Marktpreise in Zyklusfrist fixierbar.

Die vom Wertgesetz beherrschte ex-ante-Regulation des gesamtwirtschaftlichen Zusammenhangs zwischen Produktion und Konsumtion beinhaltet also im Kern die Explikation der Marxschen These, dass der Umschlag des fixen Kapitals eine materielle Grundlage der periodischen Krisen sei. Sie schließt den zyklischen Prozess der Kapitalakkumulation als Durchsetzungsform integral ein. Darüber hinaus beruht sie auf dem allgemeinen Abhängigkeitsverhältnis zwischen Produktions- und Distributionsverhältnissen als Verhältnis der Wechselwirkung ungleicher Kräfte, worin die Produktion das übergreifende Moment darstellt, der Einfluss der Distribution oder die Struktur der zahlungsfähigen Nachfrage jedoch modifizierend auf die Verhältnisse der Produktion zurückwirkt. In jedem Augenblick präsentiert sich also der Wert als selbst variables Oszillationszentrum der Preise. Die Bestimmtheit

---

lischen Überproduktion eingeleitet wird. Vgl. dazu ausführlicher Kapitel 10 der vorliegenden Abhandlung sowie die Darstellung des Konjunkturzyklus in Krüger 2010: 321ff.

[23] Der Einbezug des gesamtwirtschaftlichen Finanzmarktes und seiner Verwertungsrate, dem Komplex an Zinsfüßen für Kapitale verschiedener Fristigkeiten und Risikoklassen ihrer Anlage, erfolgt später bei der Betrachtung von Grundbestimmungen des Konjunkturzyklus in Kapitel 10 der vorliegenden Abhandlung. Die schrittweise Darstellung der verschiedenen Prozesse des Profitratenausgleichs und des Konjunkturzyklus bedeutet natürlich nicht, dass jene ohne das Kredit- und Bankensystem möglich wären.

der Preise durch den Wert löst sich auf in die Angabe der Grenzen, bis zu welchem Grad die Preisbewegung ihr Oszillationszentrum verschieben kann.

Die von Keynes erkannten oberflächlichen Dimensionen des gesamtwirtschaftlichen Regulationszusammenhangs zwischen Produktion und Konsumtion in der kapitalistischen Produktionsweise

Betrachten wir Keynes' Konzept der Erwartungen als Bestimmungsgrund von Produktion und Beschäftigung vor dem skizzierten Hintergrund der wertgesetzlichen Regulation des gesamtwirtschaftlichen Zusammenhangs zwischen Produktion und Konsumtion, so ergibt sich zunächst die schon vorher herausgestellte Analogie hinsichtlich der Betonung des Elastizitätspotenzials, welches mit einer gleichgewichtigen Fundierung der gesamtwirtschaftlichen ex-ante-Regulation nicht einzufangen ist. Jedoch wird nunmehr klarer, worin die Unzulänglichkeiten der Keynesschen Fassung begründet liegen. Die Entwicklung der kapitalistischen Akkumulation kann von ihm nicht auf allgemeine Gesetzmäßigkeiten der Produktion und Verwertung des Kapitals zurückgeführt werden. Die innere Struktur der Produktionsverhältnisse, welche die Gesetzmäßigkeiten der Produktivkraftentwicklung und ihrer wertmäßigen Ausdrucksformen beherbergt – organische und Wertzusammensetzung des Kapitals und allgemeine Mehrwertrate, die zusammengenommen die Entwicklung von konstantem Kapital C, variablem Kapital V und Mehrwert M bestimmen –, wird ebensowenig entschlüsselt wie das kapitalistische Produktionsverhältnis als antagonistisches Klassenverhältnis zwischen (produktiver) Lohnarbeit und Kapital als Basis fixiert wird. Ebenso wird, in Konsequenz dieses Umstandes, die Struktur der gesamtwirtschaftlichen Verteilungsverhältnisse nicht als grundsätzlich durch die Bedingungen der Produktion bestimmte Kehrseite derselben begriffen. Der bestimmte Zusammenhang zwischen Angebot und Nachfrage als oberflächlichen Formen dieses Zusammenhangs, die als regulierte und rückwirkend regulierende Aggregatkräfte die Konkurrenz zu beherrschen scheinen, ist bei Keynes nicht entwickelt. Damit wird folgender wesentliche Zusammenhang nicht erfasst: »*Es sei hier … bemerkt, daß das ›gesellschaftliche Bedürfnis‹, d.h. das, was das Prinzip der Nachfrage regelt, wesentlich bedingt ist durch das Verhältnis der verschiedenen Klassen zueinander und durch ihre respektive ökonomische Position, namentlich also erstens durch das Verhältnis des Gesamtmehrwerts zum Arbeitslohn und zweitens durch das Verhältnis der verschiedenen Teile, worin sich der Mehrwert spaltet (Profit, Zins, Grundrente, Steuern usw.); und so zeigt sich auch hier wieder, wie absolut nichts aus dem Verhältnis von Nachfrage und Zufuhr erklärt werden kann, bevor die Basis entwickelt ist, worauf dies Verhältnis spielt.*« (MEW 25: 191)[24]

[24] Vgl. auch ebd. 205: »*Nachfrage und Zufuhr, bei weiterer Analyse, unterstellen die Existenz der verschiedenen Klassen und Klassenabteilungen, welche die Gesamtrevenue der Gesellschaft unter sich verteilen und als Revenue unter sich konsumieren, die also die von der Revenue gebildete Nachfrage bilden; während sie andererseits, zum Verständnis der durch*

Keynes betont lediglich die Rückwirkung namentlich der Nachfrage auf das gesamtwirtschaftliche Angebot, also die Bestimmtheit von Angebot und Nachfrage als regulierenden Aggregatkräften. Da bei ihm jedoch die produktionsbestimmte Grundlage der inneren Gliederung von Angebot und Nachfrage fehlt, muss er bei der Betrachtung ihrer Funktion als regulierten Größen auf später genauer zu untersuchende »psychologische Gesetze« zurückgreifen. Was Keynes mit seiner Theorie der »wirksamen Nachfrage« gelingt, ist der Aufweis des flexiblen Zusammenspiels zwischen Angebot und Nachfrage in gesamtwirtschaftlicher (als auch einzelwirtschaftlicher) Dimension. Er erfasst somit korrekt die spezifische Natur des gesamtwirtschaftlichen Zusammenhangs in der kapitalistischen Produktionsweise als indirekten, über den Markt gesteuerten Funktionszusammenhang. Dies reicht für eine Kritik an den Voraussetzungen der Neoklassik, insbesondere des Sayschen Gesetzes aus; es reicht nicht für die vollständige Analyse des Verlaufs der Kapitalakkumulation, ein Umstand, der, wie bereits vermerkt, sich auch darin zeigt, dass konjunkturelle Schwankungen und die Existenz der zyklischen Krise nicht als notwendige Momente der Durchsetzung des Wertgesetzes in der Konkurrenz erfasst werden können.

Auf dieser seiner theoretischen Grundlage gelingt Keynes aber weiterhin eine korrekte Bestimmung des bewussten Handelns der Produktionsagenten. Dies haben wir bisher noch ganz aus unserer Skizze ausgeblendet. Wir hatten hervorgehoben, dass unter den Bedingungen entwickelter kapitalistischer Produktion die Waren(massen) nicht als Produkte von Warenproduzenten, sondern als Produkte von Kapitalen ausgetauscht werden. Sie müssen somit zu Preisen verkauft werden, die neben der Deckung des Kostpreises auch noch die Realisation eines Durchschnittsprofits auf das vorgeschossene Kapital einschließen. Andererseits ist jedoch nicht der Verkauf zu solchen Produktionspreisen, d.h. die Erzielung eines durchschnittlichen Profits auf das vorgeschossene Kapital bewusster Zweck und Motiv der einzelnen Kapitalisten. Diese wollen ihre produzierten Waren vielmehr zu Preisen verkaufen, die ihnen einen Maximalprofit erbringen. Dass sie schließlich, über die zyklischen Schwankungen hinweg, alle nur einen tendenziell durchschnittlichen Profit realisieren, ist Resultat eines hinter dem Rücken der individuellen Kapitalisten ablaufenden Prozesses, den sie selbst nicht bewusst kontrollieren können. Die Realisation der (Markt-)Produktionspreise der verschiedenen Sphärenprodukte im Durchschnitt eines industriellen Zyklus und die Bildung einer durchschnittlichen Profitrate für die Gesamtheit der Sphärenkapitale ist somit auch in dieser Beziehung erst werdendes Resultat der Wirkung »gewisser gesamtwirtschaftlicher Aggregatkräfte«. Was sich jedem einzelnen Kapitalisten als gegebenes Datum präsentiert, ist bei gegebener Technik oder »gegebener Kapitalausrüstung« eine bestimmte Faktorkombination und die sich daraus ergebenden Produktionskosten als Summe der Preise dieser Produk-

---

die Produzenten als solche unter sich gebildeten Nachfrage und Zufuhr, Einsicht in die Gesamtgestaltung des kapitalistischen Produktionsprozesses erheischen.«

tionsfaktoren. Produktivitätsunterschiede zwischen den Einzelkapitalen zeigen sich als Unterschiede ihrer Kostpreise. Der Verkaufspreis der produzierten Warenmasse ist dagegen zunächst unbestimmt, seine profitmaximale Bestimmung hängt von Marktkonstellationen wie Marktzugangsmöglichkeiten, Konkurrenzformen (Produkt-/Preiskonkurrenz), Produktbeschaffenheiten (Standardmassenprodukt, Produktion individualisierter Produkte/Anlagen auf Bestellung), Preiselastizitäten der Nachfrage und des Angebots etc. ab.

In der kurzen Frist kommt es für jeden Unternehmer darauf an, seine Umsatzrendite pro Zeiteinheit (Jahr) zu maximieren. Dies reflektiert den Umstand des mit gegebener Produktionskapazität oder gegebenem fixen Originalkapital operierenden Kapitalisten und die Ausbildung seiner kurzfristigen Erwartungen. Für die längere, näher durch die Dauer des Umschlags von fixem Kapital bestimmte Frist wird die Erzielung einer maximalen marginalen Profitrate bzw. Profitrate auf für jeweilige Investitionsprojekte zu investierende Zusatzkapitale das zu erreichende Ziel (langfristige Erwartungen). Erst rückblickend kann als Erfolgsmaß für eine abgelaufene zyklische Periode die Gesamtkapitalrentabilität im Sinne der Profitrate auf den Gesamtkapitalvorschuss des betreffenden Unternehmens errechnet werden, die ihrerseits einen wichtigen Bestimmungsgrund für etwaige Produktionsverlagerungen, Umorientierungen im Produktionsprogramm etc. für die kommende Periode darstellt. Verschiedene Erwartungen, die alle auf der gegebenen materiellen Kapitalbasis aufsetzen, aber in die Zukunft gerichtet sind, stellen das für das bewusste Handeln der Kapitalisten bestimmende Moment dar und sind ihrerseits nichts anderes als die Durchsetzungsformen der oben skizzierten Resultate, die der gesamtwirtschaftliche Prozess hervorbringt und die vermittels der von diesen Motiven und Zielen geleiteten Handlungen beständig mitreproduziert werden.

Keynes fixiert den gesamtwirtschaftlichen Regulationszusammenhang in der kapitalistischen Produktionsweise anhand dieser oberflächlichen Formen, in denen sich das Wertgesetz realisiert. Er fixiert anhand der resp. Erwartungen der Unternehmer als Produzenten und Investoren die subjektiven Verarbeitungsformen der Marktpreisbewegung und die Ausgleichung der Marktpreise zu (Markt-)Produktionspreisen in gewissen zeitlichen Perioden. Dass in diesem Prozess zugleich die Bildung einer durchschnittlichen Profitrate auf das jeweils vorgeschossenen Kapital eingeschlossen ist, ist ihm bewusst. Welche regulierenden Aggregatkräfte jedoch diesen Bildungsprozess der durchschnittlichen Profitrate beherrschen, die über das bewusste Agieren der Produktionsagenten bloß durchgesetzt werden, kann er nicht präzise bestimmen. An dieser Stelle offenbart sich ein weiteres Mal die prinzipielle Erklärungsgrenze seines auf der Handlungstheorie aufbauenden Systems. Dass Keynes andererseits jedoch, trotz dieses unzureichenden theoretischen Fundaments, sich keine regulierenden Normen in Gestalt allgemeiner Gleichgewichtsbedingungen zurechtbasteln muss und die wirkliche Dynamik und Elastizität des gesamtwirtschaftlichen Reproduktionszusammenhangs in oberflächlichen Formen korrekt angeben kann, zeigt sein Gespür für die systemspezifischen Charakteristika der kapitalistischen Produktionsweise.

Zweiter Abschnitt: Der reproduktive Kreislauf und die Neigung zum Konsum

Kapitel 4: Die mikroökonomische Basis bei Keynes

a) Keynes' produktionstheoretische Grundlagen

Stellenwert der Produktionstheorie im Keynesschen System

Keynes setzt mit seiner Kategorie der »unfreiwilligen Arbeitslosigkeit« die neoklassische Beschäftigungstheorie außer Kurs – aber nur insoweit, als er die mikroökonomische Analyse des Arbeitsangebotsverhaltens der Haushalte für die Frage nach den Bestimmungsgründen des gesamten Beschäftigungsvolumens für irrelevant erklärt. Der Grad der Beschäftigung hängt ihm zufolge von der Arbeitsnachfrage ab, wofür die Unternehmen verantwortlich zeichnen. In seiner Analyse stehen also die Unternehmen als Faktornachfrager, nicht die Haushalte als Faktoranbieter im Vordergrund. Unternehmen und Haushalte werden also von Keynes nicht als »Institutionen« betrachtet, die über gleichartige, wenn auch einander entgegengerichtete Kräfte verfügen, sondern er weist den Unternehmen, d.h. der Seite der Produktion im gesamtwirtschaftlichen Kreislauf die marktdominierende Rolle zu: Die Unternehmen fragen bei steigender Produktion mehr Arbeitskräfte nach; ihrerseits hängt die Produktion wieder von der effektiven Nachfrage auf den Warenmärkten ab, die die Bezieher der Faktoreinkommen wirksam werden lassen, d.h. vom Umfang der Beschäftigung. Im mikroökonomischen Teil seiner Analyse muss Keynes also erklären, wovon das Arbeitsnachfrageverhalten der Unternehmen bestimmt ist. Da neben den Produktionskosten auch die Nachfrageseite von bestimmendem Einfluss auf den Umfang der Beschäftigung ist, die Nachfrage aber aus den von den Unternehmen ausgeschütteten Faktoreinkommen gespeist wird, muss er analysieren, welches die Determinanten dieser Nachfrage sind. Er muss, mit anderen Worten, auch eine Verteilungstheorie bieten.

Dadurch, dass der Umfang der Gesamtbeschäftigung im Keynesschen System keine bloße Funktion der Kostenstruktur des Unternehmenssektors ist, sondern auch vom Umfang der gesamtwirtschaftlich effektiven Nachfrage abhängt, besitzt die mikroökonomische Analyse bei Keynes einen grundsätzlich anderen Stellenwert und ein anderes methodisches Gewicht als bei der traditionellen neoklassischen Theorie. Diese nimmt, getreu dem handlungstheoretischen Prinzip des »methodologischen Individualismus«, ihren Ausgangspunkt in der Analyse der Determinanten des Verhaltens der Individuen als vereinzelten Einzelnen. Darauf aufbauend will sie erklären, wie aus dem individuell-einzelwirtschaftlich rationalen Verhalten der homini oeconomici eine gesamtwirtschaftliche Rationalität entspringt, wie also das rationale Verhalten auf der »Mikro-Ebene« zum Optimum der Allokation der Ressourcen, sowohl der sachlich-gegenständlichen wie der lebendigen (Arbeit), auf der »Makro-Ebene« führt. An dieser Schnittstelle der Transformation von der Mikro- auf die Makro-Ebene liegt die große Schwachstelle der Neoklassik: Ihre theoretische Fundierung allein durch das bewusste Handeln der Akteure lässt nur noch

die normative Setzung eines Gleichgewichts zu, das als Konstrukt des Theoretikers die Einsicht in den ökonomischen Gesamtzusammenhang ersetzt. Die »invisible hands« des Marktmechanismus stellen den Exekutor für die Herstellung und Gewährleistung dieses stabilen gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes dar.

Keynes dagegen geht von der Existenz eines gegensätzlich strukturierten gesamtwirtschaftlichen Systemzusammenhangs in der entwickelten Geldwirtschaft aus. Das einzelne Wirtschaftssubjekt ist nicht im Sinne des vereinzelten Einzelnen vollständig autonom, sein ökonomisches Agieren trägt vielmehr die Spuren dieses ihm übergeordneten gesamtwirtschaftlichen Zusammenhangs mit seinen eigentümlichen, nur makroökonomisch geltenden Bewegungsgesetzen an sich. Anders ausgedrückt: Die handelnden ökonomischen Agenten der »Institutionen« werden je in ihrem spezifischen gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang zueinander begriffen; es ist dieser gesamtwirtschaftliche Zusammenhang, der als übergeordneter »Rahmen« Parameter für das einzelwirtschaftliche Verhalten setzt. Dies bedeutet, dass die mikroökonomischen Bestandteile des Keynesschen Systems stets als Bestandteile innerhalb seiner gesamtwirtschaftlichen »fundamentals« zu begreifen sind. Die »Mikro-Theorie« hat bei Keynes die Aufgabe, die aus der gesamtwirtschaftlichen Analyse gewonnenen Ergebnisse zu untermauern.

Dieser gegenüber der neoklassischen Theorie andere Stellenwert des mikroökonomischen Teils der Keynesschen Analyse bedeutet jedoch andererseits nicht, dass deren inhaltliche Ausrichtung und Bestimmtheit sich grundlegend von derjenigen der Neoklassik unterscheidet; umgekehrt stimmt Keynes' Mikroanalyse weitgehend mit jener überein. Die Grenzproduktivitätstheorie bleibt Verteilungstheorie, allerdings, wie früher gezeigt,[1] nur für die Löhne. Desgleichen bleiben Preistheorie und Marginalbetrachtung in der traditionellen Form erhalten. Es ist daher lediglich »*die Nachfrageseite, auf der wir ganz neue Gedanken einzuführen haben*« (AT: 249, vgl. auch 77).

Ertragsgesetzliche Produktionsfunktion

Der traditionellen Preistheorie verhaftet, braucht Keynes eine Produktionsfunktion, die ihm die gewinnoptimale Produktionsmenge – nach Koppelung mit den Faktorkosten – liefert und somit die Kalkulation des Angebotspreises ermöglicht. Die technologisch bestimmte Einsatzmenge an Arbeit zusammen mit dem (Real-)Lohn bestimmen die Beschäftigungsmenge N. Darüber hinaus liefert ihm die Produktionsfunktion die Basis für seine (Real-)Lohntheorie. Die Gewinne, d.h. das Einkommen des Unternehmers dagegen werden nicht mehr grenzproduktivitätstheoretisch, sondern mithilfe des Knappheitstheorems erklärt, denn sonst wären sie ebenso quantitativ eindeutig wie die Löhne bestimmt und es ergäbe sich das Gesetz von Say.

Keynes verwendet nun eine besondere Form der Produktionsfunktion. Er sieht »*Reallöhne und Produktionsmenge (und daher Beschäftigungsmenge) in einer ein-*

[1] Vgl. Kapitel 2 der vorliegenden Abhandlung.

zigartigen Wechselbeziehung …, so daß im allgemeinen die Beschäftigung nur zunehmen kann, wenn die Reallöhne gleichzeitig fallen. … Bei einem gegebenen Stand der Organisation, der Ausrüstung und der Technik hat der durch eine Arbeitseinheit verdiente Reallohn eine eindeutige (inverse) Beziehung zu der Menge der Beschäftigung. Wenn *die Beschäftigung zunimmt, muß somit auf kurze Sicht das Entgelt je Arbeitseinheit, in Lohngütern ausgedrückt, im Allgemeinen fallen, und die Gewinne müssen zunehmen. Das ist einfach die Kehrseite des bekannten Satzes, daß die Wirtschaft normalerweise in der kurzen Periode, während der die Ausrüstung usw. als beständig angenommen werden, mit abnehmendem Ertrag arbeitet, so daß der Grenzertrag im Lohngütergewerbe (der die Reallöhne bestimmt) notwendigerweise abnimmt, wenn die Beschäftigung zunimmt.«* (AT: 15) Keynes unterstellt also eine Produktionsfunktion, die sinkende Grenzerträge aufweist. Eine derartige Funktion ist in der ökonomischen Theorie als Ertragsgesetz bekannt.

Nachfolgend ist die Kritik des Ertragsgesetzes zu liefern, wobei in zwei Schritten vorgegangen wird. Zunächst erfolgt die Kritik an den rein produktionstheoretischen Ergebnissen und Prämissen des Ertragsgesetzes als solchem und in seiner Eigenschaft als eine Produktionsfunktion. Danach ist das Ertragsgesetz als Verteilungstheorie, insbesondere zur Lohnbestimmung zu kritisieren. Die positive Darstellung der Lohnbestimmung auf dem Arbeitsmarkt bei Keynes erfolgt später.[2]

Nach allgemein herrschender Produktionstheorie erbringen die Produktionsfaktoren in ihrem Zusammenspiel im Produktionsprozess einen Ertrag. Die Produktion wird sich also so vorgestellt, das Faktoreinsätze jeweilige Faktorerträge hervorbringen, wobei Einsatz und Ertrag der Faktoren in einem funktionalen Zusammenhang stehen. Die nähere Untersuchung dieses Zusammenhangs wird als technisches Problem der Kombination der Faktoren betrachtet und in das Fachgebiet der »Fertigung« verwiesen. Der formale Ausdruck dieser Produktivitätsbeziehung ist die Produktionsfunktion. Sie ist also nichts weiter als eine mathematisch-formale Darstellung der technologisch bestimmten Beziehung von Input zu Output und zeigt, wie sich der Ertrag ändert, wenn die Einsatzmengen der Produktionsfaktoren variiert werden. Dabei muss allerdings vorausgesetzt werden, dass die Faktorqualitäten unverändert bleiben; Veränderungen derselben führen zu einer neuen Produktionsfunktion.

Das Ertragsgesetz geht nun davon aus, dass ein nach Qualität und Quantität bestimmter Ertrag mithilfe verschiedener Kombinationen derselben Produktionsfaktoren erzeugt werden kann. Die Faktoreinsatzmengen müssen daher, zumindest innerhalb gewisser Grenzen, frei variierbar sein, d.h. nicht eindeutig vom Ertrag, der Produktenmenge abhängen. Das sich ergebende »ökonomische« Problem im Sinne des Wirtschaftlichkeitsprinzips resultiert nun daraus, dass die Faktorpreise das Ausmaß der in die Kombination eingehenden Faktormengen, mithin die quantitative Proportionierung der Faktoren, mitbestimmen. Es gilt dann also, die kostengünstigste Kombination zu finden.

---

[2] Vgl. dazu das Kapitel 9 der vorliegenden Abhandlung.

Das infrage stehende Problem der optimalen Allokation der Ressourcen kann erst dann gelöst werden, wenn ermittelt werden kann, wie der Beitrag jedes einzelnen Faktors zum Gesamtertrag ist. Diese Zurechungsschwierigkeit ist lösbar, wenn die Faktoreinsatzmengen frei variierbar sind. Dann nämlich werden alle Faktoreinsatzmengen bis auf eine konstant gehalten und die resultierenden Ertragsänderungen dem variierten Faktor zugeschrieben.

Für die formale Behandlung dieses Problems muss nun gefordert werden, dass alle Faktoren beliebig teilbar, das bedeutet physisch homogen sind, damit für die Funktion partielle Ableitungen existieren. Keynes ist sich dieses Problems bewusst: »*Diese Darstellungsart stützt sich auf die bequeme Voraussetzung, daß die Kurve der Grenzgrundkosten über ihre ganze Länge für Änderungen in der Produktion kontinuierlich verläuft. Diese Voraussetzung entspricht jedoch oft nicht der Wirklichkeit, und die Kurve mag an einem oder mehreren Punkten diskontinuierlich verlaufen, besonders, wenn wir an eine Produktionsmenge kommen, die der technischen Vollauslastung der Ausrüstung entspricht. In diesem Fall bricht die Grenzanalyse teilweise zusammen, und der Preis kann die Grenzgrundkosten* übersteigen, *wenn jene in bezug auf eine kleine* Abnahme *der Produktion berechnet werden. (Auf die gleiche Art kann es oft eine Diskontinuität in der Abwärtsrichtung geben, das heißt eine Verminderung der Produktion* unter *einen gewissen Punkt.) Dies ist wichtig, wenn wir den kurzfristigen Angebotspreis im langfristigen Gleichgewicht betrachten, da in jenem Fall irgendwelche Diskontinuitäten, die einem Punkt technischer Vollauslastung entsprechen, als relevant angenommen werden müssen. Es kann daher vorkommen, daß der kurzfristige Angebotspreis im langfristigen Gleichgewicht die Grenzgrundkosten (gemessen für eine kleine Produktionsabnahme) übersteigen muß.«* (AT: 59, Fn.) Keynes zeigt auch hier die Einsicht, dass aufgrund der Prämisse konstanter Faktorqualitäten das Ertragsgesetz nur für die kurze Frist Gültigkeit besitzt; mit anderen Worten: »*Das Ertragsgesetz gilt (nur, S.K.) bei unterschiedlicher Ausnutzung einer gegebenen betrieblichen Kapazität.«* (Arndt 1966: 45) Dieses Bewusstsein bleibt bei Keynes aber folgenlos; die Zusammenbindung von kurz- und langfristigem Angebotspreis erfolgt über den Unterschied zwischen Grenz- und Durchschnittskosten.

Prüfen wir nun, inwieweit das Ertragsgesetz als Produktionsfunktion tatsächlich repräsentativ für die entwickelte kapitalistisch-industrielle Produktionsweise ist.

Erstens: Grundlage für die Existenz und Stabilität jedweder Produktionsfunktion ist, dass die »Argumente« der Funktion identisch bleiben; ändern sie sich der Quantität nach, würde eine solche Funktion als formale Darstellung gar nicht erst entstehen. Anders ausgedrückt: Damit die Produktionsfunktion die Tatsache, dass der Produktionsprozess gewissen Gesetzmäßigkeiten folgt, formal darstellen und damit auch diese Regeln näher charakterisieren kann, ist es absolut notwendig, von einer identischen Ausgangssituation auszugehen, d.h. Variablen dürfen sich nur in ihren Quantitäten unterscheiden. Für die Produktionsfunktion bedeutet dies die Konstanz der Produktionsfaktoren in qualitativer Hinsicht. Näher betrachtet heißt dies für den Produktionsfaktor »Kapital« Konstanz der Technik, d.h. Abwesenheit

von technischem Fortschritt, unveränderte Kapazität sowie Konstanz der Qualität der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe. Für den Produktionsfaktor Arbeit bedeutet diese Prämisse einen gegebenen und konstanten Ausbildungsstand und Leistungsfähigkeit, d.h. unveränderte Arbeitsintensität. Ökonomisch gefasst beschränken diese Voraussetzungen die Gültigkeit jeder Produktionsfunktion auf die kurze Frist, innerhalb derer nicht die Produktivität der Faktoren, sondern nur ihre eingesetzte Menge verändert werden kann.

Diese Voraussetzung ist nun sehr streng, da sie für die Existenz der mathematischen Form einer Funktion verantwortlich ist. Sie beschreibt aber inhaltlich richtig Verhältnisse in einem industriell organisierten Produktionsprozesses während einer bestimmten Phase des Konjunkturzyklus, genauer: für das zu Beginn des Zyklus umgewälzte fixe Originalkapital. Sofern es als materielle Grundlage des folgenden zyklischen Kursus wirkt, ist der Stand der Technik tatsächlich in etwa festgeschrieben, die Entwicklungsstufe der Produktivkräfte ist fixiert in den stofflichen Bestandteilen des aus Maschinerie bestehenden Fixkapitals. Zwar besitzt die kapitalistische Produktionsweise mit der Akkumulation durch Neuanlage der Zusatzkapitale eine gewisse Elastizität, sie vermag sich von der durch die stoffliche Beschaffenheit dieser Bestandteile des fixen Kapitals erzwungenen Beschränkung auf bestimmte Produktionsmethoden zu emanzipieren – insofern müsste die verschärfende Bedingung einfacher Reproduktion eingeführt werden, eine Bedingung, die der Produktionsfunktion an sich nicht anhaftet. Die Produktionsverhältnisse, deren Widersprüche in der Krise und dem nachfolgenden zyklischen Abschwung zum Ausdruck kommen, verhindern aber eine stetige Veränderung der Produktionsmethoden im Zuge der Akkumulation, d.h. die stetige und gleichmäßige Durchsetzung des technischen Fortschritts auf gesamtwirtschaftlicher Stufenleiter. Vielmehr geben eben die Krisen und die Konkurrenzverhältnisse im auslaufenden Abschwung die mächtigsten Impulse zu einem zeitlich konzentrierten Ersatz von großen Teilen des fixen Kapitals in neuer, umgewälzter Gebrauchsgestalt.

Zweitens: Wie bereits gesehen, geht das Ertragsgesetz von innerhalb gewisser Grenzen frei variierbaren Faktoreinsatzmengen aus, die jeweils substituierbar sind. Die Lösung des Zurechnungsproblems, das sich mit der Regulativfunktion der mit in die Betrachtung einzubeziehenden Faktorpreise ergibt, erfordert, dass ein Faktor der Menge nach konstant gehalten wird, um den Beitrag eines ihn substituierenden Faktors zum Grenzertrag zu ermitteln. Diese Notwendigkeit, konstitutiv für das Ertragsgesetz – denn die vorgenannte Bedingung ist eine allgemeine Notwendigkeit für jedwede Produktionsfunktion –, scheitert an eben dieser ersten Prämisse: »*Eine Weberei, in der eine bestimmte Webware (Nesselware) hergestellt wird, möge mit gewöhnlichen, glatten Oberschlagwebstühlen arbeiten, die bei 220 Tonnen in der Minute 5 m Stoff in der Stunde zu produzieren gestatten. Fixiert man nun die Arbeitsgeschwindigkeit der Webstühle auf 220 Tonnen/Minute und vermag ein Arbeiter 8 Webstühle zu bedienen, dann erhält man in 8 Stunden eine Produktmenge von 5 x 8 x 8 = 320 m Stoff. Stellt man einen Arbeiter mehr an die Webstühle, so würde er unbeschäftigt bleiben, wenn der bereits beschäftigte Arbeiter sein Arbeitsverhal-*

ten nicht ändert. … Noch ein anderer Fall: Die Schnittgeschwindigkeit einer Drehbank ist gleich dem Umfang des zu bearbeitenden Werkstückes x Umdrehungszahl. Bei Verwendung eines bestimmten Drehstahles betrage die Schnittgeschwindigkeit für ein bestimmtes Werkstück 15 m/Min. Der Vorschub sei 0,2 mm/Umdrehung. Bei fixiertem, aber unverändertem Verhalten des Arbeiters und der Maschine sollen sich 5 Werkstücke in der Stunde herstellen lassen. Sieht man von den tageszeitlichen und sonstigen Schwankungen ab, denen die Arbeitsleistung unterworfen ist, und läßt man den Arbeiter 4 Stunden arbeiten, dann wird er bei unverändertem eigenem Verhalten und unveränderter Leistung der Maschine in 4 Stunden 20 Werkstücke bearbeiten. Stellt man nun weiteres Material für die Bearbeitung zur Verfügung, hält man aber die Leistung der Maschine auf 15 m/Min und entsprechend das Verhalten des Arbeiters konstant, dann kann zusätzlich bereitgestelltes Material in der zugrunde liegenden Zeit nicht bearbeitet werden. Es bleibt unproduktiv und unbearbeitet liegen.« (Gutenberg 1965: 308f.)

Gutenberg formuliert im weiteren allgemein die Widersprüche zwischen den beiden zu behandelnden Prämissen des Ertragsgesetzes: »*Wenn der als konstant angenommene Faktor auf eine bestimmte Leistung fixiert wird, sein Verhalten also von der Einsatzvermehrung des variierten Faktors unbeeinflußt bleibt, dann kann offenbar die variierte Faktoreinsatzmenge nicht zu einem Mehrertrag führen. Irgendeine Substitutionsmöglichkeit von Teilen des Faktors gegen Teile des anderen Faktors besteht in einem solchen Falle nicht. Aus diesem Grund erhält man auch nur Ertragszuwächse, wenn man alle Faktoreinsatzmengen in der gegebenen Proportion vermehrt…«* (Ebd. 309) Zusammenfassend ergibt sich: »*Die strenge Bindung der eingesetzten Faktoren an eine bestimmte Leistung oder produktive Wirksamkeit schließt freie Variierbarkeit der Faktoreinsatzmenge aus. Damit entfällt die Möglichkeit, den produktiven Beitrag eines einzelnen Faktors zu isolieren und zu bestimmen.«* (Ebd. 310)

Weitere Fallbeispiele zeigen, dass die Einsatzmengen voneinander abhängig sind: So werden die Menge an Hilfs- und Betriebsstoffen zunehmen, wenn die zu verarbeitende Rohstoffmenge zunimmt, ebenso die Menge eingesetzter Arbeit. Das Mehrprodukt bzw. der Mehrertrag kann daher allen zusätzlich eingesetzten Faktoren zugeschrieben werden. Die vom Ertragsgesetz geforderte Substituierbarkeit der Faktoren ist mit der Prämisse konstanter Faktorqualitäten(-leistungen) unvereinbar. Mit dieser Substituierbarkeit entfällt gleichzeitig die Möglichkeit der Ermittlung der Grenzproduktivitäten, d.h. der Beiträge zum Grenzertrag, damit die Möglichkeit der Ermittlung der Minimalkostenkombination, wodurch der handlungsleitende Parameter verschwindet. Es ergibt sich: »*Die Untersuchungen haben also zu dem Ergebnis geführt, daß die Produktionsfunktion vom Typ A, also das Ertragsgesetz, für die industrielle Produktion nicht als repräsentativ anzusehen ist.«* (Ebd. 313) Damit, so bleibt zu resümieren, entleert sich die Produktionstheorie auf die simple Beobachtung, dass eine Kombination von Arbeit, Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen sowie Maschinen und Anlagen (plus Produktionsgebäuden) zu einem Produkt, einem Ertrag führt.

Warum aber bildet das Ertragsgesetz offensichtlich unberührt von der Kritik weiterhin die Grundlage der volkswirtschaftlichen Produktions- und Verteilungstheorie? Unbestritten ist zunächst, dass es singuläre Phänomene richtig beschreibt: Die physische Produktivität der Arbeit nimmt z.B. bei zunehmender Intensifikation derselben ab, was in dem Wendepunkt von zunehmenden Grenzerträgen den Impuls zu einer Verkürzung der Arbeitszeit gibt (vgl. MEW 23: 432). Eine derartige potenzielle Gültigkeit kann aber schwerlich der Grund für das hartnäckige Festhalten der traditionellen Produktionstheorie am Ertragsgesetz sein. Es sind dann auch zwei grundverschiedene Momente, die nach wie vor die Existenz einer ertragsgesetzlichen Produktionsfunktion nahelegen. Das eine ist ein theoretisch-systematisches Argument: Innerhalb der mikroökonomisch fundierten Allgemeinen Gleichgewichtstheorie bildet das Ertragsgesetz nach wie vor die analytische Basis für die Ableitung der Einkommensverteilung; dies ist vorliegend nicht weiter von Interesse.[3] Zum anderen legt die in der Wirklichkeit oftmals zu beobachtende »S-Kostenfunktion« eine ertragsgesetzliche Produktionsfunktion nahe: Gegebene Produktionskapazitäten unterstellt, variieren die Produktionskosten pro Stück produzierter Ausbringungsmenge bei sich verändernder Auslastung in dem bekannten S-för-

[3] Die Allgemeine Gleichgewichtstheorie behauptet, aufbauend auf dem verteilungstheoretischen Grundsatz: Grenzprodukt der Produktionsfaktoren = Entgelt der Produktionsfaktoren, führe das Marktgeschehen zu einem stabilen Systemzustand, in welchem eine optimale Ressourcenallokation sowie eine gerechte Einkommensverteilung bestehe. Dies muss allgemein, d.h. für jede gegebene Ausstattung der Volkswirtschaft mit Ressourcen (Produktionsfaktoren) gelten, sonst wäre der erkenntnistheoretische Wert dieser Theorie zu vernachlässigen. Es gibt dabei jeweils nur eine einzige optimale Kombination der Produktionsfaktoren, die zugleich via Minimalkostenkombination zu der »richtigen« Preisstruktur führt. Andere Produktionsfaktorenkombinationen ergeben überschüssiges Kapital oder überschüssige Arbeit, deren Entgelt gleich Null wäre. Dies ist aber mit der Forderung nach optimaler Allokation und dem Anspruch des Modells, eine Struktur von Preisen, Löhnen und Gewinnen zu generieren, die optimal alloziert und gleichgewichtssichernd ist, unvereinbar. »*Um aus dieser Schwierigkeit herauszukommen, werden technische Bedingungen angenommen, die den wechselseitigen Ersatz von Produktionsfaktoren in dem Sinn erlauben, daß die Produktion einer Ware durch Einsatz einer größeren physischen Menge des einen Faktors bei gleicher Menge der anderen gesteigert werden kann. Wenn nun der Einsatz des einen Faktors vergrößert wird, steigt die Produktion relativ weniger als der Faktoreinsatz; es stellen sich abnehmende Erträge oder sinkende Grenzproduktivitäten des vermehrten Faktors ein, wenn sich die physische Mengenproportion ändert. Die Tätigkeit des Auktionators gewährleistet, daß im Gleichgewicht keine Faktoren in einer Kombination eingesetzt werden, die zunehmende Erträge liefern; andernfalls wäre nämlich der Ertrag, den der Einsatz liefert, höher als der Mietpreis und es würde mehr davon eingesetzt werden.*« (Robinson 1980: 19) Mit anderen Worten: Das Gleichgewichtspostulat, d.h. der Erklärungsanspruch der Theorie, fordert die Substituierbarkeit der Produktionsfaktoren und damit einen ertragsgesetzlichen Verlauf der Produktionsfunktion. Das Ertragsgesetz hat somit einen wichtigen systematischen Platz und bildet sozusagen einen Pfeiler der neoklassischen Produktions-, Verteilungs- und Gleichgewichtstheorie; es ist ein unabdingbarer Bestandteil innerhalb dieser höchst ideologischen Konstruktion.

migen Verlauf. In der Kostentheorie besitzt also die nicht-lineare Kostenkurve empirische Evidenz, z.B. bei dem oft zu registrierenden Fall einer Fixkostendegression bzw. -expansion bei sich verändernder Kapazitätsauslastung. Oder der Anstieg der Lohnsätze, zunehmende Beschäftigung unterstellt, bringt bei gegebenen Produktionskapazitäten eine ähnlich gelagerte Kostenfunktion für den Betrieb bzw. den betreffenden Betriebsteil hervor. Hiermit können in der Tat charakteristische Bewegungen der Produktionskosten innerhalb verschiedener Phasen des Konjunkturzyklus theoretisch eingefangen werden. Gutenberg hat nun aber gezeigt, dass diese S-Kostenkurven sich ganz anderen Ursprüngen verdanken als einer ertragsgesetzlichen Produktionsfunktion. Quasi über den Umweg der Kosten- und Preistheorie, soweit produktions- bzw. kostenseitig fundiert, gewinnt das Ertragsgesetz eine scheinbare Plausibilität. Nur dieser Umstand kann rückwirkend auch die nach wie vor vorhandene Relevanz einer ertragsgesetzlichen Produktionsfunktion innerhalb der theoretischen Nationalökonomie erklären.

Kommen wir zurück zum Keynesschen System. Keynes kleidet das grenzproduktivitätstheoretische Grundpostulat seiner Verteilungstheorie mit Bezug auf den Arbeitslohn in die Worte: »Der Lohn ist gleich dem Grenzertrag der Arbeit. *Das heißt, der Lohn eines beschäftigten Menschen ist gleich dem Wert, der verloren ginge, wenn die Beschäftigung um eine Einheit vermindert würde (nach Abzug aller anderen Kosten, die durch diese Verminderung der Produktion vermieden würden), jedoch unter dem Vorbehalt, daß die Gleichheit, in Übereinstimmung mit gewissen Grundsätzen bei unvollkommenem Wettbewerb und Märkten verletzt werden kann.«* (AT: 5) Er bekennt weiter: »*…wir werden … das erste Postulat wie zuvor beibehalten«* (AT: 15). Desweiteren führt er die für die Konsistenz der Verteilungslehre fundamentale Prämisse aus, dass die Reallohnbewegung entlang der Ertragskurve zu laufen habe und gibt dafür einen kreislauftheoretischen Sachverhalt an, nämlich die Bestimmung des Reallohns durch den Grenzertrag in den Lohngüterindustrien.[4]

Die Verwendung der ertragsgesetzlichen Produktionsfunktion beruht auf der Prämisse konstanter Skalenerträge.[5] In der Dogmengeschichte steht die Neoklassik mit dieser Voraussetzung allerdings alleine dar. Die »economies of scale«, d.h. steigende Grenzerträge sind Grundbestandteil der klassischen politischen Ökonomie. Zuerst wurde dieses Phänomen von Adam Smith theoretisch gefasst – in seinem Stecknadelbeispiel gleich zu Beginn des »Wealth of Nations« (1786) wird es

---

[4] Vgl. AT, 25: »*Für jeden Wert von N (Menge der Beschäftigung, S.K.) gibt es eine entsprechende Grenzproduktivität der Arbeit in den Lohngüterindustrien, und es ist diese, die den Reallohn bestimmt.«*

[5] Mathematisch ergibt sich dies aus dem Eulerschen Theorem. Der Preis eines Produktionsfaktors entspricht dem von ihm beigesteuerten Grenzprodukt, mithin entspricht sein Einkommen seinem Beitrag zum Gesamtertrag. Die Funktion muss homogen ersten Grades sein, d.h. sie weist konstante Skalenerträge auf. Innerhalb der traditionellen Nationalökonomie gilt Sraffa als Kritiker, der eine immanente Kritik geleistet hat, indem er den Widerspruch zwischen konstanten Skalenerträgen mit der Prämisse vollständiger Konkurrenz nachgewiesen hat (vgl. Sraffa 1926).

direkt auf den Produktionsprozess in Arbeitsteilung bezogen. John Stuart Mill sieht den Hauptvorteil größerer Betriebe in der vermehrten Möglichkeit der Arbeitsteilung und zusätzlich in der Arbeitsvereinigung: »the larger the enterprise, the further the division of labour may be carried« (vgl. Mill 1848). Danach gelangt das Paradigma zu Alfred Marshall, der die »internal economies of scale« jetzt von Zuständen in Organisation und Management des Unternehmens abhängig macht (vgl. Marshall 1890, 243ff.). Als weitere Kostenvorteile, die von der Betriebsgröße abhängen, können genannt werden: Möglichkeit der Einführung neuer Produktionsweisen mithilfe teurerer Maschinerie oder im Zusammenhang mit der Natur der Arbeitsvorgänge, z.B. Unmöglichkeit der Arbeitsteilung auf kleiner Stufenleiter. Dieses Argument ist auch für Marx nach der mit der Akkumulation identischen Konzentration des Kapitals hauptsächlichster Vorteil bei der Zentralisation der Kapitale.[6]

Fassen wir zusammen: Das Ertragsgesetz ist sowohl als Form einer Produktionsfunktion als auch als Verteilungsfunktion abzulehnen. Als Produktionsfunktion enthält es die unrealistische Prämisse der Faktorsubstitution, die darüber hinaus mit der allgemeineren Implikation der Konstanz der Faktorqualitäten unvereinbar ist. Als Verteilungsfunktion wird es immanent durch das Phänomen steigender Skalenerträge widerlegt. Darüber hinaus ist der grundlegende Einwand zu erheben, dass dem Kapital keine Produktivität zugesprochen werden kann. Keynes trägt diesem letzteren Umstand Rechnung, indem er den Profit knappheitstheoretisch begründet, aber er belässt für den Lohn die traditionelle grenzproduktivitätstheoretische Verteilungstheorie in Kraft. Er ist insoweit inkonsequent, als er für diese unterschiedliche Behandlung der beiden Einkommensformen keinen Grund anzugeben weiß.

Das Ertragsgesetz ist aber nur eine besondere Form der Produktionsfunktion. Zu fragen ist nun, ob eine andere Produktionsfunktion – limitational nach Leontieff, Typ B nach Gutenberg – die Verhältnisse im Produktionsprozess abzubilden in der Lage ist, oder ob dem analytischen Instrument Produktionsfunktion überhaupt die Fähigkeit bestritten werden muss, die Verhältnisse im Produktionsprozess in ihrem

---

[6] Vgl. MEW 23, 656: »*Die Zentralisation ergänzt das Werk der Akkumulation, indem sie die industriellen Kapitalisten instand setzt, die Stufenleiter ihrer Operationen auszudehnen. … Die gewachsne Ausdehnung der industriellen Etablissements bildet überall den Ausgangspunkt für eine umfassendere Organisation der Gesamtarbeit vieler, für eine breitere Entwicklung ihrer materiellen Triebkräfte, d.h. für die fortschreitende Umwandlung vereinzelter und gewohnheitsmäßig betriebener Produktionsprozesse in gesellschaftlich kombinierte und wissenschaftlich disponierte Produktionsprozesse.*« Größenwachstum der Betriebe und Ausdifferenzierung ihrer innerbetrieblichen Arbeitsteilung ist als Rationalisierungsparadigma aber keineswegs das letzte Wort. Eine Entflechtung großer vertikal integrierter Produktionsorganisationen zugunsten neuer Unternehmenseinheiten auf Basis einer neu strukturierten Wertschöpfungskette im individuellen Betrieb – Stichwort: Konzentration auf Kernkompetenzen – begründet ein neues Rationalisierungsparadigma, welches nicht an der innerbetrieblichen, sondern der gesellschaftlichen Teilung der Arbeit zwischen marktwirtschaftlich interagierenden Unternehmungen ansetzt. Als allgemeines Prinzip der Entwicklung der Produktivkräfte der Arbeit bleiben Steigerung der Produktionsstufenleiter und davon ausgehende progressive Skaleneffekte natürlich weiterhin gültig (vgl. Krüger 2010: 109ff.).

vollen Ausmaß zu erfassen und darzustellen? Auf Basis der Marschen Werttheorie muss von letzterem ausgegangen werden. Die Begründung dieser Auffassung setzt an der Tatsache an, dass die Produktionsfunktion lediglich technologische Beziehungen zwischen Mengen reflektiert. Dies wird von der traditionellen Produktionstheorie als Grundlage gefasst, um mit der Erweiterung in Form der Hereinnahme der Preise in die Betrachtung zu den handlungsbestimmenden Kosten zu gelangen. Die Produktion eines Unternehmens, seine »Wertschöpfung«, wird dabei gefasst als Produkt aus erzeugten Mengen und dem jeweiligen Preis, wobei wichtig ist, dass der Preis als exogen, außerhalb des Machtbereichs des Unternehmens fixierter Parameter hereinkommt, als unbeinflussbarer Marktpreis (Unternehmen als »price-taker«). Diese Unterstellung beschränkt die Gültigkeit einer solchen produktionstheoretischen Auffassung von vornherein konsequent auf die Mikroebene. Die traditionelle Methode der Mikro-Makro-Aggregation, z.B. die Bestimmung der Gesamtbeschäftigungsmenge als die Summe der individuellen Beschäftigungsmengen erhält mit dieser preistheoretischen Inkonsistenz eine offene Flanke; denn makroökonomisch ist gerade zu erklären, wie die Preise durch das Zusammenspiel der Handlungen der vielen Unternehmen, die hier aggregiert »price-maker« sind, »gemacht werden«. Mit anderen Worten: Der Produktionsprozess ist zugleich Wertbildungsprozess, in ihm sind die Bedingungen der Wertschöpfung durch den Einfluss des Unternehmers auf die Faktorkombination zwischen der in den Produktionsmitteln vergegenständlichten Arbeit und der neuhinzugesetzten Arbeit veränderbar. Produktivkraftsteigerung auf Basis industrieller Produktion wird durch den Ersatz von lebendiger durch in der Maschinerie vergegenständlichte Arbeit erzielt, der ein Übergang von Arbeitsschritten und -funktionen von der lebendigen Arbeit auf die Maschinerie – Steigerung der technischen Kapitalzusammensetzung – entspricht. Diesem Prinzip des Ersatzes von lebendiger Arbeit durch Maschinerie gehorcht die Entwicklung des Werts bzw. Preises der einzelnen Waren, auch der wieder in den Produktionsprozess eingehenden Bestandteile des konstanten Kapitals. An der Oberfläche ist mit der unternehmerischen Kostenökonomie dieser grundlegende Unterschied zwischen der Produktivkraftsteigerung durch veränderte Faktorkombination und der resultierenden Auswirkung auf die Faktorpreise verhüllt; es gibt nur noch verschiedene Formen des technischen Fortschritts, je nach der Entwicklung der Preise für Produktionsmittel und für Arbeitskraft (kapital- vs. arbeitssparender technischer Fortschritt) (vgl. Krüger 2010: 140ff.).[7]

[7] In der Kostenökonomie ist also der Umschlag vom einzelnen Unternehmen als price-taker zum gesamtgesellschaftlichen Produktionsprozess als price-maker ausgelöscht. Auch die marxistische Theoriediskussion hätte sich eine Menge selbstgeschaffener Probleme ersparen können, wenn sie die Differenz zwischen den Bedingungen der Wertbildung im unmittelbaren Produktionsprozess und den oberflächlichen Erscheinungsformen des Gesamtprozesses, in denen der Kostpreis den falschen Schein einer Kategorie der Wertproduktion erhält, zur Kenntnis genommen hätte; vgl. bspw. das »Okishio-Theorem«, mit dem das Gesetz des tendenziellen Falls der allgemeinen Profitrate geleugnet worden ist (vgl. hierzu Krüger 2010: 415ff.).

Die traditionelle Produktionstheorie fasst jedoch die Arbeit lediglich als Gebrauchswerte produzierende konkret-nützliche Arbeit. Sie erkennt daher kein besonderes Spezifikum, das die (lebendige) Arbeit aus der Rolle der Produktionsfaktoren heraushebt, weil sie zugleich das Neuwert bildende Element ist. Unter diesem Gesichtspunkt ist auch Marx' Bemerkung angelegentlich der Behandlung des Ertragsgesetzes in der Formulierung von Liebig zu sehen: »… *irrige Deutung des Wortes ›Arbeit‹, worunter Liebig etwas anderes versteht als die politische Ökonomie«* (MEW 23: 329, Fn.). Das Fazit lautet: Die sich auf die Beschreibung von Mengenbewegungen beschränkende traditionelle Produktionstheorie ist zum Zweck der Analyse der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und ihrer Bewegungsgesetze untauglich, damit auch das von ihr entwickelte Instrument der Produktionsfunktion(en).

b) Gebrauchskosten und Bestimmung des Einkommens

Im Unterschied zu den grenzproduktivitätstheoretisch – und damit formal eindeutig, wenn auch auf Basis einer falschen produktionstheoretischen Grundlage – bestimmten (Real-)Löhnen ist bei Keynes in der »General Theory« das Unternehmereinkommen nicht eindeutig quantitativ mit den Produktionsbedingungen verknüpft. Der Gewinn verbleibt vielmehr als Restgröße, als Überschuss des Umsatzes über die Gestehungskosten; mit der vorgenommenen knappheitstheoretischen Profitbestimmung ist eine eindeutige größenmäßige Bestimmung desselben nicht möglich. Andererseits ist jedoch der Profit die maßgebende Größe, die die Investitionen veranlasst und damit auch die von den Unternehmen nachgefragte Beschäftigungsmenge bestimmt. Eine eindeutige qualitative Abgrenzung des Profits gegenüber den vom Umsatz abzusetzenden Kosten ist daher unabdingbar. Gleichzeitig erlaubt die Untersuchung der Kostengrößen die Erstellung von Kalkulationsgrundsätzen, d.h. die Bestimmung des einzelwirtschaftlichen Angebotspreises, auf dessen Höhe der erwartete Marktpreis mindestens liegen muss, damit der Unternehmer zur Investition veranlasst wird und Beschäftigung anbietet.

Das Einkommen aller am Produktionsprozess beteiligten Akteure entspringt den Tätigkeiten während desselben. Keynes erkennt nun das Problem, das für die Einkommensbestimmung durch die Existenz langlebiger Produktionsmittel entsteht. Es geht um die Zerlegung des Cash Flow oder EBITDA[8] als Bruttoumsatzüberschuss der Umsatzerlöse gegenüber den auszahlungsbegleiteten Aufwendungen in Abschreibungen und Wertminderung und Gewinn. Bereits in der »Treatise« hatte Keynes den Einfluss von Beständen auf die laufenden Tätigkeiten bzw. Entschei-

[8] Im vorliegenden Kontext können Cash Flow (vor Zinsen) und »Earnings before Interest, Depreciation and Amortisation« (EBITDA) ungeachtet ihrer betriebswirtschaftlich-konventionellen Unterschiede als identische Größen behandelt werden.

dungen thematisiert; in der »General Theory« geht er jedoch grundsätzlich anders vor.

Keynes unterscheidet im wesentlichen zwei Kostenarten, die mit dem Umstand zusammenhängen, dass im Produktionsprozess Bestands- und Stromgrößen auftreten. Die erste – Nutzungs- oder Gebrauchskosten (user cost) – fällt nur an, wenn die Kapitalausrüstung (sowie die Vorratsbestände) faktisch zur Produktion gebraucht wurde, die zweite – ergänzende Kosten (supplementary cost) – stellt in gewissem Sinne gesellschaftliche Kosten dar, denn sie beinhaltet Wertänderungen in den Kapitalbeständen, welche außerhalb des Handlungs- und Einflussbereichs des Unternehmers liegen und von seiner Entscheidung über Gebrauch oder Nichtgebrauch unabhängig sind.

Die Gebrauchskosten fallen aufgrund der Tatsache an, dass produziert wurde, sie stellen die Desinvestition in der Ausrüstung dar, die die Produktion mit sich bringt (vgl. AT: 58). Sie sind also dem erzeugten Gesamtprodukt zuzurechnen, d.h. sie müssen im Marktpreis wieder eingenommen werden. Der kurzfristige Angebotspreis, dessen Höhe der Marktpreis mindestens erreichen muss, um Produktionstätigkeit zu veranlassen, enthält die Nutzungskosten als Kalkulationsbestandteil.[9]

Die ergänzenden Kosten fallen unbeschadet der Tatsache an, ob die Kapitalausrüstung zur Produktion gebraucht wurde oder nicht. Sie reflektieren Veränderungen in der Marktbewertung der Ausrüstung bzw. der Bestände, aus denen sie sich zusammensetzt, die sich während der gesamten Lebensdauer der Ausrüstung ergeben haben können. Auch sie sind als Bestandteil des Kostpreises des Produkts zu fassen und sind vor der Ermittlung des Reineinkommens abzusetzen, wenn sie nicht unerwartet und damit vorhersehbar waren. Der langfristige Angebotspreis muss daher auch diese ergänzenden Kosten einschließen, wenn mindestens Kostendeckung erreicht werden soll.[10]

Bezüglich der Übertragung des Werts von der Maschinerie auf das produzierte Produkt unterscheidet Marx ebenfalls zwei Arten des Verschleißes derselben, den materiellen und den moralischen Verschleiß. Ersterer ergibt sich durch Gebrauch bzw. Nichtgebrauch, letzterer bezeichnet das wirtschaftliche Veralten durch die Konkurrenz bestehender Maschinerie mit billigeren und/oder wirkfähigeren Exemplaren.[11]

---

[9] Vgl. AT, 58: »*…der kurzfristige Angebotspreis ist die Summe der Grenzfaktorkosten und der Grenznutzungskosten.«*

[10] Neben den erwarteten, vorhersehbaren ergänzenden Kosten ergeben sich darüber hinaus aus Zufallsverlusten, die sowohl unfreiwillig wie unvorhergesehen sind – »*unvorhergesehene Änderungen im Marktpreis, außergewöhnliche Veraltung (der Ausrüstung, S.K.) oder Zerstörung durch Katastrophen«* (vgl. ebd. 50) –, Wertminderungen, die nicht in den gewöhnlichen Kalkulationen des Unternehmers enthalten sind, gegebenenfalls allerdings versicherbar sind, und aus dem Reineinkommen zu decken sind.

[11] Vgl. MEW 23, 426f.: »*Neben dem materiellen unterliegt die Maschinerie … auch einem sozusagen moralischen Verschließ. Sie verliert Tauschwert im Maße, worin entweder Maschinen derselben Konstruktion wohlfeiler reproduziert werden können oder beßre Maschinen konkurrierend neben sie treten. In beiden Fällen ist ihr Wert, so jung und lebenskräftig*

Prima facie scheint Keynes mit den Gebrauchskosten den materiellen, mit den ergänzenden Kosten den moralischen Verschleiß erfasst zu haben: Prüfen wir dies, indem wir vor allem seiner Bestimmung der Gebrauchskosten genauer folgen.

Aufgrund seiner traditionellen Produktionstheorie, die ihm den Zugang zur Analyse der funktionalen Zusammenhänge des Produktionsprozesses als Arbeits- und Verwertungsprozess des Kapitals verwehrt, kann Keynes der durch die lebendige Arbeit in ihrer konkret-nützlichen Eigenschaft vollzogenen Übertragung des Werts der Produktionsmittel nicht folgen. Die innere Formdifferenzierung des Kapitals nach konstantem und variablem Kapital bleibt ihm verborgen, er kennt lediglich den sekundären Formunterschied zwischen fixem und zirkulierendem Kapital, den er zudem nicht strikt auf das im Produktionsprozess fungierende produktive Kapital beschränkt, sondern zusätzlich auf das Warenkapital, also alles »gebundene Kapital« – im Unterschied zum Geldkapital – ausdehnt.[12] Um die von der laufenden Produktion verursachte Desinvestition in der Ausrüstung, ihren Wertverlust bzw. das »Opfer«, das der Unternehmer bringt, indem er produziert (vgl. AT: 47), quantitativ zu erfassen, geht Keynes den Weg über eine Opportunitätskostenrechnung. Er stellt die Frage: Wie hoch wäre der Wert der Ausrüstung am Ende der zu betrachtenden Periode, wenn sie produktionsfähig gehalten, jedoch nicht zur Produktion eingesetzt worden wäre (G'), und wie groß ist der tatsächliche Wert der Kapitalausrüstung, wenn sie zur Produktion benutzt worden wäre (G)? Die Differenz zwischen G und G' sind die gesuchten Gebrauchskosten. Die beiden zu vergleichenden Größen sind jedoch nicht offenkundig; vielmehr hat der Unternehmer in der infrage stehenden Zeitspanne Ausgaben getätigt: Käufe von weiteren Ausrüstungsgegenständen (sowie Vorleistungsgütern) im Falle der produktiven Nutzung (A_1), Ausgaben für Verbesserung und Erhaltung (Durchhaltekosten) im Falle des Nichtgebrauchs (B'). Da sowohl A_1 als auch B' als Ausgaben wegfallen würden, wenn jeweils die andere Handlungsalternative gewählt worden wäre, müssen die Ausgaben jeweils aus den Bruttowerten der Ausrüstung herausgerechnet werden, um das »Opfer« netto zu ermitteln. Die Gebrauchskosten U sind dann: $U = (G' - B') - (G - A_1)$.

Solange wir nur das fixe (produktive) Kapital im Fokus haben, ist der Sachverhalt zunächst einfach. Die Gebrauchskosten sind die der Nutzung der zu Beginn der Periode vorhandenen Ausrüstungsgegenstände zuzurechnende Abschreibung als Differenz zwischen Nichtgebrauch und Gebrauch. Entsprechendes würde sich für den produktiven Vorrat als Bestandteil des zirkulierenden konstanten Kapitals ergeben: die Gebrauchskosten bezeichnen jetzt die Nettoentnahme des anfänglichen Vorratsbestandes durch die Produktion der betrachteten Periode, also die Vorrats-

---

sie sonst sein mag, nicht bestimmt durch die tatsächlich in ihr selbst vergegenständlichte Arbeit, sondern durch die zu ihrer eignen Reproduktion oder zur Reproduktion der beßren Maschine notwendige Arbeitszeit. Sie ist daher mehr oder weniger entwertet. Je kürzer die Periode, worin ihr Gesamtwert reproduziert wird, desto geringer die Gefahr des moralischen Verschleißes, und je länger der Arbeitstag, um so kürzer jene Periode.«

[12] Vgl. AT, 63: »*Es ist ein Vorteil der Begriffe Gebrauchskosten und ergänzende Kosten, daß sie sowohl für Arbeits- und flüssiges Kapital, wie für festes Kapital anwendbar sind.«*

veränderung ohne die in der Periode stattgefundenen Ergänzungskäufe von Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen. Vergleichbar zu diesen Gebrauchskosten des »Arbeitskapitals« (working capital) würden sich schließlich diejenigen für das Warenkapital ergeben; dieses ist jedoch Element des Zirkulationskapitals und hat als solches mit dem Produktionsprozess nichts mehr zu tun.

Der Schein eines besonderen Problems ergibt sich durch aktivierte Eigenleistungen im Sinne von selbsterstellten Anlagen und bei dem Übergang von den Verhältnissen des Einzelbetriebs auf die gesamtwirtschaftliche Ebene: »*Es ist natürlich denkbar, daß… die Nutzungskosten negativ sind. Das kann zum Beispiel leicht vorkommen, wenn wir unsere Periode derartig wählen, daß der Input während der Periode zugenommen hat, ohne daß Zeit gewesen wäre, die vermehrte Produktion in einen fertigen und verkaufsfähigen Zustand zu versetzen. Es wird immer dann vorkommen, wenn eine positive Investition vorliegt, wenn wir uns die Industrie als so konzentriert vorstellen, daß die Unternehmen den größten Teil ihrer Ausrüstung selbst herstellen. Da aber die Nutzungskosten nur negativ sind. wenn der Unternehmer seine Kapitalausrüstung durch seine eigenen Arbeiter vermehrt hat, können wir uns in einer Wirtschaft, in der die Kapitalausrüstung großenteils von anderen Firmen hergestellt wird, als jenen, die sie brauchen, die Nutzungskosten normalerweise als positiv denken.*« (AT: 47f.) Keynes ist hier ganz auf die materiellen Tatbestände fixiert: Ersatz von Elementen des konstanten Kapitals in natura durch Produkte des eigenen Produktionsprozesses, die ohne einen zwischengeschalteten Marktprozess, d.h. ohne die Form der Ware anzunehmen, wieder in den Produktionsprozess als Produktionsmittel eingehen; die ökonomische Formbestimmung gerät hierbei zur Nebensache.[13]

Die ergänzenden Kosten qualifiziert Keynes als »*einen unfreiwilligen Verlust (oder Gewinn) im Werte der Kapitalausrüstung…, der auf Ursachen zurückzuführen ist, die außerhalb seiner (des Unternehmers, S.K.) Kontrolle und unabhängig von seinen laufenden Entscheidungen sind, z.B. auf eine Änderung im Marktwert, auf Entwertung durch Veralten oder bloßen Zeitablauf oder auf Zerstörung durch Katastrophen, wie Krieg oder Erdbeben. Ein Teil dieser unfreiwilligen Verluste ist nun, obschon unvermeidlich, allgemein gesprochen, doch nicht unerwartet, wie zum Beispiel Verluste, die durch bloßen Zeitablauf, ohne Berücksichtigung der Nutzung, verursacht werden, oder durch ›normale‹ Veraltung, die, wie sich Professor Pigou*

[13] Tatsächlich ist neben der Vorratsbewertung (namentlich unfertige Erzeugnisse) der Umstand aktivierter Eigenleistungen einzelwirtschaftlich ein wesentlicher Ansatzpunkt, um für einzelne Jahre zwar nicht den steuerlich relevanten Gewinnausweis, aber doch das mittlerweile vielfach als Erfolgsmaß geltende EBITDA zu »frisieren« – innerhalb bestimmter Grenzen. Volkswirtschaftlich ist der Verweis auf die Veränderung der Marktumsätze bei Bestandteilen des konstanten Kapitals durch Unternehmenszusammenschlüsse der Lehrbuchstandardhinweis, um zwar nicht die Bruttoinvestitionen – i.e. selbsterstellte Anlagen im strikten Sinn –, wohl aber die Vorleistungsumsätze aus dem wirtschaftlichen Erfolgsmaß Bruttoinlandsprodukt bzw. -wertschöpfung auszuschließen; wir kommen hierauf in Kapitel 5 der vorliegenden Abhandlung zurück.

ausdrückt, ›regelmäßig genug ist, um, wenn nicht im einzelnen, so doch im ganzen vorausgesehen werden zu können‹, worin wir auch solche Verluste des Gemeinwesens als Ganzes einschließen können, die regelmäßig genug sind, um allgemein als ›versicherbare Risiken‹ betrachtet zu werden.« (Ebd. 49) Wenn wir die letztgenannten versicherbaren Verlustfälle des Gemeinwesens bei Seite lassen – hierbei handelt es sich um Kosten aufgrund »höherer Gewalt«, die nicht mit der spezifischen Form der Produktionsweise zusammenhängen, obwohl etwaige Versicherungsprämien, die diese Verluste ersetzen, aus dem Mehrwert zu zahlen sind und daher nichts mit der Wertübertragung zu tun haben[14] –, so erfasst Keynes in diesen ergänzenden Kosten den von Marx so genannten moralischen Verschleiß des (fixen) Kapitals. Dieser moralische Verschleiß, soweit er sich auf den Tatbestand des »wirtschaftlichen Veraltens« von Maschinerie bezieht, kann selbst noch einmal differenziert werden in ein antizipiertes »normales« Veralten, welches als erfahrungsmäßige Verkürzung der Nutzungsdauer gegenüber ihrer technisch-materiell möglichen Periode bei der Ermittlung der Abschreibung bereits berücksichtigt wird, und in eine im konjunkturellen Abschwung geballt sich geltend machende Entwertung von fixem Kapital, die gewaltsam seine ökonomisch-wettbewerbsfähige Nutzungsdauer beendet und die Neuanlage durch Ersatz in natura erzwingt.

Da wie bereits vermerkt Keynes Gebrauchskosten und ergänzende Kosten auf die gesamte Kapitalausrüstung im Sinne der in gebundener Form existierenden Kapitalbestände bezieht, also neben dem produktiven Vorrat an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen (working capital) auch den in Warenform existierenden Vorrat damit erfasst, sind die Wirkung von Preiswechseln bei fixen Kapitalbestandteilen und den Vorratsbeständen ebenfalls eingeschlossen.[15]

Haben wir also die Gebrauchskosten als dem materiellen Verschleiß geschuldete Wertübertragung des konstanten Kapitals und die ergänzenden Kosten – grosso modo – als moralischen Verschleiß (inkl. aller anderen Formen der Entwertung von gebundenem Kapital) identifiziert, wird Keynes' unterschiedliche Behandlung beider Kostenarten verständlich. Die Gebrauchskosten sind ihm kausal mit der Erstellung des Produkts verbunden und werden ihm daher auch direkt zugerechnet. Sie variieren direkt mit Variationen der Produktmenge und können daher in die Berechnung des Angebotspreises auf Basis des Vollkostenprinzips einbezogen werden. Sie sind auf jeden Fall vom Bruttoumsatzüberschuss – Cash Flow vor

---

[14] Vgl. MEW 24, 178: »*Ganz verschieden, sowohl vom Ersatz des Verschleißes wie von den Arbeiten der Erhaltung und Reparatur ist die* Versicherung*, die sich auf Zerstörung durch außerordentliche Naturereignisse, Feuerbrunst, Überschwemmungen etc. bezieht. Diese muß aus dem Mehrwert gutgemacht werden und bildet einen Abzug von demselben. Oder, vom Standpunkt der ganzen Gesellschaft betrachtet: Es muß eine beständige Überproduktion stattfinden, d.h. Reproduktion auf größrer Stufenleiter, als zu einfachem Ersatz und Reproduktion des vorhandnen Reichtums nötig – ganz abgesehn von Zunahme der Bevölkerung –, um die Produktionsmittel zur Verfügung zu haben, zur Ausgleichung der außerordentlichen Zerstörung, welche Zufälle und Naturkräfte anrichten.«*

[15] Vgl. dazu bei Marx das 6. Kapitel des III. Bandes des »Kapital« in MEW 25: 115ff.

Zinsen resp. EBITDA – abzuziehen, um das Einkommen zu ermitteln. Die ergänzenden Kosten geben den moralischen Verschleiß und sonstige ökonomisch formspezifische Kapitalentwertungen wider; sie entstehen unabhängig vom Gebrauch oder Nichtgebrauch der Kapitalausrüstung. Gleichzeitig fallen sie teilweise diskontinuierlich im Zeitverlauf an und können weder der Umschlagsperiode des zirkulierenden Kapitals noch der Produktenmenge als Kalkulationsgröße zugerechnet werden: »*Die Begriffe Nutzungskosten und ergänzende Kosten ermöglichen uns auch, eine klarere Beziehung zwischen langfristigem und kurzfristigem Angebotspreis aufzustellen. Langfristige Kosten müssen offenbar einen Betrag zur Deckung sowohl der ursprünglichen ergänzenden Kosten (d.s. erwartete ergänzende Kosten zum Zeitpunkt des Erwerbs der Kapitalausrüstung, S.K.) als auch der in geeigneter Weise auf die Dauer der Ausrüstung verteilten erwarteten Nutzungskosten einschließen. Das heißt, die langfristigen Kosten der Produktion sind gleich der erwarteten Summe der Grundkosten und der ergänzenden Kosten, und um einen Normalgewinn abzuwerfen, muß der langfristige Angebotspreis die auf diese Weise berechneten langfristigen Kosten überdies um einen Betrag übersteigen, der durch den laufenden Zinssatz auf Anleihen von vergleichbarer Frist und vergleichbarem Risiko bestimmt wird, als Prozentsatz der Kosten der Ausrüstung gerechnet. Oder, wenn wir lieber einen ›reinen‹ Standardzinssatz nehmen, müssen wir in den langfristigen Kosten einen dritten Posten einschließen, den wir die* Risikokosten *nennen könnten, für die unbekannten Möglichkeiten der Abweichung des tatsächlichen Ertrages vom erwarteten. Der langfristige Angebotspreis ist somit gleich der Summe der Grundkosten, der ergänzenden Kosten, der Risikokosten und Zinskosten; diese Summe kann in diese Komponenten zerlegt analysiert werden. Der kurzfristige Angebotspreis ist gleich den* Grenz*grundkosten.«* (AT: 58f.)

Keynes' Vorgehen reflektiert seine Sensibilität für gesellschaftliche Zusammenhänge, die sich geltend machen, obwohl sie außerhalb des Handlungsbereichs eines jeden individuellen Unternehmers liegen und nur in dem Zusammenspiel mit jenem ökonomischen Einfluss entfalten. Sind die ergänzenden Kosten aus dem langfristigen Angebotspreis zu decken, der den kurzfristigen also um diesen Betrag übersteigt, so folgt daraus weiter, dass der Bruttoumsatzüberschuss um die ergänzenden Kosten zu vermindern ist, um das zum Verbrauch zur Verfügung stehende Einkommen des Unternehmers zu erhalten. Andererseits konkretisiert sich die Beziehung zwischen kurz- und langfristigen Erwartungen im Hinblick auf den »Normalgewinn« weiter: »*Der Unternehmer muß daher beim Kauf oder bei der Erstellung seiner Ausrüstung erwarten, seine ergänzenden Kosten, seine Risikokosten und seine Zinskosten aus dem Überschuß des Grenzwertes der Grundkosten über ihren Durchschnittswert zu decken, so daß im langfristigen Gleichgewicht der Überschuß der Grundkosten gleich der Summe der ergänzenden Kosten, Risikokosten und Zinskosten ist.«* (Ebd. 59)

Den bestimmenden Einfluss der makroökonomischen Strukturen auf die Mikroeinheiten und deren Handeln drückt Keynes in der These aus, dass es das marktbestimmte Einkommen der Unternehmer sei, welches sie dazu veranlasse, Beschäf-

tigung anzubieten, und zwar um so mehr, je größer ihr erwartetes Einkommen sei. Das Einkommen ist »*die Größe, die von ursächlicher Bedeutung für die Beschäftigung ist. Denn es ist der* erwartete *Überschuß dieser Menge über die Auslagen an die anderen Produktionsfaktoren, die der Unternehmer zu maximieren sucht, wenn er entscheidet, wieviel Beschäftigung er den Produktionsfaktoren geben soll.*« (Ebd. 47, Herv. S.K.) Dieses beschäftigungsrelevante Einkommen entsteht aus dem Verkauf über Kosten. Durch Berechnung der Gebrauchskosten, d.h. der Desinvestition in der Ausrüstung erhält der Unternehmer einen wesentlichen Parameter neben den erwarteten Erlösen und den Faktorkosten bei der Entscheidung, ob die Produktion aufgenommen werden soll oder nicht. Im Gegensatz zu den anderen Kostenfaktoren können verschlechterte Erwartungen über die zukünftigen Marktpreise jedoch nicht in einer Senkung der Gebrauchskosten aufgefangen werden, der Unternehmer »sitzt« während der gesamten Umschlagsperiode auf seiner kostenträchtigen Ausrüstung. Die Basis für die Entscheidung zur Produktion, der Bestand der Ausrüstung, wirkt über die Gebrauchskosten, die den Angebotspreis bestimmen, in die Zukunft. Der gegenwärtige Bestand beeinflusst das gegenwärtige Handeln und damit die Situation in der Zukunft. Insofern sind die Gebrauchskosten als aus einem Bestand, der Kapitalausrüstung, fließende Stromgröße »*eines der Verbindungsglieder zwischen der Gegenwart und Zukunft*« (ebd. 60).

Kapitel 5: Die kreislauftheoretischen Grundlagen

a) Sukzession der Produktionsstufen und das scheinbare Verschwinden des konstanten Kapitals

Der »aggregierte Angebotspreis« bei Keynes

Das von dem einzelnen Unternehmer angebotene Beschäftigungsvolumen ergibt sich im Ergebnis seiner Handlungsstrategie zur Maximierung des Einkommens mithilfe der aus der Produktionsfunktion gewonnenen Kostenkurven, die die gewinnoptimale Produktionsmenge bestimmen. Diese dient als Argument in der Beschäftigungsfunktion als Inversen der Produktionsfunktion, die die Menge der Beschäftigung bei den gegebenen Bedingungen anzeigt. Das Einkommen ist der handlungsbestimmende Parameter. »*Wir können … das Einkommen des Unternehmers als den Überschuß des Wertes seiner während der Periode verkauften fertigen Produktion über seine Grundkosten definieren. Das heißt, das Einkommen des Unternehmers wird als der Menge gleich angenommen, die er sich bemüht abhängig von seinem Produktionsniveau zu maximieren, das heißt gleich seinem Rohgewinn im üblichen Sinn des Ausdrucks...«* (AT: 47) Keynes wendet sich gegen die Auffassung, an der Grenze der Erzeugung könnten die Gebrauchskosten vernachlässigt, d.h. gleich Null angenommen werden. Dies sei lediglich in besonderen Situationen der Fall: »*Sehr niedrige Nutzungskosten an der Grenze sind aber trotzdem nicht für die kurze Periode als solche, sondern für besondere Situationen und Arten der Ausrüstung kennzeichnend, wo die Kosten der Erhaltung stilliegender Betriebe hoch sind und für jene Ungleichgewichte, die durch sehr rasche Veraltung oder großen Überschuß gekennzeichnet sind, besonders wenn dieser mit einem großen Teil verhältnismäßig neuer Anlagen verbunden ist.«* (Ebd. 63) Keynes muss also die Nutzungskosten und die Faktorkosten vom Umsatzerlös in Abzug bringen, um das Roheinkommen des Unternehmers bzw. den Angebotspreis der Produktion exakt zu bestimmen. »*Einkommen, so definiert, ist eine völlig unzweideutige Menge. Darüber hinaus ist es die Größe, die von ursächlicher Bedeutung für die Beschäftigung ist.«* (Ebd. 47)

Die richtige und quantitativ exakte Erfassung der Gebrauchskosten ist also für die Bestimmung der einzelwirtschaftlichen Beschäftigungsmenge relevant. Für die Bestimmung der aggregierten Beschäftigungsmenge geht Keynes analog dem Verfahren auf der mikroökonomischen Ebene vor.[1] Der gesamte Angebotspreis ist demnach eine Funktion der Beschäftigung, die sich ergibt, wenn der Überschuss des

[1] Vgl. AT, 21: »*Es folgt…, daß – bei gegebenem Stand der Technik, Ressourcen und Faktorkosten je Beschäftigungseinheit – die Höhe der Beschäftigung* sowohl in jeder einzelnen Firma und Branche wie auch im ganzen *von dem Umfang der Erlöse abhängt, den die Unternehmer von der entsprechenden Produktion zu erhalten erwarten.« (Herv. S.K.)*

Erlöses über die Faktorkosten maximiert wird, und der Erlös, den die Unternehmer von dieser Beschäftigung erwarten, markiert die Funktion der gesamten Nachfrage. »*Die Menge der Beschäftigung ist somit durch den Schnittpunkt der aggregierten Nachfragefunktion mit der aggregierten Angebotsfunktion gegeben; denn an diesem Punkt ist die Gewinnerwartung der Unternehmer maximal. Wir werden den Wert von D (Funktion der gesamten Nachfrage, S.K.) an dem Punkt, an dem die aggregierte Nachfragefunktion sich mit der aggregierten Angebotsfunktion schneidet, die* effektive Nachfrage *nennen.«* (Ebd. 22)

Allerdings macht Keynes auf der Makroebene eine Schwierigkeit aus. Der aggregierte Angebotspreis der Produktion und der aggregierte Erlös können bei Einrechnung der Gebrauchskosten nicht eindeutig bestimmt werden. Keynes erfasst hier den Umstand, dass sich in gesamtwirtschaftlicher Dimension die Wertgröße des konstanten Gesamtkapitals, damit die Größe des Produktenwerts, verändert, wenn früher selbstständige Einzelkapitale zu größeren Einheiten zusammengeschlossen werden, sodass früher marktvermittelte Umsätze nunmehr innerbetrieblich, also ohne Vermittlung durch die Zirkulation ablaufen. Er hält dieses Phänomen, weil auf materielle Gegebenheiten fixiert, für fiktiv, nicht der Wirklichkeit entsprechend und eliminiert folglich die Gebrauchskosten durch Subtraktion aus den aggregierten Größen. »*Der Leser wird bemerken, daß ich die Nutzungskosten sowohl vom* Erlös *als auch vom* aggregierten Angebotswert *einer gegebenen Produktionsmenge abziehe, so daß beide Ausdrücke als* bereinigt *um die Nutzungskosten ausgelegt werden müssen, während die von den Käufern bezahlten Gesamtsummen natürlich die Nutzungskosten* einschließen. … *Der wesentliche Punkt ist, daß die aggregierten Erlöse und der aggregierte Angebotswert, ausschließlich der Nutzungskosten, einheitlich und unzweideutig definiert werden können, während, da die Nutzungskosten offenbar sowohl von der Integration der Industrie als auch vom Maß abhängen, in dem die Unternehmer voneinander kaufen, es keine Definition von den gesamten von den Käufern bezahlten Summen,* einschließlich *Nutzungskosten, geben kann, die von diesen Faktoren unabhängig ist. Eine ähnliche Schwierigkeit ergibt sich schon bei der Definition des Angebotspreises im üblichen Sinn für einen einzelnen Produzenten, und im Falle des aggregierten Angebotswertes der Gesamtproduktion ergeben sich Schwierigkeiten der Doppelzählung, auf die man nicht immer gefaßt war. Wenn der Ausdruck als einschließlich Nutzungskosten ausgelegt werden soll, können diese Schwierigkeiten nur durch besondere Annahmen überwunden werden, die sich auf die Zusammenfassung von Unternehmen in Gruppen beziehen, je nachdem sie Verbrauchs- oder Kapitalgüter erzeugen, Voraussetzungen, die an und für sich unklar und kompliziert sind und nicht den Tatsachen entsprechen. Wenn der aggregierte Angebotswert jedoch, wie oben, unter Ausschluß der Nutzungskosten definiert wird, ergeben sich diese Schwierigkeiten nicht.«* (Ebd. 20f., Fn. 3) Mit anderen Worten, bei der Aggregation sieht Keynes die Nutzungs- oder Gebrauchskosten, d.h. den vom konstanten Kapital übertragenen Teil des Warenwerts als lediglich durchlaufenden Posten, weshalb ihr Einbezug Doppelzählungen zur Folge hätte, »doppelte Ansätze« bzw. »difficulties of duplication« (vgl. ebd.).

Die Bestimmung der gesamten Beschäftigungsmenge im Schnittpunkt der Funktionen des gesamten Angebotes und der gesamten Nachfrage erfolgt also ohne Berücksichtigung der Gebrauchskosten bzw. in die Funktionen gehen nur Nettogrößen ein. Der gesamte Erlös und der gesamte Angebotspreis der Produktion werden um die Nutzungskosten vermindert, dem Schnittpunkt als dem Punkt der wirksamen Nachfrage entspricht das Volkseinkommen (A - U):[2] »… *die effektive Nachfrage ist einfach das Gesamteinkommen (oder die Erlöse), das die Unternehmer von der Menge der laufenden Beschäftigung erwarten, die sie sich zu geben entschließen, einschließlich der Einkommen, die sie an die anderen Produktionsfaktoren weitergeben werden«* (ebd. 48).

Keynes betont allerdings, dass dieses Verfahren, lediglich Nettogrößen zu verwenden, ausschließlich für Analysen auf der Makroebene anwendbar ist: »*Während es uns jedoch bei der Behandlung der Produktion als Ganzen gelegentlich passen mag, die Nutzungskosten abzuziehen, nimmt dieses Verfahren unserer Analyse jede Realitätsnähe, wenn es gewohnheitsmäßig (und stillschweigend) auf die Produktion einer einzelnen Branche oder Firma angewandt wird, da es den ›Angebotspreis‹ einer Ware von seinem Preis in jeglichem üblichen Sinne trennt, was einige Verwirrung verursacht haben mag. … Denn selbst wenn wir voraussetzen, daß die Grenzkosten der Käufe von anderen Firmen, die der Verkauf einer zusätzlichen Produktionseinheit mit sich bringt, vom Verkaufserlös je Einheit abgezogen werden müssen, um das zu ergeben, was wir unter dem Angebotspreis unserer Firma verstehen, müssen wir dennoch die marginale Desinvestition in die eigene Ausrüstung der Firma berücksichtigen, die die Erzeugung des Grenzoutputs mit sich bringt. Selbst wenn die gesamte Produktion durch eine einzige völlig selbstgenügsame Firma unternommen wird, ist es immer noch unzulässig, anzunehmen, daß die Grenznutzungskosten null sind, das heißt, daß die Grenzdesinvestition in der Ausrüstung als Folge der Erzeugung des Grenzprodukts im allgemeinen unberücksichtigt gelassen werden kann.«* (Ebd. 58) Keynes' Argument ist ganz einfach empirisch: Der Unternehmer wird die »Grenzdesinvestition« spätestens dann spüren, wenn die Ausrüstung zu ersetzen ist: »*Die Annahme, daß es eine scharfe Grenze gibt zwischen Rohmaterialien, wo wir die Desinvestition infolge ihre Gebrauches berücksichtigen müssen, und Fixkapital, wo wir sie ruhig unberücksichtigt lassen können, entspricht nicht den Tatsachen, besonders während normaler Verhältnisse, wenn Ausrüstung jedes Jahr für Ersatz fällig wird, und der Gebrauch der Ausrüstung den Zeitpunkt näher bringt, an dem Ersatz nötig wird.«* (Ebd. 63)

Keynes beharrt hier richtigerweise auf dem Umstand, dass das gesamte konstante Kapital seinen Wert überträgt. Die funktionellen Unterschiede zwischen »Ausrüstung« und »Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen« machen sich in der Art der Wertübertragung geltend: Stückweise Übertragung kennzeichnet das konstante fixe Kapital, vollständige Übertragung das konstante zirkulierende Kapital. Keynes er-

[2] Vgl. ebd. 47: »*Da das Einkommen des übrigen Gemeinwesens gleich den Faktorkosten des Unternehmers ist, ist daher das Gesamteinkommen gleich A – U.«*

fasst diesen Unterschied in der Zirkulationsweise verschiedener Teile des konstanten Kapitals allerdings nur in der pagatorischen Betrachtung als unterschiedlichen Rückfluss des vorgeschossenen Werts: »*Der wesentliche Unterschied zwischen Rohmaterialien und Fixkapital liegt … in der Tatsache, daß der Ertrag der Fertigerzeugnisse aus einem einzigen Posten besteht, während der Ertrag von Fixkapital, das dauerhaft ist und allmählich aufgebraucht wird, aus einer Reihe von Nutzungskosten und Gewinnen besteht, die in aufeinanderfolgenden Zeitabschnitten verdient werden.*« (Ebd. 63)

Fassen wir Keynes' unterschiedliche Bestimmung der Menge der Beschäftigung auf der Mikro- und der Makroebene zusammen. *Einzelwirtschaftlich* wird die Beschäftigungsmenge determiniert vom Roheinkommen, das nach Abzug von Faktor- und Nutzungskosten vom Gesamtumsatz als Restgröße verbleibt. Die Gebrauchs- oder Nutzungskosten sind hier berücksichtigt. *Gesamtwirtschaftlich* ergibt sich die Menge der Beschäftigung im Schnittpunkt der Funktion der gesamten Nachfrage mit der Funktion des gesamten Angebotes, worin in beide Funktionen nur Nettogrößen eingehen. Das Mikroeinkommen als Bestimmungsgröße für die einzelwirtschaftliche Beschäftigungsmenge schließt also die Gebrauchskosten ein, das Makroeinkommen, das als wirksame Nachfrage die gesamtwirtschaftliche Beschäftigungsmenge mitbestimmt, schließt die Gebrauchskosten aus.

Die »Makrobeschäftigung« wäre dementsprechend geringer als die Summe der »Mikrobeschäftigungsmengen« – eine Absurdität, die nur mit der Annahme zu umgehen ist, die Nutzungskosten »blähten« die Funktionen des Angebots und der Nachfrage in gleichem Maße auf, sodass ihr Schnittpunkt sich bei Bruttogrößen gegenüber Nettogrößen nur in der Ordinate verschöbe. Unter dieser Annahme würden die Nutzungskosten in der Tat nicht nachfrage*wirksam*, obwohl »*die von den Käufern bezahlten Gesamtsummen natürlich die Nutzungskosten* einschließen« (ebd. 21), weil sie quasi als Konstante auf beiden Seiten der Gleichung auftreten. Damit kann Keynes dann auch das Nettoinlandsprodukt, das Volkseinkommen A - U als die effektive Nachfrage definieren (vgl. ebd. 48).

Dies bedeutet, dass lediglich die Verbrauchsnachfrage von Keynes als die für die Bestimmung der Gesamtbeschäftigungsmenge relevante Nachfragegröße betrachtet wird. Dies ist die Konsequenz seiner Grundthese, dass die Größe des Konsums und seine Entwicklung in letzter Instanz die Wirtschaft des Gemeinwesens, dem Umfang der Beschäftigung wie dem Tempo des Wachstums nach, bestimmen: »*Verbrauch – um das Selbstverständliche zu wiederholen – ist das einzige Ziel und der einzige Zweck aller wirtschaftlichen Tätigkeit.*« (Ebd. 89)

Keynes postuliert also, dass das Nettoinlandsprodukt, die Summe aller Revenuen oder Einkommen der Gesellschaft, das Gesamtnettoprodukt der Gesellschaft kaufe. Er stellt weiter fest, dieser Sachverhalt sei durch Einbezug der Gebrauchs- oder Nutzungskosten als »aufblähende« Komponente vernebelt und verkompliziert; die Schwierigkeiten seien durch Subtraktion der Gebrauchskosten zu beseitigen, damit stelle sich auch kein qualitativer Unterschied zwischen der Betrachtung von Brutto- und Nettogrößen ein, der sich in quantitativen Abweichungen der bei-

den resultierenden Beschäftigungsmengen reproduziere. Logische Schlussfolgerung wäre dann, dass die gesamte Produktion nur Produktion von Konsumgütern sein kann, dass das Gesamtprodukt stofflich nur aus Konsumtionsmitteln bestehen kann. Dieser gleichermaßen absurden Schlussfolgerung kann er sich nur dadurch entziehen, dass er zum ersten die Investition zur »*gegenwärtigen Vorsorge für zukünftigen Verbrauch*« (AT: 89) erklärt und zum zweiten zur »Finanzierung« der Investition eine Konsumquote kleiner 1 annimmt, die letztlich der psychologischen Haltung der Bevölkerung geschuldet ist: »*Der Betrag, den das Gemeinwesen für den Verbrauch ausgibt, stützt sich offenbar: 1. teilweise auf den Betrag seines Einkommens, 2. teilweise auf die anderen objektiven Begleitumstände und 3. teilweise auf die subjektiven Bedürfnisse, psychologischen Neigungen und Gewohnheiten der Einzelnen, welche das Gemeinwesen bilden, und die Grundsätze, nach denen das Einkommen unter ihnen verteilt wird.*« (Ebd. 78) Damit kann hier bereits vermerkt werden, dass die Kategorie des Sparens einen integralen und notwendigen Bestandteil der Keynesschen Theorie darstellt.[3]

Das scheinbare Verschwinden des konstanten Kapitals für die Gesamtwirtschaft

Keynes reproduziert mit der unterschiedlichen Behandlung der Gebrauchskosten auf der Mikro- und auf der Makroebene eine bereits bei Adam Smith auftretende Anschauung: die Identifizierung des Werts des gesamten Produkts der gesellschaftlichen Produktion innerhalb eines Jahres, des Produktenwerts, mit dem Wert aller innerhalb dieses Zeitabschnitts geflossenen Revenuen, dem Wertprodukt – und damit zusammenhängend das Verschwinden des konstanten Kapitals, ausgedrückt in den Gebrauchskosten, auf der Makroebene. Diese Auffassung, die modifiziert dem Bruttoinlandskonzept der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zugrundeliegt, hat Marx in seiner Analyse der »Zirkulation und Reproduktion des gesellschaftlichen Gesamtkapitals« behandelt und ihre Grundlage in der objektiven Struktur des Gesamtreproduktionsprozesses als eigentümliche Mystifikation aufgezeigt. Es ist notwendig, diese Marxsche Analyse hier kurz vorzustellen.

Den Ausgangspunkt bei Marx bildet die Fragestellung, »*inwiefern … die Zerfällung des Werts jedes individuellen kapitalistischen Warenprodukts in c+v+m (konstantes Kapital, variables Kapital und Mehrwert, S.K.), wenn auch durch verschiedene Erscheinungsformen vermittelt, ebenfalls gilt für den Wert des jährlichen Gesamtprodukts*« (MEW 24: 401).

Bei einfacher Reproduktion zeigen sich die folgenden funktionellen Kreislaufzusammenhänge zwischen den beiden großen Abteilungen der gesellschaftlichen Produktion:

Erstens: Der Gesamtwert der Produktion der Produktionsmittel produzierenden Abteilung I ist gleich dem Gesamtwert des konstanten Kapitals im jährlichen Warenprodukt W', also $W_1 = c_{ges.} = c_1+c_2$.

[3] Vgl. dazu das Kapitel 6 der vorliegenden Abhandlung.

Zweitens: Der Gesamtwert der Produktion der Konsumtionsmittel produzierenden Abteilung II ist gleich dem jährlichen Wertprodukt, d.h. der Summe von reproduziertem variablem Kapital und neu produziertem Mehrwert, also $W_2 = v_{ges.} + m_{ges} = (v_1+v_2) + (m_1+m_2)$.

Das Gesamtprodukt der Abteilung I besteht in seiner Gebrauchswertform in Produktionsmitteln, das der Abteilung II in Konsumtionsmitteln. Das Wertprodukt von Abteilung I, das bei der Voraussetzung einfacher Reproduktion für die individuelle Konsumtion von Arbeitern und Kapitalisten dieser Abteilung umgesetzt werden muss, muss daher ebenso wie der konstante Kapitalwert der Abteilung II, der in Form von Produktionsmitteln ersetzt werden muss, seine Gebrauchswerthülle abstreifen und eine andere annehmen. Die funktionellen Kreislaufzusammenhänge zwischen beiden Abteilungen bestehen daher im Austausch von c_2 gegen (v_1+m_1).[4] »*Es zeigt sich daher, warum, obgleich für die Kapitalisten II der Wert ihres Produkts zerfällt in c+v+m, gesellschaftlich betrachtet der Wert dieses Produkts zerfällbar ist in v+m. Dies ist nämlich der Fall, weil IIc hier gleich I(v+m) und diese beiden Bestandteile des gesellschaftlichen Produkts durch ihren Austausch ihre Naturalformen miteinander austauschen, daher nach diesem Umsatz IIc wieder in Produktionsmitteln, I(v+m) dagegen in Konsumtionsmitteln existiert.*« (Ebd. 424)[5]

Der Wert jeder kapitalistisch produzierten Ware besteht einerseits aus dem bloß übertragenen Wertteil des konstanten Kapitals, andererseits aus dem während des Produktionsprozesses hinzugesetzten Neuwert, der sich im Wertprodukt verkörpert und seinerseits in reproduziertes variables Kapital und neugeschaffenen Mehrwert zerfällt. Während des Produktionsprozesses ist also nur ein Wert in der Größe des Wertprodukts neu geschaffen worden, während der Wert der Produktionsmittel bereits in davorliegenden Produktionsprozessen produziert worden ist, somit bloß auf das neue Produkt übertragen wird und in dessen Wert wiedererscheint. Scheint somit nunmehr durch den Umsatz v_1+m_1 gegen c_2 das gesamte Warenprodukt der Abteilung II vom gesellschaftlichen Standpunkt bloß in v+m aufgelöst, so bezeichnet dieser Wert W_2 darüber hinaus den diesjährig neuproduzierten Wert oder das Wertprodukt der Gesellschaft. Hieraus folgt, dass »*der ganze jährliche Gesamtarbeitstag, dessen Wertausdruck = 3.000 (die Marxschen Zahlenbeispiele sind: W' = 6.000c + 1.500v + 1.500m, damit W_1 = 6.000 und W_2 = 3.000, S.K.), in*

---

[4] Bei den Umsätzen sprechen wir vorliegend stets von funktionellen Kreislaufzusammenhängen. Die oftmals unter dem Rubrum der so genannten »Reproduktionsschemata« verhandelte Marxsche Darstellung der Zirkulation und Reproduktion des gesellschaftlichen Gesamtkapitals mit den funktionellen Umsätzen als Gleichgewichtsbedingungen beruht auf einem fundamentalen Missverständnis des Status dieser Marxschen Analyse. Es wurde bereits gezeigt – vgl. Kapitel 3 der vorliegenden Abhandlung –, dass der Marxschen Werttheorie die traditionelle Gleichgewichtsvorstellung fremd ist, sie vielmehr das alternative Paradigma zur Gleichgewichts- (und Ungleichgewichts-)theorie ist; vgl. auch Krüger 2010: 211ff.

[5] Die Modifikation der Umsatzprozesse für Reproduktion auf erweiterter Stufenleiter – Akkumulation – ändert nichts an dem zu betrachtenden Sachverhalt; vgl. Krüger 2010: 211ff.

der Produktion von Konsumtionsmitteln = 3.000 (verausgabt erscheint), in denen kein konstanter Wertteil wieder erscheint, da diese 3.000 = 1.500v + 1.500m sich nur in variablen Kapitalwert + Mehrwert auflösen. Andrerseits erscheint der ganze konstante Kapitalwert = 6.000 wieder in einer von den Konsumtionsmitteln ganz verschiedenen Produktenart, den Produktionsmitteln, während doch kein Teil des gesellschaftlichen Arbeitstages in der Produktion dieser neuen Produkte verausgabt scheint; dieser ganze Arbeitstag scheint vielmehr nur aus den Arbeitsweisen zu bestehen, die nicht in Produktionsmitteln, sondern in Konsumtionsmitteln resultieren.« (Ebd. 428) In Konsequenz dieses Sachverhalts erscheinen also vom Standpunkt des gesellschaftlichen Gesamtreproduktionsprozesses das gesamte konstante Kapital bzw. die Produktionsmittel, aus denen es besteht, ohne Verausgabung von Arbeit reproduziert. Damit löst sich der gesamtgesellschaftliche Produktenwert zunächst in v+m auf und erscheint als quantitativ identische Größe mit dem gesamtgesellschaftlichen Wertprodukt.

Dieses scheinbare Verschwinden des konstanten Kapitals und die Identität von Produktenwert und Wertprodukt ist eine genuin makroökonomische oder gesamtgesellschaftliche Erscheinungsform des Zirkulationsprozesses des gesellschaftlichen Gesamtkapitals. »*Die Schwierigkeit kommt … bei dem gesellschaftlichen Jahresprodukt daher, daß der konstante Wertteil in einer ganz anderen Produktenart – Produktionsmittel – sich darstellt als der diesem konstanten Wertteil zugesetzte Neuwert v+m, der sich in Konsumtionsmitteln darstellt. So hat es den Schein, als fänden sich – dem Wert nach betrachtet – 2/3 der aufgezehrten Produktenmasse in einer neuen Form wieder, als Neuprodukt, ohne daß irgendwelche Arbeit von der Gesellschaft in ihrer Produktion verausgabt wäre. Dies findet bei dem Einzelkapital nicht statt.«* (Ebd. 429)

Die Auffassung dieser scheinbaren Identität von Produktenwert und Wertprodukt auf der Ebene des gesellschaftlichen Gesamtkapitals liegt jedoch umgekehrt wiederum in Mängeln des Verständnisses der Verhältnisse des Produktionsprozesses begründet. Marx hat dies im Zusammenhang seiner Kritik an Adam Smith ausgeführt: »*Der erste Fehler A. Smiths besteht nun darin, daß er den jährlichen* Produktenwert *gleichsetzt dem jährlichen* Wertprodukt. *Das letztre ist* nur *Produkt der Arbeit des vergangnen Jahres; der erstere schließt außerdem als Wertelemente ein, die zur Herstellung des Jahresprodukts verbraucht, aber* im vorhergehenden und zum Teil in noch früher verfloßnen Jahren produziert wurden*: Produktionsmittel, deren Wert nur* wiedererscheint *– die, was ihren Wert betrifft, weder produziert noch reproduziert worden sind durch während des letzten Jahrs verausgabte Arbeit.* Durch diese Verwechslung manipuliert A. Smith den konstanten Wertteil des Jahresprodukts hinweg *(Herv. S.K.). Die Verwechslung selbst beruht auf einem andern Irrtum in seiner Fundamentalauffassung: er unterscheidet nicht den zwiespältigen Charakter der Arbeit selbst: der Arbeit, soweit sie als Verausgabung von Arbeitskraft Wert und soweit sie als konkrete, nützliche Arbeit Gebrauchsgegenstände (Gebrauchswerte) schafft. Die Gesamtsumme der jährlich hergestellten Waren, also das* ganze Jahresprodukt*, ist Produkt der im letzten Jahr wirkenden* nützlichen *Arbeit; nur*

dadurch, daß gesellschaftlich angewandte Arbeit in einem vielverzweigten System nützlicher Arbeitsarten verausgabt wurde, sind alle diese Waren da; nur dadurch ist in ihrem Gesamtwert der Wert der in ihrer Produktion verzehrten Produktionsmittel erhalten, in neuer Naturalform wieder erscheinend. Das gesamte Jahresprodukt *ist also Resultat der während des Jahrs verausgabten* nützlichen *Arbeit; aber vom jährlichen* Produktenwert *ist nur ein Teil während des Jahrs geschaffen worden; dieser Teil ist das jährliche* Wertprodukt, *worin sich die Summe der während des Jahres selbst flüssig gemachten Arbeit darstellt.«* (Ebd. 376f.)

Ist mit der Identifikation des Produktenwerts mit dem Wertprodukt der konstante Wertteil des Jahresprodukts in v+m aufgelöst, d.h. gleichzeitig der in der Übertragung seines Werts durch den Kontakt mit der lebendigen Arbeit sich manifestierende Kapitalcharakter »hinwegmanipuliert«, so begründet die die Bewegung des variablen Kapitals vermittelnde Geldzirkulation das Verschwinden des Kapitalcharakters auch des variablen Kapitals in der Gleichstellung von v und m als bloß unterschiedlichen Revenuen oder Einkommensformen. Das Geld, welches der Kapitalist zum Ankauf produktiver Arbeiter als variables (Geld-)Kapital vorschießt, geht in die Hand des Arbeiters über und wird von diesem als Arbeitslohn, d.h. als Einkommen zum Ankauf von Konsumtionsmitteln verausgabt. Fixiert man daher die bloße Bewegung oder Zirkulation des Geldes, so scheint sich in der Tat das variable Geldkapital des Kapitalisten in die Revenue des Arbeiters umzusetzen: was für den einen Kapital ist, ist für den anderen Revenue. Die wirkliche Verwandlung des variablen Geldkapitals in Arbeit, sich betätigende Arbeitskraft innerhalb des Produktionsprozesses, wodurch der Kapitalcharakter des Geldes nicht nur nicht ausgelöscht, sondern sogar positiv gesetzt und bestätigt wird, ist bei der Fixierung bloß der Geldzirkulation als äußerlich sichtbarer Bewegung dem Auge entrückt. Somit ist die Mystifikation perfekt: Der Gesamtwert des jährlich produzierten Warenprodukts scheint sich bloß in Einkommen aufzulösen; sein Kapitalcharakter – erst der des konstanten, dann der des variablen Kapitals – ist verschwunden.

Diese beiden aus dem Umsatz des Gesamtprodukts, d.h. seinem Zirkulations- und Reproduktionsprozess entspringenden Phänomene, das Verschwinden des konstanten Kapitals und die Verwandlung des variablen Kapitals in Revenue, geben nun ihrerseits die Basis für eine ganze Reihe weitergehender Mystifikationen ab, die die bürgerliche Ökonomie als Vorstellungen über den gesellschaftlichen Gesamtreproduktionsprozess reproduziert. Das durch das Verschwinden des konstanten Kapitals ausgelöste Befremden wird theoretisch in drei Formen »bewältigt«: es wird *erstens* ein Unterschied konstatiert zwischen dem Blickwinkel des individuellen Kapitalisten und dem des Betrachters vom »gesamtwirtschaftlichen Standpunkt« – jeweils im Hinblick auf die Auflösung des Produktenwerts in verschiedene Fraktionen oder Wertbestandteile; dieser Unterschied reproduziert sich in der unterschiedlichen Betrachtungsweise des Betriebswirts gegenüber derjenigen des Volkswirts. Die Hervorhebung dieses Unterschieds zwischen einzel- und gesamtwirtschaftlicher Betrachtungsweise dient dann *zweitens* dazu, die Existenz eines Wertbestandteils mit dem Namen »konstantes Kapital« für den gesamtgesellschaft-

lichen Wert- und Stoffersatz überhaupt zu leugnen. *Drittens* führt dies dann folgerichtig zu einer speziellen Anschauungsweise des gesamtwirtschaftlichen Produktionsprozesses: er wird ausschließlich als ein in sukzessiven Produktionsstufen vonstattengehender Prozess verstanden. Die gleichzeitig auf allen Produktionsstufen des Gesamtreproduktionsprozesses vor sich gehende Produktion, die über den gesamtgesellschaftlichen Zirkulationsprozess zusammengebunden wird, erscheint nunmehr, im Gesamtzusammenhang betrachtet, als Produktion, die ausschließlich für den »letzten«, d.h. individuellen Verbrauch geschieht. Der gesamtgesellschaftliche Produktionsprozess präsentiert sich als ein auf sukzessiv einander folgenden Produktionsstufen vor sich gehender Prozess, in dem das konstante Kapital deshalb als eigenständiger Wertbestandteil verschwindet, weil das, was auf der vorgelagerten Stufe Produktionsmittel ist, für die nachfolgende Stufe Bestandteil des fertigen Produkts ist, und zwar solange bzw. auf so vielen Produktionsstufen, bis letztlich das produzierte Gut seiner endgültigen Bestimmung entspricht, individuell konsumiert zu werden.[6] Hierher gehört auch das eher formal-arithmetische Argument der »Doppelzählungen«, das in jeder Darstellung des Sozialproduktkonzeptes aufgefahren wird.[7]

Bei Keynes ist diese Vorstellung eines stufigen Produktionsprozesses bei Gelegenheit der Beschreibung von Erwartungsänderungen implizit formuliert: »*Betrachten wir vorerst den Übergangsvorgang zu einem langfristigen Zustand als Folge einer Änderung in der Erwartung, die durch keine weitere Änderung in der Erwartung verwirrt oder unterbrochen wird. Wir wollen zuerst annehmen, daß die Änderung derart ist, daß die neue langfristige Beschäftigung größer als die alte sein wird. Nun wird es in der Regel nur der Input sein, der am Anfang stark betroffen wird, das heißt, die Arbeitsmenge* auf den ersten Stufen neuer Produktionsprozesse, *während die Produktion von Verbrauchsgütern und die Menge der Beschäftigung* auf den späteren Stufen *der vor der Änderung begonnenen Verfahren fast unverändert bleibt.«* (AT: 42, Herv. S.K.)

Das reelle Moment bei dieser Orientierung der nationalen Gesamtproduktion auf die Produktion individuell konsumierbarer Produkte, Konsumtionsmittel, wird deutlich, wenn man sich vergegenwärtigt, dass im gesamtwirtschaftlichen Wachstumsprozess die konsumtive Endnachfrage den Expansionsgrad des gesamtwirtschaftlichen Reproduktionsprozesses vorgibt, abgesehen vom Export – ein Umstand, den Keynes mit seinem Satz: »*Jede Produktion dient letzten Endes der Befriedigung des Verbrauchers«* (ebd. 41) ganz deutlich gemacht hat Dies ist allerdings nichts weiter als die allgemeine Bestimmung von Produktion überhaupt, unabhängig von

---

[6] Vgl. MEW 25, 853: »*Waren, die schließlich bestimmt sind, die stofflichen Elemente der Revenue-Verausgabung zu bilden, also Konsumtionsmittel, durchlaufen während des Jahres verschiedene Stufen, z.B. Wollengarn, Tuch. Auf der einen Stufe bilden sie Teil des konstanten Kapitals, auf der andern werden sie individuell konsumiert, gehen also ganz in die Revenue ein. Man kann sich also mit A. Smith einbilden, daß das konstante Kapital nur ein scheinbares Element des Warenwerts sei, das im Gesamtzusammenhang verschwindet.«*

[7] Vgl. auch Krüger 2010: 230ff.

ihrer spezifisch gesellschaftlichen Form,[8] die allererst eigentümliche Gegensätze und Widersprüche hierzu hervorbringen kann.

b) Investition und Verbrauch

Investition als wesentliche Größe

Gegenüber der neoklassischen Harmonisierung der kapitalistischen Produktionsweise setzt Keynes den Zweck derselben, die Profitmaximierung, als Widerspruch gegen die allgemeine Grundbestimmung jedweder Produktion, Herstellung von Konsumtionsmitteln zu sein. Dieser Widerspruch zwischen Investition und Konsum hat bei ihm folgende Gestalt: Einerseits hängt der Umfang der Investition von ihrer Rentabilität ab und dieser Umfang der Investition bestimmt das Gesamteinkommen des Gemeinwesens. Andererseits hängt die Rentabilität der Investition ihrerseits von der von ihr alimentierten wirksamen (Verbrauchs-)Nachfrage ab: »*Das Kapital (ist) keine selbstgenügsame, vom Verbrauch unabhängige Gesamtgröße (besser: Wesenheit, entity).*« (AT: 91, Anm. S.K.)

Nachfolgend ist dieser Widerspruch zunächst in einer Analyse der funktionellen Kreislaufzusammenhänge allgemein zu entwickeln; später ist seine Bewegungsform in der Darstellung der Bewegung der Variablen Investition, Konsum und Ersparnis sowie Beschäftigungsmenge zu konkretisieren.

Für den Unternehmer ergeben sich im Zusammenhang mit der Produktion Kosten aus dem Einsatz von Faktorleistungen und Käufen von Waren sowie Gebrauchskosten. Diese Kosten bestimmen den einzelwirtschaftlichen Angebotspreis für seine Produktion. Der Angebotspreis, kurz- oder langfristig je nach Einschluss der ergänzenden Kosten,[9] bedeutet in diesem Zusammenhang als Minimalgröße einerseits »Kost(en)preis« für je eine Einheit der fertigen Produktion, andererseits unter Einschluss von Risiko- und Zinskosten den Erlös aus den Marktpreisen der Gesamtproduktionsmenge dieses Unternehmens. Diesem Angebot der Unternehmen steht eine Nachfrage gegenüber, die aus den in der Produktion der Gesamtwirtschaft entstandenen Einkommen gespeist wird. Für das einzelne Unternehmen gilt somit zunächst die allgemeine Regel, dass die auf seine Produkte entfallende Nachfrage in der Höhe vom Betrag seines Angebots abweicht, d.h. dass Angebotspreis und Nachfragepreis verschieden sein werden.

Die Beschäftigungsmenge des Unternehmens spielt in dieser Konfrontation von Mikro- und Makroökonomie eine Doppelrolle: Zum einen bestimmt sie unmittel-

---

[8] Folgerichtig vermag dann auch die Neoklassik, die es bei dieser ahistorischen Bestimmung des kapitalistischen Reproduktionsprozesses belässt, Produktionsmittelproduktion nur als Umwegproduktion zu begreifen. Der profilierteste Vertreter dieser Auffassung ist Böhm-Bawerk, der aus dem Umstand, dass »Umwegproduktion« mehr Zeit benötigt als »Direktproduktion«, eine zeitpräferenztheoretische Erklärung des Zinses zurechtfabuliert; vgl. Böhm-Bawerk 1889: 248f.

[9] Vgl. Kapitel 4: Unterabschnitt b) der vorliegenden Abhandlung.

bar als Kostenkomponente das einzelwirtschaftliche Angebotsgebaren, zum anderen lässt sie als Teil der Gesamtnachfrage die gesamtwirtschaftlichen Umstände und Konstellationen auf die Einzelwirtschaft einwirken; auf beiden Seiten agierend, bestimmt sie sich selbst (vgl. AT: 21f.). Auf dieser Stufe der Argumentation ist die Gesamtbeschäftigungsmenge daher nur simultan aus dem gleichzeitigen Vergleich von Kosten- resp. Angebotskonstellation und Nachfragekonstellation zu bestimmen. Keynes bildet aus diesem Grund zwei Funktionen: Die *Funktion des gesamten Angebots Z* ist dabei eine Funktion aus »tatsächlichen«, ex-ante feststehenden Größen, denn den in ihr aggregierten einzelwirtschaftlichen Angebotspreisen liegen die tatsächlichen, vor Beginn der Produktion vertraglich stipulierten Faktorkosten zugrunde (die Gebrauchskosten wurden bei der Aggregation eliminiert).[10] Z ist dann eine Funktion der Beschäftigungsmenge ($Z = \phi (N)$). Die *Funktion der gesamten Nachfrage D* ist hingegen eine Funktion von Erwartungsgrößen, ihre Werte sind die erwarteten Erlöse (die Gebrauchskosten wurden ebenfalls eliminiert), welche die Unternehmer gerade noch veranlassen, eine bestimmte Menge von Beschäftigung zu geben. D ist somit ebenfalls eine Funktion der Beschäftigungsmenge ($D = f (N)$). »*Die Menge der Beschäftigung ist somit durch den Schnittpunkt der Funktion der gesamten Nachfrage und der Funktion des gesamten Angebots gegeben; denn es ist an diesem Punkt, an dem die Gewinnerwartung der Unternehmer aufs Höchstmaß gesteigert sein wird. Wir werden den Wert von D an dem Punkt, an dem die Funktion der gesamten Nachfrage sich mit der Funktion des gesamten Angebotes schneidet, die wirksame Nachfrage nennen…*« (ebd. 22, vgl. auch die Formulierungen auf S. 48 und 66f.).

Während Z somit letztendlich *einzel*wirtschaftlich aus der Aggregation mikroökonomisch fundierter Angebotspreise bestimmt ist, tritt in D der Erlös der *Gesamt*wirtschaft als eine homogene makroökonomische Größe auf. Das Gesamteinkommen des Gemeinwesens bestimmt die auf jede Einzelwirtschaft entfallende Nachfrage, und jedes Niveau der Nachfrage entspricht einer einzigartigen Nachfrageverteilung auf die einzelnen Branchen und Unternehmen. Die Gesamtnachfrage ist nicht zu disaggregieren; ihre Gesetze sind daher immer Gesetze nicht von einzelnen Individuen, sondern von Gruppen (Klassen) resp. der Gesamtbevölkerung. Neben individuell-psychologischen greifen daher auch genuin gesellschaftliche bzw. makroökonomisch determinierte Variablen – Einkommens- und Vermögensverteilung, politische Verhältnisse etc. – in die Gestaltung dieser Gesetze ein.[11]

Weiterhin ist zu dieser Keynesschen Konstruktion zu bemerken, dass Z ex-ante Größen, D hingegen erwartete Größen versammelt. Keynes konkretisiert hier seine Grundvorstellung, nach der die Zukunft auf die Gegenwart »zurück«-wirkt, sodass

[10] Vgl. den vorstehenden Unterabschnitt des Kapitels 5.

[11] Wir kommen auf die Beschaffenheit sowie die einzelnen Bestimmungsgründe der (Verbrauchs-)Nachfrage im folgenden Kapitel 6 und auf die Bestimmungsgründe der Investition(snachfrage) in Kapitel 7 und 8 der vorliegenden Abhandlung ausführlich zu sprechen.

D über die Bestimmung der Gesamtbeschäftigungsmenge wiederum Z bestimmt und rückwirkend Z der Größe nach festgeschrieben wird.

Würde nun gelten, dass bei allen Werten von N, d.h. auf allen Niveaus der Beschäftigung, aggregierter Angebotspreis und aggregierter Nachfragepreis äquivalent sind, so würde die Konkurrenz zwischen den Unternehmen zu einem Punkt führen, an dem die Ausdehnung der Beschäftigung und damit der wirksamen Nachfrage nicht mehr zu einer Zunahme des Gesamtangebotes an Produktion führen würde, d.h. zur Vollbeschäftigung. »*Das Gesetz von Say, nach dem der aggregierte Nachfragewert der Produktion als Ganzes dem aggregierten Angebotswert aller Produktionsmengen gleich ist, ist somit das Äquivalent zu der Behauptung, daß einer Vollbeschäftigung kein Hindernis im Wege steht.*« (Ebd. 23) Bei der Analyse der Angebotsverhältnisse, daher der Rolle der Beschäftigung resp. der Löhne als Kostengrößen, unterscheidet sich Keynes nicht von seinen neoklassischen Vorgängern und Gegnern. Er greift das Saysche Gesetz auf der Seite der Nachfrage an: »*Es ist die Nachfrageseite, auf der wir ganz neue Gedanken einzuführen haben, wenn wir uns mit der Nachfrage als Ganzem beschäftigen und nicht länger mit der Nachfrage nach einem einzelnen, isoliert genommenen Erzeugnis und der Voraussetzung, daß die Nachfrage als Ganzes unverändert ist.*« (Ebd. 249)

Im Mittelpunkt seiner alternativen Konzeption steht dabei eine Konsumfunktion, welche für die Größe der (Verbrauchs-)Nachfrage verantwortlich ist. Ihr zugrunde liegt das psychologische Gesetz, nach dem der Verbrauch mit steigendem Einkommen und steigender Beschäftigung zunehmen wird, aber nicht in gleichem Maße wie diese – die marginale Konsumneigung ist »kleiner als die Einheit«. Der aggregierte Angebotspreis bei einem bestimmten Niveau der Beschäftigung ist daher nicht nur nicht automatisch gleich, sondern sogar systematisch verschieden gegenüber dem aggregierten Nachfragepreis, nämlich höher. Um den aggregierten Nachfragepreis, d.h. den Gesamtbetrag der Nachfrage zu erhöhen und auf das Niveau des aggregierten Angebotspreises zu bringen, muss daher die fehlende Konsumnachfrage durch eine andere Form der Nachfrage kompensiert werden, durch Investitionen. Investition heißt dabei immer Änderung der wirksamen Nachfrage. Im vorliegenden makroökonomischen Kreislaufzusammenhang bedeutet Investition mithin stets Rein-, Netto- oder Neuinvestition, d.h. Zuwachs an materieller Kapitalausrüstung, Zunahme des Bestandes an Sachkapitalwerten (vgl. ebd. 65).

Der Kauf eines Vermögenswertes oder Titels wird mikroökonomisch zwar ebenfalls als Investition bezeichnet. Diese kann, gesamtwirtschaftlich betrachtet, aber auf zwei unterschiedlichen Vorgängen beruhen: Entweder liegt ihr eine Neuanschaffung von Sachkapitalgütern zugrunde, oder sie ist nur Austausch von bereits bestehenden Werten, d.h. es findet lediglich Eigentümerwechsel statt. Der erste Fall geht mit der makroökonomisch gefassten Definition von Investition zusammen; im letzteren Fall werden sich im Gesamtresultat die Beträge der »Investition« und der ihr zugrunde liegenden »Auflösung von Ersparnis« saldieren, sodass makroökonomisch sich keine Änderung der aggregierten wirksamen Nachfrage ergibt. Dem »Sparen« des einen steht das »Entsparen« des anderen gegenüber, oder, was der

Eine – Käufer der »Investition« – aus seinem Einkommen nicht verbraucht, verbraucht der Andere – Verkäufer – über sein Einkommen hinaus. Das Resultat ist, »*daß die Gesamtersparnis … notwendigerweise gleich dem Betrage der laufenden Neuinvestition ist«* (ebd. 71): S = I.

Bei einer gegebenen marginalen Konsumneigung hängt daher die realisierte Gesamtbeschäftigungsmenge – die »gleichgewichtige« Beschäftigungsmenge bei Keynes – vom Umfang der laufenden Investition ab. Mit Keynes' Worten: »*Wenn die Beschäftigung zunimmt, nimmt das gesamte Realeinkommen zu. Die Psychologie der Bevölkerung ist derart, daß bei einer Zunahme des aggregierten Realeinkommens auch der aggregierte Verbrauch zunimmt, obschon nicht im Maße wie das Einkommen. Die Unternehmer würden daher einen Verlust erleiden, wenn die gesamte Zunahme der Beschäftigung der Befriedigung der vermehrten Nachfrage für den sofortigen Verbrauch gewidmet würde. Um eine gegebene Beschäftigungsmenge zu rechtfertigen, ist somit ein Betrag laufender Investitionen erforderlich, der groß genug ist, um den Überschuß der gesamten Produktion über die Menge zu absorbieren, die die Bevölkerung gerade verbraucht, wenn die Beschäftigung die gegebene Höhe hat. Denn wenn dieser Betrag an Investitionen nicht vorhanden ist, werden die Einkünfte der Unternehmer kleiner sein, als notwendig ist, um sie zu veranlassen, die gegebene Menge der Beschäftigung anzubieten. Daraus folgt, daß, wenn das, was wir die Konsumneigung der Bevölkerung nennen werden, gegeben ist, das Gleichgewichtsniveau der Beschäftigung – das heißt das Niveau, auf dem die Unternehmer in ihrer Gesamtheit keine Veranlassung haben, die Beschäftigung zu steigern oder zu verringern – von der Menge der laufenden Investitionen abhängt. Die Menge der laufenden Investitionen wird wiederum von dem abhängen, was wir die Veranlassung zur Investition nennen werden, und wir werden finden, daß die Anreize zur Investition vom Verhältnis zwischen der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals und der Gesamtheit der Zinssätze für Anleihen verschiedener Fälligkeiten und Risiken abhängt.«* (Ebd. 23f.)

Die Menge der laufenden Investition orientiert sich also an ihrer jeweiligen Rentabilität. Die so fixierte Menge an Investition kann nun jeweils nur zufällig mit derjenigen größengleich sein, die Z und D auf den Vollbeschäftigungswert bringt. Mit anderen Worten, wenn eine bestimmte Rentabilität, damit eine bestimmte Menge an laufender Investition, bei konstantem Grenzhang zum Verbrauch, gegeben ist, wird die damit kompatible Beschäftigungsmenge, die den Angebots- und Nachfragepreis gleich macht, nicht notwendigerweise die der Vollbeschäftigung sein: Vollbeschäftigung ist nicht der Normalfall, sondern ein Sonderfall innerhalb der Geldwirtschaft.[12]

---

[12] Vgl. AT, 24: »*Die effektive Nachfrage, verbunden mit Vollbeschäftigung, ist ein Spezialfall, der nur verwirklicht wird, wenn die Konsumneigung und der Anreiz zum Investieren in einem besonderen Verhältnis zueinander stehen. Dieses besondere Verhältnis, das den Annahmen der klassischen Theorie entspricht, ist in einem gewissen Sinn ein Optimumverhältnis. Es kann aber nur bestehen, wenn, zufällig oder absichtlich, die laufenden Investitionen*

Der oben angesprochene Widerspruch zwischen Produktion und Konsumtion in der kapitalistischen Produktionsweise reflektiert sich hier als Dilemma für den Unternehmer hinsichtlich seiner Investitionsentscheidung: Je größer einerseits der nichtverbrauchte Teil des Einkommens, desto höher der Betrag, der für Investitionen zur Verfügung steht, desto kleiner indes die wirksame Nachfrage und damit der erwartete Erlös. Je kleiner andererseits dieser Anteil, desto höher die wirksame Nachfrage und damit der erwartete Erlös und Rentabilität, desto kleiner wiederum der für Investitionen zur Verfügung stehende Betrag. Es ist später zu betrachten, welche Schlussfolgerungen Keynes hieraus für die Entwicklungsperspektiven der kapitalistischen Produktionsweise und seine darauf bezogenen wirtschaftspolitischen Empfehlungen zieht.[13]

Verbrauch und Ersparnis

Bei einem gegebenen Hang zum Verbrauch hängt, wie wir gesehen haben, die aggregierte Beschäftigungsmenge vom Umfang der laufenden Investition bzw. Netto-Investition ab. Sie kompensiert den nicht nachfragewirksamen Teil des Einkommens, den Überschuss des Reineinkommens über den Verbrauch, also die Ersparnis und transformiert diese Ersparnis damit in »*effektive Ersparnis*« (AT: 316).

Ersparnis allein heißt nichts weiter als Verminderung des Teils des Reineinkommens, der nachfragewirksam verausgabt wird. Je höher also die Ersparnis, desto geringer pro tanto der Konsum und damit die Nachfrage insgesamt. Sparen bedeutet aber nicht aufgeschobenen oder zukünftigen Konsum; es gibt keinen Grund anzunehmen, warum heutiger Konsum durch zukünftigen substituiert werden sollte. Vermehrte Ersparnis bedeutet daher, weil vom gegenwärtigen Hang zum Verbrauch, d.h. vom gegenwärtigen Teilungsverhältnis des Reineinkommens nach Konsum und Sparen, auf den zukünftigen geschlossen wird (vgl. ebd. 45), eine Verminderung der zukünftigen Nachfrage, damit eine Verringerung der erwarteten Rentabilität der Investitionen und damit eine Reduzierung der Veranlassung zur Investition. Sparen selbst induziert keine Investitionen.

Ein sinkender Verbrauch vermindert daher die Investition und weiter die Beschäftigung. Ein Besitzer von Kapitalwerten will nicht den Reichtum als solchen, sondern das Erträgnis, das dieser Vermögensgegenstand abwirft.[14] Dieses wiederum ist primär durch die Nachfrage determiniert. Der Verbrauch als primäre Quelle der aggregierten wirksamen Nachfrage gibt damit die Basis ab, von der aus Umfang

---

eine Nachfragemenge schaffen, die genau gleich ist dem Überschuß des aggregierten Angebotswertes der Produktion, die von Vollbeschäftigung herrührt, über die Menge, die die Bevölkerung bereit ist zu verbrauchen, wenn sie vollbeschäftigt ist.«

[13] Vgl. dazu den Vierten und Fünften Abschnitt der vorliegenden Abhandlung.

[14] Dies schließt, darauf weisen die Monetärkeynesianer zu Recht hin, die Sicherung der Hauptsumme, d.h. den Rückfluss des vorgeschossenen Vermögenswerts ein. Bekanntlich stehen Sicherheit und Höhe der Erträgnisses einer Investition in einem inversen Verhältnis zueinander, sodass das Erträgniskalkül das »Vermögenssicherungskalkül« (vgl. Riese 1986: 52f., Herr 1992: 13) einschließt.

von Produktion und Beschäftigung mittelbar bestimmt werden. Die Investitionen entfalten ihre Wirkungen nur auf dieser Basis. Sie müssen zwar aus der Gesamtersparnis finanziert werden, das treibende Moment gebührt aber dem Verbrauch: »*Die Investition, in Lohneinheiten gemessen, kann nicht zunehmen, ohne daß die Bevölkerung bereit wäre, ihre Ersparnisse, in Lohneinheiten gemessen, zu vermehren. Gewöhnlich wird die Bevölkerung dies nicht tun, ohne daß ihr gesamtes Einkommen, in Lohneinheiten gemessen, zunimmt. Ihr Streben, einen Teil ihrer vermehrten Einkommen zu verbrauchen, wird somit die Produktion anregen, bis das neue Niveau (und die neue Verteilung) der Einkommen einen Überschuß an Ersparnissen schafft, der genügt, um der vermehrten Investition zu entsprechen.*« (AT: 100) Der Umfang des Verbrauchs in Abhängigkeit von der Konsumneigung bestimmt damit nicht allein die Struktur des reproduktiven Kreislaufs nach Konsum und Investition: »…*jedem Niveau der aggregierten effektiven Nachfrage (entspricht) eine eindeutige Aufteilung der effektiven Nachfrage auf die Erzeugnisse jeder einzelnen Branche*« (ebd. 242).

In der langen Frist stellt sich der Gegensatz zwischen Konsum und Investition schärfer. Mit steigendem Einkommen sinkt die Konsumneigung und also die Verbrauchsnachfrage als Teil der gesamten wirksamen Nachfrage relativ, weil die marginale Konsumneigung sinkt und dadurch die durchschnittliche Konsumquote des Gesamteinkommens fällt; zugleich wird der Kapitalbestand des Gemeinwesens reichlicher, sodass die Rentabilität des Kapitals tendenziell sinkt. Daraus folgt, dass die den Nachfrageausfall seitens des Verbrauchs kompensierenden Investitionen nicht mehr im notwendigen Umfang vorgenommen werden; die verminderte Kapitalrentabilität schränkt den Umfang der Investitionen ein.[15]

[15] Vgl. hierzu ausführlich Kapitel 11 der vorliegenden Abhandlung.

Kapitel 6: Das psychologische Gesetz der »abnehmenden marginalen Konsumneigung« und das Multiplikatortheorem

a) Determinanten des Konsums

Wir haben im vorangegangenen Kapitel gesehen, dass Keynes zwischen dem individuellen Konsum als letztem Bestimmungsgrund jeglicher Produktion und den Investitionen, d.h. der Akkumulation des Kapitals als bestimmender Größe des kapitalistischen Reproduktionsprozesses einen systemspezifischen Widerspruch ausmacht: Wenn der Verbrauch kleiner ist als das Einkommen, ist die Reproduktion und damit das Niveau der Beschäftigung nur gewährleistet, wenn die Investitionen diese Lücke zwischen Einkommen und Verbrauch schließen. Die Investitionen sind zwar unmittelbar unabhängig von der individuellen Konsumtion, hängen aber in letzter Instanz wiederum von dieser ab. Es sind daher nun die Bestimmungsgründe der Verbrauchsnachfrage zu analysieren, d.h. Keynes' »psychologisches Gesetz der abnehmenden marginalen Konsumneigung« zu hinterfragen. Desweiteren sind die aus der Entwicklung des Konsums resultierenden Kreislaufeffekte in der kurzen Frist zu betrachten.

Der gesamte Konsum eines Gemeinwesens ist seiner absoluten Größe nach bestimmt vom Realeinkommen und vom Teilungsverhältnis dieses Einkommens in Konsum und Ersparnis. Letzteres ist Ergebnis eines Zusammenspiels objektiver und subjektiver Umstände, die Keynes unter der Sammelbezeichnung »Hang zum Verbrauch oder Konsumneigung« (propensity to consume, AT: 82) zusammenfasst. Dabei bilden die objektiven Faktoren die Basis, von der aus die subjektiven Faktoren den Verbrauch fortbestimmen. In erster Instanz ist also der gesamte Konsum des Gemeinwesens durch diese objektiven Faktoren determiniert, welche genuin gesamtgesellschaftlichen Ursprungs sind; die subjektiven Umstände, d.h. die individuell psychologischen Eigenheiten und gesellschaftlichen Gebräuche, modifizieren diese primäre Bestimmung und sind daher als sekundär wirksam zu bezeichnen.

Unter die das Teilungsverhältnis des Einkommens in Konsum und Ersparnis primär bestimmenden objektiven Faktoren fasst Keynes die folgenden:

Änderung der Lohneinheit

Keynes' Interesse ist darauf gerichtet, den Zusammenhang zwischen der Größe des Konsums und der Beschäftigungsmenge für die Gesamtwirtschaft zu bestimmen. Unter der Annahme, dass die Beschäftigungsmenge eindeutig das Einkommen, in Lohneinheiten gemessen, d.h. das Realeinkommen bestimmt, arbeitet Keynes mit der funktionellen Beziehung zwischen Konsumausgaben und Einkommen, jeweils in Lohneinheiten gemessen, sodass sich die Konsumneigung als »*die funktionelle Beziehung χ zwischen Y_w, einem gegebenen Niveau des Einkommens in Lohneinheiten*

gemessen, und C_w, der Ausgaben für den Verbrauch aus diesem Einkommensniveau, definieren (lässt), so daß $C_w = \chi (Y_w)$ oder $C = W \cdot \chi (Y_w)$« (ebd. 78). Ist der Verbrauch nun eher eine Variable des Real- als des Geldeinkommens, sind die Verbraucher daher frei von »Geldillusion«, so werden Änderungen in der Lohneinheit, die die mit einem gegebenen Geldeinkommen kommandierbare Arbeit ihrer Größe nach ändern, auch zu Änderungen im Verbrauch führen. Weiterhin können Änderungen der Lohneinheit die Verteilung der Einkommen verändern. Die Auswirkung einer Änderung der Einkommensverteilung ist deshalb bedeutungsvoll, weil die drei Keynesschen Hauptklassen der Gesellschaft – Arbeiter, Unternehmer, Rentiers – durch verschiedene Verbrauchsquoten charakterisiert sind. Dabei haben die Arbeiter die höchste, die Rentiers die geringste Konsumquote. Ändert sich die Lohneinheit, d.h. steigt das allgemeine Preisniveau, so wird sich der Teil des Volkseinkommens, der nicht Lohneinkommen ist, anders zwischen Unternehmern und Rentiers aufteilen, denn ein Steigen des Preisniveaus begünstigt tendenziell die Schuldner und benachteiligt die Rentiers, deren Einkommen vertraglich fixiert ist. So wird insbesondere durch die veränderte Verteilung eines gegebenen Realeinkommens zwischen Unternehmern und Rentiers die Größe der Gesamtausgaben für den Verbrauch tangiert.

Änderung im Unterschied zwischen Roh- und Reineinkommen bzw. zwischen Einkommen und Nettoeinkommen

Definitionsgemäß hängt der Umfang der Konsumausgaben vom Rein- oder Nettoeinkommen ab. Ändert sich das Teilungsverhältnis eines gegebenen Roheinkommens in finanzielle Vorsorge und Reineinkommen, so ändert sich pro tanto auch der aus dem Reineinkommen alimentierte Verbrauch. Erhöht sich der Betrag der finanziellen Vorsorge, z.B. von Abschreibungen, so vermindert sich die Wirkung der Investition auf Einkommen, Verbrauch und Beschäftigung. »*Wenn die Summe dieser finanziellen Vorsorge (oder ergänzenden Kosten) tatsächlich für die Erhaltung der bereits bestehenden Kapitalausrüstung laufend ausgegeben wird, wird dieser Punkt kaum übersehen werden. Wenn aber die finanzielle Vorsorge die tatsächlichen Ausgaben für die laufende Erhaltung* übersteigt, *werden die praktischen Folgen dieser Wirkung auf die Beschäftigung nicht immer gewürdigt. Der Betrag dieses Überschusses verursacht nämlich weder unmittelbar laufende Investitionen, noch ist er verfügbar, um daraus den Verbrauch zu bestreiten. Er muß daher durch neue Investitionen ausgeglichen werden, für welche sich die Nachfrage ganz unabhängig vom laufenden Wertverlust der alten Ausrüstung ergeben hat, gegen welchen die finanzielle Vorsorge getroffen wird mit der Folge, daß die neuen Investitionen, die für die Schaffung laufenden Einkommens verfügbar sind, entsprechend vermindert werden und eine stärkere Nachfrage für neue Investitionen notwendig wird, um ein gegebenes Niveau der Beschäftigung möglich zu machen.«* (Ebd. 85) Entsprechendes gilt auch für die in den Nutzungs- oder Gebrauchskosten erfassten Abschreibungen.[1] Dies al-

[1] Das Verhältnis zwischen Abschreibungen und Ersatzinvestitionen spielt auch innerhalb des konjunkturzyklischen Prozesses eine wichtige Rolle: »*Diese Faktoren können … in ei-*

les kommt unter dem hier zu behandelnden Aspekt darauf hinaus, dass die Abschreibungen den Verbrauchern Konsumkraft entziehen und dass »*vorsichtiges Finanzgebaren*« (ebd. 86), welches die degressiven Abschreibungen bevorzugt, zugleich die Verbrauchsnachfrage negativ beeinflusst. Dies kann nach Keynes so weit gehen, dass hierdurch »*eine Rezession (verursacht)*« (ebd.) werden kann. Im Einzelfall vorsichtiges Finanzgebaren oder weise Finanzpolitik ist dann alles andere als weise für das Gemeinwesen als Ganzes.

Änderungen im Wert des Vermögensbestandes

Sofern diese Änderungen zufälliger Natur sind und nicht antizipiert werden, werden sie insbesondere das Verbrauchsverhalten der besitzenden Klassen berühren und kurzfristig Änderungen im Hang zum Verbrauch hervorrufen. »*Der Verbrauch der besitzenden Klasse mag sich gegenüber unvorhergesehenen Änderungen im Geldwerte ihres Vermögens außerordentlich empfindlich verhalten. Dies sollte unter die wichtigeren Faktoren eingereiht werden, die fähig sind, kurzfristige Änderungen in der Konsumneigung zu verursachen.*« (Ebd. 80)

Änderungen in der Rate der Zeitdiskontierung, d.h. im Tauschverhältnis zwischen gegenwärtigen und zukünftigen Werten

Hierunter ist die Verbrauchswirksamkeit der Ungewissheit der Zukunft zu verstehen, wie sie im Zinsfuß zum Ausdruck kommt. Für den Ertragswert eines Vermögensbestandes, eines (festverzinslichen) Wertpapiers beispielsweise, ist der Kapitalisierungszinsfuß die wesentliche Einflussgröße. Generell bestreitet Keynes den großen Einfluss, der den Zinssatzvariationen auf die Verbrauchsausgaben nach der neoklassischen Theorie beigemessen wird: »*Der Einfluß dieses Faktors auf die Höhe der Ausgaben aus einem gegebenen Einkommen unterliegt großem Zweifel.*« (Ebd.) Die Begründung dafür ist, dass das Sparen eben keine direkt zinsabhängige Größe ist und die Konsumnachfrage »*von einander widersprechenden Tendenzen abhängt, weil einige der subjektiven Beweggründe zum Sparen leichter befriedigt werden, wenn der Zinssatz steigt, während andere geschwächt werden*« (ebd.). Für die lange Frist allerdings »*werden beträchtliche Änderungen im Zinssatz wahrscheinlich dazu tendieren, gesellschaftliche Bräuche erheblich zu ändern, und somit die subjektive Konsumneigung beeinflussen – obschon es schwierig wäre, zu sagen, in welcher Richtung, außer im Lichte aktueller Erfahrungen*« (ebd. 80f.). Kurzfristig sind Änderungen im Zinsfuß nicht »*unmittelbar*« (ebd. 81) verbrauchsausgabenrelevant; mittelbar jedoch hängt »*der wichtigste Einfluß von Änderungen im Zinssatz auf die Bereitwilligkeit, aus einem gegebenem Einkommen Geld auszugeben, … von der Wirkung dieser Änderungen auf die Zunahme oder Abnahme des Preises von Wertpapieren und anderen Vermögensgegenständen ab; denn wenn*

---

ner nichtstationären Wirtschaft bedeutungsvoll sein, besonders während einer Periode, die unmittelbar auf einen lebhaften Investitionsboom in langlebiges Kapital folgt.« (Ebd.) Wir kommen hierauf in Kapitel 10 der vorliegenden Abhandlung zurück.

sich ein Mensch einer zufälligen Wertzunahme seines Kapitals erfreut, ist es natürlich, daß seine Bereitschaft zu laufenden Ausgaben verstärkt wird, obwohl am Einkommen gemessen sein Kapital nicht mehr wert ist als vorher, und daß sie geschwächt wird, wenn er einen Kapitalverlust erleidet.« (Ebd.) Mit dieser Formulierung orientiert Keynes auf den Unterschied zwischen wirklichem und fiktivem Kapital bzw. die Rückwirkung von Veränderungen im Kurswert des fiktiven Kapitals auf die reproduktiven Basisverhältnisse und damit die Verbrauchsausgaben;[2] dieser Einflussfaktor fällt zusammen mit den Änderungen im Geldwert des Vermögens, die oben bereits benannt worden sind.

Änderungen in der Fiskalpolitik

Über den Einfluss auf das erwartete zukünftige Einkommen beeinflusst die Steuerpolitik der Regierung die Sparneigung bzw. den Verbrauch. Insbesondere wird die Wirkung von Steueränderungen gewichtig sein, wenn »nicht-erarbeitete Einkommen«, i.e. Kapitalgewinne oder Erbschaften, davon betroffen sind. »*Wenn die Fiskalpolitik als bewußtes Mittel für die gleichmäßigere Verteilung der Einkommen benutzt wird, ist ihre Wirkung auf die Zunahme der Konsumneigung natürlich um so größer.«* (AT: 82) Auch das Verhalten der Regierung im Hinblick auf die öffentliche Kreditaufnahme ist in diesem Zusammenhang zu nennen. Erhöhte Staatsverschuldung, finanziert aus den Sparmitteln der Gesellschaft, führt diese Sparmittel der Gesamtnachfrage zu und erhöht sie dadurch; die Kreislaufeffekte sind dieselben wie bei jeder anderen Erhöhung des Hangs zum Verbrauch. Werden aus den Steuern hingegen Tilgungsfonds gebildet, um die Staatsschuld abzubauen, so wird die Konsumneigung dadurch gesenkt.[3]

Änderungen in der Erwartung über das Verhältnis zwischen dem gegenwärtigen und dem zukünftigen Niveau des Einkommens

Dieser Faktor mag für den Einzelnen wichtig sein, für das Gemeinwesen als Ganzes, damit für die aggregierte Nachfrage, sollen sich die jeweiligen Änderungen bei den Individuen ausgleichen und damit in ihrer Wirkung aufheben. Dies »*ist ein Punkt, der in der Regel viel zu ungewiß ist, um einen starken Einfluß auszuüben«* (ebd. 82). Ein Ausgleich zwischen den einzelnen Individuen kann natürlich bestritten werden, gerade im Hinblick auf konjunkturzyklische Zusammenhänge sowohl im Aufschwung – allgemeiner Anstieg des Verbrauchervertrauens und damit anti-

---

[2] Diese Rückwirkung von zinsinduzierten Steigerungen des Kurswerts des fiktiven Kapitals auf die Verbrauchsausgaben erzeugte in der jüngsten Vergangenheit eine kurzfristige Konjunkturblüte namentlich in den USA und stellte nachgerade ein spezifisches Charakteristikum der so genannten »asset-based, wealth driven accumulation« dar; zur Bewertung derselben vgl. Krüger 2010: 868ff.

[3] Keynes thematisiert im vorstehenden Zusammenhang nur den Fakt als solchen, d.h. die kreditfinanzierte Ausweitung der – öffentlichen – Verbrauchsausgaben, die zusammen mit dem privaten Verbrauch die konsumtive Endnachfrage der Gesellschaft darstellen. Die heutzutage im Fokus stehenden Grenzen der Staatsverschuldung sind vorliegend kein Thema.

zipierte Verbrauchsnachfragesteigerungen – als auch im Abschwung, in dem das so genannte »Angstsparen« wie eine »self fulfilling prophecy« wirkt und den Abschwung verstärkt.

Für einen gegebenen Zustand, d.h. zur Analyse der Kreislaufzusammenhänge, setzt Keynes die aufgeführten Faktoren als weitgehend konstant, wenn Änderungen in der Lohneinheit ausgeschaltet sind. Das reale Gesamteinkommen ist dann »*in der Regel die hauptsächlichste Variable, von der die Verbrauchskomponente der aggregierten Nachfrage abhängen wird«* (ebd. 83).

Subjektive Faktoren

Die die Basisstrukturen modifizierenden subjektiven Faktoren, welche die »psychologischen Eigenheiten der menschlichen Natur und die gesellschaftlichen Gebräuche und Einrichtungen« einschließen, sind zwar selbst nicht unwandelbar, doch für die kurze Frist keinen merklichen Veränderungen unterworfen. Dazu zählen die Beweggründe der Vorsicht, Voraussicht, Berechnung, Verbesserung, Unabhängigkeit, Unternehmungslust, Stolz und Geiz und die Beweggründe der Liquidität sowie der finanziellen Vorsicht für Körperschaften. Ihre Analyse bringt nichts Neues (vgl. ebd. 92), daher werden sie nur aufgezählt. Im horizontalen Vergleich können sie als kurzfristig konstant angesehen werden.

Resümee: Das grundlegende psychologische Gesetz

Insgesamt gilt somit für die zu betrachtende kurze Frist, dass der Verbrauch vom Realeinkommen abhängt. Es gilt daher zu betrachten, wie sich der Verbrauch ändert, wenn sich das Einkommen ändert. Dazu formuliert Keynes: »*Das grundlegende psychologische Gesetz, auf das wir uns sowohl* a priori *auf Grund unserer Kenntnis der menschlichen Natur als auch aufgrund detaillierter Erfahrungstatsachen mit großer Zuversicht stützen dürfen, ist, daß die Menschen in der Regel und im Durchschnitt geneigt sind, ihren Verbrauch mit der Zunahme in ihrem Einkommen zu vermehren, aber nicht im vollen Maße dieser Zunahme. Das heißt, wenn* C_w *der Betrag des Verbrauchs ist und* Y_w *das Einkommen (beide in Lohneinheiten gemessen), hat* ΔC_w *das gleiche Vorzeichen wie* ΔY_w*, ist aber kleiner als* ΔY_w*, das heißt* dC_w/dY_w *ist positiv und kleiner als die Eins.«* (Ebd. 83)

Dieses Gesetz gilt nun sowohl für kurzfristige Änderungen im Einkommen, wie sie bei Konjunkturschwankungen auftreten, als auch langfristig, wenn sich mit Zunahme des Reichtums des Gemeinwesens das Niveau des Einkommens absolut erhöht hat (vgl. ebd.).[4] Es gilt darüber hinaus nicht nur für positive Zunahmen des Einkommens, sondern auch dann, wenn das Einkommen sinkt. In diesem Fall, wie auch im Fall eines zunehmenden Einkommens, erklärt es, »*warum eine neue Gleichgewichtslage gewöhnlich innerhalb einer mäßigen Schwankungsspanne erreicht wird«* (ebd. 84).[5]

---

[4] Wir kommen auf beides zurück; vgl. Kapitel 10 und 11.

[5] Vgl. dazu den nachstehenden Unterabschnitt dieses Kapitels.

b) Multiplikator

Ist der Verbrauch kleiner als das Einkommen, sind Investitionen notwendig, um die »Nachfragelücke« zu schließen. Damit erhebt sich die Frage nach den Bestimmungsgründen des Umfangs dieser Investitionen bei verschiedenen Einkommenshöhen oder -niveaus; hiermit ist auch die Frage nach der Beziehung zwischen Investitionen und der Menge der Gesamtbeschäftigung verbunden.

»Unter gegebenen Umständen kann … ein bestimmtes Verhältnis, der Multiplikator, zwischen Einkommen und Investition festgelegt werden sowie, mit gewissen Vereinfachungen, zwischen der gesamten Beschäftigung und der unmittelbar mit Investitionen befaßten Beschäftigung (die wir die Grundbeschäftigung *nennen werden). (Dies, S.K.) … ist ein integraler Teil unserer Theorie der Beschäftigung, da er bei einer gegebenen Konsumneigung eine genaue Beziehung zwischen aggregierter Beschäftigung und Einkommen und dem Investitionsniveau festlegt.«* (AT: 97) Der Verweis auf den gegebenen Hang zum Verbrauch bedeutet gleichzeitig eine Einschränkung der Gültigkeit der Analyse auf die kurze Frist, innerhalb derer die Konsumneigung stabil ist; dies ist ein Moment, das Keynes zu Beginn seiner Ausführungen über das Multiplikatortheorem betont: *»Die in diesem Buch (bezieht sich auf das 3. Buch der ›General Theory‹ über den Hang zum Verbrauch, S.K.) behandelten Schwankungen im Realeinkommen sind jene, die aus der Kombination verschiedener Mengen von Beschäftigung (d.h. Arbeitseinheiten) mit einer* gegebenen Kapitalausrüstung *herrühren, so daß das Realeinkommen mit der Zahl der beschäftigten Arbeitseinheiten zu- oder abnimmt.«* (Ebd., Herv. S.K.)

Keynes definiert das oben bereits genannte totale Differential dC_w/dY_w als Grenzhang zum Verbrauch oder Konsumneigung: *»Diese Größe ist sehr wichtig, weil sie uns sagt, wie der nächste Produktionszuwachs zwischen Verbrauch und Investition verteilt wird. Denn $\Delta Y_w = \Delta C_w + \Delta I_w$, wobei ΔC_w und ΔI_w die Zuwächse des Verbrauchs und der Investition sind; so daß wir $\Delta Y_w = k\,\Delta I_w$ schreiben können, wobei $1 - 1/k$ gleich der marginalen Konsumneigung ist. Nennen wir k den* Investitionsmultiplikator. *Er sagt uns, daß bei einem Zuwachs der aggregierten Investitionen das Einkommen um einen Betrag zunehmen wird, der k mal dem Zuwachs der Investition ist.«* (Ebd. 98) In der kurzen Frist ist der Multiplikator daher ebenso wie der (Grenz-)Hang zum Verbrauch stabil und von diesem determiniert. Der Multiplikator ist somit ein Konzept zur Erfassung der Einkommens- und Beschäftigungswirkungen von Investitionen.

Gleichzeitig ist mit dem Multiplikator eine Bewegungsform des reproduktiven Kreislaufs angesprochen. Hängt der Umfang der Investition letztendlich vom Verbrauch ab, so werden Schwankungen der Menge des Verbrauchs über den Multiplikator verstärkt und wirken auf die Investitionen in potenziertem Ausmaß ein. Die mit dem Multiplikator zusammenhängenden Kreislaufeffekte beschränken sich jedoch nicht allein auf die passive Rolle der Verstärkung einzelwirtschaftlicher Impulse für die Gesamtwirtschaft. Vielmehr potenziert der Multiplikator die Bedeutung der Investitionen als dominierende Variable des Systems. Den Investitionen

kommt, wie wir gesehen haben, die primäre und aktive Rolle zu: Ihr Umfang bestimmt das aus ihnen entstehende Gesamteinkommen, deren konsumierter Teil sie wiederum anspornt. Der nichtverbrauchte Teil des Einkommens, die Ersparnis, ist ebenfalls quantitativ durch den Umfang der Investition bestimmt; die Ersparnis der Periode t_1, die die Investition derselben Periode finanzieren soll, hängt vom Umfang der Investition in der vorhergehenden Periode t_0 ab. Die Investition von t_0 erzeugt so die Ersparnis von t_1, die die Investition von t_1 finanzieren wird. Bezogen auf die Kreislaufeffekte, die mit dem Multiplikator umschrieben werden können, kann daher von einer Selbstfinanzierung der Investitionen gesprochen werden. Sie sind das determinierende Element nicht nur für die Größe der Variablen innerhalb der Periode, sondern auch für die folgenden Perioden. Die Investitionen greifen daher mittels ihrer im Multiplikator zusammengefassten (Einkommens-)Wirkungen über die einzelnen Perioden hinweg und verbinden Gegenwart und Zukunft. Das bei diesem Investitions-Ersparnis-Effekt zusätzlich entstehende Verbrauchseinkommen in t_1 ist dabei für die Bewegung des Systems, d.h. die Investitionen, nur Mittel zum Zweck, Mittel zur Ausdehnung des Umfangs der laufenden Investition.[6]

Doch gilt auch hier, dass Rückwirkung stattfindet, denn die Investitionen determinieren auch wieder den Verbrauch. Die Profite spielen in diesem Kreislauf eine besondere Rolle. Wie die Investitionen gesamtwirtschaftlich die Ersparnis erzeugen, so erzeugen sie gesamtwirtschaftlich auch ihre eigenen Profite: Investitions-Profit-Effekt. Kreislauftheoretisch gesehen stützt sich dieser Zusammenhang auf das Faktum, dass sich in der kapitalistischen Produktionsweise das Gesamtprodukt wertmäßig in übertragenen Wert des konstanten Kapitals, den reproduzierten Wert des variablen Kapitals und den neu produzierten Mehrwert auflöst, sodass – abgesehen vom Ersatz des konstanten Kapitals – das Einkommen der Arbeiter nicht hinreicht, um das gesamte Wertprodukt zu realisieren. Die Zirkulation des Mehrwerts, die Akkumulation von Kapital und/oder die Verausgabung der Kapitalistenrevenue werden zur Reproduktionsbedingung für das gesamtwirtschaftliche Warenprodukt. Der Investitions-Profit-Effekt wird damit zum Ausgaben-Profit-Mechanismus: Die Unternehmer verdienen (als Klasse), was sie ausgeben. In der »Treatise on Money« hat Keynes diesen Effekt (»Witwenkrug«) explizit als Teil seiner dortigen Konjunkturtheorie formuliert: »*Wenn die Unternehmer es vorziehen, einen Teil ih-*

---

[6] Vgl. ebd. 100: »*Die Investition, in Lohneinheiten gemessen, kann nicht zunehmen, ohne daß die Bevölkerung bereit wäre, ihre Ersparnisse, in Lohneinheiten gemessen, zu vermehren. Gewöhnlich wird die Bevölkerung dies nicht tun, ohne daß ihr gesamtes Einkommen, in Lohneinheiten gemessen, zunimmt. Ihr Streben, einen Teil ihrer vermehrten Einkommen zu verbrauchen, wird somit die Produktion anregen, bis das neue Niveau (und die neue Verteilung) der Einkommen einen Überschuß an Ersparnissen schafft, der genügt, um der vermehrten Investition zu entsprechen. Der Multiplikator sagt uns, um wieviel ihre Beschäftigung vermehrt werden muß, um eine Zunahme im Realeinkommen zu ergeben, die genügt, um sie zu den notwendigen Extraersparnissen zu veranlassen; er ist eine Funktion ihrer psychologischen Neigungen. Wenn Ersparnis die bittere Pille und Verbrauch die Marmelade ist, muß die Extramarmelade der Größe der zusätzlichen bitteren Pille angepaßt werden.*«

rer Gewinne (hier im Sinne von Extraprofiten, S.K.) für den Konsum zu verwenden (und es gibt natürlich nichts, was sie daran hindern könnte), so hat das die Wirkung, den Gewinn aus dem Verkauf liquider Konsumgüter genau um den Betrag der Gewinne zu erhöhen, *die auf diese Weise verausgabt worden sind. … Welchen Teil ihrer Gewinne demnach die Unternehmer auch für den Konsum verwenden, der Vermögenszuwachs zugunsten der Unternehmer bleibt der gleiche wie zuvor. Somit sind die Gewinne, als eine Quelle der Kapitalakkumulation bei den Unternehmern, unerschöpflich wie der Krug der Witwe, wie viel davon auch immer einer ausschweifenden Lebensführung dient.«* (Keynes 1930a: 113)

Bei der Frage nach den Wirkungen dieser kreislauftheoretisch abgeleiteten Effekte müssen die impliziten Voraussetzungen, unter denen diese Mechanismen theoretisch entwickelt werden, klargemacht werden. Beim Investitions-Profit-Effekt ist vorausgesetzt, dass der Konsum – und damit die Ersparnis als Residualgröße – vom Einkommen abhängt: Die Höhe des Einkommens bestimmt die Menge an Ersparnis, die die Investition finanzieren soll. Unter der Prämisse eines sinkenden Hangs zum Verbrauch kann daher die Investition der Folgeperiode größer als die zuerst betrachtete sein, da ihr mehr Finanzierungsmittel zur Verfügung stehen. Sie muss sogar größer sein, um die mit relativ gesunkenem Konsum entstandene »Nachfragelücke« zu schließen und damit den gegebenen Stand von Produktion und Beschäftigung zu rechtfertigen. Damit ist nun die Unterstellung einer konstant niedrigen Liquiditätspräferenz eingeschlossen, denn sonst wird nicht alle Extraersparnis zusätzliche Investitionen finanzieren können, womit die Gesamtwirtschaft wachsen kann. Gleichzeitig ist natürlich unterstellt, dass genügend »Veranlassung zur Investition« besteht, d.h. dass die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals hoch ist.

Beim als »Witwenkrug« bezeichneten reproduktionstheoretischen Umstand unterliegt nach traditionell-nationalökonomischer Auffassung eine ganz spezifische Preisbildungshypothese, dass nämlich die konsumierten Gewinne mittels eines einfachen Aufschlags auf den »normalen« (oder Gleichgewichts-)Preis im Sinne der Produktionskosten auf die Konsumgüterproduzenten übertragen werden und ihnen als »produzierte« Gewinne zufallen. In dieser Darstellung wird der Umstand ausgedrückt, dass es in der Tat zunächst eines Gewinnes bei den Konsumgüterproduzenten bedarf – die Nachfrage muss den Marktpreis zumindest über den Kostpreis gehoben haben –, damit die Residualgröße den Unternehmern als Profit zufließen kann. Diese unterstellte Angebot-Nachfrage-Konstellation, die sich im Übersteigen des Marktpreises gegenüber dem Kostpreis ausdrückt, ist ein typisches Phänomen des konjunkturellen Aufschwungs und nur in dieser Phase des industriellen Zyklus gegeben. Aber auch die Unterstellung einer niedrigen Liquiditätspräferenz und einer hohen Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals trifft nur für die Aufschwungsphasen des Zyklus zu, sodass dieser Effekt, der aus der Kreislauftheorie allgemein abgeleitet wurde, nur für diese Zyklusphasen Gültigkeit besitzt.

Beide im Multiplikatortheorem implizierten Kreislaufeffekte, somit die Kreislaufwirkung des Multiplikators selbst, beschränken sich daher in ihrer kumulativen Wirkung auf die Aufschwungsphasen des Konjunkturzyklus, genauer: die Phasen

der zyklischen Prosperität und beginnenden Überproduktion. Sie beschreiben die Phänomene während dieser Zeit, ohne jedoch eine Grundlage sowohl zur Erklärung der Entstehung wie zur Erklärung des Endes eines Aufschwungs abzugeben: Sie stellen daher auch keine Basis für eine den Aufschwung induzierende Wirtschaftspolitik dar.[7] Die Verallgemeinerungs- und Verstärkerwirkung des Multiplikators kann aber sehr wohl durch verschiedene Faktoren gehemmt oder modifiziert werden. Zum ersten können die Finanzierungsart der Politik, z.B. Durchführung öffentlicher Arbeiten sowie die Wirkung auf die Geldnachfrage, die die Zunahme der Investition mit sich bringt, über Veränderungen des Zinsfußes hemmend oder verzögernd für die Investitionsentwicklung wirken. Zum zweiten kann die Regierungspolitik das »Vertrauen« beeinflussen und damit auf die Liquiditätspräferenz oder die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals einwirken. Zum dritten können Multiplikatorprozesse über außenwirtschaftliche Verflechtungen in ihrer Wirkung für die Binnenwirtschaft bzw. Binnenbeschäftigung verpuffen; andererseits kann das Gemeinwesen von multiplikativen Wirkungen anderer Länder profitieren.

Weitere Modifikationen der Multiplikatorwirkung können sich ergeben, wenn sich die Einkommensverteilung mit Zunahme der Beschäftigung zugunsten der Unternehmer – aufgrund des Ertragsgesetzes – ändert (vgl. AT: 15, Fn. 1). Die Unternehmer haben einen geringeren als den durchschnittlichen Grenzhang zum Verbrauch, daher wird sich der Multiplikator verkleinern. Führt weiterhin die Vermehrung der Beschäftigung zur Auflösung der Arbeitslosigkeit, so wird auch das »Entsparen« der Arbeitslosen aufhören, »*mit der Folge, daß die Wiederbeschäftigung diese besonderen Akte negativer Ersparnis allmählich verringern und daher die marginale Konsumneigung rascher vermindern wird, als wenn das Realeinkommen des Gemeinwesens unter anderen Umständen in gleichem Maße zugenommen hätte«* (ebd. 103).

Allgemein gilt: »*Auf jeden Fall wird der Multiplikator wahrscheinlich für einen kleinen Nettozuwachs der Investitionen größer sein als für einen großen Zuwachs, so daß, wenn beträchtliche Änderungen in Aussicht stehen, wir uns von dem Durchschnittswert des Multiplikators leiten lassen müssen, der sich auf die durchschnittliche marginale Konsumneigung über den in Frage kommenden Bereich stützt.«* (Ebd.)

[7] Eine genauere Analyse der »Grenzen des Multiplikators« geben wir in Kapitel 10 der vorliegenden Abhandlung; vgl. auch Krüger 2010: 345ff.

Dritter Abschnitt:
Die Veranlassung zur Investition

Kapitel 7: Die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals und der Zustand der langfristigen Erwartung der Investoren

a) Begriff und Bestimmungsgründe der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals

Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals und Rolle der Investition

In allgemeiner Form hatte Keynes Kapital definiert als einen Vermögenswert, der während seines ganzen Bestandes ein seine ursprünglichen Kosten übersteigendes Erträgnis erbringt (vgl. AT: 178).[1] Wenn also jemand »*ein Investitionsgut oder Kapitalgut*« (ebd. 115) kauft, so erwirbt er damit das Anrecht auf eine Reihe voraussichtlicher Erträgnisse oder zukünftiger Jahresrenten (Anuitäten) Q_1, Q_2, …Q_n. Der Kapitalwert oder die Investition wirft für die Dauer ihrer Nutzung oder während ihres Bestandes jährlich gewisse Erträge ab, d.h. sie erbringt eine Reihe von Rückflüssen oder Cash Flows, die, vermindert um die Nutzungskosten der Investition, das Netto-Erträgnis derselben darstellen. Um die Verwertung dieser Investition oder dieses Kapitalvorschusses zu ermitteln, ist die Summe der voraussichtlichen Netto-Erträgnisse auf den Angebotspreis des betreffenden Kapitalwerts zu beziehen. Dieser Angebotspreis ist nicht einfach der Marktpreis, zu dem der betreffende Vermögenswert tatsächlich am Markt erworben werden kann, sondern derjenige Preis, »*der einen Fabrikanten gerade noch veranlassen würde, neu eine zusätzliche Einheit solcher Vermögenswerte zu erzeugen, daß heißt das, was gelegentlich* Wiederbeschaffungskosten *genannt wird*« (ebd.). Die Wiederbeschaffungskosten oder der Angebotspreis der Investition sind also bestimmt durch die Grenzgrundkosten des betreffenden Vermögensgegenstandes. Mit dieser Fassung des Angebotspreises des Kapitalwerts reflektiert Keynes den Umstand, dass es sich bei jeder (Neu-)Investition um die Anlage von Zusatzkapital handelt. Damit wird zugleich ein Opportunitätskostenkalkül des potenziellen Investors begründet, welches sich später als Vergleich der (erwarteten) Verwertung dieser Investition von Zusatzkapital mit dem Geldzinsfuß darstellen wird. Das Verhältnis nun zwischen der Reihe der voraussichtlichen Netto-Erträgnisse dieser Zusatzinvestition und den Kosten derselben ergibt die Grenzleistungsfähigkeit des betreffenden Kapitalwerts: »*Das Verhältnis zwischen dem voraussichtlichen Ertrag eines Kapitalgutes und seinem Angebotspreis oder seinen Wiederbeschaffungskosten, das heißt das Verhältnis zwischen dem voraussichtlichen Ertrag einer weiteren Einheit jener Art Kapital und den Erzeugungskosten jener Einheit, liefert uns die* Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals *jener Art. Genauer: ich definiere die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals als gleichwertig zu jenem Diskontsatz, der den gegenwärtigen Wert*

[1] Vgl. dazu das Kapitel 1 und 2 der vorliegenden Abhandlung.

der Reihe von Jahresrenten, die aus dem Kapitalgut während seines Bestandes erwartet werden, genau gleich seinem Angebotspreis machen würde.« (Ebd.) Damit ist die Grenzleistungsfähigkeit des betreffenden Kapitalwerts gleich dem internen Zinsfuß der Investition.

Die Grenzleistungsfähigkeit ist somit verschieden für jede individuelle Investition oder jedes spezifische Kapitalgut. Die Grenzleistungsfähigkeiten aller verschiedenen Kapitalgüter ergeben somit eine ganze Tabelle abgestufter Verwertungsraten, deren höchste die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals im allgemeinen ist, denn, verschiedene Investitionsalternativen unterstellt, wird diejenige zuerst realisiert werden, welche den höchsten internen Zinsfuß aufweist.

Die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals bezeichnet ein Verhältnis zwischen Erwartungsgrößen – Reihe der voraussichtlichen Erträgnisse – und laufenden Größen – Angebotspreise oder Wiederbeschaffungskosten neu zu erzeugender Vermögensgegenstände. Keynes hebt hervor, dass es keineswegs ausreicht, nur das erste zukünftige Erträgnis Q_1 zu berücksichtigen, sondern dass es auf die vollständige Reihe der Netto-Rückflüsse ankommt, die während des gesamten Bestandes bzw. der gesamten ökonomischen Nutzungszeit des betreffenden Kapitalgutes erwartet werden. Ganz wie die Gebrauchskosten als Kosten der bestehenden Kapitalausrüstung schlägt daher auch die Grenzleistungsfähigkeit der einzelnen Kapitalwerte eine Brücke zwischen Zukunft und Gegenwart. Die Erwartung hinsichtlich der voraussichtlichen Netto-Rückflüsse während des Gesamtlaufzeit der betreffenden Investition beeinflusst also die gegenwärtige Aktivität; somit entscheidet die Erwartung über die längerfristige Zukunft über die gegenwärtigen Investitionen und damit über den Stand der Beschäftigung und des Einkommens.[2]

Der Begriff der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals hat erstens nichts zu tun mit einer etwaigen, in physischen Größen gemessenen Grenzproduktivität des Kapitals. Die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals wird wertlich, d.h. in Größen von Geld und als Verwertungsrate gemessen; sie besitzt kein unmittelbar physisches Pendant, etwa im Sinne eines »Grenzprodukts des Kapitals«.[3] Die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals darf zweitens nicht verwechselt werden mit der Gesamtkapi-

---

[2] Vgl. AT, 117: »*Die meisten Erörterungen über die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals scheinen keinem Glied der Reihe mit Ausnahme von Q_1 Beachtung zu schenken. Und doch ist dies nicht zulässig, ausgenommen in einer statischen Theorie, für welche alle Q einander gleich sind. Die gewöhnliche Theorie der Verteilung, in der vorausgesetzt wird, daß das Kapital* jetzt *seine Grenzproduktivität (in irgendeinem Sinne) erreicht, gilt nur in einem statischen Zustand. Der aggregierte gegenwärtige Ertrag des Kapitals steht in keiner unmittelbaren Beziehung zu seiner Grenzleistungsfähigkeit, während sein aggregierter Ertrag an der Grenze der Erzeugung (das heißt der Ertrag des Kapitals, der in den Angebotspreis der Produktion eingeht) seine Grenznutzungskosten sind, die wiederum keine enge Beziehung zu seiner Grenzleistungsfähigkeit haben.«*

[3] Es sei daran erinnert, dass es wegen der Keynesschen Auffassung über die Arbeit als einzigem Erzeugungsfaktor des stofflichen Reichtums für ihn auch gar kein Grenzprodukt des Kapitals geben kann; vgl. Kapitel 2 der vorliegenden Abhandlung.

talrentabilität eines Unternehmens im Sinne seiner realisierten durchschnittlichen Profitrate. Die Verwertungsrate, die Keynes im Auge hat, bezieht sich entweder auf einzelne Kapitalgüter, d.h. Maschinen oder jeweilige Investitionsprojekte.[4] Da jeweils die Gesamtrückflüsse dieser Kapitalwerte erfasst werden, ist die Summe der Erträgnisse verschiedener Vermögensbestände einer individuellen Unternehmung ihren verschiedenen Kapitalgütern oder Gruppen von Kapitalwerten zuzurechnen. Drittens schließlich bezeichnet die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals erwartete Größen (Rückflüsse); insofern handelt es sich hierbei um subjektive, von den Erwartungen der Investoren bestimmte Eigenzinssätze der verschiedenen Vermögensgegenstände; deren Bestimmungsgründe als Ist-Größen sind bereits dargestellt worden.[5] Als solche realisierten, also »objektiven« Eigenzinssätze stellen sie eine Grundlage bzw. einen Ausgangspunkt für die Schätzung der Erwartungen dar.[6]

Diese Bestimmtheit der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals als subjektiv-erwarteter Eigenzinssatz für zusätzlich zu investierendes Kapital bildet auch eine oberflächliche Erscheinungsform der allgemeinen oder Durchschnittsprofitrate des gesellschaftlichen Gesamtkapitals nach Marx: Auch diese erscheint keineswegs als fest bestimmte Größe, weder innerhalb der Gesamtwirtschaft noch für ein individuelles Kapital. Dies unterscheidet sie prinzipiell von dem in jedem Moment als Faktum gegebenen Zinsfuß auf Geldkapital: »*Dagegen existiert die allgemeine Profitrate beständig nur als Tendenz, als Bewegung der Ausgleichung der besondren Profitraten. Die Konkurrenz der Kapitalisten – die selbst die Bewegung der Ausgleichung ist – besteht hier darin, daß sie den Sphären, wo der Profit auf längre Zeit unter dem Durchschnitt, allmählich Kapital entziehn und den Sphären, wo er darüber, ebenso allmählich Kapital zuführen; oder auch, daß sich Zusatzkapital nach und nach in verschiednen Proportionen zwischen diese Sphären verteilt. Es ist beständige Variation der Zufuhr und der Entziehung von Kapital, diesen verschiednen Sphären gegenüber, nie gleichzeitige Massenwirkung wie bei der Bestimmung des Zinsfußes. … Die Marktrate des Zinses, obgleich beständig schwankend, erscheint … in jedem gegebnen Moment ebenso beständig fixiert und uniform, wie der jedesmalige Marktpreis der Ware. Die Geldkapitalisten führen diese Ware zu, und die fungierenden Kapitalisten kaufen sie, bilden die Nachfrage danach. Dies findet bei der Ausgleichung zur allgemeinen Profitrate nicht*

---

[4] Wir haben schon früher kritisiert, dass Keynes unter seinem Begriff des »Vermögens« ganz unterschiedliche ökonomische Formbestimmungen zusammensperrt: nicht nur fixes Kapital im strikten Sinne des Begriffs, d.h. als produktiv fungierendes Kapital, Arbeitsmittel, stellt »Vermögen« dar, sondern jeder langlebige physische Gegenstand, der ein Erträgnis erbringen kann, gleichgültig, ob er innerhalb eines Produktionsprozesses fungiert oder nicht.

[5] Vgl. dazu das Kapitel 1: Unterabschnitt b) der vorliegenden Abhandlung.

[6] Zur Analyse der Bestimmungsgründe der Investoren-Erwartungen vgl. ausführlich Unterabschnitt b) des vorliegenden Kapitels. Im übrigen lässt sich die gleiche Differenzierung zwischen subjektiven und objektiven (= realisierten) Größen im Hinblick auf den Zinssatz vornehmen; vgl. Kapitel 8 der vorliegenden Abhandlung.

statt. Stehn die Preise der Waren in einer Sphäre unter oder über dem Produktionspreis (wobei von den, jedem Geschäft eignen und mit verschiednen Phasen des industriellen Zyklus zusammenhängenden Schwankungen abgesehn wird), so findet Ausgleichung statt durch Erweiterung oder Einengung der Produktion, d.h. Ausdehnung oder Verkürzung der von den industriellen Kapitalisten auf den Markt geworfenen Warenmassen, vermittelt durch Ein- oder Auswanderung von Kapital mit Bezug auf die besondren Produktionssphären. Durch die so herbeigeführte Ausgleichung der durchschnittlichen Marktpreise der Waren zu Produktionspreisen ist es, daß die Abweichungen der besondren Profitraten von der allgemeinen oder Durchschnittsprofitrate korrigiert werden. Dieser Prozeß erscheint nie so und kann nie so erscheinen, daß das industrielle oder merkantile Kapital als solches *Ware gegenüber einem Käufer ist, wie das zinstragende Kapital. Soweit er erscheint, erscheint er nur in den Schwankungen und Ausgleichungen der Marktpreise der Waren zu Produktionspreisen; nicht als direkte Festsetzung des Durchschnittsprofits. … Die allgemeine Profitrate schöpft also in der Tat ihre Bestimmung aus ganz andren und viel komplizierteren Gründen, als die durch das Verhältnis von Nachfrage und Angebot direkt und unmittelbar bestimmte Marktrate des Zinses, und ist daher kein handgreifliches und gegebnes Faktum in der Art, wie es der Zinsfuß ist. Die besondren Profitraten in den verschiednen Produktionssphären sind selbst mehr oder weniger unsicher; aber soweit sie erscheinen, ist es nicht ihre Uniformität, sondern ihre Verschiedenheit, die erscheint. Die allgemeine Profitrate selbst aber erscheint nur als Minimalgrenze des Profits, nicht als empirische, direkt sichtbare Gestalt der wirklichen Profitrate.«* (MEW 25: 379f.) Das von Marx hier gezeichnete Bild der allgemeinen Profitrate als »*verschwimmendes Nebelbild*« (ebd. 381), welches die notwendige Erscheinungsform der Natur dieser allgemeinen Profitrate darstellt, lässt sich weiter ausdifferenzieren: Was den individuellen Kapitalisten, der zusätzliches Kapital investieren will, in der Tat interessiert, ist die Rendite auf dieses Zusatzkapital, die als solche nur eine Erwartungsgröße sein kann: erwartete marginale Profitrate oder erwartete Rendite auf Zusatzkapital. In weiterer Instanz kann die Erscheinungsform einer vom Zinssatz verschiedenen Profitrate ganz verschwinden. Letztere nimmt selbst die Form eines bloß quantitativ vom Zinssatz auf Geld unterschiedenen Zinssatzes als interner Zinsfuß oder Kapitalisierungsrate an. Dies bedeutet jedoch nicht, dass die ökonomisch-funktionelle Regulierungsfunktion der Profitrate, die ihr im Unterschied zum Zinsfuß zukommt, suspendiert wäre. Lediglich die Erscheinungsform hätte sich verändert; der Ausgleich der individuell verschiedenen Renditeraten durch die Konkurrenz zwischen den reproduktiven Kapitalisten, die Ausgleichung der Marktpreise der Waren zu Produktionspreisen unter Einbeziehung des Kredit- und Bankensystems zur Verteilung des disponiblen Zusatzkapitals auf die verschiedenen Produktionssphären bleibt die bestimmende Grundlage für die ökonomische Regulation des kapitalistischen Gesamtreproduktionsprozesses.

Die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals im allgemeinen bezeichnet den höchsten subjektiven Eigenzinssatz einer Investitionsalternative im gegebenen Moment;

nehmen nun die Investitionen zu, werden sukzessive die jeweils ertragsreichsten Investitionsalternativen im Sinne der subjektiven Erwartungen der Investoren realisiert. Mit der Zunahme der Investitionen sinkt die Grenzleistungsfähigkeit in jeder Abteilung der verschiedenen Anlageformen von Kapital. Keynes benennt zwei unterschiedliche Gründe für dieses Sinken, welche unterschiedliche Zeithorizonte reflektieren: »*Wenn die Investition in irgendeiner gegebenen Art von Kapital während irgendeines Zeitabschnittes erhöht wird, wird sich die Grenzleistungsfähigkeit jener Art von Kapital mit der Zunahme der Investition verringern, teilweise weil sich der voraussichtliche Ertrag mit der Zunahme jener Art Kapital verringern wird und teilweise, weil ein Druck auf die Einrichtungen der Erzeugung dieser Art Kapital in der Regel eine Zunahme seines Angebotspreises verursachen wird. Hierbei wird der zweite Faktor gewöhnlich der wichtigere in der Herstellung des kurzfristigen Gleichgewichtes sein; je länger aber der in Aussicht genommene Zeitabschnitt, desto mehr wird der erste Faktor die Stelle des zweiten einnehmen.*« (AT: 116) Dass kurzfristig die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals abnehmen muss im Maße der vermehrten Nachfrage nach Investitionsgütern, deren Preise schon vor Erreichung der Kapazitätsgrenze der Investitionsgüterproduzenten aufgrund der von Keynes angenommenen ertragsgesetzlichen Produktionsfunktion steigen, wird uns bei der Behandlung des Konjunkturzyklus beschäftigen. Weshalb andererseits das erwartete Erträgnis abnehmen soll, wenn längerfristige Perioden in Betracht gezogen werden, ist später genauer zu untersuchen.

An dieser Stelle halten wir zunächst nur fest, dass die Tabelle der verschiedenen Grenzleistungsfähigkeiten der Kapitalgüter eine Nachfragekurve nach Investitionen ergibt, also eine Investitionsrate fixiert, die mit einer alternativen Ertragsrate ins Verhältnis zu setzen ist. Diese alternative Ertragsrate ist der Zinsfuß auf Geld, d.h. der Komplex verschiedener Zinsfüße für Darlehen verschiedener Fristigkeit und verschiedenen Risikos, welcher eine Untergrenze markiert, bis zu der die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals im allgemeinen fallen kann, ohne eine andersgeartete Verwendung disponiblen Zusatzkapitals als bloß zinstragende Anlage zu induzieren: »*Es ist nun offensichtlich, daß der tatsächliche Umfang der laufenden Investitionen bis auf den Punkt getrieben wird, auf dem es keine Klasse von Kapitalgütern mehr gibt, deren Grenzleistungsfähigkeit den aktuellen Zinsfuß übersteigt. Mit anderen Worten, die Investitionen werden auf den Punkt auf der Investitionsnachfragekurve getrieben werden, auf dem die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals im allgemeinen gleich dem Marktzinsfuß ist.*« (Ebd.) Das Messen des internen Zinsfußes einer Investition am Marktzinssatz für zinstragende Geldanlagen entsprechender Fristigkeit etc. betont das Handlungskalkül des Investors, jede gegebene Geldsumme mit dem Zinssatz auf Geld abzudiskontieren. Anstelle des Vergleiches zwischen dem internen Zinssatz einer Investition mit dem Zinssatz für Darlehen entsprechender Fristigkeit können auch die erwarteten Netto-Rückflüsse einer geplanten Investition mit dem Zinssatz als Kalkulationszinsfuß abgezinst werden, um den Barwert der betreffenden Investition zu ermitteln, der, damit die Investition als rentabel erscheint und durchgeführt wird, einen Wert größer Null besitzen muss.

Es ergibt sich so, dass der Vergleich zwischen der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals und dem Zinssatz bzw. dessen erwarteter Entwicklung die »Veranlassung zur Investition« bestimmt. Weder der Zinsfuß noch die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals können für sich genommen die Veranlassung zur Investition erklären, es kommt auf ihr jeweiliges Verhältnis, d.h. auf ihre beiderseitige Bewegung bzw. die Erwartung dieser Bewegung an.

Bestimmungsgründe der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals

Bevor im einzelnen die verschiedenen Bestimmungsgründe der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals betrachtet werden können, muss Klarheit darüber herrschen, welche Grenzleistungsfähigkeiten überhaupt gemeint sind, für die diese verschiedenen Bestimmungsgründe gelten. Mit anderen Worten, es muss geklärt werden, was Keynes mit seinen durchaus verschiedenen Begriffen »Investition« (investment), »Kapitalgut« (capital-asset), »Vermögensbestand« (asset) jeweils genau meint.[7] Je nachdem, in welcher Weise diese verschiedenen Begrifflichkeiten gefasst werden bzw. in eine Hierarchie von Investitionsarten gebracht werden, ergibt sich als grundlegende Perspektive entweder eine »realwirtschaftliche« bzw. reproduktive oder monetär-finanzielle Grundbestimmung der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals; gleichzeitig wird hierdurch die Frage des Verhältnisses zwischen Warenmarkt einerseits und Finanz- bzw. Vermögensmarkt andererseits zentral berührt.

An und für sich haben wir diese Fragestellung bereits bei der Betrachtung der Keynesschen Profitableitung grundlegend beantwortet[8]: Dort wurde gezeigt, dass die Höhe der Eigenzinssätze bestimmt wird durch die jeweiligen Knappheitsverhältnisse zwischen Produktionspotenzial und effektiver Nachfrage auf den Warenmärkten. Die Bedeutung des Zinssatzes ergab sich durch seine Rolle, die Bewegung der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals für die Veranlassung der Investition nach unten zu begrenzen. An dieser Stelle ist jedoch diese durch reproduktive Konstel-

---

[7] Die genaue Begriffsbestimmung dieser Kategorien führt zu jeweilig unterschiedlichen Aggregationen verschiedener Sektoren in der Gesamtwirtschaft. Leijonhufvud (1973) stellt der traditionellen IS-LM-Interpretation (Hicks u.a.), die zwischen Gütersektor (Konsum- und Investitionsgüter) und finanziellem Sektor mit einerseits Wertpapieren und andererseits Geld unterscheidet, eine Aggregation entgegen, die unter dem Begriff der nicht-geldlichen Vermögenswerte sowohl Investitionsgüter wie Wertpapiere aller Art zusammenfasst. Damit wird die Investitionstätigkeit zu einer Variablen der Konstellation an den Finanzmärkten. Folgerichtig erhält der Zinssatz einen bestimmenden Einfluss, während der Stellenwert der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals vollständig verkannt in den Hintergrund tritt. Die Monetärkeynesianer der »Berliner Schule« (vgl. Heine/Herr 2003: 346ff.) ordnen die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals in erster Instanz dem Produktivkapital zu, machen die Investitionsentscheidung am Kalkül $r > i$ fest, räumen allerdings der Zentralbank und dem Bankensystem einen entscheidenden Einfluss auf das Kreditangebot und damit den Zinssatz ein: Die Geldpolitik steuert über den Vermögensmarkt die Investitionen und darüber wiederum die Einkommensentstehung und die Konstellationen an den Gütermärkten und dem Arbeitsmarkt; wir kommen hierauf noch genauer zu sprechen.

[8] Vgl. Kapitel 2 der vorliegenden Abhandlung.

lationen geprägte Bestimmtheit der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals nochmals und mehr im Detail aufzunehmen.

Keynes' Werk »A Treatise on Money« zeigt in Bezug auf diese Fragestellung eine eindeutige Position: Das Preisniveau *neuer Investitionsgüter* (Realkapital) wird bestimmt über die Bewertung der Kapitalwerte auf den Finanzmärkten. Demgemäß ist auch die »Veranlassung zur Investition« von den Konstellationen an den Vermögensmärkten bestimmt, die sich aus dem Zusammenspiel zwischen der »Stimmung des Publikums« und dem »Verhalten des Bankensystems« ergeben. »*Es folgt daraus, daß das tatsächliche Preisniveau der Kapitalanlagen die Resultante der Publikumsstimmung und des Verhaltens der Banken ist. … Das Preisniveau der Kapitalanlagen als Ganzes und folglich der Neuinvestition ist jener Preisstand, bei dem das Verlangen des Publikums, Spardepositen zu halten, gleich dem Betrag der Spardepositen ist, den die Banken schaffen wollen und schaffen können.*« (Keynes 1930a: 116f.) Demgegenüber wird das Preisniveau für *Konsumgüter* durch realwirtschaftliche Sachverhalte bestimmt: bei gegebenen Produktionskosten ist der Preis für Konsumgüter bestimmt durch die Ersparnis und den Umfang der Investitionsgütererzeugung.[9] Keynes formuliert in der »Treatise« also explizit eine Theorie relativer Preise zwischen Konsum- und Investitionsgütern; damit ist auch die Möglichkeit einer verschiedenen Entwicklung der Preise für beide Warengruppen gegeben.

Desgleichen sind die Gewinne in beiden Gruppen der gesamtwirtschaftlichen Produktion unterschiedlich bestimmt: Die Quasi-Renten – Normalgewinne figurieren in der »Treatise« als Bestandteil der Produktionskosten – der Investitionsgüterproduzenten bestimmen sich als Differenz aus dem Wert des Zuwachses an neuen Investitionsgütern und dem bei der Produktion derselben verdienten Einkommen, diejenigen der Konsumgüterproduzenten als Differenz zwischen dem Einkommen der Investitionsgüterproduzenten und den gesamtwirtschaftlichen Ersparnissen.[10] Im Gleichgewicht sind die Quasi-Renten verschwunden, es verbleibt der Normalgewinn bei beiden Gruppen von Produzenten. Umgekehrt bildet die Existenz solcher Quasi-Renten für die betreffenden Unternehmer stets Anlass, ihre Produktion auszuweiten.[11]

---

[9] Vgl. Keynes 1930a, 117: »*Andererseits hängt … das Preisniveau der Konsumgüter im Verhältnis zu den Produktionskosten allein ab von der Resultante der Entscheidungen des Publikums in bezug auf den zu sparenden Einkommensteil und der Entscheidung der Unternehmer in bezug auf den der Investitionsgütererzeugung zu widmenden Produktionsteil – obwohl diese beiden Entscheidungen und besonders die letzte zum Teil durch das Preisniveau der Investitionsgüter beeinflußt werden mögen.*«

[10] Hieran wird deutlich, dass auch der Keynes der »Treatise« den Investitionen den dominierenden Stellenwert für die ökonomische Entwicklung zuweist; vgl. in Bezug auf die »General Theory« die Kapitel 5 und 6 der vorliegenden Abhandlung.

[11] Vgl. Keynes 1930a, 148f.: »*Damit die Produzenten imstande und gewillt sind, bei höheren Produktionskosten zu produzieren und die nichtverfügbare Erzeugung zu erhöhen, müssen sie imstande sein, die Verfügungsmacht über eine angemessene Menge Geldes und*

Was uns im vorliegenden Zusammenhang an dieser Kausalkette interessiert, ist der übermächtige Einfluss auf den Anreiz zur Investition, den der Keynes der »Treatise« dem Zinsfuß beimisst: Die Höhe des Zinsfußes bestimmt den Wert der Investitionsgüter, daher auch den Wert der Neuinvestition, und der Zinsfuß wird seinerseits vom Bankensystem im Zusammenspiel mit der Stimmung des Publikums beherrscht: »*Durch den Umfang und die Bedingungen seiner Kreditgewährung ist das Bankwesen unter der Herrschaft eines Systems des Repräsentativgeldes in der Lage, allgemein gesprochen die Investitionstätigkeit der Unternehmerschaft zu bestimmen.*« (Ebd. 125)

Der Schlüssel für diese Bestimmtheit der »Veranlassung zur Investition« ist die Bestimmung des Nachfragepreises für Investitionsgüter über die Bewertung des Bestandes von Kapitalwerten an der Börse. In den Begriff der Kapitalwerte sind hier alle Formen des fiktiven Kapitals einbezogen: Effekten sind sowohl Aktien wie Staatsanleihen. Es ist der Zinsfuß, welcher den Kapitalwert dieser Titel bestimmt. Die Konstellationen an den Finanz- und Vermögensmärkten, ihrerseits bestimmt durch das Zusammenspiel von Publikumsstimmung und Bankenverhalten, regieren über die reproduktive Sphäre. Hierin ist eingeschlossen, dass Bewertungsänderungen im gesamten Bestand vorhandener Kapitalwerte den Nachfragepreis für neue Investitionsgüter variieren.[12]

In der Sichtweise des Keynes der »Treatise« werden also sehr verschiedene ökonomische Formbestimmungen miteinander konfundiert: Erstens verschwimmt der Unterschied innerhalb des fiktiven Kapitals zwischen Besitztiteln auf Realkapital (i.e. Aktien) und solchen auf bloße Darlehen (z.B. Staatsschuldpapiere); zweitens wird auch der prinzipielle Formunterschied zwischen real bzw. reproduktiv fungierendem Kapital (so genannte Realinvestition) und fiktivem Kapital verwischt. Konsequenz dieser rein vom Vermögensmarkt bestimmten Sichtweise ist die Regulation der reproduktiven Wirtschaftssphäre, d.h. hier der Neuinvestition, durch

---

einen angemessenen Kapitalfonds zu erlangen; und damit sie gewillt und imstande sind, dies zu tun, darf der Zinssatz, das heißt die Kosten jener Verfügungsmacht, nicht so hoch sein, um sie abzuschrecken. Wieviel Bankkredit sie aufnehmen müssen, um die Verfügungsmacht über eine genügend große Menge Geldes zu erlangen, hängt davon ab, was das Publikum mit seinen Ersparnissen tut – von der relativen Anziehungskraft der Spardepositen und der Effekten. Was jedoch das Publikum auch tun mag und wie triftig die Gründe der Produzenten auch sein mögen, jenen Teil ihrer Erzeugung, der nicht verfügbar ist, zu erhöhen, immer treten die Banken als ausgleichender Faktor hinzu; dadurch, daß die Banken den Preis und die Menge des Bankkredits kontrollieren, kontrollieren sie notwendigerweise die gesamten Kosten der Erzeugung.«

[12] Vgl. ebd. 115: »*Die Entscheidungen in bezug auf das Sparvolumen und auch die Entscheidung in bezug auf das Volumen der Neuinvestition betrifft nur die laufende Wirtschaftsführung. Aber die Entscheidung darüber, ob Bankdepositen oder Effekten gehalten werden sollen, bezieht sich nicht nur auf den laufenden Zugang zum Vermögen der Individuen, sondern auch auf ihren gesamten Kapitalbestand. Da aber der laufende Zugang nur einen unbedeutenden Teil des gesamten Vermögens ausmacht, spielt er in der Angelegenheit nur eine untergeordnete Rolle.*«

veränderte Bewertungen der Eigentumstitel an der Börse infolge der Kapitalisierung ihrer Erträgnisse mithilfe des jeweiligen Zinssatzes, der wesentlich durch die Tätigkeit des Bankensystems reguliert wird.[13]

In der »General Theory« nimmt Keynes, obgleich er oft unklar ist, diese Suprematie des Vermögensmarktes über die reproduktive Sphäre zurück; Schlüsselkategorie ist jetzt sein oben vorgestellter Begriff der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals.

Die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals, die im Zusammenspiel mit dem Zinssatz die Veranlassung zur Investition bestimmt, besitzt einen prinzipiell »realwirtschaftlichen«, d.h. reproduktiven Bestimmungsfaktor schon in Gestalt der Ersatz- oder Wiederbeschaffungskosten, welche im Nenner dieses Renditeausdrucks figurieren. In diesem Punkte ist Keynes sehr deutlich: »*… der* Angebotspreis *des Kapitalwerts…, worunter wir nicht den Marktpreis verstehen, zu dem ein Vermögenswert der in Frage kommenden Art tatsächlich im Markt gekauft werden kann (dies könnte auch der Kurs einer Aktie oder gar eines festverzinslichen Wertpapiers sein, S.K.), sondern den Preis, der einen Fabrikanten gerade noch veranlassen würde,* eine zusätzliche Einheit solcher Vermögenswerte neu zu erzeugen *(Herv. S.K.), das heißt das, was gelegentlich* Wiederbeschaffungskosten *genannt wird.«* (AT: 115) Oder: »*Der Leser sollte beachten, daß die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals hier in Kategorien der* Erwartung *von Erträgen und des* laufenden *Angebotspreises des Kapitalwerts definiert wird. Sie hängt ab von der Rate des Ertrages, die von einem Geldbetrag erwartet wird, wenn er in einen* neu *erzeugten Vermögensbestand investiert wird…«* (ebd.).[14]

Klar ist also, dass es um den Preis eines tatsächlich zu produzierenden neuen Vermögensgegenstandes geht; somit werden die realen Produktionsbedingungen in der Investitionsgüterindustrie zu einer Einflussgröße der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals. Daher kann Keynes auch für die kurze Frist von einer Senkung der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals aufgrund steigender Ersatz- oder Wiederbeschaffungskosten infolge des abnehmenden Grenzertrages bei den Investitionsgüterherstellern ausgehen. Deswegen gewinnt auch die Neuproduktion von Investitionsgütern bestimmenden Einfluss auf die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals,

---

[13] Wir sehen hier bereits die Ähnlichkeiten zur monetärkeynesianischen Interpretation, die ganz dem Keynes der »Treatise« folgt und sich nur dadurch auszeichnet, die einzelnen von Keynes genannten Elemente – Kreditangebot bzw. -vergabe durch das Bankensystem im Sinne von Zentralbank und Geschäftsbankensystem und Börsenkonstellationen – auszuarbeiten und zu systematisieren. Wir kommen hierauf nochmals zurück, wenn wir die Unterschiede zwischen dem Keynes der »Treatise« und dem Keynes der »General Theory« näher herausgestellt haben.

[14] Im englischen Originaltext heißt es: »*The reader should note that the marginal efficiency of capital is here defined in terms of* expectation *of yield and of the* current *supply price of the capital-asset. It depends on the rate of return expected to be obtainable on money if it were invested in a* newly *produced asset; not on the historical result of what an investment has yielded on its original cost if we look back on its record after its life is over.«* (Keynes 1936: 136, Herv. im Original)

daher auf die Veranlassung zur Investition. Dies schließt umgekehrt nicht aus, dass natürlich jeder einzelne Investor die Alternative besitzt, entweder eine neue Maschinenausrüstung zu erwerben, also eine Realinvestition vorzunehmen, oder den Eigentumstitel auf bereits bestehendes Kapital zu erwerben, z.B. durch einen Aktienkauf. Hier wird der Vergleich zwischen den Ersatzkosten im oben bestimmten Sinne und dem Kurs eines fiktiven Kapitals in der Tat wichtig.[15] Es fragt sich jedoch, in welcher Weise beide Seiten der Alternative zueinander stehen.

Die Frage kann auch folgendermaßen formuliert werden. Die Bestimmtheit einer Aktie als fiktives Kapital unterstellt die vollendete Verdoppelung des Kapitals als einerseits fungierendes oder »Realkapital«, welches innerhalb seines Kreislaufs durch Anwendung produktiver Arbeit Wert und Mehrwert produzieren lässt und aneignet, und andererseits bloßem Eigentum auf Kapital, verbrieft in einem negotiablen, also verkauf- oder handelbaren Titel, der die Berechtigung verkörpert, einen Teil des vom fungierenden Kapital angeeigneten Profits unter der Form des Zinses (Dividende) anzueignen. Diese Attraktionskraft auf vorhandenen Mehrwert (Profit) und mit einer eigenständigen und durchaus vom Wert des fungierenden Realkapitals unabhängigen Festsetzung des Preises dieses Eigentumstitels (Kurs) charakterisieren denselben als fiktives Kapital.[16] Das Kapital ist fiktiv, weil es den bloßen

---

[15] Tatsächlich spielt dieser Vergleich zwischen dem Preis neuer Maschinerie und demjenigen von fiktivem Kapital eine wichtige Rolle in einer bestimmten Phase des industriellen Zyklus, nämlich gegen Ende des konjunkturellen Abschwungs, wenn es darum geht, moralisch verschlissenes fixes Kapital in natura zu ersetzen und durch eine gesamtwirtschaftlich große Neuanlage den erneuten konjunkturellen Aufschwung einzuleiten; vgl. dazu das Kapitel 10 der vorliegenden Abhandlung sowie Krüger 2010: 556ff.

[16] Hilferding hat den Zusammenhang und die Trennung zwischen dem reproduktiv fungierenden Kapital und der Aktie als fiktives Kapital anschaulich anhand einer Erweiterung der bekannten Marxschen Kreislaufformel für industriell fungierendes Kapital G - W (Ak, Pm)…P…W' - G' deutlich gemacht. Nur das erste G haben die Bewegung des industriellen Kapitals und die Aktie gemeinsam, nämlich am Emissionsmarkt, wenn die Ausgabe neuer Aktien (A) eine Sammlung von Geldkapital beinhaltet, welches industriell fungieren soll. Danach, d.h. am Sekundärmarkt der Aktienbörse trennt sich jedoch die Bewegung des Aktienkapitals als fiktives Kapital vom industriellen Kapital: A - G_1 (Ak, Pm) einerseits, A - G_2 andererseits: »*Betrachten wir … die eigentümliche Zirkulationsform des fiktiven Kapitals, so finden wir folgendes: Die Aktien (A) werden emittiert, also gegen Geld (G) verkauft. Dieses Geld zerfällt in zwei Teile; ein Teil (g_1) bildet den Gründergewinn (dies ist das Emissionsagio als Differenz des Emissionskurses der Aktien über ihren Nominalwert, S.K.), gehört den Gründern, zum Beispiel der Emissionsbank, und fällt aus der Zirkulation dieses Kreislaufs heraus. Der andere Teil G_1 verwandelt sich in produktives Kapital und beschreibt den … bekannten Kreislauf des industriellen Kapitals. Die Aktien sind verkauft; sollen sie selbst wieder zirkulieren, so ist dazu zusätzliches Geld (G_2) als Zirkulationsmittel nötig. Diese Zirkulation A – G_2 – A findet ihre Stätte auf einem eigenen Markt, der Börse.*« (Hilferding 1923: 144f.) Zu ergänzen bleibt, dass das zweite A in A – G_2 – A einen vom Emissionskurs abweichenden Kurs erhalten wird, der in fundamentaler Bestimmtheit abhängig ist von den erwarteten zukünftigen (Netto-)Gewinnen der industriellen Unternehmung, die mithilfe des Kapitalmarktzinses auf ihren jeweiligen Gegenwartswert abgezinst werden.

Eigentumstitel auf vorhandenes Realkapital verkörpert; es stellt Kapital dar, weil dieser bloße Eigentumstitel zinstragend verwertet sowie darüber hinaus als schriftlich verbriefter Titel auf einem speziellen Markt zu einem speziellen Preis oder Kurs ge- und verkauft werden kann.

Aus dieser Bestimmung z.B. einer Aktie als fiktives Kapital folgt, dass zwar für jeden einzelnen Investor die prinzipielle Alternative besteht, vorhandenes Geldkapital entweder reproduktiv, d.h. in Gestalt einer realen (Neu-)Investierung, oder zinsbringend, d.h. hier in Erwerb einer Aktie oder eines bloßen Eigentumstitels auf vorhandenes Kapital, zu verwerten. Gesamtwirtschaftlich besteht diese Alternative jedoch nicht. Da die Konsequenzen einer Real- oder Finanzinvestition im Hinblick auf die Produktion des gesellschaftlichen Reichtums grundsätzlich verschieden sind – der Händewechsel umlaufender Aktien beeinflusst die Wertproduktion im strikten Sinne zunächst gar nicht; allerdings mag die von Angebot und Nachfrage abhängige tagtägliche Kursfixierung der Aktien eines Unternehmens Rückwirkungen auf dessen Ertragslage haben –, muss sich die Verallgemeinerung der subjektiven Entscheidungsalternative des Investors gesamtwirtschaftlich sofort ad absurdum führen. Dies folgt unmittelbar aus der Bestimmtheit der Aktie als fiktivem Kapital, weiter aus der Bestimmtheit des Zinses (Dividende) als bloß sekundäre, abgeleitete Revenue, also bloßem Teil des Profits.[17] Damit ist das prinzipielle Abhängigkeitsverhältnis zwischen Real- bzw. reproduktiver Sphäre und finanzieller Sphäre, also dem Kreditüberbau benannt, welches selbstverständlich gleichzeitig ein analoges Regulationsverhältnis einschließt.

---

[17] Vgl. MEW 25, 390f.: »*Nach beiden Seiten erscheint ihm (dem industriellen Kapitalisten, S.K.) der vom Zins unterschiedne Teil des Rohprofits als Unternehmergewinn und der Zins selbst als ein Mehrwert, den das Kapital an und für sich abwirft, und den es daher auch abwerfen würde ohne produktive Anwendung. Für den einzelnen Kapitalisten ist dies praktisch richtig. Er hat die Wahl, ob er sein Kapital, sei es, daß es im Ausgangspunkt schon als Geldkapital existiert oder daß es erst in Geldkapital zu verwandeln ist, als zinstragendes Kapital verleihen oder als produktives Kapital selbst verwerten will. Allgemein gefaßt, d.h. auf das ganze Gesellschaftskapital angewendet, wie dies von einigen Vulgärökonomen geschieht und sogar als Grund des Profits angegeben wird, ist dies natürlich verrückt. Die Verwandlung des sämtlichen Kapitals in Geldkapital, ohne daß Leute da sind, die die Produktionsmittel kaufen und verwerten, in Form von denen das gesamte Kapital, abgesehn von dem in Geld existierenden, relativ kleinen Teil desselben, vorhanden ist, – dies ist natürlich Unsinn. Es steckt der noch größre Unsinn darin, daß auf Basis der kapitalistischen Produktionsweise das Kapital Zins abwerfen würde, ohne als produktives Kapital zu fungieren, d.h. ohne Mehrwert zu schaffen, wovon der Zins nur ein Teil; daß die kapitalistische Produktionsweise ihren Gang gehen würde ohne die kapitalistische Produktion. Wollte ein ungebührlich großer Teil der Kapitalisten sein Kapital in Geldkapital verwandeln, so wäre die Folge ungeheure Entwertung des Geldkapitals und ungeheurer Fall des Zinsfußes; viele würden sofort in die Unmöglichkeit versetzt, von ihren Zinsen zu leben, also gezwungen, sich in industrielle Kapitalisten rückzuverwandeln. Aber wie gesagt, für den einzelnen Kapitalisten ist dies Tatsache.*«

Diese Sichtweise hinsichtlich der Alternative zwischen Realinvestition und bloßem Eigentumstitelerwerb findet sich aber auch bei Keynes. Für ihn konstituiert die Existenz hochorganisierter Finanzmärkte, also der Börsen, überhaupt erst die Möglichkeit des Handels in Kapitalwerten oder, wie er es formuliert, die Möglichkeit der »Liquidierbarkeit von Investitionen« durch Veräußerung der Eigentumstitel. Er nennt dies den »Fetisch der Liquidität«. Hier liegt die Möglichkeit der eigentlichen Spekulation mit ihren prekären Rückwirkungen auf die laufende Produktion, Investition und Beschäftigung begründet.[18] Für das Gemeinwesen als Ganzes gibt es jedoch nicht die Liquidierbarkeit von Investitionen in Wertpapiere, nur für den Einzelnen besteht die Möglichkeit, aus einer Investition auszusteigen oder in eine andere umzusteigen, was stets voraussetzt, dass ein anderer einsteigt.

Wenn nun für die Gesamtwirtschaft oder das Gemeinwesen als Ganzes in Gestalt von Investitionen in Realkapital ein Bestand von Vermögenswerten existiert, der gemäß den Schwankungen in den Erträgnissen ständig neu bewertet wird, so geht zwar von diesen Umbewertungen im Kapitalwert des Bestandes ein Einfluss auch auf die laufende Investitionstätigkeit aus. Jedoch muss dieser Einfluss als spezifische Rückwirkung des fiktiven Kapitalüberbaus und seiner Bewertung auf die reproduktiven Neuinvestitionen gefasst werden. Wir werden später zeigen, dass diese Rückwirkung der Bewegung der Kurse fiktiver Kapitale auf die laufende Investitionstätigkeit im reproduktiven Sektor der Volkswirtschaft zugleich ein Potenzial von Verselbstständigung einschließt, welches Keynes vollkommen korrekt als Gefahr für den Fortgang der kapitalistischen Reproduktion bestimmen kann.

Als Zwischenresümee erhalten wir an dieser Stelle den Befund, dass der Keynes der »General Theory« – im Gegensatz zu jenem der »Treatise« – mithilfe des Begriffs der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals die Bestimmungsgründe der Investitionstätigkeit auf wesentlich realwirtschaftliche bzw. reproduktive Gegebenheiten bezieht; es wird später zu untersuchen sein, in welchen Punkten die angedeutete Unterscheidung zwischen Realinvestitionen und Finanzinvestitionen, d.h. Investitionen in fiktives Kapital bei Keynes noch unzureichend ausgeführt ist.[19]

Dass mit dem Begriff der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals primär reproduktive Bestimmungsgründe für die Vornahme von Investitionen hervorgehoben werden, zeigt sich nicht nur anhand des Vergleiches der voraussichtlichen Erträgnisse mit den produktionsseitig bestimmten Ersatz- oder Wiederbeschaffungs-

---

[18] Vgl. AT, 132: »*Der professionelle Investor ist … gezwungen, sich mit der Vorwegnahme bevorstehender Änderungen solcher Art in den Ereignissen oder in der Umwelt zu befassen, durch welche die Massenpsychologie des Marktes erfahrungsgemäß am meisten beeinflußt wird. Das ist die unvermeidliche Folge dessen, daß Investmentmärkte mit dem Blick auf sogenannte ›Liquidität‹ eingerichtet sind. Von den Leitsätzen orthodoxer Finanzierung ist sicherlich keiner antisozialer als der Fetisch der Liquidität, die Doktrin, daß es eine positive Tugend der Investmenteinrichtungen ist, ihre Geldmittel auf den Besitz ›liquider‹ Wertpapiere (d.h. liquidierbarer Titel, S.K.) zu konzentrieren. Sie übersieht, daß es für das Gemeinwesen als Ganzes so etwas wie die Liquidität der Investition nicht gibt.*«

[19] Vgl. den nachstehenden Unterabschnitt b) des vorliegenden Kapitels.

kosten eines Investitionsgutes, sondern auch anhand der allgemeinen Bestimmungsgründe der Reihe der voraussichtlichen Erträgnisse Q_1, Q_2,…Q_n selbst. Keynes hebt hervor, dass Änderungen in den voraussichtlichen Erzeugungskosten, d.h. den Faktorkosten der Produktion, die Schätzung der erwarteten Erträgnisse mitbestimmen: »*Die bedeutsamste Verwirrung über den Sinn und die Bedeutung der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals rührt von der mangelnden Erkenntnis her, daß sie sich auf die* voraussichtlichen *Erträge des Kapitals stützt und nicht nur auf seinen aktuellen Ertrag. Dies kann am besten erläutert werden durch einen Hinweis darauf, welche Wirkung die Erwartung von Änderungen in den voraussichtlichen Produktionskosten auf die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals haben wird, sei es, daß diese Änderungen von Änderungen in den Arbeitskosten, das heißt in der Lohneinheit herrühren, oder von Erfindungen und neuer Technik. Die Produktion mittels heute produzierter Ausrüstung wird während ihrer Lebensdauer mit der Produktion späterer, vielleicht mit niedrigeren Arbeitskosten oder mittels einer verbesserten Technik, erzeugter Ausrüstung konkurrieren müssen, die sich mit einem niedrigeren Preis für ihre Produktion begnügt und deren Menge vermehrt werden wird, bis der Preis ihrer Produktion auf diese niedrigere Zahl gefallen ist, mit der sie sich begnügt.«* (Ebd. 120) Das heißt, dass erwartete Änderungen in den Faktorkosten im Produktionsprozess des betreffenden Investors als wichtiger Bestimmungsgrund in die Schätzung der Reihe der voraussichtlichen Erträgnisse der Investition eingehen; realwirtschaftliche Kostengesichtspunkte bestimmen somit wesentlich mit über die Vornahme einer Investition. Darüber hinaus muss das betreffende Investitionsgut, z.B. ein maschinelles Aggregat, vom Stand seiner Produktionstechnik bzw. von der Höhe seiner Anschaffungskosten her konkurrenzfähig produzieren können. Hier betont Keynes den Umstand des »moralischen Verschleißes« der sachlichen Elemente des fixen Kapitals, welcher über die ergänzenden Kosten Einfluss auf den Reingewinn bzw. die Reihe von erwarteten Gewinnen ausübt. Auch in diesem Punkt zeigt sich sehr deutlich, dass die Schätzung der Reihe voraussichtlicher Erträgnisse einer Investition in erster Linie reproduktiv fundiert ist.

Dasselbe gilt mit Bezug auf erwartete Änderungen im Geldwert: »*Die Erwartung einer Senkung des Geldwertes regt die Investitionen und folglich die Beschäftigung im allgemeinen an, weil sie die Kurve der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals erhöht, das heißt die Kurve der Investitionsnachfrage, und die Erwartung einer Erhöhung des Geldwertes wirkt entmutigend, weil sie die Kurve der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals erniedrigt.«* (Ebd.) Senkungen im Geldwert, d.h. Erhöhungen im Preisniveau vergrößern die nominellen Rückflüsse einer Investition, bewerkstelligen also für den Investor einen Zusatzgewinn aus zwischenzeitlich, d.h. seit der Vornahme des Investition vonstatten gegangenen Wert- bzw. Preisrevolutionen; umgekehrt, umgekehrt. An dieser Stelle macht sich, wie schon der Vergleich zwischen den unter verschiedenen Produktionsbedingungen produzierten bzw. mit verschiedenen Anschaffungskosten gekauften Kapitalausrüstungen der Umstand geltend, dass die Existenz einer dauerhaften Kapitalausrüstung

durch die durch sie verursachten Kosten (Nutzungskosten) ein wichtiges Verbindungsglied zwischen Gegenwart und Zukunft darstellt.

Ein weiterer Punkt ist in diesem Zusammenhang hervorzuheben. Keynes polemisiert gegen Irving Fishers Auffassung, dass Veränderungen im Preisniveau auf den Zinsfuß wirken und eine Zerfällung des Nominalzinssatzes in eine Real- und eine Inflationskomponente bewirkten.[20] Seine Kritik lautet, dass es nicht »*der Zinssatz ist, auf den voraussichtliche Änderungen im Geldwert unmittelbar wirken werden, (sondern) auf die Grenzleistungsfähigkeit eines gegebenen Kapitalbestandes*« (ebd. 121).

Der Transmissionsprozess dieser geldseitigen Preisrevolutionen bewerkstelligt zunächst reproduktiv bedingte Zusatzgewinne oder -verluste für die Realinvestition sowie, in Konsequenz hiervon, auch für den gesamten Realkapitalbestand. Denn nicht nur die voraussichtlichen Erträgnisse für neu zu tätigende Investitionen erfahren durch Änderungen im Geldwert eine veränderte Schätzung, sondern gleichzeitig müssen auch die zukünftig erwarteten Erträgnisse bereits vorhandener bzw. fungierender Kapitalwerte im Lichte der neuen Konstellationen berichtigt werden. »*Die Preise* bestehender *Vermögensbestände werden sich immer Änderungen in der Erwartung über den voraussichtlichen Wert des Geldes anpassen. Die Bedeutung solcher Änderungen in der Erwartung liegt darin, daß sie durch ihre Rückwirkung*

[20] Vgl. AT, 121: »*Das ist die Wahrheit, die hinter Professor Irving Fishers Theorie dessen liegt, was er ursprünglich ›Wertzuwachs und Zins‹ (appreciation and interest) nannte – die Unterscheidung zwischen dem nominalen Zinssatz und dem realen Zinssatz, wobei ersterer nach Berichtigung der Änderungen im Geldwert gleich letzterem ist. Es ist schwierig, aus dieser Theorie, so wie sie dargestellt ist, einen Sinn abzuleiten, weil es nicht klar ist, ob die Änderung im Geldwert als vorausgesehen oder nicht vorausgesehen angenommen wird. Es gibt keinen Ausweg aus dem Dilemma, daß sie, wenn sie nicht vorausgesehen wird, keinen Einfluß auf die laufenden Angelegenheiten haben wird; während, wenn sie vorausgesehen wird, die Preise von bestehenden Gütern sofort so berichtigt werden, daß die Vorteile, Geld zu halten und Güter zu halten, sich wieder ausgleichen, und es für Besitzer von Geld zu spät sein wird, aus der Änderung des Zinssatzes einen Gewinn zu erzielen oder einen Verlust zu erleiden, der die voraussichtliche Wertänderung des geliehenen Geldes während der Laufzeit des Darlehens ausgleichen wird.*« Tatsächlich gibt es keinen nach ökonomischen Gesetzmäßigkeiten bestimmten Realzinssatz im Sinne eines natürlichen Zinssatzes, da der (nominelle) Zinssatz zwar seine Grenze zwischen Null und dem Wert der Durchschnittsprofitrate des reproduktiven Gesamtkapitals – langfristig – besitzt, jenseits dieser Minimal- bzw. Maximalwerte jedoch lediglich durch Angebot und Nachfrage am Geldkapitalmarkt bestimmt wird: »*Eine Beziehung zwischen Zinssatz und Preissteigerungsrate besteht nur indirekt und kann sich nur langfristig durchsetzen, insofern eine auf gleicher Höhe des Zinssatzes liegende oder dieselbe gar übersteigende jährliche Teuerungsrate zu einer Umschichtung der Portfolios der Geldkapitalisten führen wird und im Resultat durch Angebotsverknappung an disponiblem Geldkapital den Zinsfuß in die Höhe treiben kann. Dies ist die einzige Möglichkeit, um nominelle verzinsliche Schuldforderungen oder ertragsfixierte fiktive Kapitalien vor inflationsbedingten Entwertungsprozessen zu schützen.*« (Krüger 2012: 389) Hierauf ist im nachfolgenden Kapitel 8 der vorliegenden Abhandlung zurückzukommen.

auf die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals auf die Bereitschaft wirken, neue *Vermögensbestände zu erzeugen.«* (Ebd.)

Die Abhängigkeit der Veranlassung zur Investition von realwirtschaftlichen bzw. reproduktiven Gegebenheiten schließt nun jedoch nicht aus, sondern im Gegenteil ein, dass der Vergleich zwischen dem Barwert der Erträgnisreihe aus Realinvestitionen und dem Preis oder Kurs von fiktiven Kapitalien (Aktien), der einzelwirtschaftlich ein relevantes Entscheidungskalkül des Investors darstellt, ebenso eine Wirkung auf die gesamtwirtschaftliche Investitionstätigkeit ausübt. Die Bewertung von vorhandenen Kapitalwerten durch sie verändernde Aktienkurse an der Börse wirkt auf die Erzeugung neuer Investitionsgüter dergestalt zurück, dass bei einem niedrigeren Preis der letzteren (Wiederbeschaffungkosten) deren Produktion, daher auch die Vornahme von Realinvestitionen, stimuliert wird; im umgekehrten Fall wird der Kauf von bloßen Eigentumstiteln auf bereits vorhandenes Realkapital präferiert. Entscheidend ist jedoch, welchen Stellenwert der Einfluss derartiger, auf dem Vermögensmarkt spielender Konstellationen auf die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals besitzt: Nicht dass diese Momente überhaupt die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals mitbestimmen, ist interessant, sondern der Ausweis ihres vermittelten, d.h. gegenüber reproduktiven Faktoren abgeleiteten Einflusses auf die laufende realwirtschaftliche Investitionstätigkeit.[21]

Der Begriff der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals ist somit korrekt bestimmt als zusammenfassender Ausdruck für die Gesamtheit aller auf die Investitionstätigkeit im reproduktiven Sektor der Volkswirtschaft einwirkenden Einflussfaktoren (gegebene Höhe des Geldzinssatzes unterstellt). Es kommt hierbei darauf an, die innere Struktur dieses Komplexes verschiedener Einflussfaktoren herauszuarbeiten. Weder ist die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals bei Keynes mit der Marxschen Kategorie der »erwarteten marginalen Profitrate« oder »erwarteten Profitrate als real zu investierendes Zusatzkapital« direkt gleichzusetzen und somit eine reproduktiv fundierte Größe, noch ist sie ein bloßer Kapitalisierungsfaktor, um den Kurswert von fiktiven Kapitalien zu errechnen und somit rein über die Konstellationen an den Finanzmärkten oder gar an der Börse bestimmt, wie die so genannte fundamentalistische Keynes-Interpretation unterstellt (vgl. Minsky 1990 und 2011). Die neuere monetärkeynesiansiche Keynes-Interpretation hat die Grenzleistungsfähig-

[21] Es gibt jenseits des stets gültigen einzelwirtschaftlichen Kalküls des Vergleichs zwischen dem Kauf eines Unternehmens durch Erwerb seiner Aktien an der Börse gegenüber der Vornahme entsprechender eigener Investitionen gesamtwirtschaftlich eine relevante Konstellation, in der der Vergleich der Entwicklung der Aktienkurse mit der Preisentwicklung neuer Investitionsgüter Einfluss auf die genuin gesamtwirtschaftliche Investitionsaktivität nimmt. Dies erfolgt in der so genannten melancholischen Phase des industriellen Zyklus, in der der konjunkturelle Abschwung ausläuft und eine zinssatzinduzierte Steigerung der Börsenkurse die Attraktivität von Finanzinvestitionen gegenüber den mit zyklisch niedrigen Preisen versehenen Realinvestierungen vermindert und somit letztere überhaupt erst wieder in größerem Umfange möglich macht. Wir kommen hierauf in Kapitel 10 der vorliegenden Abhandlung über den Konjunkturzyklus zurück; vgl. auch Krüger 2010: 556ff.

keit des Kapitals als »*pfiffig (entwickeltes) Verwertungsmaß*« (Herr 1986: 151) bezeichnet und bei einer im ganzen korrekten Bestimmung ihrer Variablen ihr jedoch jegliche allokative Relevanz abgesprochen und sie lediglich als für die konjunkturelle Dynamik relevante Größe begriffen.[22] Mit dieser Trennung zwischen allokativen und konjunkturellen Tatbeständen und der Zuordnung der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals zu den letzteren wird einer subjektivistischen Anschauung der ökonomischen Entwicklung, getrieben durch die – nicht mehr durch reproduktive Tatbestände gebundenen – Erwartungen der Subjekte (Investoren) bzw. rahmensetzend durch die makroökonomischen Politiken, das Wort geredet. Damit werden zentrale Bestandteile der Keynesschen Theorie ausgegrenzt.[23]

Keynes sperrt mit der gegenüber seiner Darstellung in der »Treatise on Money« neu eingeführten Kategorie der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals eine Totalität verschiedener Einflussfaktoren zusammen: *erstens* realwirtschaftliche Einflussfaktoren, d.h. effektive Kosten- und Absatzbedingungen im reproduktiven Zirkel des kapitalistischen Reproduktionsprozesses; *zweitens* Barwertberechnungen, die immer zugleich den einzelwirtschaftlich reellen Vergleich zwischen Realinvestition und Kauf fiktiver Kapitalien einschließen, damit auch Rückwirkungen der Konstellationen an den Finanzmärkten auf die reproduktive Investitionstätigkeit; *drittens* prospektive Schätzungen der Investoren, d.h. das Moment der Erwartungen, weiter der Stimmungen; *viertens* schließlich die subjektive Schätzung des einzelnen Investors, die zwar grundsätzlich in den gegenwärtigen Verhältnissen begründet ist, dann jedoch eine schillernde Vielfalt von Erwartungen über die Zukunft einbegreift.

Die vorstehende Reihenfolge der verschiedenen Einflussfaktoren und Bestimmungsgründe der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals ist keineswegs beliebig, vielmehr drückt sie ihrerseits eine Struktur von Abhängigkeitsbeziehungen der verschiedenen Bestimmungsgründe aus. Mit Bezug auf das Verhältnis zwischen den beiden ersten Bestimmungsgrößen ist dies bereits gezeigt worden; mit Bezug auf die beiden anderen ist dieses Verhältnis im nachstehenden Unterabschnitt des vorliegenden Kapitels nochmals aufzunehmen und detailliert auseinanderzulegen. Die Schwierigkeit der Interpretation ergibt sich daraus, dass Keynes keineswegs begrifflich präzise die innere Struktur der Einflussgrößen der Grenzleistungsfähigkeit des

---

[22] Vgl. Herr 1986: 153, Fn.: »*Die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals hat mit einer allokativen Betrachtung nichts gemein. Es ist deshalb verwunderlich, daß Keynes im 11. Kapitel der Allgemeinen Theorie, bei der er sich offensichtlich mit allokativen Fragen beschäftigt, mit der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals hantiert. Seine Vermischung vom allokativen und konjunkturellen Fragen zeigt sich dann auch deutlich in den unplausiblen und eigentlich unnötigen Annahmen über den Verlauf der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals im Rahmen des 11. Kapitels, denen er übrigens im 22. Kapitel bei der Konjunkturanalyse widerspricht.*«

[23] Dies gilt insbesondere für Keynes' Pessimismus hinsichtlich der langfristigen Entwicklungsperspektiven der kapitalistischen Produktionsweise, wesentlich festgemacht an der Tendenz einer langfristig sinkenden Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals; vgl. Kapitel 11 und 13 der vorliegenden Abhandlung.

Kapitals entwickelt. Wir werden sehen, dass sich darin die allgemeine Grenze seines handlungstheoretischen Ansatzes reproduziert; dennoch spürt er diese innere Struktur heraus, und jede Interpretation, die die Ungenauigkeiten und sogar Unstimmigkeiten der Keynesschen Darstellung sozusagen glätten und damit hinwegeskamotieren will, verflacht den eigentlichen kritischen Gehalt der »General Theory«.

Bevor wir zu der eben angesprochenen genaueren Erörterung der Bestimmungsgründe der Erwartungshaltungen der Investoren übergehen, wollen wir noch kurz auf das Verhältnis zwischen der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals und dem Geldzinssatz eingehen, welches im Zusammenspiel der Bewegung beider Ertragsraten den Umfang der Investitionen bestimmt. Zunächst wissen wir bloß, dass die Rate der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals über dem Marktzinssatz bzw. dem Komplex von Zinssätzen für Darlehen entsprechender Fristigkeiten, Risiken etc. zu liegen hat, damit eine reale Investition vorgenommen wird. Wie groß aber dieser Zwischenraum zwischen den beiden alternativen und miteinander konkurrierenden Ertragsraten sein muss, wird näher über spezifische Risikozuschläge determiniert: »*Zwei Arten von Risiken beeinflussen das Investitionsvolumen, deren Unterscheidung wichtig ist, obschon sie oft vernachlässigt wurde. Die erste ist das Risiko des Unternehmers oder Schuldners und entsteht aus seinen eigenen Zweifeln über die Wahrscheinlichkeit, ob er den voraussichtlichen Ertrag wirklich verdienen wird, auf den er hofft. Wenn eine Person ihr eigenes Geld einsetzt, ist das das einzig relevante Risiko. Wo aber ein System von Entleihen und Verleihen besteht, worunter ich die Gewährung von Darlehen mit einem bestimmten Maß von realer oder persönlicher Sicherheitsleistung verstehe, ist noch eine zweite Art Risiko maßgebend, die wir das Gläubigerrisiko nennen können. Dieses mag entweder auf moralisches Wagnis zurückzuführen sein, nämlich absichtliche Zahlungseinstellung oder andere, möglicherweise gesetzliche Auswege, sich der Erfüllung von Verpflichtungen zu entziehen, oder auf die mögliche Unzulänglichkeit der Sicherheitsleistung, das heißt unfreiwillige Zahlungseinstellung als Folge des Fehlschlagens der Erwartung.*« (AT: 122f.)

Zunächst ist hervorzuheben, dass beide Arten von Risiken, die Keynes hier aufführt, jeweils individuell bemessene, konkrete Auf- bzw. Abschläge von den Größen Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals und Zinssatz bedingen. Bei dem Unternehmerrisiko ist dies unmittelbar einsichtig: Den Geldzinssatz gegeben, muss die Differenz zwischen diesem und der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals (bzw. der betreffenden Investition) so groß sein, dass dieses Unternehmerrisiko abgedeckt wird. Bei diesem Risiko handelt es sich also um »*reale gesellschaftliche Kosten*« (ebd. 123), die der spezifischen Stellung des Investors innerhalb marktwirtschaftlicher Verhältnisse entspringen. Das zweite Risiko, Gläubigerrisiko, bedingt bei gegebenem Geldzinssatz im konkreten Fall, der bestimmt wird zunächst durch die Fristigkeit des Darlehens, die mit der Laufzeit der Investition kongruent ist, gewisse Zuschläge auf diesen Zinssatz, welche natürlich die verbleibende Differenz zwischen Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals und Geldzinsfuß als alternative Ertragsraten affizieren. Je nachdem, wie hoch die Zuschläge sind, die der

Gläubiger ansetzt, wird hierdurch die individuelle Ertragsmarge, die den Unternehmergewinn darstellt, berührt.[24] Damit also eine Investition durchgeführt wird, muss die jeweilige Differenz zwischen der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals und dem entsprechenden Marktzinssatz beide Risikokomponenten abdecken. Es handelt sich bei diesem zweiten Risiko also um »*ein(en) reine(n) Zusatz zu den Investitionskosten, der nicht bestehen würde, wenn Entleiher und Verleiher dieselbe Person wären. Es bedingt überdies teilweise eine Verdoppelung eines Teilbetrags des Unternehmerrisikos, der* zweimal *dem reinen Zinssatz zugefügt werden muß, um den voraussichtlichen minimalen Ertrag zu ergeben, der die Investition veranlassen wird.*« (Ebd. 123)

Zu diesen Risikozu- und -abschlägen, welche die Spannbreite zwischen der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals und dem reinen Geldzinssatz bestimmen, kommt natürlich noch hinzu, welche Erwartungen über die zukünftige Entwicklung beider Größen herrschen. Keynes hebt hervor, dass eine Senkung im Zinssatz im Verhältnis zur Grenzleistungsfähigkeit einer Investition auch eine negative Wirkung haben kann, denn dies bedeutet, »*daß die Produktion von heute erzeugter Ausrüstung während eines Teiles ihrer Dauer mit der Produktion von Ausrüstung zu konkurrieren haben wird, die sich mit einem niedrigeren Ertrag begnügt. Diese Erwartung wird keine sehr entmutigende Wirkung haben, da die Erwartungen, die über den Komplex der Zinssätze für verschiedene Fristen gehegt werden, teilweise im Komplex der heutigen Zinssätze zum Ausdruck kommen. Trotzdem kann aber eine gewisse entmutigende Wirkung eintreten, weil die Produktion von heute erzeugter Ausrüstung, die gegen Ende der Lebensdauer dieser Ausrüstung erzeugt werden wird, mit der Produktion einer viel jüngeren Ausrüstung zu konkurrieren haben dürfte, die sich mit einem niedrigeren Ertrag begnügt, wegen des niedrigeren Zinssatzes, der für Zeitabschnitte nach Beendigung der Lebensdauer der heute erzeugten Ausrüstung gilt.*« (Ebd. 122)

b) Unternehmungslust und Spekulation

Das Fundament der langfristigen Erwartungen der Investoren

Die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals verknüpft die Erwartung des Investors in Bezug auf die Reihe voraussichtlicher Erträgnisse Q_1, Q_2, … Q_n aus einem Vermögensbestand bzw. einer Investition mit den Wiederbeschaffungskosten derselben; es handelt sich also um eine zukunftsorientierte Größe, die wesentlich durch

[24] An anderer Stelle differenziert Keynes dieses Gläubigerrisiko nochmals in zwei Komponenten: einmal die Kosten, Schuldner und Gläubiger zusammenzubringen (Bankgewinn), sodann die reine Liquiditätsprämie für die Geldbesitzer. Während die erste Komponente eher von der Grenzleistungsfähigkeit abzuziehen ist und für Keynes eine prinzipielle Kostenkomponente darstellt, ist eine Senkung des Zinsfußes als Liquiditätsprämie nur möglich bei einem Verschwinden der Rentnerklasse (Geldkapitalisten); vgl. hierzu ausführlich Kapitel 12 der vorliegenden Abhandlung.

die Erwartungen der Investoren bestimmt ist. Es zeigt sich an dieser Stelle wiederum, dass die Verknüpfung von Zukunft und Gegenwart eine dominante Rolle im Keynesschen System spielt. Es ist jetzt genauer zu untersuchen, erstens, durch was die Erwartungen der Investoren im Hinblick auf die Reihe zukünftiger Erträgnisse aus einer Investition bestimmt sind, und zweitens, wie diese Erwartungen ihrerseits, subjektiv, zustandekommen.

Grundlage dafür, dass bei der Bestimmung der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals die Beziehung zwischen Gegenwart und Zukunft, also die Rolle der Zeit wesentlich wird, ist die Existenz einer dauerhaftem Kapitalausrüstung oder der Fixkapitalbestand: »*Das Bestehen dauerhafter Ausrüstung ist die Ursache, durch die die wirtschaftliche Zukunft mit der Gegenwart verbunden wird. Es ist daher ein unseren allgemeinen gedanklichen Grundsätzen entsprechendes und sie befriedigendes Ergebnis, daß die Erwartungen über die Zukunft durch den Nachfragepreis für dauerhafte Ausrüstungsgüter die Gegenwart beeinflussen.*« (AT: 124)

Jede Entscheidung eines Unternehmers ist eine unter Unsicherheit vonstattengehende Entscheidung,[25] die Entscheidungen und die ihnen unterliegenden Erwartungen der Unternehmer unterscheiden sich vorderhand durch die Fristigkeit oder den Zeitraum, mit dem zukünftige Prozesse mit der Gegenwart verknüpft werden. Grundsätzlich lassen sich in dieser Perspektive zwei Arten von Erwartungen unterscheiden, nämlich kurzfristige Erwartungen der Unternehmer als Produzenten über die Auslastung der vorhandenen Produktionskapazität sowie langfristige Erwartungen der Unternehmer als Investoren.[26] Nunmehr geht es darum, innerhalb des durch die »Theorie des sich verschiebenden Gleichgewichts« abgesteckten Zusammenhangs und der Dynamik des ökonomischen Systems die mit der Investition zusammenhängenden und sie bedingenden langfristigen Erwartungen der Unternehmer genauer zu untersuchen.

Die Zeitfrist, auf die sich die langfristigen Erwartungen der Unternehmer als Investoren beziehen, wird umschrieben mit der voraussichtlichen Dauer oder ökonomischen Nutzungszeit der in Frage stehenden Investition. Da es darauf ankommt, die Gesamtheit der Erträgnisse aus einer Investition zu beurteilen, ist die erwartete Dauer der Umschlagsperiode des fixen Kapitals die ökonomische Periode, auf die sich die Erwartungen beziehen. Für diese ökonomische Periode ist die Gesamtheit aller ökonomischen Ereignisse relevant. Keynes spezifiziert dies folgendermaßen: »*Die Erwägungen, auf die sich die Erwartungen der voraussichtlichen Erträge stützen, umfassen teilweise bestehende Tatsachen, die wir mehr oder weniger als sicher bekannt voraussetzen können, und teilweise zukünftige Ereignisse, die nur, mit mehr oder weniger Vertrauen, vermutet werden können. Unter den ersteren kann der bestehende Bestand an Kapitalgütern verschiedener Arten und an Kapitalgütern im allgemeinen erwähnt werden sowie die Stärke der bestehenden Nach-*

[25] Vgl. zur systemspezifischen Unsicherheit in einer Geldwirtschaft Kapitel 1 der vorliegenden Abhandlung.

[26] Vgl. Kapitel 3 der vorliegenden Abhandlung.

frage der Verbraucher für Güter, deren effiziente Erzeugung einen verhältnismäßig großen Einsatz von Kapital erfordert. Zu den letzteren gehören zukünftige Änderungen in der Art und Menge des Bestandes an Kapitalgütern und im Geschmack der Verbraucher, die Stärke der jeweilig effektiven Nachfrage während der Lebensdauer der in Betracht gezogenen Investitionen und die Änderungen in der Lohneinheit, in Geld gemessen, die während ihrer Lebensdauer vorkommen mögen.« (Ebd. 125) Es verdient an dieser Stelle erstens besonders hervorgehoben zu werden, dass Keynes bei dieser Aufzählung der für die Erwartungen relevanten ökonomischen Ereignisse samt und sonders realwirtschaftliche bzw. reproduktive Tatbestände nennt.[27] Zweitens ist herauszustreichen, dass Keynes im Hinblick auf die relevanten ökonomischen Tatbestände für die Abschätzung der Erträgnisse aus einer Investition nicht nur die unsicheren zukünftigen Gegebenheiten anführt, sondern auch diejenigen, die aus der Gegenwart bereits bekannt sind; letztere sind sogar die Grundlage für die Erwartungen bezüglich der ersteren.[28]

Die Bestimmtheit des Zustandes der langfristigen Erwartung durch die gegenwärtige Lage, d.h. durch die bestehenden Verhältnisse zunächst innerhalb des reproduktiven Zirkels des kapitalistischen Reproduktionsprozesses kommt auch darin zum Ausdruck, dass es, mangels Wissen über zukünftige Entwicklungen, ökonomisch vernünftig ist, »*(nicht) zuviel Gewicht auf Faktoren (zu) legen…, die sehr ungewiß sind. Es ist daher vernünftig, daß wir uns in einem beträchtlichen Maß durch die Tatsachen leiten lassen, hinsichtlich derer wir uns einigermaßen zuversichtlich fühlen, obschon sie von weniger ausschlaggebender Bedeutung für den Ausgang sein mögen als die anderen Faktoren, über die unsere Kenntnis unbestimmt und spärlich ist. Aus diesem Grunde werden die Tatsachen der gegenwärtigen Lage gewissermaßen unverhältnismäßig in die Bildung unserer langfristigen Erwartungen einbezogen, da es unser übliches Verfahren ist, die gegenwärtige Lage zu nehmen, in die Zukunft zu verlängern und sie nur in dem Maße abzuändern, in welchem wir mehr oder weniger bestimmte Gründe für die Erwartung einer Änderung haben.«* (Ebd. 125f.) Keynes betont an dieser Stelle eine eigentümliche Schwierigkeit, die für ihn in einen Gegensatz mündet: Für den einzelnen Investor – und von dessen Standpunkt aus sind diese Sätze geschrieben – gewinnen die gegenwärtigen Verhältnisse einen möglicherweise ungebührlichen Einfluss auf seine Erwartungsbildung; die gegenwärtige Lage wird überschätzt, auch und gerade im Hinblick auf die zukünftige Entwicklung, weil ihm über letztere das Wissen fehlt. Wenn aber di-

[27] Dies unterstreicht unsere Interpretation hinsichtlich der einzelnen Bestimmungsgründe der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals, die zuallererst im Bereich des reproduktiven Zirkels des Gesamtreproduktionsprozesses zu lokalisieren sind; vgl. den vorstehenden Unterabschnitt dieses Kapitels.

[28] Dieser an sich selbstverständliche und banale Sachverhalt macht deutlich, dass die Keynes zugeschriebene Rolle der »Psychologie« für die wirtschaftliche Entwicklung tatsächlich auf einem harten, in der Gegenwart zu verortenden Kern ökonomischer Tatsachen aufbaut, also keineswegs nur subjektiv beliebig bzw. durch Stimmungen beeinflussbar ist. Letztere bauen erst hierauf auf; wir kommen darauf noch zurück.

ese Unsicherheit der zukünftigen Entwicklung, die die Größe des Erträgnisses aus einer heute vorgenommenen Investition wesentlich bestimmt, einen systemspezifischen Tatbestand der kapitalistischen Produktionsweise markiert, also sozusagen »überindividuelle« Qualität besitzt, ist es erstens dem einzelnen Investor nicht anzulasten, wenn er falsche Erwartungen an die Zukunft hat – dies gesteht auch Keynes ein. Zweitens ist es aber für die ökonomische Erklärung der Veranlassung zur Investition nicht nur im Einzelfall, sondern auch in gesamtwirtschaftlicher Dimension notwendig, diejenigen Bestimmungsgründe aufzufinden, die den Handlungsrahmen für den einzelnen Entscheidungsträger determinieren; m.a.W.: Es muss aufgezeigt werden, welche allgemeinen Tendenzen als Gesetzmäßigkeiten der Kapitalakkumulation wirken und herrschen, die ihrerseits die individuellen Handlungen und Erwartungen der Investoren bestimmen. An dieser Stelle zeigen sich wiederum die prinzipiellen Erklärungsgrenzen einer Handlungstheorie, welche zwar die Spezifik des kapitalistischen Marktzusammenhangs, in welchem die Regellosigkeit des Treibens der Einzelnen das Gesetz der Regelmäßigkeit abgibt, erahnt und beschreiben kann, die Spezifik der Struktur gesellschaftlicher Arbeit im Kapitalismus jedoch nicht zum Ausgangspunkt einer wirklichen Erklärung nimmt.

Die Unzulänglichkeit der Keynesschen Betrachtungsweise, auf deren Konsequenzen wir im weiteren noch einzugehen haben, liegt darin begründet, dass an die Stelle ökonomischer Gesetzmäßigkeiten, die den marktwirtschaftlichen Zusammenhang regulieren, psychologische Gesetze treten, die zwar für sich genommen eine Beschreibung, nicht jedoch eine Erklärung ökonomischer Entwicklungen erlauben.[29] Wir haben in Kapitel 3 der vorliegenden Abhandlung ausführlich gezeigt, dass der gesamtwirtschaftliche Bestand des fixen Kapitals – sowohl Verkörperung eines gegebenen Entwicklungsstandes der gesellschaftlichen Produktivkraft der Arbeit als auch Ausdruck einer gegebenen gesamtgesellschaftlichen Teilung der Arbeit bzw. Verteilung der gesellschaftlichen Gesamtarbeit auf die verschiedenen Produktionssphären – die materielle Grundlage sowohl für die zyklische Bewegung der Kapitalakkumulation als auch, vermittelt eben über diese eigentümliche Bewegungsform, die längerfristig-überzyklische Entwicklung des Akkumulationsprozesses darstellt. Insofern ist es durchaus korrekt, wenn Keynes »*den bestehenden Bestand an Kapitalgütern verschiedener Arten und an Kapitalgütern im allgemeinen*« (ebd. 124) als

[29] Dabei haben die drei von Keynes formulierten psychologischen Gesetze – Hang zum Verbrauch, Veranlassung zur Investition und Vorliebe für Liquidität – durchaus einen unterschiedlichen Status und Erklärungswert. Die Aufteilung des verfügbaren Einkommens, wenn die funktionell dominierende Einkommensform zugleich als Indikator für die soziale Klassenzugehörigkeit genommen wird, in Konsum und Ersparnis birgt tatsächlich, innerhalb der durch die Klassengrenzen fundamental bestimmten Einkommenshöhe und -entwicklung, größere individuelle Spielräume als der durch die kapitalistische Konkurrenz dem einzelnen Unternehmer aufgeherrschte Zwang zur Investition und ist daher eher durch (sozial-)psychologische Tatbestände beschreibbar als letzterer. Daher ist auch erst hier der Ort, an dem die Keynessche Substitution ökonomischer Gesetzmäßigkeiten durch psychologische Gesetze zu problematisieren ist.

Basis sowohl für die kurzfristige Erwartung als auch für den Zustand der langfristigen Erwartung anführt. Es gelingt ihm jedoch andererseits nicht, diese gesamtwirtschaftlichen Gegebenheiten mit den subjektiven Kalkülen der handelnden Agenten, hier der Unternehmer bzw. der Investoren zu vermitteln.

Gemäß der Transposition allgemeiner Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Akkumulation in »psychologische Gesetze« wird auch der subjektive Zustand des Vertrauens, mit dem bestimmte Vorhersagen getroffen werden können, zu einem weiteren Bestimmungsgrund der langfristigen Erwartungen und damit der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals: »*Der Stand der langfristigen Erwartung, auf die sich unsere Entscheidungen stützen, beruht … nicht nur auf der wahrscheinlichsten Voraussage, die wir machen können. Er stützt sich auch auf das* Vertrauen, *mit dem wir diese Voraussage machen können, das heißt darauf, wie hoch wir die Wahrscheinlichkeit einschätzen, daß unsere beste Voraussage sich als ganz falsch erweisen wird. Wenn wir große Änderungen erwarten, aber sehr unsicher über die genauen Formen sind, welche die Änderungen annehmen werden, wird unser Vertrauen schwach sein. Der* Stand des Vertrauens, *wie er genannt wird, ist ein Faktor, dem Geschäftsleute immer die tiefste und sorgfältigste Beachtung schenken. Die Ökonomen haben ihn aber nicht sorgfältig analysiert und sich in der Regel damit begnügt, ihn in allgemeinen Ausdrücken zu erörtern. Insbesondere ist nicht klargemacht worden, daß er seine Bedeutung für wirtschaftliche Fragen durch seinen wichtigen Einfluß auf die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals gewinnt. Es sind nicht zwei getrennte Faktoren, welche die Höhe der Investitionen beeinflussen, nämlich die Kurve der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals und der Stand des Vertrauens. Der Stand des Vertrauens ist wichtig, weil er einer der Hauptbestimmungsgründe der ersteren ist, die wiederum mit der Nachfragekurve der Investitionen identisch ist.«* (Ebd. 126) Es ist wichtig, an dieser Stelle einer Fehlinterpretation des Keynesschen Textes vorzubeugen. Unsere obige Kritik an Keynes, welche die Unzulänglichkeit seiner Erklärung in den prinzipiellen Grenzen und Beschränktheiten eines handlungstheoretischen Ansatzes verortet, gleichzeitig aber heraushebt, dass Keynes seine so genannten psychologischen Gesetze, wenn auch unzulänglich, mit ökonomischen Tatsachen und realen Bestimmungsgründen in Beziehung bringt, unterscheidet sich fundamental von den Interpretationen des so genannten »chapter-12-Keynesianism« von Alan Coddington und George L.S. Shackle,[30] welche die Überbetonung des rein subjektivistischen Entscheidungs- und Erwartungskalküls regelrecht kultivieren. Damit ist keine Regulation der ökonomischen Aktivität, hier: der Veranlassung zur Investition, mehr erkennbar. Eine solche Beliebigkeit rein subjektivistisch fundierter Entscheidungskalküle kann Keynes selbst nicht vorgeworfen werden. Er differenziert sehr genau zwischen subjektiv, erwartungsbestimmten Größen und objektiv resultierenden Parametern, die ihrerseits Basis und Bestimmungsgrund der subjektiven Erwartungen der handelnden Agenten sind. Dieser Umschlag von Resultaten individuell bestimmter Handlungen in je-

[30] Vgl. Coddington 1976 und 1979 sowie Shackle 1955.

weils gegebene Voraussetzungen für weitere Erwartungen der Produktionsagenten kann von Keynes jedoch nicht in seiner systemspezifischen Qualität als gleichzeitig quasi naturgesetzlicher, von den Subjekten nicht beherrschbarer Funktionszusammenhang, der dennoch durch ihre Aktionen beständig reproduziert wird, begriffen werden. Nur in dieser, in einer handlungstheoretischen Auffassung prinzipiell gegebenen Grenze für die Erklärung ökonomischer Strukturen und Entwicklungen liegt die Schranke der Keynesschen Betrachtung.

Widerspruch zwischen Unternehmertum und Spekulation

Die bei Keynes vorhandene Fundierung der Erwartungsbildung der Investoren durch psychologische Tatbestände besitzt ihre reale Grundlage in institutionellen Veränderungen und historischen Entwicklungen der kapitalistischen Produktionsweise und ihres entwickeltsten Produkts, des modernen Kreditsystems. Wenn Keynes als »*hervorstechende Tatsache*« der modernen Geldwirtschaft »*die äußerste Unsicherheit der Wissensgrundlage, auf der unsere Schätzungen der voraussichtlichen Erträge gemacht werden müssen*« (AT: 127), betont, hat er die zunehmende Trennung zwischen Kapital als Funktion und Kapital als Eigentum im Auge, die ihrerseits ihre ausgearbeitete Gestalt in der Bildung »hochorganisierter Investitionsmärkte«, d.h. von Börsen erhält.[31] »*Mit der heute vorherrschenden Trennung von Eigentum und Management und mit der Entwicklung organisierter Investmentmärkte ist … ein neuer Faktor von großer Wichtigkeit eingeführt worden, der zuweilen das Investment erleichtert, zuweilen aber auch stark zu der Unbeständigkeit des Systems beiträgt. Ohne Wertpapierbörsen hätte der Versuch einer häufigen Neubewertung eines Investments, an dem wir beteiligt sind, keinen Zweck. Die Börse schätzt aber viele Investments jeden Tag neu ein, und die neuen Bewertungen geben dem Einzelnen (obschon nicht dem Gemeinwesen als Ganzem) häufig Gelegenheit, seine Beteiligungen zu ändern. Es ist, als ob ein Bauer, nachdem er nach dem Frühstück aufs Barometer geklopft hat, sich entscheiden könnte, sein Kapital aus der Landwirtschaft zwischen zehn und elf Uhr vormittags zurückzuziehen und wieder neu erwägen könnte, ob er es später in der Woche wieder einsetzen solle. Die täglichen Neubewertungen an der Börse aber, obschon sie in erster Linie zur Erleichterung der Übertragung alter Investments von einem Einzelnen auf den anderen gemacht werden, üben unvermeidlicherweise einen entscheidenden Einfluß auf die*

[31] Vgl. AT, 127f.: »*In früheren Zeiten, als die Unternehmungen hauptsächlich im Besitze jener waren, die sie durchführten, oder ihrer Freunde und Teilhaber, stützten sich die Investitionen auf ein genügendes Angebot an Einzelnen von sanguinischem Temperament und konstruktiven Eingebungen, die sich das Geschäft zur Lebensaufgabe machten, ohne wirklich auf eine genaue Berechnung des voraussichtlichen Gewinnes zu vertrauen. Das Geschäft war teilweise eine Lotterie, deren endgültiges Ergebnis allerdings zum großen Teil davon abhing, ob die Fähigkeiten und der Charakter der Leiter über oder unter dem Durchschnitt lagen. … Entscheidungen über Investitionen in privaten Geschäften vom alten Schlag waren … zum großen Teil unwiderrufliche Entscheidungen nicht nur für das Gemeinwesen als Ganzes, sondern auch für den Einzelnen.*«

Höhe der laufenden Investitionen aus.« (Ebd. 128.) Es ist also klar – wir wiederholen diesen wichtigen Punkt nochmals –, dass erstens die Börsenbewertung von Investitionen in Gestalt der Aktienkurse und der Möglichkeit des Handelns in solchen verbrieften Eigentumstiteln auf real fungierendes Kapital zwar für den einzelnen Vermögensbesitzer sein Kapital verflüssigt – Fetisch der Liquidität –, jedoch nicht für das Gemeinwesen als Ganzes. Zweitens wirkt die Möglichkeit für den Einzelnen, aus einer Anlage in eine andere umzusteigen, zurück auf die laufende Neuinvestitionstätigkeit, sofern der Preis einer neuen Realinvestierung mit dem Kurswert einer vergleichbaren Aktie in Beziehung gesetzt wird, sodass die Bewegung des Preises des fiktiven Kapitals auf reproduktive Prozesse, also die laufende Wertschöpfung, zurückwirkt. Worauf es im vorliegenden Argumentationszusammenhang jedoch vor allem ankommt, ist der Umstand, dass die ausgearbeitete Trennung zwischen Kapital als Funktion und Kapital als Eigentum auch die Art und Weise der Erwartungsbildung der einzelnen Investoren spezifisch prägt – im Unterschied zum Verhalten der traditionellen Unternehmer, die gleichzeitig sowohl fungierende wie Eigentümer-Kapitalisten waren bzw. sind. Mit der für den Einzelnen gegebenen Möglichkeit, sein Investitions-Portfolio durch Kauf und Verkauf von bloßen Eigentumstiteln oder fiktivem Kapital beständig umzuschichten, wird die stillschweigende Übereinkunft, dass die bestehenden ökonomischen Verhältnisse in der Zukunft andauern werden, brüchig: Das Element der Spekulation auf die zukünftige Kursbewegung der Aktien wird stärker und erhält einen zunehmend größeren Einfluss auf die Erwartungsbildung der Investoren, bestimmt daher rückwirkend die reale Investitionstätigkeit immer stärker mit. Denn die Bewegung der Aktienkurse, die beständiger Vergleichsmaßstab für die Vornahme oder Unterlassung realer, neuer Investitionen wird, besitzt zwar in Gestalt der effektiv in den Unternehmungen erzielten Erträgnisse ihre reale und letztlich, d.h. langfristig bestimmende Grundlage, wird jedoch zusätzlich durch eine Reihe von Faktoren bestimmt, die in keinem kausalen Zusammenhang zu den Gegebenheiten der wirklichen Produktion mehr stehen.

Keynes führt mehrere Faktoren an, die diese Verselbstständigung der Kursnotierung von Eigentumstiteln gegenüber der wirklichen Ertragssituation der Unternehmungen hervorbringen. Erstens ist es die zunehmende Trennung zwischen Funktion und Eigentum, die dazu führt, dass die Schätzung der voraussichtlichen Erträgnisse einer Investition durch die bloßen Kapitaleigentümer von den wirklichen Geschäftslagen entkoppelt wird: »*Die allmähliche Zunahme desjenigen Anteiles am Eigentum der gesamten Kapitalinvestition des Gemeinwesens, der sich im Besitz von Menschen befindet, die das betreffende Unternehmen weder leiten noch eine besondere Kenntnis seiner tatsächlichen oder voraussichtlichen Gegebenheiten haben, hat zu einer ernstlichen Abnahme des wirklichen Einblicks in die Bewertung von Investitionen durch jene geführt, die sie besitzen oder zu kaufen beabsichtigen.«* (Ebd. 130)

Zweitens führen kurzfristige Schwankungen in den Börsennotierungen des fiktiven Kapitals, die zufälligen Angebots-Nachfrage-Konstellationen an der Börse ge-

schuldet sind, zu einer Verselbstständigung der Bewertung einer Investition an der Börse und im reproduktiven Prozess selbst: »*Schwankungen von Tag zu Tag in den Gewinnen bestehender Investitionen, die offensichtlich flüchtig und bedeutungslos sind, haben die Tendenz, einen durchaus übertriebenen und selbst widersinnigen Einfluß auf den Markt auszuüben.*« (Ebd. 131)

Drittens haben diese an und für sich zufälligen Schwankungen in den Aktienkursen an der Börse die Tendenz, sich selbst zu verstärken und so, über Wellen von Optimismus oder Pessimismus, kumulative Prozesse zu generieren*: »Eine konventionelle, auf der Massenpsychologie einer großen Zahl unwissender Menschen beruhende Bewertung ist heftigen Schwankungen ausgesetzt als Folge einer plötzlichen Meinungsänderung, verursacht durch Faktoren, die eigentlich keinen großen Einfluß auf den voraussichtlichen Ertrag haben, denn es gibt keine stark verwurzelte Überzeugung, die der Bewertung Beständigkeit verleihen könnte. Besonderes in anormalen Zeiten, wenn die Hypothese einer unbegrenzten Dauer der bestehenden Geschäftslage weniger einleuchtend ist als gewöhnlich, obschon keine besonderen Gründe für die Vorwegnahme einer bestimmten Änderung bestehen, wird der Markt Wellen von Optimismus und Pessimismus ausgesetzt sein, die unvernünftig und doch in einem Sinne gerechtfertigt sind, wenn keine solide Grundlage für eine vernunftgemäße Berechnung besteht.*« (Ebd.)[32]

Zusätzlich ist viertens zu beachten – und dies ist ein Punkt, dem Keynes besondere Aufmerksamkeit widmet –, dass die Orientierung der Investoren an den Kursbewegungen fiktiver Kapitale an der Börse dazu führt, dass nicht mehr über die wirkliche Ertragssituation einer Unternehmung oder einer Investition nachgedacht wird, dass nicht einmal mehr über den voraussichtlichen Kursverlauf der Eigentumstitel Erwartungen und Berechnungen angestellt werden, sondern dass wesentlich über die Massenpsychologie des Publikums reflektiert wird, die einen wichtigen, zumal kurzfristigen Einflussfaktor für die Kursnotierungen darstellt. Es kommt darauf an, vorherzuahnen, wie das Verhalten der Aktienbesitzer mehrheitlich sein wird, um aus dieser Antizipation der Marktstimmung individuell Profit zu ziehen. »*Es ergibt sich…, daß die Tatkraft und Geschicklichkeit des beruflichen Investors und Spekulanten in der Hauptsache anderweitig angewandt wird. Tatsächlich befassen sich nämlich die meisten dieser Menschen überwiegend nicht damit, bessere langfristige Voraussagen der wahrscheinlichen Erträge einer Investition während ihrer gesamten Lebensdauer zu machen, sondern damit, die Änderungen in der konventionellen Grundlage der Bewertung mit einem kurzen Vorsprung vor dem allgemeinen Publikum vorauszusehen. Sie befassen sich nicht damit, welchen Wert eine Investition*

[32] Was Keynes hier bezüglich des Herdenverhaltens »einer großen Zahl unwissender Menschen« ausführt, hat heutzutage durch den computergesteuerten Handel an der Börse, der automatisch auf charttechnische Werte reagiert, d.h. Kauf- und Verkaufsoperationen in großem Stil auslöst, nochmals sowohl an quantitativer Bedeutung wie an Irrationalität und Unkontrollierbarkeit gewonnen. In diesem Sinne sind die Börsen tatsächlich die Inkarnation des der kapitalistischen Warenproduktion immanenten Fetischismus gesellschaftlicher Verhältnisse.

wirklich für einen Menschen hat, der sie als Daueranlage kauft, sondern damit, wie sie der Markt, unter dem Einfluß der Massenpsychologie, nach drei Monaten oder nach einem Jahr bewerten wird. Dieses Verhalten ist überdies nicht das Ergebnis einer starrsinnigen Neigung. Es ist das unausweichliche Ergebnis eines nach den beschriebenen Grundlinien aufgebauten Investmentmarktes.« (Ebd.)

Ein »*Wettkampf der Gerissenheit«* (AT: 132) tritt an die Stelle einer möglichst genauen Schätzung der voraussichtlichen Erträgnisse aus einer Kapitalanlage oder Neuinvestition. Damit ist der Hauptgrund benannt, aus dem heraus die modernen Investmentmärkte sowie, über ihre Rückwirkung auf die reproduktiven Vorgänge, die Investitionstätigkeit selbst ein großes Maß an Labilität und Volatilität aufweisen. Denn die Gesamtkonstruktion einer dominanten Stellung der Börse, die allerdings nicht in jedem Land gleichermaßen ausgeprägt ist, begünstigt diese Aktionsweise des »beruflichen Investors und Spekulanten«[33] gegenüber dem Daueranleger. Keynes charakterisiert diese unterschiedliche Aktionsweise eines Daueranlegers gegenüber dem Spekulanten treffend als Widerspruch zwischen »Unternehmertum« und »Spekulation«.[34] Gewinnt nämlich die Spekulation die Oberhand gegenüber dem Unternehmertum, hat dies zerstörerische Rückwirkungen für die wirkliche Wertschöpfung und Kapitalakkumulation: »*Spekulanten mögen als Luftblasen auf einem steten Strom des Unternehmertums keinen Schaden anrichten. Aber die Lage wird ernst, wenn das Unternehmertum die Luftblase auf einem Strudel der Spekulation wird. Wenn die Kapitalentwicklung eines Landes das Nebenerzeugnis der Tätigkeiten eines Spielkasinos wird, wird die Arbeit voraussichtlich schlecht getan werden.«* (Ebd. 135)

Hiermit betont Keynes die Verselbstständigung der finanziellen Sphäre oder der Geldkapitalakkumulation in allen ihren Formen gegenüber ihrer reproduktiven Grundlage. Vorderhand wird diese Möglichkeit der Akkumulation von Besitztiteln von der Akkumulation des wirklichen Kapitals und der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung mit der Entwicklung und Ausbreitung des Börsenwesens, d.h. über institutionelle Veränderungen im modernen Kapitalismus begründet. Sieht man jedoch genauer hin, so zeigt sich, dass diese Ausarbeitung von historisch neuen Ins-

---

[33] Unter diese Kategorien lassen sich unter heutigen Verhältnissen in aufsteigender Linie die so genannten institutionellen Anleger über Private-Equity-Repräsentanten bis zu Managern von Hedge-Fonds subsumieren. Überhaupt kann die Entwicklung im Finanzmarktkapitalismus der letzten Jahrzehnte als weitere Ausdifferenzierung der Keynesschen Beschreibungen aus den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts genommen werden – mit einer Potenzierung all der schon von Keynes benannten negativen und zerstörerischen Resultate.

[34] Vgl. AT, 134f.: »*Wenn wir den Ausdruck* Spekulation *für die Tätigkeit der Voraussage Marktpsychologie gebrauchen dürfen, und den Ausdruck* Unternehmertum *für die Tätigkeit der Voraussage der voraussichtlichen Erträge von Vermögensbeständen während ihrer ganzen Lebensdauer, so trifft es keineswegs immer zu, daß die Spekulation die Oberhand über das Unternehmertum hat. Mit der Verbesserung der Organisation vom Investmentmärkten nimmt aber die Gefahr zu, daß die Spekulation die Oberhand gewinnt.«*

titutionen und Instrumenten bloß die Ausdrucksform des allgemeinen »Fetischs der Liquidität« darstellt. Die Bestimmtheit des Kapitalismus als Geldwirtschaft oder dieser Fetisch der Liquidität als systemimmanentes Merkmal der kapitalistischen Produktionsweise ist also letztinstanzlich für diese Verselbstständigung und Entgegensetzung von Unternehmertum und Spekulation verantwortlich: »*Solange der Einzelne die Wahl hat, seinen Reichtum zu horten oder als* Geld *zu verleihen, kann die Alternative des Kaufes von realen Kapitalgütern nicht genügend attraktiv gemacht werden (besonders für den Menschen, der die Kapitalanlagen nicht selbst verwaltet und sehr wenig von ihnen versteht), es sei denn durch den Aufbau von Märkten, in denen diese Vermögenswerte leicht in Geld umgewandelt werden können.«* (Ebd. 136) Damit wird deutlich, dass die Konsequenzen des Auf- und Ausbaus von hochorganisierten Investitionsmärkten, d.h. die Möglichkeit der Dominanz der »Spekulation« über das »Unternehmertum« samt ihrer negativen Rückwirkungen für die wirkliche Kapitalakkumulation eines Landes systemspezifische und -immanente Entwicklungsformen darstellen, die letztlich in der besonderen Rolle des Geldes bzw. der dem Geld von Keynes zugemessenen besonderen Rolle wurzeln.[35]

Es kann also zunächst festgehalten werden, dass die zutreffende Beschreibung, die Keynes von der börsenvermittelten Investitionstätigkeit in einem modernen kapitalistischen System gibt, seiner psychologisch-subjektivistischen Sichtweise der Bestimmungsgründe der langfristigen Erwartungen eine materielle Basis verleiht. Trotz dieser im großen und ganzen korrekten Beschreibung bleibt es aber bei einer bloßen Beschreibung, d.h. die schon oben herausgestellten prinzipiellen Mängel und Unzulänglichkeiten der handlungstheoretischen Fundierung von ökonomischen Prozessen in einer kapitalistischen Volkswirtschaft bleiben bestehen bzw. reproduzieren sich hier auf einer neuen Ebene. Es folgt hieraus auch, dass Keynes seine Schwierigkeiten haben muss, eine langfristige Entwicklungstendenz der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals gesetzmäßig oder in allgemeiner Form zu begründen – genauso wie er Schwierigkeiten hatte, ein absolutes Niveau der Tabelle der Grenzleistungsfähigkeiten zu fixieren und nur negativ aussagen konnte, dass dieselbe oberhalb des Niveaus des Geldzinssatzes für Anlagen vergleichbarer Fristigkeit zu liegen hat.

Positiv herauszustreichen ist jedoch in Konsequenz des obigen Argumentationszusammenhangs, dass, wenngleich unklar gefasst und begrifflich nicht präzise herausgearbeitet, Keynes ein entwickeltes Gespür von dem widersprüchlichen Verhältnis zwischen reproduktiver Kapitalbewegung und Geldkapitalbewegung be-

---

[35] Wir werden später nochmals genauer zu betrachten haben, welche langfristigen Entwicklungen Keynes für die Verselbstständigung der Geldkapitalakkumulation gegenüber der Akkumulation des reproduktiven Kapitals verantwortlich macht; vgl. Kapitel 12 der vorliegenden Abhandlung.

sitzt.[36] So wie wir im ersten Unterabschnitt des vorliegenden Kapitels gezeigt haben, dass die Bestimmungsgründe der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals primär realwirtschaftliche bzw. reproduktive Tatbestände sind – die allerdings modifizierend durch rein finanziell-börsenmäßige Bewertungen überlagert werden –, so zeigt sich auch hier, dass Keynes bei aller Betonung der Eigengesetzlichkeit hochorganisierter Investitionsmärkte das Verhältnis zwischen reproduktiver und finanzieller Sphäre bzw. zwischen Güter- und Vermögensmarkt als Abhängigkeitsverhältnis fasst, in dem, bei aller Wechselwirkung zwischen beiden Sphären, die realwirtschaftlich-reproduktive Sphäre die letztlich bestimmende Grundlage für die Kredit- oder Vermögensmarktsphäre darstellt. Grundlage heißt dabei natürlich, dass dieses Abhängigkeitsverhältnis zwischen beiden Märkten einen grundlegenden Regulationszusammenhang beinhaltet, den Keynes – und dies ist wiederum positiv hervorzuheben – als widersprüchliches Verhältnis auffasst.

[36] Ein solches widersprüchliches Entwicklungsverhältnis zwischen »realer« und »monetärer« Akkumulation wird im monetärkeynesianischen Ansatz negiert, wenn es nur mit dem – im übrigen unbezweifelbaren – Leverage-Effekt im Rahmen eines zyklischen Aufschwungs identifiziert wird (vgl. Herr 1986: 157). Tatsächlich meint eine langfristig sich herausbildende Verselbstständigung der Geldkapitalakkumulation aber wesentlich etwas anderes; wir kommen hierauf in Kapitel 12 der vorliegenden Abhandlung zurück.

Kapitel 8: Liquiditätsvorliebe und Zinsfuß

a) Finanzmärkte und Zinsfuß

Begriff des Zinses bei Keynes

Die Keynessche Theorie des Zinses steht ebenso wie andere Bestandteile seines ökonomischen Systems in einem kritischen Gegensatz zur klassischen und neoklassischen Ökonomie. Ausgangspunkt der Zinsbestimmung bildet für Keynes dessen liquiditätspräferenztheoretische Fundierung: Der Zins kann nicht verstanden werden als Belohnung für einen Konsumverzicht bzw. für Warten an sich, sondern ist der Preis für die Aufgabe von Liquidität oder die Belohnung für die Aufgabe von Bargeld: »*…die bloße Definition des Zinssatzes sagt uns in ebenso vielen Worten, daß der Zinssatz die Belohnung für die Aufgabe der Liquidität für einen bestimmten Zeitabschnitt ist. Denn der Zinssatz an sich ist weiter nichts als das umgekehrte Verhältnis zwischen einer Summe Geld und dem, was für die Aufgabe des Verfügungsrechtes über das Geld im Tausch gegen ein Darlehen für einen bestimmten Zeitabschnitt erhalten werden kann.*« (AT: 141)

Diese Bestimmung des Zinses ergibt sich unmittelbar aus Keynes' fundamentaler Auffassung des Kapitalismus als »Geldwirtschaft«. Wir haben früher gesehen,[1] dass die eigentümliche Beschaffenheit des kapitalistischen Reproduktionszusammenhangs, die das soziale Handeln der Subjekte als Handeln unter Unsicherheit spezifisch qualifiziert, das Bedürfnis nach Liquidität hervorbringt. Hiermit ist von vornherein das Halten von Geld in barer Form als eigenständiges ökonomisches Handlungskalkül begründet. Dieses Halten von Bargeld steht somit einer Anlage desselben in verschiedenen Vermögensgegenständen alternativ gegenüber.

Keynes nimmt hiermit den Standpunkt des Geldvermögensbesitzers ein, der zwischen verschiedenen Verwendungsformen seines Vermögens zu entscheiden hat. Der Bargeldhaltung steht einerseits der »Kauf eines Darlehens«, andererseits der Erwerb von »Vermögenswerten in Warenform« gegenüber. Wir stoßen hiermit erneut auf die Frage nach einer präzisen Abgrenzung der verschiedenen Verwendungsformen von Geldvermögen voneinander.[2]

---

[1] Vgl. Kapitel 1 der vorliegenden Abhandlung.

[2] Die Unterscheidung zwischen »Kauf eines Darlehns« und »Erwerb einer Investition« berührt die in Kapitel 7 der vorliegenden Abhandlung herausgestellte Differenz zwischen den Grenzleistungsfähigkeiten des Kapitals und dem Zinssatz auf Geld: Nur wenn diese beiden Verwendungsformen von disponiblem Geldvermögen sauber auseinander gehalten werden, ist eine Keynes gerecht werdende Einordnung der Finanzmärkte in den ökonomischen Funktionszusammenhang möglich. Diese Unterscheidung findet sich in der traditionellen Keynes-Interpretation (vgl. Hicks 1937 und Hansen 1959). Andere Interpreten wie Leijonhufvud (1973) und Minsky (1990 und 2011) heben als hervorstechende Eigenschaft der Keynesschen Theorie die Determination des Investitionsverhaltens vom Vermögens- oder

Die Abgrenzung zwischen Geld in barer Form und »Darlehen« ist in der Realität fließend. Zweckmäßigerweise wird Bargeld mit (Zentral-)Banknoten (sowie Scheidemünzen) sowie jederzeit fälligen Sichtdepositen umschrieben; zusätzlich können etwaige kurzfristige Schuldforderungen, die jederzeit liquidierbar sind und ihrerseits Geldfunktionen übernehmen können (Wechsel z.B.) hinzugenommen werden. Demgegenüber bezeichnen Darlehen längerfristige Geldkapitalanlagen, angefangen bei Spardepositen bis hin zu Effekten (Wertpapiere).[3] Keynes' Abgrenzung zwischen »Geld« und »Darlehen« ist rein pragmatisch bestimmt. Er hat die Vielfalt der von einem entwickelten Bankensystem angebotenen Anlage- oder Verwendungsalternativen, die ihrerseits Reflex der praktischen Anforderungen des täglichen Geldverkehrs sind, vor Augen. Es zeigt sich hier der schon früher hervorgehobene Umstand, dass stets die entwickeltsten und ausgebildetsten Formen des auf dem Kredit beruhenden Geldsystems seiner Analyse unterliegen.[4]

Jenseits dieser inneren Differenzierung des Geldes ist jedoch die Heraussonderung der Verwendung von Geldvermögen als bare Hortung ein Spezifikum der Keynesschen Theorie, das als solches unumstritten ist.[5] Hierauf ist später noch ausführlich zurückzukommen; an dieser Stelle ist hingegen weiter zu betrachten, in welcher Weise die beiden anderen Verwendungsformen von Keynes gegeneinan-

---

Finanzmarkt hervor. Damit wird jedoch die zweifellos vorhandene Widersprüchlichkeit bei Keynes eingeebnet und der ganz oberflächliche Standpunkt des bloßen Vermögensbesitzers, der zwischen dem Kauf von Aktien oder dem Kauf von festverzinslichen Wertpapieren zu wählen hat, eingenommen. D.h. die reale Mystifikation innerhalb des fiktiven Kapitalüberbaus wird bewusstlos reproduziert.

[3] Vgl. AT: 140, Fn.: »*Wir können … die Grenze zwischen ›Geld‹ und ›Finanzanlagen‹ an jedem Punkt ziehen, der für die Behandlung eines besonderen Problems am zweckmäßigsten ist. Zum Beispiel können wir als* Geld *jedes Verfügungsrecht über allgemeine Kaufkraft behandeln, das ihr Besitzer nicht für einen längeren Zeitabschnitt als drei Monate aufgegeben hat, und als* Finanzanlagen, *was während eines längeren Zeitabschnittes als drei Monate nicht zurückverlangt werden kann; oder wir können ›drei Monate‹ durch einen Monat oder drei Tage oder drei Stunden oder irgendeinen Zeitabschnitt ersetzen; oder wir können von* Geld *alles ausschließen, was nicht gesetzliches Zahlungsmittel an Ort und Stelle ist. In der Praxis ist es oft zweckmäßig, unter* Geld *Termineinlagen bei Banken einzuschließen und gelegentlich sogar solche Instrumente wie (zum Beispiel) Schatzwechsel. In der Regel werde ich, wie in meiner Abhandlung ›Vom Gelde‹, voraussetzen, daß Geld Bankeinlagen einschließt.«*

[4] Dies hat, wie wir sehen werden, namentlich Konsequenzen für die Analyse des Geldes und seiner Zirkulation. Die Gegenthese zu der Keynesschen Auffassung und Vorgehensweise besteht darin, die entwickelten Formen der auf dem Kreditsystem und der Zentralbank als seinem »Angelpunkt« (Marx) beruhenden Geldzirkulation schrittweise ausgehend von ihrer einfachsten Form als metallische Zirkulation zu entwickeln und dadurch zu zeigen, bis zu welchem Grade die durch die Geldpolitik der Zentralbank hereingebrachten »reflektierten Momente« ihre naturwüchsige Grundlage modifizieren können; vgl. dazu Krüger 2012.

[5] Sind sich traditionelle und neuere Keynes-Interpretation uneinig hinsichtlich der Unterscheidung zwischen »Darlehen« und »Investition«, so stimmen sie jedoch überein in der Heraussonderung von Geld (Bargeld, Liquidität); vgl. Leijonhufvud 1973: 100ff.

der abgegrenzt und unterschieden werden. In diesem Punkt ist Keynes wiederum an vielen Stellen seines Werkes äußerst unklar.[6] Die Unterscheidung hinsichtlich der Verwendung von Geld zum Erwerb von »Realkapitalwerten« und »Darlehen« berührt denselben Umkreis, den wir im vorangegangenen Kapitel 7 angelegentlich der Bestimmungsgründe der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals schon untersucht haben. Dass Keynes diese Unterscheidung trifft, ist unzweifelhaft: »*…daß es immer eine Alternative zum Besitz von Sachkapitalwerten gibt, nämlich den Besitz von Geld und Wertpapieren; so daß der voraussichtliche Ertrag, mit welchem sich die Erzeuger der neuen Investition zu begnügen haben, nicht unter den Standard fallen kann, der durch den laufenden Zinssatz gesetzt wird*« (ebd. 179). In Fortführung unserer früheren Argumentation im Hinblick auf die verschiedenen, allerdings primär realwirtschaftlich-reproduktiven Bestimmungsgründe der Erträgnisse von »Investitionen« und in Anknüpfung an die früher herausgestellte Keynessche Unterscheidung zwischen Geldvermögenswerten auf der einen, Sachvermögenswerten (Kapital in Warenform) auf der anderen Seite, ergibt sich nun eine eindeutige Differenzierung zwischen den infrage stehenden Anlagealternativen von Geld in Bezug auf den Erwerb von »Investitionen« und »Darlehen«: Darlehen bezeichnen Geldkapitalanlagen im Sinne zinstragender Verwendungsformen; dies können, wie vermerkt, Spardepositen aber auch festverzinsliche Wertpapiere (Effekten) sein im Unterschied zu Aktien, die gleichzeitig Eigentümerrechte an fungierendem Kapital verbriefen und deren Preis (Kurs) anderen Gesetzmäßigkeiten gehorcht als derjenige negotiabler Schuldtitel (z.B. Staatsobligationen).

Dabei ist jedoch diese Differenzierung innerhalb des Bereichs des fiktiven Kapitals, von den unterliegenden ökonomischen Formbestimmungen her gesehen, nicht zureichend. Nicht die Art der Wertpapiere, festverzinsliche Titel gegenüber Wertpapieren mit variablem Ertrag, erbringt die entscheidende Differenzierung; jene ergibt sich nur vom Standpunkt des Vermögens- oder Finanzmarktes aus. Entscheidend ist vielmehr zunächst, in welcher Weise die Wertsumme, worauf das fiktive Kapital einen Erträgnisanspruch gibt, innerhalb des Reproduktionsprozesses wirklich fungiert, ob als Kapital oder als Revenue. Eine solche Differenzierung hebt ab auf die unterliegenden funktionellen Kreditformen – Kapitalkredite (Investitionskredite) versus konsumtive Kredite (öffentliche Kredite) – und damit auf die Art und Weise, in der die Akkumulation dieses fiktiven Kapitals in die wirkliche Akkumulation des industriellen und kommerziellen Kapitals eingebunden ist. Auch die Hinzunahme von Beteiligungstiteln (Aktien) gibt nur Auskunft über zusätzliche Erträgniseinflussfaktoren gegenüber dem Zinssatz, wenn auch diese fiktiven Kapitalien von vornherein auf fungierendes Kapital und dessen Profitproduktion bezogen sind – im Unterschied beispielsweise zu staatlichen Schuldtiteln, die aus dem zukünftigen Steueraufkommen der öffentlichen Haushalte, d.h. aus der Revenue der Gesellschaft befriedigt werden müssen. Dieser Zugang zur Analyse des Kreditsystems ist Keynes jedoch verstellt: Da er immer schon die entwickelten Gestaltun-

[6] Vgl. die textnahe Interpretation im vorstehenden Kapitel 7.

gen desselben zum Ausgangspunkt seiner Betrachtung nimmt, da er immer schon die Existenz des zinstragenden Kapitals als gegebenes Faktum unterstellt, ohne sich Rechenschaft darüber abzulegen, welche ökonomischen Voraussetzungen, strukturell-systematisch gesehen, erfüllt sein müssen, damit überhaupt das bloße Eigentum auf Wert zinstragend verwertet werden kann, da er sich also nur innerhalb der oberflächlichen Formen des kapitalistischen Gesamtreproduktionsprozesses umhertreibt, ist er nicht in der Lage, die komplizierte Struktur der verschiedenen Schichten des Kreditwesens, geschweige denn ihre Beziehung zu der unterliegenden reproduktiven Sphäre der kapitalistischen Totalität zu dechiffrieren.

Dabei ist die bisher diskutierte Unterscheidung zwischen und innerhalb des fiktiven Kapitalüberbaus nur erst die eine, wenn auch für das Kalkül des Geldvermögensbesitzers und seine Handlungsweise relevante Unterscheidung. Im Hinblick auf die Bestimmungsgründe der nunmehr im Mittelpunkt stehenden Verwertungsrate des zinstragenden Kapitals, des Geldzinsfußes, ist eine weitere Unterscheidung in makroökonomischer Hinsicht strukturentscheidend: der Unterschied zwischen Geldkapital oder Leihkapital in Geldform und seinen Anlageformen, die allererst den Begriff des fiktiven Kapitals begründen: »*Staatspapiere wie Aktien und andere Wertpapiere aller Art sind Anlagesphären für verleihbares Geldkapital, für Kapital, das bestimmt ist, zinstragend zu werden. Sie sind Formen, es auszuleihen.* Aber sie sind nicht selbst das Leihkapital, das in ihnen ausgelegt wird.« (MEW 25: 495, Herv. S.K.) Aus dieser Unterscheidung zwischen Leihkapital in Geldform und seinen Anlagesphären erschließt sich desweiteren der Unterschied zwischen dem Emissions- oder Primärmarkt und dem Sekundärmarkt für fiktives Kapital: Während am Emissionsmarkt eine Kreditaufnahme bzw. Außenfinanzierung erfolgt, die einen direkten Bezug zu reproduktiven Prozessen besitzt, ist der Händewechsel umlaufender fiktiver Kapitale am Sekundärmarkt ein sich zunächst nur im Bereich des fiktiven Kapitalüberbaus abspielender Prozess, der keinen unmittelbaren Bezug zu reproduktiven Vorgängen aufweist. Erst die Rückwirkungen, die von dem im Zeitablauf langfristig wachsenden Sekundärmarkt für den Zinsfuß ausgehen, zeitigen wiederum Einfluss auf die wirkliche Kapitalakkumulation im reproduktiven Zirkel des kapitalistischen Gesamtreproduktionsprozesses. Diese makroökonomisch strukturbestimmende Unterscheidung zwischen Leihkapital in Geldform und seinen Anlageformen in fiktivem Kapital erfasst auch Keynes – allerdings nicht exakt mit seiner aus der Liquiditätsvorliebe der Wirtschaftssubjekte abgeleiteten Differenzierung zwischen Bargeldhaltung und seiner Anlage in zins- oder profitbringender Weise. Er begründet aber damit neben Marx als einziger einen differenzierten Zugang zu der Rolle des Kredits und des Zinses für die kapitalistische Akkumulation. Außerdem ergeben sich hieraus wesentliche Konsequenzen im Hinblick auf eine Präzisierung und Kritik der bis dato dominierenden Quantitätstheorie des Geldes.[7]

[7] Hierauf und auf die hierin eingeschlossene Differenzierung der Einflussgrößen für den Geldzinsfuß ist gleich weiter einzugehen.

Mit der Fixierung der Bargeldhaltung als eigenständigem ökonomischen Kalkül erschließt sich zudem eine Differenzierung innerhalb der Finanzmärkte: Dem Geldmarkt als Markt für kurzfristige Geldanlagen (Geld und near-moneys) steht der Kapitalmarkt als Markt für Darlehen (in der gegebenem Abgrenzung) gegenüber. Dieser Differenzierung der Finanzmärkte korrespondiert die Differenzierung der Zinssätze in einen »*Komplex von verschiedenen Zinssätzen für verschiedene Zeitabschnitte …, das heißt für Darlehen von verschiedenen Fälligkeiten*« (AT: 142, Fn.). Vom Kreditmarkt als Markt für Darlehen ist wiederum der Aktienmarkt zu unterscheiden, der uns im weiteren jedoch nicht zentral interessieren wird.

Angebot und Nachfrage von Leihkapital in Geldform auf den Finanzmärkten

Der Zins und der Zinssatz sind für Keynes beides genuin monetäre Phänomene; in diesem Punkte unterscheidet sich seine Zinstheorie grundlegend von derjenigen der Neoklassik.[8] Um die Bewegung des Zinssatzes, d.h. der Zinssätze für verschiedene Fristigkeiten zu erklären, muss sich also nach den Verhältnissen von Angebot und Nachfrage auf den Finanzmärkten und den sie beherrschenden Determinanten umgesehen werden: »*Man kann sagen, daß die Kurve der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals die Bedingungen beherrscht, zu denen leihbare Geldmittel für den Zweck neuer Investitionen nachgefragt werden, während der Zinssatz die Bedingungen beherrscht, zu denen Geldmittel laufend angeboten werden.*« (AT: 140) Wenn nun der Zinsfuß die Belohnung für die Aufgabe von Liquidität ausdrückt und quantitativ spezifiziert, kann er näher bestimmt werden als »*der ›Preis‹, der das Verlangen, Vermögen in der Form von Kasse zu halten, mit der verfügbaren Menge von Kasse ins Gleichgewicht bringt…*« (ebd. 142). Damit kommt als weiteres Element die Geldmenge in die Betrachtung hinein: »*Wenn diese Erklärung richtig ist, ist die Geldmenge der andere Faktor, der, zusammen mit der Liquiditätspräferenz, unter gegebenen Umständen, den tatsächlichen Zinssatz bestimmt. Die Liquiditätspräferenz ist eine latente Größe oder funktionelle Tendenz, die die Geldmenge festlegt, die die Bevölkerung bei einem gegebenen Zinssatz halten will, so daß, wenn r der Zinssatz, M die Geldmenge und L die Funktion der Liquiditätspräferenz ist, wir die Gleichung M = L(r) haben.*« (Ebd.)

Im Gegensatz zur klassisch-neoklassischen Zinstheorie funktioniert der Zinssatz im Keynesschen System nicht als gleichgewichtsvermittelnde Variable zwischen dem Angebot an Geldmitteln (Ersparnis) und der Nachfrage nach Leihkapital (Investitionen), bewerkstelligt also nicht unmittelbar den Ausgleich zwischen Ersparnissen und Investitionen. Denn erstens ist der Zinssatz für Keynes nicht die zentrale Bestimmungsgröße für die Investitionen; dies ist vielmehr die früher betrachtete und vom Zinssatz verschiedene Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals, die ihrerseits wesentlich von der Entwicklung der Nachfrage auf den Warenmärkten abhängig ist (Konsumneigung). Der Geldzinssatz bezeichnet nur die untere Grenze für

[8] Vgl. hierzu Keynes' Kritik an Alfred Marshalls Zinstheorie in seinen »Principles of Economics« (1890) im 14. Kapitel der »General Theory« (AT: 148ff.).

die verschiedenen Grenzleistungsfähigkeiten des Kapitals und bildet nur dadurch, dass er die Akkumulation von Realkapital knapp hält, eine Bestimmungsgröße für die Investitionen. Andererseits ist auch der Umfang der gesamtwirtschaftlichen Ersparnisse nicht unmittelbar zinsabhängig; nur bei gegebenem Einkommen mag der Zinssatz Einfluss auf die Sparneigung ausüben;[9] da aber das Einkommen Y nicht als gegebene, also konstante Größe angesehen werden kann, ist diese Zinsabhängigkeit der Ersparnis nicht unmittelbar gegeben. Vielmehr entscheidet die jeweilige Höhe des Zinsfußes über die Verwendung einer wesentlich durch die Größe der Verbrauchsausgaben vorab bestimmten Summe von Ersparnissen: Halten von Liquidität, Kasse, oder zinsbringende Anlage, Kauf von Darlehen. »*Die psychologischen Zeitpräferenzen eines Einzelnen erfordern, um ihnen Rechnung zu tragen, zwei verschiedene Arten von Entscheidungen. Die erste beschäftigt sich mit jenem Aspekt der Zeitpräferenz, die ich* Konsumneigung *genannt habe, und die … bestimmt, wieviel jeder Einzelne aus seinem Einkommen verbrauchen, und wieviel er in irgendeiner Form von Verfügungsrecht über zukünftigen Verbrauch zurücklegen wird. Nach dieser Entscheidung muß er aber eine weitere Entscheidung treffen, nämlich die Entscheidung,* in welcher Form *er das Verfügungsrecht über zukünftigen Verbrauch halten soll, das er aus seinem laufenden Einkommen oder aus früheren Ersparnissen zurückgestellt hat. Soll er es in der Form eines sofort liquiden Verfügungsrechtes (das heißt in Geld oder etwas Gleichwertigem) halten? Oder soll er auf das sofortige Verfügungsrecht für einen bestimmten oder unbestimmten Zeitabschnitt verzichten und zukünftigen Marktverhältnissen die Bestimmung der Bedingungen überlassen, zu denen er, falls notwendig, das aufgeschobene Verfügungsrecht über bestimmte Güter in ein sofortiges Verfügungsrecht über Güter im allgemeinen umwandeln kann? Mit anderen Worten, was ist der Grad seiner* Liquiditätspräferenz *– wobei die Liquiditätspräferenz eines Einzelnen durch die Beträge seiner Mittel gegeben ist, in Größen von Geld oder Lohneinheiten gewertet,*

---

[9] Hinsichtlich des Einflusses des Zinssatzes auf die Sparneigung vgl. AT, 80f.: »*Der Einfluß dieses Faktors (des Zinssatzes, S.K.) auf die Höhe der Ausgaben aus einem gegebenen Einkommen unterliegt großem Zweifel. Für die klassische Theorie des Zinses, die sich auf die Vorstellung stützte, daß der Zinssatz der Faktor war, der Angebot und Nachfrage von Ersparnissen ins Gleichgewicht brachte, war es bequem anzunehmen, daß die Ausgaben für den Verbrauch unter sonst gleichen Bedingungen in negativer Richtung auf Änderungen im Zinssatz reagieren, so daß jedes Steigen des Zinssatzes den Verbrauch beträchtlich vermindern würde. Man hat jedoch längst erkannt, daß die Gesamtwirkung von Zinssatzänderungen auf die Bereitwilligkeit, Ausgaben für den gegenwärtigen Verbrauch zu machen, komplex und ungewiß ist, da sie von einander widersprechenden Tendenzen abhängt, weil einige der subjektiven Beweggründe zum Sparen leichter befriedigt sein werden, wenn der Zinssatz steigt, während andere geschwächt werden. Über einen langen Zeitabschnitt werden beträchtliche Änderungen im Zinsfuß wahrscheinlich dazu tendieren, gesellschaftliche Bräuche erheblich zu ändern, und somit die subjektive Konsumneigung beeinflussen – obschon es schwierig wäre, zu sagen, in welcher Richtung, außer im Lichte aktueller Erfahrungen. Die übliche Art kurzfristiger Schwankungen im Zinssatz wird jedoch kaum einen großen* unmittelbaren *Einfluß auf die Ausgaben in der einen oder anderen Richtung haben.*«

die er unter verschiedenen Arten von Umständen in der Form von Geld zu halten wünscht.« (Ebd. 140f.)

Da der Zinsfuß über die Verwendung der Brutto-Ersparnis der Gesellschaft entscheidet, mithin den Umfang der Bargeldhaltung bestimmt, entscheidet die durch die Höhe des Zinsfußes bestimmte Vorliebe für Liquidität über denjenigen Bestandteil der gesamtwirtschaftlichen Geldmenge, der vom »Publikum« in liquider Form gehalten wird und somit dem Kreditmarkt entzogen ist. Hiermit ist gleichzeitig auch der andere Bestandteil der Geldmenge, der disponibles Leihkapital in Geldform bildet, bestimmt; insofern beherrscht der Zinssatz den Umfang des Angebots von Geldkapital auf dem Kreditmarkt.

Da Keynes jedoch die Bargeldhaltung in Spannung zur Bewegung des Zinsfußes erfasst, mithin der Zinsfuß, da er die Kurse der fiktiven Kapitale durch Kapitalisierung ihrer (festen) Erträgnisse bestimmt, sowohl durch die Liquiditätsneigung der Gesellschaft bestimmt ist als auch seinerseits dieselbe bestimmt, komplizieren sich die Bewegungen an den Finanzmärkten. Mit dem Halten von Liquidität als eigenständigem Handlungskalkül sondert Keynes einen extrem zinsempfindlichen Bestandteil der gesamtwirtschaftlichen Geldmenge heraus, dessen Expansionen und Kontraktionen einerseits durch den Zinssatz bestimmt werden und umgekehrt denselben ihrerseits bestimmen. Veränderungen in der Liquiditätsneigung der Gesellschaft bestimmen sowohl das Angebot wie die Nachfrage nach Geld(-kapital) an den Finanzmärkten; es findet hier ein beständiger Umschlag von Resultat in Voraussetzung und Voraussetzung in Resultat statt. Alles dies gilt zunächst »unter den gegebenen Umständen«, d.h. unter der Bedingung einer gegebenen Geldmenge, die in erster Instanz als exogene Größe innerhalb des Gesamtsystems figuriert; wir werden diese Voraussetzung später problematisieren.[10]

Die über die spekulativen Orientierungen der »Anleger« bewerkstelligten Bewegungen des Zinssatzes und der Bargeldhaltung, die eine eigenständige Dynamik entfalten, wirken nun zurück auf die Konstellationen innerhalb des reproduktiven Zirkels des Reproduktionsprozesses. Selbst bei gegebener Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals – und es gibt keinem Grund, diese als konstante Größe zu betrachten[11] – bewirken Veränderungen im Zinssatz Veränderungen im Umfang der zu tätigenden Neuinvestitionen, da diese Investitionen bzw. ihr voraussichtliches Erträgnis stets am Zinssatz als Kalkulationsmaßstab gemessen werden. Erst hiermit sind die Finanzmärkte in das Gesamtsystem integriert. Dieser gesamte verwickelte Zusammenhang, der den Kern der Keynesschen Interaktionsanalyse von reproduktiver und finanzieller Sphäre ausmacht, ist jetzt im Einzelnen genauer zu untersuchen.

---

[10] Vgl. dazu den Unterabschnitt c) des vorliegenden Kapitels.

[11] Eine Konstanz der Tabelle der Grenzleistungsfähigkeiten des Kapitals ist auch in der kurzen Frist nicht gegeben. Es ist gerade Keynes' Verdienst, das Zusammenspeil zwischen Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals und Zinssatz, die beide durch unterschiedliche ökonomische Variablen bestimmt werden, ins Zentrum seiner Interaktionsanalyse zwischen Güter- und Finanzmarkt zu stellen; vgl. demgegenüber Leijonhufvud 1973: 130ff.

b) Die Liquiditätspräferenz

Die Beweggründe zur Liquidität

Das Halten von Bargeld (Kasse), also der Verzicht auf zinstragende Anlage, ist für jeden Einzelnen eine einheitliche Entscheidung, die er als Einzelner jedoch aus sehr verschiedenen Beweggründen trifft. Gesamtwirtschaftlich ist es daher möglich, diese einzelnen verschiedenen Beweggründe zum Halten von Geld in barer Form für sich zu betrachten.[12] Zur Betrachtung dieser verschiedenen Beweggründe, aus denen Geld in barer Form gehalten wird, schließt Keynes an »*die alte Unterscheidung zwischen der Verwendung von Geld zur Durchführung der laufenden Geschäfte und als Aufbewahrungsmittel von Vermögen*« (AT: 142) an. Geld zur Durchführung laufender Geschäfte in barer Form zu halten, drückt den Charakter der gesellschaftlich-ökonomischen Verhältnisse als Geldverhältnisse aus; zum einen benötigen die Einkommensbezieher »*zur Überbrückung des Zeitraums zwischen dem Bezug des Einkommens und seiner Ausgabe*« (ebd. 165) bares Geld. Das Geld tritt hier in seinen Funktionen als Zirkulations- (und Zahlungs-)mittel sowie, hierin eingeschlossen, als suspendierte Münze auf. In beiden, fließend ineinander übergehenden Formen dient das gehaltene Bargeld dem Kauf von Waren; das stoffliche Motiv, Kauf von Konsumtionsmitteln, dominiert die Transaktionen (Einkommensmotiv). »*Die Stärke dieses Motivs, eine Entscheidung zu veranlassen, eine gegebene Summe Kasse zu halten, wird hauptsächlich vom Betrag des Einkommens und der normalen Länge des Zeitraumes zwischen seinem Bezug und seiner Ausgabe abhängen. In diesem Zusammenhang ist der Begriff Einkommensgeschwindigkeit des Geldes völlig angebracht.*« (Ebd. 165)

Korrespondierend zu den Einkommensbeziehern, d.h. den privaten Haushalten, wird von den produzierenden Einheiten bzw. den Unternehmen Bargeld zur Abwicklung des laufenden Geschäfts aus dem von Keynes so genannten Geschäftsmotiv gehalten: »*Ähnlicherweise wird Kasse für die Überbrückung des Zeitraums zwischen dem Zeitpunkt gehalten, an dem Geschäftskosten anfallen werden, und dem Zeitpunkt, an dem der Verlaufserlös empfangen wird; Kasse, die von Händlern zur Überbrückung dieses Zeitraums zwischen Kauf und Verkauf gehalten wird, ist unter dieser Bezeichnung eingeschlossen.*« (Ebd.)

Keynes differenziert somit zwischen der Geldhaltung im Bereich der Vermittlung der individuellen Konsumtion (Zirkulation zwischen Einzelhändlern und pri-

---

[12] Vgl. AT, 163f.: »*Das für jeden der … Zwecke gehaltene Geld bildet aber trotzdem eine einzige Masse, die vom Besitzer nicht in drei wasserdichte Abteilungen getrennt zu werden braucht; denn die Abteilungen brauchen nicht einmal in seinen eigenen Gedanken scharf getrennt zu sein, und die gleiche Summe kann in erster Linie für einen Zweck und in zweiter Linie für einen anderen gehalten werden. Wir können somit – ebensogut und vielleicht besser – die gesamte Nachfrage des Einzelnen nach Geld unter gegebenen Umständen als eine einzige Entscheidung betrachten, wenn auch als das zusammengesetzte Ergebnis von verschiedenen Beweggründen. Wenn wir die Beweggründe analysieren, ist es jedoch immer noch zweckmäßig, sie unter gewissen Bezeichnungen einzureihen…*«

vaten Haushalten) und derjenigen im reproduktiven Zirkel (interindustrielle Zirkulation sowie Zirkulation zwischen Industriellen und Großhändlern). Grundlage dieser Differenzierung ist für ihn das unterschiedliche Motiv für diese Geldhaltung bzw. die verschiedenen Bestimmungsgründe der beiden Geldhaltungsmotive. Während der Umfang der Geldhaltung aus dem Einkommensmotiv von der Höhe des Einkommens und den Zahlungsterminen desselben abhängt, wird die Größe der Geldnachfrage aus dem Geschäftsmotiv »*hauptsächlich vom Wert der laufenden Produktion (und folglich vom laufenden Einkommen) und von der Zahl der Hände abhängen, durch welche die Produktion geht*« (ebd.).

Mit dem Hinweis auf diese Bestimmungsfaktoren der Geldhaltung aus dem Geschäftsmotiv ist jedoch der Unterschied zur Geldhaltung aus dem Einkommensmotiv ein formeller, weshalb Keynes im weiteren diese getroffene Unterscheidung auch nicht mehr aufrechterhält, vielmehr beide Beweggründe zur Bargeldhaltung unter einer einzigen Rubrik zusammenfasst. Ihm entgeht damit allerdings ein wesentlicher Unterschied zwischen verschiedenen Funktionen des Geldes innerhalb des kapitalistischen Reproduktionsprozesses. Gerade innerhalb des reproduktiven Zirkels oder innerhalb der interindustriellen Zirkulation funktioniert das Geld nicht nur als Kaufmittel (Zirkulationsmittel und suspendierte Münze), sondern auch und wesentlich als Zahlungsmittel und bildet solcherart den Ansatzpunkt für kommerzielle Kreditbeziehungen zwischen den reproduktiven Kapitalisten. Die Herausbildung kommerzieller Kreditbeziehungen wiederum führt zur Entwicklung spezifischer Instrumente zur Übertragung kommerzieller Schuldforderungen, zur Ausbildung von Handelsgeld, welches unter der Kategorie der Wechsel zusammengefasst werden kann. Der Wechsel ist im Unterschied zum bloßen Zirkulationsmittel eine spezifische Sorte Geld, Kreditgeld, mit eigentümlichen Merkmalen und Umlaufgesetzmäßigkeiten. Der kommerzielle Kredit und sein Instrument, der Wechsel, bilden die naturwüchsige Basis des Kreditsystems und damit die Nahtstelle zwischen dem reproduktiven Reproduktionsprozess des Kapitals und dem gesamten Kreditwesen als Überbau. Dies gilt mit Bezug auf den kommerziellen Kredit als Kreditform bis auf den heutigen Tag, mit Bezug auf sein Instrument, den Wechsel und seine Zirkulation per Indossament oder seine Substitution durch Bargeld durch Diskont- bzw. Rediskontoperationen allerdings heutzutage nur eingeschränkt oder gar nicht mehr.[13] Durch die bloß aus unterschiedlichen subjektiven Beweggründen heraus ge-

[13] Es ist in historischer Dimension mit der Entwicklung des kapitalistischen Banksystems und der Geldzirkulation ein schrittweiser Bedeutungsverlust des Wechsels zu verzeichnen. Im ersten Schritt ging es um die Zurückdrängung einer eigenständigen Wechselzirkulation durch Übertragungsvermerke auf dem Wechsel (Indossamente) unabhängig von dem Bankensystem. Mit dessen Entwicklung, insbesondere der Herausbildung eines umfassenden Zweigstellennetzes in allen Gegenden eines Landes, war der Wechseldiskont, d.h. seine Verwandlung in Bargeld vor Fälligkeitstermin die dominierende Form. Erstklassige Handelswechsel wurden von den Geschäftsbanken bei der Zentralbank zum Rediskont eingereicht und waren damit ein wesentlicher Pfeiler für den Zentralbankgeldumlauf; diese Schöpfung von Zentralbankgeld war unter der Ägide der Deutschen Bundesbank (bis 1998) noch die

fundene Unterscheidung der Geldhaltung von Kapitalisten und privaten Haushalten bzw. das schließliche Zusammenwerfen beider Geldhaltungsmotive versperrt sich Keynes die Analyse verschiedener Geldfunktionen und deren Ausbau und Weiterentwicklung im Kreditsystem.[14]

Bargeldhaltung aus dem Einkommens- und dem Geschäftsmotiv konstituieren jedoch noch keine Liquiditätsvorliebe im eigentlichen Keynesschen Sinne; denn letztere unterstellt eine Spannung zum Zinsfuß, die in den beiden bisher betrachteten Formen noch gar nicht gegeben ist. Die Geldhaltung aus dem Einkommens- und Geschäftsmotiv ist vielmehr weitgehend zinsunabhängig und man kann es getrost dem Kapitalisten als personifiziertem Kapital überlassen, diese Bargeldhaltung auf ihr ökonomisches Minimum zu beschränken. Anders stellt sich die Frage erst, wenn der Zins wirklich als Prämie für die Aufgabe von Liquidität Bedeutung gewinnt, d.h. wenn eine Entscheidungssituation vorliegt, ob oder ob nicht Geld in barer Form, d.h. mit Zinsverlust als Opportunitätskost gehalten werden soll: »*Wenn aber der Zinssatz nie negativ ist, warum sollte jemand vorziehen, sein Vermögen in einer Form zu halten, die wenig oder keine Zinsen abwirft, statt in einer Form, die Zinsen abwirft, natürlich unter der Voraussetzung, daß das Risiko der Zahlungsunfähigkeit bei einem Bankguthaben dasselbe ist wie bei einem festverzinslichen Wertpapier? … Es gibt jedoch eine notwendige Bedingung, ohne die es keine Liquiditätspräferenz für Geld als ein Mittel zum Halten von Vermögen geben könnte. Diese notwendige Bedingung besteht in der Ungewißheit über die Zukunft des Zinssatzes, das heißt über den Komplex der Zinssätze für verschiedene Fälligkeiten zu zukünftigen Zeitpunkten. Denn wenn die in allen zukünftigen Zeiten gültigen Zinssätze mit Gewißheit vorauszusehen wären, könnten alle zukünftigen Zinssätze aus dem* gegenwärtigen *Zinssätzen für Darlehen verschiedener Fälligkeiten abgeleitet werden, die wiederum der Kenntnis der zukünftigen Zinssätze angepaßt würden.«* (Ebd. 142f.)

Die Ungewissheit der zukünftigen Entwicklung der Zinssätze – dies jetzt ein spezieller Fall der allgemein für eine »Geldwirtschaft« charakteristischen Unsicher-

---

Regel, in den letzten Jahren allerdings bereits zunehmend durch Offenmarkt-Pensionsgeschäfte mit Geschäftsbanken flankiert. Mit der Errichtung der Europäischen Zentralbank und der Zirkulation des Euro-Bargeldes spielt der Wechsel im Hinblick auf die Geldzirkulation in der Euro-Zone keine große Rolle mehr, weil sich die Zentralbankgeldschöpfung, soweit es sich um die Kreditgeldzirkulation handelt, nur noch über Refinanzierungsgeschäfte auf Basis von öffentlichen Schuldtiteln vollzieht; vgl. dazu ausführlich Krüger 2012.

[14] Dies mag als ein Beispiel für das oben inkriminierte Zusammenwerfen der naturwüchsigen und reflektierten Formen der Geldzirkulation gelten: Der Kredit und das Bankensystem mit der Zentralbank an der Spitze modifizieren die Geldzirkulation, ändern aber nicht deren grundlegende Bestimmtheiten als abhängige Größen von Kapitalumschlag und Warenzirkulation. Das Auseinanderhalten der einfachen Grundbestimmungen derselben und den über Kredit und Banken bewerkstelligten »reflektierten« Modifikationen ist zentral für die korrekte Auffassung ihrer immanenten Gesetzmäßigkeiten; vgl. auch den nachfolgenden Unterabschnitt c) des vorliegenden Kapitels sowie Krüger 2012.

heit ihrer zukünftigen Entwicklung – führt dazu, dass, je nach Entwicklungsverlauf des Zinssatzes in der Zukunft, der Barwert oder abgezinste Wert einer gewissen Summe niedriger sein kann, als wenn diese Summe in barer Form konserviert worden wäre: »*Tritt somit ein Bedarf an liquider Kasse vor Ablauf von n Jahren ein, so besteht die Gefahr, daß der Kauf eines langfristigen Darlehens und seine spätere Umwandlung in Kasse, verglichen mit dem Halten der Kasse, einen Verlust bringen würde. Der rechnungsmäßige Gewinn oder die mathematische, in Übereinstimmung mit den bestehenden Wahrscheinlichkeiten berechnete Gewinnerwartung – wenn sie so berechnet werden kann, was zweifelhaft ist – muß genügen, um für das Risiko der Enttäuschung zu entschädigen.*« (Ebd. 143)

Der Beweggrund oder das Verlangen nach Sicherheit über den zukünftigen Wert eines gewissen Teils des Gesamtvermögens konstituiert ein neues Motiv zur Geldhaltung in barer Form, das Vorsichtsmotiv: »*Die Vorsorge für unvorhergesehene plötzliche Ausgabe erfordernde Posten und für unvorhergesehene Gelegenheiten zu vorteilhaften Käufen, sowie das Halten eines Vermögensbestandes, dessen Wert in Geld festgesetzt ist, zur Erfüllung einer späteren, in Geld festgesetzten Verbindlichkeit, sind weitere Beweggründe für das Halten von Kasse.*« (Ebd. 165) Dieses Vorsichtsmotiv, aus dem Bargeld gehalten wird, drückt die Funktion des Geldes als Schatz aus: Es handelt sich um Liquiditätsüberschüsse sowohl der Unternehmen wie der Privaten, die eine zeitweilige Existenz besitzen, später jedoch wieder gegen Waren umgesetzt oder zur Begleichung von eingegangenen Verbindlichkeiten verwendet werden sollen. Die Schatzbildung ist hier noch nicht reiner Selbstzweck – Verkaufen, um den Reichtum in seiner allgemeinen Form festzuhalten –, sondern noch ein durch die Warenzirkulation als solche bestimmtes Moment. Im Maße, wie durch das Bankensystem Anlagemöglichkeiten für dieses zeitweilig freigesetzte Geld offeriert werden (Termineinlagen z.B.), tritt vom Standpunkt des Geldbesitzers das Kalkül mit Bezug auf die zukünftige Entwicklung des Zinssatzes, welche den zukünftigen Wert dieser Gelder bestimmt, zurück. Insofern ist es gerechtfertigt, wenn Keynes im weiteren diese aus Vorsichtsgründen gehaltene Liquidität der Bargeldhaltung aus dem Einkommens- und Geschäftsmotiv zuschlägt. »*Die Stärke dieser drei Arten von Beweggründen (Kassenhaltung aus dem Einkommens-, Geschäfts- und Vorsichtsmotiv, S.K.) wird teilweise von der Billigkeit und Zuverlässigkeit der Methoden abhängen, mittels derer Kasse, falls benötigt, durch irgendeine Form vorübergehender Kreditaufnahme, insbesondere durch die Überziehung eines Bankkontos oder durch etwas Gleichwertiges, erhältlich ist. Denn es besteht keine Notwendigkeit für das Halten ungenutzter Kasse für die Überbrückung von Zeiträumen, falls Kasse ohne Schwierigkeiten erhältlich ist, wenn sie tatsächlich benötigt wird. Ihre Stärke wird auch von dem abhängen, was wir die relativen Kosten des Haltens von Kasse nennen können. Wenn Kasse nur dadurch gehalten werden kann, daß man sich den Kauf eines gewinnbringenden Vermögensbestandes entgehen läßt, vermehren sich die Kosten und wird der Beweggrund des Haltens eines gegebenen Betrages von Kasse geschwächt. Wenn auf (kurzfristige) Einlagen Zinsen gezahlt werden oder wenn durch das Halten von Kasse Bankgebühren ver-*

mieden werden, werden die Kosten vermindert und wird der Beweggrund gestärkt. Dies mag jedoch ein untergeordneter Faktor sein, ausgenommen, wenn große Änderungen in den Kosten des Haltens von Kasse eintreten.« (Ebd. 165f.) Man sieht somit, dass neben den aus den Verhältnissen der Zirkulation entspringenden subjektiven Motiven zur Haltung von Liquidität auch so genannte institutionelle Faktoren, die nur über längere Fristen sich substanziell verändern, eine Rolle spielen. Letzteres bezieht sich namentlich auf die Ausbildung des Bankwesens innerhalb einer Nation sowie die Ausarbeitung verschiedener Formen der Geldanlage sowie entsprechender Usancen.

Das eigentliche, im höchsten Maße zinsabhängige Motiv zum Halten von Bargeld besteht jedoch in der Spekulation. Das Wirksamwerden dieses Spekulationsmotivs unterstellt die Existenz »*eines organisierten Markt(es) für den Handel in Wertpapieren«* (ebd. 143), worunter Keynes im wesentlichen festverzinsliche Schuldpapiere versteht. Spekuliert wird auf die Kursbewegungen dieser Titel, die wir, im Einklang mit Keynes, der Einfachheit halber als Inverse des Zinssatzes entsprechender Fristigkeit begreifen wollen (d.h. ohne Rücksicht auf resp. Restlaufzeiten). Der jeweilige Kurs dieser Schuldtitel ist abhängig von den Konstellationen von Angebot und Nachfrage an der Börse. Dementsprechend ist auch die Bewegung des Zinssatzes bestimmt: nimmt die Nachfrage nach diesen Titeln zu, steigt ihr Kurs. Da eine steigende Nachfrage nach diesen Titeln zugleich eine Vermehrung des Angebots an Geldkapital an der Börse bedeutet, sinkt der Zinssatz entsprechend; umgekehrt, umgekehrt.

Nun ist jedoch die zukünftige Bewegung des Zinssatzes, wie diejenige der Wertpapierkurse, ungewiss: »*Denn die Aussichten werden von verschiedenen Menschen verschieden eingeschätzt werden, und wer von der vorherrschenden durch die Marktnotierungen ausgedrückten Meinung abweicht, mag einen guten Grund haben, seine Mittel flüssig zu halten, um aus seinem Verhalten einen Gewinn zu ziehen… Genau wie wir gefunden haben, daß die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals nicht durch die ›beste‹ Meinung, sondern durch die durch Massenpsychologie bestimmte Marktmeinung festgesetzt wird, so haben auch Erwartungen über die Zukunft des von der Massenpsychologie festgesetzten Zinssatzes ihre Rückwirkungen auf die Liquiditätspräferenz; – aber mit der Ergänzung, daß der Einzelne, der glaubt, daß die zukünftigen Zinssätze höher als die vom Markt angenommenen Sätze sein werden, einen Grund hat, liquides Geld zu halten, während der Einzelne, dessen Meinung vom Markt in der anderen Richtung abweicht, einen Beweggrund haben wird, kurzfristig Geld zu borgen, um damit langfristigere Finanzanlagen zu kaufen. Der Marktpreis wird an dem Punkt festgesetzt werden, an dem die Verkäufe der ›Bären‹ und die Käufe der ›Bullen‹ sich die Waage halten.«* (Ebd. 143f.)

In diesem, aus spekulativen Motiven gehaltenen Bargeld haben wir also den zinsempfindlichen Bestandteil der Geldmenge vor uns. Je entwickelter die Wertpapiermärkte in einem Land sind und je größer die Menge der in den vergangenen Jahren ausgegebenen Wertpapiere ist, die nunmehr am Sekundärmarkt gehandelt werden, desto größer sind die Börsenumsätze pro Zeitabschnitt und desto größer

werden die für die Börse typischen kurzfristigen Schwankungen der Wertpapierkurse sein, die ihrerseits wiederum die Umsatzaktivität der Börsenteilnehmer steigern. Entsprechend steigt das Gewicht der Liquiditätshaltung aus dem Spekulationsmotiv im Verhältnis zu den anderen zinsunempfindlichen Motiven. Generell gilt, dass sich die Geldnachfrage aus den ersten drei Beweggründen nur infolge einer wirklichen Änderung in der allgemeinen wirtschaftlichen Tätigkeit und im Niveau des Einkommens ändert; demgegenüber »*lehrt (die Erfahrung), daß die aggregierte Nachfrage nach Geld zur Befriedigung des Spekulationsmotives gewöhnlich auf allmähliche Änderungen im Zinssatz durchgängig reagiert; das heißt, es gibt eine stetige Kurve, die Änderungen in der Nachfrage nach Geld zur Befriedigung des Spekulationsmotivs mit Änderungen im Zinssatz verbindet, wie er durch Änderungen in den Preisen von Wertpapieren und Darlehen verschiedener Fälligkeiten gegeben wird.*« (Ebd.166) Dementsprechend ist es vor allem das Spekulationsmotiv und die aus diesem Beweggrund gehaltene Bargeldmenge, durch die sich Änderungen in der gesamten Geldmenge, seien sie bewusst durch Handlungen der Zentralbank hervorgebracht oder seien sie naturwüchsig ins Werk gesetzt, auf den Reproduktionsprozess geltend machen. Die frühere Beziehung zwischen der Geldmenge M und der zinsabhängigen Liquiditätsvorliebe des Publikums L(r) bezieht sich also hauptsächlich auf denjenigen Teil der Kassenhaltung, der für spekulative Zwecke bestimmt ist.

Was Keynes mit der Heraussonderung des Spekulationsmotivs zur Bargeldhaltung hervorhebt, ist der Einfluss, den der fiktive Kapitalüberbau über den Zinssatz auf den Verlauf des kapitalistischen Reproduktions- und Akkumulationsprozesses ausübt. Keynes' gesamte Liquiditätspräferenztheorie des Zinses ist nur dann korrekt einzuschätzen und ihre rationellen Elemente sind nur dann korrekt zu würdigen, wenn die Beziehung zwischen reproduktiver Kapitalakkumulation und der Bewegung des fiktiven Kapitals präzise bestimmt wird.

Wir haben bereits darauf hingewiesen, dass die Herausbildung von fiktivem Kapital bereits in der Bestimmung des zinstragenden Kapitals als solchem angelegt ist: ist das bloße Eigentum auf Wert bereits Kapital, so ist umgekehrt jede periodisch bezogene Revenue der »Zins« eines Kapitals, Abkömmling oder Inkrement einer Hauptsumme. Es ist hierbei völlig gleichgültig, ob diese Hauptsumme wirklich als Kapital fungiert – wie bei Industrieobligationen z.B. – oder bloß als Revenue konsumiert wird; letzteres ist der Fall bei allen den öffentlichen Kredit verbriefenden Schuldtiteln.[15] Indem vermittels des Kredits ein Eigentumstitel auf Wert

[15] Die Bestimmtheit des öffentlichen Kredits als Konsumkredit, d.h. die Verwendung der geborgten Geldsumme als Revenue gilt strikt für alle von den öffentlichen Haushalten aufgenommenen Kredite bzw. begebenen Anleihen. Auch die so genannten öffentlichen Investitionen, deren Größe im Regelfall die Größe der Nettoneuverschuldung begrenzt, sind keine Kapitalvorschüsse G, welche als $G' = G + \Delta G$ zurückfließen, sondern bloße Sachausgaben für Güter von höherer Dauerhaftigkeit bzw. mit einer längeren Nutzungszeit. Dass die öffentlichen »Investitionen« als Infrastrukturen für das Gemeinwesen und den kapitalistischen Reproduktionsprozess eine wichtige Rolle spielen, ändert nichts an ihrer ökono-

mobilisiert wird, indem dieser Eigentumstitel verbrieft wird und somit an Dritte übertragen werden kann, wird fiktives Kapital geschaffen: Die Eigentumstitel sind fiktives Kapital, einmal, weil sie ihrem Besitzer einen Anspruch auf zu produzierenden Reichtum, Wert in Gestalt des Zinses verschaffen, zum anderen, weil sie als bloße Eigentumstitel eine getrennte, eigenständige Existenz gegenüber dem wirklichen Wert und seiner Rolle im Reproduktionsprozess gewonnen haben. Das Kapital existiert doppelt, einmal als Wert innerhalb des reproduktiven Zirkels, zum anderen als Titel auf denselben und das Inkrement desselben, den Zins; gleichzeitig ist diese Verdoppelung nur scheinbar und das Kapital als Eigentumstitel daher fiktives Kapital.

Diese Verdoppelung des Werts in reproduktiv fungierende Wert- bzw. Kapitalsumme und bloßes Eigentum schließt an und für sich ihre Verselbstständigung gegeneinander ein. Diese Verselbstständigung gewinnt jedoch erst dann eine reelle Existenz, wenn über den organisierten Handel in solchen Titeln die fungierende Wertsumme und der Wert bzw. Preis des Eigentumstitels auf dieselbe sich voneinander trennen. Angebot und Nachfrage an der Effektenbörse bestimmen die Kurse oder Preise dieser Eigentumstitel, die nichts anderes darstellen als die über den herrschenden Zinssatz kapitalisierten festen Zinserträge, die diese Eigentumstitel gewährleisten. Die Verselbstständigung der Kursbewegung dieser Eigentumstitel vom Wert des fungierenden Kapitals bzw. von der Wertgröße der bereits verausgabten Revenue bildet nun den Ansatzpunkt der Spekulation, die Keynes vorliegend im Auge hat und treffend beschreibt als Überlistung der Marktbewertung dieser Titel durch den Einzelnen. Damit es überhaupt zu spekulativen Orientierungen der Vermögensbesitzer kommt, ist die Unterschiedlichkeit ihrer Erwartungen im Hinblick auf die zukünftige Marktbewertung dieser Titel notwendig: Es kommt für die Spekulanten darauf an, die zukünftige Entwicklung der Kurse einzuschätzen, um zu niedrigen Kursen zu kaufen, zu hohen Kursen zu verkaufen und so einen Kursgewinn als Spekulationsgewinn zu realisieren. Die Uneinheitlichkeit der Erwartungen der Spekulanten ergibt sich dabei unmittelbar aus der Existenz dieses Handels in fiktivem Kapital selbst; denn dieser Handel generiert aus sich selbst heraus eine beständige Bewegung der Kurse.

Der ökonomischen Formbestimmung nach ist dieser Kursgewinn oder Spekulationsgewinn ein bloßer Differenzgewinn: was der eine verliert, gewinnt der andere und vice versa; gesamtwirtschaftlich gesehen geht es also bloß um die Verteilung eines Teils der gesamtgesellschaftlichen Mehrwertmasse auf die einzelnen Besitztitelhalter. Nur die an der Börse agierenden Spekulanten betrachtet stellt ihre wechselseitige Übervorteilung kein gefährliches Element für den kapitalistischen Akkumulationsprozess dar. Es ist aber die Verselbstständigung der Bewegung des fiktiven Kapitals gegenüber seiner reproduktiven Grundlage, welche negativ auf die wirkliche Wertschöpfung zurückwirken kann. Dadurch, dass das bloße Eigentum auf

---

mischen Formbestimmung und ebenso nichts an der ökonomischen Formbestimmtheit des Kredits, mit dem sie finanziert worden sind.

Wert der Gesamtheit der Spekulanten einen beständig erst noch zu produzierenden Teil des gesellschaftlichen Reichtums reserviert, wächst mit der Akkumulation dieser Besitztitel auch der Anspruch der bloßen Kapitaleigentümer gegenüber der laufenden Produktion, wird die Aufteilung der gesamtwirtschaftlichen Profitmasse in Vermögenseinkommen (Zins) und Unternehmergewinn mehr und mehr zugunsten des ersteren verschoben. Der Tribut, den das fungierende Kapital an die bloßen Kapitaleigentümer zu zahlen hat, nimmt sukzessive zu und wirkt ab einem gewissen Umfang notwendiger Weise lähmend gegenüber den reproduktiven Aktivitäten. Wir werden später auf diesen sich nach und nach verschärfenden Widerspruch zwischen der Akkumulation von reproduktiven Kapital und der Akkumulation bloßer zinsbringender Eigentumstitel noch einmal ausführlicher zurückkommen.[16] An dieser Stelle ist jedoch festzuhalten, das Keynes, indem er schon bei der Bestimmung der Kategorie des Zinses von dessen reproduktiver Grundlage absah und diese ignorierte, er auch das Potenzial an Verselbstständigung zwischen Real- und Geldkapitalakkumulation nicht systematisch zu entwickeln imstande ist. Wenn er gleichwohl an etlichen Punkten seiner Besorgnis darüber Ausdruck gibt, dass es in der langfristigen Entwicklungstendenz zu einer gefährlichen Rückwirkung der Akkumulation des fiktiven Kapitals auf die reproduktiven Aktivitäten kommt, so deutet dies wiederum auf ein Gespür gegenüber Widersprüchen hin, das ungeachtet einer fehlenden systematischen Entwicklung bei ihm vorhanden ist.

Geldmenge und Liquiditätsvorliebe

Wir haben gesehen, dass Keynes in der gesamtwirtschaftlichen Dimension – und nur diese interessiert im vorliegenden Argumentationszusammenhang – die verschiedenen Beweggründe zur Liquidität in zwei große Rubriken eingeteilt hat, die Liquiditätsvorliebe aus dem Einkommens-, Geschäfts- und Vorsichtsmotiv L_1 und die Liquiditätsvorliebe aus dem Spekulationsmotiv L_2. Keynes sieht es als »*eine zulässige erste Annäherung, die Beträge dieser zwei Arten von Kassenbeständen als sehr unabhängig voneinander zu betrachten*« (AT: 168). Während sich die Liquiditätsvorliebe L_1 hauptsächlich auf das Niveau des Einkommens stützt, ist L_2 wesentlich auf die Beziehung zwischen dem laufenden Zinsfuß und dem Zustand der Erwartung bezogen. Sind die diesen beiden Beweggründen zur Liquidität zuzuordnenden Geldmengenbestandteile M_1 bzw. M_2, so gilt: $M = M_1 + M_2 = L_1(Y) + L_2(r)$. Die früher betrachtete »Kassenuntergliederung« der Bargeldhaltung reproduziert sich jetzt als Differenzierung der gesamtwirtschaftlichen Geldmenge M in zwei ökonomisch-funktionell unterschiedene Bestandteile. Die Geldmenge M_1 bezeichnet denjenigen Teil der Gesamtzirkulation, der die Gesamtheit der ökonomischen Transaktionen innerhalb des reproduktiven Zirkels des kapitalistischen Reproduktionsprozesses – hierin ist die Vermittlung der Umsätze für die individuelle Konsumtion integral einbezogen – bewerkstelligt, die Geldmenge M_2 vermittelt die Umsätze innerhalb des Bereichs des fiktiven Kapitals. Wenn Keynes unter-

[16] Vgl. dazu Kapitel 12 der vorliegenden Abhandlung.

stellt, dass sich beide Geldmengenbestandteile unabhängig voneinander bewegen, weil sie durch verschiedene Determinanten bestimmt werden, so hat dies zunächst den Augenschein für sich; gleichwohl stellt sich die Frage, ob sie denn nicht in einem Abhängigkeitsverhältnis zueinander stehen? Wir folgen der Keynesschen Argumentation, indem wir diese Fragestellung unterlegen.

Da die zu Transaktionszwecken benötigte Geldmenge M_1 bestimmt wird durch die Liquiditätsvorliebe in Abhängigkeit vom Niveau des Einkommens, also eine passiv-reaktive Variable ist, die der Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Produktion folgt, ergibt sich über die Einkommens(umlaufs)geschwindigkeit des Geldes M_1 folgende Beziehung: $L_1 = Y/V$ mit V als Einkommens(umlauf-)geschwindigkeit des Geldes. Keynes misst dieser Größe V keinen nennenswerten Einfluss zu, zumindest nicht kurzfristig: »*Es besteht natürlich kein Grund, anzunehmen, daß V konstant sei. Ihr Wert wird von dem Aufbau der Banken und der Industrie abhängen, von gesellschaftlichen Gewohnheiten, von der Verteilung des Einkommens zwischen verschiedenen Klassen und von den tatsächlichen Kosten des Haltens von ungenutzter Kasse. Dennoch können wir, wenn wir eine kurze Sicht im Auge haben und mit Sicherheit annehmen können, daß keine wesentliche Änderung in irgendeiner dieser Faktoren eintreten wird, V als fast hinreichend konstant behandeln.*« (Ebd. 170) Soweit die Einkommens(umlauf)geschwindigkeit des Geldes M_1 von institutionellen Gegebenheiten und Handelsusancen in einem Land bestimmt wird, kann in der Tat davon ausgegangen werden, dass sie sich nur in der langen Frist verändert; denn institutionelle Faktoren und Handelsusancen drücken den Entwicklungsstand der Produktivkraft der Arbeit, der Umschlagsgeschwindigkeit des Kapitals sowie, darauf gegründet, der gesamtwirtschaftlichen Ökonomie der Zahlungen aus, die sich nur in der langfristigen Entwicklungsperspektive verändern.

Jedoch handelt es sich bei der Umschlagsgeschwindigkeit des gesellschaftlichen oder nationalen Gesamtkapitals, näher bestimmt als Gesamtumschlag oder Durchschnittsumschlag seiner verschiedenen Bestandteile, um eine Größe, die mit dem Umschlag des zirkulierenden Kapitals eine Komponente beinhaltet, die ein hohes Maß an zyklischer Volatilität aufweist, die direkt auf die Geldumlaufgeschwindigkeit im reproduktiven Zirkel übertragen wird. Dies bedeutet, dass die Einkommens(umlauf)geschwindigkeit des Geldes V für die kurze zyklische Frist keineswegs eine konstante Größe, sondern ein höchst variabler Parameter ist. Die spezifisch zyklischen Schwankungen des Kapitalumschlages und die zyklischen Expansionen und Kontraktionen des kommerziellen Kredits sowie, hierauf gegründet, des Geldkredits als Handels- oder Zahlungsmittelkredit[17] sind für die kurze

[17] Der kommerzielle Kredit als verbriefter oder formlos eingeräumter Kredit in Warenform zwischen industriellen sowie industriellen und kommerziellen Kapitalisten ist im zyklischen Prozess die Basis für den Geldkredit als Zahlungsmittelkredit, der in der Regel kurzfristig ist und namentlich in der zyklischen Krisenphase und dem folgenden konjunkturellen Abschwung der Verkürzung der Zahlungsziele zwischen den Kapitalen entgegenwirken muss; vgl. Krüger 2010: 542ff.

Frist die die Bewegungen des Geldumlaufs im reproduktiven Zirkel bestimmenden Determinanten.

Im Verlauf des zyklischen Aufschwungs beschleunigt sich die Umschlagsgeschwindigkeit des Kapitals, d.h. seines zirkulierenden Teils: In gegebenem Zeitraum vollzieht der Kapitalwert eine größere Anzahl von Kreisläufen. Die Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Produktion benötigt daher keine proportionale Zunahme der für die Zirkulation des gesamtwirtschaftlichen Warenprodukts nötigen Geldmenge. Hinzu kommt, dass für eine Menge der Transaktionen innerhalb der interindustriellen Zirkulation (inkl. der Zirkulation zwischen Industrie und Handel) das Geld als Zahlungsmittel fungiert: der kommerzielle Kredit expandiert, die Zahlungsziele werden länger. Die durch diese Faktoren verstärkte unterproportionale Zunahme der Geldmenge M_1 gegenüber dem reproduktiven Transaktionsvolumen führt zu einer ausgeprägten zyklischen Steigerung der Umlaufgeschwindigkeit dieser Geldmenge.

Das Umgekehrte findet in der eigentlichen Krisenphase des industriellen Zyklus und dem sich daran anschließenden Abschwung statt: Während der akuten Krise vermindert sich die Umschlagsgeschwindigkeit des zirkulierenden Kapitals, seinen augenfälligsten Ausdruck erhält diese Verlangsamung des Kapitalumschlages in einem Anschwellen der Warenläger. Daher nimmt auch die Geschwindigkeit des Geldumlaufs ab; eine relativ größere Masse Bargeld wird benötigt, um eine sich kontrahierende gesamtwirtschaftliche Produktion zu zirkulieren. Darüber hinaus vermindert sich auch der kommerzielle Kredit: die Zahlungsziele werden verkürzt. Der hierdurch vermehrte Bargeldbedarf bildet einen weiteren Faktor für eine tendenziell gegensätzliche Bewegung von Produktion und Geldmenge M_1 in diesen beiden Zyklusphasen.

Es zeigt sich so, dass sich der Umfang der gesamtwirtschaftlichen Produktion und der Umfang der Geldmenge M_1 keineswegs in dem von Keynes unterstellten annähernd proportionalen Verhältnis bewegen. Durch die bei ihm unterstellte Identität zwischen Einkommen und Produktion (Transaktionsvolumen), die auch auf seine fehlerhafte Auffassung des gesamtwirtschaftlichen Kreislaufs – scheinbares Verschwinden des (zirkulierenden) konstanten Kapitals[18] – zurückzuführen ist, hat er sich bereits den korrekten Zugang zur Analyse der Geldzirkulation innerhalb des Zirkulationsprozesses des gesellschaftlichen Gesamtkapitals verstellt. Die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes innerhalb des reproduktiven Zirkels ist also keine konstante Größe, sondern macht allgemein zu konstatierende spezifisch zyklische Schwankungen durch.

Neben der zyklischen Bewegung der Geldmenge M_1 bildet die zyklische Bewegung der kapitalistischen Akkumulation selbst aber zusätzlich einen bestimmenden Einflussfaktor für die Bewegung des Zinsfußes, zunächst ganz unabhängig von Transaktionen im Bereich des fiktiven Kapitals. Während des zyklischen Aufschwungs dominiert die Nachfrage des reproduktiven Kapitals nach Kapital- oder

[18] Vgl. dazu unsere Kritik in Kapitel 5 der vorliegenden Abhandlung.

Investitionskredit: Die Erweiterungsinvestitionen werden zu einem großen und im weiteren Verlauf des Aufschwungs wachsenden Teil fremdfinanziert. Diese Nachfrage des Kapitals nach Investitionskrediten lässt den Zinssatz nach und nach ansteigen. Solange die erwartete Rendite auf zusätzlich anzulegendes Kapital, d.h. die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals ihrerseits infolge expandierender gesamtwirtschaftlicher Nachfrage positiv steigt, bildet der langsam anziehende Zinsfuß kein investitionshemmendes Moment. Anders jedoch bei Erreichen des oberen Wendepunktes der Konjunktur: In der akuten zyklischen Krise geht die Nachfrage nach Investitionskrediten sprunghaft zurück, dieser Rückgang wird jedoch konterkariert durch eine gleichzeitig große Zunahme an Finanzierungsmitteln der laufenden Geschäftstätigkeit in Form von Handels- bzw. Zahlungsmittelkrediten. Anschwellende Läger, d.h. zunehmende Kapitalbindung in Warenform, Verkürzung der Zahlungsziele und das Reißen vorher aufgebauter Zahlungsketten bedingen eine relative Verminderung der aus dem Umschlagsprozess des Kapitals freigesetzten Geldkapitalien bei fortbestehend hoher Kreditnachfrage: der Zinssatz erreicht ausgehend von den kürzerfristigen Geldmarktsegmenten sein zyklisches Maximum. Erst nachdem die gesamtwirtschaftlichen Zahlungsengpässe wieder beseitigt sind, zum Teil durch Bankrotte und Zentralisationsprozesse von Kapital, zum Teil durch Entwertung von Kapital in Warenform, und die laufende Reproduktion an das geringere Niveau der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage angepasst worden ist, entspannt sich der Kreditmarkt wieder und die Zinsen beginnen zu sinken. Die relative Reichlichkeit von Geldkapital während der zweiten Phase des zyklischen Abschwungs, die Marx die »melancholische Periode des Zyklus« genannt hat, ist nun aber bloßer Ausdruck der zurückgegangenen oder sogar darniederliegenden Kapitalakkumulation.[19]

Es zeigt sich so, erstens, dass innerhalb der zyklischen Bewegung die Kapitalakkumulation selbst einen erheblichen Einfluss auf die Bewegung des Geldzinssatzes ausübt, und zwar dergestalt, dass zweitens die zyklische Auf- und Abbewegung der reproduktiven Kapitalakkumulation keineswegs gleichsinnig mit der Bewegung der Geldkapitalakkumulation verläuft. Durch die vermittelnde Funktion des kommerziellen Kredits, der als solcher unabhängig ist vom Bankensystem und die Konstellationen von Angebot und Nachfrage auf dem Kreditmarkt als Filter mit-

[19] Vgl. dazu MEW 25, 505f.: »*Im ganzen verläuft die Bewegung des Leihkapitals, wie sie sich im Zinsfuß ausdrückt, in umgekehrter Richtung zu der des industriellen Kapitals. Die Phase, wo der niedrige, aber über dem Minimum stehende Zinsfuß mit der ›Besserung‹ und dem wachsenden Vertrauen nach der Krise zusammenfällt, und besonders die Phase, wo er seine Durchschnittshöhe erreicht, die Mitte, gleichweit entfernt von seinem Minimum und Maximum, nur diese beiden Momente drücken das Zusammenfallen von reichlichem Leihkapital mit großer Expansion des industriellen Kapitals aus. Aber am Anfang des industriellen Zyklus ist der niedrige Zinsfuß zusammenfallend mit Kontraktion und am Ende des Zyklus ist der hohe Zinsfuß mit Überreichlichkeit von industriellem Kapital. Der niedrige Zinsfuß, der die ›Besserung‹ begleitet, drückt aus, daß der kommerzielle Kredit nur in geringem Maße des Bankkredits bedarf, indem er noch auf seinen eignen Füßen steht.*«

bestimmt, ergibt sich ein wesentlich komplizierterer Vermittlungszusammenhang zwischen der Akkumulation von wirklichem Kapital bzw. Veränderungen im Niveau des Einkommens Y, des Zinsfußes und der Geldnachfrage für Transaktionszwecke L_1 als Keynes sie unterstellt.

Der Grund für diese bei Keynes vorliegende unzulässige Vereinfachung des zyklischen Zusammenhangs zwischen der Real- und Geldkapitalakkumulation liegt in der Außerachtlassung der vermittelnden Rolle des kommerziellen Kredits als naturwüchsiger Kreditform innerhalb des reproduktiven Zirkels jenseits von Geldkredit und Bankensystem. Letzteres wird nicht als abgeleitete Sphäre, die auf den reproduktiven Verhältnissen aufwächst, begriffen; damit werden auch Angebot an und Nachfrage nach Geldkapital nicht als primär durch den Reproduktionsprozess des industriellen und kommerziellen Kapitals gespeiste und bestimmte Größen erfasst, sondern als wesentlich durch das Bankensystem bestimmte oder sogar kreierte Variablen begriffen.

Die Konsequenzen dieser Mängel bei Keynes bestehen zum einen darin, dass er den Einfluss der reproduktiven Kapitalakkumulation auf die Geldnachfrage unterschätzt. Indem die Liquiditätsvorliebe aus Einkommens-, Geschäfts- und Vorsichtsmotiv einfach an die Bewegung des Einkommens Y gebunden wird, wird der aus der zyklischen Bewegung der reproduktiven Akkumulation entspringende bestimmende Einfluss derselben auf die zyklische Bewegung des Zinssatzes missachtet. Diese durch die reproduktive Kapitalakkumulation bestimmte Bewegung der Zinsen ist aber sowohl für die Geldpolitik der Zentralbank als auch für die Liquiditätsvorliebe L_2 aus dem Spekulationsmotiv eine marktbestimmte Grundlage, an der sich beide auszurichten haben und auf die sie ihrerseits modifizierend zurückwirken. Der Missachtung der von der zyklischen Bewegung der Realkapitalakkumulation ausgehenden Einflüsse auf den Zinssatz und des Strukturzusammenhangs zwischen primären und sekundär-rückwirkenden Zinseinflüssen entspricht bei Keynes nunmehr, in seinem System durchaus folgerichtig, eine Überschätzung des Einflusses der Geldnachfrage aus dem Spekulationsmotiv.[20]

Wir hatten gesehen, dass die Ungewissheit über die zukünftige Entwicklung des Zinssatzes, die Existenz eines organisierten Marktes für den Handel in fiktivem Kapital sowie die Unterschiedlichkeit der Meinungen der Einzelnen hinsichtlich der Marktbewertung der Ertragstitel eine Spekulationsnachfrage nach Liquidität L_2 generieren, die in höchstem Maße zinsabhängig ist. Gleichwohl ist hiermit keine bestimmte Mengenbeziehung zwischen der Geldnachfrage aus dem Spekulationsmotiv L_2 und Zinssatzvariationen gegeben: »*…worauf es ankommt, ist nicht das* absolute *Niveau von r, sondern der Grad seiner Abweichung von dem, was als ziemlich* sicheres *Niveau von r betrachtet wird, unter Berücksichtigung jener Be-*

[20] Auf die Bedingungen des Geldangebots, die Keynes letztlich institutionell durch die Zentralbank bestimmt, sowie die bei ihm fehlende Endogenisierung der Geldmenge durch das kapitalistische Verhalten der Geschäftsbanken und sonstiger Finanzintermediäre kommen wir ausführlicher im abschließenden Unterabschnitt c) des vorliegenden Kapitels zurück.

rechnungen der Wahrscheinlichkeit, auf man sich verlässt« (AT: 170). Insofern bezeichnet Keynes den Zinsfuß als eine in hohem Maße »*psychologische Erscheinung«* (ebd. 171). Es kommt noch hinzu, dass sein tatsächlicher Wert zum großen Teil durch die bestehende Erwartung über seinen zukünftigen Wert beherrscht wird: »Jedes *Zinsniveau, das mit genügender Überzeugung als* voraussichtlich *beständig angenommen wird,* wird *beständig sein, mit der Einschränkung natürlich, daß eine sich ändernde Gesellschaft, aus verschiedenen Gründen, Schwankungen um den erwarteten Normalsatz unterworfen ist.«* (Ebd. 172) Hiermit wird der Zinssatz und seine Bewegung zu einem großen Teil als durch die Erwartungen der Spekulanten determinierte Größe bestimmt. In gewisser Weise regulieren somit die Spekulanten den Zinssatz gemäß ihrer mehrheitlichen Erwartungshaltung – jedenfalls gilt dies unter Voraussetzung einer gegebenen Geldmenge M, d.h. unter der Voraussetzung gegebener Umstände namentlich des Geldangebots.[21]

Wird also vonseiten der Spekulanten mehrheitlich ein weiterer Kursanstieg für Wertpapiere erwartet, weil erwartet wird, dass der Zinssatz künftig – verglichen mit seinem als sicher eingeschätzten Niveau – sinken wird, wird die Nachfrage nach Spekulationskasse L_2 sinken. Gleichzeitig wird, jedenfalls unter der Voraussetzung, dass die Tabelle der Grenzleistungsfähigkeiten des Kapitals nicht im gleichen Maße sinkt, der sinkende Zinssatz weitere Investitionen im reproduktiven Sektor induzieren, in deren Gefolge Produktion und Beschäftigung zunehmen und somit einen steigenden Teil der Geldmenge der Transaktionskasse L_1 zuführen. Im Resultat findet somit eine Neuverteilung der gesamtwirtschaftlichen Bargeldbestände statt.

Hervorzuheben an dieser Stelle ist, dass für Keynes in keinem Moment ein »natürlicher Zinsfuß«, sozusagen als ruhender Pol, existiert. Ebenso wie aus der Struktur des geldwirtschaftlichen Systems Angebot und Nachfrage auf den Warenmärkten nur als beständige Ausgleichungsbewegung existieren, so auch auf dem Kreditmarkt. Die Bewegung des Zinssatzes vollzieht sich als beständiger Prozess ohne Ruhezustand oder Zielpunkt; ob oder ob nicht ein Zinsfuß mit Vollbeschäftigung vereinbar ist, ist für denselben ein gleichgültiger Umstand.

Die oben bereits angedeutete Kritik an diesen Ausführungen von Keynes hinsichtlich der Bestimmtheit des Zinsfußes beinhaltete, dass von ihm der Einfluss der Spekulation in fiktivem Kapital auf die Bewegung des Zinssatzes erheblich überschätzt wird. Gleichwohl beinhaltet seine Theorie, für sich genommen, auch reelle Dimensionen. Herauszustreichen ist zunächst, dass mit der Fixierung von Bargeldhaltung als eigenständigem ökonomischen Handlungskalkül überhaupt erst der

---

[21] Dass dies eine weit überzogenen Gewichtung des Einflusses der Börse für die Zinsentwicklung darstellt, ist im übrigen eine vielfach geteilte Kritik an der Keynesschen Zinstheorie: »*Keynes hat die Börse nicht nur bei den Investitionsentscheidungen weitaus überhöht dargestellt, sondern eine ebenso dominante Rolle spielt sie bei der (spekulativen) Geldnachfrage … Bei langen Passagen hat man den Eindruck, daß Geld ausschließlich wegen der Unsicherheit der Kursentwicklung auf der Börse gehortet wird. Die Nichtneutralität des Geldes wird so an die Spekulation festgebunden und die systemspezifische Unsicherheit einer Geldwirtschaft auf die Börse reduziert.«* (Herr 1986: 103)

Zugang zu einer Analyse des Einflusses der Konstellationen an der Effektenbörse eröffnet wird. Es ist hier zu unterscheiden: Der Emissionsmarkt für neue Kapitaltitel – wir handeln im weiteren wesentlich von festverzinslichen Wertpapieren, allerdings gilt, den bloßen Handel von Eigentumstiteln für sich betrachtet, dasselbe analog auch für Titel auf Eigenkapitalbeteiligungen (Aktien), wobei nur die verschiedene Kursbestimmung dieser gegenüber jenen Titeln zu berücksichtigen ist – stellt nichts anderes dar als eine börsenmäßige Verkleidung einer Kreditaufnahme bzw. Außenfinanzierung. Ein neuemittiertes Papier stellt Nachfrage nach Leih- bzw. Geldkapital dar, ganz wie die Nachfrage nach einem Bankkredit; insofern bildet der Emissionsmarkt auch kein besonders interessierendes Element innerhalb des vorliegenden Problemzusammenhangs. Entscheidend ist demgegenüber der Sekundärmarkt der Börse, der Handel in bereits in der Vergangenheit emittierten fiktiven Kapitalien, die aber aktuell ge- und verkauft werden. Für diesen, auch quantitativ gegenüber dem Primärmarkt immer bedeutenderen Segment des Finanzmarktes ist der unmittelbare Zusammenhang zur wirklichen Reproduktion, d.h. zur Bewegung der fungierenden Wertsumme ausgelöscht oder verlorengegangen. Der Kurs der Eigentumstitel hat sich vom wirklich fungierenden Wert getrennt, bewerkstellige dieser Wert nun Kapitalfunktionen oder eine bloße Vermittlung individueller Konsumtionsprozesse wie bei öffentlichen Schuldtiteln oder verbrieften Hypotheken der Privathaushalte. Der Handel in umlaufendem fiktivem Kapital konstituiert das spekulative Element, von dem Keynes im Zusammenhang mit der Liquiditätsvorliebe aus dem Spekulationsmotiv spricht. Für die Aktivitäten der Spekulanten am Sekundärmarkt der Börse gilt, dass Geld in barer Form gehortet wird, wenn mehrheitlich eine Kurssenkung der Wertpapiere erwartet wird, bzw. Liquidität verausgabt wird, wenn mehrheitlich ein Kursanstieg derselben erwartet wird. In diesem Bereich des ökonomischen Systems existiert also eine Spekulationskasse, die einen beständig wechselnden Bestandteil der gesamtwirtschaftlichen Geldmenge beherbergt und mit den Variationen der Wertpapierkurse bzw., invers dazu, der Zinssätze schwankt.

Wenn wir eben gesagt haben, dass kein unmittelbarer Zusammenhang zwischen der Kursbewegung der umlaufenden fiktiven Kapitale und der Bewegung des wirklichen, d.h. reproduktiven Reproduktionsprozesses des Kapitals bestehe, so ist dies jetzt zu präzisieren; hieraus wird sich auch unsere zentrale Kritik an der Keynesschen Kredittheorie ergeben. Es wurde schon bemerkt, dass die spezifisch zyklische Verlaufsform der reproduktiven Kapitalakkumulation sich innerhalb der finanziellen Sektoren der Volkswirtschaft in wechselnden Konstellationen von Angebot und Nachfrage am Geldkapitalmarkt übersetzt und sich einen zusammenfassenden Ausdruck in der zyklischen Bewegung der Zinssätze gibt. Es ist nun diese aus der Bewegung der reproduktiven Kapitalakkumulation entspringende zyklische Bewegung der Zinssätze, die ihrerseits die Voraussetzung für die Kursfestsetzung und -bewegung des fiktiven Kapitals abgibt. Die Bewegung der Zinssätze wird nicht wesentlich über die Wellen der Spekulation an der Effektenbörse erzeugt, sondern ist bereits spezifisch determiniert, bevor die Angebot-Nachfrage-Konstellationen an der

Börse ihrerseits Rückwirkungen auf die Zinsbewegung ausüben. Oberflächlich löst sich diese Wechselwirkung verschiedenartiger ökonomischer Verhältnisse auf die Bewegung des Zinssatzes in eine gleichzeitige Wirkung verschiedenartiger Kräfte auf. Da auf den Geldkapital- oder Finanzmärkten nur eine einzige Ware von uniformer Gestalt angeboten und nachgefragt wird, sind die quantitativen Massenverhältnisse innerhalb der Aggregate von Angebot und Nachfrage entscheidend für die dem Zinssatz letztlich erteilte Bewegungsrichtung.[22] Rein von diesen Massenverhältnissen des Angebots und der Nachfrage von Leihkapital in Geldform ergibt sich der bestimmende Einfluss der reproduktiven Kapitalakkumulation für den Zinssatz gegenüber der Börse, denn die Nachfrage und das Angebot für Kauf und Verkauf des fiktiven Kapitals ist zunächst ein nachgeordnetes Moment. Nur in dem Maße, wie ursprünglich durch reproduktive Kredit- oder Außenfinanzierungsnachfragen Wertpapieremissionen ausgelöst worden sind und sich im Fortgang der kapitalistischen Akkumulation über längere Zeiträume eine Anhäufung derartiger fiktiver Kapitale ergibt, im Maße, wie also Umfang und Kurswert der handelbaren Titel an der Börse langfristig zunehmen,[23] wächst allgemein auch der Einfluss der spekulativ bedingten Angebots- und Nachfragebewegung von Geldkapital gegenüber derjenigen, die aus dem reproduktiven Zirkel des kapitalistischen Reproduktionsprozesses herstammt. Einen besonderen Sporn erhält diese spekulativ induzierte Rückwirkung auf den Zinssatz, wenn die reproduktive Kapitalakkumulation aus ihrer beschleunigten Verlaufsform in eine strukturelle Überakkumulation übergeht und die Verselbstständigung der Geldkapitalakkumulation (samt ihrer Anlageformen) gegenüber der reproduktiven Wertschöpfung eine neue Qualität erreicht. Legt man diese Verhältnisse zugrunde, relativiert sich die Kritik an Keynes zu einem Teil.

Es bleibt jedoch die bei Keynes fehlende Auseinanderlegung der systematischen Struktur der auf den Zinsfuß einwirkenden Kräfte zu kritisieren. Da er den Handel in fiktivem Kapital nicht als innerhalb des Kreditwesens abgeleiteten Bereich begreift und die primäre Bestimmtheit des Zinsfußes durch die zyklischen Expansionen und Kontraktionen der reproduktiven Kapitalakkumulation nicht entwickelt,

---

[22] Vgl. MEW 25, 380f.: »*Auf dem Geldmarkt stehn sich nur Verleiher und Borger gegenüber. Die Ware hat dieselbe Form, Geld. Alle besondren Gestalten des Kapitals, je nach seiner Anlage in besondren Produktions- oder Zirkulationssphären, sind hier ausgelöscht. Es existiert hier in der unterschiedslosen, sich selbst gleichen Gestalt des selbständigen Werts, des Geldes.*« Die spezifische Bestimmtheit des Zinsfußes als Marktrate gegenüber derjenigen der allgemeinen Profitrate, die sich aus diesen Verhältnissen ergibt, ist bereits in Kapitel 7 der vorliegenden Abhandlung erläutert worden.

[23] Gegenüber befristeten, wenn auch langfristig befristeten Industrieobligationen und Bankschuldverschreibungen haben Aktien der Möglichkeit nach eine unendliche Laufzeit, jedenfalls solange die Aktiengesellschaft als Firma operativ bleibt. Ein besonderer Fall sind Staatsschuldtitel. Zwar haben auch sie eine endliche Laufzeit und müssen schließlich getilgt werden, aber diese Tilgung geschieht gemeinhin durch Begebung einer neuen Anleihe. Öffentliche Schuldtitel werden also durch neue Kredite »refinanziert« und zwar im wachsenden Umfang, solange eine positive Nettoneuverschuldung zu verzeichnen ist, welche nachgerade ein Spezifikum des modernen öffentlichen Kredits ist.

hängt seine Zinstheorie gewissermaßen in der Luft. Es gelingt ihm dabei durchaus, die spezifischen Orientierungen und Kalküle korrekt zu beschreiben und er ist durchaus in der Lage, diesen spekulativen Einfluss als prekäres und sogar gefährliches Moment für die Realkapitalakkumulation zu begreifen – eine Einschätzung und Bewertung, die ihn haushoch gegenüber den aktuellen Apologeten des modernen Finanzmarktkapitalismus hervorhebt. Es reicht aber unter theoretisch-systematischen Gesichtspunkten nicht hin, die bloße Unabhängigkeit der beiden Bestandteile der gesamtwirtschaftlichen Geldmenge, Transaktions- und Spekulationskasse, zu konstatieren; es kommt darauf an, ihren Ableitungs- und ökonomischen Funktionszusammenhang zu entschlüsseln. Seine an sich richtige Grundidee, einen von der neoklassischen Theorie völlig vernachlässigten Bereich in sein ökonomisches System zu integrieren, bleibt Stückwerk, weil die präzise Einordnung desselben in die Gesamtstruktur des kapitalistischen Reproduktionsprozesses unterbleibt. Damit reproduziert sich sein schon früher herausgestellter Fundamentalmangel, die Grundlagen und Voraussetzungen des zinstragenden Kapitals nicht begriffen zu haben, auch an dieser Stelle.

c) Geldangebot und Zentralbankpolitik

In der bisherigen Darstellung dieses Kapitels haben wir Keynes' Zinstheorie unter der Voraussetzung einer exogen bestimmten oder »gegebenen« Geldmenge betrachtet und damit dieselbe Voraussetzung wie Keynes unterstellt. »*Wir können das Obige in den Satz zusammenfassen, daß in einem gegebenen Zustand der Erwartung in der Meinung der Bevölkerung eine gewisse Bereitschaft zum Besitz von Kasse besteht, über die Menge hinaus, die für das Umsatz- oder das Vorsichtsmotiv erforderlich ist und die sich zu tatsächlichen Kassenbeständen in einem Grad verwirklichen wird, der von den Bedingungen abhängt, zu denen die Währungsbehörde gewillt ist, Geld zu schaffen. Es ist diese Bereitschaft, die in der Funktion der Liquidität* L_2 *zusammengefaßt ist.*« (AT: 173) Bereits diese Formulierung von Keynes deutet an, dass er – unter »normalen« Bedingungen der Reproduktion – der Zentralbank mit ihrer Geldpolitik (Offenmarktpolitik) einen bedeutenden Einfluss auf die Expansion oder Kontraktion der Geldmenge M und damit, vermittelt über die Liquiditätsvorliebe des Publikums, auch auf die Bewegung des Zinssatzes einräumt.

In der Tat geht Keynes davon aus, dass die Zentralbank mit ihrer Offenmarktpolitik in Geldmarktpapieren die Geldmenge steuert; er sieht keine wesentlichen ökonomischen, sondern nur institutionelle Hemmnisse oder Beschränkungen, sodass die Steuerung der Geldmenge durch die Zentralbankpolitik nicht vollständig oder umfassend ist. »*Wenn die Währungsbehörde bereit wäre, mit Finanzanlagen aller Fälligkeiten zu festgesetzten Bedingungen in beiden Richtungen zu handeln, und noch mehr, wenn sie bereit wäre, mit Finanzanlagen von verschiedenen Risikenklassen zu handeln, würde die Beziehung zwischen dem Komplex der Zinssätze und der Geldmenge unmittelbar sein. Der Komplex der Zinssätze wäre einfach der Ausdruck*

der Bedingungen, zu denen das Banksystem bereit ist, Finanzanlagen zu kaufen oder zu verkaufen; und die Geldmenge wäre der Betrag, der einen Unterschlupf im Besitz der Individuen finden kann, die – nachdem sie alle maßgebenden Umstände in Betracht gezogen haben – die Verfügung über liquide Kasse ihrer Aufgabe gegen eine Finanzanlage zu den vom Marktzinsfuß angezeigten Bedingungen vorziehen. Ein umfassendes Angebot durch die Zentralbank, zu festgesetzten Preisen erstklassige Wertpapiere aller Fälligkeiten zu kaufen und zu verkaufen an Stelle eines einzigen Diskontsatzes für kurzfristige Wechsel, ist vielleicht die wichtigste praktische Verbesserung, die in der Technik der monetären Steuerung gemacht werden kann.« (Ebd. 173) Prononciert formuliert besteht für Keynes die Grenze des zentralbankpolitischen Einflusses auf den Zinssatz nur in ihrer Selbstbeschränkung auf den Handel in kurzfristigen Wertpapieren (Geldmarkttiteln); die Zentralbank kontrolliert daher nur den kurzfristigen Zinssatz, während der langfristige Zinssatz »widerspenstiger« gegenüber ihren Bemühungen ist. Dies zum einen, weil die zukünftige Geldpolitik der Zentralbank vielleicht nicht sicher vorhergesehen werden kann und zum anderen aber auch, weil auswärtige Einflüsse hier eine größere Rolle spielen (z.B. das Währungssystem des internationalen Goldstandards) – jedenfalls gilt dies bei Keynes unter »normalen« Bedingungen der Reproduktion.

Der Transmissionsprozess der zentralbankinduzierten monetären Impulse vollzieht sich im wesentlichen über die Bewegung der Geldnachfrage aus dem Spekulationsmotiv. Wir haben jedoch im vorstehenden Unterabschnitt dieses Kapitels herausgestellt, dass – obgleich für Keynes das Vorhandensein des Spekulationsmotivs nachgerade die Bedingung für eine wirksame Offenmarktpolitik der Zentralbank darstellt – diesem Optimismus hinsichtlich der Transmission auf die resultierende Geldmenge nicht gefolgt werden kann, weil aus dem reproduktiven Zirkel des kapitalistischen Reproduktionsprozesses bereits grundlegende und gegenüber der Geldpolitik der Zentralbank »autonome« Einflussfaktoren für die Zinssätze und die Geldmenge bestehen. Zusätzlich ist zu berücksichtigen, dass das von Keynes in diesem Zusammenhang ausgeblendete Geschäftsbankensystem (inkl. sonstiger Finanzintermediäre) keineswegs neutral in diesem Transmissionsprozess geldpolitischer Impulse der Zentralbank ist. Dieses Moment steht unter dem Begriff einer »Endogenisierung der Geldmenge« im Mittelpunkt der monetärkeynesianischen Kritik am »Altmeister«: Auf der Grundlage der Differenzierung des Vermögensbesitzerkalküls – Abwägung zwischen Vermögensertrag und Vermögenssicherung[24] – unterlegen die Monetärkeynesianer dem Zinssatz nicht nur die Keynessche Liquiditätsprämie (l), sondern eine das Vermögensverlustrisiko reflektierende Risikoprämie (u), sodass der Zinssatz auf Geld durch die Summe von l + u fundiert wird (vgl. Herr 1986: 33). Diese Risikoprämie (u) wird nun für Marktakteure, die Bankfunktionen übernehmen, d.h. Vermögenstitel zum Zweck der eigenen Kreditvergabe aufnehmen, bedeutsam und begründet eigenständige Einflussfaktoren für die gesamtwirtschaftliche Geldmenge durch das Agieren des Geschäftsbankensektors:

[24] Vgl. dazu unsere Ausführungen in Kapitel 1 der vorliegenden Abhandlung.

»*Die Trennung von Liquiditäts- und Risikoprämie wird zu einem entscheidenden analytischen Instrument, um eine keynesianische Kreditmarktheorie zu liefern sowie die gesellschaftliche Geldmenge zu endogenisieren. Hat ein Vermögensbesitzer nicht nur die Möglichkeit, Geld oder Forderungstitel zu halten, sondern ist er in der Lage, selbst Kredit zum Zwecke der Geldhaltung und der eigenen Kreditvergabe aufzunehmen, so wird eine Trennung zwischen Risiko- und Liquiditätsprämie analytisch notwendig. Eine Erhöhung der Risikoprämie als Ausdruck eines verschlechterten Zustandes des Vertrauens braucht dann ceteris paribus nämlich nicht mehr zwingend bzw. ausschließlich zur Hortung zu führen, sondern kann eine geringere eigene Kreditaufnahme bewirken. So wird ein Bankier bei steigendem Unsicherheitsniveau des Vermögensrückflusses rücklaufende Kreditvorschüsse nicht (vollständig) aufschatzen, sondern er wird seine eigene Kreditaufnahme reduzieren. Da die Zentralbank ein Kreditgeber des Bankiers ist, verläuft über diese Schiene direkt auch der Ansatz zur Endogenisierung der Geldmenge.*« (Ebd. 34) Endogenisierung der Geldmenge heißt also, dass neben dem Verhalten des »Publikums« im Hinblick auf dessen zinsabhängige Liquiditätsvorliebe und Kassenhaltung (L_2) mit dem Geschäftsbankensystem ein weiterer »Spieler« auf den Plan tritt, dessen Verhalten Marktdaten für die Zentralbank setzt und damit Einfluss auf das gesamtwirtschaftliche Geldangebot nimmt. Geldtheoretisch wird damit einer »naiven« Banking-Theorie der Geldmenge durch die Nicht-Neutralität des Geldes der Boden entzogen.[25]

Damit ist jedoch die monetärkeynesianische Kritik an Keynes' institutioneller Vorgabe des gesamtwirtschaftlichen Geldangebots durch die Zentralbank erschöpft. Geld wird ansonsten als »fiat money« begriffen, welches prinzipiell grenzenlos ge-

---

[25] Die (naive) Quantitätstheorie des Geldes – Gegenpart zur Banking-Theorie der Geldmenge, die wegen des sich aus der kreditvermittelten Geldschöpfung ergebenden Rückflussgesetzes eine (weitgehende) Neutralität des Geldes für die Warenpreise bzw. dessen monetäre Einflussfaktoren unterstellt – hat Keynes zum einen wie gesehen durch die Existenz der vom Zirkulationsvolumen des reproduktiven Kreislaufs unabhängigen Spekulationskasse, zum anderen im 21. Kapitel der »General Theory« kritisiert, indem er der von ihm so genannten »einfachen Quantitätstheorie« des Geldes verschiedene Faktoren im dynamischen Prozess entgegenstellt, die in der Wirklichkeit die behauptete Proportionalitätsbeziehung zwischen Geldmenge und Preisniveau konterkarieren: »*Nachdem wir aber der Tradition durch die Einführung einer hinreichenden Anzahl von vereinfachenden Annahmen Genüge getan haben, um eine Quantitätstheorie des Geldes aufstellen zu können, wollen wir nun die möglichen Komplikationen erwägen, welche die Ereignisse tatsächlich beeinflussen werden: 1. Die wirksame Nachfrage wird sich nicht im genauen Verhältnis zur Geldmenge ändern. 2. Da die Ressourcen nicht homogen sind, werden sich mit der allmählich zunehmenden Beschäftigung abnehmende und nicht konstante Erträge ergeben. 3. Da die Ressourcen nicht gegeneinander austauschbar sind, werden einige Waren einen Zustand unelastischen Angebots erreichen, während gleichzeitig immer noch unbeschäftigte Ressourcen für die Erzeugung anderer Waren verfügbar sind. 4. Die Lohneinheit wird tendenziell steigen, bevor Vollbeschäftigung erreicht worden ist. 5. Die Entlohnungen der in die Grenzkosten eingehenden Faktoren werden sich nicht alle im gleichen Verhältnis ändern.*« (AT: 250)

schöpft werden kann und nur wegen des geldpolitischen Oberziels, das Preisniveau am gesamtwirtschaftlichen Warenmarkt konstant zu halten bzw. innerhalb der als Ziel unterlegten Inflationsrate zu kontrollieren, durch die Zentralbank knapp zu halten ist.[26] Damit bleibt die monetärkeynesianische Kritik an Keynes oberflächlich, denn die Zentralbank bleibt der bestimmende und steuernde Akteur für die gesamtwirtschaftliche Geldmenge, ihre Macht wird nur durch die Berücksichtigung zusätzlicher Marktfaktoren gegenüber denjenigen, die Keynes selbst anführt, etwas weiter relativiert.

Die Gegenposition auf Basis der Marxschen Theorie beruht auf einer anderen Fundamentalauffassung des Geldes als naturwüchsig aus dem Austauschprozess hervorgehendes, die Werteigenschaft der Waren zum Ausdruck bringendes allgemeines Äquivalent, dessen Wertentwicklung die handelnden Akteure (inkl. Zentralbank) ursächlich nicht kontrollieren, sodass die Geldzirkulation in ihrem Kern ein wertregulierter naturwüchsiger Prozess bleibt. Erst auf dieser Grundlage entfaltet sich mit dem Kredit- und Bankensystem sowie der Zentralbank an dessen Spitze eine steuernd-kontrollierende Einflussnahme, die sowohl das Geldmedium – inkonvertibles Zentralbankgeld (sowie dieses Bargeld substituierendes Bankengeld, Depositen) – als auch dessen Bewegung – Geldmenge – betrifft.[27] Leitlinie bleibt somit: »*Es ist aber wichtig,… zunächst die metallische Zirkulation in ihrer einfachsten Bestimmtheit vorauszusetzen, weil sich damit Fluß und Rückfluß, Ausglei-*

[26] Vgl. Herr 1992, 46: »*Geld kann nur sein, was Knappheit aufweist. Knappheit von Geld bedeutet, daß alle Waren sowie Ressourcen durch eine geringere Knappheit gekennzeichnet sind als Geld. Knappheit und die Unmöglichkeit einer warenmäßigen privaten Produktion von Geld sind die Grundanforderungen an ein Medium, das Geldfunktionen übernehmen kann. Geld kann somit von seiner Grundbestimmung keine reproduzierbare Ware sein. Übernahm Gold historisch Geldfunktionen, so ergibt sich die Schwierigkeit nicht dadurch, daß Gold eine Ware ist, sondern wie, warum und wodurch Gold als Ware Geld werden konnte. Gold war ausschließlich wegen seiner Knappheit Geld und gerade nicht wegen seines Warencharakters. Die aktuelle Knappheit eines Vermögensobjektes allein macht dieses noch nicht zu Geld. Die* zukünftige *erwartete Knappheit entscheidet, wie weit ein Medium Geldfunktionen übernehmen kann. Damit spielen auch beim Geld die Erwartungen die entscheidende Rolle. Solange Geld in der Erwartung der ökonomischen Agenten wertstabil ist, gibt es keinen Grund, ein anderes Medium als Geld zu wählen.«* Und: »*Die Grundanforderungen an Geld können von staatlich reguliertem Zentralbankgeld potentiell am besten erfüllt werden. Naturwüchsige Ent- und Verknappungen des Geldes, die bei einem Warengeld immer auftreten können, sind durch Zentralbankgeld ausschaltbar. Die Entkoppelung des Geldes vom Gold, die historisch Schritt für Schritt mit der Entwicklung der modernen Geldwirtschaft realisiert und 1971 mit der Aufkündigung der Goldeinlösepflicht des Dollars abgeschlossen wurde, entbindet jedoch … eine Zentralbank nicht von dem Zwang, dem marktmäßigen Gebot der Knappheit des Geldes zu folgen. In modernen Geldsystemen hat Gold seine symbolische Funktion zur Produktion von Vertrauen in die zukünftige Knappheit des Geldes eingebüßt. An seine Stelle ist ausschließlich die Reputation der notenausgebendenden Zentralbanken sowie der diese beheimatenden Länder getreten.«* (Ebd. 48) Zur grundlegenden Kritik an diesen Fundamentalbestimmungen des Geldes vgl. ausführlich Krüger 2012.

[27] Vgl. Krüger 2012: 59ff. sowie 419ff.

chung von Bilanzen, kurz alle Momente, die im Kreditsystem als bewußt geregelte Verläufe erscheinen, als unabhängig vom Kreditsystem vorhanden darstellen, die Sache in naturwüchsiger Form erscheint, statt in der spätren reflektierten.« (MEW 24: 496) Für die Rolle der Zentralbank heißt dies, dass ihre geldpolitischen Einflussmöglichkeiten und deren Grenzen von der Marktseite her zu betrachten sind, d.h. die sich aus dem Akkumulationsprozess des gesellschaftlichen Gesamtkapitals (sowie dem Einbezug der abgeleiteten gesellschaftlichen Sektoren) ergebenden Bedingungen des Angebots wie der Nachfrage nach Geld der Geldpolitik zugrundezulegen sind. »*Zwar besitzt die Zentralbank das Notenmonopol, aber diese Noten repräsentieren nur das wertvolle allgemeine Äquivalent und werden durch das Gold erst denominiert. Dies gilt auch, wenn diese Noten inkonvertibel sind und darüber hinaus ihr kontemporärer Bezug zum allgemeinen Äquivalent auch im Außenwirtschaftsverkehr suspendiert worden ist. Jeder Aktion der Zentralbank sind die naturwüchsigen Gesetzmäßigkeiten der Geldzirkulation vorausgesetzt, in die sie reflektiert-steuernd eingreift. Unterlegen wir die umgeformte Transaktionsgleichung* $\sum P = M \times v$ *(Preissumme der Waren gleich Geldmenge mal Umlaufgeschwindigkeit, S.K.), so bedeutet dies, dass sowohl die Bestimmung der Geldmenge durch die Summe der zu realisierenden Warenpreise als auch die auf dieser Grundlage rückbezügliche Beeinflussung der Preise durch die Menge inkonvertiblen Repräsentativgeldes bereits marktmäßig determiniert sind, bevor die Zentralbank steuernde geldpolitische Interventionen ausführen kann. Die Steuerungspotenz der Geldpolitik der Zentralbank wächst also erst auf den Marktverhältnissen auf. Die Marktverhältnisse der Geldzirkulation sind dabei … eingebettet in die Verhältnisse der Warenzirkulation und diese wiederum ist wesentlich bestimmt durch die Kapitalzirkulation und Kapitalreproduktion. Die geldpolitische Steuerung erfolgt nicht nur reaktiv gegenüber den Marktkonstellationen, sondern diese Marktkonstellationen sind selbst wieder Ergebnis von tieferliegenden ökonomischen Prozessen, die sich in der Geldzirkulation nur abspiegeln und dem gesamten Finanzsystem den Status eines funktionell abgeleiteten ökonomischen Bereichs zuweisen.«* (Krüger 2012: 419f.) Im Ergebnis ergibt sich aus dieser grundlegend anderen Einordnung der Zentralbank ein qualitativ geringerer Einfluss ihrer geldpolitischen Möglichkeiten in Bezug auf die Regulierung von Zinssätzen und Geldmenge als Keynes (und auch die Monetärkeynesianer) unterstellen.

Es ist demnach durchaus falsch, wenn Keynes davon ausgeht, dass »*der Zinssatz die Bedingungen beherrscht, zu denen Geldmittel laufend angeboten werden«* (AT: 140). Dieser Einfluss des Zinsfußes auf das Geldangebot beschränkt sich allenfalls auf die Liquiditätsvorliebe aus dem Spekulationsmotiv L_2, also den Umfang der Bargeldmenge M_2 sowie die Refinanzierungsnachfrage des Bankensystems bei der Zentralbank für die Kreditgeldzirkulation in Reaktion auf marktbestimmte Geldschöpfungsprozesse der Wertzeichenzirkulation.[28] Damit wird die Geldpoli-

[28] Die Zentralbankgeldmenge besteht hinsichtlich ihrer Entstehung aus zwei funktionell verschiedenen Bestandteilen, die wir als Wertzeichen- und Kreditgeldzirkulation bezeich-

tik der Zentralbank viel stärker durch Marktkonstellationen bestimmt als dass sie diese ihrerseits bestimmen würde; anders formuliert: Die Marktkonstellationen geben vor, wie weit der steuernde Einfluss der Geldpolitik reichen kann. Damit wird zugleich Entscheidendes über den Stellenwert der Geldpolitik im Kanon des Wirtschaftspolitik-Mixes gesagt.[29]

Grenzen der geldpolitischen Steuerung der Volkswirtschaft durch die Zentralbank sieht Keynes für die kurze Frist nur in der Möglichkeit der so genannten Liquiditätsfalle: »*Es gibt die Möglichkeit, … daß, nachdem der Zinssatz auf ein gewisses Niveau gefallen ist, die Liquiditätspräferenz sozusagen absolut werden kann in dem Sinne, daß fast jedermann Kasse dem Besitz einer Finanzanlage zu einem so niedrigen Zinsfuß vorzieht. In diesem Fall hätte die Währungsbehörde die wirksame Kontrolle über den Zinssatz verloren.*« (AT: 174) Dieser Fall besitzt für Keynes nur eine ganz untergeordnete Bedeutung: »es *ist mir bisher kein Beispiel dafür (für die Liquiditätsfalle, S.K.) bekannt*« (ebd.). Er ist aber in jüngerer Zeit brennend aktuell geworden und zwar im Zusammenhang mit einer Deflationssituation an den Warenmärkten, die selbstverstärkende Elemente aufweist und nur schwierig wieder aufzulösen ist.[30] Auch die Politik des »quantitative easing« mehrerer Zentralbanken im Zuge der Finanzmarktkrise und der Schwierigkeiten am Interbanken-Geldmarkt – Abstinenz der Kreditvergabe der Banken untereinander wegen Vertrauens-

---

nen und die unterschiedlichen Zirkulationsgesetzen unterliegen. Die Wertzeichenzirkulation variiert im Wesentlichen mit den bei der Zentralbank gehaltenen Währungsreserven, die im Zuge von Außenwirtschaftstransaktionen auf- und abschwellen, wenn die Zentralbank in diese Transaktionen einbezogen wird. Dieser Bestandteil der Zentralbankgeldmenge bewegt sich unabhängig von Fluktuationen der binnenwirtschaftlichen Geldzirkulation und begründet die prinzipielle Möglichkeit einer monetären Rückwirkung der Geldmenge auf die Warenpreise. Der andere Bestandteil der Zentralbankgeldmenge wird geschaffen durch die (Kredit-)Geschäfte der Geschäftsbanken mit der Zentralbank; er funktioniert nach dem Refluxgesetz, d.h. der automatisch-kurzfristigen Vernichtung geschaffenen Geldes bei Beendigung des unterliegenden Kreditverhältnisses und bildet so einen beständig revolvierenden Fonds. Der geldpolitische Einfluss der Zentralbank auf die Geldmenge bezieht sich nur auf diesen zweiten Teil – von wechselkursorientierten Interventionen am Devisenmarkt, die nichts mit der Binnenzirkulation zu tun haben, abgesehen. Nur mit dieser Kreditgeldzirkulation wird also ein steuernder Einfluss auf die Gesamtgeldmenge ausgeübt. Zielkonforme geldpolitische Interventionen haben ggf. zuerst einmal den Einfluss unerwünschter Markteinflüsse zu konterkarieren (Sterilisationspolitik); vgl. Krüger 2012: 455ff. und 491ff.

[29] Diese andere Bewertung des Stellenwerts der Geldpolitik gegenüber der Keynesschen Auffassung wirft zugleich ein problematisches Bild auf seine Gegenüberstellung von Geld- und Lohnpolitik als alternativen Möglichkeiten zur Flankierung eines befriedigenden Beschäftigungsniveaus; hierauf werden wir in Kapitel 9 der vorliegenden Abhandlung noch ausführlicher zurückkommen.

[30] Das beste Beispiel für eine derartige Konstellation ist die Entwicklung in Japan in den 1990er Jahren. Auch eine kreditfinanzierte, weil in einer derartigen Situation billige Defizitpolitik des Staates, bis hin zur Verteilung kostenloser Konsumgutscheine zur Stimulierung von Nachfrage und Produktion, war nicht sehr erfolgreich bei der Auflösung dieser Deflationssituation.

verlustes im gesamten Bankensystem – besitzt Merkmale dieser geradezu absoluten Vorliebe für Liquidität.

Für Keynes relevanter und lange Zeit die Verhältnisse an den Finanzmärkten prägend ist bzw. war nicht ein niedriger, sondern ein relativ zu hoher bzw. nach unten starrer Zinsfuß namentlich am langfristigen Ende des Marktes (Kapitalmarkt), der auch durch eine Niedrigzinspolitik der Zentralbanken am Geldmarkt nicht nennenswert beeinflussbar ist und die reproduktive Kapitalakkumulation restringiert. Es ist kein Zufall, dass ein derartiger starrer Kapitalmarktzinsfuß mit einer langfristig gesunkenen Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals zusammengeht. Keynes sieht für diese Rigidität des Zinsfußes, der mit den traditionellen Mitteln der Geldpolitik der Zentralbank nicht beizukommen ist, zwei Gründe: einmal die die Differenz zwischen Soll- und Habenzinsen der Banken vergrößernde »*Risikoprämie für (das) besondere moralische Risiko, die der Verleiher über den reinen Zinsfuß hinaus verlangt*« (ebd. 174); zum anderen die Existenz einer selbstständigen Klasse von Geldverleihern oder Rentiers, die im Verhältnis zur langfristig sinkenden Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals einen zu hohen »Bonus« für die Hergabe ihres Geldkapitals verlangen. »*Aber das beständigste und das am wenigsten leicht verschiebbare Element unserer zeitgenössischen Wirtschaft war bis jetzt, und mag sich auch in Zukunft als solches erweisen, der Mindestzinssatz, der der Allgemeinheit der Vermögensbesitzer annehmbar ist. Wenn ein erträgliches Niveau der Beschäftigung einen Zinssatz stark unter den durchschnittlichen Sätzen erfordert, die im neunzehnten Jahrhundert Geltung hatten, ist es sehr fraglich, ob er lediglich durch die Steuerung der Geldmenge erreicht werden kann.*« (Ebd. 261) Es deutet sich mit dieser Aussage an, dass Keynes wenigstens für die langfristige Entwicklungsperspektive der kapitalistischen Akkumulation von der ansonsten unterstellten Omnipotenz der Zentralbank und ihrer Zins- und Geldmengenpolitik abweicht und strukturelle Probleme für den Fortbestand des kapitalistischen Systems sieht. Hierauf ist später ausführlich zurückzukommen.[31]

[31] Vgl. Kapitel 12 und 13 der vorliegenden Abhandlung.

Kapitel 9: Die Theorie der Beschäftigung

a) Stellung und Stellenwert des Arbeitsmarktes bei Keynes

Dominanz von Güter- und Finanzmärkten gegenüber dem Arbeitsmarkt

Im 18. Kapitel der »General Theory« fasst Keynes die zuvor gesondert entwickelten Elemente seines Systems zusammen. Bereits in seinem 3. Kapitel wurde ein Umriss der allgemeinen Theorie der Beschäftigung formuliert, welcher die zentrale Bedeutung der wirksamen Nachfrage heraushob;[1] nunmehr sind auf einer gewissermaßen höheren oder konkreteren Ebene »*die Fäden unserer Beweisführung zusammen(zu)führen«* (AT: 206).

Um sein Gesamtsystem darzustellen, unterscheidet Keynes drei Gruppen von Variablen, nämlich

a) als gegeben vorausgesetzte Faktoren,
b) unabhängige Variable und
c) abhängige Variable.

Zu den *gegebenen Faktoren* werden die Geschicklichkeit der Arbeitskraft und ihre verfügbare Zahl, die bestehende Qualität und Menge der verfügbaren Kapitalausrüstung, die bestehende Technik, Verbrauchergewohnheiten und Konkurrenzverfassung, die Klassenverhältnisse und Einstellungen der Arbeiter *(»disutilitiy of different intensities of labour«,* GT: 245) sowie die konstanten Einflussfaktoren für die Verteilung des Volkseinkommens gezählt (vgl. AT: 205). Zwar gehen auch mit diesen Faktoren Veränderungen vor, jedoch nur in längeren Zeiträumen (vgl. ebd. 207), sodass sie für die hier zu klärenden Fragen außer Acht gelassen werden können, weil sich der Erklärungsanspruch wesentlich auf die kurze Frist bezieht. Die Rubrik der *unabhängigen Variablen* wird gebildet von dem Hang zum Verbrauch, der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals und dem Zinsfuß. Sie sind selbst wieder zusammengesetzte Größen und können daher in die »*endgültig unabhängigen Variablen«* (AT: 206), nämlich (1) die drei grundlegenden psychologischen Gesetze Konsumneigung, Erwartung zukünftiger Erträgnisse aus Sachkapital und Liquiditätsvorliebe, (2) die durch die Tarifparteien fixierte Lohneinheit sowie (3) die durch die Zentralbank bestimmte Geldmenge aufgelöst werden (vgl. ebd.). Die *abhängigen Variablen* sind das Volkseinkommen (in Lohneinheiten gemessen) und die Beschäftigung. Die Gründe ihrer Veränderung gilt es zu untersuchen: »*Unser ge-*

---

[1] Vgl. AT, 22: »*Die Menge der Beschäftigung ist … durch den Schnittpunkt der aggregierten Nachfragefunktion mit der aggregierten Angebotsfunktion gegeben. … Wir werden den Wert D an dem Punkt, an dem die aggregierte Nachfragefunktion sich mit der aggregierten Angebotsfunktion schneidet, die effektive Nachfrage nennen, und da dies der* Kern der allgemeinen Theorie der Beschäftigung *ist, deren Darlegung wir uns zum Ziel gesetzt haben, werden wir uns in den folgenden Kapiteln überwiegend mit der Untersuchung der verschiedenen Faktoren beschäftigen, von denen diese beiden Funktionen abhängen.«*

genwärtiger Zweck ist, festzustellen, was zu jeder Zeit das Volkseinkommen eines gegebenen wirtschaftlichen Systems und (was fast das gleiche ist) die Menge der Beschäftigung bestimmt…« (ebd.). Damit sind die Determinanten des Systems formuliert: »*…wenn wir die oben aufgeführten Faktoren als gegeben voraussetzen«* gilt, dass *»diese veränderlichen Größen (siehe die Punkte 1 bis 3, S.K.) das Volkseinkommen … und die Menge der Beschäftigung bestimmen«* (ebd. 206).

Die Einteilung der vorgenannten Faktoren in gegebene, unabhängige Faktoren ist dabei nach Keynes nicht absolut gültig, sondern eine durch den Erkenntniszweck bestimmte Erfahrungstatsache: »*Die Einteilung (der bestimmenden Größen des wirtschaftlichen Systems in die zwei Gruppen der gegebenen Faktoren und der unabhängigen Variablen, S.K.) muß völlig auf der Grundlage der Erfahrung gemacht werden, so daß sie einerseits den Faktoren entspricht, deren Änderungen so langsam oder so unerheblich erscheinen, daß sie nur einen geringen und verhältnismäßig kurzfristigen Einfluß auf unseren* Fragegegenstand *haben, und andererseits jenen Faktoren, deren Änderungen erfahrungsgemäß einen überwiegenden Einfluß auf unseren* Fragegegenstand *ausüben.«* (Ebd. 208) Dahinter steht letztendlich die Aufgabenstellung der wirtschaftspolitischen Steuerung und Beeinflussung der Entwicklung des gesamten ökonomischen Systems.[2]

Auf der Grundlage der vorgenommenen Differenzierung der für die Analyse maßgebenden Variablen betrachtet Keynes ihr die Beschäftigung bestimmendes Zusammenwirken. Er beginnt die Darstellung mit dem Investitionsverhalten, weil diesem die größte Bedeutung für Änderungen im Umfang der Beschäftigung zukommt. Nehmen die Investitionen zu, wird der Angebotspreis neuer Investitionsgüter steigen und dementsprechend die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals sinken, bis sie in eine »ungefähre Gleichheit mit dem Zinsfuß« gerät. In dieser Situation werden für den einzelnen Unternehmer alternative Anlageformen seines Zusatzkapitals in Finanzprodukten interessant und die Investitionen in Realkapital nehmen ab: »*Das heißt, die physischen Angebotsbedingungen in den Kapitalgüterindustrien, der Stand des Vertrauens bezüglich des voraussichtlichen Ertrages, die psychologische Einstellung zur Liquidität und die Geldmenge (vorzugsweise in Größen der Lohneinheit gerechnet) bestimmen miteinander das Volumen neuer Investitionen.«* (Ebd. 208)

Die Beziehung zwischen Einkommen und Verbrauch ist durch die Konsumneigung, genauer das grundlegende psychologische Gesetz bestimmt, nach dem die Bevölkerung bei einem zunehmenden Einkommen nicht den gesamten Einkommenszuwachs konsumiert, sondern einen wachsenden Teil spart, sodass der Grenzhang zum Verbrauch dC/dY, der die Aufteilung des zuschüssigen Einkommens in Konsum und Ersparnis angibt, kleiner als Eins ist. Die Beziehung zwischen den Veränderungen der Investitionen und des Einkommens ist durch den Investitions-

---

[2] Vgl. ebd.: »*Unsere endgültige Aufgabe könnte die Auswahl jener Variablen sein, die absichtlich von den zentralen Regierungsbehörden des Systems, in dem wir tatsächlich leben, kontrolliert oder gesteuert werden können.«*

multiplikator k (= $\Delta Y/\Delta I$) bestimmt: der durch eine bestimmte Investition induzierte Einkommenszuwachs wird größer sein als die ursprüngliche Investition (k > 1). Diese beiden Vermittlungsglieder – marginale Konsumneigung und Multiplikator – sind notwendig, um die Wirkung einer Investition auf Einkommen, Verbrauch und Beschäftigung zu analysieren. Ein Zuwachs der Investition führt vermittelt über den Investitionsmultiplikator zur Vermehrung des Einkommens und dieses wiederum, vermittelt über die marginale Konsumneigung, zu einer Steigerung des Verbrauchs und gleichzeitig zur Vermehrung der Ersparnis. Damit ist die eine abhängige Variable des Systems, das Volkseinkommen, determiniert. Um die Veränderung der Beschäftigung zu bestimmen, trifft Keynes die Voraussetzung, dass Investitionsmultiplikator und Beschäftigungsmultiplikator gleich seien – unter dieser Bedingung ist über den Zuwachs des Einkommens auch der Zuwachs der Beschäftigung gegeben.

Nun ergeben sich jedoch Rückwirkungen. Mit der Zunahme der Beschäftigung steigt die Liquiditätsvorliebe aus dem Umsatzmotiv, ein größerer Teil der Geldmenge wird für die Ausdehnung der Transaktionskasse gebraucht. Die vermehrte Geldnachfrage geht dabei auf drei Faktoren zurück: steigender Wert der Produktion, steigende Lohneinheit sowie steigende Preise aufgrund steigender Kosten in der kurzen Frist. Bei gleichbleibender Geldmenge bedingt die gestiegene Liquiditätsvorliebe aus dem Umsatzmotiv eine Steigerung des Zinsfußes. Somit ergibt sich im Resultat und vermittelt über das neue Verhältnis zwischen Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals und Zinsfuß eine Rückwirkung auf die Veranlassung zur Investition. Damit schließt sich die Argumentationsfigur.[3]

Die Beschäftigung und das Einkommen werden also in der Keynesschen Theorie aus dem Zusammenwirken zwischen Waren- und Finanzmarkt bestimmt. Mit der Analyse dieses Wirkungszusammenhangs ist der Kern der allgemeinen Theorie der Beschäftigung entwickelt. Diesen beiden »primären« Märkten gegenüber erscheint der Arbeitsmarkt nachgeordnet oder als bloßes Anhängsel. Der funktionelle Zusammenhang der drei Makro-Märkte ist somit um die Analyse des Arbeitsmarktes und seines Einflusses auf die Beschäftigung zu ergänzen. Dabei ist schon vorab deutlich, dass Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt nur vermittelt über die

[3] In dieser einfachen Grundform der Zusammenhänge und Prozessabfolge ähnelt die vorstehend referierte Keynessche Argumentation weitgehend der »klassischen« IS-LM-Argumentation des Lehrbuchs, die wesentlich auf Hicks (Hicks 1937) zurückgeht. Als grundlegende Differenz- und Kritikpunkte bleiben aber neben den gleich näher zu betrachtenden Komplizierungen des »Kerns« der allgemeinen Theorie der Beschäftigung die Bedeutung der systemspezifischen Grundlagen der Geldwirtschaft, der bedeutenden Rolle der Erwartungen bei Keynes sowie der Dynamik des Systems, welche kumulative Prozesse bis hin zum Konjunkturzyklus (vgl. dazu Kapitel 10 der vorliegenden Abhandlung) einschließt – ganz abgesehen von der bei Keynes zusätzlich reflektierten Langfristperspektive. Außerdem hat der Hickssche IS-LM-Keynesianismus der neoklassischen Synthese das Tor geöffnet (vgl. Hansen 1959 sowie Patinkin 1956), die Keynes als bloßen ungleichgewichtigen Spezialfall des neoklassischen Modells vereinnahmt hat.

drei psychologischen Gesetze, genauer: die drei unabhängigen Variablen, ihre Wirkung entfalten können. Eine Veränderung der auf dem Arbeitsmarkt in den Tarifabkommen fixierten Geldlöhne erhält so den Charakter einer Rückwirkung auf das »fertig« entwickelte System, d.h. auf das Verhältnis der »primären« Märkte zueinander und die daraus hervorgehende Bestimmung der Beschäftigung.

Die neoklassische Auffassung über den Geldlohn und ihre Kritik

Keynes hatte die neoklassische Theorie der Beschäftigung, wie bereits in anderem Zusammenhang bemerkt,[4] in zwei Grundpostulaten resümiert: Der Lohn ist gleich dem Grenzertrag der Arbeit und das Gleichgewicht von Reallohn und marginaler Nutzeneinbuße durch Arbeit bestimmt die tatsächliche Menge der Beschäftigung (vgl. AT: 5). Nach diesen Postulaten kann es keinen Zustand unfreiwilliger Arbeitslosigkeit geben, denn diejenigen, die nicht beschäftigt sind, schätzen den Nutzen der arbeitsfreien Zeit höher als den Nutzen des Reallohns, sie wollen also zu dem bestehenden Lohn, der dem Grenzertrag ihrer Arbeit entsprechen würde, nicht arbeiten. In der neoklassischen Theorie wird im Anschluss an das zweite Grundpostulat weiterhin vorausgesetzt, »*daß die Lohnabkommen zwischen den Unternehmern und den Arbeitern den Reallohn bestimmen*« (ebd. 10). Das heißt, dass die Arbeiter durch das Bestehen auf einem Geldlohnsatz den Reallohn und, wegen der ertragsgesetzlichen Produktionsfunktion, den Umfang der Beschäftigung selbst bestimmen. Es liegt somit immer in der Macht der Arbeiter, durch das Akzeptieren eines niedrigeren Geldlohnsatzes den Reallohn soweit zu senken, bis er dem Grenzprodukt der – vermehrten – Beschäftigungsmenge, die der Unternehmer anbieten würde, entspräche.

Aus den Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise hält Keynes dieser Argumentation entgegen, dass mehr Arbeiter zu dem bestehenden Geldlohn arbeiten wollen, als tatsächlich beschäftigt sind (vgl. ebd. 9) und, von theoretisch entscheidender Bedeutung, dass die Arbeiter den Reallohn nicht beeinflussen können: »*Es ist möglich, daß es kein Mittel gibt, durch das die Arbeiterklasse ihren* Real*lohn auf einen gegebenen Betrag kürzen kann, indem sie die* Geld*abkommen mit den Unternehmern ändert.*« (Ebd. 11, Herv. S.K.)

Die neoklassische Lehre beinhaltet somit, dass über die Lohnanpassung eine automatische Tendenz zur Herstellung der Vollbeschäftigung bestünde. Die Nachgiebigkeit der Geldlöhne ist demgemäß die Voraussetzung der sich selbst regulierenden wirtschaftlichen Ordnung. Wenn die Arbeiter bereit wären, eine Kürzung der Geldlöhne hinzunehmen, dann würden die Preise fallen, weil die Kosten sich verminderten. Dadurch werde die Nachfrage gesteigert und aus dieser Erwartung würden die Unternehmer die Produktion und Beschäftigung bis zu dem Punkt vermehren, an dem der Grenzertrag der Arbeit wieder gleich dem gesunkenen Reallohn sei.

Der Fehler dieser Argumentation liegt darin, so Keynes' Kritik, dass sie von den Verhältnissen einer Firma oder Branche ausgeht, dort vorgenommene Geldsen-

[4] Vgl. Kapitel 1 der vorliegenden Abhandlung.

kungen in ihren Wirkungen auf die Produktion analysiert und die sich daraus ergebenden Resultate umstandslos auf die Gesamtwirtschaft überträgt. Der Schluss von einem Industriezweig auf die Gesamtwirtschaft überträgt nämlich stillschweigend die Voraussetzung, dass die gesamte Nachfrage gleich bleibt – ein Umstand, der für die Nachfrage nach den Waren einer Industrie durchaus gelten kann –, und unterlässt es, die Wirkungen einer Geldlohnkürzung auf die gesamte wirksame Nachfrage und daher auf die Gesamtbeschäftigung zu berücksichtigen (vgl. ebd. 218f.). Bei einer Verallgemeinerung ihrer Schlüsse für die Gesamtwirtschaft unterschlägt die neoklassische Theorie also die zentrale Frage, ob die Gesamtnachfrage überhaupt gleichbleibt: »*Denn während niemand die Feststellung bestreiten möchte, daß eine Kürzung der Nominallöhne, die* mit der gleichen aggregierten effektiven Nachfrage wie zuvor begleitet ist, *mit einer Zunahme in der Beschäftigung verbunden sein wird, ist die genaue Frage, auf die es ankommt, ob die Kürzung der Nominallöhne von der gleichen aggregierten effektiven Nachfrage, in Geld gemessen, wie zuvor begleitet sein wird oder nicht, oder zum mindesten von einer aggregierten effektiven Nachfrage, die nicht genau proportional zur Kürzung der Nominallöhne vermindert wurde (das heißt, in Lohneinheiten gemessen etwas größer ist).*« (Ebd. 219)

Tatsächlich verändert aber eine Senkung der Geldlöhne die effektive Nachfrage. Selbst wenn der einzelne Unternehmer von einer Senkung der Geldlöhne eine Ausdehnung der Produktion erwartet und die Beschäftigung entsprechend vermehrt, wird er nur dann einen größeren Gewinn realisieren, wenn die wirksame Nachfrage so ist, dass die vermehrte Produktion auch abgesetzt werden kann. Dies wäre aber nur dann möglich, wenn die marginale Konsumneigung gleich Eins wäre, also das zusätzliche, den zusätzlichen Arbeitskräften zufließende Einkommen ganz verbraucht würde oder wenn die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals im Verhältnis zum Zinsfuß gestiegen wäre, sodass eine durch das Sparen aus dem zusätzlichen Einkommen eingetretene Lücke der wirksamen Nachfrage durch vermehrte Investitionen geschlossen würde. Tritt aber keine dieser Veränderungen ein, so kommt eine durch Geldlohnsenkungen veranlasste Steigerung der Beschäftigung darauf hinaus, dass aus dem gesamtwirtschaftlichen Einkommen in größerem Umfang gespart wird und die zusätzliche Produktion nicht vollständig verkauft werden kann. Das Sparen, welches nicht durch neue Investitionen nachfrageseitig kompensiert wird, führt zu einer Lücke der effektiven Nachfrage, welche einen Verlust aufseiten der Unternehmer hervorruft. Im schließlichen Resultat hätte eine derart induzierte Ausdehnung der Beschäftigung wegen der Differenz zwischen dem zunächst erwarteten und tatsächlich realisierten Einkommen wieder zu einem Absinken der Beschäftigung auf ein niedrigeres Niveau geführt.

Daraus wird ersichtlich, dass das Entscheidungskalkül des Arbeiters – Verhältnis des Reallohns zum Grenznachteil der Arbeit, mit der Maßgabe, dass der Reallohn durch Änderungen des Geldlohns veränderlich sein soll – kein Bestimmungsgrund der Beschäftigung ist, diese vielmehr durch die die Erwägungen des Einzelnen übergreifende gesamtwirtschaftliche wirksame Nachfrage bestimmt ist.

In der kurzen Frist ist die Beschäftigung »*in einer eindeutigen Weise*« (ebd. 220) mit der wirksamen Nachfrage verbunden. Die tatsächliche Wirkung dieses Entscheidungskalküls auf die Beschäftigung reduziert sich damit entscheidend: »*Die Menge der Beschäftigung wird nicht durch die marginale Nutzeneinbuße durch Arbeit, in Reallöhnen ausgedrückt, bestimmt, außer insoweit als das Arbeitsangebot, das zu einem gegebenem Reallohn verfügbar ist, der Menge der Beschäftigung eine* Höchstgrenze *setzt.*« (Ebd. 26)

Über die Nachfrage vermittelte Wirkungen von Geldlohnänderungen auf die Beschäftigung

Die bisherigen Ausführungen haben gezeigt, dass bei gegebenen Werten der drei Grundfunktionen eine Senkung der Geldlöhne keine direkte Wirkung auf die Beschäftigung hat: letztere wird vielmehr, wie im »Kern« der allgemeinen Theorie der Beschäftigung entwickelt, über Änderungen der wirksamen Nachfrage bestimmt. Es gibt aber Rückwirkungen, die von den Geldlohnreduzierungen ausgehen: »*Die Kürzung der Nominallöhne wird somit keine dauerhafte Tendenz haben, die Beschäftigung zu vermehren, ausgenommen durch ihre Rückwirkungen entweder auf die Konsumneigung des Gemeinwesens als Ganzes oder auf die Tabelle der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals oder auf den Zinsfuß. Die Wirkung einer Kürzung der Geldlöhne kann nur durch die Verfolgung ihrer möglichen Wirkungen auf diese drei Faktoren analysiert werden.*« (Ebd. 221)

Wir greifen die drei wichtigsten dieser Rückwirkungen heraus:

(1) Konsumneigung: Nach einer Kürzung der Geldlöhne und der daraus sich ergebenden Senkung der Preise findet eine Neuverteilung der Realeinkommen statt. Die Lohneinkommen sinken am stärksten, von den Unternehmereinkommen findet eine Umverteilung zugunsten der Rentiers statt, die als Bezieher von kontraktbestimmten, festen Einkommen eine Kaufkraftaufwertung erfahren. Weil die marginale Konsumneigung der Rentiers geringer als die der übrigen Mitglieder des Gemeinwesens ist,[5] wird die wahrscheinliche Wirkung der Umverteilung des Einkommens auf den durchschnittlichen Hang zum Verbrauch insgesamt ungünstig sein (vgl. ebd. 221).

(2) Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals: Die Erwartung allmählich fallender Nominallöhne wird wegen der aus ihr hervorgehenden »*Erwartung von Änderungen in den voraussichtlichen Produktionskosten (der Kapitalausrüstung)*« (ebd. 119) die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals vermindern, weil die »*Produktion mittels heute produzierter Ausrüstung … während ihrer Lebensdauer mit der Produktion späterer … erzeugter Ausrüstung (zu) konkurrieren (haben wird)*« (ebd.). Wenn dagegen nach einer stattgehabten Kürzung der Geldlöhne ihr zukünftiges Steigen erwartet wird, steigt die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals wieder. Wir kommen hierauf gleich ausführlicher zurück.

---

[5] Dies gilt natürlich nur, wenn es eine distinkte Rentiersklasse gibt, deren Durchschnittseinkommen höher als das der anderen Klassen ist.

(3) Zinsfuß: Die Verminderung der Geldlöhne und Preise senkt die Vorliebe für Liquidität aus dem Umsatzmotiv, der Umfang der Transaktionskasse vermindert sich und somit sinkt ceteris paribus der Zinsfuß. Daraus ergibt sich bei gegebener Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals eine positive Wirkung auf Investitionen und Beschäftigung. Keynes differenziert hier weiter: Eine nur geringfügige Senkung der Geldlöhne hätte eine nur geringfügige Wirkung auf die langfristigen Zinssätze, wenn ein zukünftiges Steigen der Löhne erwartet wird; hingegen könnte eine erhebliche Senkung der Geldlöhne das Vertrauen in die wirtschaftliche und politische Stabilität gefährden, sodass infolge steigender Unsicherheit über die Zukunft die Liquiditätsvorliebe anstiege und die Freisetzung von Bargeld aus der Transaktionskasse durch Aufbau von Vorsichtskasse überkompensiert wird.

Zusammengefasst ergibt sich also, dass Geldlohnsenkungen die wirksame Nachfrage verändern; aus ihren Rückwirkungen auf die drei Grundfunktionen gehen günstige Wirkungen auf die Beschäftigung nur von einer Steigerung der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals oder einer Senkung des Zinsfußes aus.[6] Diese beiden Rückwirkungen sollen genauer betrachtet werden sowie die daraus abzuleitenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen und Mittel.

Es zeigt sich schon an dieser Stelle, dass eine Störung im Verhältnis zwischen dem gesamtwirtschaftlichen Warenmarkt und dem Finanzmarkt eintreten kann, die ihre Ursache in der Bewegung der Geldlöhne besitzt. Die Erwartung zukünftig steigender Geldlöhne nach ihrer vorgängigen Kürzung wird zwar die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals steigern, zugleich aber auch den Zinsfuß für längerfristige Anleihen wegen der steigenden Vorliebe für Liquidität aus dem Umsatzmotiv erhöhen. Es wäre daher möglich, dass die Wirkung auf die Investitionen gering ist. Die Erwartung allmählich fallender Geldlöhne verschlechtert die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals und somit die Veranlassung zur Investition; andererseits senkt sie den Zinsfuß und trägt auf diese Weise zur Verbesserung der Investitionsneigung bei. Die Erwartungen für die Zukunft, welche durch Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt ausgelöst werden, sind somit einander entgegengesetzt; es gehen von ihnen widersprüchliche Wirkungen auf die Veranlassung zur Investition aus, die bis zu einer Blockade neuer Investitionen gehen können.

Betrachten wir die Rückwirkungen der Geldlohnänderungen auf die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals genauer: »*Die für eine Zunahme der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals günstigste Möglichkeit ist jene, in der angenommen wird, daß die Nominallöhne den Tiefpunkt berührt haben, so daß erwartet wird, daß weitere*

---

[6] Dies alles gilt unter der Voraussetzung des Absehens von außenwirtschaftlichen Einflüssen: »*Wenn wir daher unsere Beweisführung auf den Fall eines geschlossenen Systems beschränken und voraussetzen, daß von den Rückwirkungen der neuen Verteilung des Realeinkommens auf die Ausgabenneigung des Gemeinwesens nichts zu erhoffen, eher vielleicht etwas zu befürchten ist, so folgt, daß wir jegliche Hoffnungen auf günstige Folgen für die Beschäftigung von einer Kürzung der Nominallöhne hauptsächlich auf eine Verbesserung in der Investition als Folge entweder einer vermehrten Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals … oder eines verminderten Zinsfußes … setzen müssen.*« (Ebd. 223)

Änderungen in der Richtung nach oben gehen werden. Die ungünstigste Möglichkeit ist jene, in der die Nominallöhne langsam sinken und jede Lohnkürzung dazu beiträgt, das Vertrauen in die voraussichtliche Aufrechterhaltung der Löhne zu vermindern. Wenn wir in einen Zeitabschnitt einer abnehmenden effektiven Nachfrage eintreten, würde eine plötzliche kräftige Kürzung der Nominallöhne auf ein so niedriges Niveau, daß niemand an seine unbegrenzte Dauer glauben würde, das für eine Zunahme der wirksamen Nachfrage günstigste Ergebnis sein.« (Ebd. 224) Der für eine Steigerung der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals günstigste Fall tritt also ein, wenn die Löhne ihren Tiefststand erreicht haben und nur noch ihre Zunahme erwartet wird. Diese Konstellation wird zu einer Zunahme der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals führen, weil erstens die Preise und mit ihnen die Gewinne wegen der erwarteten Zunahme der Nachfrage steigen werden, zweitens die Ersatzkosten der dauerhaften Kapitalausrüstung geringer sind als sie zukünftig sein werden und drittens das Vertrauen in die Zukunft gestärkt ist, weil keine sozialen Unruhen wegen zu geringer Löhne zu befürchten sein werden.

Die Geldlöhne auf ihren Tiefststand zu senken, setzt jedoch Lohnkürzungen voraus, die in einem freien Lohn- bzw. Tarifsystem politisch nicht durchführbar sind, denn es gibt zum einen kein Mittel, eine »*einheitliche Lohnkürzung für jede Klasse von Arbeit zu erreichen«* (ebd. 226), und zum anderen würde die Ungleichzeitigkeit des Anpassungsprozesses zu erheblichen sozialen Ungerechtigkeiten führen.[7] Würde dennoch eine solche Lohnkürzung durchzusetzen versucht, so entstünde ein Widerstand der Arbeiter und politische Unruhe.[8] Es kann Keynes zufolge somit nur ein »*ungerechter Mensch sein, der eine flexible Lohnpolitik einer flexiblen Geldpolitik vorziehen würde«* (ebd.).

Der für eine Steigerung der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals ungünstigste Fall ist in der Depression unter dem Druck zunehmender Arbeitslosigkeit bei allmählich fortgesetzt sinkenden Geldlöhnen gegeben. Es stellt sich hier die Frage, wie in dieser Situation die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals erhöht werden kann, absolut oder relativ zum Zinsfuß, um die Unterbeschäftigung zu überwinden. Dabei ist zu untersuchen, wie der Zusammenhang zwischen dem reproduktiven Kreislauf und dem Finanzmarkt bei Keynes aufgenommen wird. Betrachten wir dafür zunächst die Wirkungen, die von den Geldlohnänderungen auf die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals ausgehen, also die Verhältnisse innerhalb des reproduktiven Zirkels. In der Depression führen die aufgrund steigender Arbeitslosigkeit sinkenden Geldlöhne zu einer Blockierung von Neuinvestitionen. Die Ursache dieses Umstandes liegt in der Wirkung von Geldlohnsenkungen auf die Produktion dau-

---

[7] Die Geldlöhne der Arbeiterklasse würden sich im Verhältnis zu den fest kontrahierten Einkommen im unterstellten Fall massiv verschieben und zwar sowohl nominal wie real.

[8] Auch 76 Jahre nach Niederschrift dieser Gedanken durch Keynes ist dieser Fall höchst aktuell, wie man am Beispiel des von Finanzmärkten und ihren Helfershelfern bei Europäischer Union und Internationalem Währungsfonds in den Würgegriff genommener Euro-Staaten – Griechenland und die anderen so genannten Peripherie-Länder der Euro-Zone – anschaulich studieren kann.

erhafter Kapitalausrüstung. Wenn eine fortdauernde Senkung der Geldlöhne erwartet wird, dann werden zukünftig produzierte dauerhafte Investitionsgüter im Verhältnis zu denen aus der gegenwärtigen Produktion billiger sein, weil die Kosten ihrer Produktion geringer sein werden. Daraus folgt, dass im Fall einer neuen Investition die unter den gegenwärtigen Bedingungen produzierte Warenmenge einen höheren Preis besitzt als jene, die mit den später erzeugten Produktionsmitteln hergestellt werden wird. Beide Warenmassen werden wegen der Dauerhaftigkeit der Ausrüstung in Konkurrenz zueinander treten, wobei die unter den zukünftigen Bedingungen erzeugte Ausrüstung Wettbewerbsvorteile besitzt. Daher wird das Angebot dieser Waren zukünftig steigen mit der Folge, dass der Gewinn der gegenwärtigen Produktion sinkt. Die Erwartung allmählich sinkender Geldlöhne wirkt also vermittelt über die Produktion der Ausrüstungsgüter auf die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals ein; und zwar sowohl auf den Nenner dieser Verwertungsrate, denn die Ersatzkosten zukünftig produzierter Anlagegüter werden geringer sein als die gegenwärtig produzierter, als auch auf den Zähler, denn der erwartete Gewinn aus zukünftigen Investitionen wird größer sein als derjenige aus gegenwärtig vorgenommener Investitionen. Das allmähliche Sinken der Geldlöhne gibt also den Unternehmern Anlass, im Falle einer Neuinvestition eine Verminderung des Gewinns aus derselben zu erwarten, denn die gegenwärtige Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals wird niedriger im Verhältnis zur zukünftigen eingeschätzt. Dieser Umstand blockiert die Investition. In Marxschen Termini ausgedrückt bedeutet der beschriebene Fall, dass die Erwartung einer dergestalt sinkenden Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals oder erwarteten niedrigeren Profitrate auf neuanzulegendes Kapital eine nicht abgeschlossene Phase der »Bereinigung« oder Re-Proportionierung des gesamtwirtschaftlichen (fixen) Kapitals anzeigt. Eine unter diesen Bedingungen vorgenommene Neuanlage von Kapital würde notwendigerweise sofort eine Entwertung erfahren. Die Erwartungen kehren sich erst um, wenn die Geldlöhne den Tiefststand erreicht haben. Die Erwartung wieder steigender Gewinne verbessert die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals und hebt die Blockade der Investitionen auf. Aus dieser Betrachtung des Zusammenhangs zwischen Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals und Zinsfuß folgt für Keynes die politische Empfehlung, dass es zweckmäßiger ist, »*eine starre Nominallohnpolitik anzustreben als eine flexible Politik, die in mäßigen Stufen auf Änderungen der Arbeitslosigkeit reagiert*« (ebd. 224). Diese Empfehlung stimmt mit seiner Analyse des Zinsfußes überein. Letzterer sinkt sowohl, wenn bei einer gleichbleibenden Geldmenge die Lohneinheit verkürzt wird, als auch dann, wenn bei einer gleichbleibenden Geldlohneinheit die Geldmenge vermehrt wird. In beiden Fällen gibt der gesunkene Zinsfuß Veranlassung zu vermehrter Investition. »*Wir können daher, wenigstens theoretisch, genau die gleichen Wirkungen auf den Zinsfuß durch eine Kürzung der Löhne ohne Änderung der Geldmenge erzeugen, wie durch eine Vermehrung der Geldmenge ohne Änderung des Lohnniveaus.*« (Ebd. 225)

Es zeigt sich im Ergebnis, betrachtet man das Verhältnis zwischen dem Arbeitsmarkt einerseits und den beiden »primären« Märkten, d.h. Güter- und Finanzmarkt

andererseits, dass dem ersteren doch eine größere Bedeutung zukommt als die eines bloßen Anhängsels. Die Blockade der Kapitalakkumulation resultiert aus einer spezifischen Konstellation zwischen Güter- und Finanzmärkten, ihre Ursache liegt jedoch auch in den Verhältnissen am gesamtwirtschaftlichen Arbeitsmarkt. Es zeigt sich hier ein ursächlicher Zusammenhang zwischen den beiden Märkten des reproduktiven Sektors und der Abschwächung der Akkumulation, denn die Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt, ausgedrückt in Geldlohnsenkungen, schaffen die Blockade über Bewegungen der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals und des Zinsfußes, die in ihrer Wirkung auf die Veranlassung zur Investition genau entgegengerichtet sind.

Eine einmal eingetretene Blockade der Kapitalakkumulation kann nicht im Verhältnis zwischen Arbeits- und Gütermarkt gelöst werden; sie wird umgekehrt kurzfristig nur verschlimmert. Die Lösung, welche Keynes anbietet, kommt vom Finanzmarkt: Weil die an den Geldlohn gebundenen günstigen Bedingungen für die Steigerung der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals politisch nicht durchsetzbar sind, muss das Ergebnis auf anderem Wege erreicht werden, nämlich durch eine Vermehrung der Geldmenge. An die Stelle einer direkten Steigerung der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals tritt eine Verbesserung relativ zum Zinsfuß. Ein starrer Nominallohn hat unter den Bedingungen der zyklischen Abspannung oder gar Depression die beste Wirkung auf die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals, weil er sie nicht weiter verschlechtert. Die mit einem starren Geldlohn vereinbare Methode zur Senkung des Zinsfußes ist die Ausdehnung der Geldmenge (durch Offenmarktpolitk). Ob nun die Geldmenge, in Lohneinheiten gemessen, steigt, wenn die Geldlöhne sinken, oder umgekehrt die Geldmenge in gleichbleibenden Lohneinheiten gemessen steigt, das Ergebnis ist das gleiche: Die Geldmenge ist verglichen mit dem vorangegangenen Zeitraum gestiegen, oder anders, die Lohneinheit ist im Verhältnis zur Geldmenge gesunken.

Damit ist die Dominanz von Güter- und Finanzmarkt wieder hergestellt. Über die Geldpolitik wird also die Blockade der Kapitalakkumulation aufgelöst. Für Keynes ergeben sich daraus alternative Mittel zur Verbesserung der Neigung zur Investition: »*Während eine flexible Lohnpolitik und eine flexible Geldpolitik analytisch auf das gleiche hinauskommen, insofern sie alternative Mittel sind, die Geldmenge in Lohneinheiten zu ändern, besteht natürlich in anderen Beziehungen ein ungeheurer Unterschied zwischen ihnen.*« (Ebd.) Dieser »ungeheure Unterschied« reduziert sich jedoch vorderhand auf einen politischen Grund, nicht auf eine qualitative Differenz der ökonomischen Faktoren und Folgewirkungen. Es kommt hinzu, dass die Instrumente der Geldpolitik durch die Existenz der Zentralbank bereits vorhanden sind und nicht, wie allgemeine Geldlohnsenkungen, erst politisch erzwungen werden müssten.[9]

---

[9] Vgl. AT, 226: »*Von einer sozialistischen Gesellschaft abgesehen, in der die Lohnpolitik durch Verordnung festgesetzt wird, gibt es kein Mittel, um einheitliche Lohnsenkungen für jede Klasse von Arbeit zu erreichen. Das Ergebnis kann nur durch eine Reihe allmäh-*

Restriktionen für die Beschäftigungswirkungen expansiver Geldpolitik – Komplizierung des Kerns der allgemeinen Theorie der Beschäftigung

Obgleich die Geldpolitik ein geeignetes Mittel ist, eine Blockade der Kapitalakkumulation zu überwinden, ist sie dennoch kein Allheilmittel, sondern Einschränkungen unterworfen. Es besteht kein Grund für die Annahme, dass »*eine flexible Lohnpolitik einen Zustand dauernder Vollbeschäftigung aufrecht zu erhalten vermag; – so wenig wie für die Annahme, daß eine Offenmarktpolitik für sich allein fähig ist, dieses Ergebnis zu erzielen. Die wirtschaftliche Ordnung kann auf diesen Wegen nicht zur Selbststeuerung gebracht werden.*« (Ebd.) Die aus einer zu starken oder zu geringen Vermehrung der Geldmenge entstehenden Grenzen wurden bereits dargestellt; die allgemeine Grenze der Geldpolitik besteht in ihrer Wirkung auf die wirksame Nachfrage, die erstens direkt erfolgt, als geldmengeninduzierte Nachfrageänderung, und zweitens indirekt, durch die Wirkung auf den Zinsfuß. Der Beschäftigungseffekt einer gestiegenen Geldmenge wird zum einen durch den Umfang der tatsächlichen Nachfragesteigerung begrenzt, zum anderen, in der langen Frist, durch eine Starrheit des Zinsfußes nach unten. Nachfolgend soll der erste Aspekt behandelt werden.[10]

Eine Vermehrung der Geldmenge ist zunächst zu behandeln wie jede andere Steigerung der wirksamen Nachfrage. Keynes setzt in erster Instanz voraus, dass die gesamte wirksame Nachfrage »*einer eindeutigen Verteilung zwischen den verschiedenen Branchen entspricht*« (AT: 238), mithin die für jeden Industriezweig wirksame Nachfrage gegeben und somit die Menge seiner Beschäftigung determiniert ist. Die von einer Zunahme der effektiven Nachfrage ausgehende Beschäftigungswirkung hängt dann von den spezifischen Produktionsbedingungen des jeweiligen Industriezweiges ab, der Elastizität der Produktion und des erwarteten Preises. Wenn die Elastizität der Produktion hoch ist, wird eine Zunahme der wirksamen Nachfrage die Produktion und Beschäftigung vermehren und die Preissteigerungen werden gering sein. (vgl. ebd. 240f.) Umgekehrt, umgekehrt.[11]

---

licher, unregelmäßiger Änderungen herbeigeführt werden, die nach keinem Maßstab sozialer Gerechtigkeit oder wirtschaftlicher Ratsamkeit gerechtfertigt sind, und wahrscheinlich nur nach unwirtschaftlichen und verhängnisvollen Kämpfen vollbracht werden können, in denen jene, welche die schwächste Verhandlungsposition haben, verhältnismäßig am meisten leiden werden. Andererseits liegt eine Änderung in der Geldmenge durch Offenmarktpolitik oder entsprechende Maßnahmen bereits jetzt in der Macht der meisten Regierungen.« Diese Sätze lesen sich – um bei britischen Verhältnissen zu bleiben – wie eine vorweggenommene Kritik an der Wirtschaftspolitik der Thatcher-Regierungen in den 1980er Jahren, durch die neben den Trade Unions auch ein Großteil der britischen Industrie unwiderbringlich auf der Strecke geblieben ist.

[10] Der zweite Umstand wird uns in Kapitel 12 der vorliegenden Abhandlung beschäftigen.

[11] Im ersten Unterpunkt des 20. Kapitels der »General Theory« (vgl. AT: 237-242) geht Keynes von einer gegebenen Nachfrage aus und ihrer einzigartigen Verteilung zwischen den verschiedenen Branchen. D.h. eine Zunahme der wirksamen Nachfrage verteilt sich pro-

Diese Voraussetzung bezüglich der Verteilung der wirksamen Nachfrage kann jedoch nicht aufrechterhalten werden, denn erstens werden mit steigenden Ausgaben die Individuen ihre Präferenzen ändern, einige Waren werden stärker als andere nachgefragt werden und dementsprechend werden zweitens die Preise verschiedener Waren unterschiedlich reagieren. »*Je nachdem, wie sich nach unserer Annahme die Zunahme der Gesamtnachfrage unter verschiedene Waren aufteilen wird, kann die Menge der Beschäftigung beträchtlich beeinflußt werden. Wenn die vermehrte Nachfrage sich zum Beispiel großenteils auf Erzeugnisse mit einer großen Elastizität der Beschäftigung richtet, wird die Gesamtzunahme der Beschäftigung größer sein, als wenn sie sich großenteils auf Erzeugnisse mit einer geringen Elastizität der Beschäftigung richtet.*« (Ebd. 242) Diese beiden komplizierenden Umstände bestimmen zusammen mit der Höhe der Nachfragesteigerung den Beschäftigungseffekt.[12]

Für die kurze Frist sind die Richtung der zusätzlichen Nachfrage und die Umstrukturierung einer gegebenen Nachfrage bestimmend für die Beschäftigungswirkung. Keynes geht von einer Stufigkeit des gesamtwirtschaftlichen Produktionsprozesses aus, nach der Investitionsgüter den kürzeren und Lohngüter den längeren Zeitablauf der Erzeugung haben.[13] Das Angebot an Lohngütern kann kurzfristig nicht stark vermehrt werden. Die Elastizität der Beschäftigung ist demnach in den Investitionsgüterindustrien höher als in den Verbrauchsgüterindustrien. Wenn eine Zunahme in der Nachfrage in der Hauptsache auf die letzteren gerichtet ist, wird die Beschäftigungszunahme geringer sein, als wenn sie auf erstere bezogen ist.

Kommen wir nun weiter zur Betrachtung des Zusammenhangs zwischen Geldlöhnen, Preisen und Beschäftigung. Entgegen der einfachen Quantitätstheorie des Geldes, nach der unter den Voraussetzungen – gleichartige und austauschbare unbeschäftigte Ressourcen sowie gleichbleibende Geldlöhne bei Unterbeschäftigung – die These formuliert wird, dass bei einer Zunahme der Geldmenge die Beschäftigung zunimmt, solange Arbeitslosigkeit besteht, und dass die Preise im gleichen Verhältnis steigen, wenn Vollbeschäftigung eingetreten ist, geht Keynes von einem gleichzeitigen Wachsen der Beschäftigung und der Preise aus: »*Statt konstanter Preise in Situationen der Arbeitslosigkeit und proportional zur Geldmenge stei-*

---

portional auf alle Industriezweige. Dieses Ausgangsarrangement wird im nächsten Schritt zurückgenommen.

[12] Dies bedeutet, dass die Darstellung im 18. Kapitel der »General Theory« nur eine erste Annäherung war, d.h. die Darstellung des »Kerns« der Beschäftigungstheorie, der durch weitere Momente zu konkretisieren ist.

[13] Vgl. ebd. 243: »*In diesem besonderen Zusammenhang liegt für mich die Hauptbedeutung des Begriffes der Produktionsperiode. Ich würde vorziehen zu sagen, daß ein Erzeugnis eine Produktionsperiode n hat, wenn bei Änderungen der Nachfrage n Zeiteinheiten der Vorankündigung (time-units of notice of changes) erforderlich sind, damit ihre höchste Elastizität der Beschäftigung erreicht wird. Es ist offensichtlich, daß Konsumgüter, in ihrer Gesamtheit genommen, in diesem Sinne die längste Produktionsperiode haben, da sie von jedem Produktionsprozeß die letzte Stufe darstellen.*«

gender Preise in Situationen der Vollbeschäftigung haben wir … tatsächlich eine Situation, in der die Preise allmählich mit der Zunahme der Beschäftigung steigen.« (Ebd. 251) Damit wird bereits deutlich, dass eine Vermehrung der Geldmenge keine Steigerung der Beschäftigung in gleichem Grade hervorbringen kann. Es ist daher genauer zu betrachten, wie eine Vermehrung der Geldmenge die wirksame Nachfrage beeinflusst. Keynes formuliert mehrere »*Komplikationen«* (ebd. 250), von denen wir vorliegend zwei behandeln.

Die Hauptwirkung einer vermehrten Geldmenge auf die Nachfrage werde, so Keynes, durch ihren Einfluss auf den Zinsfuß ausgeübt. Die Zunahme der wirksamen Nachfrage kann dann aus den drei Faktoren: Liquiditätspräferenz, Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals und Multiplikator abgeleitet werden. Die ersten beiden Faktoren bestimmen, zusammen mit der Geldmenge, die Investition und über den Multiplikator wird schließlich die Zunahme der gesamten wirksamen Nachfrage determiniert. Allerdings gibt es weitere Rückwirkungen, die die Verhältnisse verkomplizieren, denn die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals wird zum Teil von den Erwartungen über die zukünftige Geldpolitik bestimmt und der Multiplikator hängt von der Verteilung der zusätzlichen Einkommen unter die verschiedenen Klassen ab. Ferner ändert sich bei zunehmender Geldmenge die Vorliebe für Liquidität. Es zeigt sich somit, dass keine proportionelle Veränderung von Geldmenge und Nachfrage stattfinden muss. Der hier dargestellte Zusammenhang bildet eine Grenze der Beschäftigungswirkungen von Geldmengenveränderungen.

Wenn die Ressourcen nicht gegeneinander austauschbar sind, dann wird eine geldmengeninduzierte Nachfragesteigerung die Produktion in allen Industriezweigen anreizen, bis in einigen von ihnen Kapazitätsgrenzen (»Flaschenhälse«) sichtbar werden, sodass die Preise steigen, bis die Nachfrage in andere Industriezweige abgelenkt wird (vgl. ebd. 254). Wird ein längerer Zeitraum betrachtet, so finden Anpassungsprozesse durch Vermehrung der Kapitalausrüstung statt und die Elastizität der Produktion steigt.

Das Preisniveau hängt also ab von der Zunahme der wirksamen Nachfrage, welche durch eine vermehrte Geldmenge hervorgerufen wird, von der Verteilung derselben auf verschiedene Industriezweige, von den spezifischen Produktionsbedingungen und von dem Stand der Beschäftigung. Damit hat Keynes die programmatische Formulierung des 3. Kapitels der »General Theory« eingeholt, dass die Theorie der Preise »*ein unserer allgemeinen Theorie untergeordneter Gegenstand«* (ebd. 27) ist.

Geldlohn und Reallohn

Keynes hatte der neoklassischen Theorie entgegengehalten, dass die von ihr behauptete Regulierung des Reallohns durch den Geldlohn nicht mit der Wirklichkeit übereinstimme. Er formuliert demgegenüber die These einer entgegengerichteten Variation von Geld- und Reallohn: »*Handelt es sich … um eine Änderung des allgemeinen Lohnniveaus, wird man meiner Ansicht nach finden, daß die Änderung der Reallöhne, welche mit einer Änderung der Nominallöhne verbunden*

ist, weit davon entfernt, die gleiche Richtung einzuschlagen, fast immer in entgegengesetzter Richtung verlaufen wird. Das heißt, man wird finden, wenn die Nominallöhne steigen, die Reallöhne sinken, und daß, wenn die Nominallöhne fallen, die Reallöhne steigen.« (Ebd. 8f.)

Der letztere Fall bezeichnet die Bewegung im Abschwung und der Depression. Zunehmende Arbeitslosigkeit wird einen Druck auf die Geldlöhne zum Fallen ausüben, zugleich steigt der Grenzertrag der Arbeit bei sinkender Beschäftigung. Mithin steigt der Reallohn, wenn ein ertragsgesetzlicher Verlauf der Produktionsfunktion unterstellt wird. Umgekehrt bei steigender Nachfrage nach Arbeit: Die zunehmende Beschäftigung führt zum Steigen der Geldlöhne und der Reallohn fällt wegen eines sinkenden Grenzertrages der Arbeit. Oder kreislauftheoretisch betrachtet: Eine steigende wirksame Nachfrage führt zu Preissteigerungen und zum Ansteigen der Geldlöhne (vgl. ebd. 254), jedoch steigen diese langsamer als jene wegen der Umwegigkeit der Produktion. Die steigende Nachfrage nach Konsumgütern trifft auf kurzfristige Kapazitätsschranken, welche Preiserhöhungen hervorrufen.

Das Verhalten der Arbeiter zeigt ferner, dass ihr Verlangen »*innerhalb gewisser Grenzen auf einen Mindestnominallohn und nicht auf einen Mindestreallohn*« (ebd. 7) geht. Einer Senkung der Geldlöhne wird größerer Widerstand entgegengesetzt als einer Senkung der Reallöhne, welche sich als Resultat steigender Preise und konstanter Geldlöhne ergibt (vgl. ebd. 223). Dies ist dann auch das Ergebnis der von Keynes vorgeschlagenen Geldpolitik, weil eine geldmengeninduzierte Nachfragesteigerung die Preise der Lohngüter schneller steigen lässt als die Geldlöhne. Daraus folgt, dass die Arbeiter über kein Mittel verfügen, den Reallohn zu regulieren. Keynes wollte zeigen, dass nicht der Geldlohn den Reallohn bestimmt, sondern »*daß es in erster Linie gewisse andere Kräfte sind, die das allgemeine Niveau der Reallöhne bestimmen*« (ebd. 12). Damit zeigt sich, dass der Reallohn in einem umfassenden Sinne das Ergebnis eines bestimmten Standes der wirksamen Nachfrage ist.

Der Umfang der wirksamen Nachfrage ist durch die drei Grundfunktionen – Konsumneigung, Veranlassung zur Investition, Vorliebe für Liquidität – bestimmt. Er determiniert seinerseits das Einkommen und die Beschäftigung des Gemeinwesens. Eine Zunahme der Nachfrage wird zu einer Steigerung der Beschäftigung führen. Die Produktionsbedingungen der verschiedenen Industrien oder Elastizitäten der Produktion und eine sich verändernde Verteilung der wirksamen Nachfrage gehen in die Fixierung des Beschäftigungsniveaus bestimmend ein. Das Ansteigen der Beschäftigung wird von einer Zunahme der Geldlöhne und von einem gleichzeitigen Steigen der Preise begleitet sein; beide bestimmen unter sich die Höhe des Reallohns. Diese Grundstruktur des Wirkungszusammenhangs wird durch die Rückwirkungen einer Geldlohnänderung und einer Zunahme der Geldmenge auf die drei Grundfunktionen, daher auf die wirksame Nachfrage, kompliziert. Die »gewissen anderen Kräfte« sind also: erstens die wirksame Nachfrage, aus dieser leitet sich zweitens ein bestimmtes Niveau der Beschäftigung ab, beide zusammen bestimmen drittens das Preisniveau. Der Reallohn ist mithin Resultat aller bisher entwickelten Verhältnisse, d.h. die letztlich resultierende Variable des Gesamtsystems.

b) Stellenwert des Arbeitsmarktes im Marxschen System

Wert der Arbeitskraft und Mehrwertrate

Die vorstehende Darstellung der Keynesschen allgemeinen Theorie der Beschäftigung hat gezeigt, dass obwohl er den beiden Märkten innerhalb des reproduktiven Zirkels des kapitalistischen Reproduktionsprozesses, Waren- und Arbeitsmarkt, einen deutlich unterschiedlichen Stellenwert hinsichtlich der regulierenden Funktion für den gesamtwirtschaftlichen Funktionszusammenhang zuweist, der Arbeitsmarkt dennoch nicht als bloßer »Appendix« der beiden »primären« Märkte des Gesamtsystems figuriert. Denn die auf dem Arbeitsmarkt festgesetzten Geldlöhne spielen keine bloß untergeordnete Rolle innerhalb der ökonomischen Variablen, sondern beeinflussen als Kostengrößen die Bewegungen der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals mit. Jedoch erfolgt die Keynessche Analyse im Hinblick auf die Theorie der Beschäftigung stets von den oberflächlichen Gestaltungen des kapitalistischen Gesamtprozesses aus, an denen sich die Bewegung des Gesamtsystems immer schon als Resultante interdependenter ökonomischer Variablen präsentiert, ohne dass von vornherein die innere Struktur dieses komplexen Wirkungszusammenhangs offenbar wäre. Diesem Zugriff der Keynesschen Betrachtung ist derjenige von Marx im Hinblick auf die »Theorie der Beschäftigung« direkt entgegengesetzt.

Eine grundlegende Bestimmung der Marxschen Theorie der Beschäftigung ist der Warencharakter der Arbeitskraft. Dieser Warencharakter der Arbeitskraft ist konstitutiv für die kapitalistische Produktionsweise bzw. die Darstellung ihrer Arbeitsprodukte als Waren, jener für die kapitalistische Produktionsweise typischen Erscheinungsweise des gesellschaftlichen Reichtums.[14] Der Wert der Ware Arbeitskraft ist ganz wie der Wert aller anderen Waren durch die zu ihrer Reproduktion notwendige Arbeitszeit bestimmt: Zur Erhaltung und Wiederherstellung der Arbeitskraft bzw. des Arbeiters selbst ist eine bestimmte Menge an Konsumtionsmitteln nötig, deren Wert daher denjenigen der Arbeitskraft bestimmt. Der stoffliche Umfang der Lebensmittel oder »Lohngüter«, die in die Konsumtion des Arbeiters

[14] Charakteristikum der kapitalistischen Produktionsweise ist nach Marx bekanntlich die Allgemeinheit der Warenform des Produkts. Dieser gesamtgesellschaftlich herrschende Charakter des Produkts als Ware ist daran gebunden, dass die Arbeitskraft selbst zur Ware wird, dass also der Antagonismus zwischen Lohnarbeit und Kapital das herrschende Produktionsverhältnis darstellt. Wird der Warencharakter der Arbeitskraft überwunden – Dekommodifizierung der Arbeitskraft –, die Allokation der Arbeitsprodukte jedoch weiterhin durch Warenform und Markt vermittelt, bedarf es neuer Regulationsformen für die gesamtwirtschaftliche Akkumulation, d.h. die bestimmenden (reproduktiven) Investitionen und die so genannte finanzielle Sphäre, d.h. den gesamtwirtschaftlichen Finanzmarkt und dessen bestimmende Akteure – Zentralbank und Bankensystem (inkl. sonstige Finanzintermediäre) –, die dem Wirken des Marktmechanismus am gesamtwirtschaftlichen Warenmarkt einen qualitativ anderen Rahmen durch Vorgaben und steuernde Beeinflussung von Preisgrößen verschaffen als unter der Herrschaft kapitalistischer Produktionsverhältnisse: sozialistische Marktwirtschaft; vgl. dazu Kapitel 17 der vorliegenden Abhandlung.

eingehen, ist zum einen durch die natürlichen Bedürfnisse, zum anderen durch die soziale Entwicklung bestimmt: Der Umfang der Bedürfnisse der Arbeiterklasse ist ein »*historisches Produkt und hängt daher großenteils von der Kulturstufe eines Landes*« (MEW 23, 185) und den Lebensgewohnheiten der arbeitenden Bevölkerung ab. Für eine bestimmte, d.h. kurze Periode ist der Umfang der Bedürfnisse der Arbeiterklasse eine gegebene Größe, die »Konsumgewohnheiten« ändern sich nur innerhalb längerer Zeiträume. Es folgt jedoch schon aus dieser Grundbestimmung des Werts der Arbeitskraft, der ein sogenanntes historisches und moralisches Element integral einschließt, dass es keineswegs ein vorab bestimmtes Quantum von Lebensmitteln gibt, welches die Wertgröße der Arbeitskraft fest fixiert. Mit dieser Bestimmtheit des Werts der Arbeitskraft, der in weiterer Instanz den inneren Verwertungsausdruck des gesellschaftlichen Gesamtkapitals, die allgemeine Rate des Mehrwerts bestimmt, ist das kapitalistische System gewissermaßen »offen« und es ist die tagtägliche Praxis der Aushandlung der Arbeitslöhne, zusammen mit der z.T. gesetzlichen Festschreibung von Soziallohnkomponenten, die diese in der Natur dieser spezifischen Ware liegende quantitative Unbestimmtheit erst determiniert.[15]

Der Arbeiter tauscht die Arbeitskraft nicht gegen die konkreten Gebrauchswerte, sondern gegen den Wert des »Arbeitsfonds«, ausgedrückt in Geld. Der Wert der Arbeitskraft erhält so die verwandelte Form des Arbeitslohns. (vgl. ebd. 557ff.) Diese Unterscheidung ist wichtig, denn durch den Austausch von Arbeitskraft gegen Arbeitslohn können Geld- und Reallohn auseinander fallen und eine unterschiedliche Entwicklungsrichtung nehmen. Der Geldlohn bezeichnet dabei nur die in Geld erhaltene Wertsumme, welche ein Äquivalent für den Wert der Arbeitskraft darstellt; der Reallohn ist hingegen durch die Menge der Konsumtionsmittel bestimmt, die mit dem Geldlohn gekauft werden können; damit geht die Wert- resp. Preisentwicklung dieser Konsumtionsmittel in die Bestimmung des Reallohns ein.

Das Verhältnis zwischen dem Wert der Arbeitskraft einerseits, welcher, vom Kapitalkreislauf aus betrachtet, vorgeschossenes variables Kapital in Geldform bildet, und dem Mehrwert andererseits bildet die Mehrwertrate. Die Mehrwertrate m/v ist der Ausdruck des Exploitationsgrades der Arbeit, in ihr ist der Antagonismus zwischen den beiden Revenueformen Arbeitslohn und Profit (Mehrwert) in reiner Form fixiert; sie gibt das Teilungsverhältnis des Wertprodukts zwischen den beiden Hauptklassen der bürgerlichen Gesellschaft an.

---

[15] Aus dieser Bestimmung folgt auch, dass das »historische und moralische Element« im Wert der Arbeitskraft auch keine Einbahnstraße beständiger Ausdehnung darstellt. Längerfristig anhaltende krisenhafte Verläufe der Kapitalakkumulation, in deren Ergebnis sich eine konsolidierte Massenarbeitslosigkeit verfestigt, drücken aufgrund der Schwächung der Arbeiterbewegung den Preis der Arbeitskraft unter ihren Wert und reduzieren dadurch schließlich den Wert der Arbeitskraft selbst. Diese Entwicklung ist in nahezu allen kapitalistischen Industrieländern – mit jeweiligen spezifisch nationalen Unterschieden – während der andauernden Periode einer strukturellen Überakkumulation von Kapital, die seit Mitte der 1970er Jahre sich auf dem Weltmarkt verallgemeinert hat, zu studieren.

Die Mehrwertrate bildet zugleich den inneren Verwertungsausdruck des gesellschaftlichen Gesamtkapitals; in ihr ist das Geheimnis der Mehrwert- resp. Profitproduktion offengelegt. Denn dieser Mehrwert wird auf denjenigen Kapitalbestandteil bezogen, aus dem er unmittelbar entsprungen ist, d.h. dessen Wertveränderung er ausmacht. Im Gegensatz zur Rate des Mehrwerts bezieht die Rate des Profits den Mehrwert resp. Profit auf den gesamten Kapitalvorschuss, der neben dem variablen auch das vorgeschossene konstante Kapital einschließt. Dieses konstante Kapital wird innerhalb des Produktionsprozesses mit seinem Wert bloß auf das Produkt übertragen und hat, mit Bezug auf die eigentliche (Neu-)Wertbildung, keinen Anteil an der Mehrwertproduktion. Sofern also die Profitrate m/(c+v) eine Verwertung des Gesamtkapitalvorschusses C (=c+v) anzeigt, mystifiziert sie zugleich den Entstehungsakt des Mehrwerts.

Anhand des Vergleiches dieser beiden Verwertungsraten des Kapitals offenbart sich die Bedeutung der Differenzierung des produktiv fungierenden Kapitals in konstantes und variables Kapital. Der innerhalb eines kapitalistischen Produktionsprozesses produzierte Produkten-Wert ergibt sich stofflich aus dem Zusammenwirken von lebendiger Arbeit mit dem Arbeitsgegenstand – unter Zuhilfenahme der eigentlichen Arbeitsmittel, mit denen die lebendige Arbeit ihre Potenzen oder ihre Produktivkraft vermehrt. Mit Bezug auf den Prozess der Wertbildung spielen jedoch diese Faktoren des Arbeitsprozesses sehr verschiedene Rollen. Nach ihrer Wertseite unterscheiden sie sich nur dadurch, dass die einen, die Produktionsmittel, in Gestalt vergegenständlichter Arbeit existieren, während die Arbeit als lebendige oder sich innerhalb des Produktionsprozesses selbst vergegenständlichende Arbeit besteht. Die Schaffung eines Neuwerts innerhalb des Produktionsprozesses kann somit nur Effekt der lebendigen Arbeit sein, wenn davon ausgegangen wird, dass jene die einzige Quelle des Wertes ist. Gleichzeitig erscheint jedoch am Ende des Produktionsprozesses im Produktenwert der produzierten Warenmasse auch der Wert der Produktionsmittel, unter veränderter Gebrauchsgestalt, wieder. Sowohl der dem Prozess vorausgesetzte Wert der Produktionsmittel als auch der durch die Betätigung der lebendigen Arbeit zusätzlich geschaffene Wert sind im Produktenwert enthalten. Dieses doppelte Resultat, Werterhaltung des Werts der gegenständlichen Produktionsmittel sowie Hinzusetzung von Neuwert, ist Effekt des doppelten Charakters der lebendigen Arbeit selbst: Indem sie in ihrer Bestimmtheit als konkret-nützliche Arbeit die Produktionsmittel zweckgemäß konsumiert, erhält sie deren Wert, indem sie ihn auf das produzierte neue Produkt überträgt; indem sie gleichzeitig als abstrakt menschliche Arbeit wirkt, produziert sie einen entsprechenden Neuwert, dessen Größe durch das Quantum der Arbeit bzw. die Zeitdauer ihres Wirkens bestimmt ist.

Diese doppelseitige Wirkung der Arbeit infolge ihres doppelseitigen Charakters zeigt sich handgreiflich an verschiedenen Veränderungen des Wertes oder Preises der einzelnen Produktionselemente. Steigt die Produktivkraft der Arbeit, wird also die Arbeit befähigt, innerhalb eines gleichgebliebenen Zeitraums mehr Rohmaterial zu neuem Produkt zu verarbeiten, bleibt das Quantum der diesem Rohmaterial

zugesetzten abstrakten Arbeit das gleiche, ebenso das Quantum des während des Produktionsprozesses produzierten Neuwerts. Jedoch wird im Maße des vermehrt verarbeiteten Rohmaterials ein größerer Wert erhalten und auf das Resultat des Produktionsprozesses übertragen (wenn der Wert einer Einheit dieses Rohstoffes konstant bleibt). Die produktiver gewordene Arbeit hat somit in gleicher Zeit eine größere Anzahl von neuen Produkten hergestellt. Auf das einzelne Produkt gerechnet ist die Größe des übertragenen Wertes des Rohstoffs gleich geblieben, der pro Produkt neu hinzugesetzte Wert hat abgenommen, weil das konstant gebliebene Quantum lebendiger Arbeit sich über eine größere Anzahl von neuen Produkten verteilt hat. Der Produktenwert der Gesamtwarenmasse ist angeschwollen, das Wertprodukt derselben ist das gleiche wie zuvor.

Bleibt jedoch umgekehrt die Produktivität der Arbeit konstant, während der Wert des Rohmaterials wechselt, sich beispielsweise verdoppelt, verarbeitet die lebendige Arbeit während derselben Zeitspanne nach wie vor ein konstantes Quantum Rohmaterial und produziert auch ein gleich groß gebliebenes Produkt. Jedoch besitzt dieses Produkt des Produktionsprozesses nunmehr ebenfalls einen höheren Produktenwert, weil höherer Wert durch Übertragung erhalten wurde. Auf das einzelne Produkt gerechnet bleibt der hinzugesetzte Neuwert konstant, während der Wertanteil, der übertragenen Wert des Rohstoffs darstellt, entsprechend gewachsen ist.

Variiert schließlich der Preis oder Wert der Arbeitskraft – bei Konstanz aller anderen Bedingungen des Produktionsprozesses – ergeben sich keine Veränderungen sowohl des Produktenwerts wie des Wertprodukts. Der übertragene Wert der Produktionsmittel bleibt gleich groß, ebenso das Quantum hinzugesetzten Neuwerts, d.h. die Größe des Wertprodukts. Was sich jedoch verändert hat, ist die Teilung dieses Wertprodukts in Arbeitslohn und Mehrwert (Profit): ein Anstieg des Preises der Arbeitskraft vermindert den Mehrwert, ein Fall desselben vergrößert jenen pro tanto.

Es zeigt sich anhand der kurz vorgestellten Beispiele, dass Veränderungen im Wert der verschiedenen Produktionselemente ganz unterschiedliche Wirkungen im Hinblick auf die drei funktionellen Bestandteile des Werts der produzierten Gesamtwarenmasse, des Produktenwerts als c (übertragenes konstantes Kapital), v (variables Kapital) und m (Mehrwert) zeitigen. Während Wertwechsel im konstanten Kapital die Größe des Produktenwerts selbst verändern, affizieren Wert- oder Preisänderungen der Ware Arbeitskraft weder die Größe des Produktenwerts noch diejenige des Wertprodukts, sondern nur das Teilungsverhältnis des letzteren in seine beiden funktionellen Bestandteile.[16]

---

[16] Was hier für den individuellen Produktionsprozess bezüglich Wertbildung und Werterhaltung gezeigt wurde, gilt ebenso für den Produktionsprozess des gesellschaftlichen Gesamtkapitals, denn auch für jenen ist die Zerfällung des gesamtwirtschaftlichen Warenprodukts in c+v+m, trotz des durch den Zirkulationsprozess hervorgebrachten anderen Scheins: Verschwinden des konstanten Kapitals bzw. Auflösung des Produktenwerts in Revenue, gültig. Unter dem Aspekt des gesamtwirtschaftlichen Wert- und Stoffersatzes kann gesagt werden, dass die diesjährig verausgabte Arbeit das Wertprodukt als diesjährige Neuwert-

Die Wertgröße bzw. der Preis der Arbeitskraft, die der Kapitalist in Gestalt des Arbeitslohns dem Arbeiter zu Beginn des Prozesses vorschießt und am Ende des Prozesses ausbezahlt, muss durch die Verausgabung lebendiger, wertschaffender abstrakt menschlicher Arbeit innerhalb des Produktionsprozesses durch den Arbeiter erst produziert werden, ebenso wie der den Mehrwert darstellende Bestandteil des Wertprodukts. Wert oder Preis der Arbeitskraft und Größe der Neuwertbildung innerhalb des Produktionsprozesses durch Verausgabung abstrakt menschlicher Arbeit stehen dabei in keinem unmittelbaren Verhältnis zueinander.[17] Dies ist die Konsequenz des Umstandes, dass vergegenständlichter Wert in Gestalt des vorgeschossenen variablen Geldkapitals in ein qualitativ Anderes, wertschaffende lebendige Arbeit umgesetzt wird.[18]

---

schöpfung hervorgebracht hat und gleichzeitig die vor diesem Jahr vorhandenen Produktionsmittel, deren Wert bereits in den Vorjahren geschaffen worden war, durch Übertragung auf das diesjährige Warenprodukt erhalten hat. Diese Aussage bleibt gültig, wenn der Produktionspreis als verwandelte Form des Werts zur Grundlage gemacht wird: Das gesamtwirtschaftliche Warenprodukt in Produktionspreisen ausgedrückt zeigt die Erhaltung des Produktionspreises der vor diesem Jahr bestehenden Produktionsmittel und die diesjährige Neuwertschöpfung, deren Mehrwertbestandteil in der Form des Durchschnittsprofits sich ergibt, wenn vom Gesamtpreis des diesjährigen Warenprodukts neben den Preisen der Produktionsmittel die Summe der in diesem Jahr aufgelaufenen Geldlöhne abgezogen wird. Mit anderen Worten: Beide so genannten Invarianzen, deren Nicht-Gültigkeit für die Existenz eines »Transformationsproblems« der Werte in Produktionspreise herangezogen wird – Summe der Produktionspreise = Summe der Werte sowie Summe der Durchschnittsprofite = Summe des gesamtwirtschaftlichen Mehrwerts –, sind bei Berücksichtigung der primären Formunterschiede des Kapitals im unmittelbaren Produktionsprozess definitorische Identitäten; ein Transformationsproblem, mit dem die Gültigkeit der Werttheorie in Frage gestellt wird, ist ein bloßes Scheinproblem und offenbart, dass wesentliche Zusammenhänge der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie gründlich missverstanden worden sind (vgl. dazu auch Krüger 2010: 289ff.).

[17] Eine Beziehung gibt es jedoch rückbezüglich, was am Beispiel der komplizierten Arbeiten deutlich gemacht werden kann. Komplizierte Arbeiten stehen durch höhere Produktivität, Intensität oder Qualität zeitweilig oder dauernd über der einfachen Durchschnittsarbeitskraft und vergegenständlichen sich pro Zeiteinheit in einem höheren Wert als dem Wertprodukt der einfachen Arbeit. Werden diese komplizierten Arbeit wegen ihrer höheren Wertbildungspotenz besser bezahlt als die einfache Durchschnittsarbeitskraft, ist es möglich, von den Entgeltdifferentialen dieser komplizierten Arbeiten als jeweilige Mehrfache des Durchschnittsecklohns auf ihren Wertschöpfungsbeitrag zu schließen (vgl. Krüger 2010: 195 und 2012: 364f.).

[18] Vgl. MEW 23, 228: »*Der im Ankauf der Arbeitskraft vorgeschoßne Kapitalanteil ist ein bestimmtes Quantum vergegenständlichter Arbeit, also konstante Wertgröße, wie der Wert der gekauften Arbeitskraft. Im Produktionsprozeß selbst aber tritt an die Stelle der vorgeschossnen 90 Pfd.St. (= Preissumme des vorgeschossenen variablen Geldkapitals, S.K) die sich betätigende Arbeitskraft, an die Stelle toter, lebendige Arbeit, an die Stelle einer ruhenden eine fließende Größe, an die Stelle einer konstanten eine variable. Das Resultat ist die Reproduktion von v plus Inkrement von v. Vom Standpunkt der kapitalistischen Produktion ist dieser ganze Verlauf Selbstbewegung des in Arbeitskraft umgesetzten, ursprünglich*

Das vorstehend betrachtete unterschiedliche Verhalten des konstanten und variablen Kapitalbestandteils innerhalb des Prozesses der Wertproduktion und Verwertung, welches sich anschaulich anhand der Verfolgung der Auswirkungen von Wert- oder Preiswechseln der verschiedenen Produktionselemente im Hinblick auf Wechsel im Produktenwert, Wertprodukt oder Mehrwert darstellt, gibt den Schlüssel ab für die Marxsche »Beschäftigungs- und Lohntheorie«: Es folgt nämlich aus dem unterschiedlichen Verhalten der verschiedenen funktionellen Bestandteile des Produktenwerts bei der Wertbildung, dass dem Preis der Arbeitskraft bzw. dem Arbeitslohn eine besondere Stellung gegenüber dem anderen Bestandteil, dem konstanten Kapital, zukommt. Wertwechsel im konstanten Kapital affizieren an und für sich das eigentliche Resultat und den Zweck des kapitalistischen Produktionsprozesses, nämlich den Mehrwert resp. Profit, nicht; sie stellen sich als Variationen im Preisausdruck der produzierten Gesamtwarenmasse dar.[19] Demgegenüber bedeutet ein Anstieg im Preis der Arbeitskraft einen direkten Abzug an Mehrwertmasse; umgekehrt, umgekehrt. Anders ausgedrückt: Während Wert- oder Preisänderungen, ja sogar der Wert oder Preis des konstanten Kapitals überhaupt, in fundamentaler produktionsorientierter Perspektive keinen Einfluss auf die Rate des Mehrwerts besitzen, wird dieser unmittelbare kapitalistische Verwertungsausdruck durch Geldlohnvariationen direkt affiziert. Die Rate des Mehrwerts m/v bringt das gegensätzliche Verhältnis zwischen Arbeitslohn und Profit unmittelbar zum Ausdruck. Es sind daher die auf die Rate (und Masse) des Mehrwerts wirkenden Faktoren – Länge und Anzahl gleichzeitiger Arbeitstage (bei gegebenem Wert der Arbeitskraft), Produktivkraft und Intensität der Arbeit –, welche von bestimmender Bedeutung für die kapitalistische Produktion, weil für deren Zweck, den Mehrwert, sind.

Von dieser grundlegenden produktionsorientierten Perspektive her besitzt also die Höhe des Geldlohns innerhalb des Marxschen Systems eine bestimmende Regulationsfunktion. Sie fasst sich in der Wirkung der Geldlohnhöhe auf die Rate des Mehrwerts zusammen. Erst in zweiter Instanz kommen die innerhalb des Keynesschen Systems dominierenden Wirkungen der Löhne als Nachfragegrößen in Betracht: Da die die Nachfrageseite bestimmenden Distributionsverhältnisse der Gesamtwirtschaft in letzter Instanz durch die Produktionsverhältnisse selbst – d.h. hier: den Gegensatz zwischen Lohnarbeit und Kapital – bestimmt sind, besitzt die Rolle der Löhne als Nachfragebestandteil eine gegenüber ihrer Rolle als Kosten-

---

konstanten Werts. Ihm wird der Prozeß und sein Resultat zugut geschrieben. Erscheint die Formel 90 Pfd.St. variables Kapital oder sich verwertender Wert daher widerspruchsvoll, so drückt sie nur einen der kapitalistischen Produktion immanenten Widerspruch aus.«

[19] Dies gilt nicht für außerordentliche Wertrevolutionen des konstanten Kapitals, z.B. den nicht in den Nutzungsdaueransätzen und daher den darauf bezogenen Abschreibungsbestandteilen berücksichtigten zyklisch auftretenden moralischen Verschleiß im konjunkturellen Abschwung, der, weil nicht auf den Absatzpreis überwälzbar, auf das Konto der Mehrwert- bzw. Profimasse als Residualgröße geht: Keynes' ergänzende Kosten; vgl. Kapitel 4 der vorliegenden Abhandlung.

größe nachgeordnete Bedeutung.[20] Gleichfalls gilt in dieser grundlegenden Perspektive, dass der bei Keynes im Vordergrund stehende Zusammenhang zwischen Geldlöhnen und »allgemeinem Preisniveau« auf Basis der Marxschen Theorie ebenfalls nur die Rolle einer Modifikation der wertbestimmten Grundlage des Preisniveaus spielen kann: Jenes ist, von Veränderungen aufseiten des Geldes abgesehen, zunächst und grundsätzlich durch die Gesamtsumme der produzierten Werte determiniert, die in erster Instanz durchaus unabhängig von der jeweiligen Höhe der Geldlöhne ist.[21]

Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt – Attraktion und Repulsion von Arbeitskräften

Da innerhalb der kapitalistischen Produktion die Produktion des Mehrwerts das eigentliche Ziel und den bestimmenden Zweck jeglicher privater Produktion darstellt, gilt generell, dass der jeweilig produzierte Umfang der Mehrwertmasse, dies ist das zusammengesetzte Verhältnis aus Mehrwertrate und Anzahl gleichzeitiger (produktiver) Arbeitstage, die letztendliche Bestimmungsgröße sowohl für die Produktion von Waren als auch für die Akkumulation des Kapitals darstellt. Für den Arbeiter präsentiert sich dieser Sachverhalt so, dass die Ableistung von unbezahlter, vom Kapitalisten angeeigneter Mehrarbeit die Bedingung dafür ist, dass er überhaupt arbeiten kann, d.h. seine Arbeitskraft verkaufen und daher am gesellschaftlichen Reichtum nach Maßgabe seines Arbeitslohns teilnehmen kann. Sofern nun die Höhe der Geldlöhne in erster Instanz die Aufteilung des neuproduzierten Werts (Wertprodukt) nach Lohn und Profit bestimmt, ergibt sich, dass die Höhe dieser Geldlöhne zu einer bestimmenden Variablen sowohl für den Umfang der kapitalistischen Produktion als auch für die eigentliche Akkumulation wird.

Es ist hier jedoch zu unterscheiden: In der langfristigen Entwicklungstendenz der kapitalistischen Akkumulation besitzt das gesellschaftliche Gesamtkapital durch die fortwährende Revolutionierung der Produktivkraft der Arbeit, also die Ersetzung lebendiger Arbeitskraft durch Maschinerie, ein Mittel, welches seine Mehrwertproduktion vom Umfang der verfügbaren Arbeitsbevölkerung unabhängig macht. Der Ersatz lebendiger Arbeit durch Anwendung von Maschinerie verschiebt das Tei-

[20] Dies ist nur eine andere Formulierung für den Zusammenhang zwischen Produktions- und Distributionsverhältnissen bei Marx, in dem die ersteren das bestimmende Moment darstellen und die letzteren auf diese ihre Grundlage zurückwirken. Es wäre grundverkehrt, Marx zu unterstellen, er habe die nachfrageinduzierten Rückwirkungen missachtet; denn dann wäre eine Theorie des industriellen Zyklus auf Basis der Marxschen Theorie unmöglich; vgl. das nachstehende Kapitel 10 der vorliegenden Abhandlung.

[21] Es muss bei einer solchen Aussage beachtet werden, dass nicht von den täglichen oder jährlichen Bewegungen der Marktpreise die Rede ist – natürlich wirken die Löhne als Bestandteil der Gesamtnachfrage auf die Bewegung dieser Marktpreise –, sondern vom Preisausdruck des Werts des Gesamtwarenprodukts einer Gesellschaft im Durchschnitt eines abgelaufenen industriellen Zyklus, wobei von Preisveränderungen, die auf Variationen der Geldseite beruhen, abgesehen ist.

lungsverhältnis jeden produktiven Arbeitstags zugunsten der Mehrarbeitszeit, erhöht mithin die Mehrwertrate und verringert andererseits die Anzahl beschäftigter produktiver Arbeitskräfte. Dies ist gleichbedeutend mit einer beständigen Repulsion von Arbeitskräften aus dem kapitalistischen Produktionsprozess. Nur wenn eine gleichzeitige Erweiterung der Stufenleiter der Produktion stattfindet, d.h. wenn das gesellschaftliche Gesamtkapital in bestimmter Rate akkumuliert, wird diese produktivitätsinduzierte Repulsion von Arbeitskräften durch eine gleichzeitige Attraktion kompensiert oder konterkariert.[22] Attraktion und Repulsion von produktiven Arbeitskräften sind also Ausdrucksformen der kapitalistischen Akkumulation und der sich gleichzeitig vollziehenden Steigerung der Produktivkraft der Arbeit. Marx' These ist dabei, dass im Fortgang und der weiteren Entwicklung der Kapitalakkumulation der Umfang periodischer Freisetzungs- und Einrollierungsprozesse von Arbeitskräften zunimmt. Es kommt hinzu, dass in der langfristigen Entwicklungstendenz der kapitalistischen Akkumulation der sich per Saldo ergebende Zuwachs produktiv beschäftigter Arbeitskräfte abnimmt.[23] Bei einer wachsenden arbeitsfähigen Bevölkerung in einem Land ist diese sukzessive erlahmende Attraktionskraft des gesellschaftlichen Gesamtkapitals nur dann nicht mit einer progressiven

---

[22] Vgl. MEW 23, 658ff.: »*Das gesellschaftliche Gesamtkapital betrachtet, ruft die Bewegung seiner Akkumulation bald periodischen Wechsel hervor, bald verteilen sich ihre Momente gleichzeitig über die verschiedenen Produktionssphären. In einigen Sphären findet Wechsel in der Zusammensetzung des Kapitals statt ohne Wachstum seiner absoluten Größe, infolge bloßer Konzentration; in andren ist das absolute Wachstum des Kapitals mit absoluter Abnahme seines variablen Bestandteils oder der von ihm absorbierten Arbeitskraft verbunden; in andren wächst das Kapital bald auf seiner gegebnen technischen Grundlage fort und attrahiert zuschüssige Arbeitskraft im Verhältnis seines Wachstums, bald tritt organischer Wechsel ein und kontrahiert sich sein variabler Bestandteil; in allen Sphären ist das Wachstum des variablen Kapitalteils und daher der beschäftigten Arbeiterzahl stets verbunden mit heftigen Fluktuationen und vorübergehender Produktion von Übervölkerung, ob diese nun die auffallendere Form von Repulsion bereits beschäftigter Arbeiter annimmt oder die mehr unscheinbare, aber nicht minder wirksame, erschwerter Absorption der zuschüssigen Arbeiterbevölkerung in ihre gewohnten Abzugskanäle. Mit der Größe des bereits funktionierenden Gesellschaftskapitals und dem Grad seines Wachstums, mit der Ausdehnung der Produktionsleiter und der Masse der in Bewegung gesetzten Arbeiter, mit der Entwicklung der Produktivkraft ihrer Arbeit, mit dem breiteren und volleren Strom aller Springquellen des Reichtums dehnt sich auch die Stufenleiter, worin größere Attraktion der Arbeiter durch das Kapital mit größerer Repulsion derselben verbunden ist, nimmt die Raschheit der Wechsel in der organischen Zusammensetzung des Kapitals und seiner technischen Form zu, und schwillt der Umkreis der Produktionssphären, die bald gleichzeitig, bald abwechselnd davon ergriffen werden. Mit der durch sie selbst produzierten Akkumulation des Kapitals produziert die Arbeitsbevölkerung also in wachsendem Umfang die Mittel ihrer eignen relativen Überzähligmachung. Es ist dies ein der kapitalistischem Produktionsweise eigentümliches Populationsgesetz, wie in der Tat jede besondre historische Produktionsweise ihre besondren, historisch gültigen Populationsgesetze hat.*«

[23] Zur Begründung dieser aus dem Produktionsprozess entspringenden allgemeinen Entwicklungstendenzen der Kapitalakkumulation vgl. ausführlich Krüger 2010: 165ff.

Produktion einer industriellen Reservearmee verbunden, wenn der gesellschaftliche Reproduktionsprozess als Ganzer gleichzeitig andere, unproduktive Absorptionskanäle dieser Arbeitsbevölkerung bereitstellt. Nur dann sind auch die Angebots-Nachfrage-Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt so, dass die Arbeiterklasse als Ganze das Niveau ihres Geldlohns verteidigen und ihren Lebensstandard halten bzw. ausbauen kann.[24]

Als allgemeines Resultat des kapitalistischen Populationsgesetzes ergibt sich jedoch, dass eben durch die fortwährende Revolutionierung der Produktionsweise und die dadurch induzierten Repulsionsprozesse von produktiven Arbeitskräften die Akkumulation des gesellschaftlichen Gesamtkapitals unabhängig wird von der jeweiligen Zufuhr zuschüssiger Arbeitskräfte. In der langfristigen Entwicklungstendenz regiert daher das Ausmaß der Produktivkraftsteigerung die Entwicklung der allgemeinen Rate des Mehrwerts und bildet die Höhe der Geldlöhne, die sich infolge des Verhältnisses von Angebot und Nachfrage am Arbeitsmarkt festsetzen und die Mehrwertrate bestimmen, kein die kapitalistische Akkumulation einschränkendes oder hemmendes Element: In der langen Frist ist »*die Größe der Akkumulation … die unabhängige Variable, die Lohngröße die abhängige Variable*« (MEW 23: 648).[25]

Zusammenfassend kann also festgehalten werden, dass obwohl das Verhältnis von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt den Geldlohn und daher den inneren Verwertungsausdruck des Kapitals, die allgemeine Rate des Mehrwerts, bestimmt, innerhalb des kapitalistischen Produktions- und Akkumulationsprozesses derartig viele Elemente und Spielräume der Elastizität eingeschlossen sind – Elastizität in Bezug auf das Verhältnis zwischen der Größe des Gesamtkapitals und der zur Bewegung dieser Wert- und Stoffmassen notwendigen Arbeitsquanta –, dass in der langen Frist der kapitalistischen Akkumulation vom Arbeitsmarkt keine Restriktionswirkung ausgeht. Die bestimmende Regulationsfunktion des Arbeitsmarktes bzw. der dort festgesetzten Geldlöhne wird vermittelst der Gesetze der Kapitalakkumulation konterkariert.[26]

Anders stellt sich der Einfluss der durch Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt fixierten Geldlöhne für die kurze zyklische Frist dar. Denn wie die Steigerung der Produktivkraft der Arbeit das mächtigste Mittel für das gesellschaftliche Gesamtkapital ist, seine Akkumulation von den Restriktionswirkungen des

---

[24] Wir kommen hierauf in Kapitel 11 der vorliegenden Abhandlung zurück.

[25] Vgl. auch ebd. 669: »*Das Kapital agiert auf beiden Seiten zugleich. Wenn seine Akkumulation einerseits die Nachfrage nach Arbeit vermehrt, vermehrt sie andrerseits die Zufuhr von Arbeitern durch deren ›Freisetzung‹, während zugleich der Druck der Unbeschäftigten zur Flüssigmachung von mehr Arbeit zwingt, also in gewissem Grad die Arbeitszufuhr von der Zufuhr von Arbeitern unabhängig macht. Die Bewegung des Gesetzes der Nachfrage und Zufuhr von Arbeit auf dieser Basis vollendet die Despotie des Kapitals.*«

[26] Dies gilt jedenfalls für die Epochen einer langfristig beschleunigten Kapitalakkumulation; zu den Modifikationen, die sich in einer strukturellen Überakkumulationssituation ergeben, vgl. Kapitel 11 der vorliegenden Abhandlung.

Arbeitsmarktes zu emanzipieren, so ist gerade diese Emanzipation ein Prozess, der einerseits an bestimmte materielle Bedingungen gebunden ist, andererseits Zeit benötigt. Die Steigerung der Produktivkraft der Arbeit ist auf der Grundlage der spezifisch kapitalistischen Produktionsweise, d.h. auf Basis der Großen Industrie daran gebunden, dass Maschinen jeweils durch neue, wirkfähigere Exemplare ersetzt werden: Nur der Ersatz der Maschinerie in natura befähigt das Kapital – von Verbesserungen an bestehender Maschinerie sowie stärkerer Anspannung bereits beschäftigter Arbeitskräfte innerhalb des Produktionsprozesses durch Verlängerung des Arbeitstages und/oder bloße Intensifikation der Arbeit auf der gegebenen technischen Grundlage abgesehen –, die vorhandene Produktionsweise grundlegender umzuwälzen. Da diese Umwälzung der je gegebenen Produktionsweise aber an den Umschlag des aus eigentlicher Maschinerie bestehenden fixen Kapitals gebunden ist, kann sie nur innerhalb größerer Zeitabstände vollzogen werden. Innerhalb der Zeiträume, in denen vorhandene Maschinen funktionieren, sind daher die Spielräume zur fortgesetzten Steigerung der Produktivität der Arbeit begrenzt. Insofern konnten wir früher davon sprechen, dass eine »gegebene Kapitalausrüstung« die materielle Grundlage für einen gewissen erreichten Entwicklungsstand der Produktivkraft der Arbeit darstellt; insofern spricht Marx davon, dass – zunächst innerhalb eines jeden Einzelkapitals bzw. innerhalb jeweiliger Produktionssphären – die Akkumulation des Kapitals für gewisse Zeiträume auf der gegebenen Grundlage bzw. ohne größere Wechsel in der organischen Zusammensetzung des fungierenden Kapitals vonstatten geht.

Eine Akkumulation des Kapitals auf einer solchen gegebenen technologischen Grundlage bedeutet jedoch, dass die Nachfrage des Kapitals nach zusätzlichen Arbeitskräften mehr oder weniger proportionell mit dem Wachstum nicht nur des variablen, sondern auch des konstanten Kapitals voranschreitet. Insofern ändert sich mit dem Fortgang der Akkumulation das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage nach Arbeitskräften zugunsten der Nachfrage und lässt die Geldlöhne steigen, die die Arbeiterklasse aufgrund verbesserter Konkurrenzbedingungen am Arbeitsmarkt durchzusetzen imstande ist. Ein fortgesetzter Anstieg der Geldlöhne verschiebt aber sukzessive das Teilungsverhältnis zwischen notwendiger und Mehrarbeitszeit bzw. senkt den Exploitationsgrad der lebendigen Arbeit. Damit stumpft der Stachel des Gewinns ab und die Akkumulation erlahmt.[27] Allerdings verschwindet hiermit zugleich die Ursache dieser Abnahme des Gewinns, sofern Arbeitskräfte entlassen und damit das Angebot-Nachfrage-Verhältnis auf dem Arbeitsmarkt wieder umgedreht wird; der Arbeitspreis oder Geldlohn fällt wieder auf ein geringeres Niveau. Darüber hinaus wirkt in dieser Abschwungsphase der Kapitalakkumulation, über die Konkurrenz zwischen den einzelnen Kapitalien vermittelt, der Sporn zur Umwälzung des bestehenden Fixkapitals: Ein Teil des vorhandenen, als Maschinerie

[27] Der hier angesprochene Zusammenhang ist innerhalb des Konjunkturzyklus durch weitere Momente vermittelt und erscheint nicht in dieser einfachen Weise; vgl. dazu das nachstehende Kapitel 10 der vorliegenden Abhandlung.

bestehenden fixen Kapitals der Gesellschaft verschleißt moralisch, wird in neuer Naturalform ersetzt und gibt somit eine neue, entwickeltere technologische Basis für die kommende Kapitalakkumulation ab.[28]

Es zeigt sich hieran der steuernde Einfluss der auf dem Arbeitsmarkt festgesetzten Geldlöhne für die Akkumulation des Kapitals in der kurzen Frist. Dadurch, dass der Ersatz des vorhandenen fixen Originalkapitals in der Gesellschaft nicht kontinuierlich, sondern in bestimmten Zeitphasen geballt oder konzentriert vonstatten geht, bildet der Umschlag des fixen Kapitals eine materielle Basis, auf der sich eine typische Geldlohn- bzw., invers dazu, Profitbewegung erhebt, die ihrerseits ein wesentlicher Bestimmungsgrund für die zyklische Auf- und Abbewegung der kapitalistischen Akkumulation ist. Allerdings wäre es falsch, von dieser Geldlohn-Profit-Bewegung direkt auf die konjunkturellen Schwankungen der Kapitalakkumulation zu schließen – was vorliegend zu zeigen ist, ist der Umstand, dass für die kurze, zyklische Frist der kapitalistischen Akkumulation von den Angebot-Nachfrage-Konstellationen am gesamtwirtschaftlichen Arbeitsmarkt, welche den Geldlohn, daher das Verhältnis zwischen Lohn und Gewinn produktionsseitig determinieren, ein regelmäßiger und letztlich sogar bestimmender Einfluss für den Fortgang der Kapitalakkumulation ausgeht. Es ist hierin eingeschlossen, dass die durch die Steigerung der Produktivkraft der Arbeit bedingte Emanzipation des gesellschaftlichen Gesamtkapitals von den Angebot-Nachfrage-Verhältnissen am Arbeitsmarkt, da über den Umschlag bestimmter Bestandteile des fixen Originalkapitals der Gesellschaft vermittelt, stets nur darüber zustandekommt, dass innerhalb der einzelnen industriellen Zyklen der kapitalistische Reproduktionsprozess zuvor den restringierenden Einfluss steigender Geldlöhne, daher abnehmender Kapitalprofite zu spüren bekommt. Es ist im nachstehenden Kapitel 10 zu zeigen, in welcher Weise die hier aufgewiesenen Bewegungen des Geldlohn-Profit-Verhältnisses in letzter Instanz auch für die an der Oberfläche des Gesamtreproduktionsprozesses sich zeigenden konjunkturellen Bewegungen verantwortlich zeichnen.

c) Vergleich der Marxschen und der Keynesschen Auffassungen zum Arbeitsmarkt

Stellt man auf der Grundlage der vorangegangenen Betrachtungen einen Vergleich zwischen der Keynesschen und der Marxschen Theorie an, so zeigt sich zunächst, dass in beiden der Stellenwert des Arbeitsmarktes ganz unterschiedlich ist. Bei Marx erhält der Antagonismus zwischen Arbeitslohn und Profit (Mehrwert) durch die Festsetzung der Geldlöhne nach Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt

[28] Zugleich wird mit dieser Umwälzung eines Teils des fixen Gesamtkapitals die Struktur der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, d.h. das Verhältnis der verschiedenen Produktionssphären verändert und den zwischenzeitlich stattgefundenen und zukünftig erwarteten Marktverhältnissen angepasst; vgl. auch dazu Kapitel 10 der vorliegenden Abhandlung.

eine quantitativ fixierte Gestalt. Die Aufteilung des jeweilig neuproduzierten Werts (Wertprodukt) ist für die kurze Frist zudem von letztendlich bestimmender Bedeutung für die Kapitalakkumulation. Ihr zyklischer Aufschwungsprozess charakterisiert sich allgemein dadurch, dass dieser Gegensatz zwischen Arbeitslohn und Profit eine zeitweilige, ruhige Bewegungsform erhält; ihr zyklischer Abschwungsprozess hat unter anderem die Funktion, die in der vorangegangenen Expansionsphase »zu hoch« gestiegenen Geldlöhne wieder auf ein für die Kapitalakkumulation »erträgliches« Maß zu reduzieren. Marx stellt unmissverständlich heraus, dass die Reduktion der Geldlöhne, daher die Verschiebung der Lohn- bzw. Gewinnquote zugunsten der letzteren, eine wesentliche Voraussetzung für einen erneuten zyklischen Aufschwung darstellt. Die produktionsorientierte Betrachtung bildet innerhalb des Marxschen Systems die allgemeine und bestimmende Grundlage für die Gesamtbewegung des kapitalistischen Reproduktionsprozesses.

Diese produktionsseitige, grundlegende Betrachtungsperspektive fehlt im Keynesschen System: hier ist der Arbeitsmarkt letztendlich den beiden anderen Märkten – Güter- und Finanzmarkt – nachgeordnet. Die eingehendere Betrachtung der Keynesschen Argumentation zeigte jedoch, dass die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt in bestimmten Phasen der zyklischen Bewegung der Kapitalakkumulation, nämlich den Abschwungsphasen, an Bedeutung gegenüber den beiden »primären« Märkten gewinnen. Ein Sinken der Geldlöhne, so hatte Keynes herausgestellt, beeinflusst die gesamte Nachfrage, indem der Hang zum Verbrauch vermindert wird. Eine Verminderung des Verbrauchs zieht einen Rückgang der Investitionen nach sich. Des weiteren beeinflussen allmählich sinkende Geldlöhne die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals negativ, weil sie die Kosten zukünftiger Kapitalausrüstungen gegenüber heutigen Realinvestitionen vermindern: Die Erwartung eines Sinkens der Kosten für die Kapitalausrüstung ist die Grundlage für die Einschätzung, dass die zukünftige Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals höher als die gegenwärtige sein wird. In dieser Form wird somit auch für Keynes die Erreichung des zyklischen Tiefstandes der Geldlöhne kostenseitig zur Bedingung für einen erneuten zyklischen Aufschwung.

Nachfrageseitig bedeuten sinkende Geldlöhne einen den kumulativen zyklischen Abschwung verschärfendes, weil beschleunigendes Element; hierin stimmen beide Theorien miteinander überein. In beiden Theorien besitzt die konsumtive Endnachfrage im Rahmen des zyklischen Abschwungs eine Führungsfunktion für den ökonomischen Gesamtprozess und determiniert das Niveau, auf dem der untere Wendepunkt der Konjunktur durchlaufen werden kann. Es ist jedoch der jeweils unterschiedliche Stellenwert, den die gesamtwirtschaftliche Nachfrage in beiden ökonomischen Systemen spielt, der die kennzeichnenden Unterschiede im Hinblick auf die Stellung und Regulativfunktion des Arbeitsmarktes bedingt: Während Keynes den gesamten ökonomischen Prozess stets schon vom Standpunkt der entwickelten Verhältnisse des Gesamtprozesses der kapitalistischen Reproduktion fixiert, insistiert Marx auf dem Charakter der Verteilungs- und Nachfrageverhältnisse als bestimmten, d.h. abgeleiteten ökonomischen Größen. Anders ausgedrückt: Keynes

argumentiert auch bei der Darstellung der »qualitativ-funktionellen« Strukturzusammenhänge des kapitalistischen Systems stets schon im Hinblick auf die Analyse der oberflächlichen konjunkturellen Bewegungen der Kapitalakkumulation; jene sind auf Basis der Marxschen Theorie aber erst als vermitteltes Resultat und Totalität der Gesamtbewegung der kapitalistischen Reproduktion dechiffrierbar.

Diese grundlegenden Unterschiede in beiden ökonomischen Systemen besitzen ihren letzten Grund in den verschiedenen Auffassungen über den Charakter der Arbeit. Die grundlegende Bestimmtheit der Arbeit als wertschaffende Substanz ist im Keynesschen System auf ihre Bestimmung als Kostenfaktor heruntergebracht. Wird der Wertbildungsprozess als unabhängig von der Arbeit begriffen, muss der Arbeitsmarkt seine in letzter Instanz über die Geldlöhne vermittelte Regulationsfunktion der Mehrwertrate verlieren. Im Unterschied zu Marx, der die zyklische Blockade der Kapitalakkumulation als gesetzmäßigen und notwendigen Prozess begreift, der nur dadurch wieder zyklisch gewendet werden kann, dass eine »Bereinigung« der Produktionsstrukturen des gesellschaftlichen Gesamtkapitals durch Verbesserung seiner Verwertungsbedingungen ins Werk gesetzt wird, verschafft sich bei Keynes der »primäre Marktzusammenhang« sein Erstgeburtsrecht, indem über ein alternatives Mittel, die Geldpolitik, die zyklische Blockade der Akkumulation des Kapitals aufgelöst wird: Es ist der Zinsfuß, der den Arbeitsmarkt bei ihm in der Subalternität hält.

Kapitel 10: Die Kapitalakkumulation in der kurzen Frist – Konjunktur und Krise

Die in den vorangegangenen Kapiteln analysierten und kritisch beleuchteten Kategorien und ökonomischen Funktionszusammenhänge des Keynesschen Systems erhalten einen konzentrierten Ausdruck in der Untersuchung der zyklischen Bewegung der kapitalistischen Akkumulation: Die Analyse des Konjunkturzyklus ist gewissermaßen der Prüfstein für den Erklärungswert der »Allgemeinen Theorie«: »*Da wir Anspruch erheben, in den vorausgegangenen Kapiteln (der ›General Theory‹, S.K.) gezeigt zu haben, was die Menge der Beschäftigung zu jeder Zeit bestimmt, so folgt, daß unsere Theorie, wenn wir recht haben, fähig sein muß, die Erscheinung des Konjunkturzyklus zu erklären.*« (AT: 265)

Obgleich Keynes der zyklischen Bewegung der Kapitalakkumulation nicht jene Notwendigkeit und immanente Gesetzmäßigkeit zubilligt wie Marx – für Marx ist die Bewegung der Akkumulation des Kapitals in Gestalt industrieller Zyklen die eigentümliche Ausdrucksform der Grundtatbestände der kapitalistischen Produktionsweise schlechthin –, sondern die Existenz der konjunkturzyklischen Bewegungen als aus der Erfahrung verallgemeinerbares Element begreift,[1] betrachtet er es als seine Aufgabe, die charakteristischen Kennzeichen des Konjunkturzyklus immanent-endogen zu erklären. Dies schließt explizit die Analyse der zyklischen Krise ein: »*Unter einer* zyklischen *Bewegung verstehen wir aber nicht nur, daß Aufwärts- und Abwärtsbewegungen, einmal begonnen, nicht für immer in der gleichen Richtung verharren, sondern daß sie schließlich umgekehrt werden. Wir verstehen darunter auch, daß ein gewisser erkennbarer Grad von Regelmäßigkeit in der Zeitfolge und Dauer der Aufwärts- und Abwärtsbewegungen besteht. Es gibt jedoch noch ein weiteres Merkmal des sogenannten Konjunkturzyklus, das unsere Erklärung decken muß, wenn sie angemessen sein soll; nämlich die Erscheinung der* Krise, *– der Tatsache, daß die Ablösung einer Aufwärts- durch eine Abwärtstendenz oft plötzlich und heftig eintritt, während es in der Regel keinen solchen scharfen Wendepunkt gibt, wenn eine Abwärts- durch eine Aufwärtstendenz abgelöst wird.*« (Ebd. 265f.)

Es sind mithin drei Tatbestände, die nach Keynes in der Analyse der konjunkturzyklischen Bewegungen erklärt werden müssen: 1. Die Ablösung von einander entgegengesetzten Bewegungen (Aufschwung-Abschwung), 2. Die zeitliche Regelmäßigkeit dieser Bewegungsphasen der Kapitalakkumulation und 3. Die Ausdrucksform des oberen Wendepunktes der Konjunktur als krisenhafter Eklat. Sehen

[1] Keynes bemerkt zu den konjunkturzyklischen Schwankungen: »*Da nun diese Erfahrungstatsachen sich nicht aus logischer Notwendigkeit ergeben, hat man anzunehmen, daß die Gegebenheiten und die psychologischen Neigungen der modernen Welt derart sein müssen, daß sie diese Ergebnisse hervorbringen.*« (AT: 210)

wir zu, welche Bestimmungen Keynes beibringt zur Einlösung dieses selbstgesteckten Programms.

Die Existenz dieser so näher spezifizierten konjunkturellen Bewegung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität ist für Keynes ein Tatbestand der auf der Industrie beruhenden Produktion; er spricht daher auch von einem »*industriellen Konjunkturzyklus*« (ebd. 266), im Unterschied zu früheren Epochen, in denen namentlich landwirtschaftliche Schwankungen der ökonomischen Tätigkeiten einer Gesellschaft Oszillationsbewegungen hervorbrachten. Diese Bestimmung des Zyklus als industrieller Zyklus korrespondiert mit seiner Grundauffassung, dass es wesentlich Schwankungen in der Tabelle der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals sind, die für diese eigentümliche Bewegungsform der Gesamtökonomie verantwortlich sind. Damit grenzt sich Keynes explizit von den so genannten monetären Konjunkturtheorien,[2] die in den Ausschlägen des Zinsfußes das diese Oszillationen der Konjunktur generierende Element sehen, ab. »*Ich behaupte …, daß der wesentliche Charakter des Konjunkturzyklus und insbesondere die Regelmäßigkeit der Zeitfolge und Dauer, die uns erlaubt, ihn einen* Zyklus *zu nennen, hauptsächlich auf die Art zurückzuführen ist, in der die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals schwankt. Der Konjunkturzyklus kann nach meiner Ansicht am besten als die Folge einer zyklischen Veränderung in der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals betrachtet werden, obschon kompliziert und oft verschärft durch zusammenhängende Änderungen in den anderen kennzeichnenden kurzfristig veränderlichen Variablen der wirtschaftlichen Ordnung.*« (Ebd. 265) Und: »*Wir sind nun in der Erklärung der ›Krise‹ daran gewöhnt worden, die Tendenz des Zinssatzes hervorzuheben, unter dem Einfluß der vermehrten Nachfrage nach Geld sowohl für den Handel als auch für die Spekula-*

[2] Vgl. z.B. Knut Wicksells Konjunkturtheorie (Wicksell 1898). Auch modernere Keynesianer interpretieren Keynes' Konjunkturtheorie von der finanziellen Sphäre und einer Suprematie des Vermögensmarktes in der gesamtwirtschaftlichen Markthierarchie aus (vgl. Schwab 1978). Minsky war einer der ersten, der die gesamte Keynessche Theorie, insbesondere auch seine Ausführungen zum Konjunkturzyklus, konsequent von Standpunkt der Finanzsphäre reinterpretiert hat: »*Die alternative Interpretation betont, dass Keynes eine Theorie aufstellte, die das Funktionieren einer kapitalistischen Wirtschaft mit hochentwickelten Finanzinstitutionen erklären sollte.*« (Minsky 1990: 80) Oder: »*Während die klassische Ökonomie und die neoklassische Synthese auf einem Tauschparadigma beruhen – versinnbildlicht durch einen Bauern oder Handwerker, der auf einem lokalen Markt handelt –, beruht die Keynessche Theorie auf einem spekulativ-finanziellen Paradigma – versinnbildlicht durch einen Bankier, der seine Geschäfte an einer Börse wie der Wall Street abwickelt.*« (Ebd. 81) Auch der deutsche Monetärkeynsianismus der so genannten »Berliner Schule« folgt wie bereits mehrfach angemerkt dieser Interpretationsrichtung einer Suprematie des Vermögensmarktes und der finanziellen Wirtschaftssubjekte – Geldvermögensbesitzer und Banker – über die reproduktive Sphäre und der in ihr agierenden Unternehmer. Damit wird, so unsere Gegenthese, den verselbstständigten Gestaltungen der Geldkapitalakkumulation (samt ihrer Anlageformen im fiktiven Kapitalüberbau) aufgesessen und der Widerspruch zwischen Wertschöpfung durch lebendige Arbeit und den bloßen Aneignungsformen bereits existierenden Werts durch die Verwertung des bloßen Eigentumstitels nicht mehr erfasst.

tion zu steigen. Zu gewissen Zeiten mag dieser Faktor sicherlich eine verschärfende Rolle spielen und gelegentlich vielleicht den Anstoß geben. Aber ich behaupte, daß eine typischere und oft vorherrschende Erklärung der Krise primär nicht eine Erhöhung des Zinssatzes, sondern ein plötzlicher Zusammenbruch der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals ist.« (Ebd. 267) Dass Keynes die Existenz der zyklischen Bewegung der Kapitalakkumulation wesentlich und vornehmlich an die Bewegung der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals koppelt, also keineswegs eine Konjunkturtheorie aus dem bloßen Zusammenspiel zwischen Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals und Zinsfuß als zwei gleichmäßig wirkenden Kräften entwickelt, unterstreicht die in Kapitel 7 der vorliegenden Abhandlung gegebene Bestimmtheit der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals; dessen primär der realwirtschaftlich-reproduktiven Sphäre angehörige Determinanten verweisen umgekehrt auf die von Keynes gegebene Einordnung des Zyklus als industriellen Zyklus.

Es folgt daraus, dass wir uns in erster Instanz auf die Veränderung der der reproduktiven Sphäre des kapitalistischen Reproduktionsprozesses angehörigen ökonomischen Variablen zu beziehen haben, um die unterliegende Struktur der zyklischen Bewegung zu fixieren. Erst auf dieser Grundlage kommen dann die weiteren Komponenten oder Determinanten der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals in Wirksamkeit: die in die Zukunft gerichteten Erwartungen der Investoren sowie die mit der Existenz »hochorganisierter Investitionsmärkte« gegebenen spekulativen Orientierungen, die ihrerseits das Vermittlungsglied zur Einbeziehung der »finanziellen Sphäre«, d.h. des Kreditüberbaus und dessen Bewegung in die Theorie des industriellen Zyklus abgeben.

Diese hier skizzierte methodisch-systematische Herangehensweise in Bezug auf die Einordnung der interessierenden ökonomischen Variablen in den gesamtwirtschaftlichen Funktionszusammenhang findet sich bei Keynes explizit*: »Wir haben oben gesehen, daß die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals nicht nur (aber auch und sogar primär, S.K.) von dem bestehenden Überschuß oder der Knappheit von Kapitalgütern und von den laufenden Produktionskosten von Kapitalgütern (Nr. 1 – S.K.), sondern auch von den laufenden Erwartungen über den zukünftigen Ertrag von Kapitalgütern abhängt. (Nr. 2 – S.K.) Im Falle dauerhafter Vermögensbestände ist es daher natürlich und vernünftig, daß Erwartungen über die Zukunft eine vorherrschende Rolle in der Bestimmung des Umfangs spielen, in dem neue Investitionen ratsam erscheinen. Wie wir aber gesehen haben, ist die Grundlage für solche Erwartungen sehr schwankend. Da sie sich auf veränderbare und unzuverlässige Evidenz stützen, sind sie plötzlichen und heftigen Änderungen unterworfen. … Es liegt in der Natur organisierter Investmentmärkte, die unter dem Einfluß von Käufern stehen, die großenteils nicht wissen, was sie kaufen, und von Spekulanten, denen es mehr darauf ankommt, den nächsten Wandel der Marktstimmung vorauszusehen, als eine wohlerwogene Schätzung des zukünftigen Ertrages von Kapitalgütern zu machen, daß sie, wenn Enttäuschung einen überoptimistischen und überteuerten Markt befällt, von ihr mit plötzlicher und sogar verheerender Kraft getroffen werden müssen. (Nr. 3 – S.K.) Die Angst und die Ungewißheit über*

die Zukunft, die einen Zusammenbruch der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals begleiten, beschleunigt natürlich überdies eine starke Zunahme der Liquiditätspräferenz – und folglich eine Erhöhung des Zinssatzes. (Nr. 4 – S.K.) … Das Wesentliche der Situation ist aber trotzdem im Zusammenbruch der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals zu finden; dies gilt besonders für jene Art von Kapitalgütern, die am meisten zu der vorherigen Phase großer Neuinvestitionen beigetragen haben. Die Liquiditätspräferenz, mit Ausnahme jener Ausprägungen von ihr, die mit zunehmendem Handel und zunehmender Spekulation verbunden sind, nimmt erst nach *dem Zusammenbruch in der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals zu.«* (Ebd. 266ff.) In dieser ausführlich zitierten Passage findet sich – vorliegend mit Nr. 1 bis 4 gekennzeichnet – die Struktur der innerhalb des Konjunkturzyklus wirkenden und ihn generierenden ökonomischen Variablen; diese Struktur gibt dabei zugleich Entscheidendes zum zeitlichen Ablauf des Wirkungszusammenhangs während des zyklischen Aufschwungs bis zum Ausbruch der Krise an die Hand.

Während des zyklischen Aufschwungs wird das laufende Erträgnis aus dem Kapitalbestand und den Investitionen als zufriedenstellend bis gut angesehen. Grundlage für die positiv-optimistische Erwartung der Investoren ist eine progressive Expansion der Nachfrage, welche über Preissteigerungen die effektive Ertragssituation der Unternehmen günstig gestaltet. Es ist dies die Phase innerhalb des Konjunkturzyklus, in der innerhalb des reproduktiven Zirkels des Reproduktionsprozesses die früher betrachteten expansiven Kreislaufeffekte wirken:[3] Die steigende Verbrauchsnachfrage induziert Erweiterungsinvestitionen, die in der Folgezeit die notwendige Ersparnis und die notwendigen Profite für den Fortgang des kumulativen Prozesses schaffen. Der kumulative Expansionsprozess der industriellen Produktion stellt die reale Basis dar, auf der die Erwartungen der Investoren im Hinblick auf die zukünftigen Erträgnisse weiterer Investitionen ihre positiv-optimistische Stimmung erhalten.

Plötzlich jedoch, so Keynes, tauchen Zweifel über die Wirklichkeitsnähe dieser Erwartungen auf: »*Solange der Aufschwung andauerte, zeigte ein großer Teil der neuen Investitionen einen nicht unbefriedigenden laufenden Ertrag. Die Enttäuschung kommt, weil plötzlich Zweifel in die Zuverlässigkeit des voraussichtlichen Ertrages aufsteigen, vielleicht, weil der laufende Ertrag mit der steten Zunahme des Bestandes an neuerzeugten dauerhaften Gütern Anzeichen einer Abnahme aufweist. Wenn von den laufenden Produktionskosten angenommen wird, daß sie höher sind als sie später sein werden, wird dies ein weiterer Grund für ein Fallen der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals sein. Zweifel, einmal begonnen, breiten sich rasch aus.«* (Ebd. 268f.) In diesen Sätzen gibt Keynes in dürren Worten den krisenhaften Umschlag der zyklischen Konjunktur an; es ist lohnend, die hier angeführten Umstände genauer zu untersuchen.

Eine Interpretation der vorstehenden Sätze, die ihren Schwerpunkt ausschließlich auf den Umschwung der Erwartungen der Investoren legte, träfe die Keynes-

[3] Vgl. die Ableitung in Kapitel 6 der vorliegenden Abhandlung.

sche Argumentation nur zum Teil. Zweifellos räumt Keynes einem Umschwung der Stimmungen einen großen Raum ein: es ergeben sich »Zweifel an der Zuverlässigkeit des laufenden Ertrages«. Aber diese Zweifel müssen auf ihren realen Grund zurückgeführt werden. Keynes benennt zwei, in der reproduktiven Sphäre angesiedelte Gründe, die für diesen Umschwung der Erwartungen verantwortlich sind: Erstens nimmt die Knappheit des Gesamtkapitals im Verhältnis zur (konsumtiven) Nachfrage ab, sodass die objektiven, d.h. realen Bestimmungsgründe der Erträgnisse aus weiteren Investitionen sich verschlechtern. Innerhalb des Aufschwungs hat sich sukzessive eine Disproportion im Verhältnis zwischen dem akkumulierten Kapitalstock und der Verbrauchsnachfrage aufgebaut. Die Ursache für diese Disproportion sieht Keynes wesentlich in der Dynamik der Investitionsentwicklung selbst begründet, d.h. jene entkoppelt sich von der Entwicklung der Verbrauchsnachfrage, die letzter Zweck und daher nachfrageseitige Basis der während des Aufschwungs ablaufenden zyklischen Expansion ist. Dementsprechend bricht der Widerspruch zwischen Investition und Konsum, wenigstens primär, nicht durch ein Zurückbleiben der Konsumnachfrage im Sinne einer Unterkonsumtion aus, sondern durch ein Überschießen der Investitionen (Überinvestition): »*Nach meiner Analyse kann … gesagt werden, daß der Boom durch Überinvestitionen gekennzeichnet ist. Ich stelle nicht jene Lage als typisch hin, in der Kapital so reichlich ist, daß das Gemeinwesen als Ganzes keine vernünftige Verwendung für mehr hat, sondern jene, in der Investitionen in Situationen vorgenommen werden, die unbeständig sind und nicht andauern können, weil sie durch Erwartungen hervorgerufen werden, die bestimmt sind, enttäuscht zu werden.*« (Ebd. 272) Dass Keynes sich hier explizit von einer unterkonsumtionstheoretischen Variante der Erklärung des Grundes für die Disproportion bzw. den Widerspruch zwischen Investition (Kapitalstock) und Verbrauch absetzt, bedeutet natürlich umgekehrt nicht, dass auch durch die Bestimmungsgründe der Entwicklung der Verbrauchsnachfrage – sinkender Grenzhang zum Verbrauch bei steigendem Einkommen während des zyklischen Aufschwungs – die sich öffnende Schere mitbestimmt wird. Das Zurückbleiben des Konsums hinter den Anforderungen seiner Expansion zur Alimentierung des weiteren Wachstumsprozesses wird zusätzlich befördert durch das Anwachsen der Abschreibungen aus den zuvor vermehrt getätigten Neuinvestitionen; Keynes weist in diesem Zusammenhang auf die Kreislaufeffekte der »finanziellen Vorsorge« sowohl der Unternehmen wie des Staates hin. Jedoch liegt das dominierende Element für die sich ergebende Disproportion zwischen Angebot und Nachfrage in der Bewegung der Investitionen selbst begründet: Die Knappheitsverhältnisse der einzelnen Kapitalanlagen haben sich infolge der beschleunigten Investitionsprozesse während des zyklischen Aufschwungs so verändert, dass die Erträgnisse zu sinken beginnen; dies betrifft namentlich *»jene Arten von Kapital, die am meisten zu der vorherigen Phase der großen Neuinvestition beigetragen haben«.*

Der zweite Grund, den Keynes für das Umschlagen der Investorenerwartungen vor der zyklischen Krise anführt, bezieht sich auf die Kostenseite: Von den laufenden Erzeugungskosten – dies sind sowohl die Ersatzkosten bzw. die Angebots-

preise von neuem Kapital- oder Investitionsgütern als auch die Faktorkosten, d.h. in erster Linie die Löhne – wird angenommen, dass sie einen Stand erreicht haben, der später geringer sein wird, sodass unter Umständen getätigte Investitionen während ihrer Laufzeit oder ökonomischen Nutzungsdauer mit solchen zu konkurrieren haben werden, deren Kosten geringer sein werden. Auch von der Kostenseite her gerät also die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals unter Druck.

Beide, innerhalb des reproduktiven Kreislaufs des kapitalistischen Reproduktionsprozesses wirkenden Umstände zerstören die optimistischen Erwartungshaltungen der Investoren. Der Umschwung der Erwartungen, damit auch der Zerfall der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals, die wesentlich eine Erwartungsgröße darstellt, besitzt also zunächst seine Grundlage in realwirtschaftlichen, objektiven ökonomischen Tatbeständen. Der Umstand, dass solcherart erzeugte Zweifel in die Zuverlässigkeit der vorhandenen Schätzungen sich dann sehr schnell ausbreiten und verallgemeinern, verursacht die Plötzlichkeit des Abbruchs günstiger Stimmungen. Diese Plötzlichkeit des Umschwungs der Erwartungen wird gefördert über die von den Stimmungen stark abhängigen Börsen.

Es zeigt sich also zunächst, dass Keynes eine Begründung der zyklischen Krise vorführt, die sich erstens aus der Bewegung des vorangegangenen zyklischen Aufschwungs ergibt, also in diesem Sinne endogen bestimmt ist. Zweitens folgt, dass es zunächst realwirtschaftlich-reproduktive, objektive Veränderungen sind, die den Umschwung der Erwartungen bedingen, sodass erst im nächsten Schritt besondere subjektiv-psychologisch determinierte Momente in Anschlag kommen, die den Umschwung der Stimmungen rasch und übersteigernd verallgemeinern.

Betrachten wir nun erst genauer, bis zu welchem Grad wirklich von einer endogenen Krisenbegründung bei Keynes gesprochen werden kann. Die beiden Gründe – Abkoppelung der Investitionsentwicklung von der Konsumnachfrage und Anstieg der laufenden Erzeugungskosten – beinhalten zwar Phänomene, die mit Notwendigkeit während der Dauer des zyklischen Aufschwungs hervorgebracht werden. Andererseits lässt sich aber mit diesen beiden Krisengründen noch nicht zwingend erklären, an welchem Punkt der zyklischen Aufschwungsbewegung der krisenhafte Umschlag einsetzen muss. Nehmen wir, an dieser Stelle der späteren Erörterung vorgreifend, hinzu, dass Keynes sich für die kurze, zyklische Frist durch ein »*sozial geleitetes Investitionsvolumen*« (ebd. 275) eine tendenzielle Beseitigung der die Krise hervorbringenden Gründe vorstellen kann,[4] so verweist dieser Umstand auf den, unter systematischen Gesichtspunkten gesehen, untergeordneten, d.h. nicht aus »*logischer Notwendigkeit*« (ebd. 210) sich ergebenden Stellenwert einer Zyklizität der Kapitalakkumulation. Zumindest in diesem Punkt muss daher eine Einschränkung hinsichtlich der »Endogenität« der Krisenerklärung bei Keynes angebracht werden. Es kommt noch ein zweiter Umstand hinzu: Obgleich Keynes es

[4] Was im einzelnen sich Keynes unter diesem »sozial geleiteten Investitionsvolumen« in der kurzen wie in der langen Frist vorstellt, behandeln wir ausführlicher in Kapitel 13 der vorliegenden Abhandlung.

als konstitutives Merkmal der zyklischen Bewegung ansah, dass »*ein gewisser erkennbarer Grad von Regelmäßigkeit in der Zeitfolge und Dauer der Aufwärts- und Abwärtsbewegungen besteht*« (ebd. 266), löst er an keiner Stelle diesen hiermit zugleich aufgestellten Erklärungsanspruch hinsichtlich der Bestimmung der Zeitdauer des zyklischen Aufschwungs ein.[5] D.h. auch von dieser Seite her ist die Notwendigkeit der zyklischen Krise nicht endogen erklärt. In der Tat: Belässt man es wie Keynes bei der Angabe der Krisengründe mit dem Hinweis auf eine sich aufbauende Disproportion zwischen Investitionen und Verbrauchsnachfrage sowie die ansteigenden Erzeugungskosten, so kann zwar geschlussfolgert werden, dass bei Fortdauer eines durch diese Merkmale gekennzeichneten Aufschwungs der Eklat unvermeidlich ist; die Zeitdauer des Aufschwungs, also die Begründung der Notwendigkeit der ab einem gewissen Grad des laufenden zyklischen Aufschwungs sich gewaltsam geltend machenden inneren Einheit der gegeneinander verselbstständigten Agentien kann so nicht erklärt werden.

Die Aufgabe, der Keynes sich nicht gestellt hat – und, wie wir zeigen werden, auch nicht stellen konnte –, besteht somit darin, die beiden von ihm benannten Krisenursachen zum einen miteinander zu vermitteln und zum anderen organisch in den ökonomischen Funktionszusammenhang der kapitalistischen Akkumulation einzubetten.[6] Letzteres impliziert zugleich, die zyklische Bewegung der Kapitalakkumulation als Kontinuum von längeren aufeinanderfolgenden Perioden einer durch eigene Gesetzmäßigkeiten bestimmten Akkumulationsbewegung in der langen Frist zu begreifen, eine Sichtweise, die in dieser Form bei Keynes ebenfalls fehlt.[7]

Steigende Erzeugungskosten und eine Auseinanderentwicklung von Investitionen und Konsumnachfrage sind allgemeine Begleitumstände der Spätphase des zyklischen Aufschwungs; ihre Ausprägung über einen gewissen Punkt hinaus und ihre Verselbstständigung gegeneinander können als typische Erscheinungsformen einer jeden zyklischen Krise angesehen werden. Desweiteren offenbart sich die zyklische Krise aber regelmäßig als Disproportion zwischen dem Angebot und der Nachfrage nach Investitionsgütern, d.h. als Störung der Umsätze innerhalb der Investitionsgüter produzierenden Abteilung Ia[8] des kapitalistischen Zirkulationsprozesses, die sich dann innerhalb der Gesamtabteilung I verallgemeinert: »*Die*

---

[5] Seine entsprechenden Ausführungen hinsichtlich der Dauer des zyklischen Abschwungs betrachten wir gleich.

[6] Die folgenden Ausführungen können innerhalb des vorliegenden Kontextes nur eine knappe Skizze der Begründung der zyklischen Krise bzw. des industriellen Zyklus sein, die oft wichtige Elemente nur andeutungsweise erwähnen kann. Eine ausführliche Darstellung findet sich in Krüger 2010: Kapitel 5 und 8.

[7] Zu seinen Ausführungen in Bezug auf die lange Frist vgl. die beiden folgenden Kapitel 11 und 12.

[8] Wir unterscheiden bei den beiden großen Abteilungen der gesellschaftlichen Produktion – I: Produktion von Produktionsmitteln und II: Produktion von Konsumtionsmitteln – nochmals nach Ia: Produktion von sachlichen Elementen des fixen Kapitals (Investitionsgüter) und Ib: Produktion von sachlichen Elementen des zirkulierenden konstanten Kapitals (Vor-

zyklisch beginnende Überproduktion von Investitionsgütern ist identisch mit einer blühenden individuellen Konsumtion der Gesellschaft. Die konsumtive Endnachfrage erreicht erst während dieser Periode ihr zyklisches Maximum.« (Krüger 2010: 362)[9] Erst in zweiter Instanz oder nachdem die Absatzstockung sich innerhalb der Abteilung I bereits ausgebreitet hat, wird auch das Verhältnis zwischen der Produktionsmittel- und Konsumtionsmittel-Produktion, d.h. die Umsatzprozesse zwischen den Abteilungen aufgrund spezifischer Entwicklungen bei der Konsumnachfrage – relatives Zurückbleiben der »realen« Konsumnachfrage infolge einer Entwertung kontraktbestimmter Einkommen durch die allgemein steigenden Marktpreise für Konsumtionsmittel – betroffen.[10] Die sich entwickelnde Überproduktion von Investitionsgütern als erster Ausdrucksform der zyklischen Krise ergibt sich dabei aus der zyklischen Struktur des Umschlags des fixen Kapitals, genauer: bestimmter aus Maschinerie bestehender sachlicher Elemente desselben, d.h. aus dem zyklischen Akkumulationsrhythmus selbst: Die zyklische Krise ist nicht nur Überproduktionskrise, sondern wesentlich Überakkumulationskrise.

Der zyklische Aufschwung war ausgelöst worden durch eine gesamtwirtschaftlich konzentrierte Ersatzbewegung von fixem Kapital, die ihrerseits das Ergebnis der Kapitalentwertung (moralischer Verschleiß) im vorangegangenen zyklischen Abschwung war. Diese anfängliche Investitionskonjunktur legt bereits den Grundstein für die spätere zyklische Krise als Überakkumulationskrise, denn durch sie werden die Umsatzprozesse, an denen sachliche Bestandteile von fixem Kapital (Maschinerie) beteiligt sind, so strukturiert, dass die gesamte Investitionsgüterproduktion der Abteilung Ia im weiteren Verlauf des Aufschwungs immer stärker nicht mehr von Ersatz-, sondern von den gesamtwirtschaftlichen Erweiterungsinvestiti-

---

leistungsgüter) bzw. IIa: Produktion von notwendigen Lebensmitteln und IIb: Produktion von Luxusgütern (bzw. nicht-reproduktiven Gebrauchswerten); vgl. Krüger 2010: 211ff.)

[9] Vgl. auch MEW 24, 409f.: »*Umgekehrt in der Prosperitätsphase, und namentlich während der Zeit ihrer Schwindelblüte … Nicht nur steigt die Konsumtion notwendiger Lebensmittel; die Arbeiterklasse (in die nun die ganze Reservearmee aktiv eingetreten) nimmt momentanen Anteil an der Konsumtion ihr sonst unzugänglicher Luxusartikel, außerdem auch an der Klasse der notwendigen Konsumtionsmittel, die sonst zum größten Teil ›notwendige‹ Konsumtionsmittel nur für die Kapitalistenklasse bilden, was seinerseits eine Steigerung der Preise hervorruft. Es ist reine Tautologie zu sagen. daß die Krisen aus Mangel an zahlungsfähiger Konsumtion oder an zahlungsfähigen Konsumenten hervorgehn … Will man dieser Tautologie einen Schein tiefrer Begründung dadurch geben, daß man sagt, die Arbeiterklasse erhalte einen zu geringen Teil ihres eignen Produkts, und dem Übelstand werde mithin abgeholfen, sobald sie einen größern Anteil davon empfängt, der Arbeitslohn folglich wächst, so ist nur zu bemerken, daß die Krisen jedesmal gerade vorbereitet werden durch eine Periode, worin der Arbeitslohn allgemein steigt und die Arbeiterklasse realiter größern Anteil an dem für die Konsumtion bestimmten Teil des jährlichen Produkts erhält. … Es scheint also, daß die kapitalistische Produktion vom guten oder bösen Willen unabhängige Bedingungen einschließt, die jene Prosperität der Arbeiterklasse nur momentan zulassen, und zwar immer nur als Sturmvogel einer Krise.«*

[10] Vgl. dazu genauer Krüger 2010: 363ff.

onen abhängig wird.[11] Auch die einfache Reproduktion in Abteilung Ia hängt wegen der zyklischen Umschlagsstruktur des fixen Kapitals innerhalb des Aufschwungs von der eigentlichen Akkumulation durch Rückverwandlung von Mehrwert (Profit) in zuschüssiges Kapital ab. Die Disproportion zwischen dem Angebot und der Nachfrage nach Investitionsgütern bricht auf, wenn die Zunahme der gesamtwirtschaftlichen *Netto*investition (Ausrüstungen) die – wachsende – *Gesamt*produktion an Investitionsgütern nicht mehr gewährleisten kann.

Es genügt für das Aufbrechen dieser Disproportion zwischen Angebot und Nachfrage bei Investitionsgütern, dass die Wachstumsrate der Nettoinvestitionen nicht mehr progressiv zunimmt – und dies ist der Fall, wenn die Bruttoprofite des gesellschaftlichen Gesamtkapitals wegen der zyklisch gestiegenen Geldlöhne beginnen, langsamer zuzunehmen. Eine ab der eigentlichen zyklischen Prosperitätsphase beginnende Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Lohnquote, die nur die schnellere Expansion der gesamtwirtschaftlichen Lohnsumme gegenüber den gesamtwirtschaftlichen Bruttoprofiten zum Ausdruck bringt, signalisiert den absehbaren Übergang in die zyklische Überproduktionsphase, in der die sich entwickelnden Disproportionen immer stärker durch spekulative Erwägungen gegenüber realen Nachfrageentwicklungen – spekulativer Lageraufbau, Preisspekulationen – überdeckt werden. Bei der zyklischen Profitentwicklung sprechen wir bewusst von *Brutto*profiten, um die tatsächlichen Grenzen der Investitionsbewegung mit der Umkehrung oder Rückbindung der expansiven Kreislaufeffekte des Multiplikators – Investitions-Ersparnis- und Investitions-Profit-Effekt – zu betonen; tatsächlich ist die Schranke für die Investitionsentwicklung noch enger gezogen, weil aus den Bruttoprofiten die Zinsen für das Fremdkapital zu entrichten sind. Der Zinssatz ist aber zyklisch nach seinem Minimum zu Beginn der Aufwärtsbewegung infolge der die Investitionsbewegung begleitenden Zunahme der Kapitalkredite nach und nach angestiegen. Solange die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals und der (steigende) Kapitalzinsfuß noch in gleichem Schritt marschierten, kamen die Investitionen sowohl vonseiten der Finanzierungskosten neuer Investitionen als auch vonseiten des Ertrags- und Leverage-Kalküls noch nicht unter Druck; sobald jedoch der Zinsfuß rascher steigt als die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals, die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals nicht mehr zunimmt oder die Zunahme der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals mehr und mehr auf spekulative Investitionsalternativen entfällt, werden die Zinsen neben den Geldlöhnen zu einer zweiten Schranke für die Profitentwicklung (Nettoprofite) und die darauf begründeten Investitionen.

Nur diese Zinsschranke ist bei der monetärkeynsianischen Krisenerklärung im Blick, wie überhaupt die Zinsentwicklung das Prä bei der Krisenbegründung ge-

---

[11] Vgl. MEW 24, 185f.: »*Durch diesen eine Reihe von Jahren umfassenden Zyklus von zusammenhängenden Umschlägen, in welchen das Kapital durch seinen fixen Bestandteil gebannt ist, ergibt sich eine materielle Grundlage der periodischen Krisen, worin das Geschäft aufeinanderfolgende Perioden der Abspannung, mittleren Lebendigkeit, Überstürzung, Krise durchmacht.*«

genüber der Entwicklung der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals zugewiesen bekommt; dies im Gegensatz zu Keynes: »*Es kann Keynes bei der Begründung des Beginns der Krise nicht generell zugestimmt werden. Zunächst erscheint die Sukzession von fallender Grenzleistungsfähigkeit und steigendem Zinssatz zweifelhaft, da bei einer Zerrüttung des Zustandes des Vertrauens der Zinssatz gleichzeitig erhöht wird. Wichtiger ist, daß die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals bei der Krisenauslösung nicht zwingend als die aktive Rate anzusehen ist. Nach der obigen Analyse ist es vielmehr die radikale Erhöhung des Zinssatzes zur Brechung einer eskalierenden Inflation, die nach Marktregeln endogen aus einer längeren Akkumulationsphase entspringt, der härteste endogene Grund zum Abbruch eines Aufschwungs. Die einseitige Betonung der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals bei der Keynesschen Krisenerklärung scheint in der ungenügenden Berücksichtigung von kumulativen Preiseffekten in der Allgemeinen Theorie, in welcher der Zinssatz als Inflationsbremse völlig unterbelichtet ist, begründet.*« (Herr 1986: 182) Es kann nicht überraschen, dass im Rahmen eines Theorieansatzes, in dem die Konstellationen an den Finanzmärkten in den Mittelpunkt gestellt werden und der eine völlig unzureichende Fundierung des Wertschöpfungsbegriffes aufweist, die bei Keynes selbst deutlich vorhandene Bezugnahme auf reproduktiv-realwirtschaftliche Fundamentalbestimmungen gerade bei seiner Kategorie der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals beiseite gewischt wird. Durch die Betonung der Rolle des Zinssatzes wird im monetärkeynesianischen Ansatz die zyklische Krise durch die Geldpolitik der Zentralbank ausgelöst und damit faktisch nach außerhalb des Marktsystems verlagert oder »exogenisiert«: »*Bricht die Zentralbank zur Verhinderung der Erosion des Geldsystems oder zur Erhaltung außenwirtschaftlicher Stabilität einen Aufschwung, so zerstört sie als Reflex auch einen positiven Zustand des Vertrauens mit den entsprechenden marktendogenen Folgen. Hohe Zinsen würgen dann die Investitionstätigkeit ab. Dies löst einen Investitions-Verlust-Mechanismus aus, die Einkommensentwicklung stagniert, es entstehen unausgelastete Kapazitäten. Selbstredend muß in einer solchen Situation die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals – hier als Reflex restriktiver Geldpolitik der Zentralbank – zerfallen.*« (Ebd.) Mit einer solchen Krisenbegründung durch Geldpolitik wird mit der Krise der Konjunkturzyklus, viel stärker als bei Keynes, exogenisiert; was bleibt, sind kumulative Prozesse im Auf- wie im Abschwung.

Von den beiden die Nettoprofitsteigerung – und damit die Investitionsentwicklung – in der Spätphase des zyklischen Aufschwungs restringierenden Kosten, Erzeugungskosten (Geldlöhne) und Kapitalkosten (Zinsen bzw. Zinsfuß), haben die ersteren als Kosten der Produktion einen anderen Stellenwert als die Zinsen als Verteilungsform des Bruttoprofits, denn sie bestimmen letztlich über die Wertschöpfung im Produktionsprozess als Wertbildungs- und Verwertungsprozess.[12] Es ist

[12] Vgl. MEW 23, 661: »*Der charakteristische Lebenslauf der modernen Industrie, die Form eines durch kleinere Schwankungen unterbrochenen zehnjährigen Zyklus von Perioden mittlerer Lebendigkeit, Produktion unter Hochdruck, Krise und Stagnation, be-*

der zyklisch steigende Geldlohn, welcher im Verlauf des Aufschwungs nicht nur rascher als die Profite zu steigen beginnt, sondern schließlich auf Kosten der letzteren zunimmt und somit die von der Nachfrageseite her begründeten kumulativen Kreislaufeffekte beendet. Die sich hierdurch ergebende Schwächung der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals wirkt negativ auf die gesamtwirtschaftlichen (Erweiterungs-)Investitionen und begründet dadurch die beginnende Überproduktion von Investitionsgütern. Der Anstieg der Zinssätze, getrieben durch den Kapitalzinsfuß wirkt als sekundärer Faktor.[13]

Es ist daher der prozessierende Gegensatz zwischen den beiden antagonistischen Revenueformen Lohn und Gewinn, der in letzter Instanz das zugrundeliegende Element auch für die oberflächlich aufscheinende Disproportion zwischen Investition und Konsum ist. Dieser prozessierende Gegensatz zwischen Geldlohn und Gewinn spielt auf Basis der zyklischen Umschlagsbewegung des fixen Kapitals.

Damit ist es auch möglich, einen weiteren offenen Punkt der Keynesschen Analyse des Konjunkturzyklus, die zeitliche Dauer der Aufschwungsphase, auf Basis der Marxschen Krisen- und Zyklustheorie positiv aufzunehmen. Allgemein ergibt sich nämlich, dass die zeitliche Dauer der zyklischen Aufschwungsphase abhängig ist vom jeweiligen Entwicklungsstand des Verhältnisses von Lohn und Profit, also der langfristig-überzyklisch herausgebildeten Höhe der allgemeinen Mehrwertrate. Je höher bereits die Rate des Mehrwerts langfristig im Verlauf der kapitalistischen Akkumulation getrieben worden ist, umso geringer sind die innerzyklischen Spielräume für die steigende Geldlohnbewegung, bevor dieselbe produktionsseitig den zyklischen Gegenschlag hervorruft. Oder auch: je kleiner der Quotient aus während des Zyklus akkumulierten fixen Zusatzkapitalen im Verhältnis zu dem zu Beginn des Zyklus in neuer Form ersetzten fixen Originalkapital – jeweils nur eigentliche Maschinerie –, desto geringer sind die innerzyklischen Spielräume zur fortwäh-

---

ruht auf der beständigen Bildung, größern oder geringern Absorption und Wiederbildung der industriellen Reservearmee oder Übervölkerung. Ihrerseits rekrutieren die Wechselfälle des industriellen Zyklus die Übervölkerung und werden zu einem ihrer energischsten Reproduktionsagentien.«

[13] Jedenfalls gilt diese Statuszuweisung für den industriellen Zyklus unter Bedingungen einer langfristig beschleunigten Kapitalakkumulation (Prosperitätszyklus). Unter Bedingungen einer strukturellen Überakkumulation von Kapital ergeben sich signifikante Veränderungen im Zyklusmuster; insbesondere wird die auf der zyklischen Grundlage des Fixkapitalumschlages spielende Geldlohn-Profit-Bewegung durch eine konsolidierte Unterbeschäftigung und Schwäche der Arbeiterklasse als Nachfrager am Arbeitsmarkt nivelliert. Die Entwicklung der Zinssätze kann unter diesen Bedingungen den Status der krisenauslösenden Variable erhalten (vgl. dazu im folgenden und Krüger 2010: 594ff.). Dies ist aber dann eine grundsätzliche andere Konstellation und Krisenbegründung als über die Geldpolitik der Zentralbank im monetärkeynesianischen Paradigma. Insbesondere steht, von der Möglichkeit einer so genannten Stagflation im Übergang von der beschleunigten Kapitalakkumulation zur strukturellen Überakkumulation abgesehen, nicht die Inflation, sondern eine Deflation am Waren- (und Arbeits-)markt im Fokus des Überakkumulationszyklus (vgl. Krüger 2012: 401ff.).

renden Steigerung der Produktivkraft der Arbeit, die ihrerseits langfristig die Höhe der Mehrwertrate bestimmt. Es ergibt sich so nicht nur eine ziemliche Konstanz der zeitlichen Ausdehnung des zyklischen Aufschwungs in mittleren Fristen, sondern gleichzeitig eine allgemeine Tendenz zu einer langfristigen Verkürzung der Dauer des zyklischen Aufschwungs im Maße, wie die Produktivkraft der Arbeit bereits gesteigert worden ist.[14]

Mit den vorliegend skizzierten Grundbestimmtheiten der zyklischen Krise ist deren allgemeine Ursache oder »Grund« auf das antagonistische Verhältnis zwischen Lohnarbeit und Kapital als Produktionsverhältnis zurückgeführt worden. Wir haben gesehen, dass Keynes, obgleich er diesen Gegensatz zwischen Lohn und Profit als Gegensatz von verschiedenen Produktionsformen nicht kennt, gleichwohl die Grundbestimmungen der zyklischen Krisen ebenfalls innerhalb der ökonomischen Verhältnisse des reproduktiven Zirkels lokalisiert. Die bereits angesprochene Bewegung des Zinsfußes, die für die Vorbereitung der zyklischen Krise zunächst nur sekundäres Moment für die Begrenzung der (Netto-)Profitexpansion und der durch sie induzierten Investitionsentwicklung ist, erhält bei Ausbruch der Krise allerdings die Führungsrolle zugewiesen. Ausbruch der Krise bedeutet Störung der Warenumsätze im kapitalistischen Zirkulationsprozess, Kontraktion des kommerziellen Kredits und dementsprechend anziehende Nachfrage nach baren Zahlungsmittelkrediten. Wegen stockender Zirkulationsprozesse ist die Freisetzung von Geldkapital aus den Zirkulationsprozessen der einzelnen Kapitale, d.h. das Angebot an Geldkapital relativ verringert, gleichzeitig die Nachfrage deutlich angestiegen. Seinen Ausdruck findet diese Konstellation am Geldkapitalmarkt, an dem nun der Zinssatz vom kurzen Ende her ansteigt und gegenüber dem Kapitalzinsfuß kurzfristig die Führung übernimmt. Das zyklische Maximum der Zinssätze drückt die Erscheinung der zyklischen Krise als Liquiditätsklemme aus und markiert den oberen konjunkturellen Wendepunkt als zyklischen Eklat, oder, in Keynes' Worten, als »plötzlichen Zusammenbruch der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals« bei gleichzeitigem Maximum des Geldzinsfußes.

Die Zinsentwicklung wirkt nun ihrerseits als Transmissionsvariable für den Überbau des fiktiven Kapitals, dessen Kurse einbrechen, nachdem für die Dividendenwerte in der letzten Phase des zyklischen Aufschwungs, also innerhalb der der Krise vorhergehenden Phase der zyklischen Überproduktion, das im Verlauf des Aufschwungs erhöhte Zinsniveau durch spekulative Höhenflüge der Erwartungen noch überdeckt worden war. Ihrerseits hatte die Zunahme der Spekulation in fiktivem Kapital, sofern der Kredit hierfür in Anspruch genommen wurde, das Ihrige zu einer Verschärfung des Zinsanstieges beigetragen.

In die Marktkonstellationen sowohl der Märkte des reproduktiven Sektors, die einen zyklischen Anstieg der Marktpreise von Waren und Arbeitskraft zeigen, wie des Finanzmarktes mit seinem ursprünglich vom langen Ende her steigenden Kapitalzinsfuß ist die Geldpolitik der Zentralbank einbezogen. Sie besitzt in der Spätphase

[14] Vgl. dazu ausführlicher Krüger 2010: 398ff.

des zyklischen Aufschwungs einen Spielraum, in welchem Grad sie den marktseitigen Zinsanstieg nachvollziehen oder verschärfen will, um gegebenenfalls Überhitzungstendenzen der Konjunktur bei rasch steigender Inflation entgegenzuwirken; die Reaktion auf außenwirtschaftliche Einflüsse kommt hinzu. Im Extremfall kann es durch eine rigide Geldpolitik der Zentralbank, mit der die Markttendenzen des Zinsgefüges verstärkt werden und die Liquiditäts- und Geldmengenpolitik gegenüber dem Bankensystem restriktiv gefahren wird, zu einem vorzeitigen Abbruch des zyklischen Aufschwungs kommen. Aber es wird dann nur der Zeitpunkt der an und für sich unvermeidlichen zyklischen Krise vorverlegt, indem die naturwüchsig bereits wirkenden Marktentwicklungen verstärkt werden.

Der zyklischen Krise folgt die Phase des Abschwungs, die in der Realität als bloße Wachstumsverlangsamung, Stockung oder Stagnation bis hin zu einer längeren Depression ausgeprägt sein kann. Der Zusammenbruch der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals, ausgelöst durch die Überproduktion in fixem Kapital, verallgemeinert durch den kontraktiven Multiplikatorprozess und verschärft durch den Umschwung der Erwartungen in Pessimismus namentlich aufgrund der sich abrupt verändernden Konstellationen an den Effektenbörsen, hält während dieser Phase des zyklischen Abschwungs an: »*Es ist in der Tat dieser Umstand (Zusammenbruch der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals, S.K.), der die Rezession so hartnäckig macht. Später wird eine Senkung des Zinssatzes eine große Hilfe und wahrscheinlich eine notwendige Bedingung für den Aufschwung sein. Für den Augenblick aber kann der Zusammenbruch der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals so vollständig sein, daß keine durchführbare Senkung des Zinssatzes groß genug sein wird. Wenn eine Senkung des Zinssatzes an sich ein wirksames Heilmittel sein könnte, wäre es möglich, einen Aufschwung ohne beträchtlichen Zeitverlust und durch mehr oder weniger unmittelbar unter der Leitung der Währungsbehörde stehende Mittel zu erreichen. Tatsächlich ist dies aber gewöhnlich nicht der Fall; und es ist nicht so leicht, die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals zu beleben, die nun einmal durch die unkontrollierbare und unbotmäßige Psychologie der Geschäftswelt bestimmt wird. Es ist die Rückkehr des Vertrauens, um in gewöhnlicher Sprache zu reden, die sich in einer Wirtschaftsform des individualistischen Kapitalismus einer Steuerung gegenüber so unzugänglich verhält.*« (AT: 268) Damit jedoch eine »Rückkehr des Vertrauens der Geschäftswelt« möglich wird, sind wiederum objektive ökonomische Fakten notwendig: erst eine zunehmende Knappheit des Kapitals wird seine Grenzleistungsfähigkeit wieder erhöhen. Diese Verknappung des Kapitals geschieht aber nur in einem zeitlichen Prozess der sukzessiven Entwertung des vorhandenen Kapitalstocks. Vorhandene Anlagen und Ausrüstungen müssen altersbedingt ausscheiden oder erweisen sich als nicht mehr wettbewerbsfähig, d.h. verschleißen moralisch vor dem Ende ihrer technischen Nutzungsdauer. Dieser Entwertungsprozess von sachlichen Bestandteilen des gesamtwirtschaftlichen Fixkapitals innerhalb des zyklischen Abschwungs synchronisiert die Umschlagsperioden eines Teils dieses Kapitalbestandes und bereitet so die spätere konzentrierte Neuanlage vor. Die Entwertung

umfasst aber darüber hinaus das Kapital in Warenform, d.h. aufgehäufte Vorratsbestände müssen abgebaut werden.

Für die zeitliche Dauer der Stockung ist nach Keynes die durchschnittliche Lebensdauer von fixem Kapital zur normalen Wachstumsrate des Einkommens von Bedeutung. Sukzessives Ausscheiden ökonomisch verschlissener Kapitalbestandteile erhöht die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals aber nur sukzessive, sodass kein scharfer Wendepunkt beim Übergang aus der Abschwungs- in die erneute Aufschwungsphase zu erwarten ist; dies also im Gegensatz zum oberen Wendepunkt der Konjunktur. Da mittelfristig dieses Verhältnis zwischen der durchschnittlichen Umschlagsdauer des fixen Kapitals und der Zuwachsrate des Gesamteinkommens, d.h. einer vom Stand des Hanges zum Verbrauch abhängigen Rate der laufenden Investition, als beständig anzusehen ist, bedeutet dies, dass die Dauer des zyklischen Abschwungs mittelfristig ebenfalls in etwa konstant sein wird. Wenn wegen der gefallenen Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals die laufende Investition praktisch gleich Null wird, so werden die auf »normalen« Geschäftsgang hin gehaltenen Läger nun überdimensioniert sein. Die Unternehmen werden mit den Durchhaltekosten für überschüssige Läger belastet werden. Erst wenn, unterstützt durch den Preisverfall der gelagerten Waren, sich der Lagerumfang normalisiert, werden die Kosten sinken und die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals auch von dieser Seite wieder sukzessive entlasten.[15]

Führt der Preisverfall des Warenkapitals zu einer allgemeinen Preissenkung im Abschwung (Deflation), wird der Wiederanstieg der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals aber wieder verlangsamt. »*Ich möchte das langsame Tempo der Erholung aus einer Rezession, nachdem der Wendepunkt erreicht worden ist, hauptsächlich der deflationären Wirkung der Verminderung überschüssiger Vorräte auf ein normales Niveau zuschreiben. Zuerst mäßigt die Akkumulation von Vorräten, die eintritt, nachdem der Boom gebrochen war, das Tempo des Zusammenbruchs; aber wir müssen später für diese Erleichterung mit der Dämpfung des darauffolgenden Tempos des Aufschwungs zahlen. Manchmal muß in der Tat die Verminderung der Vorräte erst praktisch beendet sein, bevor irgendein meßbarer Grad von Aufschwung entdeckt werden kann. Denn ein Investitionsvolumen in anderen Richtungen, das genügt, um eine Aufwärtsbewegung zu erzeugen, wenn ihr keine laufende Desinvestition in Vorräten entgegensteht, mag völlig unzulänglich sein, solange es eine solche Desinvestition immer noch gibt.*« (Ebd. 280) Es sind aber nicht nur die Läger für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, sondern auch die Läger für Halbfertig- und

[15] Vgl. AT, 268: »*Die Erklärung des* Zeitelements *im Konjunkturzyklus, der Tatsache, daß ein Zeitraum einer bestimmten Größenordnung gewöhnlich verstreichen muß, bevor der Aufschwung beginnt, ist in den Einflüssen zu suchen, welche die Wiederbelebung der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals steuern. Es gibt Gründe, die erstens durch die Lebenslänge der dauerhaften Vermögenswerte in Relation zur normalen Wachstumsrate in einer gegebenen Epoche gegeben sind, und zweitens durch die Lagerhaltungskosten überschüssiger Vorräte, warum die Dauer der Abwärtsbewegung eine Größenordnung hat, die nicht zufällig ist…*«

Fertigfabrikate, die innerhalb der betrachteten Zyklusphasen eine Rolle spielen.[16] Zuerst, unmittelbar nach der Krise, wird jedoch das beginnende Aufsaugen der Läger, welches eine Desinvestition darstellt, ebenso als Grund für die weitere Entmutigung angesehen wie das mit dem Rückgang des Bestandes an fixem Kapital schrumpfende Arbeitskapital (produktiver Vorrat), welches ebenfalls eine Desinvestition darstellt. Dabei bewegen sich beide Läger im Lauf des Abschwungs und beginnenden Aufschwungs unterschiedlich: in der ersten Phase nach der Krise nehmen die Läger an Umfang zu, das Arbeitskapital schrumpft jedoch bereits relativ. In der zweiten Phase, also der Stockung, nehmen beide im Gleichschritt ab. In der dritten Phase, nachdem der niedrigste Punkt der Konjunktur bereits durchschritten ist und die Investitionen wieder langsam anziehen, verkleinern sich die Läger immer noch, das Arbeitskapital aber nimmt bereits wieder relativ zu, bis in der vierten Phase, dem eigentlichen Aufschwung, beide wieder gleichsinnig wachsen.

In der Tat vollzieht sich während des zyklischen Abschwungs ein »Bereinigungsprozess« der ökonomischen Strukturen und Verhältnisse, der mit dem Begriff der Kapitalentwertung in allen Formen zusammenfassend charakterisiert werden kann: Neben dem Abbau der während der Krise und der ihr nachfolgenden ersten Phase des Abschwungs angeschwollenen Läger und dadurch bedingter Freisetzung von Geldkapital, sind namentlich die Entwertung des fixen Kapitals, vor allem, soweit es aus eigentlichen Ausrüstungen oder Maschinerie besteht, sowie die Senkung der Geldlöhne von Bedeutung. Allerdings ist für die Tiefe (und Dauer) des zyklischen Abschwungs von Bedeutung, ob es Stabilisatoren der konsumtiven Endnachfrage gibt, oder ob der Preisverfall durch Lagerabbau und eine Geldlohnsenkung infolge zunehmender Arbeitslosigkeit sich zu einer gesamtwirtschaftlichen Kontraktion mit allgemeinem Preisverfall ausweitet. Tatsächlich übernimmt die konsumtive Endnachfrage im zyklischen Abschwung eine führende Rolle, während sie im vorangegangenen zyklischen Aufschwung nur passiv den gesamtwirtschaftlichen Wachstumsprozess getragen hatte. Bedeutsam, um den unteren Wendepunkt der Konjunktur auf einem relativ hohen Niveau, d.h. ohne übermäßige volkswirtschaftliche Verluste zu durchlaufen, ist die Balance zwischen den von den Kapitalentwertungsprozessen ausgehenden kontraktiven Impulsen und den durch starre Geldlöhne und Lohnersatzleistungen bedingten stabilisierenden Effekten für die konsumtive Endnachfrage. Der untere zyklischen Wendepunkt wird durchschrit-

[16] Vgl. ebd. 281: »*Fabrikanten, welche das Gewerbe in Gang setzen, um für ein Niveau des Verbrauchs vorzusorgen, das für ein paar Monate später erwartet wird, neigen dazu, kleine Fehlberechnungen zu machen, im allgemeinen in der Richtung, den Tatsachen etwas voranzueilen. Wenn sie ihren Fehler entdecken, müssen sie eine Zeitlang die Produktion unter das Niveau des laufenden Verbrauches einschränken, um die Absorption der überschüssigen Vorräte zu erlauben; und der Unterschied im Tempo zwischen dem etwas Voraneilen und dem Zurückfallen, hat sich in seiner Wirkung auf das laufende Investitionsvolumen als genügend groß erwiesen, um sich ganz deutlich vor dem Hintergrund der in ausgezeichnetem Maße vollständigen Statistiken zu zeigen, die in den Vereinigten Staaten jetzt verfügbar sind.*«

ten, wenn die Kostensituation der Unternehmen wieder verbessert ist und die an die Synchronisierung der Umschlagsbewegung von fixem Kapital anschließende Neuanlage wesentlich in Gestalt von Ersatz- und Rationalisierungsinvestitionen eine gesamtwirtschaftliche Investitionskonjunktur in Gang bringt, die bei dem zyklischen Tiefpunkt der Beschäftigung und der Geldlöhne beginnt und sich nach und nach verallgemeinert.

Flankierend zu der Bereinigung der reproduktiven Verwertungsstrukturen des Kapitals sinkt auch der Geldzinsfuß, nachdem er während der zyklischen Krise sein Maximum erreicht hatte. Keynes hatte zudem darauf hingewiesen, dass die Zentralbank, nachdem die zyklische Preissteigerung am Warenmarkt durch die Krise gebrochen ist, durch das Umschalten auf eine expansivere Geldpolitik diese zyklische Zinssenkung ihrerseits unterstützen und somit auch vonseiten des Finanzmarktes zu einer Bereinigung der Verwertungsstrukturen beitragen kann. Allerdings ist die Einflussnahme der Zentralbank in der Regel auf die kurzfristigen Geldmarktzinssätze beschränkt. Ob und in welcher Geschwindigkeit ein zyklisches Sinken der kurzfristigen Zinsen auch den Kapitalmarktzinsfuß erreicht und sein Niveau herabdrückt, ist aber entscheidend für das Ingangkommen der Investitionen: Sowohl von der Finanzierungsseite als auch vonseiten des Zinsfußes als konkurrierender Ertragsrate zur Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals bedarf das Anspringen der Investitionskonjunktur entsprechender Konstellationen am gesamtwirtschaftlichen Finanzmarkt. Das Sinken des Kapitalzinses wird so zu einer wesentlichen Bedingung für den zyklischen Periodenwechsel.

Ziehen wir ein Resümee: Insgesamt gesehen erweisen sich die Keynesschen »Bemerkungen über den Konjunkturzyklus« als Bestandteil seines Werkes, worin die analysierten Stärken und Schwächen seines ökonomischen Systems einen zusammenfassenden Ausdruck erhalten bzw. sich exakt widerspiegeln. Dadurch, dass er der Investitionsbewegung, und zwar ausgehend von den Bestimmtheiten innerhalb des reproduktiven Zirkels des kapitalistischen Reproduktionsprozesses, den bestimmenden Einfluss für die zyklische Bewegung zuweist und in der Überinvestition auch den letzten Grund der Krise lokalisiert, stellt er den Zusammenhang zwischen der kapitalistischen Organisationsform der Ökonomie und ihren eigentümlichen Bewegungen her: Der letzte Grund des Konjunkturzyklus liegt somit in der Tatsache, dass diese Investitionen in der privaten Verfügungsgewalt der Einzelnen liegen, die sie unter den spezifischen sozio-ökonomischen Bedingungen einer entwickelten Geldwirtschaft vornehmen, d.h. unter Unsicherheit in dem früher näher auseinandergelegten Sinne. Es existiert also keine ex-ante Regulation für den ökonomischen Gesamtzusammenhang, zwischen der einzelwirtschaftlichen und gesamtwirtschaftlichen Rationalität besteht nicht nur ein Spannungsverhältnis, sondern beide stehen in einem Gegensatz zueinander. Da Keynes diesen Gegensatz aber nicht auf den zugrundeliegenden und für die kapitalistische Produktionsweise konstitutiven Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital zurückführt, kann er sich vorstellen, dass über eine Umorganisation der Investitionsbewegung auch der Konjunkturzyklus überwunden werden kann: »*In Zuständen des* laissez-faire *kann*

sich … die Vermeidung großer Schwankungen in der Beschäftigung ohne eine weitgehende Änderung in der Psychologie der Investmentmärkte, die zu erwarten wir keinen Grund haben, als unmöglich erweisen. Ich folgere, daß die Aufgabe, den laufenden Umfang der Investitionen zu regeln, nicht ohne Gefahr in privaten Händen gelassen werden kann.« (Ebd. 271) Und: »*Während ich ein sozial gesteuertes Investitionsvolumen anstrebe (im Hinblick auf eine fortschreitende Abnahme in der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals), würde ich gleichzeitig alle Arten der Politik unterstützen, die die Konsumneigung vermehren.«* (Ebd. 275) Die Befürwortung solcherart gesellschaftlich-staatlich gelenkter Investitionen – die nähere Ausmalung der Bedingungen unterbleibt in der »General Theory« – ist für Keynes dabei explizit nicht gleichbedeutend mit einer Veränderung der Eigentumsverhältnisse an den Produktionsmitteln. Die Keynessche Kritik des Kapitalismus und seine Vorstellungen bezüglich seiner notwendigen Veränderungen werden uns später noch ausführlich beschäftigen.[17] Vorher jedoch sind seine Aussagen zu den langfristigen Entwicklungstendenzen und Widersprüchen der kapitalistischen Produktionsweise zu betrachten.

[17] Vgl. dazu den abschließenden Fünften Abschnitt, Kapitel 13 bis 16 der vorliegenden Abhandlung.

Vierter Abschnitt: Langfristige Entwicklungstendenzen der Kapitalakkumulation

Kapitel 11: Langfristige Entwicklungstendenzen der reproduktiven Kapitalakkumulation

a) Beschleunigte Kapitalakkumulation und strukturelle Überakkumulation von Kapital

Gesetz des tendenziellen Falls der Durchschnittsprofitrate

Die spezifisch kapitalistische Produktionsweise ist dadurch gekennzeichnet, dass durch eine allgeneine Anwendung von Maschinerie innerhalb aller industriellen, kapitalistisch betriebenen Produktionsprozessen in der langen Frist eine beständige Umwälzung der Produktionsbedingungen, d.h. eine beständige Steigerung der Produktivkraft gesellschaftlicher Arbeit zum Zwecke der Erzielung und Vergrößerung des Mehrwerts ins Werk gesetzt wird. Der Ersatz von lebendiger Arbeit durch Maschinerie verbilligt, gesamtwirtschaftlich gesehen, den Wert der Arbeitskräfte und verschiebt somit in jedem produktiven Arbeitstag, den das gesellschaftliche Gesamtkapital anwendet, das Teilungsverhältnis zwischen notwendiger und Surplusarbeitszeit zugunsten der letzteren. Dadurch wird langfristig eine tendenzielle Erhöhung der allgemeinen Rate des Mehrwerts bewerkstelligt.[1] Jedoch ist auf der Basis großindustrieller Produktionsweise diese stete Steigerung der Surplusarbeitszeit auf Kosten der notwendigen Arbeit verbunden mit einer Reduktion der Anzahl gleichzeitiger Arbeitstage, die ein Kapital von gegebener Größe in Bewegung setzen kann. Denn die Steigerung der allgemeinen Rate des Mehrwerts wird erkauft durch eine gleichzeitige Verminderung der insgesamt angewandten lebendigen Arbeit: Die Produktivkraftsteigerung vollzieht sich dadurch, dass Arbeitsfunktionen, die früher durch lebendige Arbeit vollzogen wurden, nunmehr von der Maschinerie übernommen werden (Steigerung der technischen Zusammensetzung des Kapitals). Die Emanzipation des Kapitals von den »Schranken der menschlichen Hand und Kraftentfaltung« geht einher mit der Verringerung der angewandten oder in Bewegung gesetzten wert- und mehrwertschaffenden Potenz. »*Mit der Verallgemeinerung der Maschinerie im selben Produktionszweig sinkt der gesellschaftliche Wert des Maschinenprodukts auf seinen individuellen Wert und macht*

[1] Liegen außerordentliche Bedingungen am gesamtwirtschaftlichen Arbeitsmarkt vor, die die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften in den Stand setzen, eine gleichzeitige Verkürzung des Normalarbeitstages zusammen mit einer Ausdehnung des Arbeitsfonds (Reallohns) durchzusetzen, kann die produktivitätsinduzierte Steigerung der Mehrwertrate blockiert und im Extremfall umgekehrt werden. In den 1950er und 1960er Jahren waren derartige Bedingungen in der Bundesrepublik Deutschland gegeben, die den abhängig Beschäftigten eine Teilhabe an der Steigerung der Arbeitsproduktivität sowie eine nennenswerte Verkürzung der Jahresarbeitszeit ermöglichten, die die allgemeine Mehrwertrate längerfristig erniedrigten und dennoch dem BRD-Gesamtkapital eine beschleunigte Kapitalakkumulation ermöglichten; vgl. zur ausführlichen empirisch-statistischen Analyse Krüger 2010: 191ff.

sich das Gesetz geltend, daß der Mehrwert nicht aus den Arbeitskräften entspringt, welche der Kapitalist durch die Maschine ersetzt hat, sondern umgekehrt aus den Arbeitskräften, welche er an ihr beschäftigt. … Es ist nun klar, daß der Maschinenbetrieb, wie er immer durch Steigerung der Produktivkraft der Arbeit die Mehrarbeit auf Kosten der notwendigen Arbeit ausdehne, dies Resultat nur hervorbringt, indem er die Anzahl der von einem gegebnem Kapital beschäftigten Arbeiter vermindert. Er verwandelt einen Teil des Kapitals, der früher variabel war, d.h. sich in lebendige Arbeit umsetzte, in Maschinerie, also in konstantes Kapital, das keinen Mehrwert produziert. … Es liegt also in der Anwendung der Maschinerie zur Produktion von Mehrwert ein immanenter Widerspruch, *indem sie von den beiden Faktoren des Mehrwerts, den ein Kapital von gegebner Größe liefert, den einen Faktor, die Rate des Mehrwerts, nur dadurch vergrößert, daß sie den andren Faktor, die Arbeiterzahl verkleinert.«* (MEW 23: 429, Herv. S.K.)

Der hier von Marx herausgestellte immanente Widerspruch der Mehrwertproduktion auf entwickelter großindustrieller Grundlage gilt absolut für jeden einzelnen kapitalistischen Betrieb. Es ist stets der positive Ersatz von lebendiger Arbeit durch Maschinerie, wodurch überhaupt die Produktivität der (lebendigen) Arbeit gesteigert wird. Allerdings hängt es von weiteren Bedingungen ab, ob dieser Widerspruch offen zutage tritt: Einerseits gilt, dass eine Maschine umso produktiver ist, je mehr Arbeitskräfte sie überflüssig macht, andererseits jedoch besitzt gerade im maschinenmäßigen Betrieb jeder Produktionsprozess ein hohes Potenzial an Elastizität aufseiten der lebendigen Arbeit: der Arbeitstag kann verlängert oder die Arbeit intensiviert werden; schließlich hängt es vom Ausmaß der Verbilligung des Preises der Arbeitskraft der verbliebenen Arbeitskräfte ab, wieviele Arbeiter mit einer gegebenen Größe des variablen Kapitals beschäftigt werden können; zudem ist der Preis der (neuen) Maschine, die für den anwendenden Kapitalisten eine gegebene Größe ist, dafür verantwortlich, in welchem Grade die gestiegene technische Zusammensetzung des (gegebenen) Kapitals sich in einem Anstieg seiner Wert- oder organischen Zusammensetzung ausdrückt. Endlich führt eine Umwälzung der technologischen Grundlage eines Produktionsprozesses auch zu einer neuen Komposition des Verhältnisses zwischen einfacher Durchschnittsarbeit und komplizierter Arbeit, die die Wertschöpfung einer gegebenen Arbeiteranzahl dauerhaft erhöhen kann.[2]

Gleichwohl ist der Anstieg der organischen Zusammensetzung des gesellschaftlichen Gesamtkapitals in der langen Frist ein »*Gesetz*« (MEW 23: 651) der Produktivkraftentwicklung. In jedem kapitalistischen Produktionsprozess vollzieht sich die Steigerung der Produktivität der Arbeit durch einen Ersatz lebendiger Arbeit durch Maschinerie; diese Steigerung der technischen Kapitalzusammensetzung markiert das eigentliche Prinzip der Produktivkraftentwicklung innerhalb der großen Industrie. Die Verbilligung sowohl der sachlichen Elemente des konstanten

[2] Vgl. zu den innerbetrieblichen Elastizitätspotenzialen ausführlich unsere Darstellung in Krüger 2010: 109ff. sowie 134ff.

Kapitals wie der Arbeit, d.h. des variablen Kapitals pro Beschäftigtem ist jeweils nur der Effekt vorgängiger Produktivitätssteigerungen in denjenigen Produktionsprozessen, die diese Waren als Maschinerie, Rohmaterialien (»Vorleistungsgüter«) und Lebensmittel herstellen. Wenn aufgrund der Ungleichmäßigkeit der Produktivkraftsteigerung in den verschiedenen Produktionszweigen die Preise der eingekauften Produktionselemente (Faktorpreise) bei einigen Einzelkapitalen trotz der in ihren Produktionsprozessen effektiv zugunsten der Maschinerie (und der zu verarbeitenden Rohmaterialien) veränderten Faktoreinsatzproportionen zwischen Produktionsmitteln und lebendiger Arbeit sich so entwickeln, dass sich ein »kapitalsparender technischer Fortschritt« als zusammengesetzter Ausdruck von veränderten Faktoreinsatzmengen und Faktorpreisen ergibt, so handelt es sich hierbei zum einen um die oberflächliche Erscheinungsform der Produktivkraftveränderung als veränderte Ökonomie der toten und lebendigen Arbeit, zum anderen prinzipiell nur um singulär und kürzerfristig auftretende Ausnahmefälle. Für die lange Frist und für das gesellschaftliche Gesamtkapital als Ganzes ist die Steigerung der Produktivkraft der Arbeit gleichbedeutend mit dem »arbeitssparenden technischen Fortschritt mit Kapitalmehraufwand«.[3]

Steigerung der organischen Durchschnittszusammensetzung des Kapitals und Steigerung der allgemeinen Rate des Mehrwerts sind die beiden in der langen Frist wirkenden Ausdrucksweisen der Produktivitätserhöhung der lebendigen Arbeit in den Wertstrukturen. Beide Tendenzen bewirken einen langfristigen und graduellen Fall der allgemeinen Rate des Profits $p' = M / (C+V)$. Zwar wirkt die Erhöhung der allgemeinen Rate des Mehrwerts dem Fall der Profitrate entgegen, jedoch nehmen die Zuwächse an Mehrwertmasse, die aus jedem einzelnen produktiven Arbeitstag gewonnen werden, sukzessive ab im Maße wie die Mehrwertrate bereits gesteigert worden ist. Im Fortschritt der kapitalistischen Produktion ist daher jeder Zuwachs an gesamtwirtschaftlicher Mehrwertmasse mit einem stets zunehmenden Aufwand an konstantem Kapital erkauft, sodass dieser konstante Kapitalvorschuss ΔC notwendig rascher expandiert als der Zuwachs an Mehrwertmasse für das gesellschaftliche Gesamtkapital ΔM.

Aufgrund des immanenten Widerspruches der kapitalistischen Mehrwertproduktion, der innerhalb des unmittelbaren Produktionsprozesses das widersprüch-

[3] Sonderfälle, die auch längerfristig wirken, können sich nur bei einem Import von Produktionsmitteln ergeben, da die Wert- und Preisentwicklung dieser importierten Waren nicht der Produktivkraftentwicklung in der Binnenwirtschaft geschuldet ist. Für die industriellen Metropolen war dieser Umstand für längere Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg bedeutsam im Hinblick auf ihre Rohstoffimporte, deren Preisentwicklung durch die Aufschließung produktiverer Abbaustätten in den Ländern der Peripherie des Weltmarktes der Steigerung der Wertzusammensetzung der entwickelten Nationalkapitale entgegenwirkte. Außerordentliche natürliche Ergiebigkeiten dieser Rohstofflagerstätten konstituierten neben der Entwicklung der Fördermethoden durch vermehrten Kapitaleinsatz der extraktiven Industrien einen Sonderfall, der die Kapitalakkumulation in den industriellen Metropolen eine Zeitlang in spezifischer Weise begünstigte.

liche Verhältnis zwischen Produktivkräften und kapitalistischen Produktionsverhältnissen zum Ausdruck bringt, wäre jedoch die gegensätzliche Bewegung von Mehrwert- und Profitrate bereits nach kurzer Zeit wegen der Abnahme produktiver Arbeitskräfte mit einer Reduktion an gesamtwirtschaftlicher Mehrwert- bzw. Profitmasse verbunden.[4] Dieser Entwicklung wird jedoch entgegengewirkt durch die gleichzeitige Erhöhung der Stufenleiter der Reproduktion durch die Akkumulation von Kapital. Durch die Verwandlung eines Teiles der Mehrwertmasse in zuschüssiges Kapital, konstantes wie variables, wachsen die einzelnen Kapitale wie das gesellschaftliche Gesamtkapital und werden sie in die Lage versetzt, mit der Steigerung der produktiven Beschäftigung die Produktion des Wertprodukts und seines Mehrwert bzw. Profit darstellenden Bestandteils zu erhöhen. Das Gesetz der mit der Produktivkraftentwicklung steigenden organischen Zusammensetzung des gesellschaftlichen Gesamtkapitals führt somit nicht zu einer absoluten, sondern nur zu einer relativen Abnahme des variablen Kapitalteils gegenüber dem konstanten. Beide wachsen absolut, die Anzahl produktiver Arbeitskräfte wächst ebenfalls in der langen Frist, daher expandiert auch die gesamtwirtschaftliche Mehrwert- bzw. Profitmasse. Der Akkumulationsprozess des Kapitals schafft so die Bewegungsformen für den immanenten Widerspruch der kapitalistischen Mehrwertproduktion.

Neben der wertmäßigen Zunahme aller Bestandteile des Gesamtkapitalvorschusses und seines Produkts, des gesamtwirtschaftlichen Produktenwerts, vollzieht sich innerhalb des Akkumulationsprozesses in der langen Frist eine noch größere Steigerung der Anzahl produzierter Gebrauchswerte; dies ist direkter Ausdruck der Steigerung der Produktivität der Arbeit. Der Wert oder Preis jedes einzelnen Produkts fällt, sein den produzierten Neuwert darstellender Bestandteile sogar direkt umgekehrt proportional zu der Steigerungsrate der Arbeitsproduktivität. Damit ist eine gegebene Wertgröße in eine wachsende Anzahl von Gebrauchswerten umzusetzen, seien dies nun Produktionsmittel (Maschinerie, Rohstoffe etc.) oder, bei sinkenden Werten der Konsumtionsmittel, Arbeitskräfte. Da innerhalb des Produktionsprozesses nicht Wertgrößen, sondern die lebendige Arbeit und die Produktionsmittel als Gebrauchswerte aufeinander wirken – nur dadurch vollzieht sich neben der Werterhaltung der vernutzten Produktionsmittel auch die Neuwertschöpfung –, wirken Arbeits- und Wertbildungs- bzw. Verwertungsprozess durch die sich innerhalb der Akkumulation des Kapitals vollziehende Produktivkraftsteigerung wechselseitig aufeinander: Steigende Kapitalvorschüsse als Wertgrößen setzen aufgrund der Verbilligung der einzelnen Produkte stärker als das Wertwachstum zunehmende Massen an Produktionsmitteln und Arbeitskraft in Bewegung, die wiederum innerhalb des Produktionsprozesses ein wachsendes Produkt herstellen und damit steigende Wertquanta schöpfen. Dieses Sich-Ineinander-Reflektieren von Arbeits- und

[4] Die Kategorien Mehrwert- und Profitmasse werden vorliegend als gesamtwirtschaftliche Größen synonym gebraucht, wohl wissend, dass die – sachlichen und persönlichen – Zirkulationskosten ZK die Mehrwertmasse schmälern und unter die Kategorien des Kapitalvorschusses rubriziert werden, sodass gilt: P = M – ZK.

Verwertungsprozess als prozessierende Bewegung bringt eine beschleunigte Akkumulation des Kapitals hervor.[5]

Die beschleunigte Akkumulation bezeichnet aber darüber hinaus noch einen weiteren Sachverhalt. Wir haben bereits gesehen, dass sich die Steigerung der Produktivkraft der Arbeit in einer steigenden Rate des Mehrwerts und einer fallenden allgemeinen Rate des Profits ausdrückt. Das gleichzeitige Wachstum der Anzahl produktiv beschäftigter Arbeitskräfte innerhalb des Reproduktionsprozesses des gesellschaftlichen Gesamtkapitals führt aber trotz der fallenden Rate des Profits zu einer absolut steigenden Masse an Profit. Fall der Rate und Wachstum der Masse des Profits, jeweils in gesamtwirtschaftlicher Dimension, sind die Entwicklungsformen, innerhalb deren sich der immanente Widerspruch der Mehrwertproduktion langfristig bewegen kann. Damit ist zugleich ein bestimmtes Maß an Wachstum des fungierenden produktiven Gesamtkapitals, d.h. eine bestimmte Akkumulationsrate unterstellt: »*Damit die Profitmasse bei abnehmender Profitrate gleichbleibe, muß der Multiplikator, der das Wachstum des Gesamtkapitals anzeigt, gleich sein dem*

---

[5] Vgl. MEW 23, 631ff.: »*Mit der Produktivkraft der Arbeit wächst die Produktenmasse, worin sich ein bestimmter Wert, also auch Mehrwert von gegebner Größe, darstellt. Bei gleichbleibender und selbst fallender Rate des Mehrwerts, sofern sie nur langsamer fällt als die Produktivkraft der Arbeit steigt, wächst die Masse des Mehrprodukts. Bei gleichbleibender Teilung desselben in Revenue und Zusatzkapital kann daher die Konsumtion des Kapitalisten wachsen ohne Abnahme des Akkumulationsfonds. Die proportionelle Größe des Akkumulationsfonds kann selbst auf Kosten des Konsumtionsfonds wachsen, während die Verwohlfeilerung der Waren dem Kapitalisten ebenso viele oder mehr Genußmittel als vorher zur Verfügung stellt. Aber mit der wachsenden Produktivität der Arbeit geht … die Verwohlfeilerung des Arbeiters, also wachsende Rate des Mehrwerts Hand in Hand, selbst wenn der reelle Arbeitslohn steigt. Er steigt nie verhältnismäßig mit der Produktivität der Arbeit. Derselbe variable Kapitalwert setzt also mehr Arbeitskraft und daher mehr Arbeit in Bewegung. Derselbe konstante Kapitalwert stellt sich in mehr Produktionsmitteln, d.h. mehr Arbeitsmitteln, Arbeitsmaterial und Hilfsstoffen dar, liefert also sowohl mehr Produktbildner als Wertbildner oder Arbeitseinsauger. Bei gleichbleibendem und selbst abnehmendem Wert des Zusatzkapitals findet daher eine* beschleunigte Akkumulation *statt. Nicht nur erweitert sich die Stufenleiter der Produktion stofflich, sondern die Produktion des Mehrwerts wächst schneller als der Wert des Zusatzkapitals. Die Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit reagiert auch auf das Originalkapital oder das bereits im Produktionsprozeß befindliche Kapital. Ein Teil des funktionierenden konstanten Kapitals besteht aus Arbeitsmitteln, wie Maschinerie usw., die nur in längeren Perioden konsumiert und daher reproduziert oder durch neue Exemplare derselben Art ersetzt werden. Aber jedes Jahr stirbt ein Teil dieser Arbeitsmittel ab oder erreicht das Endziel seiner produktiven Funktion. Er befindet sich daher jedes Jahr im Stadium seiner periodischen Reproduktion oder seines Ersatzes durch neue Exemplare derselben Art. Hat die Produktivkraft der Arbeit sich in der Geburtsstätte dieser Arbeitsmittel erweitert, und sie entwickelt sich fortwährend mit dem ununterbrochnen Fluß der Wissenschaft und der Technik, so tritt wirkungsvollere und, ihren Leistungsumfang betrachtet, wohlfeilere Maschinerie, Werkzeug, Apparat usw. an die Stelle der alten. Das alte Kapital wird in einer produktiveren Form reproduziert, abgesehn von der fortwährenden Detailveränderung an den vorhandnen Arbeitsmitteln.« (Herv. S.K.)*

Divisor, der das Fallen der Profitrate anzeigt. … Soll es (das Resultat: die Profitmasse, S.K.) dagegen wachsen, so muß das Kapital in größerer Proportion wachsen als die Profitrate fällt. In anderen Worten: Damit der variable Bestandteil des Gesamtkapitals nicht nur absolut derselbe bleibe, sondern absolut wachse, obgleich sein Prozentsatz als Teil des Gesamtkapitals fällt, muß das Gesamtkapital in stärkerem Verhältnis wachsen als der Prozentsatz des variablen Kapitals fällt.« (MEW 25: 232f.) Es gilt somit als Wachstumsgesetz, dass die Akkumulationsrate des gesellschaftlichen Gesamtkapitals g in der langen Frist über der Progression des Profitratenfalls $\hat{p}'$ liegen muss, um eine absolut steigende Profitmasse für das gesellschaftliche Gesamtkapital zu produzieren. »*Es folgt hieraus, daß, je mehr sich die kapitalistische Produktionsweise entwickelt, eine immer größere Kapitalmenge nötig ist, um dieselbe oder mehr noch, eine wachsende Arbeitskraft zu beschäftigen.«* (Ebd. 233)

Damit hat sich die Grundbestimmung der beschleunigten Akkumulation weiterentwickelt: Nur wenn die bestimmten quantitativen Bedingungen innerhalb des Akkumulationsprozesses des gesellschaftlichen Gesamtkapitals eingehalten werden können, findet der immanente Widerspruch der Mehrwertproduktion in der langen Frist seine »ruhige« Bewegungsform. Es gibt also eine bestimmte Akkumulationsrate, die erreicht werden muss, um eine beschleunigte Kapitalakkumulation überzyklisch zu bewerkstelligen und dem Trieb des Kapitals nach wachsender Verwertung zu genügen.

Übergang der beschleunigten Akkumulation in strukturelle Überakkumulation von Kapital

Bisher wurde unterstellt, dass die Mehrwert- oder Profitmasse des gesellschaftlichen Gesamtkapitals hinreichend groß ist, um nach Abzug der individuell konsumierten Bestandteile derselben einen Akkumulationsfonds bereitzustellen, der eine über dem Profitratenfall liegende Akkumulationsrate des Gesamtkapitals ermöglicht. Damit zeigt sich, dass die Profitmasse sowohl Resultat wie Voraussetzung des beschleunigten Verlaufs des kapitalistischen Akkumulationsprozesses ist. Der Fall der allgemeinen Profitrate sagt jedoch schon, dass das Wachstum der Profitmasse niedriger ist als das Wachstum des Gesamtkapitalvorschusses. Es folgt daher, dass es mit dem Fortschritt der Kapitalakkumulation langfristig schwieriger wird, einen Akkumulationsfonds für die Aufrechterhaltung der beschleunigten Akkumulation bereitzustellen. Das zwieschlächtige Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate – Fall der Rate, Wachstum der Masse des Profits – beherbergt in sich ein widersprüchliches Verhältnis zwischen der Rate und (wertmäßigen) Masse der Kapitalakkumulation. Die Masse der Akkumulation ist in erster Instanz ein Teil der gesamtwirtschaftlichen Profitmasse, in weiterer Instanz, vermittelt über das Kreditsystem, ein Teil des gesellschaftlichen Nationaleinkommens, dessen Anteilswert durch die Akkumulationsquote a' bezeichnet wird. Da nun die Expansion der Profitmasse in der langen Frist abnimmt und auch die Summe der Primärlöhne der produktiven und kommerziellen Lohnarbeiter des gesellschaftlichen Gesamtkapitals durch den

Mechanismus der Kapitalakkumulation in ihrem Wachstum begrenzt wird – beides sind nur die weiterentwickelten Ausdrücke der oben betrachteten Entwicklungsgesetze, dass der Zuwachs an konstantem Kapital und der Zuwachs an Mehrwert eine Scherenentwicklung durchlaufen und das Wachstum des variablen Kapitals (inkl. Lohnfonds der unproduktiven Lohnarbeiter des Kapitals) mit der Steigerung der Produktivkraft der Arbeit langfristig abnimmt –, ist trotz einer steigenden Akkumulationsquote die Akkumulationsrate des gesellschaftlichen Gesamtkapitals langfristig fallend: Die Steigerungsrate der wertmäßigen Akkumulationsmasse nimmt im Verlauf der beschleunigten Akkumulation ab; trotz wachsendem stofflichen Umfang des Akkumulationsfonds fordert die steigende technische Kapitalzusammensetzung ihren Tribut und wird das variable Gesamtkapital immer weniger Index einer zunehmenden produktiven Beschäftigung, vielmehr Ausdruck einer sukzessiven Reduzierung der Anzahl gleichzeitig anwendbarer (produktiver) Arbeitstage. Die Dynamik der Kapitalakkumulation erhält einen Gegenschlag, wenn die vorhandene Profitmasse nicht mehr ausreicht, ein Zusatzkapital bereitzustellen, welches ausreichend ist, um bei dem erreichten Entwicklungsstand der technischen und organischen Zusammensetzung des Kapitals die Anzahl der beschäftigten produktiven Arbeiter auf einem Niveau zu halten, welches eine weiterhin steigende Profitmasse in gesamtwirtschaftlicher Dimension produziert. Sinkt die Akkumulationsrate des gesellschaftlichen Gesamtkapitals unter den Wert, welcher die allgemeine Profitrate vermindert – $a' < \hat{p}'$ –, macht die beschleunigte Akkumulation einer Überakkumulation von Kapital Platz, und zwar einer Überakkumulation, die nicht zyklisch durch eine auf Kosten der Profitsteigerung gehende Geldlohnentwicklung hervorgebracht und zyklisch wieder aufgelöst wird, sondern einer strukturellen Überakkumulation von Kapital, die in langfristigen Verschiebungen in den Verwertungsstrukturen des gesellschaftlichen Gesamtkapitals wurzelt, mit denen der immanente Widerspruch der Mehrwertproduktion als Widerspruch zwischen Produktivkräften und ihren kapitalistischen Produktionsverhältnissen aufbricht.

Es ist somit die Wachstumsrate der gesamtwirtschaftlichen Profitmasse, die über das Schicksal der Kapitalakkumulation in der langen Frist entscheidet. Neben den bisher betrachteten primären, aus dem unmittelbaren Produktionsprozess entspringenden Einflussfaktoren wirken weitere Determinanten, und zwar sowohl in expansiver wie kontraktiver Richtung auf diese Schlüsselgröße. An expansiven Faktoren sind zu nennen a) eine veränderte Zusammensetzung des produktiven Gesamtarbeiters nach einfachen und komplizierten Arbeitsarten, wodurch ein nominell gleich gebliebenes gesamtgesellschaftliches Arbeitsquantum unterschiedliche, d.h. ggf. höhere Wertschöpfungsbeiträge erbringt; bleibt der Lohnunterschied der potenzierten Arbeit gegenüber der einfachen Durchschnittsarbeit hinter deren Wertschöpfungsdifferential zurück, wächst nicht nur das Wertprodukt, sondern steigt auch die Mehrwertrate. In einer vergleichbaren Weise wirken b) die reproduktiven Außenwirtschaftstransaktionen des Nationalkapitals, wenn die produktive Nationalarbeit durch international überdurchschnittliche Steigerungen ihrer Produktivität, Intensität und Qualität auf der internationalen Stufenleiter der Nationalarbeiten

aufsteigt bzw. gegenüber der universellen Arbeit auf dem Weltmarkt eine höhere Bewertung ihrer Wertschöpfungspotenz erfährt. Eine solche Höherbewertung der nationalen produktiven Gesamtarbeit befördert die Kapitalakkumulation durch potenzierte Verwertung der in den Exporten vergegenständlichten Arbeit und Steigerung der Kaufkraft nationaler Wertgrößen gegenüber Importen aus dem Ausland.[6] Diesen in expansiver Richtung wirkenden und daher die nationale Kapitalakkumulation befördernden bzw. ihre beschleunigte Verlaufsform verlängernden Faktoren stehen c) als restriktive Einflüsse alle die Profitmasse schmälernden Kapitalentwertungen gegenüber, die neben den Verlusten der jeweiligen zyklischen Krisen mit der produktivitätsbedingten Verbilligung der Einzelpreise der Waren die langlebigen Bestandteile des fixen Kapitals entwerten. Aber wie stark diese Faktoren auch immer zur Geltung kommen, sie besitzen systematisch einen gegenüber den fundamentalen Bestimmungsgründen aus dem unmittelbaren Produktionsprozess abgeleiteten Stellenwert und können nur nachgeordnete Modifikationen bewirken. An der aus dem immanenten Widerspruch der Mehrwertproduktion sich ergebenden Endlichkeit einer Periode beschleunigter Kapitalakkumulation und ihrer Ablösung durch eine strukturell gewachsene Überakkumulation von Kapital ändern alle diese Faktoren nichts.

Die Überakkumulation schließt das Paradoxon ein, dass einerseits zu wenig Mehrwert und zuschüssiges Kapital produziert wird, um die Akkumulation für das gesellschaftliche Gesamtkapital in beschleunigter Form fortzusetzen. Akkumulation von Kapital unter diesen Bedingungen bedeutet zunehmend Verdrängung des einen Kapitals durch ein anderes. Im Ergebnis solcher Kapitalneuanlagen auf Kosten bereits fungierender Kapitale nehmen die entwertungsbedingten Verluste an Profitmasse in gesamtwirtschaftlicher Dimension zu und der kapitalistische Reproduktionsprozess erhält eine nach innen gerichtete, also potenziell kontraktive Entwicklungstendenz. Durch diesen Verdrängungswettbewerb zwischen einzelnen Kapitalen und die aufgrund des gesunkenen Niveaus der allgemeinen Profitrate blockierte Expansion des gesamtwirtschaftlichen Reproduktionsprozesses offenbart sich andererseits, dass zu viel Kapital für den Zweck der kapitalistischen Produktion existiert.[7] Unbeschäftigtes Kapital und zunehmende Repulsion von Arbeitskräften, d.h. unbeschäftigte Arbeitsbevölkerung sind jetzt zwei Seiten ein und derselben Medaille. »*(Die) Plethora des Kapitals erwächst aus denselben Umständen, die eine relative Übervölkerung hervorrufen, und ist daher eine diese letztre ergänzende Erscheinung, obgleich beide auf entgegengesetzten Polen stehn, unbeschäftigtes Kapital auf der einen und unbeschäftigte Arbeiterbevölkerung auf der andren*

[6] Zu den Einflüssen der Außenwirtschaftstransaktionen vgl. ausführlicher Krüger 2010: 725ff.

[7] Vgl. MEW 25, 266: »*Überproduktion von Kapital heißt nie etwas andres als Überproduktion von Produktionsmitteln – Arbeits- und Lebensmitteln –, die als Kapital fungieren können, d.h. zur Ausbeutung der Arbeit zu einem gegebnen Exploitationsgrad angewandt werden können.*«

Seite.« (MEW 25: 261) Das Paradox besteht also darin, dass zu wenig Kapital existiert, um den Fortschritt der beschleunigten Akkumulation zu gewährleisten, dieses Zuwenig an Kapital sich andererseits als überschüssiges Kapital darstellt, weil es nicht genügend produktive Arbeitskräfte beschäftigen kann, um eine weitere Steigerung der Mehrwert- bzw. Profitmasse hervorzubringen.

Dieses in der kapitalistischen Verdrängungskonkurrenz herausgesetzte Plethora-Kapital wird vornehmlich repräsentiert durch Kapital, »*für das der Fall der Profitrate nicht durch seine Masse aufgewogen wird – und dies sind immer die neu sich bildenden frischen Kapitalableger – oder ... die Plethora, welche diese, für sich selbst zur eignen Aktion unfähigen Kapitale den Leitern der großen Geschäftszweige in der Form des Kredits zur Verfügung stellt«* (ebd.). Waren zunächst tendenzieller Fall der allgemeinen Profitrate und beschleunigte Akkumulation des gesellschaftlichen Gesamtkapitals nur zwei verschiedene Ausdrucksweisen desselben Sachverhalts, so provoziert nun die auf ein bestimmtes Niveau gefallene Profitrate – genauer: die in die Nähe oder auf das Niveau des Geldzinsfußes (Kapitalzins) gesunkene Profitrate[8] – eine Fehlallokation von Kapital, welches auf die »*Bahn der Abenteuer«* (ebd.) gelenkt wird. Die Akkumulation verlagert sich auf die Akkumulation von Geldkapital und deren Anlageformen, die jedoch keine reproduktiven oder Wertschöpfungsvorgänge induzieren, sondern über konsumtive Kreditformen – öffentlicher und privater Konsumkredit – entweder nur stabilisierend wirken oder gar als Teil der gewachsenen Spekulationskasse bloß die Finanzmärkte bevölkern und überhaupt nicht mehr in die reproduktive Sphäre des Reproduktionsprozesses einbezogen werden.

Die aus den Produktionsstrukturen begründete strukturelle Überakkumulation von Kapital drückt sich auch in den gesellschaftlichen Distributionsverhältnissen aus. Das wachsende Wertprodukt des gesellschaftlichen Kapitals bedeutet ein steigendes Nationaleinkommen, welches nur durch den Akkumulationstrieb, d.h. einen wachsenden Akkumulationsfonds, der sich vorgängig als gesamtwirtschaftliche Ersparnis niederschlägt, begrenzt wird. Solange die beschleunigte Akkumulation vorangeht, bildet die absolut wachsende Verbrauchsnachfrage oder individuelle Konsumtion eine innere Stütze des gesamtwirtschaftlichen Wachstumsprozesses. Zwischen dem Verbrauch der Gesellschaft und der Produktion insgesamt muss ein bestimmtes Verhältnis bestehen. Sowohl Keynes als auch Marx heben hervor, dass der Verbrauch die letztendliche Grundlage aller Produktion ist: »*(Es findet eine Zirkulation von konstantem Kapital innerhalb der Abteilung I statt), die insofern zunächst unabhängig ist von der individuellen Konsumtion, als sie nie in dieselbe eingeht, die aber doch durch sie definitiv begrenzt ist, insofern die Produktion von konstantem Kapital nie seiner selbst wegen stattfindet, sondern nur, weil mehr davon gebraucht wird in den Produktionsprozessen, deren Produkte in die individuelle Konsumtion eingehn«* (ebd. 316f.). Obgleich die Konsumtionskraft der Gesellschaft absolut wächst, vermindert sich ihr Anteil am Wertprodukt wegen des Akkumula-

[8] Wir kommen hierauf im nachstehenden Kapitel 12 noch ausführlicher zurück.

tionstriebs des Kapitals, der die Rückverwandlung eines Teil des Profits in zusätzliches (konstantes) Kapital beansprucht. Das im Produktionsprozess herrschende Gesetz der Reduktion der notwendigen Arbeitszeit, d.h. der Antagonismus zwischen Arbeitslohn und Profit, drückt sich in der Distributionssphäre als Widerspruch zwischen Konsumtionskraft der Gesellschaft und Akkumulationskraft des Kapitals aus. Die relative Verminderung des gesellschaftlichen Verbrauchs bei gleichzeitiger Ausdehnung des Wertprodukts ist somit Gesetz im kapitalistischen Reproduktionsprozess. »*Diese letztere (die Konsumtionskraft der Gesellschaft, S.K.) ist aber weder bestimmt durch die absolute Produktionskraft noch durch die absolute Konsumtionskraft, sondern durch die Konsumtionskraft auf Basis antagonistischer Distributionsverhältnisse, welche die Konsumtion der großen Masse der Gesellschaft auf ein nur innerhalb enger Grenzen veränderliches Minimum reduziert. Sie ist ferner beschränkt durch den Akkumulationstrieb, den Trieb nach Vergrößerung des Kapitals und nach Produktion von Mehrwert auf erweiterter Stufenleiter.*« (Ebd. 254) Eine relative Einschränkung des gesamtgesellschaftlichen Verbrauchs restringiert daher von der Nachfrageseite her den gesamtwirtschaftlichen Wachstumsprozess und führt dergestalt zur Brachlegung und Vernichtung von Kapital.

Wenn im Fortgang der beschleunigten Akkumulation die wachsende Verbrauchsnachfrage diesen Prozess stützt, so tritt mit der Überakkumulation eine umgekehrte Wirkung ein. Die Reduktion der Zahl produktiver Arbeiter muss über kurz oder lang die gesamtwirtschaftliche Verbrauchsnachfrage begrenzen, auch wenn sie teilweise durch die individuelle Konsumtion der Kapitalistenklasse und andere unproduktive, d.h. nur konsumierende Personenrubriken kompensiert wird. Der Übergangsprozess zu einer Kontraktion der konsumtiven Gesamtnachfrage wird unter entwickelten Verhältnissen der kapitalistischen Produktionsweise durch zunächst noch starre Geldlöhne und die in der Vergangenheit errichteten institutionellen Nachfragestabilisatoren des modernen Sozialstaats eine Zeitlang überdeckt.[9] Diese nachfrageseitige Stabilisierung des Reproduktionsprozesses funktioniert allerdings nur für eine begrenzte Entwicklungsphase; allgemein gilt: »*Je mehr sich aber die Produktivkraft entwickelt, um so mehr gerät sie in Widerspruch mit der engen Basis, worauf die Konsumtionsverhältnisse beruhn. Es ist auf dieser widerspruchsvollen Basis durchaus kein Widerspruch, daß Übermaß von Kapital verbunden ist mit wachsendem Übermaß von Bevölkerung; denn obgleich beide zusammengebracht, die Masse des produzierten Mehrwerts sich steigern würde, steigert sich eben damit der Widerspruch zwischen den Bedingungen, worin dieser Mehr-*

[9] Ein besonderes Phänomen dieser Übergangssituation ist die so genannte Stagflation, d.h. eine Inflationierung der Warenpreise, die aber über eine relative Gewinninflation keinen Umschwung des gesamtwirtschaftlichen Wachstums- und Akkumulationsprozess hervorbringt. Ersteres ist bedingt durch die fortbestehende relative Stärke der Arbeiterklasse und ihrer Gewerkschaften, die mit der Verhinderung absoluter Senkungen der Geldlöhne eine Deflation der Warenpreise verhindert, letzteres ist Konsequenz der strukturellen Überakkumulation, d.h. einer durch die gedrückte allgemeine Profitrate blockierten Akkumulationsbewegung; vgl. dazu Krüger 2012: 406ff.

wert produziert, und den Bedingungen, worin er realisiert wird.« (Ebd. 255) Je kleiner die Verbrauchsnachfrage im Verhältnis zur Gesamtwarenmasse bereits geworden ist, desto größer sind die von ihr ausgehenden kontraktiven Wirkungen auf die Produktion und Reproduktion. In dieser Weise macht sich der Antagonismus der Distributionsverhältnisse geltend. In den oberflächlichen Formen von Angebot und Nachfrage erscheint die strukturelle Überakkumulation von Kapital als Reichlichkeit der Kapitalausrüstung im Verhältnis zur Verbrauchsnachfrage.

Neben der Prognostizierung der Perspektive einer Überreichlichkeit von Kapital zeigt sich eine weitere Parallelität in der Marxschen und Keynesschen Argumentation. Bei steigendem Wertprodukt, also steigendem Einkommen der Gesellschaft, geht der Anteil der Verbrauchsnachfrage zurück. Keynes begründet diese Entwicklung aus dem »psychologischen Gesetz«, dass das Gemeinwesen bei steigendem Einkommen einen größer werdenden Teil desselben spare, Marx hingegen aus dem Antagonismus der Distributionsverhältnisse. Es ist beidemal die Größe des nicht verbrauchten Teils, aus dem die Probleme der kapitalistischen Produktionsweise erwachsen. In der langen Frist werden die Investitionen ungenügend, das gegebene Niveau des Einkommens und der Beschäftigung zu garantieren – in der Ursachenanalyse liegen die Unterschiede. In der Überakkumulationssituation erscheint ein Zuwenig als ein Zuviel an Kapital, als ein Kapitalvorschuss, der nicht mehr produktiv investiert wird und daher keine zuschüssigen Arbeitskräfte mehr attrahiert. Dieses Plethora-Kapital muss als Ersparnis erscheinen, die nicht nachfragewirksam wird, in Keynes' Terminologie also keine Investitionen bildet, sodass in der Folge das angebotene Einkommen und die Beschäftigung sinken müssen.

Keynes' Analyse der langfristigen Entwicklung setzt also an zwei Erscheinungsformen der Überakkumulation an, nämlich an der zunehmenden Reichlichkeit oder abnehmenden Knappheit des Kapitals und am zunehmenden Umfang desjenigen Teils des Einkommens, der nicht konsumiert wird und den er als nichtnachfragewirksame Ersparnis bezeichnet. Beide Tatbestände hängen zusammen; sie lassen sich in der Formel eines Gegensatzes zwischen Produktion und Konsumtion zusammenfassen.

Die dem Fall der Profitrate entgegenwirkenden Faktoren wirken auch der strukturellen Überakkumulation von Kapital entgegen. Sie können die Richtung der langfristigen Entwicklungstendenzen nicht umkehren, sondern diese Entwicklung nur verzögern. Strukturelle Überakkumulation von Kapital heißt nicht, dass die kapitalistische Produktionsweise geradewegs in ein wie auch immer vorgestelltes Endstadium eintritt oder gar in einen automatischen Zusammenbruch hineinläuft. Sie offenbart allerdings den bloß historischen Charakter des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Systems und in diesem Sinne eine Systemkrise, die auch zu massiven Verwerfungen im System selbst führen kann. Zweimal ist es in der bisherigen Geschichte des Kapitalismus zu einer derartigen Systemkrise gekommen. Das erste Mal bildete die Weltwirtschaftskrise und die nachfolgende Depression ab 1929 und in den 1930er Jahren die realgeschichtliche Folie für Keynes' »General Theory«. Die Umwälzungen in der Produktivkraftentwicklung und Organisation des gesell-

schaftlichen Produktionsprozesses mit dem neuen Rationalisierungsparadigma des Taylorismus und der Herausbildung der neuen Betriebsweise des »Fordismus«, die ausgehend von den USA für das ökonomische System, die Sozialstruktur und die zivilgesellschaftlichen Verhältnisse des Überbaus bis hin zum politischen System in allen kapitalistischen Metropolen nach dem Zweiten Weltkrieg ein neues Akkumulationsregime etablierte, welches eine bis dato nicht gekannte Prosperitätsperiode prägte, offenbarten die noch nicht ausgeschöpften Entwicklungspotenziale der kapitalistischen Gesellschafsformation. Der nachfolgende Übergang der beschleunigten Akkumulation in eine strukturelle Überakkumulationssituation, beginnend mit der Weltwirtschaftskrise Mitte der 1970er Jahre, läutete erneut eine derartige Systemkrise ein, die in der gegenwärtig anhaltenden »Großen Krise« seit 2007 eklatierte. Inwiefern die Keynesschen Konzepte auch für die aktuellen Krisenlagen Lösungen bereitstellen, wird uns noch ausführlich beschäftigen.[10]

b) Der Gegensatz zwischen Produktion und Konsumtion in der langen Frist bei Keynes

Obwohl sich Keynes' »General Theory« ausdrücklich auf die kurze Frist bezieht, wollen wir im folgenden betrachten, welche Implikationen sie auch für die langfristigen Entwicklungsperspektiven der kapitalistischen Produktionsweise enthält. Tatsächlich handelt es sich hierbei nur um allgemeine Andeutungen; es blieb der postkeynesianischen Wachstumstheorie vorbehalten, eine Ergänzung keynesianischen Gedankenguts auszuarbeiten, die längerfristigen Entwicklungen im Rahmen von Grundgleichungen als Anforderungen für Wachstumsverläufe modellieren sollte.[11] Vorliegend geht es jedoch um die originalen Keynesschen Aussagen, und zwar zunächst um die innerhalb des reproduktiven Zirkels zu lokalisierenden Einflussfak-

[10] Vgl. dazu den abschließenden sechsten Abschnitt der vorliegenden Abhandlung, insbesondere Kapitel 16.

[11] Vgl. die Arbeiten von Roy Forbes Harrod (Harrod 1948) und Evsey Domar (Domar 1957), mit denen die Bedingungen für langfristig gleichgewichtige Wachstumsverläufe einer kapitalistischen Ökonomie, die durch das von Keynes herausgestellte Problem der strukturellen Unterbeschäftigung gekennzeichnet ist, modellhaft analysiert werden. In der Folgezeit setzen Nicholas Kaldor (vgl. Kaldor 1961) und Joan Robinson (vgl. Robinson 1956) auf diesen Modellen auf und versuchen, diese durch weitere Implikationen und berücksichtigte Einflussfaktoren näher an die Wirklichkeit heranzuführen. Handlungsleitend ist dabei meistens, Gleichgewichtsbedingungen für den langfristigen Wachstumsprozess der kapitalistischen Akkumulation zu entwickeln. Mit dieser Aufgabenstellung werden allerdings vielfach – eine Ausnahme bilden die Arbeiten von Joan Robinson, die intentional sich auch auf Marxsches Gedankengut beziehen – die tieferen Einsichten von Keynes in die Widersprüche der kapitalistischen Geldwirtschaft ausgeblendet, weil das politische Management eines störungsfreien langfristigen Wachstums der Volkswirtschaft im Mittelpunkt steht; die realökonomische Folie dafür ist das »goldene Zeitalter« der beschleunigten Kapitalakkumulation der Nachkriegszeit.

toren der wirksamen Nachfrage sowie der Knappheit des Kapitalbestandes für die Beschäftigung und den Reichtum des Gemeinwesens.[12]

Betrachten wir zunächst die Verbrauchsnachfrage. Der durchschnittliche Hang zum Verbrauch fällt bei steigendem Einkommen des Gemeinwesens, dementsprechend wächst die gesamtwirtschaftliche Ersparnis aus dem Einkommen; beides folgt notwendig aus dem von Keynes herausgestellten psychologischen Gesetz der sinkenden marginalen Konsumquote, welches auch für die lange Frist Geltung beansprucht. Mit dem wachsenden Einkommen und der daraus entspringenden zunehmenden Ersparnis ergibt sich die wachsende Schwierigkeit, das mit diesem Einkommen verbundene Niveau der gesamtwirtschaftlichen Beschäftigung zu halten, denn um den Betrag der Ersparnis vermindert sich die dieses Niveau garantierende wirksame Nachfrage. Die wachsende Lücke zwischen Einkommen und Verbrauchsnachfrage muss durch zunehmende Investitionen geschlossen werden; diese werden aber nur dann auf diesen Betrag steigen, wenn eine entsprechende Veranlassung zur Investition besteht. Diese wiederum ist, soweit die reproduktiven Strukturen betrachtet werden, durch das Maß der Knappheit des Realkapitals bestimmt.

Eine Investition wird wegen des Multiplikators eine Vermehrung des Einkommens und der Beschäftigung schaffen, die ein Mehrfaches ihrer selbst bzw. der mit ihr verbundenen Grundbeschäftigung ist. Ein hoher Grenzhang zum Verbrauch geht mit einem hohen Multiplikator einher, sodass geringe Schwankungen in der Investition zu großen Schwankungen im Einkommen und der Beschäftigung führen. Umgekehrt wird ein niedriger Grenzhang zum Verbrauch nur geringe Beschäftigungsschwankungen bei einem gleichen Umfang der Investitionen auslösen. Fragt man nach dem Umfang der Investitionen, der zum Erreichen der Vollbeschäftigung notwendig ist, dann genügt bei einem hohen Grenzhang zum Verbrauch eine geringe Investition, denn die durch die Ersparnis entstehende Lücke der wirksamen Nachfrage ist gering und die Multiplikatorwirkung hoch. Umgekehrt bei einem niedrigen Grenzhang zum Verbrauch: der Umfang der notwendigen Investition ist sehr viel größer. Im ersten Fall wäre die unfreiwillige Arbeitslosigkeit leichter zu reduzieren als im zweiten. Tatsächlich befindet sich nach Keynes die Wirtschaft in einer mittleren Lage mit dem Ergebnis, dass wir die »schlechteste beider Welten« haben: hohe Schwankungen der Beschäftigung bei Änderungen in der Investition und die Neigung zu Arbeitslosigkeit auf einem hohen Niveau. »*In Wirklichkeit scheint die marginale Konsumquote irgendwo zwischen diesen beiden Extremen zu liegen, jedoch näher an Eins als an Null; mit der Folge, daß wir in einem gewissen Sinn die schlechteste von beiden Welten haben; die Schwankungen in der Beschäftigung sind beträchtlich und gleichzeitig ist der für die Erzeugung von Vollbeschäftigung erforderliche Zuwachs in den Investitionen zu groß, um leicht gehandhabt zu werden.*« (AT: 101)

---

[12] Die Entwicklung des Zinsfußes und seines Einflusses auf die langfristige Entwicklungsperspektive der Kapitalakkumulation ist Thema des nachstehenden Kapitels 12 der vorliegenden Abhandlung.

Der Verbrauch wird ferner durch die »finanzielle Vorsorge« vermindert. Je größer die Gebrauchskosten und die ergänzenden Kosten geschätzt werden, desto größer ist die finanzielle Vorsorge und desto geringer das den Verbrauch bestimmende Reineinkommen. Die bei den Unternehmen gebildeten Rücklagen – Amortisationsfonds für übertragenen Wert des fixen Kapitals – vermindern die wirksame Nachfrage in der laufenden Periode und treten erst zum Zeitpunkt des stofflichen Ersatzes der Anlagen nachfragewirksam auf.[13]

Auch die Investitionsnachfrage leitet sich aus dem Verbrauch ab: Da die Entwicklung der Verbrauchsnachfrage die gesamte Produktion tragen muss, kann die Gesamtnachfrage aufgelöst werden in solche für gegenwärtigen Verbrauch und solche für zukünftigen Verbrauch. »*Die gesamte Nachfrage kann nur vom gegenwärtigen Verbrauch oder von der gegenwärtigen Vorsorge für zukünftigen Verbrauch kommen. Der Verbrauch, für den wir vorteilhaft Vorsorge treffen können, kann nicht unendlich in die Zukunft hinausgeschoben werden. Wir können als Gemeinwesen für den zukünftigen Verbrauch nicht durch finanzielle Maßnahmen, sondern nur durch laufende physische Produktion vorsorgen.*« (Ebd. 89f.) Die Investitionen sind ein »Verbindungsglied zwischen Gegenwart und Zukunft« und haben daher intertemporal Einfluss auf die Verbrauchsnachfrage. Zur physischen Erneuerung der Anlagegüter im Rahmen einer »weisen Finanzpolitik« (financial prudence), d.h. mit einer hohen finanziellen Vorsorge – und diese wird um so höher sein, je langfristiger die Kapitalgüter genutzt werden –, wird die laufende Nachfrage vermindert. Da die Vorsorge für zukünftigen Verbrauch aber nur durch physische Produktion bewerkstelligt werden kann, ist die zukünftige wirksame Nachfrage um so geringer, je größer die physische Vorsorge für zukünftigen Verbrauch aus der laufenden Produktion ist; um die Größe der gegenwärtigen Investition vermindert sich die zukünftige Verbrauchsnachfrage. »*Je größer überdies der Verbrauch, für den wir im voraus gesorgt haben, um so schwieriger wird es, etwas weiteres zum Vorsorgen zu finden, und desto größer unsere Abhängigkeit vom gegenwärtigen Verbrauch als einer Quelle der Nachfrage.*« (Ebd. 90) Je höher in der Vergangenheit die Investitionen waren, einen um so größeren Anteil haben die Verbrauchsausgaben an der gegenwärtigen Nachfrage. Damit stellt sich das Problem des steigenden Sparens aus einem steigenden Einkommen schärfer. Keynes fährt nach dem obigen Zitat fort: »*Je größer jedoch unser Einkommen, desto größer ist unglücklicherweise auch die Spanne zwischen unserem Einkommen und unserem Verbrauch. Solange es an irgendeinem Notbehelf mangelt, gibt es daher … keine Lösung für das Rätsel, es sei denn, es gäbe genug Arbeitslosigkeit, um uns so arm zu halten, daß unser Verbrauch um nicht mehr unter unserem Einkommen zurückbleibt, als der Gegen-*

[13] Vgl. ebd. 86: »*Abschreibungen usw. sind … geeignet, den Verbrauchern Konsumkraft zu entziehen, lange bevor die Nachfrage für die Ausgaben für Ersatz (welche diese Abschreibungen vorwegnehmen) einsetzt, das heißt, sie verringern die laufende wirksame Nachfrage und vermehren sie erst in dem Jahr, in dem der Ersatz tatsächlich vorgenommen wird.*«

wert der physischen Vorsorge für den zukünftigen Verbrauch beträgt, deren Erzeugung sich heute lohnt.« (Ebd. 90)

Mit zunehmendem Einkommen gerät das Gemeinwesen also in immer größere Schwierigkeiten, das mit diesem Einkommen verbundene Niveau der Beschäftigung zu halten. Zum einen wird die Ersparnis größer, sodass, um die entstehende Lücke zu schließen, der Umfang der Investitionen vermehrt werden muss. Zum anderen verringert sich der Umkreis der Investitionsgelegenheiten, das Kapital wird reichlicher im Verhältnis zu einer zukünftig zu erwartenden Verbrauchsnachfrage, sodass der Ertrag vorgenommener Investitionen sinkt. Die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals muss fallen, auch der Ertrag bereits genutzter Anlagen geht zurück, weil sie reichlicher werden im Verhältnis zu dem Umfang der Verbrauchsnachfrage. Kann diese Nachfragelücke nicht durch Investitionen geschlossen werden, so entsteht Arbeitslosigkeit in dem Umfang, zu dem bei steigendem Grenzhang zum Verbrauch das produzierte Einkommen gleich der wirksamen Nachfrage ist.

Betrachten wir vor diesem Hintergrund die Bedingungen zur Herstellung von Vollbeschäftigung und vergleichen wir dazu ein armes und reiches Gemeinwesen. Das reiche Gemeinwesen ist durch einen niedrigen durchschnittlichen Hang zum Verbrauch gekennzeichnet. Wie auf der einen Seite der Zwang zu vermehrter Investition wächst, so verringert sich auf der anderen Seite die Veranlassung zur Investition wegen gesunkener Knappheit des Kapitalbestandes. In einem reichen Gemeinwesen verursacht eine gegebene prozentuale Veränderung der Investitionen größere Beschäftigungsschwankungen als in einem armen Gemeinwesen, weil der Anteil der Investitionen an der gesamten Nachfrage in ersteren größer ist als in dem letzteren. Wenn der Grenzhang zum Verbrauch und mithin der Multiplikator fällt, so folgt für das reiche Gemeinwesen, dass bei steigendem Einkommen die Schwierigkeit, durch zusätzliche Investitionen Vollbeschäftigung herzustellen, beständig größer wird.[14] Im Vergleich zu einem armen Gemeinwesen muss das reiche in einem sehr viel größeren Umfang investieren, um Vollbeschäftigung zu erreichen. Je weiter das Einkommen und die Beschäftigung gestiegen sind, um so mehr muss der Umfang der Investitionen wachsen, weil gleichzeitig der Multiplikator fällt und die Ersparnis steigt. Die Wachstumsrate der Investitionen muss daher in einem reichen Gemeinwesen höher sein als in einem armen: »*…je reicher das Gemeinwesen, umso größer die Tendenz, daß sich die Kluft zwischen der tatsächlichen und der potentiellen Produktion erweitert und daher umso augenscheinlicher und empörender die Mängel unserer wirtschaftlichen Ordnung. Denn ein armes Gemeinwesen wird geneigt sein, weitaus den größten Teil seiner Produktion zu verbrauchen, so daß ein sehr bescheidenes Maß von Investition genügt, um einen Zustand der Vollbeschäftigung zu schaffen, während ein reiches Gemeinwesen viel weitergehende Investitionsgelegenheiten entdecken muß,*

[14] Vgl. AT, 108: »*Ferner folgt, wenn unsere Annahme richtig ist, daß die marginale Konsumneigung im Maß, in dem wir uns der Vollbeschäftigung nähern, stetig fällt, daß eine weitere Zunahme der Beschäftigung durch eine weitere Vermehrung der Investition immer schwieriger werden wird.«*

wenn die Sparneigung der reicheren Mitglieder mit der Beschäftigung der ärmeren vereinbart werden soll. Wenn in einem potentiell reichen Gemeinwesen die Anreize zu investieren schwach sind, wird es das Prinzip der effektiven Nachfrage, trotz seines potentiellen Reichtums, zwingen, seine tatsächliche Produktion zu verringern, bis es trotz *seines potentiellen Reichtums, so arm geworden ist, daß sein Überschuß über seinen Verbrauch genügend verringert worden ist, um den schwachen Anreizen zu investieren zu entsprechen.«* (Ebd. 26f.)

In den Akkumulationsprozess des Kapitals sind also Kräfte eingeschlossen, von denen ab einem gewissen Entwicklungsniveau oder in der langen Frist eine kontraktive Wirkung ausgeht. Es sind dies letztlich die gleichen wie in der kurzen Frist, nämlich erstens eine mit dem Einkommen wachsende und schneller als dieses wachsende Ersparnis, zweitens die Höhe der finanziellen und physischen Vorsorge, welche die gegenwärtige und die zukünftige Verbrauchsnachfrage vermindern; drittens folgt daraus eine zunehmende Reichlichkeit des gesamtwirtschaftlichen Kapitalbestandes und eine Einengung der Investitionsgelegenheiten. Damit ergeben sich Grenzen für die Kapitalverwertung, ausgedrückt in einem langfristig gesunkenen Niveau der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals. »*Heute und wahrscheinlich auch für die Zukunft ist die Kurve der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals aus verschiedenen Gründen viel niedriger als im neunzehnten Jahrhundert.«* (Ebd. 261) Die Gründe für diese niedrigere Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals ist die abnehmende Knappheit des Kapitalbestandes im Verhältnis zur wirksamen Nachfrage, die sich gerade in der langfristigen Entwicklungsperspektive ergibt. Weitere Gründe, die auf den Umfang der Nachfrage wirken, kommen hinzu, wie Zunahme der Bevölkerung, Erfindungen, Häufigkeit von Kriegen, welche nach Keynes' Auffassung das neunzehnte vom zwanzigsten Jahrhundert unterscheiden.

Sieht man von diesen weiteren Bestimmungsgründen ab, so sind es reproduktiv begründete Faktoren, die einen Druck auf die wirksame Nachfrage ausüben und sie ungenügend werden lassen, um Vollbeschäftigung im Selbstlauf zu garantieren. Die Produktion als Produktion von Profit befindet sich mithin im Gegensatz zum Verbrauch. Dieses wird offenbar, wenn das Missverhältnis zwischen produziertem Einkommen und wirksamer Nachfrage in einer Zunahme der Arbeitslosigkeit und daher in der Verarmung des Gemeinwesens manifest wird. Je mehr die Befriedigung der Verbrauchsnachfrage erreicht wird, desto wuchtiger der nachfolgende Umschlag in die Verarmung, in hohe Arbeitslosigkeit einerseits und hohe potenzielle Erzeugung von Reichtum andererseits. Es ergibt sich daher im Endergebnis die gleiche Konstellation wie sie im Marxschen Begriff der Überakkumulation von Kapital gefasst ist: auf der einen Seite Arbeitslosigkeit, Verarmung des Gemeinwesens und auf der anderen Seite brachliegendes Kapital, hoher potenzieller Reichtum. Dies ist, in Keynes' Worten, das »*Paradox der Armut mitten im Überfluß«* (ebd. 26).

Marx hatte diese Krisenerscheinungen aus den Gesetzen der Kapitalakkumulation entwickelt und den in den Verteilungsverhältnissen erscheinenden Gegensatz als Kehrseite und Ausdrucksform des Antagonismus von Lohnarbeit und Kapital

als Produktionsverhältnis bestimmt. Dieses Verhältnis präsentiert sich bei Keynes als Gegensatz von Produktion und Konsumtion. Die von der Knappheit geleitete, profitorientierte Produktion findet ihre Grenze in der Reichlichkeit der Produktion, gemessen an der Konsumtionskraft des Gemeinwesens. Die Verarmung erscheint als Voraussetzung und Bedingung erneut wachsenden Reichtums.

Kapitel 12: Widerspruch zwischen reproduktiver und Geldkapitalakkumulation

a) Verselbstständigung der Geldkapitalakkumulation von ihrer reproduktiven Grundlage

Reproduktive Kapitalakkumulation und Geldkapitalakkumulation

Der Prozess der Akkumulation des industriellen und kommerziellen Gesamtkapitals wird begleitet und vermittelt von einer beständigen Akkumulation des Geldkapitals, das sich als Einlage im Geschäftsbankensystem niederschlägt. Diese Akkumulation von Geldkapital ist Ausdruck des Umstandes, dass jeder reproduktiv fungierende Kapitalwert das Stadium des Geldkapitals zu Beginn und am Ende seines Kreislaufs zu durchlaufen hat. Die Quellen dieser Geldkapitalakkumulation sind daher alle Gelder, die aus dem Umschlagsprozess des reproduktiven Kapitals periodisch und in aller Regel für kurze Fristen freigesetzt werden. Es sind darüber hinaus auch die nach und nach realisierten Geldamortisationsfonds des fixen Kapitals (»verdiente« Abschreibungen) sowie die Geldakkumulationsfonds, die aus der realisierten Profitmasse gebildet werden und aufzuschatzen sind, bis sie die zur reproduktiven Anlage notwendige Minimalgröße erreicht haben. Mit der vollständigen Entwicklung des Kredit- und Bankensystems innerhalb eines Landes kommen die privaten Ersparnisse aller Gesellschaftsklassen hinzu und vergrößern pro tanto den Umfang dieser Geldkapitalbildung.

Entwickelt sich die Kapitalakkumulation innerhalb des reproduktiven Zirkels in beschleunigter Form, so fließt der größte Teil dieser an vielen Punkten der Zirkulationsperipherie gebildeten und innerhalb des Bankensystems konzentrierten Gelder als Kapitalkredit in den reproduktiven Kreislauf zurück. Damit wirkt der Kredit beschleunigend auf die reproduktive Kapitalakkumulation ein, zum einen, weil die akkumulierbare Masse vergrößert wird, zum anderen, weil die über den Kredit bewerkstelligte Umverteilung des gesamtgesellschaftlichen Geldkapitals für jeden einzelnen Kapitalisten die Zeitdauer der vorgängigen Geldkapitalbildung bis zur Erreichung der Minimalgröße für reproduktive Anlage verkürzt.[1] Von den in den zyklischen Krisen kurzfristig steigenden Krediten für Zahlungsmittel abgesehen, ist die beschleunigte Kapitalakkumulation langfristig durch die Dominanz der akkumulationswirksamen Kapitalkredite gekennzeichnet.

Dadurch jedoch, dass die beschriebene Umverteilung des disponiblen Geldkapitals der Gesamtwirtschaft an den Kredit, d.h. die Verwandlung des Geldkapitals in zinstragendes Kapital gebunden ist, wächst schon während der Prosperität der Kapitalakkumulation der Anspruch des Kapitaleigentums gegenüber dem reproduktiv fungierenden Kapital. Die gesamtwirtschaftliche Steigerung

[1] Vgl. für das folgende ausführlich Krüger 2010: 564ff.

der Potenzen der Kapitalakkumulation ist für die einzelnen Kapitale mit einer langfristigen Verschiebung ihrer Kapitalstruktur zugunsten der Fremdmittel verbunden; dementsprechend wächst der Umfang der für diese angeliehenen Geldkapitale zu zahlenden Zinsen. Da jedoch die Expansion der entstandenen Bruttoprofite für das gesellschaftliche Gesamtkapital langfristig zurückgeht, ist dieser wachsende Zins zugleich ein steigender Anteil dieses Bruttoprofits. Die Zinsquote steigt, oder, was dasselbe ist, das Teilungsverhältnis der Profitmasse in Zinsen und Unternehmergewinn verschiebt sich langfristig zugunsten des Zinses. Diese Entwicklung stört die reproduktive Kapitalakkumulation so lange nicht, wie die absolut wachsende Bruttoprofitmasse auch einen absolut steigenden Unternehmergewinn oder Nettoprofit zulässt (so genannter Leverage-Effekt). Jedoch beherbergt diese Entwicklung einen Gegensatz, der durch die entgegengesetzte Entwicklungsrichtung zwischen Akkumulationsquote und Zinsquote gekennzeichnet wird: Um eine langfristig steigende Akkumulationsquote zu erreichen, muss vermehrt Kapitalkredit aufgenommen werden, der seinerseits zu einer weiter steigenden Zinsquote führt.

Es zeigt sich hier eine Parallelität in der Marxschen und Keynesschen Argumentation. Ein steigendes Einkommen, so argumentiert Keynes, geht mit einem sinkenden Grenzhang zum Verbrauch einher, die Gesamtersparnis des Gemeinwesens steigt wegen einer zunehmenden Sparquote, folglich müssen die Investitionen zunehmen. Die zunehmende Geldkapitalakkumulation forciert den »*erfolgreichen Aufbau von ›liquiden‹ Investmentmärkten*« (AT: 135). Keynes reflektiert das in der Geldkapitalakkumulation enthaltene Potenzial an Widersprüchen zwischen Akkumulationsquote und Zinsquote in der Gestalt eines »*Dilemmas*« (ebd. 136) moderner Investmentmärkte: Letztere beschleunigen zum einen durch die Umverteilung des disponiblen Geldkapitals die Investitionen und fördern die Liquidität, andererseits blockiert die aus der Geldkapitalakkumulation heraustretende Spekulation die Investitionen und engt, so die Konsequenz in der Marxschen Terminologie, die reproduktive Kapitalakkumulation ein.

Die Ablösung der beschleunigten Kapitalakkumulation durch eine strukturelle Überakkumulation von Kapital verschärft die bereits in der Prosperitätsperiode sukzessive aufgebauten Disproportionen zwischen reproduktiver und Geldkapitalakkumulation. Die mit der Überakkumulation einhergehende Verlangsamung des Kapitalumschlages führt zu einer Verschiebung zwischen den Daseinsformen des gesellschaftlichen Gesamtkapitals zugunsten des Kapitals in Warenform und in produktiver Form. Damit verknappt sich das aus dem reproduktiven Zirkel herstammende Angebot an disponiblem Geld- bzw. Leihkapital relativ. Zugleich steigt die Liquiditätsvorliebe der Unternehmer aufgrund der infolge der Überakkumulation von Kapital zunehmenden Störungen des Kapitalumschlages und auftretender Liquiditätsengpässe bei einer wachsenden Anzahl von Unternehmen. Ausdrucksformen dieser Konstellation sind in gesamtwirtschaftlicher Dimension abnehmende Fristigkeiten des verfügbaren Geldkapitals bei gleichzeitiger Zunahme der Nachfrage nach Zahlungsmittelkrediten, zumal der kommerzielle Kredit bei verlangsamten

Kapitalumschlägen früher und in erhöhtem Umfang der komplementären Stützung durch bare Zahlungsmittel bedarf.

Zwar nimmt auch der Kapitalkredit infolge geringerer Akkumulationstätigkeit relativ ab, doch wird seine Abnahme durch die Ausweitung konsumtiver Kreditformen aufgewogen.[2] Dies betrifft zunächst die öffentlichen Haushalte und die staatliche Kreditnachfrage, denn die verlangsamte reproduktive Kapitalakkumulation produziert zunehmende Defizite in den öffentlichen Haushalten als abgeleitetem Sektor des Gesamtreproduktionsprozesses: Relativ abnehmenden Steuereinnahmen stehen erhöhte Anforderungen an die Ausgabenseite der öffentlichen Budgets infolge wachsender Unterbeschäftigung zunächst der produktiven und kommerziellen Lohnarbeiter des gesellschaftlichen Gesamtkapitals gegenüber. Die steigenden staatlichen Defizite sind, da die Ausgaben der öffentlichen Haushalte wegen der bestehenden Leistungsgesetze einen höheren Grad an Remanenz aufweisen, nur durch öffentliche Kreditaufnahmen zu finanzieren. Zwar stabilisieren die staatlich induzierten Nachfragestützungen durch Lohnersatzleistungen sowie ggf. aufgelegte öffentliche Ausgabenprogramme über die konsumtive Endnachfrage die reproduktive Kapitalakkumulation, doch trägt die öffentliche Verschuldung in sich eine automatische Progression – jedenfalls solange, solange die reproduktive Kapitalakkumulation nicht wieder »anspringt« und in die beschleunigte Verlaufsform zurückkehrt. Diese kreditvermittelte Stabilisierung der konsumtiven Nachfrage ist daher viel mehr noch als die seinerzeitige kreditvermittelte Beschleunigung der Kapitalakkumulation ein widersprüchlicher und nur für einen begrenzten Zeitraum wirkender Prozess, da sie nicht direkt neuwertschöpfende Vorgänge induziert, sondern als konsumtive Kreditform nur den Absatz bereits produzierter Waren stützt.

Neben der öffentlichen Kreditnachfrage wächst auch die Nachfrage nach privatem Konsumkredit. Zum einen ist dies Ausdruck verschobener Verteilungsverhältnisse zulasten der Masseneinkommen, die durch den Kredit der privaten Haushalte stabilisiert werden (sollen), was für den Einzelnen natürlich nur sehr beschränkt möglich ist; zum anderen gerät auch die private Haus- und Wohnungsfinanzierung in die Krise, wenn der auf kontinuierlichen Revenuefluss bezogene Schuldendienst von den Kreditnehmern infolge Arbeitslosigkeit und sinkender Einkommen nicht mehr aufgebracht werden kann. Kommt noch hinzu, dass vonseiten der Politik und/oder der Banken die kreditfinanzierte Anschaffung von Immobilien besonders befördert oder begünstigt wird, wird eine Blase erzeugt, die reproduktive Fehlallokationen – Bau von Häusern –, inflationäre Prozesse – steigende Haus- und Wohnungspreise – sowie eine wachsende Verschuldung konsumtiver Wirtschaftseinheiten beinhaltet. Der allfällige Zusammenbruch einer solchen Blase hinterlässt ruinierte

[2] Jede »Große Krise« der kapitalistischen Produktionsweise, d.h. eine strukturelle Überakkumulationskrise ist daher auch immer eine Verschuldungskrise und oftmals eine Immobilienkrise; vgl. Harvey 2012.

private Existenzen in großer Zahl, halbfertige bzw. nicht genutzte Bauruinen sowie in Schieflage geratene Banken und Versicherer als Hypothekenfinanzierer.[3]

Unter den Bedingungen der strukturellen Überakkumulation von Kapital ist somit die resultierende Wirkung des Kredits negativ für die reproduktiven Prozesse. Die Zinsbelastung und Verschuldung sowohl des reproduktiven Gesamtkapitals als auch der öffentlichen und privaten Haushalte steigt weiter an; wachsende »claims« des gesamtwirtschaftlichen Wertprodukts werden daher vom bloßen Kapitaleigentum usurpiert. Der Kapitalzinsfuß als Ergebnis der Angebot-Nachfrage-Konstellationen am gesamtwirtschaftlichen Geldkapitalmarkt erweist sich auch nach den akuten zyklischen Krisenphasen als rigide und starr, weil einem begrenzten Angebot an disponiblem Geldkapital eine anhaltende Nachfrage gegenübersteht und die Liquiditätspräferenz aller Akteure hoch bleibt, einerseits wegen einer gestiegenen Vorsichtskassenhaltung, andererseits wegen höherer Risikozuschläge der Gläubiger. Der früher in die expansive Richtung wirkende Leverage-Effekt wirkt nunmehr in die kontraktive Richtung. Der Abbau der Verschuldungspositionen des reproduktiven und Bankkapitals wie der öffentlichen und privaten Haushalte (De-Leveraging) führt zur Kreditdeflation und Kaufzurückhaltung an den Warenmärkten, d.h. zu allgemeinen Preissenkungen. Beides sind hartnäckige Entwicklungen, die Zeit brauchen und selbstverstärkende Elemente beinhalten, sodass eine länger anhaltende Depression schließlich doch, d.h. auch unter den Bedingungen des entwickelten sozial- und interventionsstaatlich modifizierten Kapitalismus, unabweisbar ist.

Das zinstragende Kapital und seine Bewegung hat letztlich wegen der geschwächten reproduktiven Kapitalakkumulation und Wertbildung eine dominante Position gewonnen. Seinen zusammenfassenden Ausdruck erhält diese Suprematie der Geldkapitalakkumulation in der auf das Niveau des Kapitalzinsfußes gesunkenen allgemeinen Profitrate bzw. in der Konkurrenz zwischen Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals und Zinsfuß, die die Vornahme von reproduktiven Investitionen gegenüber dem »Kauf von Darlehen« immer weniger vorteilhaft erscheinen lässt. War ursprünglich der tendenzielle Fall der Durchschnittsprofitrate nur ein Begleitumstand der beschleunigten reproduktiven Kapitalakkumulation, so ist jetzt die auf das Niveau des Kapitalzinsfußes gesunkene Profitrate ein direkt hemmendes Moment derselben.

---

[3] Dies ist die Situation in den USA, Irland, Großbritannien und Spanien – erst wenn die in der Spekulationsblase überhöhten Immobilienpreise wieder auf ihr »normales« Niveau gesunken sind und die Kreditgeber ihre notleidenden Immobilienengagements wertberichtigt haben werden, ist eine notwendige Bedingung für eine Stabilisierung der Kapitalakkumulation wieder gegeben. Die Verluste an Geld- und Sachvermögen sowie an privater Wohlfahrt der insolventen Schuldner sind immens.

Spekulation und »Finanzinnovationen«

Die bisherige Betrachtung der Bestimmungsgründe von Angebot und Nachfrage an den Finanzmärkten bezog sich nur erst auf das Leihkapital in Geldform und sein durch die reproduktiven Verhältnisse bestimmtes Aufkommen und Verwendung; sie ist nunmehr noch zu ergänzen um die verschiedenen Anlageformen des Geldkapitals, d.h. das fiktive Kapital, dessen Bewegung und Rückwirkung auf die reproduktive Kapitalakkumulation.

Hiermit gewinnt die Suprematie der Geldkapitalakkumulation und des zinstragenden Kapitals ihre sichtbarste Erscheinungsform. Ihre Grundlage beruht auf dem gestiegenen Gewicht der Transaktionen in fiktivem Kapital. Der Umfang des fiktiven Kapitals ist durch die vorgängigen Emissionen von Wertpapieren, die ursprünglich nur die Verkleidung einer Kreditaufnahme oder die Außenfinanzierung von Eigenkapital darstellten, nach und nach immer mehr angewachsen. Dadurch gewinnt auch der Sekundärmarkt der Börse immer mehr an Bedeutung: der absolute und relative Anstieg der Börsenumsätze geht namentlich auf das gestiegene Gewicht der Transaktionen an den Sekundärmärkten der Börsen zurück; hinzu kommen die in jüngerer Zeit kreierten »Finanzinnovationen«, d.h. Eigentumstitel auf die wiederum zu Fonds zusammengefassten Eigentumstitel, wodurch sich nochmals eine Vervielfachung der Transaktionen ergibt. Wachsende Bestandteile der gesamtwirtschaftlichen Geldmenge werden der Spekulationskasse zugeschlagen und die Angebot-Nachfrage-Konstellationen an den Börsen gewinnen einen zunehmenden Einfluss auf die Bewegung der Marktzinssätze. Je weiter sich diese fiktiven Kapitale von ihrer ihnen ursprünglich einmal zugrundeliegenden reproduktiven Kreditaufnahme (oder Außenfinanzierung) entfernt haben, desto stärker regiert die »Spekulation« über die »Unternehmungslust« mit all den von Keynes geschilderten negativen Rückwirkungen auf die Gesamtwirtschaft.

Eine vermehrte Aktivität der »Investoren« an den Börsen ist unter diesen Bedingungen gleichbedeutend nicht mehr nur mit der Verselbstständigung der Geldkapitalakkumulation (bzw. ihrer Anlageformen) von der reproduktiven Basis, sondern mit einer vollständigen Entkoppelung spekulativer Operationen. Konsequenz ist die mehr und mehr von fundamentalen Bestimmungsfaktoren entkoppelte Kurs- oder Preisbewegung dieser fiktiven Kapitale, mit denen nur noch Wetten wie im Kasino abgeschlossen werden können.[4]

Damit bleibt es nicht mehr nur bei erratischen Rückwirkungen der Transaktionen in fiktivem Kapital auf die Zinssätze, sondern sofern sich Banken und andere Finanzmarktakteure in großem Umfang an diesen Kasinowetten beteiligen, um durch so genannte Eigengeschäfte ihre Renditen zu steigern, bedeuten die allfälligen Entwertungen dieser Eigentumstitel Bankrotte von Geschäftsbanken, die

[4] Vgl. die treffende Charakterisierung dieser auch in vielen Filmen neueren Datums portraitierten Finanzmarktakteure bei Marx: »*Die Finanzaristokratie, in ihrer Erwerbsweise wie in ihren Genüssen, ist nichts als die Widergeburt des Lumpenproletariats auf den Höhen der bürgerlichen Gesellschaft.*« (MEW 7: 15)

systemische Auswirkungen auf das gesamte nationale und internationale Finanzwesen haben können. Eine Kreditdeflation infolge gestiegener Wertberichtigungsbedarfe in den Banken-Portfolios ist dabei gegenüber sich rottenmäßig fortpflanzenden Bankenzusammenbrüchen noch die mildeste Form.

b) Der »funktionslose Investor« bei Keynes

In einem reichen Gemeinwesen, so Keynes' Einschätzung der langfristigen Perspektive der Kapitalakkumulation, vergrößert die sinkende marginale Konsumneigung die Schwierigkeiten, durch Investitionen im notwendigen Umfang und das Auffinden weiterer Investitionsgelegenheiten Vollbeschäftigung herzustellen. Indes ist dies nicht die einzige Schwierigkeit; denn, »noch schlimmer«, bei zunehmender Reichlichkeit des Kapitalbestands vermindert sich die Veranlassung zur Investition auch deshalb, weil der Zinsfuß keineswegs automatisch auf ein Niveau fällt, das der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals einen vergrößerten Spielraum zum Sinken gäbe. Keynes hatte zudem gezeigt, dass der traditionellen Geldpolitik als Offenmarktpolitik am kurzfristigen Ende des Geldkapitalmarkts Grenzen gesetzt sind, um durch eine Erhöhung der Geldmenge den für die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals ausschlaggebenden Kapitalzinsfuß ausreichend zu erniedrigen. Diese Restriktionen für die Wirkung der Geldpolitik ergeben sich aus systemspezifischen Merkmalen einer kapitalistischen Geldwirtschaft: »*Aber das beständigste und das am wenigsten leicht verschiebbare Element in unserer zeitgenössischen Wirtschaft war bis jetzt, und mag sich auch in der Zukunft als solches erweisen, der Mindestzinssatz, der der Allgemeinheit der Vermögensbesitzer annehmbar ist.*« (AT: 261)

Die Veranlassung zur Investition wird mit fortschreitendem Reichtum des Gemeinwesens oder in der langfristigen Entwicklungsperspektive also nicht nur durch den sich verschärfenden Gegensatz zwischen Produktion und Konsumtion geschwächt, sondern auch und zusätzlich durch das strukturelle Problem eines nicht weiter absenkbaren Mindestzinsfußes. Damit werden die Existenz des zinstragenden Kapitals und die darauf aufwachsende Klasse von Geldkapitalisten, die Zins inklusive eines Risikozuschlages für verliehenes Geldkapital verlangen und durchsetzen, zum Hemmnis der wirtschaftlichen Entwicklung. Es ist der Gegensatz zwischen dem reproduktiven Kapitalisten als Unternehmer und Realinvestitionen tätigendem Akteur und dem Rentier als »*funktionslosen Investor*« (ebd. 317), d.h. der Gegensatz zwischen Kapital als Eigentum und als Funktion, der hier im Mittelpunkt steht und sich in der langen Frist überdies zuspitzt: »*Heute und wahrscheinlich auch in Zukunft ist die Kurve der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals aus verschiedenen Gründen viel niedriger als im neunzehnten Jahrhundert. Die Schärfe und die Besonderheit unseres gegenwärtigen Problems erwächst daher aus der Möglichkeit, daß der durchschnittliche Zinssatz, der ein vernünftiges Durchschnittsniveau der Beschäftigung gestattet, den Vermögensbesitzern so unannehm-*

bar ist, daß er nicht ohne weiteres lediglich durch Manipulation der Geldmenge erreicht werden kann.« (Ebd. 261)

Im Unterschied zum zwanzigsten ist im neunzehnten Jahrhundert – so Keynes' Argumentation – die Tabelle der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals hoch genug gewesen, um mit einem den Vermögensbesitzern annehmbaren Zinsfuß eine Veranlassung zur Investition zu ermöglichen, die zwar nicht Vollbeschäftigung, aber einen so hohen Stand der Beschäftigung sicherte, dass keine »umstürzlerischen Veränderungen« eintraten. Heute dagegen ist die Blockade der Akkumulation leichter möglich, weil die Spielräume für Schwankungen der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals geringer geworden sind. Durch die Mittel der Geldpolitik ist der Zinsfuß nicht unter dieses Mindestniveau zu senken, weil eine zuschüssige Geldmenge auf eine höhere Liquiditätsvorliebe aus dem Spekulationsmotiv stößt, die durch das mit wachsender Unsicherheit langfristig steigende Gläubigerrisiko bedingt ist. »*In Wirklichkeit … sind institutionelle und psychologische Faktoren vorhanden, die der möglichen Senkung des Zinsfußes schon weit über Null eine Grenze setzen. Insbesondere setzen die Kosten für das Zusammenbringen von Entleiher und Verleiher und die Ungewißheit über die Zukunft des Zinssatzes … eine untere Grenze fest, die unter gegenwärtigen Umständen vielleicht so hoch wie 2 oder 2$^1/_2$% auf langfristigen Darlehen sein mag. Wenn dies richtig sein sollte, könnten die lästigen Möglichkeiten eines zunehmenden Bestandes an Reichtum in Zuständen, in denen der Zinssatz unter Bedingungen des* laissez-faire *nicht weiter fallen kann, in Wirklichkeit bald praktische Formen annehmen.«* (Ebd. 184) Es ist also die aus dem Privateigentum an (Geld-)Kapital herrührende Macht der Geldkapitalisten, Privat-Rentiers wie institutionellen Anlegern und Bankern, die durch die Bepreisung des bloßen Eigentumstitels in Form von Risikozuschlägen auf den Standardzinsfuß der Kapitalakkumulation eine Grenze setzt.[5]

Diese korrekt beschriebenen langfristigen Entwicklungstendenzen der Geldkapitalakkumulation – Stärkung der Position des Kapitaleigentums auf Kosten des fungierenden Kapitals, steigende Zinsbelastung der Unternehmensprofite sowie die

[5] Für den einzelnen Unternehmer ist bei Investitionsvorhaben die Höhe des Zinsfußes, den er für Fremdkapital zu bezahlen hat bzw. der als alternative Ertragsrate zur Grenzleistungsfähigkeit seiner Investition in Beziehung zu setzen ist, entscheidend. Es ist dabei im konkreten Einzelfall gleichgültig, in welcher Art und Weise sich der Zinsfuß aus Standardzinsfuß und Risikozuschlägen der Verleiher zusammensetzt. Für eine makroökonomische Steuerung der Akkumulation durch monetäre Größen, d.h. an prominenter Stelle durch den Zinsfuß, ist dieses zusammengesetzte Verhältnis von Standardzinsfuß und Risikozuschlägen aber sehr wohl entscheidend, dokumentiert doch ein Standardzinsfuß nahe Null – in Konsequenz einer Politik des »quantitative easing« der Zentralbank –, dass die Zentralbank mit ihrer Geldpolitik die »geldliche Führung« zur Steuerung der Kapitalakkumulation verloren hat; jene wäre vielmehr auf die Rentiers übergegangen – mit allen Konsequenzen der Finanzspekulation und ihrer negativen Rückwirkungen auf die reproduktive Akkumulation. Wir kommen auf diese Problematik des Verhältnisses von Grenzleistungsfähigkeit und Zinsfuß im Rahmen von und unter Bedingungen einer sozialistischen Marktwirtschaft im abschließenden Kapitel 17 der vorliegenden Abhandlung ausführlicher zurück.

Zunahme der Spekulation und ihrer krisenhaften Rückwirkungen auf die Unternehmungslust – führen Keynes folgerichtig zu einer rigiden Lösung des Gegensatzes zwischen Geldkapitalisten und fungierenden Kapitalisten: »*Um allmählich die verschiedenen zu beanstandenden Merkmale des Kapitalismus los zu werden (getting rid of many of the objectionable features of capitalism)*« (ebd. 186), ist der – allerdings sanfte (vgl. ebd. 317) – Tod des Rentiers unausweichlich. Der »Verdienstsatz auf angehäuften Reichtum«, damit das zinstragende Kapital, soll verschwinden. Die Gebrechen der kapitalistischen Produktionsweise fixiert Keynes in dem Gegensatz der beiden Fraktionen der Kapitalistenklasse und letztlich in der Existenz der Geldkapitalisten, denn es gibt keinen vernünftigen Grund, warum Realkapital knapp zu halten ist, im Gegenteil, alles spricht dafür, es so reichlich zu machen, dass der Kapitalbestand mit Vollbeschäftigung übereinstimmt. Hinter diesem Gegensatz innerhalb der Kapitalistenklasse verschwindet für Keynes allerdings derjenige zwischen Lohnarbeit und Kapital.[6]

Ein reiches Gemeinwesen, so können wir die Betrachtung vervollständigen, ist durch eine gegen Null sinkende Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals, einen über Null stehenden Mindestzinsfuß und durch eine zunehmende gesamtwirtschaftliche Ersparnis gekennzeichnet. Diese in sich widersprüchliche Konstellation erscheint als notwendiger Entwicklungsweg von Gemeinwesen, in denen die wirksame Nachfrage dem marktwirtschaftlichen Selbstlauf überlassen bleibt, sodass die Akkumulation von Vermögen soweit voranschreitet, bis die Beschäftigung sinkt und die Lebenslage der Mitglieder dieses Gemeinwesens sich verschlechtert. Es zeigt sich somit, »*daß von zwei gleichen Gemeinwesen mit der gleichen Technik, aber mit verschiedenen Beständen an Kapital, das Gemeinwesen mit dem kleineren Bestand an Kapital sich vorübergehend einer höheren Lebenshaltung erfreuen mag als das Gemeinwesen mit dem höheren Bestand. Nachdem jedoch das ärmere Gemeinwesen das reichere eingeholt hat – was es voraussichtlich mit der Zeit tun wird –, werden beide miteinander das Schicksal des Midas erleiden.*« (AT: 184f.)

Das Bestehen eines Mindestzinsfußes deutlich über Null bringt in der langen Frist noch weitere problematische Rückwirkungen für die reproduktive Akkumulation hervor. Wenn die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals sich dem Niveau des Zinsfußes nähert und die Veranlassung zur Investition derart zurückgeht, dass Arbeitslosigkeit in einem größeren Umfang entsteht, dann werden über kurz oder lang die Geldlöhne allmählich zu sinken beginnen und dadurch weitere negative Einflüsse für die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals hervorbringen. Damit ist auch die Auszehrung des Stabilisierungspotenzials der Nachfrage, gegeben durch nach unten starre Geldlöhne, als charakteristisches Problem der langfristigen Entwicklungsperspektive der kapitalistischen Produktionsweise benannt.

---

[6] Diese auf den oberflächlich-äußerlichen Erscheinungsformen des zinstragenden Kapitals beruhende Entgegensetzung von Geldkapitalisten einerseits und arbeitenden Funktionären des Produktionsprozesses hatten wir bereits bei Keynes' Profitableitung im Kapitel 2 der vorliegenden Abhandlung als zentrale Kritik herausgestellt; vgl. auch MEW 25: 392.

Fassen wir zusammen. Auf Basis der Marxschen Theorie lässt sich zeigen, dass die als notwendiges Entwicklungsgesetz der kapitalistischen Akkumulation bestimmbare und als langfristige Tendenz wirkende Veränderung der Wertstrukturen, d.h. das Verhältnis der verschiedenen, gegeneinander verselbstständigten Formen der Arbeit die Herausbildung einer strukturellen Überakkumulation von Kapital mit der gleichzeitigen Verselbstständigung der Geldkapitalakkumulation, die mit Bezug auf deren Anlageformen bis zur vollständigen Entkoppelung von der reproduktiven Basis fortgehen kann, hervorbringt. Keynes erfasst diesen Zusammenhang wesentlich in seinen veräußerlichtesten Formen, der Dominanz der Spekulation, und fixiert die eintretenden Friktionen und Widersprüche im Gegensatz der beiden Verwertungsraten Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals und Zinsfuß. Hierbei ist die nach unten starre Verwertungsrate des Zinsfußes einerseits der spezifischen Eigentümlichkeit des Eigenzinsfußes des Geld darstellenden Vermögensgegenstands, zum anderen der Existenz der sozialen Klasse der Geldkapitalisten oder Geldvermögensbesitzer geschuldet. Die spezifischen Probleme der strukturellen Überakkumulation von Kapital werden von Keynes in ihren erscheinenden Formen korrekt erfasst, nämlich als Gegensatz zweier Verwertungsraten. Die Grenze seiner Erklärung macht sich darin geltend, dass eben diese Bewegung dieser beiden Verwertungsraten nicht auf einen gemeinsamen Grund zurückgeführt werden kann, sondern beide durch letztlich autonome Kräfte bestimmt erscheinen. Mehr als die – durchaus nicht zufällig auftretende – Koinzidenz des Gegensatzes zwischen Produktion und Konsumtion und die gestiegene Liquiditätsvorliebe aus dem Spekulationsmotiv kommt dabei aber auf der analytischen Ebene nicht heraus. Gleichwohl ist die politische Beurteilung korrekt: »*Wenn die Kapitalentwicklung eines Landes das Nebenerzeugnis der Tätigkeiten eines Spielkasinos wird, wird die Arbeit voraussichtlich schlecht getan werden.*« (Ebd. 135)

Fünfter Abschnitt: Wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen von Keynes

Kapitel 13: Wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen bei Keynes

a) Keynes' Kritik am Kapitalismus

Keynes stellt zwei gravierende Mängel der kapitalistischen Produktionsweise in den Mittelpunkt seiner Kritik: Sie ist unfähig, die volle Beschäftigung der arbeitsfähigen Bevölkerung zu gewährleisten und führt zu einer extrem ungleichen, d.h. ungerechten Verteilung der Einkommen und der Vermögen. »*Die hervorstechendsten Fehler der Wirtschaftsgesellschaft, in der wir leben, sind ihr Versagen, für Vollbeschäftigung zu sorgen und ihre willkürliche und ungerechte Verteilung des Reichtums und der Einkommen.*« (AT: 314) Beide Defizite ergeben sich nicht aus irgendwelchen äußerlichen Ursachen, sondern sind systembedingt, sie ergeben sich aus dem Selbstlauf der kapitalistischen Marktwirtschaft. Damit unterhöhlt der Kapitalismus zugleich die Bedingungen seiner Existenz. »*Es ist sicher, daß die Welt die Arbeitslosigkeit, die, von kurzen Zeiträumen der Belebung abgesehen – nach meiner Ansicht unvermeidlich – mit dem heutigen kapitalistischen Individualismus verbunden ist, nicht viel länger dulden wird.*« (Ebd. 321) Beide Mängel des Kapitalismus sprechen dem Ideal der sozialen Gerechtigkeit Hohn.

Keynes' theoretische Analyse hat gezeigt, dass die von der Klassik (und Neoklassik) hervorgebrachten Rechtfertigungsgründe für die ungleiche Einkommensverteilung zumindest für entwickeltere Stufen des Kapitalismus nicht bestehen können. Für den Fortschritt und das wirtschaftliche Wachstum ist der Umfang der Ersparnis keineswegs die unerlässliche Bedingung für die Investitionen, wie beispielsweise noch Ricardo meinte. Umgekehrt ist es das Wachstum der konsumtiven Endnachfrage, resultierend nicht aus einer niedrigen, sondern hohen durchschnittlichen Konsumneigung, welche eine grundlegende Bedingung für Wachstum und Wohlstand in gesamtwirtschaftlicher Dimension ist. Eine ungleiche Einkommensverteilung mit hohen Sparquoten der reichen Bevölkerung steht dem entgegen; insofern hat die gegenüber der Geburtsperiode des Kapitalismus im 19. Jahrhundert egalitärere Einkommensverteilung zu seiner Zeit diesem Ziel bereits vorgearbeitet. »*Die Erfahrung weist überdies darauf hin, daß in den bestehenden Zuständen die Ersparnis durch Institutionen und durch Tilgungsfonds mehr als angemessen ist und daß Maßnahmen zur Umverteilung der Einkommen in einer Art, die die Konsumneigung wahrscheinlich erhöhen wird, sich als günstig für das Wachstum von Kapital erweisen können. …. Unsere Beweisführung führt uns somit zu der Folgerung, daß in den gegenwärtigen Zuständen das Wachstum von Reichtum, weit davon entfernt, von der Enthaltsamkeit der Reichen anhängig zu sein, wie gemeinhin angenommen wird, wahrscheinlich von ihr behindert wird. Eine der hauptsäch-*

lichsten gesellschaftlichen Rechtfertigungen großer Ungleichheit des Reichtums ist daher beseitigt.« (Ebd. 314f.)

Das Votum für eine gleichmäßigere Einkommensverteilung als im 19. Jahrhundert ist für Keynes jedoch keineswegs mit einer vollständig egalitären Verteilung identisch: »*Ich selber glaube, daß bedeutsame Ungleichheiten von Einkommen und Reichtum gesellschaftlich und psychologisch gerechtfertigt sind, aber nicht so große Ungleichheiten, wie sie heute bestehen. Es gibt wertvolle menschliche Betätigungen, die zu ihrer vollen Entfaltung das Motiv des Gelderwerbes und den Rahmen privaten Besitztums erfordern.«* (Ebd. 315) Überdies kanalisiere das erwerbswirtschaftliche Ethos und seine monetäre Belohnung »gefährliche menschliche Triebe« und leite sie in »verhältnismäßig harmlose Kanäle« ab: »*Es ist besser, daß ein Mensch sein Bankguthaben tyrannisiert als seine Mitmenschen, und während das erstere gelegentlich als ein Mittel zum letzteren bezeichnet wird, ist es wenigstens gelegentlich eine andere Möglichkeit.«* (Ebd. 315f.)[1]

Die vorstehende Kritik von Keynes am kapitalistischen Wirtschaftssystem ist unter zwei Gesichtspunkten von Bedeutung.

Erstens – dies im geraden Gegensatz zur klassischen und neoklassischen Nationalökonomie – weist Keynes unmissverständlich darauf hin, dass die herausgestellten Mängel des Kapitalismus immanente, systemspezifische Fehlentwicklungen hervorbringen. Damit wird der Bogen geschlagen zu dem zu Beginn der vorliegenden Abhandlung als konstitutiv für eine »Geldwirtschaft« herausgestellten gegensätzlichen Charakter des gesamtwirtschaftlichen Zusammenhangs auch bei der Beurteilung der Konsequenzen des Selbstlaufs der kapitalistischen Produktion. Nicht die Verletzung der Voraussetzungen des Marktmechanismus ist verantwortlich für Fehlallokationen und soziale Probleme, sondern umgekehrt führt das Wirken der »invisible hands« aus sich heraus zu diesen Resultaten. Alle vorstehend im einzelnen behandelten Entwicklungen – langfristiges Sinken der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals wegen abnehmender Knappheit des Kapitals, ungenügend werdendes Investitionsvolumen bei langfristig zunehmender Ersparnis und ungenügend werdender konsumtiver Nachfrage, zu hoher und nach unten starrer Mindestzinsfuß wegen der Existenz einer Klasse von Geldkapitalisten (Rentiers) – markieren immanente Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Akkumulation in der langen Frist. Wir haben allerdings gleichzeitig auch gesehen, dass Keynes diese nicht als quasi-naturgesetzliche Zwangsgesetze der Kapitalverwertung bestimmt, sondern sie auf »psychologische Neigungen in unserer modernen Welt« zurückführt.

Zweitens ist daher festzuhalten, dass die Keynessche Kritik an der kapitalistischen Produktionsweise auf einem Fundament aufbaut, welches nicht den eigentlichen Entstehungsgrund dieser Widersprüche fixiert, nämlich den antagonistischen Charakter der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, sondern in den oberfläch-

[1] Wir kommen im nachstehenden Unterabschnitt b) dieses Kapitels nochmals auf die Problematik einer »optimalen Einkommensverteilung« zurück.

lichen Formen der Distributionsverhältnisse verharrt. Nicht der innerhalb des unmittelbaren Produktionsprozesses durch die produktive Arbeit produzierte und beständig reproduzierte Gegensatz von Lohnarbeit und Kapital als Klassengegensatz, in weiterer Instanz das gegensätzliche Verhältnis zwischen Arbeitslohn und Profit, bilden den Ausgangspunkt für die Keynessche Darstellung und Kritik der kapitalistischen Ökonomie, sondern dessen oberflächliche, aber gleichzeitig schon mystifizierte Erscheinungsformen im Gesamtzusammenhang von Produktion und Konsumtion, Angebot und Nachfrage. Damit verstellt sich Keynes aber gleichzeitig den Blick für eine wirkliche Beseitigung der hervorgehobenen Mängel und Defizite, die – wie wir zeigen werden[2] – innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsform letztlich nicht zu beseitigen sein werden.

Tatsächlich kommt es Keynes, in direkter Absetzung zu Marx,[3] auch gar nicht darauf an, die vorhandene Struktur der Produktionsverhältnisse umzuwälzen, wie er angelegentlich einer kurzen Würdigung von Silvio Gesells Buch »Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld« deutlich macht: »*Der Zweck des Buches (dem Keynes beipflichtet, S.K.) als Ganzes kann als die Aufstellung eines antimarxistischen Sozialismus beschrieben werden, eine Reaktion gegen das laissez-faire, auf theoretischen Grundlagen aufgebaut, die von jenen von Marx grundverschieden sind, indem sie sich auf eine Verwerfung statt auf eine Annahme der klassischen Hypothesen stützen, und auf eine Entfesselung des Wettbewerbs, statt auf seine Abschaffung.*« (Ebd. 300)

Allgemein gesprochen reduzieren sich Keynes' Lösungsvorschlage gegenüber den festgestellten Mängeln der kapitalistischen Produktionsweise von daher auf bestimmte, allerdings sehr weitgehende Eingriffe der öffentlichen Macht in den wirtschaftlichen Ablauf, dies jedoch mit dem Ziel, Bedingungen herzustellen, innerhalb derer sich der kapitalistische Marktmechanismus wohlfahrtsoptimal entfalten kann. »*Unsere Kritik der akzeptierten klassischen Wirtschaftstheorie bestand nicht so sehr darin, logische Fehler in ihrer Analyse zu finden, als hervorzuheben, daß ihre stillschweigenden Voraussetzungen selten oder nie erfüllt sind, mit der Folge,*

[2] Vgl. die abschließenden Kapitel 16 und 17 der vorliegenden Abhandlung.

[3] Die Marxsche Theorie wird von Keynes allerdings in wesentlichen Punkten missverstanden, insbesondere was die sich aus ihr ergebenden Schlussfolgerungen für Eckpunkte eines entwickelten Sozialismus angeht, der von ihm mit den gängigen Vorstellungen und Vorurteilen einer zentralistischen Planwirtschaft sowie einer fehlenden Zivilgesellschaft ineins gesetzt wird: »*Aber der marxistische Sozialismus wird immer eine crux in der Geschichte der Lehrmeinungen bleiben – wie es möglich sein konnte, daß eine so unlogische und langweilige Lehre einen so mächtigen Einfluß auf den Geist der Menschen und durch ihn auf den Gang der Geschichte auszuüben vermochte.*« (Keynes 1926: 108) Dies ist ein Urteil über eine Theorie, die nicht und schon gar nicht umfassend zur Kenntnis genommen war, wie Keynes später selbst einräumte. In einem Brief an den amerikanischen Ökonomen Harlan McCracken schreibt Keynes: »*Ich habe es (das Buch ›Value Theory and Business Cycles‹ von McCracken, S.K.) von großem Interesse gefunden, vor allem vielleicht die Passagen zu Karl Marx,* mit denen ich noch nie so vertraut war, wie ich es hätte sein sollen.« (Keynes an McCracken, 31. August 1933, zit. nach Foster 2011: 11, Fn 14, Herv. S.K.)

daß sie die wirtschaftlichen Probleme der wirklichen Welt nicht lösen kann. Wenn es aber unserer zentralen Steuerung gelingt, eine Gesamtmenge der Erzeugung festzusetzen, die mit Vollbeschäftigung so nah als durchführbar übereinstimmt, wird die klassische Theorie von diesem Punkt an wieder zu ihrem Recht kommen.« (Ebd. 319) Damit wird auch der Titel seines Buches, die Allgemeine Theorie, rückblickend nochmals begründet, denn Keynes wollte darlegen, »*daß die Postulate der klassischen Theorie nur in einem Sonderfall, aber nicht im Allgemeinen gültig sind, weil der Zustand, den sie voraussetzt, nur ein Grenzfall der möglichen Gleichgewichtslagen ist.«* (Ebd. 3)

b) Keynes' Vorstellungen zur Lösung der Probleme in der »General Theory« und anderen Schriften

Nachfragesteigerung durch öffentliche Investitionsprogramme

Wenn die Keynessche Theorie und die aus ihr sich ergebenden wirtschaftspolitischen Optionen als namentlich für die kurze, zyklische Frist im Mittelpunkt stehen, so ist dies nach der einen Seite hin richtig. Seine Betonung der Rolle der effektiven Nachfrage als Bedingung für die Stabilisierung der Kapitalakkumulation mit der Rolle des Mulitplikators und der hierdurch induzierten Selbstfinanzierungseffekte öffentlicher kreditfinanzierter Programme stellt einen wesentlichen Ansatzpunkt der von ihm propagierten Wirtschaftspolitik dar. Während in der »General Theory« dieser Konjunkturpolitik im engeren Sinne kein größerer Raum gewidmet ist, hat Keynes in seinen Abhandlungen »Ein Programm der Ausweitung« (Keynes 1929) und »Wege zur Wiedererlangung der Prosperität« (Keynes 1933a) explizit Stellung in aktuellen wirtschaftspolitischen Diskussionen der 1920er und 1930er Jahre in Großbritannien bezogen und modellhaft durchgerechnet, wie öffentliche Investitionsprogramme – Finanzierung von Arbeit statt von Arbeitslosigkeit – sowohl die gesamtwirtschaftliche Produktion steigern als auch die öffentliche Haushaltsituation entgegen der traditionellen auf Budgetausgleich fixierten Sichtweise verbessern können.

Ausgangspunkt ist die Situation der britischen Wirtschaft, die in den 1920er Jahren von einer durchgängig hohen Arbeitslosigkeit geprägt war.[4] Diese Arbeitslosigkeit kostete die Arbeitslosenversicherung jährlich »*eine Auszahlung von 50 Millionen Pfund Sterling, worin Armenunterstützung nicht eingeschlossen ist«* (Keynes 1929: 117). Da diese Transfers der Arbeitslosenunterstützung reine Lohnersatz-

[4] Vgl. Keynes 1929, 117: »*Abgesehen von einer kurzen Erholung im Jahre 1924 vor der Rückkehr zum Goldstandard, ist ein Zehntel der arbeitenden Bevölkerung unseres Landes oder mehr seit acht Jahren arbeitslos gewesen, eine in unserer Geschichte noch nicht dagewesene Tatsache. Die Zahl der beim Arbeitsministerium als arbeitslos geführten Versicherten war seit der Einführung dieser Statistik im Jahre 1923 nie unter einer Million. Heute, April 1929, sind 1.140.000 Arbeiter unbeschäftigt.«*

leistungen sind, hat die Gesellschaft »*buchstäblich nichts dafür bekommen*« (ebd.). Wäre dieses Geld zur Finanzierung von Arbeit statt von Arbeitslosigkeit verwendet worden, »*hätte man mit dieser Summe eine Million Häuser bauen können; es ist fast das Doppelte der gesamten Einlagen bei der Postsparkasse; man könnte ein Drittel aller Straßen des Landes damit bauen; sie übersteigt bei weitem den Wert jeglicher Art unserer Bergwerke, sie wäre genug, die industrielle Ausrüstung unseres Landes zu revolutionieren; oder, um vom Schweren zum Leichten überzugehen, sie würde jede dritte Familie im Lande mit einem Automobil versorgen können oder zur Ausstattung einer Stiftung reichen, um der gesamten Bevölkerung bis an das Ende aller Tage freien Besuch des Kinos zu ermöglichen.*« (Ebd.) Hinzu kommen die Sekundäreffekte wie Steuerausfälle u.ä. sowie der »*unberechenbare Verlust aus der Verlangsamung des wirtschaftlichen Fortschritts für das gesamte Land um ein Jahrzehnt*« (ebd.).

Ausgangspunkt seiner Modellrechnung ist ein Bruttoaufwand von 500 £ für die Schaffung eines zusätzlichen Arbeitsplatzes in der Bauwirtschaft (vgl. Keynes 1933a: 145). Da hierin auch die Materialien und der Transport enthalten sind, die ihrerseits zusätzliche Beschäftigung generieren, reduziert sich der Nettoaufwand aufgrund der erhöhten Nachfrage der Bauwirtschaft nach verschiedenen Vorleistungen auf 200 £. Voraussetzung ist, dass »*die neuen Ausgaben wirklich zusätzlicher Art sind und nicht mehr oder weniger nur andere Ausgaben ersetzen*« (ebd. 146). Neben der gestiegenen Nachfrage der Bauwirtschaft nach Materialien, Transportleistungen etc. sind die zusätzlichen Löhne und Einkommen in diesen Branchen ihrerseits nachfrageerhöhend. Für die Preisentwicklung (und die Importe) hängt es dann davon ab, ob diese zusätzliche Nachfrage auf bereits ausgelastete oder auf unausgelastete Produktionskapazitäten trifft. Für Großbritannien in der ersten Hälfte der 1930er Jahre gilt: »*Unter den gegenwärtigen Bedingungen würde dies (Preis- und Importsteigerungen, S.K.) aber nur für einen kleinen Teil des zusätzlichen Konsums zutreffen, da der größere Teil der Nachfrage ohne weitere Preissteigerungen durch nationale Ressourcen, die zur Zeit nicht ausgelastet sind, befriedigt werden könnte.*« (Ebd.) Aber auch mit dieser induzierten Konsumsteigerung aus den Sekundäreffekten der ursprünglichen öffentlichen Investition für die Baubranche ist der Prozess noch nicht an sein Ende gekommen, denn »*die neuen Arbeitskräfte, die die gestiegene Nachfrage derjenigen befriedigen, die durch die öffentlichen Arbeiten beschäftigt werden, werden ihrerseits mehr ausgeben und so zur Beschäftigung anderer beitragen usw.*« (ebd.). Keynes ist realistisch genug, um anzuerkennen, dass der von ihm beschriebene Multiplikatorprozess kein infiniter Vorgang ist, sondern dass »Sickerverluste« durch Ersparnisbildungen aus den zusätzlichen Einkommen sowie die schon angesprochenen Preis- und Importsteigerungen auf jeder Stufe auftreten; außerdem ist in Rechnung zu stellen, dass bei Einstellung ehemals arbeitsloser Personen nur das die Arbeitslosenunterstützung übersteigende Einkommen bzw. der Konsum daraus in Rechnung zu stellen ist. Conclusio: »*So muß man, um den Netto-Beschäftigungseffekt der ganzen Reihe der Folgewirkungen zu errechnen, angemessene Annahmen hinsichtlich des auf jeder Stufe verlorengegangenen Anteils machen.*« (Ebd. 147)

Keynes' eigene Schätzung bezüglich des Multiplikators belaufen sich auf einen *»von mindestens 2«* (ebd.). Daraus folgt, *»daß die kreditfinanzierten Ausgaben zur zusätzlichen Beschäftigung einer Person für ein Jahr nicht 500 £ betragen, womit wir begonnen hatten, sondern 100 £. Da ich aber die Wirkung lieber nicht zu hoch ansetzen möchte – obwohl es sich um eine überzeugende Argumentation handelt –, wollen wir den Multiplikator mit 1,5 annehmen, was heißt, daß zwei mit kreditfinanzierten Ausgaben beschäftigte Personen nicht die Beschäftigung von zwei, was meine Überzeugung ist, sondern nur von einer weiteren Person nach sich ziehen. … Dies ergibt 133 £ an kreditfinanzierten Ausgaben, die für die Schaffung von einem Arbeitsplatz pro Jahr heute notwendig sind. Aber laßt uns – um noch sicherer zu gehen – … von 150 £ ausgehen.«* (Ebd.)

Eine vergleichbare Betrachtung ist hinsichtlich der Wirkung für den öffentlichen Haushalt anzustellen. *»Einer groben Kalkulation entsprechend beträgt die durchschnittliche Arbeitslosenunterstützung pro Person 50 £ im Jahr.«* (Ebd.) Bei Zugrundelegung der eben abgeleiteten Multiplikatorwirkung führt der zusätzliche Beschäftigungseffekt zu einer primären Selbstfinanzierung in Höhe von einem Drittel der zusätzlichen Ausgaben.[5] Aber nicht nur die Selbstfinanzierung durch eingesparte Arbeitslosenunterstützung ist in Rechnung zu stellen, sondern ebenfalls eine Verbesserung der Einnahmesituation des öffentlichen Haushalts durch gestiegene Steuereinnahmen aus den zusätzlich induzierten Einkommen. Keynes geht unter Zugrundelegung der britischen Steuersätze von einer durch Steuermehreinnahmen bewerkstelligten zusätzlichen Selbstfinanzierung von einem Sechstel der Ursprungausgabe aus. Im Ergebnis ergibt sich für die Selbstfinanzierung des deficit-spending im öffentlichen Haushalt eine Quote von 50%: *»Dementsprechend betragen die Gesamteinnahmen des Schatzamtes aus zusätzlichen kreditfinanzierten Ausgaben in Höhe von 3 Mio. £ mindestens 1 Mio. £ plus 450.000 £, oder aufgerundet 1,5 Mio. £; sie umfassen somit die Hälfte der kreditfinanzierten Ausgaben, oder 2/3 hiervon, wenn wir den Multiplikator mit 2 annehmen. Dieses Ergebnis ist keineswegs paradox. Wir haben einen Punkt erreicht, an dem jede weitere Senkung des Nationaleinkommens das Schatzamt durch die Institution der Arbeitslosenunterstützung und den Rückgang der Steuern belastet. Es ist daher selbstredend, daß Maßnahmen, die das Nationaleinkommen erhöhen, zu großen Teilen dem Schatzamt zugute kommen.«* (Ebd. 149)

Halten wir fest: Keynes führt exemplarisch als Anwendung von Hauptergebnissen der »General Theory« vor, wie eine kreditfinanzierte öffentliche Ausgabensteigerung innerhalb des reproduktiven Zirkels des Reproduktionsprozesses wirkt. Die Voraussetzungen für den Multiplikator für Beschäftigung, Nationaleinkommen und Steuern sind: erstens eine Unterbeschäftigungssituation mit unausgelas-

---

[5] Vgl. ebd. 147f.: *»Wenn entsprechend der obigen Rechnung durch kreditfinanzierte Ausgaben in Höhe von 3 Mio. £ zumindest 20.000 Leute direkt oder indirekt für ein Jahr einen Arbeitsplatz erhalten, können hierdurch Unterstützungszahlungen in Höhe von 1 Mio. £ eingespart werden. Ein Drittel der Ausgaben sind damit also schon finanziert.«*

teten Kapazitäten und arbeitsloser Bevölkerung, zweitens die Richtung der zusätzlichen Nachfrage auf binnenwirtschaftliche Produktionszweige, die nicht oder nur eingeschränkt der Auslandskonkurrenz ausgesetzt sind, und drittens die Ausschaltung von Verdrängungseffekten privater Produktionen durch die öffentliche Zusatznachfrage. Viertens wäre hinzuzufügen, dass die Ausweitung des öffentlichen Kredits zur Finanzierung dieser Ausgabenprogramme auf einen flüssigen Kapitalmarkt trifft – was in der konjunkturellen Situation, die Keynes vor Augen hat, zutrifft – und daher keine Verdrängungseffekte für private Nachfragen nach Kapitalkrediten zu befürchten sind (»crowding-out« am Finanzmarkt). Gegenüber der traditionellen, an (neo-)klassischen Leitbildern und Vorstellungen orientierten Politik auf Budgetausgleich durch Ausgabenkürzungen und Ins-Werk-Setzung von Deflationstendenzen infolge von nachgiebigen Geldlöhnen in einer Situation anhaltender Arbeitslosigkeit führt Keynes vor, dass die Politik der Finanzierung von Arbeit statt von Arbeitslosigkeit gesamtwirtschaftliche Wohlfahrtseffekte induziert, indem nicht nur die Begünstigten davon profitieren, sondern die in derartigen wirtschaftlichen Situationen auftretenden Wachstums- und Produktionsverluste für die gesamte Gesellschaft vermindert werden. Diese Bewertung kann noch eine weitgehende Zustimmung innerhalb des wirtschaftswissenschaftlichen Main-Streams für sich beanspruchen.

Tatsächlich ist diese von Keynes in den 1930er Jahren – nicht nur für Großbritannien – favorisierte Politik der aktiven staatlichen Intervention gegenüber der hartnäckigen Depressionstendenz nach Überwindung der akuten Phase der Weltwirtschaftskrise 1929-1932 auch eine durchaus angemessene Therapie gewesen. Dies aber nicht nur wegen der inhärenten Stimmigkeit der vorgeschlagenen Maßnahmen, sondern auch, weil diese Politik des deficit-spending noch ausreichend war, um mit den aufgetretenen Problemen fertig zu werden. Dies hat mit der Einordnung dieser ersten Großen Krise der kapitalistischen Produktionsweise in die langfristige Entwicklungsperspektive der Kapitalakkumulation – seit 1825, der ersten wirklichen Weltmarktkrise des industriellen Kapitalismus[6] – zu tun, die zwar die Erschöpfung der historisch ersten Betriebsweise auf Basis des Regimes der Großen Industrie zum Ausdruck bringt, zugleich aber durch noch unentwickelte Verhältnisse in den abgeleiteten Wirtschaftssphären (öffentliche Haushalte) und im Geld- und Kreditsystem verschärft worden ist. Dass auf Basis kapitalistischer Produktionsverhältnisse eine erneute wirtschaftliche (und gesellschaftliche) Prosperität möglich war, indem diese in den 1930er Jahren noch nicht zu ihrer entwickelten Form herausgebildeten Sphären fortentwickelt wurden und auf Basis eines neuen Rationalisierungsparadigmas im unmittelbaren Produktionsprozess – Taylorismus/Fordismus – eine beschleunigte Kapitalakkumulation in Gang gesetzt wurde, bedeutet eben auch, dass die von Keynes vorgeschlagenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen seinerzeit noch einen geringeren Schwellenwert überwinden mussten. Anders ausge-

[6] Zu der unterlegten historischen Periodisierung der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise vgl. Kapitel 17 in Krüger 2010: 800ff.

drückt: Die von uns vorliegend des Öfteren herausgestellten Grenzen der Keynesschen Analyse, seine Fixierung auf die gesellschaftlichen Distributionsverhältnisse, hindert ihn nicht, adäquate wirtschaftspolitische Maßnahmen zu entwickeln; dies gilt nachgerade in der kurzen Frist. Seine Wirtschaftspolitik ist aber letztlich eine Wirtschaftspolitik der kapitalistischen Prosperität – obwohl, und dies mag paradox anmuten, diese Wirtschaftspolitik gerade unter dem Eindruck der bis dahin tiefsten Erschütterung ökonomischer, sozialer und politischer Strukturen der kapitalistischen Weltwirtschaft konzipiert wurde. Keynes prognostiziert, und dies ist seine theoretische und politische Leistung, die auf Basis der kapitalistischen Produktion zur damaligen Zeit noch unausgeschöpften immanenten Entfaltungsmöglichkeiten der kapitalistischen Produktionsweise, die in der Realität erst nach dem Zweiten Weltkrieg zur vollen Ausbreitung gelangt sind. Keynes ist – und damit löst sich das oben gestellte Paradoxon auf – ein Theoretiker seiner Zeit in dem Sinne, dass er in theoretischer Weise den damaligen Entwicklungsstand der sozialen Antagonismen zum Ausgangspunkt seiner Betrachtung macht und eine vollkommen korrekte und realistische Einschätzung der, vom damaligen Entwicklungsstand aus gesehen, Zukunftsperspektive der kapitalistischen Produktionsweise gibt.[7] Hierin liegt Verdienst und Grenze der Keynesschen Theorie zugleich. Bevor diese zentrale These zur Gesamteinordnung des Keynesschen Werkes unter sozioökonomischen und theoretischen Aspekten expliziert wird, sollen erst noch seine Andeutungen und Aussagen für wirtschaftspolitische Eingriffe unter langfristigem Aspekt gewürdigt werden.

Sozialisierung der Investitionsfunktion und allmählicher Tod des Rentiers

Ausgangspunkte für Keynes' wirtschaftspolitische Optionen jenseits kurzfristiger Konjunkturpolitik sind die herausgestellten, sich in der langfristigen Entwicklung der Kapitalakkumulation geltend machenden Probleme der kapitalistischen Ökonomie; sie sind zum einen innerhalb des reproduktiven Kreislaufs angesiedelt – Widerspruch zwischen Investitions- und Konsumentwicklung in der langen Frist, daher Sinken der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals –, zum anderen in der sich sukzessive aufbauenden Disproportion zwischen reproduktiver Akkumulation und Geldkapitalakkumulation – Starrheit des Zinsfußes nach unten, daher sich verengender Zwischenraum zwischen Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals und Zinsfuß als konkurrierenden Ertragsraten – begründet. Keynes' wirtschaftspolitische Vor-

[7] Natürlich wirft diese Einordnung der Keynesschen Theorie die Frage auf, warum Marx 60 bis 70 Jahre vorher zu weitergehenden Einsichten in die innere Struktur der kapitalistischen Produktionsweise gekommen ist. Die Antwort darauf lautet, dass offenbar die grundlegenden Strukturen des Zusammenhangs zwischen Produktions- und Distributionsverhältnissen noch eher zu dechiffrieren sind, wenn beide in ihrer kapitalistisch-reinen Form, noch nicht modifiziert und kompliziert durch sekundäre Verhältnisse, vor Augen sind. Dieser historische Vorteil, zusammen mit einer Einschätzung bezüglich der Ausgestaltungsmöglichkeiten eben dieser sekundären Verhältnisse, hat Marx in den Stand versetzt, seine Einsichten zu gewinnen, und ihn gegenüber Keynes historisch bevorteilt.

schläge beziehen sich daher zum einen auf die Hebung der Verbrauchsnachfrage, zum anderen auf die Lenkung der Investitionen bei gleichzeitig möglichster Beseitigung der Starrheit des Zinsniveaus.

Die Stimulierung der Verbrauchsnachfrage soll erreicht werden durch eine Veränderung der Einkommensverteilung. Da die Konsumneigung bei verschiedenen Klassen von Einkommensbeziehern unterschiedlich ist und negativ mit der Einkommenshöhe korreliert, soll eine Redistribution zugunsten der niedrigeren Einkommen den durchschnittlichen Hang zum Verbrauch in der Gesellschaft steigern und somit auch bei gegebenem Einkommen die konsumtive Endnachfrage erhöhen. Hauptansatzpunkt für diesen Eingriff in die Einkommensverteilung ist für Keynes die Steuerpolitik des Staates und hier vordringlich die Erhöhung der Erbschaftssteuern gegenüber den allgemeinen Einkommensteuern. Während Keynes, wie bereits erwähnt,[8] eine Differenzierung der Einkommen, d.h. eine gewisse Ungleichheit der Einkommen für gerechtfertigt und leistungsfördernd hält – eine genauere Beschreibung der für sinnvoll gehaltenen Struktur der personellen Einkommensverteilung unterbleibt in der »General Theory« –, soll die Vererbung von Vermögen, weil nicht durch eigene Leistung und Anstrengung bedingt, steuerlich höher belastet werden: »*Ich sage nicht, daß es keine anderen, von unserer Theorie unberührten Gründe gibt, die unter gewissen Umständen ein gewisses Maß an Ungleichheit rechtfertigen können. Unsere Theorie erledigt aber den wichtigsten der Gründe (i.e. das auf Ricardo zurückgehende Plädoyer für Konsumverzicht zum Zweck der Ermöglichung hoher Investitionen, S.K.), warum wir es bis jetzt als ratsam erachtet haben, vorsichtig vorzugehen. Dies berührt namentlich unsere Einstellung zu Erbschaftssteuern; denn es bestehen gewisse Rechtfertigungen für Ungleichheit der Einkommen, die sich nicht im gleichen Maß auf Ungleichheit von Erbschaften beziehen.*« (AT: 315) Damit hält Keynes seine Kritik an leistungslosen Einkommen, wie Zinsen u.ä., auch im Hinblick auf die intergenerative Vermögensübertragung durch Erbschaften konsequent durch und erweist sich als Verfechter einer auf Leistung (Arbeit) beruhenden Erwerbsgesellschaft mit einer deutlichen Begrenzung jeglicher Sinekuren. Vermittelst der Steuerpolitik sollen also im Wesentlichen solche Teile des Einkommens belastet werden, die nicht zum Konsum genutzt werden, um die gesamtwirtschaftliche Verbrauchsnachfrage zu erhöhen bzw. die Ersparnis zu vermindern.

Die steuerpolitisch vermittelte Einkommensumverteilung zur Steigerung der Verbrauchsnachfrage bildet jedoch, ebenso wie die in der Literatur stets besonders hervorgehobene defizit-finanzierte antizyklische Haushaltspolitik, noch nicht den eigentlichen Kern der Keynesschen wirtschaftspolitischen Optionen für die längere Frist. Auch die traditionelle Geldpolitik der Zentralbank zur Beeinflussung von Geldmenge und Zinsniveau am Geldmarkt ist, wie bereits früher gezeigt,[9] zur Sicherung eines niedrigen Zinsfußes zur Gewährleistung von Vollbeschäftigung

[8] Vgl. den vorstehenden Unterabschnitt a) dieses Kapitels.

[9] Vgl. Kapitel 8 und 9 der vorliegenden Abhandlung.

nicht zureichend: »*Der Staat wird seinen leitenden Einfluß auf die Konsumneigung teilweise durch sein System der Besteuerung, teilweise durch die Festlegung des Zinssatzes und teilweise vielleicht durch andere Wege ausüben müssen. Ferner scheint es unwahrscheinlich, daß der Einfluß der Geldpolitik auf den Zinssatz für sich allein genügen wird, um ein optimales Volumen der Investitionen herbeizuführen. Ich denke mir daher, daß eine* ziemlich umfassende gesellschaftliche Steuerung der Investitionen (somewhat comprehensive socialisation of investment) sich als das einzige Mittel *zur Erreichung einer Annäherung an Vollbeschäftigung erweisen wird.«* (Ebd. 318f., Herv. S.K.)

Der Hintergrund für diese Bewertung des weitgehendsten Eingriffs in die Marktverhältnisse, was eine »ziemlich umfassende Sozialisierung der Investition« zweifelsohne ist, beruht auf dem objektiven Tatbestand der langfristig sinkenden Eigenzinsfüße dauerhafter Vermögensgüter, die der sinkenden Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals zugrundeliegen. »*Ich selbst bin einigermaßen zweifelnd geworden über den Erfolg einer lediglich monetären Politik, die darauf abzielt, den Zinssatz zu beeinflussen. Ich bin darauf gefaßt, daß der Staat, der die Grenzleistungsfähigkeit der Kapitalgüter auf lange Sicht und auf der Grundlage des allgemeinen sozialen Wohls berechnen kann, eine stets wachsende Verantwortung für die unmittelbare Organisation der Investitionen übernehmen wird.«* (Ebd. 139) Die »Sozialisierung der Investition« stellt sich Keynes, neben »*alle(n) Arten von Zwischenlösungen und Verfahren …, durch welche die staatliche Verwaltung mit der privaten Initiative zusammenarbeiten wird«* (ebd. 319),[10] als Übertragung der privaten Dispositionsautonomie über die Investitionen an staatliche Stellen vor. Ziel ist es, durch »*unsere zentrale Steuerung…, eine Gesamtmenge der Erzeugung durchzusetzen, die mit Vollbeschäftigung so nah als durchführbar übereinstimmt«* (ebd.), was seinerseits eine Rahmenplanung, d.h. eine »Berechnung der Grenzleistungsfähigkeit der Kapitalgüter auf lange Sicht (to calculate the marginal efficiency of capital-goods on long views) auf der Grundlage des allgemeinen sozialen Wohls« unterstellt. Da Keynes sich gleichzeitig von einer umfassenden Planung im Sinne eines »*System(s) des Staatssozialismus (abgrenzt), das den größten Teil des wirtschaftlichen Lebens des*

[10] Heutzutage würde man diese Zwischenlösungen und Verfahren unter dem Begriff der »Public-Private-Partnership« fassen. Keynes hatte seine Auffassung bereits 1926 in seiner Abhandlung »Das Ende des Laissez-Faire« (vgl. Keynes 1926) so formuliert: »*Ich glaube, daß die ideale Größe für die Organisations- und Kontrolleinheit irgendwo zwischen dem Individuum und dem modernen Staat liegt. Daher glaube ich, daß der Fortschritt in der Richtung der Entwicklung und der Anerkennung halb-autonomer Körperschaften im Rahmen des Staates liegt; – Körperschaften, die in ihrem Wirkungskreis nach dem Kriterium des Allgemeinwohls handeln, so wie sie es auffassen, und aus deren Erwägungen Motive privaten Vorteils völlig ausscheiden – wobei man ihnen allerdings in mancher Hinsicht, solange der menschliche Altruismus nicht gewachsen ist, für ihre Gruppe, Klasse oder Fakultät gewisse Vorteile belassen muß –; Körperschaften, die unter normalen Umständen innerhalb gewisser Grenzen großenteils autonom sind, aber letzten Endes der Souveränität der Demokratie, die sich im Parlament verkörpert, unterstehen.«* (Keynes 1926: 111)

Gemeinwesens umfassen würde« (ebd.), hat die ihm vorschwebende Planung nur komplementären Charakter zu der bestehenbleibenden Privatinitiative: »*In einigen anderen Beziehungen ist die vorangehende Theorie in ihren Folgerungen gemäßigt konservativ. Denn während sie auf die lebenswichtige Bedeutung hinweist, gewisse zentrale Steuerungen in Angelegenheiten einzurichten, die jetzt (d.h. gegenwärtig, S.K.) in der Hauptsache der einzelnen Initiative überlassen sind, gibt es doch weite Tätigkeitsbereiche, die unberührt bleiben.«* (Ebd. 318)[11]

Damit lässt sich genauer einschätzen, welche Vorstellungen Keynes in Bezug auf die »ziemlich umfassende Sozialisierung der Investition« im Kopf hat. Akteur ist der Staat bzw. ein »National Investment Board«, das Keynes bei seiner Kommentierung des »Labour Party Policy Report No. 1, Currency, Banking and Finance« im New Statesman im September 1932 kommentiert und begrüßt hat.[12] Seine Aufgaben, die über diejenigen hinausgehen, die sich im Vorschlag der Labour Party finden, sieht Keynes insbesondere in der Koordination des gesamten öffentlichen Investitionsvolumens mit den privaten Investitionen der Industrie: »*… the main issue is concerned with the regulation of the pace of that predominant proportion of new investment at home which has already passed irrevocably out of control of private enterprise and into the control of public and semi-public bodies.«* (Keynes 1932: 134) Und: »*What we need is a co-ordinated policy to determine the rate of aggregate investment by public and semi-public bodies, in which case we could savely leave industry to raise what funds it needs as and when it chooses.«* (Ebd. 135) Dabei geht es weniger um das »Was« der Produktion, d.h. inhaltlich-stoffliche Vorgaben, als um quantitative Aspekte.[13] Es liegt in dieser Bestimmung von

---

[11] Im englischen Originaltext kommt der Inhalt präziser zum Ausdruck; der zitierte Satz lautet: »*In some other respects the foregoing theory is moderately conservative in its implications. For whilst it indicates the vital importance of establishing certain central controls in matters which are now left in the main to individual initiative, there are wider fields of activity which are unaffected.«* (GT: 377f.)

[12] Die Aufgaben des National Investment Boards sollten nach den Vorstellungen der Labour Party sein: »*That a National Investment Board, appointed by the Government on suitable grounds of ability, should be set up under the general direction of the appropriate Minister and working in close co-operation with the publicly owned Bank of England. That with the object of preventing waste and mis-direction in the use of long-term capital, the Board should exercise control over all public issues on the capital market, and its permission should be required before any such new issue could be made. That the Board should be able to refuse ›leave to deal‹ on the Stock Exchange in any issue which, having been rejected as a public issue, had then been places privately; and that it might be found necessary to give a Government guarantee, on the lines of the Trade Facilities Act, in order to secure priority for approved schemes of industrial re-organisation, subject, however, to the acceptance of public control by the industries concerned.«* (zit. nach Keynes 1932: 133)

[13] Vgl. AT, 320: »*Um den Punkt konkret darzustellen: ich sehe keinen Grund anzunehmen, daß das bestehende System die in Gebrauch befindlichen Erzeugungsfaktoren ernstlich fehlbeschäftigt. Es kommen natürlich Fehler in der Voraussicht vor; aber diese würden durch eine Zentralisierung der Entscheidungen nicht vermieden werden. Wenn von 10.000.000 ar-*

staatlicher Steuerung, dass sie gegenüber der privatwirtschaftlichen Steuerung der Investitionen komplementär bleibt: »*Aber es wird immer noch ein weites Feld für die Ausübung der privaten Initiative und Verantwortung verbleiben. Innerhalb dieses Feldes werden die überlieferten Vorteile des Individualismus immer noch Geltung haben.*« (AT: 320) Allerdings sollen von Staats wegen die Rahmenbedingungen für die Wirksamkeit der marktwirtschaftlichen Ressourcenallokation hergestellt werden, es soll »*die Natur der Umwelt (bestimmt werden), die das freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte erfordert*« (ebd.). Die dann beizubehaltenden Vorteile des Individualismus sind »*teilweise Vorteile der Effizienz – die Vorteile der Dezentralisation und des Spieles des Eigennutzes. Die Steigerung der Effizienz, die sich aus der Dezentralisation der Entscheidungen und der individuellen Verantwortung ergibt, ist vielleicht noch größer, als das neunzehnte Jahrhundert annahm; und die Gegenbewegung, die dem Appell an den Eigennutz folgte, mag zu weit gegangen sein. Vor allem aber ist der Individualismus, wenn er von seinen Mängeln und Mißbräuchen gereinigt werden kann, die beste Gewähr der persönlichen Freiheit, in dem Sinne, daß er im Vergleich zu jedem anderen System das Feld für die Ausübung der persönlichen Wahl stark erweitert. Er ist auch die beste Gewähr für die Vielseitigkeit des Lebens, die gerade aus diesem weiten Feld der Wahl hervorgeht, und deren Verlust der größte aller Verluste in einem homogenen oder totalen Staat ist.*« (Ebd. 320f.)

Die Absage an den »totalen Staat« und eine allumfassende Planung der Wirtschaft, also eine Wirtschafts- und Gesellschaftsform, die Keynes vor dem Hintergrund der zu seiner Zeit nur in der Sowjetunion real existierenden Gestalt mit einem sich auf Marx berufenden Sozialismus identifiziert, schließt ein, das die Eigentumsverhältnisse an den Produktionsmitteln als nachgeordnet betrachtet werden und nicht oder zumindest nicht wesentlich zum Angriffspunkt für Veränderungen werden. »*Es ist nicht der Besitz der Produktionsmittel, deren Aneignung wichtig für den Staat ist. Wenn der Staat die der Vermehrung dieser Güter gewidmete Gesamtmenge der Ressourcen und die grundlegende Rate der Belohnung an ihre Besitzer bestimmen kann, wird er alles erfüllt haben, was notwendig ist.*« (Ebd. 319)

Damit komplettiert sich das Bild des Keynesschen »antimarxistischen Sozialismus« (vgl. ebd. 300): Es ist in weiten Teilen das Bild einer »gemischten Wirtschaft« (mixed economy), d.h. einem – nicht notwendigerweise quantitativ dominierenden – Privatsektor sowie einem öffentlichen Wirtschaftssektor, der natürlich neben den öffentlichen Haushalten auch einen Bereich verstaatlichter Unternehmen umfassen wird. Der staatlichen Steuerung der Investitionen korrespondiert im pri-

---

beitswilligen und arbeitsfähigen Menschen 9.000.0000 beschäftigt werden, liegen keine Beweise dafür vor, daß die Arbeit dieser 9.000.000 Menschen fehlgeleitet wird. Die Beschwerde gegen das gegenwärtige System ist nicht, daß diese 9.000.000 Menschen für andere Aufgaben beschäftigt werden sollten, sondern daß Aufgaben für die übrigen 1.000.000 Menschen verfügbar sein sollten. Das bestehende System ist bei der Bestimmung der Menge und nicht bei der Ausrichtung der tatsächlichen Beschäftigung zusammengebrochen.«

vaten (und staatlichen) Unternehmenssektor allerdings eine Relativierung der Profitrate als Steuerungsvariable für die Kapitalakkumulation bzw. in Keynes' Worten, eine staatliche Regulierung der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals. Diese staatliche Regulierung der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals ergibt sich als Notwendigkeit einerseits wegen ihres langfristigen Falls im Zuge abnehmender Knappheit des Kapitalbestandes und andererseits wegen der begrenzenden Rolle des Zinsfußes.

Die Zielorientierung für die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals besteht nach Keynes darin, »*daß die Benutzung von Kapitalgütern (zwar nicht) sozusagen nichts kosten würde, sondern nur, daß der Ertrag aus ihnen (den Kapitalgütern, S.K.) nicht viel mehr als ihre Abnutzung durch Wertverminderung und Veraltung, zusammen mit einer gewissen Spanne für das Risiko und die Ausübung von Geschicklichkeit und Urteilsvermögen zu decken haben würde. Kurz gesagt, der Gesamtertrag von dauerhaften Gütern während ihrer Lebensdauer würde, wie im Falle von Gütern von kurzer Dauer, gerade ihre Arbeitskosten der Erzeugung* plus *einer Entschädigung für das Risiko und die Kosten der Geschicklichkeit und Aufsicht decken.*« (Ebd. 316f., Herv. im Original) Neben dem Amortisationsfonds soll der Brutto-Umsatzüberschuss also nur einen Unternehmergewinn einschließen dürfen, der neben dem Unternehmerlohn eine »gewisse« Risikoprämie enthält. Mit diesem Zugriff auf eine Kontrolle der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals geht Keynes über die nach dem Zweiten Weltkrieg in den meisten kapitalistischen Metropolen, bei durchaus beträchtlichen nationalen Unterschieden, realisierten Formen der »gemischten Wirtschaftsordnung« hinaus, denn in keinem Land ist eine solch weitgehende staatliche Kontrolle und Regulierung der Profiteinkommen der Unternehmen angegangen, geschweige denn in der Realität auch durchgesetzt worden. Auch wenn vorliegend bei Keynes durchaus offenbleibt, mit welchen Instrumenten der Staat diese Kontrolle und Regulierung der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals umsetzen soll, ist hiermit implizit eine Grenze kapitalistischer Produktionsverhältnisse überschritten.

Dies gilt zweitens auch für das geforderte Verschwinden des Rentiers, d.h. den »*sanften Tod des Rentiers*« (ebd. 317). Wegen der Starrheit des Zinsfußes bzw. einem Mindestzinsfuß, der von der Klasse der Rentiers noch akzeptiert wird und daher von der Zentralbankpolitik nicht weiter erniedrigt werden kann, werden das Sinken der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals und damit die Veranlassung zur Investition begrenzt. Allerdings ist Keynes durchaus optimistisch, was die Maßnahmen hinsichtlich dieses Verschwinden der Rentiers als systemisches und institutionelles Hindernis für das Sinken des Zinsfußes anbelangt. »*Es wird überdies ein großer Vorteil der Ereignisabfolge sei, die ich befürworte, daß der sanfte Tod des Rentiers, des funktionslosen Investors, nichts Plötzliches sein wird, sondern nur eine allmähliche, aber verlängerte Fortsetzung dessen, was wir jüngst in Großbritannien gesehen haben und keine Revolution fordern wird.*« (Ebd.) Dass dieser Tod des Rentiers ein »sanftes«, also konfliktfreies Ergebnis immanenter Entwicklungstendenzen des kapitalistischen Akkumulation sein soll, unterstreicht die Einschät-

zung von Keynes, dass der Kapitalismus in der Lage sein wird, allmählich seine Übel und Anstößigkeiten von selbst – allerdings zu einem hohem Preis, systemimmanent gesehen – zu beseitigen.

Insofern ist es gerechtfertigt, dass Keynes seine eigenen Folgerungen und wirtschaftspolitischen Optionen als »gemäßigt konservativ« (vgl. ebd. 318) charakterisiert. Er kann sich, wiederum in Absetzung zu »autoritären Staatssystemen«, worunter er neben dem Staatssozialismus in der Sowjetunion wohl auch den seit 1933 an der Macht befindlichen deutschen Faschismus versteht, vorstellen, dass die Schwierigkeiten und sozialen Ungerechtigkeiten des laissez-faire-Kapitalismus letztlich doch systemimmanent überwunden werden können: »*Die autoritären Staatssysteme von heute scheinen das Problem der Arbeitslosigkeit auf Kosten der Leistungsfähigkeit und der Freiheit zu lösen. Es ist sicher, daß die Welt die Arbeitslosigkeit, die, von kurzen Zeiträumen der Belebung abgesehen – nach meiner Ansicht unvermeidlich – mit dem heutigen kapitalistischen Individualismus verbunden ist, nicht viel länger dulden wird. Durch eine richtige Analyse des Problems sollte es aber möglich sein, die Krankheit zu heilen und gleichzeitig Leistungsfähigkeit und Freiheit zu bewahren.*« (Ebd. 321)

Wie lassen sich nun die vorstehend dargestellten Zukunftsvisionen von Keynes zusammenfassen? Wir haben schon darauf verwiesen, dass ein Großteil mit dem Begriff der gemischten Wirtschaftsordnung (»mixed economy«) korrekt umschrieben werden kann; dies schließt auch seine steuerpolitischen Vorstellungen und Auffassungen zu einem Abbau der Einkommensungleichheiten ein. Allerdings bleibt die mixed economy, jedenfalls in den Formen, in denen sie nach dem Zweiten Weltkrieg in Realität umgesetzt worden ist, durch die Dominanz der kapitalistischen Produktionsverhältnisse geprägt. Diese Dominanz kapitalistischer Produktionsverhältnisse durchbricht Keynes jedoch vorliegend an zwei zentralen Stellen, einmal bei der Kontrolle und Regulierung der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals, d.h. bei der Forderung nach einer gesellschaftlichen Kontrolle des Profits, sowie bei seiner Orientierung bezüglich des Verschwindens des Rentiers, wenngleich er sie als problemlosen Automatismus begreift.[14]

[14] Wie alle vorstehend dargestellten Elemente der Keynesschen Zukunftsoptionen ist auch der »Tod des Rentiers« unterschiedlich ausdeutbar. Natürlich kann man ihn auch schon in der »Corporate Governance« der fordistischen Aktiengesellschaften der Nachkriegszeit umgesetzt sehen, in der der Eigentümer (Shareholder) allenfalls eine langfristig-strategische Aufsicht übernahm und die Unternehmensgeschicke durch den – allerdings asymmetrischen – Klassenkompromiss zwischen Management und Beschäftigten (sowie ihren Gewerkschaften) weitgehend bestimmt wurden. Vor dem Hintergrund der heutzutage dominierenden »Shareholder-Value-Orientierung« mag diese fordistische Corporate Governance und das ihr unterliegende Kräfteverhältnis geradezu als idyllisch erscheinen. Der Finanzmarktkapitalismus aktueller Prägung bringt den parasitär-spekulativen Charakter des zinstragenden Kapitals zu neuer und höchster Blüte; dementsprechend ist ein »sanfter Tod« seiner Protagonisten im Sinne eines automatischen Verschwindens illusorisch.

In gewisser Weise spiegelt der von der europäischen Sozialdemokratie entwickelte Begriff des »Demokratischen Sozialismus« diese Zwieschlächtigkeit und Unbestimmtheit der Keynesschen Vision adäquat wider: Dieser demokratische Sozialismus drückte zum einen die Integration und die Akzeptanz der Sozialdemokratie gegenüber der kapitalistischen Wirtschaft aus, war als permanente Gestaltungsaufgabe aber gleichzeitig Ansporn und Herausforderung, evolutionär über die Grenzen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse hinauszugehen. Verglichen mit dem Selbstverständnis der »modernen« Sozialdemokratie bzw. »New Labour« stellt diese Version des »Demokratischen Sozialismus« auch unter heutigen Bedingungen allerdings noch eine ausbaufähige Grundlage für gesellschaftsverändernde Interventionen dar.

Die langfristige Vision: Von der Knappheit zum Überfluss

Neben Keynes' Ausführungen zur langfristigen Entwicklungsperspektive des Kapitalismus und ihrer politischen Gestaltung in seiner »General Theory«, die stark auf die dort entwickelten »psychologischen« Gesetzmäßigkeiten und ihre ökonomischen Variablen fokussiert sind, hat er in Schriften und Vorträgen darüber hinausgehende Vorstellungen deutlich gemacht, die es wert sind, eigenständig dargestellt und kommentiert zu werden. Im wesentlichen geht es um seinen 1925 gehaltenen Vortrag »Bin ich ein Liberaler?« (Keynes 1925b), seinen Essay »Wirtschaftliche Möglichkeiten für unsere Enkelkinder« (Keynes 1930b) sowie um Eckpunkte wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklungen, die er für die Entwicklung nach Beendigung des Zweiten Weltkriegs erwartete (vgl. Keynes 1943a).

Alle diese Ausführungen kreisen um die Lösung des »wirtschaftlichen Problems«, d.h. die Beziehung zwischen den Bedürfnissen und den Möglichkeiten ihrer Befriedigung in der Entwicklungsperspektive einer Gesellschaft, die sich aus dem Zustand der Knappheit in denjenigen des Überflusses zu bewegen beginnt. In seinem Vortrag vor der liberalen Sommerschule in Cambridge 1925 hat er mit diesen Kriterien eine Periodisierung der Geschichte unter Rückgriff auf Beschreibungen des amerikanischen Ökonomen John R. Commons (1862-1945) vorgenommen: Das Zeitalter der Knappheit – etwa bis zum 15. oder 16. Jahrhundert – war »*durch ein Mindestmaß an persönlicher Freiheit (und) ein Höchstmaß an kommunistischer, lehnsrechtlicher oder regierungsseitiger Überwachung durch körperlichen Zwang*« (Keynes 1925b: 92f.) gekennzeichnet; im Zeitalter der Fülle besteht »*ein Höchstmaß von persönlicher Freiheit, ein Mindestmaß zwingender Überwachung durch die Regierung, und persönlicher Ein- und Verkauf tritt an die Stelle der Zuteilung*« (ebd. 93). Diese Charakterisierung dient der Umschreibung des »laissez-faire« und des geschichtlichen Liberalismus und hatte, so Keynes, seine Hochzeit im 19. Jahrhundert. Im 20. Jahrhundert, d.h. zu seiner Zeit, sieht Keynes nunmehr den zunächst noch mit etlichen Geburtswehen überlagerten Übertritt der entwickelten Gesellschaften in die Zeit des Gleichgewichts, »das wirkliche Gegenstück zum Marxschen Kommunismus«, heranreifen: »*Der Übergang von wirtschaftlicher Gesetzlosigkeit zu einer Ordnung,*

die bewußt auf eine Überwachung und Lenkung der wirtschaftlichen Kräfte im Sinne gesellschaftlicher Gerechtigkeit und gesellschaftlichen Gleichgewichts abzielt, wird ungeheure Schwierigkeiten sowohl technischer wie politischer Natur darbieten. Trotzdem aber ist mein Vorschlag, daß es die wahre Bestimmung des Neuen Liberalismus ist, ihre Lösung zu suchen.« (Ebd.)

Die wirtschaftlichen Probleme seiner Zeit – depressive Entwicklung und hartnäckige Unterbeschäftigung – und die sich daraus ergebenden sozialen und politischen Katastrophen – Erstarkung und schließliche Machtergreifung autoritärer und faschistischer Regimes, Keynes hat auch die russische Oktoberrevolution und den »Bolschewismus« zu den ersteren gezählt – markieren als Geburtswehen und Übergangsprobleme in die dritte Periode des Überflusses nur »*eine vorübergehende Phase einer mangelhaften Anpassung«* (Keynes 1930b: 140). Aber: »*Auf lange Sicht bedeutet all dieses,* dass die Menschheit dabei ist, ihr wirtschaftliches Problem zu lösen. *Ich möchte voraussagen, dass der Lebensstandard in den fortschrittlichen Ländern in hundert Jahren vier- bis achtmal so hoch sein wird wie heute. Selbst im Lichte unseres heutigen Wissens hätte dies nichts Überraschendes. Es wäre aber auch nicht unsinnig, mit der Möglichkeit eines noch viel rascheren Fortschritts zu rechnen.«* (Ebd., Herv. im Original) »Lösung des wirtschaftlichen Problems« bedeutet die Überwindung der Knappheit im gesamtgesellschaftlichen Umfang und Durchschnitt; dies ist gleichbedeutend mit einer nachhaltigen Sättigung der Bedarfe der Menschen. Allerdings ist hier zu differenzieren: »*Nun ist es wahr, dass die Bedürfnisse der Menschen unersättlich zu sein scheinen. Aber sie zerfallen in zwei Klassen – solche Bedürfnisse, die absolut sind in dem Sinne, dass wir sie fühlen wie auch immer die Situation unserer Mitmenschen sein mag, und solche, die relativ in dem Sinne sind, dass wir sie nur fühlen, wenn ihre Befriedigung uns über unsere Mitmenschen erhebt, uns ein Gefühl der Überlegenheit gibt. Bedürfnisse der zweiten Klasse, also solche, die das Verlangen nach Überlegenheit befriedigen, mögen in der Tat unersättlich sein; je höher das allgemeine Niveau, desto höher sind sie. Aber dies gilt nicht in gleicher Weise für die absoluten Bedürfnisse – es mag bald ein Punkt erreicht sein, vielleicht viel eher, als wir uns alle bewusst sind, an dem diese Bedürfnisse in dem Sinne befriedigt sind, dass wir es vorziehen, unsere weiteren Kräfte nicht-wirtschaftlichen Zwecken zu widmen.«* (Ebd.)

Natürlich ist eine solche Unterscheidung zwischen absoluten und relativen Bedürfnissen nicht trennscharf; sie ist darüber hinaus mit einer Wertung verbunden. Wenn man aber unterstellt, dass auch die absoluten Bedürfnisse historisch und sozial bestimmt sind – analog zu dem historisch-moralischen Element im Wert der Arbeitskraft bei Marx –, dann ist zumindest eine relative Sättigung dieser »absoluten« Bedürfnisse vorstellbar, wenn die Produktivitätsentwicklung in der Produktion und damit der stoffliche Output über der Wachstumsrate der (Welt-)Bevölkerung liegt; die Einkommensverteilung, zum einen innerhalb der »fortschrittlichen« Länder, darüber hinaus auch weltweit, rückt sodann als weiterer Einflussfaktor in den Fokus. Was Keynes vorliegend im Auge hat, ist zunächst die Lösung des wirtschaftlichen Problems unter Friedensbedingungen im Hinblick auf die »absoluten Bedürf-

nisse« in den entwickelten kapitalistischen Ländern, die sich durch eine tendenziell stagnante bis zurückgehende Bevölkerungsentwicklung[15] auszeichnen: »*Unter der Annahme, dass keine bedeutenden Kriege und keine erhebliche Bevölkerungsvermehrung mehr stattfinden, komme ich zu dem Ergebnis, dass das* wirtschaftliche Problem *innerhalb von hundert Jahren gelöst sein dürfte, oder mindestens kurz vor der Lösung stehen wird. Dies bedeutet, dass das wirtschaftliche Problem – wenn wir in die Zukunft sehen – nicht das* beständige Problem *der Menschheit ist.«* (Ebd. 141, Herv. im Original)

Welche Schlussfolgerungen, die zugleich Anforderungen an wirtschaftliche und soziale Gestaltung beinhalten, ergeben sich in dieser Perspektive? Keynes benennt zwei, die zudem einander bedingen. Zum einen ist eine Modifikation in der Verteilung nicht nur der Einkommen, sondern auch der Arbeit bei gleichzeitiger Verkürzung der Arbeitszeit notwendig, nicht nur aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit, sondern auch, um das Problem einer selbstbestimmten Nutzung der gewonnenen Freizeit und Fülle zu lösen. Dass überhaupt Erwerbsarbeit von Jedem verausgabt wird, ist nicht nur eine fortbestehende, weil ewige Naturnotwendigkeit der gesellschaftlichen Reproduktion, sondern auch ein ureigenes Bedürfnis, weil »*für lange Zeiten … der alte Adam in uns noch so mächtig sein (wird), dass jedermann wünschen wird,* irgendeine *Arbeit zu tun, um zufrieden sein zu können«* (ebd. 143, Herv. im Original). Dies verweist auf das allgemeinere Problem einer selbstbestimmten, sinnvollen und befriedigenden Gestaltung der Freizeit, die sich nicht von selbst ergibt: »*Allerdings, so glaube ich, gibt es niemanden, der dem Zeitalter der Freizeit und der Fülle ohne Furcht entgegenblicken könnte. Denn wir sind zu lange trainiert worden, zu streben statt zu genießen. Für den durchschnittlichen Menschen ohne besondere Begabungen ist es eine beängstigende Aufgabe, sich selbst zu beschäftigen, besonders, wenn er nicht mehr mit der Heimat oder den Sitten und Gewohnheiten oder den geliebten Gepflogenheiten einer traditionellen Gesellschaft verwurzelt ist. Nach dem Verhalten und den Tätigkeiten der heutigen wohlhabenden Klasse in irgendeinem Viertel der Welt geurteilt, sind die Aussichten sehr deprimierend! Denn diese stellen sozusagen unsere Vorhut dar – diejenigen, die das verheißene Land für uns übrige auskundschaften und dort ihr Lager aufschlagen. Die meisten von denen, die ein eigenständiges Einkommen haben, aber ohne Anhang oder Pflichten oder Bindungen sind, haben, so scheint mir, bei der Lösung der ihnen gestellten Aufgaben katastrophal versagt.«* (Ebd. 142f.) Trotzdem ist Keynes optimistisch: »*Ich bin sicher, dass wir mit ein wenig mehr Erfahrung die neugefundenen Gaben der Natur ganz anders nutzen werden als es die Reichen heute tun, und dass wir einen Lebensplan für uns entwerfen werden, der ganz anders als der ihre ist.«* (Ebd. 143) Die Begründung für diesen Optimismus sucht man allerdings vergebens. Keynes geht letztendlich davon aus, dass sich die Bewusstseins- und Verhaltensänderungen in der Gesellschaft durch die Veränderungen ihrer sozio-

[15] Bezüglich des Einflusses der Bevölkerungsentwicklung nach dem »demografischen Übergang« für die Keynesschen Schlussfolgerungen vgl. Keynes 1937; jüngst auch Zinn 2011.

ökonomischen Grundlagen, die in das Leben jedes Einzelnen hineinreichen, von selbst ergeben werden; mehr als der Hinweis auf die Relativierung des Geldstrebens, inkl. der Bewertung von Geiz als Laster und dem Eintreiben von Wucherzinsen als Vergehen (vgl. ebd. 145), findet sich bei ihm nicht. Einen Vorteil soll es aber außerdem geben, nämlich den, dass der Übergang in das Zeitalter der Freizeit und Fülle sich allmählich und für sich sukzessive verbreiternde Bevölkerungskreise ergeben wird.[16]

Auch wenn es offene Punkte bei Keynes' Zustand der Freizeit und Fülle gibt, sind doch seine Bedingungen klar. Sie bestimmen darüber hinaus auch die Geschwindigkeit der Erreichung dieses Ziels: »*Die Geschwindigkeit, mit der wir unserem Ziel der wirtschaftlichen Seligkeit näherkommen, wird von vier Dingen bestimmt werden – unserer Macht, das Bevölkerungswachstum zu regulieren; unserer Entschlossenheit, Kriege und Auseinandersetzungen im Inneren zu vermeiden; unserer Bereitschaft, der Wissenschaft die Lenkung jener Dinge anzuvertrauen, die das eigentliche Gebiet der Wissenschaft sind; und der Akkumulationsrate, die sich aus der Spanne zwischen unserer Produktion und unserem Konsum ergibt; wobei sich dies letzte leicht von selbst regeln wird, wenn die drei ersten gegeben sind.*« (Ebd. 146)

Rund 10 Jahre nach der Niederschrift dieses Essay bricht mit dem Beginn des Zweiten Weltkriegs eine der vier genannten Voraussetzungen weg und die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnisse unterlagen gravierenden Veränderungen. Bereits während der Kriegszeit arbeitete Keynes jedoch an verschiedenen Konzepten zur Gestaltung der Nachkriegsentwicklung;[17] vorliegend ist kurz auf seinen Diskussionsbeitrag zu den für Anhörungen vor dem britischen Schatzamt angefertigten Memoranden verschiedener Ökonomen einzugehen, weil er hier seine vorher entwickelten Vorstellungen zur langfristigen Entwicklungsperspektive auf die erwarteten Bedingungen der Nachkriegszeit bezieht.

Auch hier unterlegt Keynes ein Drei-Phasen-Schema: »*Nach dem Krieg werden sich voraussichtlich drei Phasen einstellen (i) wenn der Investitionsanreiz, falls unkontrolliert, zu einem Investitionsvolumen führt, das größer ist als das angezeigte*

[16] Vgl. ebd. 146: »*Aber natürlich wird sich alles nach und nach ereignen, nicht als eine Katastrophe. Tatsächlich hat es schon begonnen. Der Gang der Dinge wird einfach der sein, dass es immer größere Schichten und Gruppen von Menschen geben wird, für die sich Probleme wirtschaftlicher Notwendigkeit einfach nicht mehr stellen. Der entscheidende Unterschied wird erreicht sein, wenn dieser Zustand so allgemein geworden ist, dass sich die Natur unserer Pflicht gegenüber unserem Nächsten verändert. Denn es wird vernünftig bleiben, wirtschaftlich zielgerichtet für andere zu handeln, nachdem es für einen selbst aufhört hat, vernünftig zu sein.*« Dass Keynes hiermit nicht – nur – die Veranstaltung von Charity-Parties meint, können wir nach seinen politischen Positionen unterstellen.

[17] Vgl. auch den nachstehenden Unterabschnitt c) des vorliegenden Kapitels, in dem seine Vorschläge für eine Währungsverfassung der Nachkriegszeit behandelt werden.

Sparniveau[18] *bei fehlender Bewirtschaftung und fehlenden anderen Kontrollen; (ii) wenn die dringend notwendige Investition nicht länger größer als das angezeigte Sparniveau unter freien Bedingungen ist, aber noch dem angezeigten Sparniveau durch bewusste Ermutigung oder Beförderung weniger dringlicher, aber nichtsdestotrotz nützlicher Investitionen, angepasst werden kann; (iii) wenn die Investitionsnachfrage soweit gesättigt ist, dass sie nicht mehr auf das angezeigte Sparniveau angehoben werden kann, ohne sich auf verschwenderische oder unnötige Unternehmungen einzulassen.«* (Keynes 1943a: 160) Die anhand verschiedener Konstellationen von Investitionen und Ersparnissen (I-S-Beziehung) vorgenommene Einteilung lässt sich unschwer auf die Nachkriegsbedingungen und -entwicklungen beziehen.

Für die unmittelbare Rekonstruktionsperiode nach Kriegsende ist das Verhältnis I > S charakteristisch, weshalb »*auf der einen Seite das Investitionsvolumen durch geeignete Kontrollen und auf der anderen Seite das Konsumvolumen durch Bewirtschaftungsmaßnahmen und ähnlichem begrenzt wird. Andernfalls wird eine inflationäre Tendenz einsetzen«* (ebd. 161). Keynes geht von einer Dauer dieser unmittelbaren Rekonstruktionsphase von »*vielleicht fünf Jahre(n)«* (ebd.) aus. In dieser Phase soll der gesellschaftliche Reproduktionsprozess soweit stabilisiert werden, dass es »*möglich sein (sollte), vollständig auf beide Formen der Kontrolle zu verzichten (mit Ausnahme der Kontrolle der Kreditvergabe an das Ausland)*[19]*«* (ebd.).

Auf der Grundlage funktionierender Marktmechanismen »*treten (wir) dann in die zweite Phase ein … Wenn zwei Drittel oder drei Viertel aller Investitionen getätigt sind oder von öffentlichen oder halböffentlichen Körperschaften beeinflusst werden können, sollte ein langfristiges und solides Programm in der Lage sein, den möglichen Schwankungsbereich von wirtschaftlichen Fluktuationen in wesentlich engeren Grenzen zu halten als früher, als ein kleinerer Teil der Investitionen unter öffentlicher Kontrolle stand und sogar dieser Teil die Tendenz hatte, den Schwankungen im strikt privaten Sektor der Wirtschaft zu folgern, statt sie zu korrigieren.«* (Ebd. 161f.) Hier finden wir in wenigen Worten die wirtschaftspolitischen Vorstellungen wieder, die wir vor dem Hintergrund des 24. Kapitels der »General Theory« oben bereits behandelt hatten: erstens Sozialisierung der Investitionsfunktion durch öffentliche und halböffentliche Körperschaften, zweitens gesellschaftliche Rahmenplanung durch »ein langfristiges und solides Programm«, welches drittens neben der Steigerung der Beschäftigung die konjunkturellen Schwankungen glätten soll, analog zu der primär quantitativ orientierten Nachfragesteuerung, denn viertens bleibt es primär dem Markt überlassen, die Produktprogramme und Dienstleistungen der Anbieter mit den sich als zahlungsfähige Nachfrage artikulierenden

[18] Das »angezeigte Sparniveau« (indicated level of savings) bezeichnet das mit Vollbeschäftigung übereinstimmende Sparvolumen.

[19] Hinsichtlich der wirtschaftspolitischen Behandlung von Außenwirtschaftstransaktionen und der Absicherung binnenwirtschaftlicher Entwicklungen vgl. den nachstehenden Unterabschnitt c).

Bedürfnissen in Übereinstimmung zu bringen. Insofern bestätigt sich unsere Bewertung, dass Keynes' wirtschaftspolitische Ziele und Instrumentarien in erster Linie Optionen für die Prosperität bzw. eine langfristig in beschleunigter Weise vonstattengehende Kapitalakkumulation sind.

Die Perspektive einer evolutionären Veränderung des Kapitalismus ergibt sich erst durch den Übergang der zweiten in die dritte Phase der Nachkriegsentwicklung, die durch die Konstellation I < S gekennzeichnet ist. »*Wenn die dritte Phase in Sicht kommt, wird das von Sir H. Hendersen hervorgehobene Problem vordringlich. Es wird notwendig sein, sinnvollen Konsum zu fördern, Sparen zu missbilligen – und einen Teil des unerwünschten Überangebots durch vermehrte Freizeit zu absorbieren, mehr Urlaub (welches ein wunderbar angenehmer Weg ist, Geld loszuwerden) und kürzere Arbeitszeiten. … Mit dem Beginn dieses goldenen Zeitalters werden uns verschiedene Mittel zur Verfügung stehen. Ziel muss es sein, die gesellschaftlichen Praktiken und Gewohnheiten allmählich zu verändern, um das angezeigte Sparniveau zu verringern. Möglicherweise werden die Abschreibungsfonds fast ausreichen, um alle nötigen Bruttoanlageinvestitionen tätigen zu können.*« (Ebd. 162) Förderung sinnvollen Konsums auf Basis eines die Ungleichheit der Einkommensverteilung auf ein kontrolliertes Maß zurückführenden Niveaus, Investitionen des Staates und halböffentlicher Körperschaften (Gemeinwirtschaftssektor) im Rahmen eines strukturpolitischen Gestaltungskonzeptes der zukünftigen Wirtschaftsstruktur sowie Arbeitszeitverkürzungen und Verteilung der Arbeit auf die werkfähigen Gesellschaftsmitglieder – dies sind tatsächlich Forderungen im Rahmen eines so genannten »politökonomischen Minimalkonsenses«, die einen Ausweg auch aus der gegenwärtigen Krise zeigen und den Weg in eine zukünftige Gesellschaft des Überflusses weisen können.[20]

c) Keynes' Konzeptionen für nationale Binnenwirtschaften und eine neue Weltmarktverfassung

Nationale Selbstgenügsamkeit und Freihandel

Keynes sagt von sich selbst: »*Ich war, wie die meisten Engländer, erzogen, den Freihandel nicht nur als eine ökonomische Doktrin, an der ein vernünftiger und gebildeter Mensch nicht zweifeln könne, sondern fast als einen Teil des Moralgesetzes zu achten.*« (Keynes 1933b: 152) Jedoch sieht er den unbedingten »wirtschaftlichen Internationalismus« (vgl. ebd. 155) mit seiner Orientierung an internationaler Arbeitsteilung und nationaler Spezialisierung zur Erschließung komparativer Vorteile sowie – vornehmlich britischer – Direktinvestitionen in anderen Ländern als Ziel ökonomischen Handelns einer mittlerweile vergangenen Zeit: »*Sodann aber waren die Vorteile stark ausgeprägter nationaler Spezialisierung besonders groß in einer Zeit, in der die Industrialisierung und die Möglichkeiten technischer Schu-*

[20] Wir kommen hierauf im letzten Kapitel 17 der vorliegenden Abhandlung zurück.

lung in den verschiedenen Ländern sehr stark voneinander abwichen.« (Ebd.) Diese Konstellation ist aber mittlerweile Vergangenheit: »*Die Erfahrung zeigt mehr und mehr, daß die meisten Prozesse moderner Massenproduktion in fast allen Ländern und Klimaten mit ungefähr gleichem Erfolg durchgeführt werden können. Darüber hinaus aber treten bei zunehmender Wohlstandsbildung Grundstoffe und Fabrikate an Bedeutung in der Volkswirtschaft, gegenüber Wohnungen, persönlichen Dienstleistungen und lokalen Amönitäten, die nicht dem internationalen Austausch unterliegen, zurück…«* (ebd. 156).

Wie die Tugend der Sparsamkeit in einer Zeit, in der Kapital knapp war und die Akkumulation den Engpass des nationalen Sparaufkommens zu überwinden hatte, sieht Keynes auch für die Außenwirtschaftsverhältnisse durch den Freihandel und den freien Kapitalverkehr die wirtschaftlichen Herausforderungen als gelöst an und geht für die Zukunft einer postindustriellen Gesellschaft von der Notwendigkeit eines Paradigmenwechsels aus. Im binnenwirtschaftlichen Kreislauf wird anstelle des Angebots eine mit Vollbeschäftigung zu vereinbarende effektive Nachfrage zum Bezugspunkt der Wirtschaftspolitik und in den außenwirtschaftlichen Beziehungen wird perspektivisch eine größere nationale Selbstgenügsamkeit zum erstrebenswerten Ziel, womit nicht zuletzt auch der »*Friedenssache«* (ebd. 154) in höherem Maße gedient wird als mit der Entfesselung des internationalen Wettbewerbs auf allen Märkten der Welt. Es soll daher zwischen internationalen und nationalen Gütern und Dienstleistungen neu sortiert werden; dieser Paradigmenwechsel ist zugleich eine Umorientierung, die langfristig und nur nach und nach ins Werk gesetzt werden soll. »*Ich sympathisiere … mehr mit denen, die die finanzielle Verknüpfung zwischen den Nationen sehr stark lockern wollen, als mit denen, die sie zu steigern gedenken. Ideen, Wissen, Kunst, Gastfreundschaft, Reisen – das sind Dinge, die ihrer Natur nach international sein sollten, aber laßt Güter in der Heimat herstellen, wenn immer es sinnvoll und praktisch möglich ist, und vor allem laßt die Finanzen in erster Linie nationale sein. Aber die, die ein Land aus seiner Verflechtung zu befreien versuchen, sollten zugleich sehr vorsichtig zu Werke gehen. Nicht Wurzeln sollen ausgerissen werden, sondern das Wachstum einer Pflanze soll in eine andere Richtung gelenkt werden.«* (Ebd.) Es geht also um ein allmähliches Umsteuern auf eine stärkere Binnenorientierung der entwickelten Volkswirtschaften in ihren reproduktiven Basisverhältnissen und eine strikte Absage an finanzielle Globalisierung mit ihren unvermeidlichen Begleiterscheinungen der Spekulation – »*… der Teilhaberschaft eines Chicagoer Spekulanten an der deutschen A.E.G. oder der Beteiligung einer englischen Witwe an den städtischen Werken von Rio de Janeiro«* (ebd. 154) – und negativen Rückwirkung auf Wertschöpfung und Beschäftigung.

Die auch zu Keynes' Zeiten bereits fortgeschrittene Internationalisierung der Finanzmärkte und die Vagabondage des Geldkapitals, die nicht unwesentlich zu den wirtschaftlichen Problemen der 1920er Jahre und zu der Verschärfung der Weltwirtschaftskrise seit 1929 beigetragen hatten, sieht er als einen der Gründe, welche die Starrheit des Zinsniveaus nach unten infolge der von den Borgern geforderten

und durchgesetzten Risikomarge begründen, d.h. sein Sinken auf einen mit Vollbeschäftigung zu vereinbarenden Stand verhindern. Darüber hinaus sieht Keynes durch diese international vermittelte Be- und Verhinderung einer Reduktion des Zinssatzes eine Gefährdung der fundamentalen Grundstrukturen von Marktwirtschaft und Unternehmertum: »*In ökonomischen Einzelfragen bin ich geneigt, im Gegensatz zu Fragen zentraler Richtlinien für die Wirtschaftskontrolle, soweit wie möglich die private Entscheidung, Initiative und die Unternehmung zu unterstützen. Aber ich habe mich überzeugt, daß die Erhaltung der Struktur der privaten Unternehmung mit dem Grad materiellen Wohlstandes unvereinbar ist, den unser technischer Fortschritt uns ermöglicht, wenn nicht die Zinsrate weit stärker fällt, als es der Wirksamkeit des bekannten Mechanismus entspricht. In der Tat mag aber die Umformung der Gesellschaft, die ich in erster Linie betrachten möchte, in den nächsten dreißig Jahren eine Reduktion der Zinsrate bis auf eine verschwindend geringe Höhe fordern. Aber in einem System, in dem die Zinsrate durch die Wirkung normaler finanzieller Kräfte bei Berücksichtigung des Risikos und dergleichen in der ganzen Welt ein einheitliches Niveau erreicht, ist eine Entwicklung in dieser Richtung ganz unwahrscheinlich. Aus einer Vielzahl von Gründen … kann der weltwirtschaftliche Austausch bei freier Bewegung von Kapital und verzinslichen Anlagen wie von Waren dieses Land für eine ganze Generation zu einem geringeren Grade materieller Wohlfahrt verurteilen als unter einem anderen System.*« (Ebd. 157f.) Das Ergebnis dieser »Umformung der Gesellschaft« wird überdies sein, dass »*keine Gleichförmigkeit des ökonomischen Systems in der ganzen Welt erwartet werden kann (und) daß wir so frei wie möglich sein müssen von Störungen durch Veränderungen in anderen Ländern, um unsere eigenen Lieblingsexperimente zur Formung der idealen und sozialen Republik der Zukunft durchführen zu können*« (ebd. 158).

Sowenig wie sich die von Keynes favorisierte Umsteuerung von Wirtschaft und Gesellschaft auf eine größere Selbstgenügsamkeit von selbst einstellt, sowenig sollen auf der anderen Seite auch die Gefahren missachtet werden, die in diesem Veränderungsprozess entstehen können. Neben dem »*Doktrinarismus*« (ebd. 160) ist es die Hast bei der Umsetzung der Veränderung. »*Wir haben nicht eine plötzliche Revolution zu diskutieren, sondern die Richtung eines säkularen Trends.*« (Ebd.) Revolutionäre Hast wie die Unterdrückung »*einer fruchtbaren sachkundigen Kritik*« (ebd. 161) – für beides steht die UdSSR unter Stalin als »*abschreckendes Beispiel … für alle, die Experimente zu machen versuchen*« (ebd.) – steht dem demokratischen, evolutionären Übergang entwickelter bürgerlicher Gesellschaften entgegen; damit präsentiert sich Keynes als »Revolutionstheoretiker« in modernerer und entwickelterer Form als seine zeitgenössischen marxistischen Counterparts – wenngleich er als »Liberaler« (vgl. Keynes 1925b) diese Bezeichnung weit von sich gewiesen hätte.

International Clearing Union[21]

Noch während der Zweite Weltkrieg in vollem Gange war, entwarf J.M. Keynes mit seinen »Proposals for an International Clearing Union« im April 1943 ein Konzept für eine internationale Finanzverfassung (»mechanism of currency and exchange in international trading«, vgl. Keynes 1943b), welches für die damalige Zeit revolutionär war, wohl wissend, dass derartig weitgehende Pläne nur innerhalb eines kurzen Zeitfensters einer Aufbruchssituation umgesetzt werden können.

Der Keynessche Plan lässt die nationale Autorität für Wirtschafts- bzw. Geld- und Währungspolitik so weit wie möglich bestehen, insofern die Leitung der vorgeschlagenen internationalen Institution nur auf Vorschläge beschränkt bleibt und keine größere exekutive Gewalt ausüben kann als in normalen wirtschaftlichen Angelegenheiten. Dementsprechend wird auch keinerlei Zwang hinsichtlich des wirtschaftlichen und politischen Systems der Mitgliedsländer ausgeübt; ebenso ist die Mitgliedschaft der Länder freiwillig, d.h. Austritte sind jederzeit möglich. Neben der Einpassung der vorgeschlagenen Währungsverfassung mit der internationalen Clearing Union in ein ursprünglich ins Auge gefasstes internationales Institutionensystem (Internationale Handelsagentur etc.) ist auch eine Arbeitsteilung zwischen der kurzfristigen Regulierung von Zahlungsbilanzungleichgewichten einerseits und langfristigen entwicklungspolitischen Aufgaben und ihrer Finanzierung angedacht*: »The machinery and organization of international long-term lending is another aspect of postwar economic policy, not less important than the purposes which the Clearing Union seeks to serve, but requiring another, complementary institution.«* (Keynes 1943b: 74)

Kernstück des Keynesschen Vorschlages ist die Etablierung einer internationalen Clearing Union als einer Welt-Zentralbank im Sinne einer Verrechnungsstelle und Regulierungseinheit für die nationalen Zahlungsbilanzüberschüsse und -defizite und die Schaffung einer internationalen Kunstwährung (Bancor) als Verrechnungsmedium. Die Denomination des Bancor erfolgt durch Gold, d.h. der Bancor repräsentiert ein bestimmtes Goldgewicht; dieses wird durch das »Governing Board« der Clearing Union festgelegt. Obwohl als Parität administrativ fixiert, ist diese Beziehung zwischen Gold und Bancor nicht unveränderbar. Gleichzeitig besitzt der Bancor die Attribute einer regulierten Währung. Seine Existenz macht das internationale Währungssystem unabhängig von der Entwicklung der Goldproduktion und etwaiger Mengenrestriktionen durch die Goldförderung.

Die wesentliche Aufgabe der internationalen Clearing Union besteht in der Regulierung der Zahlungsbilanzausgleiche zwischen den Mitgliedsstaaten. Das übergeordnete Ziel besteht darin, sowohl Überschuss- wie Defizitländer zur Zurückführung der Ungleichgewichte zu bringen, um der Weltwirtschaft Wachstums- und Wohlstandseinbußen durch Stabilisierungskrisen und Deflationsprozesse zu ersparen. Um die Anpassungslast nicht wie ansonsten üblich einseitig den Defizitländern aufzubürden, sollen sowohl Zahlungsbilanzüberschüsse als auch Zahlungsbilanz-

[21] Vgl. für das Folgende Krüger 2012: 518ff.

defizite mit Abgaben belegt werden. Bemessungsgrundlage für diese Abgaben ist die Größe des durchschnittlichen Überschusses oder Defizites im Verhältnis zu der durch die Bedeutung des Außenhandels bestimmten Länderquote, die auch die Inanspruchnahme der Kreditlinie bei der Clearing Union determiniert.

Ein Mitgliedsstaat darf sein Defizit nicht um mehr als bis zu einem Viertel seiner Quote ohne Erlaubnis des Boards der Clearing Union ausdehnen. Übersteigt sein Defizit ein Viertel seiner Quote im Durchschnitt der letzten zwei Jahre, hat es das Recht zur Abwertung seiner Währung gegenüber dem Bancor um max. 5% ohne formelle Erlaubnis des Boards. Ausgeschlossen werden soll aber eine wiederholte Abwertung oder gar ein Abwertungswettlauf. Übersteigt das Zahlungsbilanzdefizit eines Mitgliedsstaates 50% seiner Quote, kann das Governing Board der Clearing Union eine Einlage in Gold, Devisen oder Staatstitel verlangen. Bei einem noch höheren Defizit kann das Board eine Währungsabwertung, die Kontrolle grenzüberschreitender Kapitalflüsse und die vollständige Aufgabe einer entsprechenden Menge an Gold oder sonstigen Währungsreserven zur Defizitreduzierung verfügen. Im Extremfall, d.h. bei noch höheren oder exzessiv steigenden Defiziten, kann das Governing Board die Zahlungsunfähigkeit des Staates erklären, sodass dieses Land nicht länger über sein Konto bei der Clearing Union verfügen kann. Generell geht es also darum, internationale Liquidität bereitzustellen und damit Zeit zu gewinnen für nicht-deflationäre Anpassungsvorgänge in den Defizitländern.

Die Überschussländer werden ebenfalls zur Anpassung ihrer Außenwirtschaftsposition angehalten. Übersteigt der Überschuss 50% der Länderquote im Durchschnitt eines Jahres, ist mit dem Board der Clearing Union festzulegen, welche Maßnahme zur Wiederherstellung einer ausgeglichenen Zahlungsbilanz zu ergreifen sind. In Frage kommen dabei die binnenwirtschaftliche Ausweitung von Kredit und Nachfrage, die Aufwertung der Währung gegenüber dem Bancor oder die Steigerung der Zinsen für Ersparnisse, die Reduzierung von Zöllen und nichttariffären Importrestriktionen und/oder die Vergabe internationaler Entwicklungskredite. Alternativ kann die Clearing Union auch den Überschusssaldo eines Landes durch Abgabe von Gold reduzieren; aber dies ist dann eine außerordentliche Maßnahme, die von der Clearing Union ausgeht, keineswegs eine Goldrestitution, die vom Mitgliedsland gefordert werden kann.

Jedes Mitgliedsland hat Stimmrechte in der Clearing Union in Abhängigkeit von der Höhe seiner Länderquote. Quotenanpassungen sind möglich, insbesondere proportionale Quotenerhöhungen oder -reduzierungen bei unzureichender bzw. überschüssiger Kaufkraft oder Liquidität.

Bei aller zweiseitigen Steuerung der Zahlungsbilanzen sowohl von Defizit- wie von Überschussländern bleiben naturgemäß bestimmte Unterschiede erhalten. So ist das Maximum des Defizits eine harte Restriktion und die Gegenmaßnahmen beginnen bereits lange, bevor es erreicht ist. Für die Überschüsse gibt es in den Keynesschen Vorschlägen, abgesehen von den für Defizit- und Überschussländer gleichen Abgaben, keine derartig strikte Restriktion, weil er fürchtet, dass eine strikte Gleichbehandlung von Überschuss- und Defizitländern im Hinblick auf Gegenmaß-

nahmen – beispielsweise die Stilllegung oder die zwangsweise Investition akkumulierter Bancorüberschüsse oberhalb der Länderquote –, die Akzeptanz der Gesamtkonstruktion und des Bancor als Verrechnungsmedium zerstören könnte. Das Fehlen einer strikten Maximalgrenze für Überschüsse führt auf der anderen Seite jedoch keineswegs zu unbeschränkten Verbindlichkeiten außerhalb der Kontrolle der Clearing Union. Der Unterschied zwischen einer unregulierten und einer durch die Clearing Union regulierten Weltwirtschaft besteht in der – möglichsten – Ausschaltung von außenwirtschaftlich induzierten Stabilisierungskrisen: »*The difference is that in absence of the Clearing Union, more or less automatic factors come into play to restrict the volume of its exports after the above means of receiving payment for them have been exhausted. Certain countries become unable to pay and, in addition to this, there is an automatic tendency towards a general slump in international trade and, as a result, a reduction in the exports of the creditor country. Thus, the effect of the Clearing Union is to give the creditor country a choice between voluntarily curtailing its exports to the same extend that they would have been involuntarily curtailed in the absence of the Clearing Union, or, alternatively, of allowing its exports to continue and accumulating the excess receipts in the form of bancor balances for the time being.*« (Ebd. 65) Somit steht das Konzept der internationalen Clearing Union für die Expansion des internationalen Handels gerade für die Überschussländer anstelle eines kontraktiven Drucks durch die Defizitländer, die damit auch die Entwicklung der Überschussländer restringieren.

Keynes konzipiert mit der internationalen Clearing Union und ihren Kreditfazilitäten für die Mitgliedsländer eine win-win-Konstellation sowohl für Defizit- wie für Überschussländer. Analog zum inländischen Banksystem, welches die Transformation der gesamtwirtschaftlichen Ersparnis in Investitionen vermittelt, funktioniert auch die internationale Clearing Union: »*The substitution of a credit mechanism in place of hoarding would have repeated in the international field the same miracle, already performed in the domestic field, of turning a stone into bread.*« (Ebd. 66) Die internationale Clearing Union mit ihren Instrumenten und Regularien soll die außenpolitischen Beziehungen zwischen den Staaten versachlichen und demokratisieren.

Wie bereits vermerkt beschränkt Keynes die Positiv- und Negativbancorsalden der Länder auf Transaktionen reproduktiver Art, d.h. in erster Linie auf Handels- (und Dienstleistungs-)bilanzsalden. Kapitalbewegungen stehen, entsprechend der damaligen Zeit, unter anhaltender Regulation und Kontrolle. Allerdings spricht er sich nicht für eine internationale Kontrollagentur aus, sondern belässt die Kapitalverkehrskontrollen in der Hoheit der Nationalstaaten. Derartige Kapitalverkehrskontrolllen sollen nun keineswegs grenzüberschreitende Kapitalflüsse verhindern; Direktinvestitionen und internationale Anleihen und Kredite für legitime Zwecke (*»international loans and credits for legitimate purposes«*, ebd.) sind ausdrücklich erwünscht: »*The object, and it is a vital object, is to have means (a) of distinguishing long-term loans by creditor countries, which help to maintain equilibrium and develop the world's resources, from movements of funds out of debtors countries*

which lack the means to finance them; and (b) of controlling short-term speculative movements or flights of currency whether out of debtor countries or from one creditor country to another.« (Ebd. 73f.)

Auf der anderen Seite ist die Clearing Union der Nukleus einer zukünftigen Wirtschaftsregierung der Welt. Damit wachsen ihr weitere Aufgaben gegenüber den vorliegend dargestellten zu, z.B. die Bereitstellung besonderer Fazilitäten (Kreditmittel) für Nachkriegsrekonstruktion und -entwicklung, Buffer-Stock-Fazilitäten zur Regulierung von Rohstoffpreisen sowie die Verbindung zu einem Board für internationale Investitionen. Außerdem ist Keynes hoffnungsvoll, dass sein neues Weltmarktregime die Schwankungen des Konjunkturzyklus und der Warenpreise stabilisieren und kontrollieren könne: »*If an International Economic Board is established, this Board and the Clearing Union might be expected to work in close collaboration to their mutual advantage. If an International Investment or Development Corporation is also set up together with a scheme of Commodity Controls for the control of stocks of staple primary products, we might come to possess in these three institutions a powerful means of combating the evils of the trade cycle, by exercising contradictionist or expansionist influence on the system as a whole or on particular sections.«* (Ebd. 76)

Kapitel 14: Sozioökonomischer und theoretischer Kontext der Keynesschen Theorie

a) Die ökonomische Entwicklung in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen und die Weltwirtschaftskrise

Die Keynessche »General Theory« kann als *der* theoretische Ausdruck der Weltwirtschaftskrise, die im Jahr 1929 beginnt und sich über volle drei Jahre bis 1932 als akute Abschwungsbewegung erstreckt, bezeichnet werden. Allerdings waren die 1920er Jahre bis zum Ausbruch der Krise keineswegs in allen damaligen entwickelten kapitalistischen Ländern eine Periode hohen Wirtschaftswachstums und sozialer Prosperität. Gerade Großbritannien hatte den Periodenwechsel in den I. Zwischenkriegszyklus mit einem tiefen Einbruch seiner Kapitalakkumulation (1921-23) durchlaufen und auch in der Folgezeit im internationalen Vergleich zu den USA, Deutschland und Frankreich nur deutlich unterdurchschnittliche Zuwachsraten bei Sozialprodukt und Industrieproduktion erzielt: Im Verlauf des I. Zwischenkriegszyklus bis 1926 konnte Großbritannien gerade einmal ein zyklendurchschnittliches Wachstum im Sozialprodukt von 0,6% p.a. zu laufenden Preisen erreichen; der zweite Zwischenkriegszyklus mit dem Abschwung von 1930 bis 1932 erbrachte per Saldo gar eine Schrumpfung von 0,8% p.a. Verglichen mit den USA und dem Deutschen Reich war dieser zyklendurchschnittliche Rückgang zwar geringer ausgeprägt – die Vergleichswerte lauten: USA -7,9% p.a., DR -3,3% p.a., jeweils für 1928/29 bis 1932/33 –, doch gilt insgesamt, dass die britische Wirtschaft in den 1920er Jahren fast durchgängig in einer relativen Stockung verharrte; dementsprechend war die Arbeitslosigkeit andauernd hoch.[1]

Die Deutung und Einordnung der Weltwirtschaftskrise 1929-32/33 ist innerhalb der ökonomischen und sozialgeschichtlichen Literatur keineswegs einheitlich.[2] Im vorliegenden Zusammenhang kann es nur darum gehen, mit einigen Strichen die ökonomische Entwicklung in der Zwischenkriegszeit in die langfristige Entwicklung der kapitalistischen Akkumulation in den damals bestimmenden Metropolen des Weltmarkts einzuordnen, um den unbestritten herausgehobenen Charakter dieser ersten Großen Krise der industriellen Kapitalakkumulation zu verdeutlichen und die durch sie erzeugte Erschütterung des ökonomischen Denkens der Zeitgenossen zu erklären.

---

[1] Vgl. auch Krüger 2010: 814.

[2] Im wesentlichen konkurrieren in Bezug auf die Erklärung und Einordnung dieser Weltwirtschaftskrise Positionen miteinander, die zum einen den auf Nikolai D. Kondratieff (1892-1938) und Joseph Schumpeter (1883-1950) zurückgehenden Auffassungen »langer Wellen der Wirtschaftsentwicklung« zuzurechnen sind, zum anderen disparate Faktoren anführen.

In der Entwicklungsphase der kapitalistischen Akkumulation bis zum Ersten Weltkrieg – den Beginn einer auf industriell-kapitalistischer Basis stattfindenden Akkumulation datieren wir mit Marx für Großbritannien auf die »erste wirkliche Weltmarktkrise« 1825 – hat das britische Kapital die Weltmärkte absolut dominiert. Allerdings zeigt die nähere Betrachtung, dass sich diese internationale ökonomische Vormachtstellung bereits in den Dezennien vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs zu relativieren beginnt: Die USA, Frankreich und namentlich das Deutsche Reich machen sukzessive Boden gegenüber Großbritannien im Welthandel gut. (vgl. Krüger 2010: 803ff.) Der Erste Weltkrieg wirft die europäischen Nationen gegenüber den USA stark zurück, innerhalb der europäischen Nationen ist besonders das Deutsche Reich von den Kriegsfolgen schwer betroffen. Auf dem Weltmarkt bildet sich in der Zwischenkriegszeit ein Polyzentrismus verschiedener Metropolen heraus: die USA beginnen Großbritannien den Rang der ersten Welthandels- und Industrienation abzulaufen und nach Überwindung der kriegsbedingten Rückschläge schiebt sich auch das Deutsche Reich noch vor Großbritannien auf den zweiten Platz in der Skala der dominierenden Nationalkapitale. Es gibt während dieser Zeitperiode keine Nation, die die Rolle des Demiurgen des kapitalistischen Weltmarkts[3] spielen könnte.

Der Verlust der Demiurgenfunktion für das britische Kapital und die Umgruppierungen in den Welthandelsanteilen sind Reflex national unterschiedlich ausgeprägter Akkumulationstendenzen, die selbst wiederum spezifische Ausprägungen der inneren Gesetzmäßigkeiten der Kapitalakkumulation darstellen. Das von Großbritannien entwickelte und angeführte Rationalisierungsparadigma der sich historisch erstmalig herausbildenden und gesamtwirtschaftlich verallgemeinernden Produktionsweise der Großen Industrie geriet an immanente Grenzen; diese drückten sich im tendenziellen Fall der Profitrate als sich zuspitzender Widerspruch zwischen der Entwicklung der Produktivkräfte und dieser spezifisch gesellschaftlichen Betriebsweise aus. Das britische Nationalkapital erfährt die sich nach und nach abschwächende Akkumulationsdynamik aufgrund seines höheren Entwicklungsgrades früher als seine Konkurrenten, muss die Verwertungsgrenzen in der Binnenwirtschaft zunehmend durch Außenwirtschaftsaktivitäten kompensieren und stärkt damit durch britische Direktinvestitionen die Wettbewerbsposition seiner Konkurrenten. Bereits im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts ist die Position der kapitalistischen Konkurrenten so stark geworden, dass das britische Kapital Marktanteilsverluste auf Auslandsmärkten zunehmend durch eine Intensivierung seiner Handelsbeziehungen mit unentwickelten Ländern kompensieren muss (vgl. Hobsbawm 1969, 1989). Damit zeigt sich der innere Zusammenhang zwischen einem dominierenden Rationalisierungsparadigma – Ersatz von lebendiger Arbeit durch Maschinerie –, einer spezifischen, historisch-distinkten Betriebsweise – Etablierung und Verallgemeinerung des Regimes der Großen Industrie und der sich dadurch ergebenden Prägung und

[3] Zur Rolle und Funktion des Demiurgen des kapitalistischen Weltmarkts vgl. Krüger 2010: 781.

Entwicklung der Klassen- und Sozialstruktur –, einem Akkumulationsregime auf dem Weltmarkt – Großbritannien als Demiurg des bürgerlichen Kosmos – und der Untergrabung dieser Gesamtkonstellation durch eine sukzessive an Dynamik verlierende beschleunigte Kapitalakkumulation mit Profitratenfall und abnehmenden Wachstumsraten von Wertprodukt und gesamtwirtschaftlicher Profitmasse, die sich wiederum in der internationalen Umgruppierung der Stufenleiter der Nationalarbeiten Ausdruck verschafft.[4]

Die Zwischenkriegszeit der 1920er und 1930er Jahre markiert die durch den Ersten Weltkrieg unterbrochene und zugleich modifizierte Fortsetzung dieser bereits vorher deutlich sichtbaren Entwicklungstendenzen. Die in den ersten beiden Zwischenkriegszyklen bereits herausgestellte relative Stagnation in Großbritannien, gegenüber der sich die deutlich bessere Wirtschaftsentwicklung in den USA und – nach der Währungsreform 1923(vgl. Krüger 2012: 225ff.) – im Deutschen Reich abhebt, fügt sich in dieses Bild ein. Natürlich haben auch wirtschaftspolitische Entscheidungen in den betreffenden Ländern einen bedeutenden Einfluss ausgeübt, so die erst zum Jahr 1926 realisierte Rückkehr zum Goldstandard zur Vorkriegsparität in Großbritannien, welche dem mittlerweile herrschenden Preis- und Lohnniveau nicht mehr entsprach und nur mit einer deflationären Anpassungskrise zu haben war (vgl. ebd. 230ff., außerdem Keynes 1925a), sowie die durchgängig am Budgetausgleich ausgerichtete Fiskalpolitik der Regierungen.

Ein fugenloser Übergang in eine neue, höhere Betriebsweise des gesellschaftlichen Produktionsprozesses war in den europäischen Ländern durch vielfältige sozialstrukturelle und politische Blockaden nicht möglich – Gramsci sprach in diesem Zusammenhang von »leimig-parasitären Sedimenten« (vgl. Gramsci 1967) – und wurde durch die USA, wo sich in den 1920er Jahren Elemente der neuen Betriebsweise des »Fordismus« herauszubilden begannen, international nicht »propagiert«, weil sie an ihrer überkommenen politischen Binnenorientierung zunächst noch festhielten. So ist die Entwicklung in den einzelnen Ländern und auf dem Weltmarkt bis zum Ende der 1920er Jahre von einer weiteren Zuspitzung der widersprüchlichen Agentien sowohl der reproduktiven Kapitalakkumulation als auch der Geldkapitalakkumulation, insbesondere ihrer Verselbstständigung gegenüber der ersteren geprägt.

Der Einbruch der Produktion im Jahr 1929 ist weltweit; alle entwickelten kapitalistischen Metropolen erleben einen synchronen Umschwung der zyklischen Akkumulationsbewegung. Die Tiefe von Krise und Abschwung sind allerdings national unterschiedlich ausgeprägt, am härtesten sind die USA und Deutschland betroffen. Dieser gravierende und sich über drei Jahre erstreckende Einbruch der in-

[4] Es versteht sich, dass diese Zusammenhänge, die eine historische Epoche politisch-ökonomisch charakterisieren, nicht als mechanistisches Konstrukt missverstanden werden dürfen; es handelt sich hierbei um durch innere Verbindungslinien bestimmte Entsprechungsverhältnisse, die in der empirischen Wirklichkeit durch nationale, zeitliche und durch vielfältige politische Einflussfaktoren modifiziert eigentümliche Ausprägungen erhalten.

dustriellen Produktion weist schon darauf hin, dass diese Krise einen über einen bloß zyklischen Einbruch hinausgehenden Eklat darstellt; hinzu kommt aber darüber hinaus, dass auch in der Folgezeit ein stagnativ-depressiver Grundton der Wirtschaftsentwicklung in den meisten Ländern vorherrschend bleibt. Zwar findet 1932 bzw. 1933 der Periodenwechsel in den III. Zwischenkriegszyklus statt, doch kann von der Ingangsetzung einer auch nur zyklisch beschleunigten Kapitalakkumulation in den Weltmarktmetropolen nicht gesprochen werden – geschweige denn von einer Wiedergewinnung einer langfristig-strukturell beschleunigten Akkumulation der Nationalkapitale.

Der nach den bestehenden langfristigen Entwicklungstendenzen bereits aus der Vorkriegszeit allfällige Eklat 1929ff. ist aber auch deshalb so gravierend gewesen, weil er durch weitere Umstände verschiedenster Art verschärft worden ist. Auf den Einfluss des seinerzeit bestehenden Geld-, Kredit- und Währungssystems ist bezüglich Großbritanniens gewaltsamer Rückkehr zum Goldstandard bereits verwiesen worden. Generell gilt jedoch, dass die Ausprägung des Geldwesens mit konvertiblen Zentralbanknoten und des Währungszusammenhangs als Gold-Devisen-Standard die geldpolitischen Interventions- und Steuerungsmöglichkeiten der Zentralbanken nur graduell gegenüber der Vorkriegszeit erhöht hatte. Das »Diktat der Zahlungsbilanz« galt für alle nationalen Reproduktionsprozesse, wenn auch nicht für alle in so brutaler Weise wie für das zum internationalen Schuldner gewordene Großbritannien mit seinen relativ geringen Währungsreserven und der verlorengegangenen Führungsfunktion im reproduktiv-industriellen Bereich sowie für das Deutsche Reich mit seinen durch den Versailler Vertrag auferlegten Reparationslasten.

Der Börsenkrach am »schwarzen Freitag« 1932 in New York und die Bankenzusammenbrüche namentlich in den USA und in Deutschland sind deutliche Ausdrucksformen für die Labilität des Kredit- und Währungssystems dieser Zeit, die mit einer eigenen destruktiven Dynamik den reproduktiven Abschwung verschärfte: »*Der Zusammenbruch der Börse führte zu einem Gerangel um Liquidität, sowohl bei den Gläubigern an Tagesgeld als auch bei den Aktienbesitzern. Im Laufe dessen wurden Aufträge zurückgezogen, Kredite gekündigt ... Unterdessen hatte sich jedoch die Deflation auf die anfälligen Warenmärkte und die Gebrauchsgüter-Industrie ausgebreitet. Der Börsenkrach ist weniger deshalb interessant, weil er dem Historiker ironische Bemerkungen über die Schwächen geldgieriger Menschen erlaubt, als vielmehr, weil er einen Prozeß auslöste, der seine eigene Dynamik entwickelte.*« (Kindleberger 1973: 110)

Der internationale Geld- und Kreditmarkt war dominiert von Kapitalströmen aus Deutschland über die Aliierten des Ersten Weltkriegs nach den USA, denn Deutschlands Reparationszahlungen gingen zum großen Teil zur Begleichung der Kriegsschuld der Aliierten an den amerikanischen Gläubiger. »*Dadurch, daß man aus der kapitalschwachen deutschen Wirtschaft große Kapitalbeträge herausholte und sie der kapitalstarken amerikanischen Wirtschaft, die der letzte Empfänger war, zuführte, verstärkte man das Gefälle zwischen dem hohen deutschen und dem niedrigen amerikanischen Zinsniveau.*« (Predöhl 1977: 282) Aufgrund eben dieses

unterschiedlichen Zinsniveaus flossen jedoch die Geldkapitalströme wieder nach Deutschland zurück, allerdings als sehr kurzfristige Kredite. Der New Yorker Börsenkrach war jetzt nur der auslösende Schritt, mit dem eine Kreditdeflation die reproduktive Kapitalakkumulation zusätzlich einengte. Trotz sinkender Zinsen – der Zinssatz für Dreimonatswechsel sank von 7,28% im November 1929 auf 3,34% bis August 1930 – konnte der weitere Einbruch nicht aufgehalten werden. Aufgrund der Liquiditätsprobleme der Spekulanten in den USA und durch die Radikalisierung der politischen Verhältnisse in Deutschland wurden große Teile der amerikanischen Kredite abgezogen. Die Folge war, dass die »*(deutschen) Banken in ihrer Bedrängnis begannen, ihrerseits die Inlandskreditgewährung einzuschränken, sei es, daß sie ihre Kreditnehmer zur Rückzahlung drängten oder erfolgte Rückzahlungen nicht mehr zum Anlaß zu einer neuen Kreditgewährung nahmen. Im eigentlichen Güterverkehr der Wirtschaft bewirkte dies eine Schrumpfung der allgemeinen Kaufkraftzirkulation, die ihrerseits wiederum einen allgemeinen Absatzrückgang begründete, dem zufolge nunmehr auch das Kreditbegehren der Wirtschaft zurückgehen mußte. Aus dieser ursprünglichen Finanzkrise war eine allgemeine Wirtschaftskrise geworden.*« (Bombach u.a. 1981, Bd. I: 20)

Neben diesen in der Finanzsphäre und der Geldkapitalakkumulation auftretenden Krisenprozessen trägt der harte Austeritätskurs der meisten Regierungen wesentlich zur Länge und Tiefe des Abschwungs bei. Die Härte lässt sich beispielhaft an dem Ergebnis der Sanierungsmaßnahmen in der Arbeitslosenversicherung im Deutschen Reich aufzeigen: »*Auf dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise wurden nicht einmal halb so viele Gelder an Unterstützungsleistungen gezahlt, wie im ›Vor‹-Krisenjahr 1928. Da sich allerdings der Beitragssatz im entsprechenden Zeitraum mehr als verdoppelte, verwundert es nicht mehr, daß in der Arbeitslosenversicherung im letzten Haushaltsjahr der Weimarer Republik bei einer Gesamtarbeitslosigkeit von 5,6 Millionen registrierten Arbeitskräften ein Haushaltsüberschuß von sage und schreibe 372,8 Millionen RM erzielt wurde.*« (Ebd.) Die Konsequenzen dieser Sparpolitik für die Nachfrage und die Entwicklung der Wertschöpfung liegen auf der Hand; der Begriff des »Kaputtsparens« bringt dies plastisch zum Ausdruck.

Auch auf der internationalen Ebene führen Abwertungswettläufe zwischen den Währungen zu einer weitgehenden Desintegration des internationalen Handels, denn die Reaktion der Konkurrenten besteht in wachsendem Protektionismus durch Zölle und nichttarifäre Handelshemmnisse. Bereits vor Ausbruch der Krise 1929 hatten die Rohstofferzeugerländer damit begonnen (vgl. Kindleberger 1973 :110); mit dem Zerfall des Gold-Devisen-Standards – Großbritannien kann bereits 1931 die vorher mühsam erreichte Vorkriegsparität des Pfundes zum Gold nicht mehr halten – folgen weitere Länder diesem Kurs nach. Die politische Abschließung von Nazi-Deutschland, Italien und Japan tat ein übriges.

Zur Einordnung der ersten Großen Krise der industriell-kapitalistischen Akkumulation in die historische Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise kommen also zwei Ursachenkomplexe zusammen: Zum einen manifestiert sich die Erschöpfung der Entwicklungspotenziale des historisch ersten Regimes der Großen

Industrie, zum anderen kommen verschiedene disparate Faktoren krisenverschärfend hinzu, die teils auf unentwickelte Formen der Geld-, Kredit- und Währungsverhältnisse, teils auf national-egoistische und deflationär ausgerichtete Politiken der einzelnen Länder zurückgehen. So ist die Ablösung der beschleunigten Kapitalakkumulation, obgleich lange vorher angekündigt, als harter Umschlag in eine strukturelle Überakkumulationssituation ausgeprägt. Wäre die namentlich von Keynes schon in den 1920er Jahren geforderte alternative Politik eines weitgehenden Erlasses der Kriegsschulden des Ersten Weltkriegs (vgl. Keynes 1919), eines flexibleren Geld- und Währungssystems und einer die wirksame Nachfrage in einer Unterbeschäftigungssituation stützenden öffentlichen Ausgabenpolitik umgesetzt worden, hätte dies zwar noch nicht eo ipso den Übergang in eine neue Prosperitätskonstellation bedeutet, jedoch die Tiefe des Einbruchs und die Länge der nachfolgenden depressiven Entwicklungsphase in den 1930er Jahren mit Sicherheit erheblich abgemildert.

b) Die wirtschaftspolitische Diskussion im Deutschland der 1920er und 1930er Jahre

Wie in den meisten anderen kapitalistischen Metropolen war die wirtschaftspolitische Reaktion auf die sich anbahnenden Krisenprozesse im Deutschen Reich ein rigoroser Austeritätskurs der bürgerlich-konservativen Regierungen, der über Einsparungen in den öffentlichen Budgets die gesamtwirtschaftliche Nachfrage zusätzlich einschränkte und die Deflationstendenzen im Innern verschärfte.

Dieser, in Deutschland seit der Regierung Brüning betriebenen Politik der konservativen Austerität stand die Diskussion innerhalb eines kleinen Kreises von Praktikern aus verschiedenen Bereichen der Wirtschaft gegenüber, die schon frühzeitig Beschäftigungsprogramme forderten. Während anfangs nur die Gewerkschaften dieser Diskussion aufgeschlossen gegenüberstanden, war zum Ende der Weimarer Republik die Diskussion in allen Parteien, von der SPD bis hin zur NSDAP davon geprägt. Die Verbreitung und der Stellenwert, den diese Diskussion – allerdings viel zu spät – einnahm, erklärt sich unmittelbar aus der vorhandenen gesellschaftlichen Situation der damaligen Zeit: Allen war klar, dass 6 Millionen offiziell registrierte Arbeitslose einen Sprengstoff ungeheuren Ausmaßes für das liberale Wirtschaftssystem darstellten. »*Denn gerade weil sie (die Unternehmer, S.K.) nicht nach einer Planwirtschaft strebten und unter allen Umständen eine alles umfassende staatliche Plan- und Zwangswirtschaft vermeiden wollten, hielten sie es für nötig, daß die amtierende, liberal eingestellte Regierung mit direkten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen gegen den Notstand der Krise vorging. Aus diesem Gedanken heraus regte auch der Lübecker Industrielle Heinrich Dräger die Gründung der sogenannten ›Studiengesellschaft für Geld- und Kreditwesen‹ an, die dann auch schon kurze Zeit darauf sich zu einem Zentrum entwickelt hatte, in dem sich die verschiedenartigsten Leute wie Politiker, Beamte, Wissenschaftler, Unternehmer und Gewerk-*

schafter versammelten, um gemeinsam Probleme der Arbeitsbeschaffung zu erörtern.« (Bombach u.a. 1981, Bd. I: 31)

Man muss diese politische Einordnung der »Studiengesellschaft für Geld- und Kreditwesen« von Andreas Korsch nicht unbedingt teilen – entscheidend ist für den vorliegenden Zusammenhang jedoch die Tatsache, dass in der Diskussion dieses Zirkels die zentralen Argumente für eine Stärkung der Nachfrage, die Keynes später in der »General Theory« theoretisch-analytisch ausformulierte, schon vorgetragen wurden. Als wichtigsten Vorkämpfer für eine aktive Arbeitsbeschaffungspolitik und als »deutschen Keynesianer« nennt Korsch den Nationalökonomen Roland Friedlaender-Prechtl (1874-1950). Die wichtigsten Argumente entwickelt dieser in seiner Schrift »Chronische Arbeitslosigkeit, ihre Ursache, ihre Bekämpfung«.[5]

Friedlaender-Prechtl ist keineswegs marxistischen Positionen zuzuordnen, er geht von Strukturveränderungen durch die Ereignisse des I. Weltkriegs und dessen Folgen aus, die die Notwendigkeit staatlicher Eingriffe erforderten. Diese Strukturprobleme sind nach ihm die folgenden: »*Vermehrung der Bevölkerung, Umschichtung im Altersteil, Sparsamkeit der gehobenen Schichten und daher Minderkonsum, Störung der eingelaufenen Verteilungsbahnen, Reduktion der Investitionsarbeit infolge Überinvestition in Kriegszeiten.«* (Bombach u.a. 1981, Bd. II: 77) Friedlaender-Prechtl fasst unter den neuen Problemen das Auseinandertreten von Anforderungen der Produktion in ihrer stofflichen Gestalt und der Zahl der Beschäftigung Suchenden. Dabei kommt er zu dem Resultat, dass auf beiden Seiten – sowohl auf Seiten der Produktion als auch auf Seiten der Zahl der Arbeitskräfte – eine Veränderung stattgefunden hat, die eine »Selbstheilung« durch den autonomen Lauf der Ökonomie nicht herbeiführen wird. Somit ergibt sich für ihn die Notwendigkeit des staatlichen Eingriffes aus der Langfristigkeit des Problems: »*Die tragische Komplikation dieses Arbeitsproblems liegt darin, daß die Arbeit der Arbeitslosen im Wirtschaftsganzen nicht unmittelbar fehlt, so daß die bei eintretenden wirtschaftlichen Notständen sich von selbst auslösenden Hilfskräfte nicht geweckt werden. Es sind die Exponenten des wirtschaftlichen Überflusses, die brach gelegt sind. Der Wirtschaftskörper kann durchaus existieren ohne großes Heer, ohne Wohlhabenheitsverbrauch, ohne wünschenswerte aber nicht unbedingt nötige Investitionen. Die für diese Zwecke Arbeitenden werden aus dem Händeüberschuß der Wirtschaft geschöpft – und es bedeutet daher rechnerisch in der Wirtschaftsbilanz kein Minus, wenn diese Hände arbeitslos würden. Es ist also durchaus denkbar, daß eine solche riesenmäßige Arbeitskrise jahrelang vom Wirtschaftsganzen getragen wird, ja sogar mit einer Besserung der Wirtschaftslage parallel geht.«* (Ebd. 88f.) Und in der Tat sah es mit den Selbstheilungskräften der Wirtschaft schlecht aus: weder vom Export noch von der Binnenwirtschaft waren irgendwelche Impulse zu erwarten. Auf dem Weltmarkt herrschte ein wechselseitiger Protektionismus der Industrienationen; die Länder der Peripherie entfielen als stabilisierende Nachfrager aufgrund ihrer infolge der Überproduktion von Agrar- und Rohstoffprodukten

[5] Vgl. den Nachdruck in: Bombach u.a. 1981, Bd. II.

aufgetretenen Leistungsbilanzdefizite. Im Innern herrschte ein steigendes Zinsniveau, außerdem wurde die Nachfrage durch Deflations- und Austeritätspolitiken zusätzlich eingeschränkt.

Bezüglich dieser ökonomischen Ausgangssituation herrschte innerhalb der beschäftigungspolitischen Diskussion Übereinstimmung – und zwar durch alle parteipolitischen Fraktionen hindurch – in folgenden Punkten: Erstens müsste zusätzliche Nachfrage geschaffen werden; dies bedeutete, dass die Finanzierung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen keineswegs über Steuererhöhungen (allein) erfolgen könnte. Zweitens müsste die Größenordnung eines Beschäftigungsprogramms mindestens bei 2 Mrd. RM liegen, damit eine spürbare Entlastung des Arbeitsmarktes erfolgen würde. Drittens würde ein Teil der Kosten von beschäftigungspolitischen Maßnahmen sich durch Einsparungen bei der Arbeitslosenversicherung und durch zusätzliche Steuereinnahmen selbst finanzieren. Viertens schließlich würde ein Selbstlauf der Beschäftigungsexpansion in Gang gesetzt werden können; Friedlaender-Prechtl ging von einem Beschäftigungsmultiplikator von 3 aus.

Unterschiedlich war allerdings der Ansatzpunkt und die Ausgestaltung der Maßnahmen. Während das Gewerkschaftskonzept von Wladimir Woytinski, Fritz Tarnow und Fritz Baade (der WTB-Plan des ADGB vom Januar 1932) darauf orientiert war, über zusätzliche staatliche Nachfrage die Konjunktur anzukurbeln, orientierten die konservativen und faschistischen Kräfte wesentlich auf Aspekte, die die nationale Autarkie verstärken und wehrpolitischen Zielen nutzen würden. Bei ihnen war auch von Anfang an die Vorstellung eines Arbeitsdienstes mit Zwangscharakter vorgesehen. Die Sozialdemokraten arbeiteten ein eigenes Wirtschaftsprogramm aus, dass die Systemfrage in den Vordergrund rückte. Inwieweit diese Akzentuierung angesichts der vorhandenen Kräfteverhältnisse im politischen Raum eine realistische Perspektive bot und die Möglichkeit eines Zusammengehens mit dem ADGB erschwerte, schien ihnen weiter kein Problem zu sein. Fritz Croner, Mitarbeiter an dem sozialdemokratischen Programm, demonstriert, was seiner Ansicht nach zu tun sei*: »Wir müssen nicht aufbauen, was fehlt, sondern umbauen, was da ist. Dem deutschen Sozialisten der Gegenwart ist eine ähnliche Aufgabe gestellt wie dem Ingenieur, der ohne Gefährdung des Lebens der Reisenden die Gleisanlagen eines entscheidenden Verkehrsknotenpunktes der Eisenbahn umlegen muß. Unsere Aufgabe ist, die Gleise der Wirtschaft, die als kapitalistische alt, verbraucht und verkehrsgefährdend geworden ist, mitsamt ihren Weichen, Hebeln und Stellwerken so umzulegen, daß die Wirtschaft Kurs auf den Sozialismus nimmt.«* (Luthard 1978: 244) Dass es in der hereingebrochenen Situation zunächst kaum um die Frage »Kapitalismus versus Sozialismus« gehen konnte, sondern es wesentlich darauf ankam, durch ein Konzept von unmittelbar greifenden Übergangsforderungen überhaupt erst die Möglichkeiten zu schaffen, die Systemfrage im nächsten Schritt anzugehen, wurde mit politisch fatalen Folgen verkannt.

Als schwerste Hürde erwies sich die Frage nach der Art der Finanzierung der Beschäftigungsprogramme. Einer Finanzierung über öffentliche Kredite standen die Auffassungen der herrschenden wirtschaftlichen Meinung gegenüber: »*Die Finan-*

zierung staatlicher Aufgaben über ein Defizit wurde abgelehnt, weil dies im Falle einer Kreditaufnahme bei der Notenbank eine inflationistische Preissteigerung herbeigeführt hätte, im Falle einer Inanspruchnahme privater Mittel sich das Kapitalangebot für die Privatwirtschaft entsprechend verringert hätte und außerdem die späteren Generationen mit der Tilgung belastet worden wären.« (Bombach u.a. 1981, Bd. I: 69) Die »Studiengesellschaft« forderte eine Finanzierung über Kredite bei der Notenbank, weil andere Finanzierungsformen – Anleihen, Steuererhöhungen – die Kaufkraft nur umgelenkt hätten bzw. wirkungslos geblieben wären. Auch der Gewerkschaftsvorschlag sah eine Finanzierung über Notenbankkredite in Höhe von 2 Mrd. RM vor. Gegen diesen Vorschlag wendete jedoch Fritz Naphtali, Wirtschaftsexperte der Sozialdemokratie, ein: »*Wahrscheinlich wird man mindestens 3 Mrd. zusätzliche Verschuldung der öffentlichen Hand zur Beschäftigung von Arbeit für eine Million Arbeiter brauchen. Das muß zu Kreislaufstörungen führen und die Währung gefährden. Gerade in der psychologischen Situation Deutschlands, die zu größerer Vorsicht mahnt als in anderen Ländern. Die Inflationsfurcht muß in Rechnung gestellt werden, die zu einer Inflationspanik führen kann.«* (Luthard 1978: 244) Einer Ausweitung des öffentlichen Kredits über die Vergrößerung der Geldmenge standen allerdings auch gesetzliche Vorschriften entgegen, da 40% der umlaufenden Noten durch Gold und Devisen gedeckt sein mussten; allerdings hatte die Finanzierung der Kosten der Aufrüstung für den Ersten Weltkrieg gezeigt, mit welchen Maßnahmen diese Restriktion zu umgehen war.

Erst im Oktober 1932 wurden von der Regierung Papen erste vorsichtige Ansätze eines Beschäftigungsprogramms eingeführt; Schleicher dehnte diese Maßnahmen dann weiter aus. Es stützte sich dabei auf die Vorschläge der »Studiengesellschaft für Geld- und Kreditwesen« und führte deren Finanzierungsvorschläge aus, die es ermöglichten, die gesetzlichen Beschränkungen zu umgehen. Die Eingriffe selbst konzentrierten sich auf den Wohnungsbau, den Straßenbau, öffentliche Versorgungseinrichtungen, Ausbau der Wasserwege, schnellere Abwicklung des Siedlungsprogramms und Maßnahmen zur Unterstützung der Landwirtschaft. Die Nationalsozialisten setzten die begonnenen Maßnahmen mit dem ersten und zweiten »Reinhardt-Programm« nur fort, ernteten allerdings die Erfolge, da die Beschäftigungsprogramme erst mittelfristig Wirkung zeitigten. Es kommt hinzu, dass zum Zeitpunkt der Machtergreifung der Nationalsozialisten sich erste Entspannungstendenzen durch den zyklischen Periodenwechsel zeigten: Ende 1932 stieg der Indexwert der Industrieproduktion um 6 Punkte.

c) Keynes' »General Theory« im Kontext der wirtschaftspolitischen Diskussion über die Weltwirtschaftskrise

Nicht nur in Deutschland bestand während und im Gefolge der Weltwirtschaftskrise eine Diskussion über Beschäftigungsprogramme und Nachfragepolitik; in den USA wurden unter dem Präsidenten Roosevelt mit dem »New Deal« bereits wirtschaftpo-

litische Maßnahmen, die heute unter dem Etikett des »Keynesianismus« firmieren würden, in einer ganz anderen Größenordnung und Tragweite in die Realität umgesetzt, ebenso in Schweden. Weshalb jedoch in der Zeit davor jegliche nachfrageorientierte Politik abgelehnt und die klassische bzw. neoklassische Theorie die unumstrittene Doktrin der offiziellen Wirtschaftswissenschaft war, begründet Keynes selbst folgendermaßen: »*Der völlige Sieg Ricardos erscheint merkwürdig und rätselhaft. Er muß dem Umstand zugeschrieben werden, daß die Doktrin in hohem Maße der Umwelt angepaßt war, in die sie geworfen wurde. Daß sie Schlüsse zog, die grundverschieden waren von dem, was eine gewöhnliche uninformierte Person erwartet hatte, hat ihr intellektuelles Prestige, meine ich, nur gesteigert. Daß ihre Lehre, aufs wirkliche Leben übertragen, hart und oft ungenießbar war, verlieh ihr Tugend. Daß sie geeignet war, einen mächtigen und logisch konsequenten Überbau zu tragen, gab ihr Schönheit. Daß sie erklären konnte, daß eine Menge sozialer Ungerechtigkeiten und scheinbarer Grausamkeiten unvermeidliche Zwischenfälle im Fortschrittsplan seien und daß jeder Versuch, solche Zustände zu ändern, im Ganzen voraussichtlich mehr Schaden als Gutes bringen würde, empfahl sie den Regierungsbehörden. Daß sie den uneingeschränkten Tätigkeiten der einzelnen Kapitalisten eine gewisse Rechtfertigung gewährte, brachte ihr die Unterstützung der herrschenden sozialen Macht, die hinter der Regierung stand.*« (AT: 28)

A. Korsch erklärt den Stellenwert der »Klassik« in seinem Beitrag »Der Stand der beschäftigungspolitischen Diskussion zur Zeit der Weltwirtschaftskrise in Deutschland« damit, dass mit der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft und der Durchsetzung des freien und gleichen Staatsbürgers die wissenschaftliche Diskussion diesen Umstand in ihren Theorien entsprechend reflektierte: »*Von den Gedanken der Aufklärung beeinflußt, daß die Welt durch eine übergeordnete Gewalt in einem harmonischen Gleichgewicht gehalten wird, glaubt man nicht länger daran, daß ein gegenseitiges Konkurrieren der Menschen untereinander nachteilig auf das Wohlergehen der Gemeinschaft sich auswirkt. Im Gegenteil, man ist vielmehr davon überzeugt, daß gerade durch das Verfolgen seiner Interessen jeder Einzelne der Gesellschaft zum höchsten Wohl verhilft.*« (Bombach u.a. 1981, Bd. I: 39f.) Das Benthamsche Ideal des »bellum omnium contra omnes« zum Zweck des »größten Glücks der größten Zahl« kann jedoch schlechterdings nicht zum Ausgangspunkt und Begründungselement der dominanten Stellung eines theoretischen Ausdrucks der bürgerlichen Gesellschaft gemacht werden. Keynes trifft demgegenüber den Nagel auf den Kopf, indem er darauf hinweist, dass die vorgängige Kontinuität der ökonomischen Entwicklung dem ideologischen Ausdruck in der nationalökonomischen Theorie entspricht; der legitimatorische Charakter der neoklassischen Theorie tut ein übriges.

Mit den Ereignissen der ökonomischen und sozialen Entwicklung zwischen den beiden Weltkriegen bricht jedoch der reale Unterbau dieser herrschenden Doktrin weg. Die Unzulänglichkeit dieser Theorie zeigt sich schlagend darin, dass sie weder imstande ist, die Wirklichkeit theoretisch zu analysieren, noch entsprechende Konzepte zur Beseitigung der drückenden Missstände zu entwerfen. Hören wir

nochmals Keynes: »*Aber obschon die Doktrin selbst bis vor kurzem von den orthodoxen Ökonomen unangefochten blieb, hat ihr ausgesprochenes Versagen für Zwecke wissenschaftlicher Voraussage im Lauf der Zeit das Ansehen derer, die sie praktizierten, sehr geschmälert. Denn die professionellen Ökonomen nach Malthus wurden offenbar von der mangelnden Übereinstimmung zwischen den Folgerungen ihrer Theorie und den Erfahrungstatsachen nicht berührt – eine Diskrepanz, die dem gewöhnlichen Manne nicht entging, mit der Folge, daß er den Ökonomen mehr und mehr die Achtung verweigert, die er anderen Gelehrten zollt, deren theoretische Folgerungen durch die Beobachtung bestätigt werden, wenn sie an der Empirie gemessen werden.*« (AT: 28) Er wirft der »klassischen« Theorie vor: »*Denn in einer nach der Art der klassischen Postulate funktionierenden Gesellschaft müßte es offenbar eine natürliche Tendenz zur optimalen Beschäftigung der Ressourcen geben. Es ist gut möglich, daß die klassische Theorie die Art des Verhaltens unserer Wirtschaft repräsentiert, die wir gerne sähen. Aber anzunehmen, daß sie sich tatsächlich so verhält, heißt, unsere Schwierigkeiten einfach hinwegzudefinieren.*« (Ebd. 29)

Keynes nimmt, wie gesehen, den angeblichen Automatismus des Wirtschaftssystems, der Vollbeschäftigung gewährleisten soll, zum Zentrum seiner Kritik. Es kann nun gefragt werden, inwieweit er in der positiven Darstellung seine originären Gedanken formuliert oder nur eine systematisierte Fassung der Diskussion über die Ursachen der Weltwirtschaftskrise und deren Bekämpfung präsentiert. Die Autoren von »Der Keynesianismus« vertreten die sehr weitgehende These, dass die Mitglieder der »Studiengesellschaft für Geld- und Kreditwesen« »*deutsche Keynesianer*« (Bombach u.a. 1981, Bd. I: 32) gewesen seien. Diese Einordnung ist richtig und falsch zugleich. Richtig wird herausgestellt, dass die Selbstheilungskräfte des Marktes infrage gestellt werden und die Beseitigung der Arbeitslosigkeit als Aufgabe von wirtschaftspolitischen Eingriffen zum Zentrum ihrer Argumentation gemacht wird. Die Argumentation von Friedlaender-Prechtl geht aus von einer Dreiteilung der Bevölkerung in Produktions-, Hilfs- und Konsumgruppe, wobei die richtige Proportionierung zwischen diesen Gruppen wesentlich für den normalen Gang der Reproduktion ist. Die Konsumgruppe muss gegenüber der Produktionsgruppe so groß sein, dass sie die von dieser geschaffenen Produkte verbraucht. Das Problem der Entwicklung nach dem Ersten Weltkrieg ist dann, dass die Produktionsgruppe aufgrund von Verelendungsprozessen wächst, gleichzeitig die Konsumgruppe schrumpft und innerhalb derselben seinerseits eine Abnahme des Konsums erfolgt. Damit richtet sich die zentrale Kritik der deutschen Reformer nicht gegen gesetzmäßige Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Produktionsweise, sondern auf historische Zufälligkeiten, die wesentlich als Konsequenzen der Kriegs- und Nachkriegsentwicklung angesehen werden. An diesem Punkt fallen die Mitglieder der »Studiengesellschaft« weit hinter die Keynessche Argumentation zurück und verdienen nicht die Bezeichnung »deutsche Keynesianer«.

Auf der anderen Seite lehnt sich die Argumentation hinsichtlich der konsumierenden Klasse bei Friedlaender-Prechtl an Thomas R. Malthus' (1766-1834) Ka-

tegorie der »nichtwerbenden Zehrer« (vgl. Malthus zit. in Diehl/Mombert 1979) bzw. der nichterwerbstätigen Konsumenten oder rein konsumierenden Klasse(n) an. Die theoretischen Grenzen seiner Argumentation sind daher die gleichen wie bei Malthus selbst. Dieser hatte als Problem gesehen, dass aufgrund von Kreislaufzusammenhängen eine sinnvolle Verteilung der Gesamtproduktion zwischen Kapitalisten und Arbeitern nicht ausreicht: »*Wie den Unternehmern die Neigung, so fehlt den Arbeitern das Vermögen, die erforderliche Verzehrung vorzunehmen.*« (Malthus zit. in Diehl/Mombert 1979: 45) In diese Lücke treten die »nicht hervorbringenden Zehrer« bzw. die rein konsumierenden Klassen: »*Da bei einer schnellen Anhäufung des Erwerbsstammes (d.h. Akkumulation des Kapitals, S.K.) die Nachfrage im Verhältnis zum Angebot bald zu gering werden muß, so bedarf ein reich ausgestattetes Land einer Anzahl von nicht hervorbringenden Zehrern: die Naturgesetze haben die Möglichkeit gegeben, da ein Theil der Gesellschaft ohne Gewerbe leben kann, und wenn diese dargebotene Wohlthat nicht angenommen wird, so geht nicht nur ein positives Gut verloren, sondern die übrigen Glieder der Gesellschaft finden es auch nachtheilig.*« (Ebd. 44) Nicht hervorbringende Zehrer sind »*diejenigen Glieder des Standes, welche von einzelnen Gewerbetreibenden freiwillig bezahlt werden*« (ebd. 46); darunter fasst Malthus auch die Staatsbediensteten.

Die Malthusschen Vorstellungen hinsichtlich der Notwendigkeit unproduktiver Konsumenten beruhen, wie Marx gezeigt hat (vgl. MEW 26.3: 35ff.) auf einem völligen Unverständnis sowohl der Wertbildung (inkl. Profitproduktion) als auch des Zusammenhangs zwischen Wert- und Stoffersatz im Zirkulationsprozess des gesellschaftlichen Gesamtkapitals. Was bei Malthus reine »*Apologetik der bestehenden englischen Zustände (ist), landlordism, ›state and church‹, pensioners, tax-gatherers, tenths, national debt, stockjobbers, beadles, parsons and menial servants (›national expenditure‹), die von den Ricardians als ebenso viele nutzlose und superannuated drawbacks der bürgerlichen Produktion, als nuisance bekämpft wurden*« (MEW 26.3: 46), hat bereits zu Keynes' Zeiten einen anderen Stellenwert, da die Klassen- und Sozialstruktur der bürgerlichen Gesellschaft sich weiter ausgefächert hat und in der Folgezeit in der Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg mit der neuen Betriebsweise des »Fordismus« eine ganze Epoche geprägt hat.

Es geht dabei um zwei verschiedene Dimensionen. Zum einen hat Keynes mit seinem positiven Bezug auf Malthus[6] die Ausgestaltung der gesellschaftlichen Distributionsverhältnisse und die Ausdifferenzierung des Verhältnisses von Produktion und Konsumtion in den Blick genommen und damit ein wesentliches Charakteristikum des fordistischen Kapitalismus antizipiert. Denn schon Marx wusste, dass »*eine Entwicklung der Produktivkräfte, welche die absolute Anzahl der Arbeiter verminderte, d.h. in der Tat die ganze Nation befähigte, in einem geringern Zeitteil ihre Gesamtproduktion zu vollziehn, … Revolution herbeiführen würde, weil sie die Mehrzahl der Bevölkerung außer Kurs setzen würde*« (MEW 25: 274). Nur weil der Nachkriegskapitalismus mit seiner Ausdifferenzierung der sekundären Gesell-

[6] Vgl. hierzu auch Keynes 1937.

schaftssphären die wirksame Nachfrage in qualitativ neuer Weise ausformte und damit die Konsumtionskraft der Gesellschaft stabilisierte, konnte rückwirkend die industrielle Kapitalakkumulation eine neue längerfristige Prosperitätsperiode generieren. Zum anderen – und damit wird auf die früher[7] dargestellten langfristigen Visionen von Keynes verwiesen – wird der Bogen geschlagen zu einer langfristigen Perspektive der Überwindung der Knappheit des Kapitals und einer Gesellschaft, die ihr »wirtschaftliches Problem« überwunden hat.

Damit ist die oben aufgeworfene Frage nach dem Stellenwert der Keynesschen Theorie im Verhältnis zu den damaligen wirtschafstheoretischen und -politischen Positionen beantwortbar. Mit der korrekten Beschreibung des längerfristigen Entwicklungsverlaufs der kapitalistischen Akkumulation geht Keynes in wesentlichen Punkten weit über die Vorstellungen seiner Zeit hinaus; er liefert eine systematische theoretische Begründung für die prinzipielle Notwendigkeit eines beständigen staatlichen Eingriffes in die Struktur des kapitalistischen Zusammenhangs zwischen Produktion und Konsumtion. Dass er gleichwohl bei dem Eingriff der staatlichen Macht in die Verhältnisse der Distribution stehenbleibt, also nicht einen, allerdings entscheidenden Schritt zur Infragestellung der Produktionsverhältnisse weitergeht, markiert die Grenze seiner Theorie, die aber im damaligen Entwicklungsstand der wirklichen Verhältnisse selbst begründet liegt.

[7] Vgl. Kapitel 13 der vorliegenden Abhandlung.

Kapitel 15: Keynesianische Wirtschaftspolitik und »Keynesianisierung« der Gesellschaft während der Nachkriegsprosperität

a) Keynesianisch geprägte Wirtschaftspolitik während des »goldenen Zeitalters« nach dem Zweiten Weltkrieg: »We are all Keynesians now«

Die ökonomische Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland ist, noch mehr als diejenige der anderen kapitalistischen Metropolen, in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg bis zur Mitte der 1970er Jahre durch eine bis dato nicht gekannte langfristige Prosperität gekennzeichnet: Nach der Überwindung der akuten Zerstörungen durch den Krieg, der Neuordnung des zerrütteten Geldsystems durch die Währungsreform 1948 und schließlich der durch die finanziellen Transfers namentlich der USA (Marshall-Plan) unterstützten Reintegration der westdeutschen Wirtschaft in den kapitalistischen Weltmarktzusammenhang gelingt es dem BRD-Nationalkapital, durch einen kontinuierlichen, durch hohe Zuwachsraten des Sozialprodukts charakterisierten Prozess eines weitgehend krisenfreien Verlaufs der Kapitalakkumulation neben der wirtschaftlichen auch soziale und politische Stabilität der gesellschaftlichen Verhältnisse herzustellen. Unter den Begriff der »sozialen Marktwirtschaft« fand dieser Entwicklungsweg seinen zusammenfassenden Ausdruck und politisch-ideologischen Begriff.

Erst der kurzfristige zyklische Einbruch der Akkumulation in den Jahren 1966/67 rief das Bewusstsein wieder wach, dass es sich bei dieser sozialen Marktwirtschaft um eine Wirtschafts- und Gesellschaftsform handelt, in der der Automatismus des Marktes nicht per se Vollbeschäftigung und hohes Wirtschaftswachstum gewährleistet. Dieser zyklische Einbruch der Kapitalakkumulation stellte einen wesentlichen Grund für eine Umorientierung des bis dahin dominierenden ökonomischen Paradigmas dar.[1] Erschien es vorher sinnvoll und zweckmäßig, den ökonomischen Einfluss des Staates weitgehend zu beschränken, wurde nunmehr von der sozialliberalen Regierung aus SPD und FDP die Notwendigkeit des intervenierenden Eingriffs des Staates durch eine die zyklischen Schwankungen ausgleichende Finanzpolitik

[1] Neben diesen ökonomischen Entwicklungen kamen Veränderungen in den gesellschaftlichen Anspruchs- und Bedürfnishaltungen zum Tragen, die ihre Wurzeln in der vorhergehenden prosperierenden Wirtschaftsentwicklung besaßen und sich gegen Ende der 1960er Jahre verdichteten und zum Gegenstand der allgemeinen Öffentlichkeit und im politisch-programmatischen Raum wurden. Dieses Amalgam von wirtschaftlichen, sozialen und moralisch-geistigen Veränderungen war dann auch entscheidend für den politischen Wechsel von der CDU-FDP-Regierung zur sozialliberalen Koalition unter der Führung der Sozialdemokratie – über das Zwischenspiel der »Großen Koalition« als direkter Antwort auf die Krise 1966/67 und der durch sie angestoßenen Veränderung des wirtschaftspolitischen Paradigmas (»Globalsteuerung«).

proklamiert. In der Verabschiedung des »Stabilitätsgesetzes« fand diese Umorientierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik in der BRD ihren politisch-juristischen Ausdruck. Eine neue »Zauberformel« war geboren: Die Praktizierung des »Keynesianismus« sollte gewährleisten bzw. dazu beitragen, das »magische Viereck« der wirtschaftspolitischen Ziele – hoher Beschäftigungsstand, hohes Wirtschaftswachstum, Geldwertstabilität und außenwirtschaftliches Gleichgewicht – bis in alle Zukunft zu erreichen bzw. die Voraussetzungen zu schaffen, um diese Ziele überhaupt erst zu ermöglichen. Seinen deutlichsten programmatischen Ausdruck fand die hier unterliegende Vorstellung der »Machbarkeit von Konjunktur und Wachstum« in dem von der SPD zu Beginn der 1970er Jahre erstellten »Orientierungsrahmen '85«, dem ein gesellschaftliches Reformprojekt für das kommende Jahrzehnt unterlag, das auf der Annahme eines jährlichen Wirtschaftswachstums von 5% beruhte.

Die gängige Vorstellung vom »Keynesianismus« als antizyklischer Fiskalpolitik wirft jedoch mehr Fragen auf als sie beantwortet. Zunächst ist zu erklären, warum in der BRD erst relativ spät, verglichen mit anderen westeuropäischen Ländern, der geschilderte Paradigmenwechsel in der wirtschaftspolitischen Orientierung einsetzt; sodann ist auch zu bewerten, wie sich diese Auffassungsweise zu der Theorie von Keynes selbst verhält. Später muss auch der Frage nachgegangen werden, weshalb Mitte der 1970er Jahre in tendenziell allen kapitalistischen Metropolen ein erneuter Schwenk der wirtschaftspolitischen Orientierungen einsetzt, der nicht das Nachfragemanagement, sondern auf der Grundlage neoklassischer Auffassungen die kapitalistische »Bereinigung« der Angebotsverhältnisse samt einer monetaristischen Geldpolitik in den Mittelpunkt stellt.[2] Betrachten wir diese Fragen vor dem Hintergrund einer knappen Skizze der ökonomischen Entwicklung in (West-)Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg.

Die westdeutsche Wirtschaft ist unmittelbar im Anschluss an den verlorenen Krieg in ganz besonderer Weise betroffen. Durch Gebietsabtretungen, verglichen mit dem Gebietsstand vor Ausbruch des Krieges, wurde ein vorher einheitlicher Wirtschaftsraum zerschnitten. Die damalige BRD existiert unmittelbar nach dem Ende des Krieges in Gestalt eines von den drei westlichen Siegermächten besetzten Gebietes. Zerstörte Produktionsanlagen und zerstörter Wohnraum, eine zerrüttete Infrastruktur sowie heftige Bevölkerungsfluktuationen durch Kriegsheimkehrer aus der Gefangenschaft und einen beginnenden Flüchtlingsstrom aus den ehemaligen Ostgebieten des Deutschen Reiches und der damaligen Sowjetischen Besatzungszone prägen das Bild. Die Versorgung der Bevölkerung mit den notwendigsten Konsumtionsmitteln kann aus eigener Kraft zunächst nicht bewerkstelligt werden; harte Winter und häufige Zusammenbrüche des Transportsystems produzieren Hunger und Not.[3]

---

[2] Vgl. dazu den nachfolgenden Unterabschnitt b) dieses Kapitels.

[3] Zur ausführlicheren Analyse der ökonomischen, sozialen und politischen Entwicklung im Nachkriegs-(west-)deutschland vgl. Detje u.a. 1982 sowie Abelshauser 1975 und 1979.

Der eigentliche ökonomische Neubeginn ist mit der Konstitution der BRD als selbstständigem, wenngleich nicht souveränem, deutschen Teilstaat und der Währungsreform mit dem Jahr 1948 zu datieren. In diese Zeit fällt der Beginn einer geregelten zyklischen Bewegung der sich belebenden Kapitalakkumulation. Mit der staatlichen und währungsmäßigen Neukonstitution, zusammen mit ausländischer Hilfe und auf Basis eines extrem niedrigen Lohnniveaus, werden auf zunächst noch schmaler Grundlage – daher ist ein statistischer Basiseffekt zu berücksichtigen – rasch hohe Wachstumsraten des jährlichen Sozialprodukts erzielt.

Die gesamte ökonomische Entwicklung der BRD weist ab diesem Zeitpunkt einen sehr regelmäßigen Zyklusverlauf auf; die Dauer der Zyklen beträgt zunächst fünf, später viereinhalb, zuletzt nur noch vier Jahre. Bis zur Vollendung des IV. Nachkriegszyklus im Jahr 1967 sind die jeweiligen Abschwungsphasen nur durch einen Rückgang der positiven Zuwachsraten des Sozialprodukts gekennzeichnet; dieser Umstand unterstreicht deutlich die langfristige Kontinuität der Akkumulation des westdeutschen Kapitals und markiert einen signifikanten Unterschied zu den Zyklusverläufen in der Zwischenkriegszeit und vor dem Ersten Weltkrieg. Allerdings ist gleichzeitig eine von Zyklusdurchschnitt zu Zyklusdurchschnitt abnehmende Tendenz der Zuwachsraten des (preisbereinigten) Sozialprodukts auszumachen. Nach einer anfänglich beschleunigten Integration der durch Heimkehrer, Vertriebene und Flüchtlinge angeschwollenen industriellen Reservearmee nimmt in den 1960er Jahren der Zuwachs der produktiv beschäftigten Arbeitskräfte trotz des beginnenden Zustroms ausländischer Arbeiter sukzessive ab. Die industrielle Kapitalakkumulation bewegt sich mehr und mehr auf der ihr eigentümlichen Basis, die durch eine steigende Kapitalintensität der Produktion (steigende Wertzusammensetzung des Kapitalvorschusses) und eine sinkende Akkumulationsrate gekennzeichnet ist. Beides sind notwendige Ausdrucksformen einer beschleunigten Produktivkraftentwicklung, die ihrerseits ihren zusammenfassenden Ausdruck in der tendenziell sinkenden Profitrate bei gleichzeitiger Expansion der Bruttoprofitmasse des BRD-Kapitals erhält.[4]

Die Wirtschaftspolitik des sich unter der Führung der Unionsparteien – CDU und ihrem bayerischen Ableger CSU, die aus dem Wettbewerb mit der Bayernpartei als Sieger hervorgeht – organisierenden hegemonialen Blocks besaß auf der Basis der sich rasch entwickelnden beschleunigten Kapitalakkumulation sowie der von den Alliierten 1945 festgelegten hohen Steuerlastquote (vgl. Hartwig 1970) einen er-

[4] Zur ausführlicheren Darstellung des Akkumulationsprozesses des BRD-Kapitals in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg vgl. Krüger 2010: 191ff., 463ff., 584ff. sowie 772ff. Hier sind auch die Abweichungen vom »klassischen« Verlauf der beschleunigten Kapitalakkumulation – vgl. dazu Kapitel 11 der vorliegenden Abhandlung – dargestellt, die sich mit einer langfristig sinkenden allgemeinen Mehrwertrate (bis einschl. VII. Zyklus) ergeben; dieser Umstand ist namentlich der Verkürzung der durchschnittlichen Jahresarbeitszeit pro Beschäftigtem geschuldet, die à conto der Surplusarbeitszeit geht, weil die produktiven Arbeiter mit der Steigerung ihres Reallohns den Anteil der notwendigen Arbeit am Arbeitstag verteidigen; vgl. ebd. 197.

heblichen finanziellen Spielraum für Eingriffe in die Distributionsverhältnisse der westdeutschen Gesellschaft. Dadurch konnten die sich mit hoher Geschwindigkeit vollziehenden Veränderungen in der Klassen- und Sozialstruktur – Integration von 12 Mio. Flüchtlingen, Vertriebenen und Umsiedlern, Strukturveränderungen namentlich in der Landwirtschaft, Ruin kleiner selbstständiger Existenzen, Anstieg der Nichterwerbspersonen (vgl. Detje u.a. 1982: 71ff.) – finanziell abgefedert werden. Der Perspektive dieser Redistributionspolitik des Staates folgte die sukzessive Rücknahme administrativer Plan- und Lenkungseingriffe, nachdem die unmittelbaren Kriegsfolgen gemildert waren und sich der gesellschaftliche Reproduktionsprozess mit kontinuierlicheren Liefer- und Kreislaufverflechtungen vollzog. »*Die Beseitigung der Kriegsfolgen, die materielle Eingliederung der Bevölkerung und eine Redistributionspolitik, die die Folgen der Veränderung der Klassenstruktur (Erwerbswechsel, Deklassierung) abmilderte, geschah nicht gegen marktwirtschaftliche Gesetze, sondern stützte Eigentum, Leistung und Wettbewerb. Weil die Steuersätze ursprünglich sehr hoch angesetzt waren, konnten durch ausgefeilte Steuergesetze schrittweise mittlere und hohe Einkommen entlastet werden; mit Hilfe der Veränderung des Steuerrechts werden auch industrielle Investitionen und Vermögenskonzentrationen gefördert; nicht in breiter Streuung, sondern gezielt werden auch Steuererleichterungen zugunsten niedriger Einkommen getroffen.*« (SOST 1980b: 66) Die staatlichen Transfermaßnahmen zielten vor allem darauf, die private Reproduktion der Familien, also Einkommen und privaten Konsum zu stabilisieren und zu verbessern, den Verlust von Eigentum und Vermögen durch den Krieg durch staatliche Zahlungen zu kompensieren und die Bildung von Wohneigentum, Sparguthaben und Vermögen zu fördern: »*Vom Vertriebenengesetz über die verschiedenen Wohnungsbaugesetze, von den ›Grünen Plänen‹ für die Umstrukturierung der Landwirtschaft bis zu den Gesetzen zur Förderung der Vermögensbildung, lassen sich alle Strategien der CDU/CSU darin zusammenfassen, daß die Privatinitiative und die ›Leistung‹ gestützt wurde, daß die Bildung von mehreren Einkommen und von Kleineigentum in den Familien gefördert wurde, und daß die Klassen und Schichten Anteile am Vermögenseinkommen erreichen konnten, die ihnen bisher versperrt waren. Zwar schuf die CDU/CSU mit dem Rentenversicherungsgesetz von 1957 und der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall 1961 zwei heute noch maßgebliche sozialpolitische Errungenschaften – insgesamt aber beruhte ihre Integrationspolitik nicht hauptsächlich auf der Ausweitung von Elementen des Sozialllohns und der Schaffung vermehrter sozialer Dienstleistungen, sondern war dagegen direkt auf die Etablierung der Marktgesetze (Leistung, Primäreinkommen, Vermögen) gerichtet.*« (Ebd.) Die Grundorientierung der vom herrschenden Block konservativer Kräfte ins Werk gesetzten wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen folgte also konsequent der Grundannahme, dass bei wirtschaftlichem Wachstum der Bedarf an sozialer Umverteilung beständig abnehme und in zunehmendem Maße durch privat-individuelle Selbstvorsorge substituiert werden könne.

Seinen ideologisch-paradigmatischen Ausdruck findet die unter den Bedingungen der beschleunigten Kapitalakkumulation der 1950er und 1960er Jahre prak-

tizierte Wirtschaftspolitik in den ordo-liberalen Vorstellungen eines Wilhelm Röpke (1899-1966) oder Alexander Rüstow (1885-1963), die sich nicht nur als Anti-Sozialisten bzw. Anti-Kollektivisten, sondern darüber hinaus auch als Anti-Keynesianer verstanden (vgl. Röpke 1959, Rüstow 2001).[5] Paradigmatische Grundlage des Ordoliberalismus ist die Neoklassik; wirtschaftspolitische Eingriffe und staatlicher Einfluss sind nur in den Politikfeldern Wettbewerbspolitik und Geldpolitik erlaubt. Beide Politiken stecken dem Selbstverständnis nach bloß die Rahmenbedingungen für Konkurrenz und private Akkumulation ab, Rahmenbedingungen, in denen sich die Marktkräfte frei entfalten sollen.

In der Tat sind die sozioökonomischen Bedingungen und Konstellationen während der betrachteten Zeit so, dass die prosperierende Kapitalakkumulation sich als eine so stabile und gleichzeitig doch so elastische Grundlage erweist, dass sowohl ökonomische wie soziale Gegensätze eine gemäßigt-ruhige Entfaltungs- und Bewegungsform finden. Es ist die naturwüchsige Entwicklung der kapitalistischen Akkumulation, die mit der Durchsetzung der neuen fordistischen Betriebsweise des gesellschaftlichen Produktionsprozesses aus sich heraus neben günstigen Verwertungsbedingungen für das gesellschaftliche Gesamtkapital gleichzeitig eine Ausdehnung der Primär- und Sekundäreinkommen der Gesellschaft und des Konsums bewerkstelligt, sodass über die wenigen, wenn auch grundlegenden Gestaltungen des sozialen Sicherungssystems ein Auf- und Ausbau konjunktureller Stabilisatoren erfolgt. Dieser Entwicklungsprozess der kapitalistischen Produktionsweise bringt, verglichen mit der Entwicklung zwischen den beiden Weltkriegen, sukzessive eine neue Qualität nicht nur der Produktivkraftentwicklung, sondern auch aller Distributions- und Redistributionsverhältnisse hervor. Die entwickelte bürgerliche Gesellschaft wird in der Bundesrepublik auf Basis und im Einklang mit dem weitgehend freien Wirken des Marktmechanismus in den 1950er und 1960er Jahren geschaffen; mit dem Begriff der »sozialen Marktwirtschaft« wird diese neue historische Qualität erfasst.

Das Zurücktreten ökonomischer und sozialer Gegensätze des Kapitalismus birgt jedoch gleichwohl eine eigene Dynamik in sich, die mit dem Fortgang der beschleunigten Kapitalakkumulation neue Widersprüche generiert. Die weitergehende Umwälzung der Sozialstruktur der Bevölkerung, namentlich die Umstrukturierung der lohnabhängigen Erwerbspersonen zugunsten unproduktiver Lohnarbeiter des Kapitals als auch namentlich der lohnabhängigen Mittelklassen,[6] verschiebt nach und nach das politische Kräfteverhältnis zuungunsten der hegemonialen Kraft im politischen Raum, der CDU/CSU. Die auf Basis der »sozialen Marktwirtschaft« erreichte Konsolidierung und Verbesserung des Lebensstandards gerade der lohnabhängigen Bevölkerung in der BRD führt zur Artikulation neuer Anspruchshaltungen

[5] Vgl. zu dem ideologischen Gehalt des Ordoliberalismus sowie zur Kritik an dessen »Wiederentdeckung« durch heutige Sozialisten Wendl 2011: 60ff.

[6] Zur Entwicklung der Sozialstruktur in der BRD nach dem Zweiten Weltkrieg vgl. Projekt Klassenanalyse (PKA) 1973 und 1974 sowie Krüger 2010: 199.

und Bedürfnisse: »*Je mehr sich das Lohneinkommen und damit der Lebensstandard der Lohnabhängigen verbesserte, Arbeitslosigkeit und soziale Unsicherheit vermindert wurden, Freizeit und Erholung zunahmen, umso rascher entstanden soziale Interessen und Bedürfnisse, die sich nicht nur auf Arbeit und Einkommen, sondern auch auf den privaten Lebensraum und die soziale Sicherung außerhalb der Arbeit bezogen. Die CDU/CSU lief mit der Fortsetzung ihrer Erfolgspolitik Gefahr, einerseits einen Teil der Klientel zu verlieren, der am meisten von ihr profitiert hatte, und zwar deshalb, weil sie die weitergehenden Interessen und Bedürfnisse dieser Schichten nicht erkannte und mit der allein auf Marktkräfte und Leistung gerichteten Konzeption auch nicht befriedigen konnte. Andererseits entwickelten sich gesamtgesellschaftlich im privaten Bereich, in den öffentlichen Diensten und in den sozialen Institutionen zu lösende Probleme und zu beseitigende Mängel, für die eine staatliche Steuerung, ein Programm benötigt wurde.*« (SOST 1980b: 67f.)

Es kommt hinzu, dass der erste deutliche Einbruch der ökonomischen Nachkriegsentwicklung der BRD 1966/67, wenngleich er in längerfristiger Perspektive zunächst nur als kurzfristiger »Betriebsunfall« interpretiert wurde, eine plötzliche Zuspitzung längst überwunden geglaubter sozialer Antagonismen deutlich machte, die durch die vorher betriebene Politik einer konsequenten marktwirtschaftlichen Orientierung ja nur überdeckt bzw., gewissermaßen unter der Oberfläche, sogar forciert worden waren. Der konjunkturelle Einbruch zum Abschluss des IV. Nachkriegszyklus 1966/67 und vor allem die strukturell gewachsenen Ansprüche und Bedürfnisse breiter Teile der Bevölkerung ermöglichten es einer mit dem »Godesberger Programm« neu aufgestellten Sozialdemokratie, der erodierenden Hegemonie der Konservativen eine neue gesellschaftliche Synthese entgegenzusetzen, die im politischen Raum mehrheitsfähig wird.

Der »Keynesianismus«, den die SPD gegen Ende der 1960er Jahre programmatisch verkörpert, beinhaltet ein Programm sozialer Reformen – zusammen mit einer neuen Außenpolitik, die die mittlerweile geschaffenen und konsolidierten Realitäten in Bezug auf die realsozialistischen Staaten (inkl. der DDR) anerkannte –, das auf dem Boden der kapitalistischen Produktionsverhältnisse die soziale Aufgabe des Staates stärker in den Mittelpunkt rückte und mit einer forcierten Umverteilung der am Markt entstandenen Primäreinkommen soziale Ungerechtigkeiten sowie die entstandenen Ansprüche und Bedürfnisse abmilderte bzw. befriedigte. Wirtschaftspolitisch wird die intervenierende Funktion des Staates betont: Nicht mehr der bloß wettbewerbs- und geldpolitisch beeinflusste Rahmen der privaten Kapitalakkumulation stellt nunmehr den Ansatzpunkt wirtschaftlicher Eingriffe des Staates dar, sondern die Verantwortung der im »Stabilitätsgesetz« formulierten gesamtwirtschaftlichen Ziele bildet nunmehr einen genuin staatlichen Aufgabenbereich. Praktisch bedeutete dies den Versuch, über eine antizyklische Wirtschafts- und Finanzpolitik korrigierend in den Verlauf der kapitalistischen Akkumulation einzugreifen.

Im V. Nachkriegszyklus (1968-1971) wurde erstmals versucht, über die so genannte »Globalsteuerung« den Aufschwung abzubremsen, und zwar mittels eines

rückzahlbaren Konjunkturzuschlages auf die Steuern. Dies brachte 1970 rd. 1,3 Mrd. DM an zusätzlichen Mitteln ein, 1971 3,1 Mrd. DM. Weitere Stabilisierungsmaßnahmen folgten, da das Jahr des zyklischen Periodenwechsels, 1971 auf 1972, einen ausgesprochen milden zyklischen Abschwung ergab, der vielerorts gar nicht als Übergang in einen neuen Konjunkturzyklus wahrgenommen wurde. Im Jahr 1973 wird die Drosselung der ökonomischen Entwicklung noch verstärkt, da sich starke Preissteigerungen bemerkbar machen. Andererseits zeichnet sich aber bereits ein erneuter Rückgang der industriellen Akkumulation ab; der obere Wendepunkt des VI. Nachkriegszyklus wird Ende 1973 durchschritten und mündet in den beiden Folgejahren in einen bis dato unbekannten tiefen zyklischen Abschwung ein, in dessen Gefolge die Arbeitslosigkeit drastisch ansteigt. Die Reaktion der sozialliberalen Regierung auf diese Krise ist die Auflage eines über mehrere Jahre reichenden Konjunkturprogramms in der Größenordnung von 16 Mrd. DM.[7]

Dem politischen Wechsel in der BRD entspricht auch eine Schwerpunktverlagerung innerhalb des wirtschaftswissenschaftlichen Paradigmas. Das Aufkommen keynesianischer Orientierungen erfolgte in der BRD, wie der Wechsel innerhalb der praktizierten Wirtschaftspolitik selbst, gegenüber anderen westlichen Metropolen mit einem gehörigen Zeitverzug. Faktisch war die deutsche Sozialdemokratie die letzte der großen europäischen Sozialdemokratien, die, an die politische Macht gekommen, ihren »Keynesianismus« in die Tat umsetzen konnte.

Aber was war dies für ein »Keynesianismus«? Bruno Kreisky, der damalige österreichische Bundeskanzler, hat später rückblickend die treffende Charakterisierung geliefert: »Wir haben uns unter das Dach der Marktwirtschaft gestellt, um es besser zu machen als die Konservativen.« In der Tat ging es allen sozialdemokratischen oder sozialdemokratisch geführten Regierungen in Westeuropa um ein ge-

---

[7] Der Grund der Krise wurde vielfach in der drastischen Steigerung des vom OPEC-Kartell durchgesetzten Preises für Erdöl – Verfünffachung des Basispreises (vgl. Krüger 2012: 301ff.) –, also in exogenen Faktoren gesehen. Andere machen in erster Linie die Restriktionspolitik der Bundesbank für die Krise verantwortlich: »*Die Reformbewegungen führten, quasi als Beiprodukt, zu einer aggressiveren Lohnpolitik. Um es unfreundlicher auszudrücken: Reformen des Gesellschaftsmodells wurden mit Lohnerhöhungen verwechselt. … Die Lohnentwicklung in Deutschland (!) eskalierte, als die damalige ÖTV (Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr) im Jahr 1974 die jährliche Lohnrunde einleitete, was ansonsten der IG Metall vorbehalten war, und im öffentlichen Dienst einen Lohnabschluss von über 12 Prozent durchsetzte. Die Tariflöhne in der Industrie stiegen 1974 in etwa mit der gleichen Rate, was für die Bundesrepublik sehr hoch war. Aus Inflationsängsten heraus reagierte die Deutsche Bundesbank auf die Lohnerhöhungen mit harter restriktiver Geldpolitik. Daraufhin rutschte 1975 die Ökonomie in eine tiefe Rezession mit hohen Wachstums- und Beschäftigungsverlusten.*« (Dullien u.a. 2009: 31f.) Beide Erklärungen verkennen die damalige Situation innerhalb der langfristigen Entwicklungstendenzen der bundesdeutschen Kapitalakkumulation, vollzog sich doch gerade in diesem VI. Nachkriegszyklus die Ablösung der beschleunigten Akkumulation durch eine Überakkumulationssituation, die nicht zyklisch wieder aufgelöst werden konnte, sondern strukturellen Charakter aufwies (vgl. Krüger 2010).

sellschaftliches Reformprojekt auf dem Boden der kapitalistischen Marktwirtschaft; Grundvoraussetzung für staatliche Reformen war stets ein ungebrochenes, allenfalls durch kurzfristige zyklische Oszillationen unterbrochenes wirtschaftliches Wachstum oder eine private Kapitalakkumulation, deren Dynamik durch eine stetige Erhöhung der Staatsquote nicht gebrochen wurde. Reflektiert wurde dies jedoch in umgekehrter Weise: Der steuernde Einfluss wurde als verantwortlich für die prosperierende Entwicklung der Kapitalakkumulation im Privatsektor der Volkswirtschaft angesehen. Mit dieser hier überpointierten Formulierung wurden, theoretisch gesehen, einerseits originär Keynessche Überzeugungen im Hinblick auf eine »sozial geleitete Investitionsrate« sowie eine nachfragestützende Politik, wenn auch in abgeschwächter Form, reproduziert. Andererseits jedoch war es kennzeichnend für diesen praktizierten Keynesianismus, dass alle bei Keynes vorhandenen Zweifel über die immanenten, langfristigen Entwicklungsbedingungen der kapitalistischen Akkumulation verlorengingen: weder wurde das Problem der langfristig sinkenden Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals thematisiert, noch wurden substanzielle Eingriffe in die nationalen Kreditsysteme und den internationalen Währungszusammenhang nach dem Untergang des Bretton Woods-Währungssystems, die bei Keynes in mehr oder weniger deutlicher Form vorhanden sind, überhaupt in Erwägung gezogen. Bei aller Unterschiedlichkeit hinsichtlich des quantitativen Umfangs staatlicher Eingriffe in die private Kapitalakkumulation in den verschiedenen Ländern beruhte der praktizierte Keynesianismus der westeuropäischen Sozialdemokratien auf einem ungebrochenen Vertrauen in die regulierenden Kräfte des Marktes, deren Funktionsbedingungen durch Staatseingriff herzustellen bzw. zu optimieren waren. Mehr noch als die Keynessche Theorie selbst war daher der praktizierte Keynesianismus eine wirtschafts- und vor allem gesellschaftspolitische Option der kapitalistischen Prosperität, deren Grundvoraussetzungen in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre immer mehr erodierten.

In der Tat enthielt der V. BRD-Nachkriegszyklus mit seinen deutlich über dem langfristigen Trend liegenden Wachstumsraten des Sozialprodukts ein Sonderphänomen mit namentlich nochmals stark gestiegenen Exporten und Handelsbilanzüberschüssen, die wachsende Gewinne des BRD-Kapitals aus seinen Außenwirtschaftstransaktionen beinhalteten und den tendenziellen Fall der Durchschnittsprofitrate gegenüber den vorangegangenen Zyklen merklich verlangsamten. Umso deutlicher kontrastierte damit die Entwicklung im folgenden VI. Zyklus (1972-1975), die den Übergang des BRD-Akkumulationsprozesses in eine Überakkumulationssituation einleitete. Es war die Weltwirtschaftskrise 1974/75, die auch in der Bundesrepublik die Auffassungen von der steuernden Rolle des Staates zusehends in Frage stellte. Im Tiefpunkt des Abschwungs stieg die Arbeitslosigkeit auf über 1 Mio. Personen und bildete sich in den Folgejahren nicht mehr unter die Marke von 850 Tsd. Personen zurück. Das Vollbeschäftigungsziel wurde seitdem systematisch verfehlt und die Wachstumsraten des Sozialprodukts blieben ebenfalls weit hinter den Erwartungen zurück. Die unmittelbaren Konsequenzen waren erhebliche Restriktionen für eine staatliche Wirtschaftspolitik.

b) Das Versagen (bastard-)keynesianischer Wirtschaftspolitik mit dem Übergang in die strukturelle Überakkumulation von Kapital in den 1970er Jahren

Die antizyklische Konjunkturpolitik der überkommenen Prägung und Ausrichtung konnte in dem Maße nicht mehr funktionieren, wie ihre Notwendigkeit offenbar wurde; das Gleiche gilt für die Sozialpolitik. Die niedrigen Wachstumsraten der industriellen Produktion ließen die Bildung von staatlichen Rücklagen nicht mehr zu, da gleichzeitig die Ausgabenseite der öffentlichen Budgets zunehmend unter Druck geriet. Der nächstliegende Ausweg aus dieser Situation war, keynesianisch gesehen durchaus folgerichtig, eine Politik des »deficit spending«, die jedoch darauf beruht, dass irgendwann in nicht allzu ferner Zeit der wirtschaftliche Aufschwung aus sich heraus wieder kommen muss. Aber dies geschah gerade nicht und der Grund hierfür war die veränderte Akkumulationsdynamik in einer andauernden Überakkumulation von Kapital. »*Der stagnative Charakter des Wirtschaftsprozesses verwandelte die antizyklische Konjunktursteuerung in kontinuierliche Subventionspolitik.*« (Arkenstette u.a. 1982: 36) Ohne strategisches Ziel erfolgte vonseiten der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung im VII. Nachkriegszyklus eine Stopp-and-Go-Politik von Konjunkturprogrammen, Steuererhöhungen, Abbau von Sozialleistungen und Subventionsausdehnung. Genauso unkoordiniert wie seinerzeit der Ausbau der öffentlichen Dienste erfolgt war, ohne Bewusstsein über die Abhängigkeit des öffentlichen Sektors von der kapitalistischen Warenproduktion und immer darauf bedacht, bestimmte Gruppeninteressen zu befriedigen, erfolgte nunmehr eine Wirtschafts- und Sozialpolitik, die zunehmend nur noch von der bloßen Hoffnung auf einen baldigen Wirtschaftsaufschwung gekennzeichnet war. Durch diese Politik des bloßen Reagierens auf die ablaufende ökonomische Entwicklung wurden jedoch die finanziellen Spielräume immer enger. Schließlich kapitulierte die sozialliberale Regierung vollends vor der Eigengesetzlichkeit der Überakkumulation von Kapital und schwenkte auf einen Austeritätskurs ein. Nur im Vergleich zu der harten monetaristischen und ausschließlich die Angebotsseite stützenden Politik der konservativen Regierungen in Großbritannien und den USA kann im weiteren Verlauf der 1970er Jahre bzw. Anfang der 1980er Jahre überhaupt noch von einer Akzentuierung der Nachfrageseite durch die bundesrepublikanische Politik gesprochen werden.

Der Anlass für die Diskreditierung keynesianischer oder zumindest keynesianisch inspirierter Nachfragepolitik und zum wirtschaftspolitischen Paradigmenwechsel war überall das als historisch neu empfundene Phänomen der »Stagflation«, also das gleichzeitige Auftreten von hohen Preissteigerungsraten bei tendenziell stagnativer Entwicklung der Gesamtwirtschaft.[8] Die gängige Erklärung für diese Stagflation, soweit sie durch binnenwirtschaftliche Faktoren und nicht durch außenwirt-

[8] Zur Einordnung der Stagflation in den Zusammenhang der langfristigen Entwicklungstendenzen der Kapitalakkumulation sowie die Inflationserklärung vgl. Krüger 2012: 406ff.

schaftlich importierte Preissteigerungen erzeugt wurde, bestand in der These, dass das erreichte Niveau staatlicher Intervention in die Privatwirtschaft bzw. das »Mischungsverhältnis« der Mixed Economy sich negativ auf privatwirtschaftliche Investitionen und Wachstum ausgewirkt habe: die namentlich die konsumtive Endnachfrage stützende oder ausweitende staatliche Nachfragepolitik habe zu einer Überforderung der Unternehmen durch Sozialabgaben und Steuern geführt, sodass das eine für die Preissteigerungen, das andere für die Restriktion von Investitionen und Wachstum verantwortlich sei. Das Vermittlungsglied für diesen Zusammenhang wurde in der Rigidität der Geldlöhne erblickt; trotz zunehmender Arbeitslosigkeit und dementsprechend beginnender Schwächung der Angebotsseite des gesamtwirtschaftlichen Arbeitsmarktes sei die »Marktmacht« der Gewerkschaften noch so groß, dass sie mit hohen Geldlohnforderungen eine Lohn-Preis-Spirale in Gang setzen würden, die in einigen Ländern mit preisindexierter Lohnentwicklung (»scala mobile«) sogar kumulative Effekte induzieren könnte. Die steigenden Warenpreise bzw. die abnehmende Kaufkraft einer Geldeinheit führte zudem zu einer tendenziellen Entwertung der Geldvermögensbestände, der negative Rückwirkungen für die Vornahme von reproduktiven Investitionen zugeschrieben wurden. Statt der keynesianischen Alternative »Arbeitslosigkeit versus Inflation«, ausgedrückt in der »Phillips-Kurve«, stellte die Stagflation das gleichzeitige Auftreten beider Übel dar und wurde daher zum Einfallstor, monetaristisch fundierte Konzepte auch in der wirtschaftspolitischen Praxis umzusetzen.

Tatsächlich wurde in dieser gängigen Erklärung der Stagflation aber in einem wichtigen Punkt Ursache und Wirkung vertauscht. Nicht die staatlich hervorgerufene Überbeanspruchung des privatwirtschaftlichen Sektors durch Steuern und Abgaben war ursächlich verantwortlich für die Verschlechterung der »Veranlassung zur Investition«, sondern diese korrekt beobachtete Reduzierung der gesamtwirtschaftlichen Profitrate und der darauf begründeten investitionsrelevanten Grenzleistungsfähigkeit des Kapital war gerade das Ergebnis der vorangegangenen Prosperität, d.h. der beschleunigten Akkumulation des gesellschaftlichen Kapitals und der darin eingeschlossenen Produktivkraftsteigerung samt ihren wertlichen Ausdrucksformen. Weil sich durch den fortwährenden Ersatz von lebendiger Arbeit durch Maschinerie die produktiv-wertschöpfende Basis der Gesamtwirtschaft verengte und die Dynamik der Kapitalakkumulation, also die gesamtwirtschaftlich-durchschnittliche Akkumulationsrate nicht mehr ausreichte, um bei der gestiegenen Wertzusammensetzung des Kapitalvorschusses ein Wachstum produktiver Arbeit zu generieren, musste der unproduktive Überbau der Ökonomie als zunehmende Belastung erscheinen, um sodann als Verursacher gebranntmarkt zu werden. Die Wirkungsweise dieser immanenten Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Akkumulation wurde natürlich in den nationalen Reproduktionsprozessen der kapitalistischen Metropolen insbesondere auch durch ihre außenwirtschaftlichen Beziehungen und deren rückwirkenden Einflüssen spezifisch modifiziert und ausgeformt, sodass einige Nationalkapitale später als andere den Übergang in die Überakkumulationssituation vollzogen und diese auch in unterschiedlicher Schärfe erfuhren. Das BRD-

Kapital profitierte durchgängig von seinen wachsenden Exportüberschüssen, die ebensoviele außenwirtschaftlich begründete Vermehrungen seiner Wert- und Mehrwertproduktion auf Kosten seiner Konkurrenten anzeigten; eine ähnliche Situation galt für Japan, das sogar den Übergang in die strukturelle Überakkumulation erst in den 1990er Jahren – IX. Nachkriegszyklus – vollzog.

Mit dem Regierungswechsel zur konservativ-liberalen Koalition von CDU/CSU und FDP im Jahr 1982 durch den Austritt der FDP aus der bisherigen sozialliberalen Koalition schwenkte die BRD-Wirtschaftspolitik auf den monetaristisch fundierten Kurs der »Bereinigung der Angebotsseite« auch offiziell um. Sie folgte dabei dem Paradigmenwechsel, der zuvor bereits von Großbritannien und den USA – hier allerdings verbunden mit einem staatlich durchgesetzten Aufrüstungsprogramm (»schmutziger Keynesianismus«) – vollzogen worden war. Fortan wurde in vielen einzelnen Schritten das Rad der »keynesianischen Überforderung« der Leistungsfähigkeit der Ökonomie durch Abbau sozialpolitischer Schutzvorschriften und Deregulierungen der Arbeitsbeziehungen und des Arbeitsmarktes, durch Privatisierungen staatlicher Unternehmen und Betriebe sowie durch Begrenzungen der Leistungsgesetze für den Bezug von staatlichen Transfers für die Privathaushalte zurückgedreht. Im Fokus stand die Begrenzung bzw. Reduzierung der Staatsquote durch Zurücknahme der öffentlichen Umverteilung gegenüber der marktbestimmten Primärverteilung der Einkommen und der Verringerung öffentlicher Investitionen. Tatsächlich stagnierte der staatliche Beitrag zum gesellschaftlichen Bruttoprodukt in den 1980er Jahren auf dem in der Wirtschaftskrise 1974/75 erreichten Wert, der bis dato, insbesondere seit Ende der 1960er Jahre, gestiegen war (vgl. Krüger 2010: 685). Eine Reduzierung dieser bereinigten Staatsquote gelang allerdings nicht, was beständiger Anlass für eine Politik weiterer Einschnitte in das soziale Netz war. Diese Konstellation war das Ergebnis eines Wettlaufs zwischen akkumulationsbedingten Zuwächsen gesetzlicher Leistungsansprüche der steigenden Anzahl von arbeitslosen Personen einerseits und Leistungskürzungen andererseits; im Ergebnis wurden die nachfragestützenden Stabilisatoren sukzessive ausgehöhlt. Gleichwohl kam es in der Bundesrepublik nicht zu einem Generalangriff auf die in der Nachkriegszeit durchgesetzten Sozialstaatsregulierungen wie bspw. in Großbritannien unter den konservativen Regierungen von Margaret Thatcher (1979-1990) und ihrem Nachfolger John Major (1990-1997).

Neben der restriktiven Fiskalpolitik wurde eine auf die unbedingte Verteidigung der Stabilität der Kaufkraft des Geldes fixierte Geldpolitik der Deutschen Bundesbank zu dem zweiten Standbein des wirtschaftspolitischen Paradigmenwechsels. Die Bekämpfung der Inflation, die im internationalen Gleichklang in der Bundesrepublik in den 1970er Jahren bis zum Ende des VII. Zyklus 1982 – wenngleich auf einem im Vergleich zu anderen industriellen Metropolen deutlich niedrigeren Niveau – herrschte, wurde als zunehmend dringlicheres Problem eines »wirtschaftlichen Ungleichgewichts« und namentlich als Bedrohung für die internationale Wettbewerbsfähigkeit der bundesdeutschen Exportkapitale angesehen. Zwar war nach dem Ende des Bretton-Woods-Systems die Bundesbank nur noch im Rahmen des

Europäischen Wechselkursverbundes zu verteidigenden Interventionen am Devisenmarkt gesetzlich verpflichtet, sodass sich das Problem der »importierten Inflation« zunehmend relativierte, doch blieb wegen der zwei Ölpreisschocks 1973/74 und 1979/80, die die bundesdeutschen Einfuhrpreise sprunghaft erhöhten, und der auch im BRD-Reproduktionsprozess binnenwirtschaftlich wirkenden Lohn-Preis-Spirale der Druck für die Geldpolitik der Bundesbank bestehen, den Preisauftrieb zu bekämpfen. Tatsächlich gelang dies erst im Zuge des wirtschaftlichen Abschwungs 1980-82 infolge des marktbestimmten naturwüchsigen Rückgangs der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage, der allerdings durch eine vorgängige Steigerung des Diskontsatzes auf 7,5% von 1980/II bis 1982/I, dem historisch höchsten Stand der bundesdeutschen Bankrate, flankiert worden war. Der VII. Zyklus war zugleich die Zeitperiode mit dem niedrigsten Stand der Durchschnittsprofitrate des BRD-Kapitals in der Nachkriegszeit (vgl. Krüger 2010: 464).

Der Ausbruchsversuch der sozialistisch-kommunistischen Regierung in Frankreich (1981-1984) aus der mittlerweile vorherrschenden fiskalpolitischen Austerität und geldpolitischen Restriktion blieb eine auf wenige Jahre beschränkte Episode, die die Schwierigkeiten für eine nicht voll wettbewerbsfähige nationale Ökonomie offenbarte, durch eine singuläre Politik der Nachfragesteigerung sich vom Geleitzug der durch die BRD dominierten europäischen Entwicklung abzukoppeln. Die staatlich induzierte Nachfragesteigerung der französischen Volksfront-Regierung kam zu einem großen Teil durch eine massive Steigerung der französischen Importe dem Ausland zugute. Drei Abwertungen des französischen Franc sowie eine einsetzende Kapitalflucht ließen die Sozialisten unter ihrem Wirtschafts- und Finanzminister Jacques Delors (1981-1984) bereits Mitte 1982 einen restriktiven Kurs einschlagen, der von der Kommunistischen Partei (PCF) nicht mitgetragen wurde und Mitte 1984 zum Austritt aus der Regierung führte. Damit hatte sich einmal mehr die Grenze keynesianischer Politik unter den Bedingungen einer strukturellen Überakkumulation von Kapital gezeigt.

Dass dieser Befund dennoch nicht umstandslos verallgemeinert werden kann, zeigte sich angelegentlich der deutschen Entwicklung im Rahmen der Übernahme der DDR-Wirtschaft und dem staatlichen Anschluss dieses zweiten deutschen Staates 1990. Die Vergrößerung des Wirtschaftsraumes durch die Währungsunion, der Ruin eines großen Teils des DDR-Wirtschaftspotenzials, die Diskreditierung vieler heimischer Produkte und die Ausstattung der Ex-DDR-Bürger und Treuhand-Betriebe mit Kaufkraft durch (westdeutsche) staatliche Transferleistungen waren ein großangelegtes Programm für zusätzliche Nachfrage für die westdeutsche Industrie. Es traf zeitlich zusammen mit der Abschwächung der Weltkonjunktur 1990/91 und kompensierte somit Nachfrageausfälle westdeutscher Exportkapitale. Der überwiegende Teil der durch den DDR-Anschluss hervorgerufenen Zusatznachfrage wurde tatsächlich durch das westdeutsche Kapital befriedigt, der Anstieg der Importe hielt sich in Grenzen. Der Unterschied zu der französischen Situation zu Beginn des 1980er Jahrzehnts ist dabei vor allem in der höheren Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit der westdeutschen Anbieter zu sehen, die eine konjunktu-

rell zurückgehende Kapazitätsauslastung ohne gravierende Preiserhöhungen ausgleichen konnten und erst nach der Befriedigung des ersten Nachfragestoßes 1993 den zyklischen Periodenwechsel durchliefen, zwei Jahre nach dem Weltmarktzyklus. Bei allen Sonderfaktoren der deutsch-deutschen Währungsunion und des staatlichen Anschlusses der DDR hat sich damit gezeigt, dass auch unter Bedingungen einer strukturellen Überakkumulation von Kapital eine Wirksamkeit keynesianisch orientierter Nachfragepolitik besteht, diese aber punktuell bleibt und selbst unter den positiven Voraussetzungen für das westdeutsche Kapital 1990/91 nicht einen nachhaltigen längerfristigen Wirtschaftsaufschwung erzeugen konnte, sondern nur einen kurzfristig-konjunkturellen Erfolg hatte.[9]

Damit ergibt sich eine präzisere Bewertung keynesianischer Nachfragepolitik. Im Vergleich zu den 1930er Jahren liegt in der heutigen Zeit das Anforderungsprofil auf einem qualitativ höheren Niveau. In ganz anderer Weise sind Keynes' pessimistische Grundannahmen hinsichtlich der langfristigen Entwicklungstendenzen der Kapitalakkumulation hinzuzunehmen, soll die staatlich induzierte Ausweitung der Nachfrage nicht nur kurzfristig-konjunkturelle Effekte erzeugen, welche die tendenziell stagnativ bis kontraktiv wirkende Tendenz nur abmildern oder verzögern. Eine vornehmlich quantitativ ausgelegte Politik der Stützung hauptsächlich der konsumtiven Endnachfrage – und es gibt, wie wir gesehen haben, tatsächlich etliche Aussagen von Keynes, die eine derartige Politik nahe liegen – läuft unter Überakkumulationsbedingungen darauf hinaus, bloße Strohfeuereffekte, zudem mit der Gefahr der Erzeugung von Disproportionen in der gesamtgesellschaftlichen Teilung der Arbeit zu erzeugen. Es ist also unter heutigen Bedingungen umso mehr notwendig, kurzfristig ausgelegte Stabilisierungen der (öffentlichen und privaten) konsumtiven Nachfrage mit einem langfristig angelegten Programm strukturpolitischer Gestaltung zu verbinden. Die Umsetzung einer derartigen Politik ist darüber hinaus keine sich quasi im Selbstlauf ergebende »Sozialisierung der Investitionsfunktion«, sondern erfordert die aktive, diskretionär ausgelegte Intervention des Staates und seiner nachgeordneten exekutiven Körperschaften. Dies kann, je nach der konkreten Situation und der jeweiligen Stellung des betreffenden Reproduktionsprozesses in der internationalen Konkurrenz die mehr oder weniger umfassende und kürzer oder länger andauernde Übernahme der Führungsfunktion des Staates für die gesamtwirtschaftlichen Investitionen bedeuten.

---

[9] Vergleichbare Effekte haben sich auch in anderen Ländern gezeigt, so in den USA in den 1980er Jahren, als die Regierung erhebliche kreditfinanzierte Rüstungsbeschaffungen durchführte, deren Multiplikator allerdings geringer war. Auch die kreditfinanzierte Nachfrage im so genannten New-Economy-Boom 1999/2000 und die Immobilienblasen im X. Nachkriegszyklus (2002-2009) in den USA, Großbritannien und Spanien liefern Beispiele für die Wirksamkeit keynesianischer Nachfragepolitik, wenngleich in vielfacher Weise disproportional und pervertiert. Wir kommen auf die aktuelleren Entwicklungen im Finanzmarktkapitalismus nochmals ausführlicher zurück; vgl. das folgende Kapitel 16.

c) Das theoretische Erbe des Versagens des Keynesianismus – die monetaristische Konterrevolution: »Nobody is a Keynesian any more«

Noch in der Hochphase der in der Praxis dominierenden keynesianischen Wirtschaftspolitik formierte sich gegen Ende der 1960er Jahre namentlich in den USA eine zunächst theoretisch begründete Gegenbewegung gegenüber keynesianischem Gedankengut. Zwar hatte es auch zuvor schon mannigfache Versuche gegeben, Keynes in die neoklassische Orthodoxie zurückzuholen und damit die Ecken und Kanten der Keynesschen Theorie abzuschleifen und teilweise bis zur Unkenntlichkeit zu entstellen, doch begründete erst die vor allem mit Milton Friedman (1912-2006) verbundene Kritik am Keynesianismus, die sich zur »monetaristischen Gegenrevolution« der »Chicago-Schule« auswuchs, einen Paradigmenwechsel in der Wirtschaftswissenschaft. Friedman hatte seine Position namentlich durch umfangreiche empirische Studien über langfristige Preisentwicklungen in den USA sowie eine Analyse der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre gewonnen. Bezugspunkt seiner Kritik an Keynes und dem Keynesianismus ist aber die bereits in den 1960er Jahren in den USA einsetzende Inflation.[10]

Die theoretische Auseinandersetzung mit den Keynesianern wurde anfänglich als Streit zwischen »Fiskalisten« und »Monetaristen« geführt; dies verweist auf unterschiedliche Wirtschaftspolitiken bzw. die verschiedene Gewichtung von staatlicher Fiskalpolitik einerseits, Geldpolitik andererseits und grundsätzlich auf die Frage nach der politischen Steuerbarkeit ökonomischer Entwicklungen. Theoretisch zentral ist dabei die unterschiedliche Sichtweise der ökonomischen Fundamentalkategorie des Geldes, welches von beiden Seiten als Vermögen begriffen wird. »*Dabei hat die Keynessche Schule dieses monetäre Vermögen als Kreditgeld im Auge. Die Chicago-Schule kritisiert diese Sichtweise. Sie hält das Geld als Papiergeld (Wertzeichen, S.K.) für unterschätzt. Mit dieser Qualität verbinden Friedman und seine Schüler vor allem den Einfluss des Geldes auf die Preise. Bei allen werden wir keine Definition des Geldes vorfinden. … Geld ist, darüber sind sich die Ökonomen einig, was als Geld funktioniert.*« (Fiehler 2000: 17) In den Mittelpunkt seiner politischen Empfehlungen, die auch die konkrete Beratung politischer Entscheidungsträger einschlossen,[11] stellte Friedman auf der Grundlage seiner Be-

[10] Friedman als Protagonist der Gegenrevolution reklamiert für die Ökonomen als Theoretiker in diesem Zusammenhang die Fähigkeit der Antizipation zukünftiger Entwicklungen: »*Wie es oft der Fall ist, verloren die Ideen gerade zu der Zeit, da sie in der Praxis Triumphe feierten, ihren Rückhalt bei den Wissenschaftlern in den Hochschulen.*« (Friedman 1973: 55)

[11] Friedman war Gründungsmitglied der »Mont Pèlerin Society«, votierte Anfang der 1970er Jahre für die Freigabe der Wechselkurse und unterstützte aktiv mehrere Volksabstimmungen zur Steuersenkung. Außerdem war er Mentor der so genannten »Chicago Boys«, die in Chile nach dem von den USA unterstützten Militärputsch gegen die demokratisch-sozialistische Regierung von Salvador Allende die Wirtschaftspolitik der Militär-Junta konzipierten.

stimmung der wirtschaftlichen Akteure als Vermögensbesitzer und ihrer portfoliotheoretischen Optimierung zwischen Vermögen in Geld, Wertpapieren (Bonds), Aktien, Realvermögen (Sachkapital) und Arbeitsvermögen (Humankapital) (vgl. Friedman 1976) die Sicherung einer stabilen Beziehung zwischen Geldmengenwachstum und »realem« Wachstum, die durch die Geldpolitik der Zentralbank – neben der auf bloße Rahmensetzung reduzierten staatlichen Politik – zu gewährleisten sei. Er unterstellte eine »natural rate of unemployment« (vgl. Friedman 1968), die durch institutionelle Gegebenheiten, d.h. friktionelle und strukturelle Unvollkommenheiten des Marktes bestimmt sei; demzufolge existiere keine Beziehung zwischen Preis- und Beschäftigungssteigerung, wie die Phillips-Kurve nahe lege, und eine beschäftigungsorientierte, geldpolitisch akkomodierte Fiskalpolitik sei zum Scheitern verurteilt und führe nur zu Inflation und negativen Rückwirkungen auf den reproduktiven Prozess.

Die monetaristische Konterrevolution wurde somit zur ideologischen Legitimation des unter dem Druck der kapitalistischen Überakkumulation praktisch erzwungenen Paradigmenwechsels der Wirtschaftspolitik nahezu aller kapitalistischen Metropolen. Tatsächlich gelang einer restriktiven Geldpolitik zusammen mit den Marktkräften die Brechung des internationalen Inflationsgeleitzuges. In der Bundesrepublik führte die in den 1980er Jahren noch vorhandene fragile Balance zwischen überkommenen Stabilisatoren in den gesellschaftlichen Distributionsverhältnissen durch sozialstaatliche Regulierungen, der Rückführung der Inflation und der außenwirtschaftlichen Stärke des BRD-Exportkapitals zur Aktivierung immanenter Bereinigungsfaktoren der Überakkumulationssituation: Die gesamtwirtschaftliche Profitrate stabilisierte sich auf einem leicht gegenüber dem VII. Zyklus stabilisierten Niveau und der leicht gesunkene Kapitalzins ließ den Spielraum des Unternehmergewinns gesamtwirtschaftlich wieder leicht wachsen. Diese relative Stabilisierung der ökonomischen Entwicklung wurde durch die nach wie vor im internationalen Vergleich untergeordnete Bedeutung, die die Akkumulation des fiktiven Kapitals in der BRD besaß und die die bundesdeutschen Aktienmärkte von den Turbulenzen 1987 weitgehend verschonte, unterstützt.

Das Ende des VIII. Nachkriegszyklus wurde überlagert von den ökonomischen Effekten des Anschlusses der DDR. Neben den bereits erwähnten kurzfristig wirkenden Nachfrageeffekten für das westdeutsche Kapital bürdeten die Folgewirkungen der verfehlten Anschlusspolitik – angefangen bei den Umwandlungskursen der laufenden Leistungen und Geldvermögensbestände aus Mark der DDR in D-Mark über die Privatisierungspolitik der unter dem Dach der Treuhandanstalt konzentrierten und entflochtenen DDR-Kombinate bis hin zur Belastung der öffentlichen Haushalte (Staat und Sozialversicherung) durch monetäre Transfers für die ostdeutsche Bevölkerung – dem gesamtdeutschen Reproduktionsprozess erhebliche Lasten auf, die sich auch im Anstieg der direkten und in Nebenhaushalten erfassten Staatsverschuldung niederschlugen.

Die 1990er Jahre des IX. Nachkriegszyklus (1994-2003) sind somit durch die Nachwirkungen der DDR-Übernahme spezifisch charakterisiert: Verstärkte Dere-

gulierungen insbesondere am Arbeitsmarkt, befördert durch die hohe Arbeitslosigkeit in den ostdeutschen Bundesländern infolge der De-Industrialisierung, und Abbau von Sozialleistungen gingen Hand in Hand mit einem erheblichen Anstieg der »vereinigungsbedingten« öffentlichen Geldtransfers, was per Saldo nicht zu einem dramatischen Einbruch der Staatsquote wie in anderen (europäischen) Ländern führte. In der zweiten Hälfte des IX. Zyklus – 1998/99 – partizipierte auch das BRD-Kapital am New-Economy-Boom, wenngleich nicht im gleichen Überschwang wie in anderen Ländern, insbesondere den USA.

In den USA vollzog sich in den 1990er Jahren der Durchbruch zum finanzmarktgetriebenen Kapitalismus als systemimmanentem Versuch, durch Potenzierung kapitalistischer Vergesellschaftungsformen die durch die vorhergehende Angebotspolitik ungelösten, vielmehr verschärften wirtschaftlichen Probleme zu lösen. Das »keynesianische Problem«, die Schwäche der konsumtiven Endnachfrage, hervorgerufen durch die überakkumulationstypische Unterbeschäftigung und Umverteilung des Nationaleinkommens zugunsten der Profit- und Vermögenseinkommen, zusätzlich befeuert durch Steuersenkungen auf hohe Einkommen und Vermögen sowie die restriktive Fiskalpolitik, sollte durch eine Ausweitung namentlich des privaten Konsumentenkredits »marktendogen« bewegt werden. Die im Zuge des New-Economy-Booms haussierende Aktienbörse bot dazu den Stoff: Die steigenden Kurse der Aktien erhöhten den Wert der beleihungsfähigen Sicherheiten und die kreditfinanzierte Nachfrage der Privathaushalte beförderte neben der wirklichen Produktion wiederum die Aktienkurse. Der Aufschwung im IX. Nachkriegszyklus trug so alle Merkmale einer kurzen Scheinblüte der Konjunktur; er zeigte das Nebeneinander und die Wechselbeziehung zwischen effektiver Nachfrage und geldpolitisch unterstützter Inflationierung der Kurse des fiktiven Kapitals am Finanzmarkt. Der Aufschwung war daher der Natur der Sache nach ein kurzfristiges Strohfeuer, das die gravierenden ökonomischen Problemlagen der kapitalistischen Akkumulation nicht nur überdeckte, sondern im Resultat verschärfte.

In der Bundesrepublik reklamierte die 1998 an die Macht gekommene rot-grüne Regierungskoalition zwischen SPD und Bündnisgrünen den konjunkturellen Aufschwung zunächst für sich und die von ihr betriebene Wirtschafts- und Sozialpolitik, die einige der sozialen Grausamkeiten der vorherigen Regierungen revidierte und vor dem Hintergrund der zunehmend als bleiernd empfundenen »Kohl-Ära« anfangs einen allerdings begrenzten Aufbruch versprach. Mit dem Ende des kurzen New-Economy-Aufschwungs im Jahr 2000 und dem nachfolgenden Abschwung war der ursprünglich versprochene Politikwechsel aber wieder passé. Eine antizyklische Politik zur diskretionären Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage war in der von Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005) proklamierten »Modernen Wirtschaftspolitik« nicht mehr vorgesehen. Die sich bis zum konjunkturellen Periodenwechsel Ende 2003 hinziehende Stagnationsphase der bundesdeutschen Ökonomie wurde vielmehr zum Anlass genommen, den »Rückstand« Deutschlands bei der Deregulierung des Arbeitsmarktes, der Zurückschneidung des Sozialstaats (Agenda 2010) und der Durchsetzung eines »modernen« finanzkapi-

talistischen Regimes bei Steuern und der Liberalisierung von Finanzmarkttransaktionen und -akteuren umzusetzen.

Als auch nach dem konjunkturellen Periodenwechsel in den X. Nachkriegszyklus 2003/04 die offiziell ausgewiesene Arbeitslosenzahl kurzfristig die 5 Millionen-Marke zu übersteigen drohte und die wichtige Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen verloren ging, gab die rot-grüne Regierung auf. Die SPD ließ sich mit der von deutschen Sozialdemokraten immer schon bis zur Selbstaufgabe gepflegten »staatsbürgerlichen Verantwortung« in eine »Große Koalition« unter der Führung der CDU/CSU einbinden und wirkte eifrig bei der nur mit Zwei-Drittel-Mehrheit möglichen Grundgesetzänderung zur Einführung einer so genannten Schuldenbremse für die öffentlichen Haushalte mit, die die Möglichkeiten einer aktiven Konjunktur-, geschweige denn einer offensiven Strukturpolitik in der Zukunft fast gänzlich unmöglich macht. Zusammen mit den regulatorischen Vorgaben der Europäischen Union im Hinblick auf eine »offene Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb« und dem jüngst abgeschlossenen Fiskalpakt der Euro-Zone, der der EU-Kommission weitgehende Eingriffsrechte in nationale Staatshaushalte ermöglicht, hat die neoliberale Konterrevolution trotz des offenkundigen Scheiterns des Finanzmarktkapitalismus in der zweiten Großen Krise ab 2008/09 Tatsachen geschaffen, die aufzuheben für eine keynesianisch orientierte, noch mehr eine alternative sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik eine nur schwer überwindbare Hürde darstellen.

Sechster Abschnitt:
Linker Keynesianismus und Sozialismus

Kapitel 16: Wirtschaftspolitik in der zweiten Großen Krise des Kapitalismus seit ihrem Beginn 2007

a) Die Re-Aktivierung des Staates zur Stützung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und zur Rettung des kapitalistischen Finanzsystems

Staatliche und Zentralbank-Politik zur Verhinderung des Zusammenbruchs des internationalen Banken- und Finanzsystems

Die nach der Weltwirtschaftskrise Ende der 20er sowie der 30er Jahre des 20. Jahrhunderts zweite Große Krise der kapitalistischen Produktionsweise nahm 2007 in den USA als Krise von Hypothekenkrediten auf dem Subprime-Markt ihren Ausgangspunkt. Diese Hypothekenkrise beendete die nach 1998/99 zweite Welle finanzkapitalistischer Blasenbildung, die eine durch private Konsumkredite induzierte Nachfrage nach Häusern und Wohnungen geschaffen hatte und die beteiligten Akteure – Hypothekenbanken und Bausparkassen, Immobilienmakler, private Konsumenten und die Unternehmen der bauwirtschaftlichen Produktionszweige – in einen Expansionsrausch versetzt hatte, an dem sich in weiterer Instanz Banken in aller Welt auf der Suche nach hohe Rendite versprechenden Anlagen für ihr Eigengeschäft sowie Immobilienfonds und andere Finanzdienstleister beteiligt hatten. Der Finanzsektor war außerordentlich »produktiv« gewesen, immer neue »Produkte« über Verbriefungen von Krediten und ihre Zusammenmischung zu Fonds, deren Anteile ihrerseits wiederum verbrieft und damit übertragbar waren, zu kreieren. Neben diesem fiktiven Kapital zweiter Ordnung boten dann Banken und große Versicherungskonzerne Derivate in Form von Kreditausfallversicherungen (Credit Default Swaps, CDS), ihrerseits verbrieft und damit übertrag- und handelbar, an (fiktives Kapital dritter Ordnung). Die Vorstellung war, dass durch diese Neukreation von Portfolios Risiken und Chancen rechenbar gemacht werden würden, sodass über quasi-objektive Wahrscheinlichkeitskalküle alle Beteiligten am großen Spiel gewinnen könnten.

Das Ergebnis dieser »Finanzinnovationen« war jedoch im Gegenteil eine Verdunkelung und Verschleierung der tatsächlichen wirtschaftlichen Grundlagen dieser fiktiven Kapitale, die, als der Rausch der Außerkraftsetzung der vier Grundrechenarten seitens der Finanzmarktakteure beendet war, dieselben mit einem Haufen toxischer Wertpapiere zurückließ. Da aber diese fiktiven Kapitale mit ihren Anschaffungswerten oder sogar zum höheren marktpreismäßigen »Fair Value« in den Bilanzen der Banken, Versicherungen und Kapitalanlagegesellschaften verbucht waren, bedeutete der plötzliche Fall ihrer Kurse ernsthafte Solvenzprobleme dieser Institute. Schnell wurde erkannt, dass große Banken und Versicherungsgesellschaften einen »systemrelevanten« Stellenwert besaßen und ihr Zusammenbruch an Knotenpunkten der internationalen Finanzmärkte Kettenreaktionen auslösen würde. Die Solvenzprobleme der Geldhäuser schufen sofort eine Vertrauenskrise, zunächst am

Interbanken-Geldmarkt, sodann auch vonseiten der Kunden als Anleger. Die Vertrauenskrise der Finanzmarktakteure untereinander ließ nach spektakulären Bankrotten einiger Häuser den Geldmarkt austrocknen; die Banken zogen es vor, ihre Überschussguthaben nicht untereinander zu verleihen, sondern »sicher«, wenn auch zu niedrigeren Zinsen bei den Zentralbanken zu parken. Seitens der Kunden der Finanzinstitute kam es bereits zu vereinzelten »runs« auf die Schalter zur Abhebung der Guthaben; die Kurse der Bankobligationen und -aktien fielen drastisch. Die gestörte Refinanzierung des Bankkapitals führte zu verschärften Auflagen für die Kreditnehmer und Kreditnachfrager und einer latenten Kreditdeflation.

In dieser Situation, in der ein unter den modernen Verhältnissen nicht mehr für möglich gehaltener Umschlag des Kredit- in das Monetarsystem nicht ausgeschlossen werden konnte, in einer Situation, in der »die Welt in den Abgrund geblickt hat«, waren die Zentralbanken und Staaten als Retter der letzten Instanz gefordert. Die Zentralbanken mussten in ihrer ultimativen Eigenschaft als »lenders of last ressort« die Liquidität des Bank- und Finanzsystems durch Bereitstellung üppiger Kreditfazilitäten zu niedrigen Zinskosten sichern und damit einen abrupten Kurswechsel in ihrer Geldpolitik zu einem »credit easing« oder gar »quantitative easing« vornehmen.[1] Die öffentlichen Haushalte waren gefordert, durch Finanzhilfen oder Verstaatlichung der in Schieflage geratenen systemrelevanten Geldhäuser weitere unkontrollierbare Falliten im Finanzsektor zu verhindern und, wie im Fall der Bundesrepublik Deutschland, durch ein Garantieversprechen die Einlagen des Publikums, wenn auch nur symbolisch, abzusichern. Das staunende Wahlvolk wurde Zeuge, in welcher Geschwindigkeit auf einmal die nationalen Parlamente ihre Regierungen ermächtigen konnten, durch Rückgriff auf den öffentlichen Kredit zusätzliche Milliardensummen zu kontrahieren – wo doch die vorher geltende offizielle Lehre die Ausgabenkürzungen und Reduzierung der Staatsschulden als Dogma gepriesen hatte.[2]

---

[1] Beide Begriffe bezeichnen unterschiedliche Grade einer geldpolitischen Lockerung seitens der Zentralbank, die sich an der Höhe der Zinssätze für Refinanzierungsfazilitäten der Geschäftsbanken, deren Umfang und Laufzeit sowie der Qualität der als Sicherheit zu hinterlegenden Wertpapiere festmachen. Credit easing gilt dabei als Vorstufe für ein quantitative easing, mit dem Notenbankzinssätze von nahe 0%, unbeschränkte Liquiditätsbereitstellung (z.B. über Zinstender ohne Mengenkontingentierung), Laufzeiten von über einem Jahr und beleihungsfähigen Wertpapieren auch minderer Qualität allerdings nur bis zu einem niedrigeren Beleihungswert umschrieben werden. Der Effekt ist jeweils eine Vergrößerung der Zentralbankgeldmenge durch die Schaffung von Kreditgeld, welches faktisch der Wertzeichenzirkulation zuzurechnen ist und dementsprechend auch zu entsprechenden monetär bedingten Preissteigerungen an den Finanzmärkten und/oder auch an den Warenmärkten führen kann, wenn nicht gleichzeitig eine Sterilisierungspolitik betrieben wird.

[2] Vgl. Huffschmid 2008, 8: »*In dieser Not ist der Staat wieder willkommen. Die Unverfrorenheit, mit der die Verursacher der Krise jetzt staatliche Subventionen zur ›Rettung des Finanzsystems‹ fordern, ist ebenso atemberaubend wie die staatliche Bereitschaft, diese Forderung zu erfüllen. Dafür stehen plötzlich wie aus dem Hut gezauberte Bürgschaften bereit – allein mit Blick auf die Hypo Real Estate handelt es sich um 50 Mrd. Euro, von den seitdem*

Tatsächlich gelang es der konzertierten Intervention von Zentralbanken und nationalen Regierungen die Kernschmelze des internationalen Kredit- und Finanzsystems zu verhindern. Der Übergriff der Finanzmarktkrise auf die reproduktive Akkumulation des Kapitals war allerdings nicht zu vermeiden, umso mehr, als in der vorherigen Aufschwungsphase des X. Nachkriegszyklus die finanzkapitalistischen spekulativen Überhitzungen in bestimmten Produktionszweigen und Volkswirtschaften – insbesondere Bauwirtschaft und Finanzsektor – nicht nur Disproportionalitäten der nationalen Branchenstruktur geschaffen, sondern auch die reproduktive Kapitalakkumulation insgesamt kurzzeitig positiv befeuert hatten, sodass ein Ende des vorherigen Aufschwungs auch durch die zyklische Rhythmik des Umschlags des fixen Kapitals erzeugt worden war. Ein Jahr nach dem Ausbruch der Finanzmarktkrise 2007 wurde der obere Wendepunkt der Konjunktur auch in den reproduktiven Sphären international synchron durchlaufen und eine wirtschaftliche Rezession setzte ein, die sich 2009 zur tiefsten Krise der Nachkriegsentwicklung auswuchs. Damit war die zweite Große Krise der kapitalistischen Produktionsweise in ihr zweites Stadium oder ihre zweite Phase eingetreten.

Ganz zu Beginn der Finanzmarktkrise und nachdem die ersten spektakulären Bankrotte – Bear Stearns, Investmentbank Lehman Bros., Northern Rock, Hypo Real Estate u.a. – für Weiterungen der Krisenprozesse gesorgt hatten, schien es so, als habe diese Krise auch heilsame Wirkungen erzeugt. Nicht nur im Feuilleton war nun die Rede von einem Irrweg des Finanzmarktkapitalismus der letzten beiden Jahrzehnte, auch Vertreter von Großbanken sprachen sich plötzlich für striktere Regulierungen der Finanzmärkte und der Geschäfte der Finanzunternehmen aus; auf der internationalen Ebene wurde mit den G20, d.h. den 20 größten Industrie- und aufkommenden Schwellenländern den mittlerweile etablierten wirtschaftlichen Kräfteverhältnissen Rechnung getragen und auf internationalen Konferenzen und Zusammenkünften die Konzeption von neuen Regulierungen der Geldkapitalakkumulation und der Währungsverhältnisse erörtert. Offenbar fühlten die bisherigen Verfechter und Unterstützer eines Finanzmarktkapitalismus die systemische Bedrohung, die von den jetzt in die negative Entwicklungsrichtung umgeschlagenen unkontrollierten Marktprozessen ausging, und waren für den Augenblick bereit, die Macht der Staaten für die Gestaltung neuer Rahmenbedingungen für die Märkte in die Waagschale zu werfen. Stets ging es aber auch von Anfang an um die Sicherung von Vermögenswerten, d.h. um fiktive Kapitalien, die nun einmal als »assets and liabilities« in den Bankbilanzen figurierten und deren Entwertung zur Überschuldung der Finanzunternehmen mit der Folge von Solvenzproblemen geführt hatte und zukünftig weiter führen würde. Als die akute Gefahr weiterer unkontrollierter Zusammenbrüche von Banken, Versicherungen und anderen Finanzunternehmen gebannt schien, zeigte sich jedoch, dass der Lernprozess der so genannten

---

erfolgten staatlichen Garantien in zehnfacher Höhe ganz zu schweigen. Und dies, nachdem den Bürgerinnen und Bürgern jahrelang gepredigt wurde, dass angeblich kein Geld vorhanden ist, wenn es um Renten, Bildung und Beschäftigungsprogramme geht.«

wirtschaftlichen und politischen »Eliten« alles andere als nachhaltig war. Vielmehr wurden nun auf den verschiedenen Entscheidungs- und politischen Regelungsebenen die Lobbyisten in Marsch gesetzt mit der unzweideutigen Aufgabe, eine zu strikte Regulierung und Kontrolle der Finanzmärkte zu verhindern. Außer dem Aufbau neuer Institutionen für makro- und mikroprudenzielle Überwachung auf europäischer Ebene, strikteren Kredit- und Liquiditätsregeln für Banken (Basel III), die noch nicht gesetzlich verabschiedet sind, einer engeren Fassung der Beratungspflichten bei dem Verkauf von »Finanzprodukten« und dem Verbot ungedeckter Leerverkäufe an einigen Börsenplätzen hat sich bis heute nichts Wesentliches geändert. Weder ist es zu einer Finanztransaktionssteuer gekommen, weil die USA und Großbritannien diese Maßnahme erfolgreich verhindert haben, noch ist die Macht der drei amerikanischen privaten Rating-Agenturen, die vor Ausbruch der Finanzmarktkrise ebenso wie verschiedene Abteilungen derselben Banken »auf beiden Seiten gespielt hatten«, beschränkt und durch eine öffentliche europäische Rating-Agentur relativiert worden. Auch bei der Weltmarktverfassung und dem internationalen Währungsregime hat sich nichts getan; zaghafte Vorstöße der VR China, die Rolle des US-Dollars als Haupttransaktions- und Reservewährung zugunsten der Sonderziehungsrechte als internationales Geld zu relativieren, wurden nicht einmal allgemein erörtert und konkretisiert.

Die Hauptlinie der Politik bestand darin, den drohenden Kollaps des Weltfinanzsystems und der nationalen Bankensysteme durch eine Sozialisierung der Verluste zu vermeiden. Die Hoffnung beruht darauf, dass die in »bad banks« ausgelagerten toxischen Wertpapiere irgendwann einmal ihre Kursverluste zu einem größeren Teil aufholen würden, um dann doch noch veräußert werden zu können. In den Ländern, in denen die Krise als Hypothekenkrise ausbrach, führten massenhafte Zwangsversteigerungen zu insolventen, teilweise obdachlosen Privatpersonen auf der einen und zum massenhaften Aufkauf von Immobilien durch Fonds und reiche Rentiers auf der anderen Seite; die staatliche Stützung mit Moratorien für Hypotheken- und Konsumentenkredite blieb da, wo sie überhaupt durchgeführt wurde, hinter den Notwendigkeiten zurück. Die Sozialisierung der Verluste durch Verstaatlichung insolventer Banken und die Bildung von Sondervermögen (in der BRD: Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung, SoFFin) ließ die Verschuldung der öffentlichen Haushalte drastisch ansteigen. Aber die Verstaatlichung oder Teilverstaatlichung von Banken – Hypo Real Estate, Commerzbank AG – führte keineswegs zu einer Änderung der Geschäftspolitik im Hinblick auf neue kredit- und strukturpolitische Ziele; vielmehr ist es das Ergebnis der staatlichen Intervention, dass durch postdemokratische Strukturen der Willensbildung jenseits von parlamentarischer Kontrolle die Verselbstständigung der staatlichen Exekutive weitergetrieben und verstärkt worden ist. Die Krisenintervention war also zum einen hauptsächlich auf Reparatur und möglichste Konservierung der Vermögenswerte angelegt und zum anderen auf eine möglichst rasche Rückkehr zum status quo ante orientiert.

Was hätte demgegenüber auf der Agenda stehen müssen? Wenn der Befund korrekt ist, dass die 2007 begonnene Finanzmarktkrise Auftakt und integraler Teil ei-

ner zweiten Großen Krise der kapitalistischen Produktionsweise ist, die ihrerseits den vorläufigen Höhepunkt der in den meisten entwickelten Ländern seit Mitte der 1970er Jahre existierenden strukturellen Überakkumulation von Kapital darstellt,[3] so hätten neben die kurzfristige Stabilisierung und Reparatur sofort weiterreichende Maßnahmen sowohl im Bereich Kredit und Währung als auch in der reproduktiven Wertschöpfung treten müssen. Im Mittelpunkt hätte auch kurzfristig bereits der steuernde Eingriff in die unabdingbare Entwertung und damit Reproportionierung des fiktiven Kapitalüberbaus stehen müssen[4] sowie die zukünftige Reduzierung derjenigen Bereiche der Geldkapitalakkumulation, die ohne Bezug zu reproduktiven Basisverhältnissen stehen, durch prohibitive Besteuerung der Transaktionen. Der Erfolg solcher Eingriffe wäre zudem entscheidend für die Entwicklung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse gewesen und damit für den Fortgang der politischen Intervention mit weiteren und weiterreichenden Maßnahmen, die ernst machen mit der Unterordnung der Finanzsphäre und ihrer Institutionen unter die reproduktive Wertschöpfung (»dienende Rolle des Finanzsektors«); dies hätte, analog zu den seinerzeitigen Eingriffen der US-Administration im Rahmen des »New Deal« in den 1930er Jahre auch eine Entflechtung der Unternehmen im Finanzsektor und ein sehr viel strikter gefasstes Verbot spekulativer Geschäfte erfordert.[5]

---

[3] Dies ist die Gegenthese zu der Auffassung der Autoren des im folgenden Unterabschnitt b) des vorliegenden Kapitels behandelten Textes »Der gute Kapitalismus…« (Dullien u.a. 2009), die die Finanzmarktkrise allenfalls in den Kontext der Entwicklung des Kapitalismus der letzten Jahre als Finanzmarktkapitalismus stellen, jedoch mit der Leugnung allgemein gültiger langfristiger Entwicklungstendenzen der Kapitalakkumulation auch keinen historischen Sinn für die aktuelle Krisenentwicklung haben und den Ausbruch der Krise am US-Immobilienmarkt nicht als systemisch begreifen: »*Ein ökonomisch relativ überschaubares Ereignis – das Platzen einer Immobilienblase in den USA – hat die globalisierte Wirtschaft an den Rand einer neuen Depression gebracht und Erinnerungen an die Weltwirtschaftskrise von 1929 wachgerufen.*« (Ebd. 13) Also einerseits ein überschaubares und damit beliebiges Ereignis als Resultat von Fehlsteuerungen, andererseits bloße Erinnerungen, d.h. keine Parallelität im Hinblick auf die historische Einordnung.

[4] Vgl. Bischoff 2008a, 49f.: »*Das globale Anlagevolumen der Finanzmärkte hatte in den letzten 20 Jahren enorm zugenommen. Institutionelle Anleger wie Banken, Pensionsfonds, Versicherungen, Hedge-Fonds und Private-Equity-Gesellschaften verwalten nicht nur ein riesiges Volumen von Eigentumstiteln, die der Sache nach alle Ansprüche auf künftig zu produzierenden gesellschaftlichen Reichtum darstellen. Die enorm gewachsene Rolle institutioneller Anleger und Vermögensverwalter drückt sich heute in einem Umbau der Unternehmenslandschaft aus. Der Ausweitung des Anteils von leistungslosen Einkommen am gesellschaftlichen Reichtum korrespondiert der Rückgang der Anteile bei Arbeits- und Sozialeinkommen. Vor dem Hintergrund dieser veränderten Machtverhältnisse in den Unternehmen und der Verteilung der gesellschaftlichen Wertschöpfung kann die Krise im Immobilien- und Kreditbereich nur durch eine umfassende Entwertung von Eigentumstiteln auf eine neue Grundlage gestellt werden.*«

[5] Wir kommen hierauf im nachstehenden Kapitel 17 zurück.

Staatliche Ausgaben- und Arbeitsmarktpolitik am Beispiel Deutschlands

Die zweite Phase der Großen Krise, der synchrone Einbruch der Weltkonjunktur 2008 und 2009, wurde in den am schlimmsten betroffenen Volkswirtschaften mit der Auflage staatlicher Ausgabenprogramme zur Stützung der Nachfrage flankiert. Allerdings war der Umfang dieser Programme in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich dimensioniert; die USA investierten etwa 7% ihres Bruttoinlandsprodukts, die EU nur etwa 1,6%, während die VR China mit etwa 14% an der Spitze stand. Mit Ausnahme Chinas, das mit der gewaltigen Intervention zugleich strukturpolitische Ziele verfolgte und Fehlentwicklungen seiner Volkswirtschaft in der Vergangenheit zu korrigieren suchte – die Mittelverwendung reichte vom Wohnungsbau für untere Einkommensschichten, die Infrastruktur im ländlichen Raum über Projekte der Wasser- und Elektrizitätswirtschaft und das Transportwesen bis zum Umweltschutz –, verblieb die Orientierung in den entwickelten kapitalistischen Metropolen zumeist in traditionellen Bahnen; das schlagendste Beispiel ist die deutsche, von anderen Ländern imitierte staatliche »Abwrackprämie« für ältere Kraftfahrzeuge, die zu einem Nachfragestrohfeuer für die Automobilwirtschaft führte. Positive Ansätze wie die Anreizsysteme zur besseren Isolierung von Gebäuden als Programm für die heimische Bauindustrie und das Bauhandwerk blieben die Ausnahme. Die Chance zur Umsteuerung auf »sinnvollen Konsum« (Keynes) blieb letzten Endes ungenutzt.[6]

Sowohl die Bankenrettungspakete als auch die staatlichen Ausgabenprogramme mussten in Anbetracht der Finanzlage der öffentlichen Haushalte und vor dem Hintergrund, eine schnelle Wirkung zu entfalten, durch Rückgriff auf den öffentlichen Kredit finanziert werden. Dies trieb die öffentliche Verschuldung in einigen Ländern, die bereits mit einem hohen Schuldenstand in die Krise eingetreten waren, auf neue Höhen. Das Wegbrechen der Einnahmen infolge des Rückgangs der reproduktiven Wertschöpfung und die Ausweitung des öffentlichen Kredits führten so umstandslos zur dritten Phase der Großen Krise als Staatsschuldenkrise. Insbesondere die USA gerieten damit an ihre gesetzlich festgelegte Grenze der öffentlichen Verschuldung, was vor dem Hintergrund der Blockade im politischen Raum zwischen Demokraten und Republikanern zu einer erst im letzten Moment verhinderten Zahlungsunfähigkeit des Staates führte. In einigen europäischen Ländern setzte die Staatsschuldenkrise das Europäische Währungssystem einer tiefen Krise aus, weil die betroffenen Länder die Refinanzierung öffentlicher Anleihen am Kapitalmarkt nur zu Zinssätzen mit hohen Risikozuschlägen durchführen konnten oder gänzlich vom Kapitalmarkt abgeschnitten wurden (Griechenland, Irland, Por-

[6] Die »Energiewende« seitens der deutschen CDU/CSU-FDP-Regierung, d.h. der zu vollziehende Ausstieg aus der Atomkraft zur Stromgewinnung in der Dekade bis Anfang der 2020er Jahre war der Havarie der japanischen Atomkraftwerke 2011 im Gefolge des Erdbebens und Tsunamis im Pazifischen Ozean geschuldet und nicht einer ökonomisch begründeten strukturpolitischen Entscheidung; letztere war im Gegenteil kurz vorher zugunsten einer Verlängerung der Restlaufzeiten der Atomkraftwerke gefällt worden.

tugal). Osteuropäische Länder – Ungarn, Rumänien, Ukraine – konnten nur durch Beistandskredite internationaler Organisationen vor dem Staatsbankrott bewahrt werden. Auch von der Krise der Staatsfinanzen gibt es erhebliche Rückwirkungen nicht nur auf die Finanzmärkte, sondern auch auf die reproduktive Wertschöpfung, da die öffentlichen Ausgaben sowohl naturwüchsig als auch als »Preis« für die Bereitstellung frischen Geldes drastischen Kürzungen und Kürzungsauflagen unterliegen bzw. unterzogen werden. Das Ergebnis ist jedes Mal dasselbe, denn die gesamtwirtschaftliche Nachfrage wird hierdurch restringiert und die konjunkturelle Talfahrt zu einer mehr oder weniger lang anhaltenden Depression vertieft. So haben die am stärksten von der Verschuldungskrise betroffenen Volkswirtschaften den Periodenwechsel in den XI. Nachkriegszyklus, der auf dem Weltmarkt im III. Quartal 2009 erfolgte, gar nicht mitvollzogen, weil die Schrumpfung ihres Reproduktionsprozesses weiterhin anhält.

Neben den aufkommenden Schwellenländern – namentlich die sogenannten BRIC-Staaten Brasilien, Russland, Indien und VR China – hat innerhalb der entwickelten kapitalistischen Metropolen der G7 vor allem die Bundesrepublik Deutschland eine überdurchschnittliche ökonomische Performance nach dem zyklischen Periodenwechsel gezeigt. Nach dem tiefen Einbruch 2008/09, der durch die exportlastige Wirtschaftsstruktur des BRD-Kapitals verschärft worden war, konnten mit der erneuten Expansion des Welthandels sowie einer robusten Entwicklung der Binnennachfrage die Krisenverluste in gesamtwirtschaftlicher Dimension bereits im II. Quartal 2011wieder aufgeholt werden. Dass das bundesdeutsche Kapital relativ gut durch die Weltwirtschaftskrise gekommen ist und danach zur Wachstumslokomotive innerhalb der EU werden konnte, ist neben den seit jeher international überdurchschnittlichen Rahmendaten vor allem einer staatlich induzierten Nachfragesteigerung und einer erfolgreichen Arbeitsmarktpolitik während der Krisenjahre zu verdanken. Durch Verlängerung der Gewährungsdauer von Kurzarbeitergeld, teilweise Übernahme von Sozialkosten durch den Staat sowie durch betriebliche Abkommen zwischen den Tarifvertragsparteien zu Arbeitszeitkonten und Nutzung flexibler Arbeitszeiten konnte trotz des gravierenden Einbruchs der Produktion die Entlassung der Stammbelegschaften in Grenzen gehalten werden. Die Hauptlast der Krise entfiel auf die Arbeitskräfte mit atypischen Beschäftigungsverhältnissen, die als Manövriermasse im Sinne einer bereits in den Vorjahren stark gewachsenen industriellen Reservearmee dienten. Der Know-How-Verlust der Stammbelegschaften wurde durch diese vertiefte Segmentierung des Arbeitsmarktes und der abhängig Beschäftigten ebenso vermieden wie die erhöhte Flexibilisierung des Einsatzes lebendiger Arbeit die dem Kapital zufallende Produktivität steigerte. Da dieser krisenbedingte Produktivitätsgewinn auch nach der Krise fortdauerte, erhöhte das BRD-Kapital durch diese arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen nochmals seine sowieso schon überdurchschnittliche internationale Wettbewerbsposition.

Insgesamt bietet die betriebene Wirtschaftspolitik des Staates und der Tarifvertragsparteien somit das Bild eines erfolgreichen Steuerns durch den anhaltenden Krisenprozess. Allerdings sind auch die wirtschaftlichen Verwerfungen innerhalb

des BRD-Reproduktionsprozesses nicht beseitigt, geschweige denn die bestehende Überakkumulationssituation aufgelöst. Eine kurzfristig erfolgreiche keynesianische Politik auf Seiten der Nachfrage und auf dem Arbeitsmarkt hat aber noch einmal gezeigt, dass auch unter widrigen gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen Spielraum für die Konterkarierung von Krisenprozessen besteht. Neben den rein ökonomischen Kosten, insbesondere der Erhöhung der staatlichen Gesamtverschuldung, sind aber auch die Kosten für die Beschäftigten erheblich: Dies betrifft nicht nur ihre schwache Reallohnposition, sondern auch und vor allem den mittlerweile überall zutage tretenden Raubbau an der Gesundheit des Arbeitsvermögens, der durch die fortgesetzte Steigerung der Intensität der Arbeit und Flexibilität des Arbeitseinsatzes erzeugt worden ist. Die Forderungen nach einer gesetzlichen Beschränkung der Vernutzungsbedingungen der Arbeitskraft und der Verkürzung der Arbeitszeit haben mittlerweile die gleiche Dringlichkeit wie zu Marx' Zeiten der Kampf um den Zehnstundentag nicht nur für die unmittelbar Betroffenen, sondern objektiv auch für das gesellschaftliche Gesamtkapital, welches aber wie damals, weil aus individuell unabhängigen, nach Surplusprofit strebenden Einzelkapitalen bestehend, »*in seiner praktischen Bewegung durch die Aussicht auf zukünftige Verfaulung der Menschheit und schließlich doch unaufhaltsame Entvölkerung so wenig und so viel bestimmt (wird) als durch den möglichen Fall der Erde in die Sonne*« (MEW 23: 285).

Der naturwüchsige Fortgang der Großen Krise: »De-Leveraging« bei Banken, Unternehmen, Staaten und Privathaushalten

Die Ökonomie in den entwickelten kapitalistischen Ländern bietet, bei allen nationalen Unterschieden im Ausmaß der Problemlagen, das einheitliche Bild einer Überschuldung in weiten Bereichen bei reproduktiven Unternehmen, Banken und Kapitalanlagegesellschaften, Staatshaushalten und Privatpersonen. Der reproduktive Unternehmenssektor laboriert an seinen überkommenen Überakkumulationsproblemen, die durch den Wirtschaftseinbruch 2008/09 sowie spezielle Branchenkrisen (Bauwirtschaft) nochmals verschärft worden sind; die finanziellen Unternehmen, insbesondere Banken und Versicherungen, haben bei dem fortgesetzten Preis- bzw. Kursverfall ihrer Finanzanlagen noch einen Haufen toxischer Titel in ihren Portfolios, die nach wie vor Eigenkapital verzehrende Wertberichtigungen erfordern, auf die aktuelle Ertragslage drücken, Restriktionen bei der Neukreditvergabe erzeugen und eine Rekapitalisierung ihrer Eigenmittel erfordern. Die öffentlichen Haushalte, bereits vor Ausbruch der Krise mit teilweise hohen Gesamtverschuldungsquoten belastet, sind durch die mit Rückgriff auf den öffentlichen Kredit erfolgten Interventionen zur Stützung des Finanzsystems sowie der staatlichen Nachfrage an den Warenmärkten weiter in die Schuldenfalle hineingetrieben worden. Schließlich sind auch die Privathaushalte namentlich in den Ländern mit vorgängiger Immobilienblase durch ihre Hypothekenverpflichtungen stärker in die Fänge der privaten Verschuldung geraten, in der sie ebenfalls bereits vorher durch Anschaffungsdarlehen und Kreditkartenverbindlichkeiten gesteckt hatten; der Ver-

lust des Arbeitsplatzes und/oder die Minderung des laufenden Einkommens erhöht die Zahl der Privatinsolvenzen.

Brennpunkt dieser Verschuldungskrise ist neben den USA mit ihrer bereits seit Jahrzehnten ausgehöhlten Wettbewerbsfähigkeit und steigenden Leistungsbilanzdefiziten die Euro-Zone, die von ihrer Konstruktion sehr unterschiedlich entwickelte nationale Akkumulationsprozesse unter einer einheitlichen Währung und einem integrierten Finanzmarkt zusammengesperrt und die durch die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten des kapitalistischen Weltmarkts reproduzierte Ungleichheit der wertschöpfenden Nationalarbeiten vertieft hat, weil die entgegenwirkenden Faktoren einer Wechselkursänderung entfallen sind.[7] Resultat sind erhebliche außenwirtschaftliche Ungleichgewichte innerhalb dieses einheitlichen Währungsraumes, ausgedrückt in extremen Leistungsbilanzdefiziten und -überschüssen, die ebenso viele nationale Verschuldungs- bzw. Forderungspositionen zu akkumulieren erlaubt haben. Die beiden führenden Transaktions- und Reservewährungen auf dem kapitalistischen Weltmarkt, US-Dollar und Euro, sind gleichermaßen infiziert; Bewegungen ihres bilateralen Wechselkurses bringen die von Zeit zu Zeit aufbrechenden akuten Probleme dieser Währungen an die Oberfläche.

Die Verallgemeinerung der Verschuldungskrise markiert die gegenwärtige Zuspitzung der zweiten Großen Krise der kapitalistischen Produktionsweise. Sie beinhaltet den vorläufigen Kulminationspunkt der mit der strukturellen Überakkumulation von Kapital langfristig gewachsenen Disproportion nicht nur zwischen produktiver und unproduktiver Arbeit im reproduktiven Wirtschaftssektor, sondern ebenfalls das Missverhältnis zwischen dem Wert des gesellschaftlichen Gesamtkapitals – bestehend aus produktivem, Waren- und Geldkapital – und dem Umfang des fiktiven Kapitals. Auch wenn es keine für einen kontinuierlich verlaufenden Gesamtreproduktionsprozess ausrechenbare ex-ante-Relation zwischen produktiver Arbeit, unproduktiver Arbeit und »Wert« der Eigentumstitel gibt,[8] kann erst ihre Neuproportionierung einen unteren Wendepunkt der gegenwärtigen Krise markieren.

Eine derartige Neuproportionierung des Verhältnisses zwischen reproduktiver Wertschöpfung und fiktivem Kapital schließt, finanztechnisch gesprochen, den Prozess des De-Leveraging ein, d.h. eine mit dem Kursverfall des fiktiven Kapitals einhergehende und im Ausmaß durch jenen quantitativ näher bestimmte Entschuldung der Wirtschaftssektoren. Ausmaß und Zeitdauer dieses De-Leveraging

---

[7] Zur ausführlichen Darstellung der »Modifikation des Wertgesetzes in seiner internationalen Anwendung« inkl. der Einflüsse des Währungs- und Wechselkursregimes vgl. Krüger 2010: 733ff. und 2012: 170ff.

[8] Die z.B. im »Maastricht-Vertrag« über die Europäische Union festgelegte Größe, dass die öffentliche Gesamtverschuldung die Quote von 60% des Bruttoinlandsproduktes des betreffenden Landes nicht überschreiten soll, besitzt kein ökonomisch ausgewiesenes Fundament; allerdings wird mit diesem Quotienten zweier variabler Größen zum Ausdruck gebracht, dass die Bedienung der Schulden, weil aus der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung erfolgend, resp. ihre Refinanzierung durch Begebung neuer Anleihen nicht unbegrenzt möglich ist.

ist dabei abhängig von der Dynamik der reproduktiven Wertschöpfung. Gelänge es, diese reproduktive Wertschöpfung durch Rückgriff auf den Kredit, d.h. weitere (Neu-)Verschuldung zu aktivieren, könnten die positiven Effekte eines solchen Leverage-Prozesses das Ausmaß dieses De-Leveraging vermindern: Der untere Wendepunkt der Kapitalakkumulation würde dann auf einem höheren Niveau durchlaufen als auf demjenigen, der sich bei einem naturwüchsigen Fortgang der Entschuldung ohne flankierende Wertschöpfungsimpulse aus der reproduktiven Kapitalakkumulation mit seinen kontraktiv-kumulativen Prozessen ergibt. Die Schlussfolgerung aus diesem Zusammenhang ist, dass es keineswegs ausreichend ist, die gestörten Kreditketten innerhalb des Finanzsektors und des fiktiven Kapitalüberbaus durch staatliche Intervention zu stabilisieren – d.h. Zeit zu kaufen, wie es die praktizierte Politik tut –, sondern dass es notwendig ist, die reproduktive Kapitalakkumulation und Wertschöpfung darüber hinaus zu stimulieren – in Ermangelung eines endogenen Impulses bleibt dies eine Aufgabe für den Staat, dem damit eine Initiativfunktion zufällt.

Da der Umfang der in den einzelnen Ländern notwendigen Re-Proportionierung des Verhältnisses zwischen reproduktiver Wertschöpfung und fiktivem Kapital unterschiedlich ist, kann ein international abgestimmtes kooperatives Verfahren die auftretenden Verluste begrenzen. Umgekehrt würde die Große Krise nochmals in einer weiteren Phase verschärft werden, wenn an die Stelle einer internationalen Abstimmung eine national-egoistische Politik mit zunehmendem Protektionismus und Währungskriegen der wichtigsten Nationalkapitale träte. Spätestens dann wäre erneut eine Situation gegeben, in der die Welt »in den Abgrund schauen« würde und der seinerzeit vermiedene Umschlag des Kredit- in das Monetarsystem wiederum Platz greifen könnte.

b) Keynesianische Lösungsvorschläge zur Weltwirtschaftskrise und der Krise in der Euro-Zone

Kann es einen »guten Kapitalismus« geben?

Mit dem Text »Der gute Kapitalismus – und was sich dafür ändern müsste« legen Dullien/Herr/Kellermann (Dullien u.a. 2009) eine Analyse der jüngsten Finanzmarkt- und Weltwirtschaftskrise auf der Grundlage des monetärkeynesianischen Paradigmas vor und entwickeln konkrete Maßnahmen für eine regulierte Geldwirtschaft, die intentional eine Übersetzung Keynesscher Vorstellungen und Perspektiven auf die heutigen Verhältnisse darstellen sollen. »Guter« Kapitalismus meint dabei eine Wirtschaftsordnung jenseits des gescheiterten Finanzmarktkapitalismus einerseits und einer von den Autoren mit Sozialismus identifizierten Planwirtschaft andererseits. Was bei Keynes (1936), hier Silvio Gesell zustimmend, noch als die »*Errichtung eines anti-marxistischen Sozialismus«* bezeichnet wurde, »*eine Reaktion gegen das* laissez-faire, *auf theoretischen Grundlagen aufgebaut, die von jenen von Marx grundverschieden sind, indem sie sich auf eine Verwerfung, statt*

auf eine Annahme der klassischen Hypothesen stützen, und auf eine Entfesselung des Wettbewerbs, statt auf seine Abschaffung« (AT: 300), ist für Dullien u.a., die Marx ebenfalls das Etikett des »Klassikers« aufkleben und damit die differentia spezifica seiner Kritik der politischen Ökonomie vollständig verkennen, eben jener »gute Kapitalismus«, der deshalb nicht mit Sozialismus identifiziert wird, weil jener für sie mit dem Scheitern des so genannten »Realsozialismus« für historisch erledigt erachtet wird. Man wird dem Text nicht gerecht, wenn man sich an seinem Titel stört und sich vor diesem Hintergrund einige falsche Aussagen und Feststellungen hernimmt, um die gesamten Deduktionen als politisch inkorrekt zu diskriminieren.[9]

Die analytische Grenze der Ausführungen von Dullien u.a. wird deutlich anhand der mit dem monetärkeynesianischen Paradigma nicht vorzunehmenden Einordnung der Finanzmarkt- und Weltwirtschaftskrise 2007-09 in die übergreifende historische Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise seit der ersten wirklichen Weltmarktkrise von 1825 (vgl. MEW 23: 20).

Die aktuelle Krise wird nicht als vorläufiger Endpunkt einer seit Mitte der 1970er Jahre sich nach und nach zuspitzenden Überakkumulation von Kapital in den kapitalistischen Metropolen begriffen, sondern letztlich als Resultat von Politikversagen, d.h. dem an der Deregulierung der Finanzmärkte gescheiterten neoliberalen Globalisierungsmodell der Weltwirtschaft. Anstieg der Neuverschuldung von Unternehmen und öffentlichen sowie privaten Haushalten, freie internationale Kapitalströme mit ihren flexiblen Wechselkursen, internationale Verschuldungsprozesse im Verein mit so genannten Arbeitsmarkt-»Reformen« und die durch finanzpolitische Entscheidungen bewirkten Einkommensungleichheiten und Nachfrageungleichgewichte innerhalb und zwischen verschiedenen Ländern haben zusammengenommen das Niveau systemspezifischer Unsicherheit immens erhöht und die Lebensbedingungen zunehmender Bevölkerungsteile prekarisiert (vgl. Dullien u.a. 2009: 127). Diese zweifellos korrekt beschriebenen Sollbruchstellen des neoliberalen Globalisierungsmodells werden aber nicht als bloße Ausdrucks- oder Erscheinungsformen eines an sein immanentes Ende gekommenen historischen Akkumulationsregimes des Kapitalismus begriffen; demzufolge genügt Dullien u.a. auch ein – allerdings vor dem Hintergrund der geschaffenen Verwerfungen radikales – Umsteuern der Wirtschafts-, Finanz-, Geld- und Währungspolitik zur Wiedergewinnung eines »*mittel- und langfristig … nachhaltigen Wachstumspfad(es)«* (ebd.).

Vor dem Hintergrund der zunächst durch die Deregulierung von Vorschriften, Marktbeschränkungen und politischen Kontrollen an den Finanzmärkten systema-

---

[9] Dies heißt nicht, dass wir bei allen Übereinstimmungen hinsichtlich der entwickelten Antikrisen- und Alternativ-Maßnahmen die zentrale Stoßrichtung des Buches umstandslos bejahen. Die Herausforderung einer Kritik auf der Grundlage der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie besteht vielmehr darin, aufzuweisen, an welchen Punkten der »gute« Kapitalismus eben keine nachhaltigen Lösungsvorschläge offeriert und daher mit weitertreibenden Perspektiven zu einer sozialistischen Marktwirtschaft überwunden bzw. »aufgehoben« werden müsste.

tisch gesteigerten Unsicherheit wird dann ein an und für sich genommen »*ökonomisch relativ überschaubares Ereignis, (nämlich) das Platzen einer Immobilienblase in den USA*« (ebd. 13) zum Auslöser einer Weltwirtschaftskrise, die die globalisierte Wirtschaft an den Rand einer neuen Depression gebracht hat. Mit dieser Einordnung der Krise wird das bereits oben herausgestellte Missverständnis des Status des Finanzmarktkapitalismus bestätigt.

Was aber sollen nun die wesentlichen Merkmale des »guten Kapitalismus« sein?

Erstens und kurzfristig-vordringlich geht es um eine Neubestimmung des Stellenwerts und der Funktionen der Banken und des Finanzsystems, die dem Unternehmenssektor ausreichend Kredite zur Verfügung zu stellen haben und auch innovative Unternehmen mit höheren Risiken fördern sollten. Dazu sind die in den letzten Jahren kreierten spekulativen Finanzprodukte und der ausufernde Umfang der Derivatemärkte überflüssig: »*Relativ bodenständige Finanzsysteme sind ausreichend, um über eine Kreditexpansion Investitionen und Innovationen zu finanzieren.*« (Ebd. 217) Dies bedeutet u.a. Stärkung des Sparkassen- und Genossenschaftssektors, Einführung neuer Eigenkapitalregeln, Schaffung einer europäischen Bankenaufsicht, striktes Verbot von Geschäften mit Offshore-Zentren und von »Over-the-Counter-(OTC-)Geschäften«, neue Verbriefungsregeln und »TÜV« für Finanzprodukte, Abkehr von Fair-Value-Accounting (IFRS) und (Wieder-)Einführung des Niedrigwertprinzips, Reform der Ratingagenturen und Einführung staatlicher Ratingagenturen, strikte Regeln für Manager-Boni, Aufgabe des Shareholder-Value-Prinzips bei der Unternehmensführung und Stärkung der Rolle aller Stakeholder im Unternehmen sowie schließlich Erweiterung der Instrumente der Zentralbank um variable Eigenkapitalvorschriften bei Immobilienkrediten und Einsatz von Kapitalverkehrskontrollen und Devisenmarktinterventionen (vgl. ebd. 218).

Zweitens ist die in den letzten Jahrzehnten ausgeprägte Schieflage in den Verteilungsverhältnissen zu beseitigen; die private Konsumnachfrage »*sollte auf einer relativ ausgeglichenen Einkommensverteilung beruhen und nicht auf einer Expansion von Konsumkrediten*« (ebd.). An Eingriffen und Maßnahmen wird vorgeschlagen: Umkehrung des langfristigen Trends der fallenden Lohnquote und Orientierung der Lohnentwicklung an der gesamtwirtschaftlichen Produktivität und der Zielinflationsrate der Zentralbank, Anhebung der unteren Löhne durch Einführung von einheitlichen und gesetzlichen Mindestlöhnen, Stärkung des Flächentarifvertrages durch Zwangsmitgliedschaft der Unternehmen in Unternehmerverbänden oder generelle Allgemeinverbindlichkeitserklärungen von Tarifabschlüssen, Stärkung der Mitbestimmungsrechte in den Unternehmen, Bindung der öffentlichen Auftragsvergabe an die Erfüllung von Mindeststandards bei Löhnen und Arbeitsbedingungen, Koordinierung der Lohnpolitik in der EU (Lohnleitlinien), Installierung eines europäischen Mindestlohnankers von 60% des nationalen Durchschnittslohns, gemeinsame Arbeitslosenversicherung in der EU und Unterstützung des Aufbaus europäischer Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände und europäischer Tarifverhandlungen (ebd. 219).

Drittens sollen die öffentlichen Haushalte durch »*eine gerechte und solide finanzierte Einnahmenbasis …, die einen Anstieg der Staatsverschuldung am Bruttoinlandsprodukt überzyklisch verhindert«* (ebd.), gestärkt werden. Die Steuerpolitik soll die marktbestimmte Einkommensverteilung korrigieren, zur Stabilisierung der Wirtschaft durch antizyklische Ausgaben und mit guten öffentlichen Dienstleistungen auf den Gebieten Bildung, Forschung, Infrastruktur und sozialer Sicherheit beitragen. An Maßnahmen schlagen die Autoren vor: Stärkung der Steuerbasis der öffentlichen Haushalte durch europäische Mindeststeuersätze für Unternehmen, Bürgerversicherung für Rente, Krankheit und Arbeitslosigkeit, antizyklische Finanzpolitik, stärkere Zentralisierung und Koordinierung der Finanzpolitik in der Euro-Zone durch europäische Steuern und Verschuldungsmöglichkeiten der EU-Ebene, Ausbau des Finanzausgleichs in der EU sowie Einführung eines neuen Euro-Stabilitätspaktes zur Korrektur von Leistungsbilanzungleichgewichten (vgl. ebd. 219f.).

Viertens soll auf Ebene der Weltwirtschaft durch ein System relativ stabiler Wechselkurse und ein Regelwerk, das große Leistungsbilanzungleichgewichte mit besserer Koordinierung der Geld- und Fiskalpolitik zwischen den Ländern sowie dem Einsatz von Kapitalverkehrskontrollen und Devisenmarktinterventionen verhindert, wieder eine win-win-Situation geschaffen werden. Eine stärkere Rolle eines grundlegend reformierten Internationalen Währungsfonds bei der Koordinierung von Wirtschaftspolitik und eines starken Internationalen Komitees zur Finanzmarktaufsicht bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich sowie eine steigende Bedeutung der Sonderziehungsrechte als Weltgeld(substitut) sind dabei wichtige Ansatzpunkte. Die Einführung eines internationalen Schuldengerichtshofes für Staaten, die Stärkung globaler Lösungen bspw. im Bereich des Umweltschutzes sowie die Förderung des Makroökonomischen Dialogs auf europäischer Ebene runden die Vorschläge auf internationaler bzw. supranationaler Ebene ab (vgl. ebd. 220).

Der »gute Kapitalismus« stärkt über relativ sichere wirtschaftliche Lebensverhältnisse, geringe Arbeitslosigkeit und Beseitigung prekärer Arbeitsplätze die demokratische Kultur innerhalb eines Landes, die auch vor den Toren der Fabriken nicht Halt machen darf: »*Ausgebaute Mitbestimmungs- und Arbeitnehmerrechte sind wichtig für die Kräftebalance zwischen Arbeit und Kapital.«* (Ebd. 221)

Das Ergebnis ist: »*Auch wenn unsere vorgeschlagenen Reformen durchgesetzt würden, wäre noch genügend Raum für Märkte, die in verschiedenen Dimensionen ein Element der Freiheit von Individuen sind. Es geht somit nicht darum, Märkte abzuschaffen oder zu ersetzen, sondern darum, Märkte, insbesondere Finanz- und Arbeitsmärkte, in Institutionen und Regulierungen einzubinden.«* (Ebd.)

Zweifellos würde die Umsetzung all der genannten Maßnahmen die schlimmsten Auswüchse des gescheiterten Finanzmarktkapitalismus beseitigen und vor dem Hintergrund einer mittlerweile seit drei Jahrzehnten, wenn auch in vielen kleinen Schritten, vor unseren Augen ablaufenden neoliberalen Systemveränderung muten die vorgeschlagenen Maßnahmen und die ihnen zugewiesenen Effekte fast schon revolutionär an. Dies liegt jedoch weniger an den Maßnahmen und ihren Effekten

selbst als an den nach unten verschobenen Beurteilungskriterien. Wenn daher auch Felder einer objektiv kurzfristig anstehenden alternativen Agenda korrekt benannt sind und nahezu allen vorgeschlagenen Maßnahmen der Autoren zugestimmt werden kann, bleibt es der Aufgabe einer marxistischen Beurteilung und Bewertung vorbehalten, die Reichweite der Alternativen kritisch zu wägen und weitertreibende Momente gegenüber diesen Übergangsforderungen zu benennen.

Dies gilt insbesondere in Bezug auf eine wesentliche Leerstelle in den vorstehenden Politikfeldern und Maßnahmen, nämlich einer aktiven, gestaltenden Strukturpolitik zur Stimulierung der ökonomischen Entwicklung im reproduktiven Zirkel. Bei Dullien u.a. finden wir hier, im Unterschied auch zu Keynes' *»ziemlich umfassender Sozialisierung der Investitionen«* wenig bis nichts, weil sie sich auf die traditionellen Felder »öffentlicher Daseinsvorsorge« – öffentliche Investitionen in Infrastruktur und Bildung – beschränken. Diese Leerstelle in ihren Politikalternativen ist auch der monetärkeynesianischen Auffassung geschuldet, dass es keine langfristig wirkenden Entwicklungstendenzen der Kapitalakkumulation gebe, keinen tendenziellen Fall der Durchschnittsprofitrate und daher eben auch keine Blockade von Marktkräften, die sich in nachlassender Akkumulationsdynamik ausdrücken. Vielmehr gehen sie, wie früher gezeigt, davon aus, dass der gesamte ökonomische Prozess als Interaktion von Akteuren bzw. zu marktmäßigen Aggregatkräften zusammengefassten Akteuren zu begreifen ist, der daher auch umfassend durch die Instrumentarien der Geld- und Fiskalpolitik zu steuern sei. Eine Strukturpolitik des Staates bzw. eine öffentliche Rahmenplanung volkswirtschaftlich bestimmender Investitionen ist daher ihrer Meinung nach überflüssig.

Ebenso ist die Eigentumsfrage im Hinblick auf die Produktionsmittel kein Thema: *»Auch das Privateigentum an Produktionseinrichtungen ist eine Institution, die wir nicht abschaffen wollen. Dies schließt allerdings ein, dass innerhalb der Unternehmen alle Stakeholder, allen voran die Arbeitnehmer, Einfluss haben sollten. Eine solche Wirtschaftsdemokratie, wie wir sie in Deutschland gut kennen (!, S.K.), ist dabei von ganz entscheidender Rolle.«* (Ebd. 229) Wenn dies heißen soll, dass mit den gegenwärtigen gesetzlichen Regelungen in der Bundesrepublik eine Wirtschaftsdemokratie bereits grundsätzlich Bestand hat, so würde dies heißen, dass die Autoren die Realität in den Unternehmen unter Bedingungen des Finanzmarktkapitalismus und der »Corporate Governance« des Shareholder-Value schlicht nicht kennen; gerade zur Durchsetzung eines nennenswerten Einflusses der »Stakeholder« auf Unternehmensziele, -produkte und Produktionsbedingungen bleibt der Zugriff auf die Eigentumsverhältnisse zentral. Statt also über die Eigentumsverhältnisse auch die Differenzierung der Produktionsverhältnisse zu problematisieren, plädieren Dullien u.a. für *»eine Versachlichung der Debatte über die Eigentumsformen von Unternehmen«* (ebd.) – als ob die Verfechter des kapitalistischen Privateigentums und eines rigorosen Privatisierungskurses durch einen solchen Appell an Versachlichung zu beeindrucken wären. Da jene sehr wohl mit einem dezidierten ordnungspolitischen Hintergrund argumentieren und operieren, ist ein solcher Appell der Autoren illusionär. Richtig ist: *»Privatunternehmen wer-*

den nicht effizienter, wenn sie niedrigere Löhne zahlen als staatliche Unternehmen und durch prekäre Arbeitsverhältnisse gekennzeichnet sind.« (Ebd.) Entscheidend für die Privatunternehmen bleibt aber, dass niedrige Löhne und prekäre Arbeitsverhältnisse den Profit des eingesetzten Kapitals erhöhen – und dies ist ja der Zweck der ganzen Veranstaltung.

Damit bleibt der Befund zur Beurteilung des Textes zwiespältig. Neben den bereits herausgestellten unterstützungswürdigen und einem so genannten »politökonomischen Minimalkonsens« dienenden Forderungen und Maßnahmen holt die Autoren letzten Endes doch die Systemfrage ein. Der »gute Kapitalismus« ist eben nicht nur besser als der Finanzmarktkapitalismus, er bleibt Kapitalismus; seine konstitutiven Grundlagen werden von Dullien u.a. nicht angetastet – in diesem zentralen Punkt fallen sie auch hinter Keynes zurück.

Der »seichte Keynesianismus« in der Euro-Krise: Lohnerhöhungen in den EU-Überschussländern und permissive Geldpolitik der Europäischen Zentralbank als Krisenbewältigungsstrategie

Wenn den auf der theoretischen Grundlage eines monetärkeynesianischen Verständnisses der Keynesschen Theorie entwickelten Auffassungen zugute zu halten ist, dass die darin vorgeschlagenen Einzelmaßnahmen auf unterschiedlichen Politikfeldern ansetzen und in der Summe zwar nicht intentional die kapitalistische Systemgrenze in Frage stellen, wohl aber das Steuerungspotenzial des wirtschaftspolitischen Eingriffs auf verschiedenen Ebenen gegenüber der Ausgangssituation deutlich steigern, bleibt demgegenüber der alltägliche Keynesianismus weit hinter einem solchen linken politökonomischen Minimalkonsens zurück. Am Beispiel der vom gewerkschaftlichen Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in die wirtschaftspolitische Diskussion eingebrachten Vorschläge zur Bewältigung der Euro-Krise soll dies kurz beleuchtet werden.

Im Gegensatz zu den populistisch auftretenden »Rechtsauslegern« in der bundesdeutschen wirtschaftspolitischen Politikberatung[10] setzen die IMK-Vertreter[11] auf den Erhalt und die Stabilisierung der Euro-Zone in ihrer vorhandenen Zusammensetzung als übergeordnetes Ziel, welches auch und gerade im Eigeninteresse der Bundesrepublik Deutschland sei. Dementsprechend muss »*die enge nationale Perspektive … von der Wirtschaftspolitik aufgegeben werden und einer europäischen Perspektive Platz machen«* (IMK 59: 1). Dazu gehört, »*dass die Finanzpolitik in Deutschland neben der ohnehin anregenden Geldpolitik weiterhin expansiv aus-*

[10] Exemplarisch und auch wegen seiner Verbreitung in den Massenmedien seien hier die Einlassungen des Direktors des ifo-Instituts, München, Hans-Werner Sinn, genannt, der unbeirrt durch die Realität an neoklassisch-neoliberalen Dogmen festhält und sich für einen Austritt bzw. Hinauswurf von Griechenland aus der Euro-Zone stark macht, vgl. den Offenen Brief deutscher Volkswirte gegen die Bankenunion vom Juni 2012; spiritus rector und Mitinitiator ist Sinn.

[11] Vgl. IMK-Report Nr. 59 von Januar 2011: Herausforderungen für die Wirtschaftspolitik 2011. Der Euro-Raum in Trümmern?, im Folgenden zitiert als IMK 59.

gerichtet bleibt« und dass »*die Wirtschaftspolitik dem Euroraum einen langfristig tragfähigen und glaubwürdigen institutionellen Rahmen (gibt)«* (ebd.).

Korrekt werden in der Beschreibung der Ausgangssituation in den Euro-Problemländern die Ursachen der Verschuldung der öffentlichen Haushalte sowie des Privatsektors notiert. Unmittelbar ist das kumulierte staatliche Defizit erst durch die Interventionen zur Rettung der in Schieflage geratenen Finanzinstitute sowie durch konjunkturstabilisierende Nachfragen auf problematische Quotenstände des Bruttoinlandsprodukts gestiegen. Bereits vor Ausbruch der Krise 2007/08 hatten jedoch die südeuropäischen Länder an preislicher Wettbewerbsfähigkeit, ausgedrückt durch steigende Lohnstückkosten im Verhältnis insbesondere zu Deutschland, eingebüßt, wodurch deren Leistungsbilanzen in wachsende Defizite getrieben wurden. Die wachsende Auslandsverschuldung zusammen mit der über dem Defizitkriterium des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes (»Maastricht-Vertrag«) liegenden jährlichen Nettoneuverschuldung haben zu den gesteigerten Risikozuschlägen bei Refinanzierungen und Neuaufnahmen öffentlicher Kredite an den Kapitalmärkten geführt, was bis dato im Falle Griechenlands, Irlands, Portugals und Zyperns sowie des Finanzsektors Spaniens zur Flucht unter die Euro-Rettungsschirme zwang. »*Insofern gibt es tatsächlich eine fundamentale Ursache für die Euroraumkrise, nämlich das Auseinanderlaufen der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, was sich in einer divergierenden Entwicklung der Leistungsbilanzsalden spiegelt.«* (Ebd. 3) Die Kehrseite der Leistungsbilanzdefizite der südeuropäischen Euro-Länder ist zu einem guten Teil der Handelsbilanzüberschuss des BRD-Kapitals: »*Denn andere Mitgliedsstaaten wie Deutschland setzten gezielt auf Zugewinne in ihrer preislichen Wettbewerbsfähigkeit und aktivierten damit ihre Leistungsbilanz sehr stark.«* (Ebd.) Insofern sind es nicht, wenigstens in dem oftmals offiziell behaupteten Ausmaß, in erster Linie binnenwirtschaftliche Probleme und Defizite, die zur Krise der Euro-Zone geführt haben, sondern ebensosehr oder mehr fundamentale Einflussfaktoren der reproduktiven Kapitalakkumulation sowohl in den südeuropäischen Krisenländern als auch namentlich in der ökonomischen Euro-Führungsmacht Bundesrepublik Deutschland; hinzu kommen die ursprünglichen Konstruktionsfehler der Euro-Zone, die in der Auffassung wurzelten, mit einer gemeinsamen Währung und der Begrenzung der öffentlichen Defizite sei ein Binnenwährungs- und -wirtschaftsraum quasi im Selbstlauf herzustellen (»Krönungstheorie«).[12]

Wenn somit die Entwicklung der divergenten Leistungsbilanzsalden in der Euro-Zone als das »*eigentliche Problem«* (ebd.) ausgemacht wird,[13] liegt die Ur-

[12] Vgl. hierzu ausführlicher das Kapitel 18 in Krüger 2012: 478ff.

[13] Hinzu kommen nach Meinung der IMK-Autoren »*leichtfertige Äußerungen (der Politik) zu Gläubigerhaftung und Staatsbankrotten«*, die die Finanzanleger in einer Phase der ohnehin bestehenden Unsicherheit »*weiter verunsichert (haben)«* (ebd.). Ohne diese Faktoren »*hätte es nicht oder nicht in dem Umfang zu einer Krise (wie im Jahr 2010, S.K.) kommen müssen«* (ebd.).

sachenbekämpfung auf der Hand. Kurzfristig geht es um die Vermeidung der Zahlungsunfähigkeit der überschuldeten Euro-Staaten durch konzertierte Aktionen der Europäischen Zentralbank (EZB) – weiterer Ankauf von Staatstiteln der Problemländer am Sekundärmarkt – und eine an Auflagen gebundene teilweise Vergemeinschaftung der Staatsschuldenaufnahme durch Eurobonds durch die zu einem Europäischen Währungsfonds (EWF) weiterentwickelten Finanzierungsfazilitäten EFSF bzw. ESM. Unterliegend und darüber hinaus geht es um stabilitätskonformes Verhalten der Euro-Mitgliedsländer, um zukünftig Leistungsbilanzkrisen zu vermeiden: »*So sollten Lohnabschlüsse der Regel Trendproduktivitätswachstum plus Zielinflationsrate der EZB folgen, um eine inflationsneutrale Stabilisierung des privaten Konsums zu erreichen und um es Defizitländern zu ermöglichen, ihre preisliche Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen, indem ihre Inflationsrate unter der Zielinflationsrate der EZB bleibt. Zur institutionellen Absicherung sollte der europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt refokussiert werden und in die Kompetenz des EWF übertragen werden. Statt auf die Größen Staatsschuldenquote und Budgetdefizit abzustellen, sollte der Leistungsbilanzsaldo im Mittelpunkt der Betrachtung stehen. Defizite und Überschüsse sollten vom EWF überwacht werden und gegebenenfalls ein Verfahren zum Abbau der Ungleichgewichte nach sich ziehen, das beide Seiten, Überschuss- und Defizitländer, in die Pflicht nimmt…*« (Ebd. 8) Neben der Lohnpolitik hat die nationale Fiskalpolitik den Schlüssel für die binnenwirtschaftlichen Wachstumskräfte in der Hand. Für die Bundesrepublik gilt dabei, dass ihre antizyklische Ausrichtung im Gegensatz zu dem mit der so genannten Schuldenbremse für die verschiedenen öffentlichen Haushalte vorgeschriebenen Hinführungspfad zu ausgeglichenen bzw. strukturell fast ausgeglichenen Haushalten der Gebietskörperschaften steht, sodass Konflikte – auch bei der Bestimmung des strukturellen vs. des konjunkturellen Defizits des Bundeshaushalts – vorprogrammiert sind. Von den Restriktionswirkungen der mit Hilfe der bundesdeutschen Sozialdemokratie in Verfassungsrang erhobenen Schuldenbremse abgesehen sollen jedoch nach Meinung der IMK-Autoren die angeführten Maßnahmen ausreichen, um »*die Wirtschaft des Euroraumes wieder in ruhigere Bahnen (zurückkehren zu lassen)*« (ebd. 1).

Mit der Bewertung der von den IMK-Autoren vorgeschlagenen Maßnahmen ist es wie mit der Bewertung vieler keynesianisch fundierten wirtschaftspolitischen Vorschläge. Sie sind ebenso wie kurzfristig angesetzte Stabilisierungen durchaus funktional, vielfach jedoch mittel- und längerfristig unzureichend. Akzeptiert man, dass mit den divergenten Leistungsbilanzsalden der Euro-Länder eine Krisenursache identifiziert worden ist, die tiefer gräbt als der oberflächliche Hinweis auf bloße öffentliche Haushaltsprobleme, bleibt allerdings noch zu ergänzen, dass die Eurokrise zum einen als weitere Phase der Großen Krise seit 2007/08 zu werten ist, und letztere zweitens den vorläufigen Endpunkt der seit Mitte der 1970er Jahre einsetzenden strukturellen Überakkumulation von Kapital in den kapitalistischen Metropolen darstellt. Vor diesem Hintergrund wird die Fragilität des Projektes der europäischen Integration besonders deutlich; denn es war tatsächlich bemerkenswert, dass in (West-)Europa unter diesen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen die bis-

herigen Integrationsschritte zur Europäischen Union mit der Euro-Zone als Binnenwährungsraum überhaupt stattgefunden hatten. Dies wirft auch ein Licht auf die Höhe der Wahrscheinlichkeit, dass diese Integration innerhalb und durch die gegenwärtige tiefgreifende Krise wieder zerfällt.

Die Entwicklung divergenter Leistungsbilanzsalden ist ein Ausdruck des Gesetzes der ungleichmäßigen Entwicklung der Kapitalakkumulation in verschiedenen Ländern. Dies gilt allgemein, keineswegs nur für Nationalkapitale innerhalb eines gemeinsamen Währungsraums, in dem der ausgleichende Effekt von Währungsauf- und -abwertungen fortfällt. Überhaupt sind die naturwüchsig greifenden Einflüsse von außenwirtschaftlichen Ungleichgewichten – Wert- resp. Preisveränderungen, Zinsbewegungen und Wechselkursverschiebungen – in der Regel nur Reaktionen auf vorangegangene primäre Ursachen, die in den Wert- und Verwertungsbedingungen der nationalen reproduktiven Akkumulationsprozesse wirken; als rückwirkende Effekte wirken sie in der Regel nur abmildernd auf solche primär erzeugten und den außenwirtschaftlichen Ungleichgewichten unterliegenden Unterschiede in der wertschöpfenden Potenz der verschiedenen Nationalarbeiten.[14] Divergente Leistungsbilanzsalden sind darüber hinaus keineswegs nur Ergebnisse verschiedener preislicher Wettbewerbsfähigkeit der Euro-Länder, sondern Ausdruck von Produktivitätsunterschieden im umfassenden Sinne, die auch durch die Möglichkeit von Wechselkursveränderungen – Abwertung von Defizitländern, Aufwertung von Überschussländern – nicht ausgeglichen werden könnten, sondern nur in ihren wertlichen bzw. preislichen Ausdrucksformen abgemildert würden. Die einzige Perspektive zur Entschärfung der von den gegenwärtigen Leistungsbilanzungleichgewichten in der Euro-Zone ausgehenden nationalen Verschuldungsproblemen liegt daher in einer weitergehenden politischen Intervention, die auf die Herstellung eines europäischen Gesamt- oder Nationalkapitals und einen europäischen Gesamtreproduktionsprozess ausgerichtet ist, um den hybriden Charakter der gegenwärtigen Eurozone – gemeinsames Geld und einheitlicher Finanzmarkt bei fortbestehenden nationalen reproduktiven Akkumulationsprozessen und nationalen Waren- und Arbeitsmärkten – zu überwinden. Das Mittel dazu ist eine europäische Strukturpolitik, die neben eine europäisch ausgerichtete Fiskalpolitik der Gebietskörperschaften sowie die von den IMK-Autoren vorgeschlagene Lohn- und Geldpolitik treten müsste. Damit wird der Fokus von der Verteilungsebene auf die unterliegenden Produktionsverhältnisse gelenkt. Die Herausbildung eines europäischen

[14] Hierin besteht ein wesentlicher Unterschied zwischen einer auf Basis der Werttheorie fundierten Erklärung gegenüber der traditionellen Außenwirtschaftstheorie: Es ist die unterliegende Bewertung der wertschöpfenden Potenz der Nationalarbeit innerhalb der Stufenleiter produktiver Arbeiten der verschiedenen Nationalkapitale im internationalen Aufeinandertreffen – Modifikation des Wertgesetzes in seiner internationalen Anwendung –, welche die Folie abgibt für die jeweils binnenwirtschaftlich durchgesetzten Preismodifikationen und/oder Wechselkursveränderungen, die als gegenwirkende Tendenzen gegenüber den außenwirtschaftlichen Ungleichgewichten der Leistungsbilanzen zum Tragen kommen (vgl. Krüger 2010: 755ff. sowie Krüger 2012: 170ff.).

Reproduktionsprozesses mit länderübergreifenden Wirtschaftsregionen und einer Steuerung der Marktprozesse durch sektorale und regionale Strukturpolitik(en) auf verschiedenen Entscheidungsebenen, die erheblich größere Mittel einsetzen können muss als die gegenwärtigen Fonds unter der Europäischen Kommission, würde dabei nach aller Voraussicht nur gelingen, wenn zugleich die Steuerungsfunktion der Profitrate eingeschränkt und damit der kapitalistische Charakter der Produktionsverhältnisse überwunden werden kann; insofern ist ein Europa der Wirtschaftsregionen und einer staatlichen Föderation ein linkes Projekt.[15]

Der Springpunkt und zugleich die entscheidende Differenz zur vorgestellten Auffassung des IMK, die nur für die akute Krisenbekämpfung zunächst reicht, liegt also in der mittel- bis längerfristigen Zielbestimmung und der Überschreitung des verteilungspolitischen Eingriffes in Richtung auf die Produktions- (und Eigentums-)Verhältnisse. Was bei Keynes selbst angelegt und zuweilen auch ausgesprochen wird, was der monetärkeynesianischen Richtung wegen der Radikalität und Umfassendheit der vorgeschlagenen Maßnahmen zugute zu halten ist, ist beim traditionellen Keynesianismus zurückgenommen; als solch ein »kupierter Keynesianismus« wird er seicht.

[15] Vgl. dazu auch das nachstehende Kapitel 17.

Kapitel 17: Weiterführende sozialistische Alternativen[1]

a) Marktsozialismus als Sozialismus-Konzeption für entwickelte Ökonomien

Knappheit, Überfluss und marktwirtschaftliche Ressourcenallokation

Keynes hatte bereits unmittelbar nach dem Ende des Ersten Weltkriegs die Vision formuliert, dass Wirtschaft und Gesellschaft dem Ende der Knappheitsökonomie, deren Prämissen insbesondere der klassischen (und neoklassischen) Ökonomie unterliegen, entgegensehen.[2] Als Ausgangshypothese für eine sozialistische Wirtschaftsweise ist diese Einschätzung allerdings in mehrerer Hinsicht zu differenzieren.

In erster Instanz hatte Keynes vor Augen, dass der (Fix-)Kapitalbestand in der langen Frist einen abnehmenden Grad an Knappheit im Verhältnis zur wirksamen Nachfrage der Gesellschaft aufweist, der zum Sinken der objektiven Eigenzinssätze dauerhafter Vermögensbestände und daher auch zu einem Sinken der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals im allgemeinen führt. Dieser Tatbestand ist schwerlich zu bezweifeln, dokumentiert doch die kapitalistische Realität in jeder zyklischen und noch mehr in einer strukturellen Krise eine Überreichlichkeit oder Überakkumulation von Kapital, die bereits von Marx als schlagender Ausdruck des Widerspruchs zwischen der Produktivkraftentwicklung und ihren kapitalistischen Produktionsverhältnissen gebrandmarkt worden war. Andererseits hatte Marx wie kein zweiter auf die Bedeutung des gesamtgesellschaftlichen fixen Kapitals als Vergegenständlichung des gesellschaftlichen Wissens und des überlieferten Geschicks der unmittelbaren Produzenten hingewiesen: Was mit der Akkumulation des fixen Kapitals »*wirklich ›aufgehäuft‹ wird, aber nicht als tote Masse, sondern als Lebendiges, ist das Geschick des Arbeiters, der Entwicklungsgrad der Arbeit. Allerdings … ist die jedesmalige Stufe der Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit, von der ausgegangen wird, nicht nur als Anlage, Fähigkeit des Arbeiters vorhanden, sondern zugleich in den gegenständlichen Organen, die diese Arbeit sich geschaffen hat und täglich erneuert. Es ist dies das wahre Prius, das den Ausgangspunkt bildet, und dies Prius ist das Resultat eines Entwicklungsgangs.*« (MEW 26.3: 289) Diese im historischen Prozess geschaffene Reichlichkeit des fixen Kapitals führt

---

[1] Es kann im Rahmen des vorliegenden Textes nur darum gehen, wesentliche Eckpunkte für eine moderne Sozialismus-Konzeption anzudeuten. Wir beschränken uns dabei auf einige, durch die vorgängige Keynes-Interpretation aufgeworfene Fragen. Zur ausführlicheren Darstellung vgl. den später erscheinenden Band 3 der »Kritik der Politischen Ökonomie und Kapitalismusanalyse« über »Wirtschaftspolitik und Sozialismus«; eine Gliederung der dort zu behandelnden Inhalte findet sich in Krüger 2012: 606ff. und in diesem Band S. 409ff.

[2] Vgl. Keynes 1919; später dann Keynes 1925, 1930b und 1943a. Vgl. auch Kapitel 13 der vorliegenden Abhandlung.

den Kapitalismus an die Schwelle zu einer möglichen Gesellschaft des Überflusses. Diese impliziert eine qualitativ und quantitativ veränderte Ökonomie der vergegenständlichten Arbeit; letztere wird zu einem »Piedestal« (Marx) für die Freisetzung der in ihr inkorporierten Wissenschaft, der Anlagen und Fähigkeiten der lebendigen Arbeit, der »*extension of knowledge*« (ebd. 434). Marx ging sogar so weit, zu antizipieren, dass die »*Akkumulation … daher keine neue Arbeit unmittelbar in Bewegung zu setzen, sondern … nur der alten andre Richtung zu geben (braucht)*« (ebd.) Die Perspektive einer solchen veränderten Ökonomie der vergegenständlichten Arbeit ist demgemäß eine Reproduktion mit einer beständig sinkenden Akkumulationsrate, in der die Reinvestition der Abschreibungsgegenwerte und die periodische Umwälzung der Arbeitsmittel bereits eine solche Produktivitätsentwicklung generieren, welche die Steigerung der gesellschaftlichen Wohlfahrt mit abnehmenden (lebendigen) Arbeitsvolumina ermöglicht.[3] Auf jeden Fall war für Marx die Reichlichkeit des fixen Kapitalstocks immer eine wesentliche Voraussetzung für die Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise und den Übergang in eine sozialistische Wirtschaft als höhere Form der gesellschaftlichen Produktion.

Allerdings ist die Reichlichkeit oder Knappheit des (fixen) Kapitals immer etwas Relationales. Wir haben uns bemüht zu zeigen, dass auch Keynes die abnehmende Knappheit des Kapitals in erster Linie im Verhältnis zur zahlungsfähigen Nachfrage, genauer: der Verbrauchsnachfrage als letztendlichem Ziel der Produktion, wenngleich nicht Zweck und Motiv derselben in der kapitalistischen Produktionsweise, gefasst hat und dadurch der Entwicklung der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals eine objektive Basis verschafft. Die Frage der Reichlichkeit des Kapitalbestandes führt in zweiter Instanz zu der weiteren Frage nach der Reichlichkeit oder Knappheit von (materiellen und immateriellen) Produkten im Verhältnis nicht nur zum zahlungsfähigen, sondern zum Bedürfnis der Menschen schlechthin in einer Gesellschaft. Auch diese Beziehung ist unter dem Aspekt der Sättigung ein weit diskutiertes Feld innerhalb der politischen Ökonomie. Als sich auf Keynes berufender Ökonom hat insbesondere Karl Georg Zinn dem Sättigungstheorem einen dominanten Platz in seiner Keynes-Rezeption eingeräumt, denn es wird in Gestalt seiner »Gossen-Keynes-Regel« zur mikroökonomischen Fundierung von Keynes' psychologischem Gesetz der sinkenden marginalen Konsumquote bei steigendem Einkommen.[4] In gesamtwirtschaftlicher Dimension wird diese Sättigungshypothese dann zur Krisenbegründung in der langen Frist, weil sie die Entwicklung der Verbrauchsnachfrage bestimmt. Gegenüber Vorhaltungen, die die Sättigungshypothese im Hier und Jetzt bestreiten, hat Zinn präzisiert und zwischen »spezieller Marktsättigung« und »relativer Sättigung« unterschieden: erstere meint die auf einzelne Pro-

---

[3] Wir kommen auf diese Perspektive am Schluss des vorliegenden Kapitels nochmals zurück.

[4] Diese Gossen-Keynes-Regel lautet: »*Oberhalb der Sparschwelle nimmt mit steigendem Einkommen die für Konsumzwecke aufgewandte Arbeitsmenge relativ ab bzw. der Arbeitsaufwand für die Geldvermögensbildung nimmt relativ zu.*« (Zinn 1986: 81)

dukte bezogene und mit dem Produkt-Lebenszyklus-Modell illustrierte Sättigung auf Basis der Erwartung eines neuen und besseren Substitutionsproduktes, die relative Sättigung ist dagegen ein gesamtwirtschaftliches Phänomen und bezeichnet eine verteilungsbedingte Nachfrageschwäche, die in unterschiedlich hohen Sparquoten verschiedener Einkommensgruppen und Haushaltsklassen zum Ausdruck kommt.[5] Jedoch lauert langfristig hinter der relativen Sättigung doch die absolute: »*Aus der Distanz betrachtet bedeutet Sättigung doch ganz schlicht, daß die Menschheit Erfolg gehabt hat, ihr ökonomisches Problem zu lösen. Keynes prognostizierte diesen Erfolg bereits vor mehr als einem halben Jahrhundert.*« (Zinn 1986: 222)

Wenn man der allgemeinen Entwicklungsperspektive – Lösung des »ökonomischen Problems« – zustimmt, bleibt als zentrale Aufgabe bestehen, eine Zeitdiagnose vorzunehmen, in welcher Entfernung wir uns heute zu diesem Zustand befinden. Es kommt hinzu, dass ökologische Bedenken und soziale Defizite als Bewertungsmaßstäbe hinzutreten, sodass eine allgemeingültige Antwort schwerfällt. Was für das Hier und Jetzt der entwickelten kapitalistischen Industrie- und Dienstleistungsgesellschaften des Westens festgehalten werden kann, ist der Befund, dass man sich in jeweils gesamtwirtschaftlicher Dimension der Schwelle zum Überfluss an (fixem) Kapital sehr weitgehend genähert hat; demgegenüber hat der Finanzmarktkapitalismus der letzten Jahrzehnte all diese Gesellschaften wegen seiner systemimmanenten Steigerung der Verteilungsungleichheiten bei Einkommen und Vermögen wieder sehr viel weiter von einem Überfluss des gesamtgesellschaftlichen Produkt- und Dienstleistungsangebotes entfernt. Jenseits dieser Zeitdiagnose bleibt aber festzuhalten, dass die demokratische Antwort auf die Frage nach der Sättigung der Bedürfnisse unter den gegenwärtigen Bedingungen ohne die monetäre Budgetrestriktion nicht gegeben werden kann. Eine marktvermittelte Ressourcenallokation ist solange unverzichtbar, solange einerseits die von der Bevölkerung gewünschten Produkte nicht »frei«, d.h. ohne monetäres Äquivalent zur Verfügung gestellt werden können und andererseits eine zentrale Rationierung, gleichgültig durch welche tatsächlichen oder vermeintlichen Sachzwänge begründet,[6] abgelehnt wird. Allerdings sind zwei wesentliche Anforderungen an diese marktvermittelte Ressourcenallokation zu stellen.

Die erste betrifft die Forderung nach Internalisierung der gesamten bei der Herstellung des Produkts bzw. der Erbringung des Dienstes angefallenen Kosten, die verursachungsgerecht den Warenpreisen im Marktsektor der Volkswirtschaft zuzurechnen sind. Sie schließt desweiteren ein, dass die Einzelwirtschaften jenseits der Besteuerung ihrer ökonomischen Prozesse ein hohes Maß an Entscheidungsauto-

---

[5] Relativierend wird hinzugefügt: »*Die Tatsache, daß Sättigung in unserem Verständnis immer nur ein Phänomen bei jeweils Wohlhabenden ist und daß bei der Mehrzahl der Haushalte noch unerfüllte Wünsche existieren, ist … ebenso evident, wie die Feststellung, daß angesichts der weltweiten Armut von einer Sättigung in diesem Maßstab wohl nicht gesprochen werden kann.*« (Zinn u.a. 1988: 490)

[6] Beispielsweise durch ökologische Imperative.

nomie hinsichtlich der Verwendung der ihnen intern verbleibenden Überschüsse besitzen müssen, denn nur so können sie sich flexibel an die Dynamik des Marktes anpassen und einzelwirtschaftlich optimale Produktionsentscheidungen treffen. Endlich besitzt in diesem Zusammenhang auch der Wettbewerb zwischen den einzelnen Unternehmen seinen Stellenwert: die Konkurrenz zwischen den Anbietern auf den Märkten bleibt nicht nur der Stachel zur Erzielung kostendeckender Preise, sondern ebenso für die Erzielung von Überschüssen.[7] Diese originär marktwirtschaftlichen Forderungen relativieren im Marktsektor zudem den Stellenwert politisch motivierter Preismodifikationen, jedenfalls in dem Ausmaß, welches in den realsozialistischen Wirtschaften unter dem Fortbestehen ökonomischer Knappheitsbedingungen praktiziert wurde und nachgerade – bei Wohnungsmieten, Preisen für Grundnahrungsmittel und bestimmten Konsumgütern – als sozialistische Errungenschaft galt. Erst die tatsächliche Produktionskosten abbildenden Preise bieten ihrerseits dann auch die Basis für die Wirksamkeit von strukturpolitisch geleiteten Interventionen beispielsweise durch Subventionen, Verbrauchssteuern u.ä.[8]

Eine funktionierende marktwirtschaftliche Ressourcenallokation ist zweitens alles andere als voraussetzungslos. Sie bedarf eines entwickelten funktionierenden Reproduktionszusammenhangs in gesamtwirtschaftlicher Dimension. Wo dieser nicht oder nur teilweise besteht, ist seine Existenz allererst durch konzentrierte Anstrengungen herzustellen. Die Entwicklung in den Westzonen der späteren Bundesrepublik Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg bietet hier exemplarisches Anschauungsmaterial: Wir haben gezeigt,[9] dass die mit dem Namen des damaligen Wirtschaftsministers Ludwig Erhard verbundenen Deregulierungsmaßnahmen den ursprünglich durch administrative Lenkungen von Investitionen in wirtschaftlichen und infrastrukturellen Defizitbereichen hergestellten Reproduktionszusammenhang eines territorial neu abgegrenzten wirtschaftlichen Raumes als wesentliche und unverzichtbare Grundlage und Voraussetzung unterstellten, um nachfolgend schrittweise eine mit marktwirtschaftlich-indirekten Maßnahmen operierende Steuerung der Kapitalakkumulation wirksam werden zu lassen. Die zentrale Planung von

---

[7] Es ist auf dieser Grundlage einerseits durch die Verallgemeinerung von wirtschaftsdemokratischen Unternehmensverfassungen (sowohl nach der Seite der Eigentumsverhältnisse als auch nach der Seite der Führung des Geschäftes hin) sowie andererseits durch makroökonomische Regulierungen dafür Sorge zu tragen, dass der Antrieb zur Überschusserzielung die kapitalismustypischen Konsequenzen – Maximierung des Überschusses als Profit, womöglich noch in kurzfristiger Dimension, im Gegensatz und auf Kosten der Arbeitslöhne und ohne Rücksicht auf eventuelle externe Effekte etc. – vermeidet bzw. ausschließt. Wir kommen hierauf im weiteren Verlauf der Argumentation ausführlicher zurück.

[8] Damit zusammenhängend gewinnt die Beeinflussung der Einkommensverteilung an Stellenwert, um einen politisch gewollten und im allgemeinen Willen zum Ausdruck kommenden Zugang der Haushalte zu den Produkten des Marktsektors zu gewährleisten. Nur so sind die Vorteile des Marktmechanismus mit den gewünschten Verteilungsverhältnissen zu kombinieren. Wir kommen auch darauf noch zurück.

[9] Vgl. Kapitel 15, Unterabschnitt a) der vorliegenden Abhandlung.

Investitionen ist demgemäß nicht die Antwort auf eine krisenhafte Kapitalakkumulation in einer historisch nachfolgenden sozialistischen Gesellschaft, sondern umgekehrt die Voraussetzung für eine funktionierende marktwirtschaftliche Steuerung auch und gerade innerhalb sozialistischer Produktionsverhältnisse. Tatsächlich hat in der Geschichte nur in gesellschaftlichen Ausnahmesituationen eine zentrale staatliche Planung die gewünschten Ergebnisse hervorgebracht, so bei einer innerhalb kritischer Zeitphasen vorzunehmenden Umstellung einer Ökonomie auf Kriegswirtschaft oder im Rahmen der Industrialisierung unterentwickelter Volkswirtschaften wie in der damaligen Sowjetunion der 1920er und 1930er Jahre, die sich rückblickend – bei allen Verlusten an Menschen und überkommenen ökonomischen Strukturen – als eine wesentliche ökonomische Bedingung für den späteren Triumph der Roten Armee gegenüber dem Überfall des faschistischen Deutschland gezeigt hat.[10] So wie die sozialistische Planwirtschaft in der Sowjetunion und den osteuropäischen Volksrepubliken nach dem Zweiten Weltkrieg die dringendsten Bedarfe für die Ingangsetzung eines funktionierenden Reproduktionszusammenhangs geschaffen hatte, erwies sich die zentrale Ressourcenlenkung aber immer weniger als funktional für weitere Produktivitätssteigerungen und anhaltendes Wirtschaftswachstum. Die realsozialistischen Volkswirtschaften des damaligen Rats für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) waren in den letzten Jahrzehnten ihres Bestehens Hybridökonomien, die den gesellschaftlichen Wert- und Stoffersatz nur aufrechterhalten konnten, indem informelle Marktbeziehungen zwischen den verstaatlichten Betrieben die Defizite der zentralen Planung bis zu einem gewissen Grad ausglichen.[11] Die Informalität dieser Marktbeziehungen war natürlich gleichzeitig durch Verletzungen der »sozialistischen Gesetzlichkeit« bis hin zu persönlicher Bereicherung, Vetternwirtschaft und Korruption gekennzeichnet. Auch die Auflage für sozialistische Betriebe der Produktionsmittelproduktion, neben ihrem Hauptprodukt Konsumgüter herzustellen, war nichts anderes als das offizielle Anerkenntnis, das

---

[10] Ob die notwendige ursprüngliche sozialistische Akkumulation in der Sowjetunion der 1920er und 1930er Jahre auch mit der Weiterführung der »Neuen Ökonomischen Politik«, d.h. einer mit indirekt-monetären Hebeln vollzogenen und quantitativ geringeren Umverteilung des landwirtschaftlichen Surplus zugunsten des Aufbaus der (Schwer-)Industrie die schließlich erzielten Resultate erreicht hätte, ist im vorliegenden Zusammenhang nicht weiter zu untersuchen; vgl. dazu Bucharin 1970, Preobrazenskij 1971 sowie Ehrlich 1971.

[11] Vgl. Aganbegjan 1989, 53: »*Parallel zur offiziellen Wirtschaft und zur zentralen Ressourcenverteilung entwickelte sich eine riesige Schattenwirtschaft… Das Ausmaß kann man an folgendem Beispiel abschätzen: In einem bestimmten Gebiet haben Kolchosen und Sowchosen innerhalb eines Jahres Objekte im Wert von 400 Millionen Rubel erstellt, obwohl die zugeteilten Ressourcen (Metall, Zement, Baukonstruktionen, Ziegel, Holzteile) nur für Objekte im Wert von 100 Millionen Rubel ausgereicht hätten. Dabei sind alle diese Ressourcen streng kontingentiert und dürfen nach den gesetzlichen Bestimmungen der UdSSR nur zentral verteilt werden. Das bedeutet also, daß in diesem Fall die Kolchosen und Sowchosen mehr als fünf Sechstel der Ressourcen illegal, auf dem direkten Tauschwege von Industrie-, Bau-, Transport- und anderen Firmen erhalten haben, und das unter Mitwirkung der örtlichen Partei- und Sowjetorgane.*«

die zentrale Ressourcenzuweisung und die administrativ festgesetzten offiziellen Preise immer weniger auf einer verursachungsgerechten Kostenzuordnung aufgebaut waren und demzufolge den gesellschaftlichen Bedarf nicht befriedigen konnten. Dass unter solchen Bedingungen die Beschaffenheit des Gebrauchswerts in immer weniger Fällen das Bedürfnis der Konsumenten befriedigen konnte, lag in der Natur der Sache.

Es ist daher kein Zufall, dass in tendenziell allen realsozialistischen Ländern, die einen gewissen Entwicklungsstand der gesellschaftlichen Produktivkräfte der Arbeit erreicht hatten, die Diskussionen um Dezentralisierung der wirtschaftlichen Entscheidungen auf Kombinats- und Betriebsebene, die Stärkung von Ware-Geld-Beziehungen und die Forderung nach dezentraler Mittelverwendung auch für die betrieblichen Investitionen zunahmen. In der Realität konnten diese Initiativen jedoch nicht oder nur sehr unvollständig umgesetzt werden; auch theoretisch blieb die Steuerung durch Marktmechanismen der zentralen Planung untergeordnet.[12]

Die Schlussfolgerung aus diesen Zusammenhängen für eine zeitgenössische Sozialismus-Konzeption ist eine doppelte: Zum ersten wird eine sozialistische Ökonomie für entwickelte Volkswirtschaften eine Marktwirtschaft sein, die dem Wirken der Ware-Geld-Beziehungen, der Preisbildung durch Angebot und Nachfrage auf den Warenmärkten und dezentralen Entscheidungen auf Unternehmensebene nicht nur die Funktion eines Lückenbüßers gegenüber der Priorität gesellschaftlicher Planung und Lenkung von Ressourcen zumisst, sondern für weite Bereiche der Volkswirtschaft das regulierende Prinzip des Marktes offiziell anerkennt. Zum anderen erschließt sich der methodische Zugang zu einer gesellschaftlichen Steuerung der Marktprozesse eher über den Aufweis der Defizite der Steuerungsinstitutionen und -instrumente innerhalb der kapitalistischen bzw. »sozialen« Marktwirtschaft als über die theoretischen und praktischen Versuche einer Dezentralisierung der ehemaligen realsozialistischen Planökonomien; es mag sein, dass das Weiterdenken der letzteren zu ähnlichen Ergebnissen geführt hätte – allein, der Untergang derselben lenkt den Fokus auf die systematische Weiterentwicklung der »Mixed Economy«, wie sie gerade von Keynes, wenn auch auf einem hohen Abstraktionsniveau, aus seiner Analyse extrapoliert worden war.

Die sozialistische Perspektive als Marktsozialismus kann sich dabei gerade auf Marx berufen, wenngleich viele seiner Äußerungen über die Aufhebung des Kapitalverhältnisses und der Etablierung einer sozialistischen Wirtschaftsweise von bewusster Planung der Verausgabung gesellschaftlicher Arbeit und zuweilen auch von der Abschaffung des Warencharakters des Produkts handeln.[13] Stets ging es ihm bei diesen Aussagen jedoch nicht um den Entwurf eines Modells einer sozialistischen Wirtschaft, sondern um die Andeutung von Alternativen, die sich aus der

---

[12] Vgl. dazu Liberman 1973, Brus 1971 und 1972, Autorenkollektiv 1972, Csikós-Nagy 1988 sowie als Kommentierung von westlicher Seite Hennicke 1973, Damus 1973, Kosta/Meyer/Weber 1973.

[13] Vgl. die Textzusammenstellung in: Marx/Engels/Lenin 1971

Negation der von ihm analysierten kapitalistischen Reproduktion und ihrer aufgewiesenen Widersprüche und Krisen ergeben. Liest man seine Andeutungen über nachkapitalistische Produktionsweisen in diesem Sinne, verschwindet die prima facie sich aufdrängende Analogie zu den Planungsvorstellungen der Repräsentanten der kommunistischen Parteien und noch mehr zu den in die Wirklichkeit der realsozialistischen Wirtschaften umgesetzten Strukturen. Jene gingen nämlich von der zentralen These aus, dass mit der Überwindung der Warenform des Produkts sich allererst die Voraussetzungen ergäben, dass die Anerkennung der verausgabten Arbeit als gesellschaftlich notwendige Arbeit sich nicht mehr im Nachhinein über die Preisbildung am Markt ergeben müsste, sondern bereits vorab in Gestalt eines gesamtwirtschaftlichen Plans gesetzt und damit das anzustrebende sozialistische Ideal bereits eo ipso realisiert sei.[14] Die wesentliche Vorbedingung für die Möglichkeit einer durch den gesellschaftlichen Plan bewerkstelligten Vermittlung des gesellschaftlichen Charakters der Arbeit besteht jedoch darin, vorab das disponible Arbeitsvolumen zu erfassen und für eine zukünftige Periode quantitativ und qualitativ gemäß den gesellschaftlichen Bedürfnissen auf Produktionszweige und Produkte zu verteilen. Die Unmöglichkeit eines solchen Plans beruht aber nicht auf einem simplen Informationsproblem der zentralen Planungsbehörde, welches durch verbesserte Informationstechnologien und mathematische Programmierungen tendenziell behebbar wäre,[15] sondern auf einer prinzipiellen Unmöglichkeit, welche die durch den zentralen Plan bewerkstelligte Vermittlung der Gesellschaftlichkeit der Arbeit als untauglich qualifiziert.

Bei näherer Betrachtung erweisen sich diese Unterstellungen als inkompatibel mit dem Marxschen Wertbegriff, der – und hier ist wiederum die Analogie zu Keynes – eine prinzipielle Absage an jegliche gleichgewichtstheoretische Vorstel-

---

[14] Vgl. in diesem Zusammenhang die Entwicklung von Charles Bettelheim, der als strikter Anhänger einer sozialistischen Planung auf Basis der Simulation des Wert- und Stoffersatzes im gesamtwirtschaftlichen Reproduktionsprozess (der so genannten »Reproduktionsschemata«) begann (Bettelheim 1971) und dann seine Position zugunsten der Akzeptanz von Ware-Geld-Beziehungen veränderte (Bettelheim 1972) – wobei hier offenbleiben kann, wie weit diese Positionsänderung tatsächlich ging.

[15] Genau dies ist der Wahn einer Sozialismus-Vorstellung, die vermeintlich treu zu Aussagen von Marx konsequent mit den Formen von Ware, Geld und Markt bricht und in der digitalen Revolution das Allheilmittel zu einer alternativen Ressourcenallokation sieht: »*Die Zirkulation des Arbeitsprodukts ohne seine Warenform ist unter Benutzung von GPS, RFID, NFC, von Touchpoint-Technologie und Chipkarten auf Basis von drahtlosen Ethernet-Strukturen weltweit und just in time realisierbar. Diese digitalen Systeme bilden, insbesondere GPS-basiert und über drahtlose Technik mit Chipkarten, ein Gesamtsystem zur geldlosen Erfassung von Produktströmen, ihrer bedürfnisgesteuerten Verteilung, ihrer buchhalterischen Abrechnung und ihrer Zuführung zur individuellen oder gesellschaftlichen Konsumtion.*« (Harbach 2011: 160) Wohlgemerkt steht diese Allokation unter dem Regime der Knappheit, d.h. bietet keine Beschreibung einer gesellschaftlichen Buchhaltung unter kommunistischen Verteilungsverhältnissen, in denen an die Stelle der Verteilung nach Leistung die Verteilung nach Bedürfnissen ohne (Budget-)Restriktion treten soll.

lungen beinhaltet. Die für den Kapitalismus typische Dynamik der Veränderungen der Produktivkräfte und Konsumtionsweisen ist mit einem gleichgewichtstheoretischen Modell der Preisbildung nicht zu erfassen, welches der Natur der Sache nach stets statisch ist. Dies ist Resultat des Umstandes, dass zwischen dem Angebot an bestimmten Waren und dem Umfang des (zahlungsfähigen) Bedürfnisses »*kein notwendiger, sondern nur zufälliger Zusammenhang (besteht)*« (MEW 25: 196). Solange also die Bedürfnisse, um befriedigt zu werden, zahlungsfähig werden müssen, so lange also die kommunistische Distributionsform »jedem nach seinen Bedürfnissen« nur in einzelnen wenigen Bereichen zur Entfaltung kommen kann, so lange erweist sich eine preisgesteuerte marktförmige Vermittlung zwischen der Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit und den gesellschaftlichen Bedürfnissen als unabdingbar.[16] Die Preisbewegung ist eine regulierte und, innerhalb gewisser Grenzen, regulierende Bewegung; eine derartige Wechselwirkung ungleicher Kräfte ist weder theoretisch mit dem Instrumentarium der Gleichgewichtstheorie noch praktisch mit den Instrumenten zentraler Planung im Sinne von ex-ante-Regulation adäquat zu erfassen. Die von Marx für eine sozialistische Wirtschaft eingeforderte »*wirklich(e) vorherbestimmende Kontrolle der Gesellschaft (für) den Zusammenhang zwischen dem Umfang der gesellschaftlichen Arbeitszeit, verwandt auf die Produktion bestimmter Artikel, und dem Umfang des durch diese Artikel zu befriedigenden gesellschaftlichen Bedürfnisses*« (MEW 25: 197), durch die Aufstellung eines zentralen Planes herzustellen, musste also ab einem gewissen Entwicklungsgrad der Volkswirtschaften und Gesellschaften mit Notwendigkeit suboptimale Ergebnisse zeitigen. Die Schlussfolgerung ist damit, dass diese »wirkliche vorherbestimmende Kontrolle der Gesellschaft« durch andere Weise, nämlich durch eine wirksame indirekte, d.h. auf Grundlage der Marktverhältnisse aufwachsende Steuerung der ökonomischen Variablen – Basis hierfür sind allerdings Regulationen und Einhegungen der Rahmenbedingungen für die Marktallokation – erreicht werden

[16] Dies kann anhand der Marxschen Bestimmung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit exemplifiziert werden. Zunächst ist gesellschaftlich notwendig nur diejenige Arbeitszeit, die erforderlich ist, »*um irgendeinen Gebrauchswert mit den vorhandnen gesellschaftlich-normalen Produktionsbedingungen und dem gesellschaftlichen Durchschnittsgrad von Geschick und Intensität der Arbeit darzustellen*« (MEW 23: 53); beides ist vorab nie exakt zu quantifizieren. Noch weniger ist es möglich, die zweite Bestimmung der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit, gegeben durch das Maß des zahlungsfähigen Bedürfnisses nach Gebrauchswerten bestimmter Art, ex ante zu quantifizieren. Wenn es auch richtig ist, dass Umfang und Struktur der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage sich erst auf der Grundlage der durch den gesellschaftlichen Produktionsprozess bestimmten Proportionen des Wert- und Stoffersatzes ergeben, bleibt ein höchst variabler, zudem durch die Preiselastizitäten des Angebots und der Nachfrage näher bestimmter Zusammenhang zwischen Angebot und Nachfrage gegeben. Schließlich ist noch zu berücksichtigen, dass die prozessuale Beziehung zwischen Angebot und Nachfrage im Zuge der Reproduktion Variabilität und Elastizität im Betrag der jährlichen Reproduktion als Gesetz einschließt; noch mehr gilt dies von der Reproduktion auf erweiterter Stufenleiter; vgl. dazu auch Krüger 2010: 242ff. und unsere Ausführungen in Kapitel 3 der vorliegenden Abhandlung.

muss. Marktwirtschaft und Sozialismus sind dann nicht nur kein Gegensatz, vielmehr einander wechselseitig bedingende Faktoren, vorausgesetzt, die Steuerung der Marktverhältnisse ist effizient und genügt den Ansprüchen dieser vorherbestimmenden Kontrolle der Gesellschaft über die Verausgabung der ihr zur Verfügung stehenden gesellschaftlichen Arbeit.

Stellenwert der Eigentumsverhältnisse an den Produktionsmitteln und an Grund und Boden

Entscheidend für den systemspezifischen Charakter einer Wirtschaft sind die Produktionsverhältnisse, die ihren Ursprung innerhalb des Produktionsprozesses besitzen und das Verhalten der Produzenten zu den Verwirklichungsbedingungen ihrer Arbeit, den Produktionsmitteln, als Eigentumsverhältnisse ausdrücken. Wenn Marx darauf hinweist, dass Warenproduktion und Warenzirkulation den verschiedensten Produktionsweisen gemeinsam sind,[17] d.h. bereits in die antike Form der naturwüchsigen Gemeinwesen hineinspielen, so gilt dies prinzipiell auch für nachkapitalistische Gesellschaftsformen, d.h. den Sozialismus. Entscheidend ist also der Charakter und die Beschaffenheit der den Formen von Ware, Geld, Angebot, Nachfrage und Preisen etc. unterliegenden Produktionsverhältnisse und hier desjenigen Produktionsverhältnisses, welches allen anderen ihren nachgeordneten Charakter verleiht.[18]

Die Negation des kapitalistischen Charakters des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses betrifft zunächst den unmittelbaren Produktionsprozess selbst und bedeutet in erster Linie die Negation der Kapitaleigenschaft von Produktionsmitteln. Letztere besteht in der Verkehrung, dass die Produktionsmittel nicht Verwirklichungsbedingungen der lebendigen Arbeit sind, sondern als bloße Einsauger von unbezahlter Mehrarbeit wirken und diese unbezahlte Mehrarbeit in einem jeweiligen Umfang zur Bedingung für den Arbeiter wird, überhaupt arbeiten zu können, d.h. notwendige Arbeitszeit zur Reproduktion der Existenz seiner Familie verausgaben zu können. Mit der Überwindung des Kapitalcharakters der Produktionsmittel ist somit zugleich der Warencharakter der Arbeitskraft zur Disposition gestellt. Tatsächlich zeichnete sich bereits die »Mixed Economy« des Fordismus neben der Relativierung des Einflusses des Eigentümers gegenüber dem tätigen Manager durch eine gewisse Dekommodifzierung der Arbeitskraft aus, die allerdings ebenso wie

---

[17] Vgl. MEW 23, 128: »*Warenproduktion und Warenzirkulation sind aber Phänomene, die den verschiedensten Produktionsweisen angehören, wenn auch in verschiednem Umfang und Tragweite. Man weiß also noch nichts von der differentia specifica dieser Produktionsweisen und kann sie daher auch nicht beurteilen, wenn man nur die gemeinschaftlichen, abstrakten Kategorien der Warenzirkulation kennt.*«

[18] Es ist an dieser Stelle daran zu erinnern, dass in der Regel eine historische Produktionsweise und selbst ihre verschiedenen distinkten Entwicklungsetappen jeweils unterschiedliche Produktionsverhältnisse enthalten, jeweils ist es jedoch »*eine bestimmte Produktion, die allen übrigen, und deren Verhältnisse daher auch allen übrigen, Rang und Einfluß anweist*« (Marx, Grundrisse: 27).

jene innerhalb der kapitalistischen Systemgrenzen verblieb und deren Ausdrucksformen ebenso wie die fordistische Organisation der Arbeit und des Produktionsprozesses den neuen Produktivkräften und Anforderungen flexibilisierter Massenproduktion nicht mehr entsprechen.

Ein sozialistischer Ansatz einer erneuten, dieses Mal offensiven Dekommodifizierung der Arbeitskraft wird nicht den Arbeitsmarkt als Allokationsinstrument für frei verfügbare Arbeitskräfte abschaffen, wohl aber die sich auf ihm zeigenden kapitalistischen Ausdrucksformen einer industriellen Reservearmee und einer subaltern-repressiven Funktion der Arbeitsmarktpolitik für Arbeitsplatzsuchende überwinden. Gleichermaßen wird die Fürsorgepflicht der Unternehmen für nicht mehr benötigte Arbeitskräfte in einer neuen Weise zu organisieren sein, die das Verhältnis zwischen deren alternativer Beschäftigung in anderen Bereichen der Firma und Neuverteilung der Arbeit auf die Mitarbeiter gegenüber finanzieller Abfindung und Entlassung neu ausbalanciert.[19] Dabei geht es nicht um die Konservierung überkommener Strukturen, die der Produktivitätsentwicklung entgegenstehen und diese hemmen.

Das veränderte Verhalten der Gesellschaft und der einzelnen Unternehmen gegenüber der so genannten friktionellen Arbeitslosigkeit als Begleiterscheinung des ökonomischen Strukturwandels – qualitativ gegenüber der heutigen Realität des Finanzmarktkapitalismus und seiner den Shareholder wieder in den Mittelpunkt der wirtschaftlichen Aktion stellenden Corporate Governance, quantitativ und daher ab einem gewissen Maß selbst in neue Qualität umschlagend gegenüber der Hochzeit der fordistischen Prosperität – beruht auf einem veränderten Verhalten der Akteure zu den Produktionsmitteln – auch im privaten Sektor der Wirtschaft. Marx' allgemeine Formulierung bezüglich der »geschichtlichen Tendenz der kapitalistischen Akkumulation«[20] betrachtet das kapitalistische Privateigentum als »*Negation des individuellen, auf eigne Arbeit gegründeten Privateigentums.*[21] *Aber die kapitalistische Produktion erzeugt mit der Notwendigkeit eines Naturprozesses ihre eigne Negation. Es ist Negation der Negation. Diese stellt nicht das Privateigentum wieder her, wohl aber* das individuelle Eigentum auf Grundlage der Errungenschaft

---

[19] Auch in dieser Hinsicht gab es in Form der ursprünglichen Beschäftigungsgesellschaften praktische Ansätze in den durch die Gewerkschaften beeinflussten Verhältnissen kapitalistischer Unternehmen. Heute, unter den Bedingungen des Finanzmarktkapitalismus, sind die Beschäftigungsgesellschaften als Transfergesellschaften aber zu einer bloßen Unterstützung der aus einem Unternehmen freigesetzten Arbeitskräfte für die Jobsuche am ersten Arbeitsmarkt degeneriert – was deren Sinnhaftigkeit allerdings nicht prinzipiell in Frage stellt.

[20] So der Titel des letzten Unterabschnitts des 24. Kapitels des Ersten Bandes des »Kapital« über die sogenannte ursprüngliche Akkumulation (vgl. MEW 23: 789ff.).

[21] Auch wenn dieses individuelle, auf eigene Arbeit gegründete Privateigentum keine eigene, der kapitalistischen Produktionsweise historisch vorhergehende Epoche ausgemacht hat, sondern nur in Poren vorbürgerlicher Produktionsweisen existiert hat und innerhalb des Kapitalismus nur eine, allerdings beständig reproduzierte Nischenexistenz aufweist.

der kapitalistischen Ära: der Kooperation und des Gemeinbesitzes der Erde und der durch die Arbeit selbst produzierten Produktionsmittel.« (MEW 23: 791, Herv. S.K.)[22] Individuelles Eigentum auf der Grundlage des Gemeinbesitzes am Grund und Boden sowie der Produktionsmittel orientiert vorderhand auf genossenschaftliche Produktions- (und Konsumtions-)Formen im weitesten Sinne, die verschiedener Ausprägung fähig sind.

Bezogen auf den Grund und Boden würde dies unternehmensbezogenes Eigentum der assoziierten Produzenten in Agrikultur, Industrie und Dienstleistungen einerseits, privates individuelles Eigentum jenseits des Produktionsbereiches, also in der individuellen Konsumtion andererseits bedeuten. Solange mit dem Kreditwesen ein monetärer Steuerungs- und Transmissionsprozess monetärer Impulse unabdingbar ist, wird individualisiertes Eigentum am Grund und Boden sowie an Immobilien in der Hand von Körperschaften, Unternehmen und Privatpersonen als hypothekarische Sicherheit benötigt werden; dies heißt jedoch gleichzeitig, dass die Bestimmtheit des Grund und Bodens als fiktives Kapital mit je nach Grundrente und Zinssatz schwankenden Preisen den gleichen Restriktionen gegenüber spekulativen Prozessen unterliegen muss wie die Effekten und sonstigen Eigentumstitel an den Wertpapier- und Warenbörsen.[23]

Im Hinblick auf die durch Arbeit geschaffenen Produktionsmittel, also namentlich der eigentlichen Arbeitsmittel, ist neben der Eigentumsproblematik noch ein weiterer Sachverhalt zu berücksichtigen, den Marx folgendermaßen beschrieben hat: »*Das* fremde Eigenthum *des Capitalisten an dieser Arbeit nur aufzuheben, indem sich sein Eigenthum als das des Nicht-Einzelnen in seiner Selbstständigen Einzelheit, also des* associirten, gesellschaftlichen Individuums *umgestaltet. Damit hört natürlich der Fetischismus auf, daß das Product Eigenthümer des Producenten ist und alle die innerhalb der capitalistischen Production entwickelten gesellschaftlichen Formen der Arbeit werden von dem Gegensatz erlöst, der sie alle verfälscht und gegensätzlich darstellt…*« (MEGA II, 3.6: 2145, Herv. im Original) Hiermit wird sehr deutlich, dass das Eigentum an den durch Arbeit erzeugten Produktionsmitteln als Eigentum der assoziierten, gesellschaftlichen Individuen nun keineswegs per se (sozialistisches) Staatseigentum darstellt. Die Forderung nach einer möglichst umfassenden Überführung der Produktionsmittel in Staatseigentum verrät vielmehr als verborgenen Hintergrund die Auffassung, dass Produk-

[22] Wenn Marx fortfährt, dass »*die Verwandlung des auf eigner Arbeit der Individuen beruhenden, zersplitterten Privateigentums in kapitalistisches … natürlich ein Prozeß (ist), ungleich mehr langwierig, hart und schwierig als die Verwandlung des tatsächlich bereits auf gesellschaftlichem Produktionsbetrieb beruhenden kapitalistischen Eigentums in gesellschaftliches*« (ebd.), so ist es eine Frage der Datierung des ersten Prozesses, ob diese Voraussage in zeitlicher Dimension zu optimistisch war.

[23] Auf die »Kupierung« des zinstragenden Kapitals und seiner verschiedenen Daseinsformen bei gleichzeitiger Funktionalisierung von Kredit und Zins zur Steuerung der Ökonomie – sowohl mikro- wie makroökonomisch – kommen wir im nachstehenden Unterabschnitt des vorliegenden Kapitels zurück.

tionsmittel nicht als Waren gehandelt und Investitionen nicht in Marktprozessen organisiert werden dürften. Die Kritik an der Ineinssetzung des Waren- und Kapitalcharakters dieser Produktionsmittel geht somit über in die Kritik an der Ineinssetzung von gesellschaftlichem Eigentum und Staatseigentum. Gesellschaftliches Eigentum an den Produktionsmitteln harmoniert vielmehr mit einer Vielzahl verschiedener gesellschaftlich-gemeinschaftlicher Eigentumsformen und Ausgestaltungsweisen derselben: neben staatlichem Eigentum sind genossenschaftliches Eigentum sowie verschiedenste Mischformen zwischen staatlichem und genossenschaftlichem Eigentum, wobei der staatliche Anteil im Zeitablauf, je nach dem verfolgten Ziel und Zweck, flexibel aufgebaut und wieder abgebaut werden kann, möglich. Auch der Fortbestand des Privateigentums an den Produktionsmitteln ist in mehrerer Weise eingeschlossen: von der nichtkapitalistischen Warenproduktion und -zirkulation über kapitalistische Privatunternehmen bis hin zu kapitalistischen Aktiengesellschaften wird innerhalb des Marktsektors der Ökonomie auch ein Privatsektor seine Berechtigung haben.

Gerade die Organisationsform der Aktiengesellschaft – diese Kategorie steht hier als Oberbegriff für »*Kapital direkt assoziierter Individuen im Gegensatz zum Privatkapital*« (MEW 25: 452) und deckt damit alle Rechtsformen der Kapitalgesellschaft ab, namentlich solche mit regelmäßig handelbaren Eigentumstiteln mit kleinen Nennwerten – hatte Marx als transitorische Form begriffen, als »*Aufhebung des Kapitals als Privateigentum innerhalb der Grenzen der kapitalistischen Produktionsweise selbst*« (ebd.). Durch die vollständige Trennung des Kapitaleigentums von der Rolle des fungierenden Kapitals wird zum einen die Möglichkeit geschaffen, dass das Kapitaleigentum zum Eigentum der assoziierten Produzenten, d.h. zu »*unmittelbare(m) Gesellschaftseigentum*« (ebd. 453) werden kann und zum anderen, dass *»alle mit dem Kapitaleigentum bisher noch verknüpften Funktionen im Reproduktionsprozeß (d.h. Unternehmensführung und -leitung, S.K.) in bloße Funktionen der assoziierten Produzenten, in gesellschaftliche Funktionen«* (ebd.) verwandelt werden. Das Kapital und sein Reproduktionsprozess als gesellschaftlicher Prozess werden mit der Aktiengesellschaft zu Gesellschaftskapital und potenziell zu individuellem Eigentum der assoziierten Arbeit, allerdings zunächst innerhalb der Grenzen des kapitalistischen Privateigentums. Eine erste Überwindung dieser Grenzen des kapitalistischen Privateigentums ist mit der Etablierung von Kooperativfabriken der Arbeiter gegeben, »*wenn auch zuerst nur in der Form, daß die Arbeiter als Assoziation ihr eigner Kapitalist sind, d.h. die Produktionsmittel zur Verwertung ihrer eignen Arbeit anwenden*« (ebd. 456). Es ist offensichtlich, dass Marx dem Genossenschaftswesen einen überragenden Stellenwert bei der Transformation der Einzelwirtschaften in sozialistische Formen zuweist.

Zum korrekten Verständnis und zur Anwendung dieser Überlegungen auf moderne Verhältnisse ist das teilweise etwas verstaubte Image heutiger Genossenschaften, das bedingt ist durch ihre vornehmliche Existenzweise in mehr oder weniger kleinen Nischen des Gesamtreproduktionsprozesses sowie in Produktionszweigen, die nicht gerade für die entwickeltsten Formen vergesellschafteter Pro-

duktionsprozesse mit dem höchstem Entwicklungsstand der Produktivität der Arbeit (z.B. Agrikultur und Handwerk) stehen, abzustreifen und in die entwickelten Formen einer wirtschaftsdemokratischen Unternehmensorganisation fortzudenken.[24] Worauf es vorliegend ankommt, ist die mit der Eigentumsform der Genossenschaft mögliche reale Vergesellschaftung der Arbeit, die die Betonung der positiven Elemente eines unerlässlichen Eigentumssinns und -verhaltens bei einer selbstbewussten Verausgabung der Arbeit integral enthält. Mit den Flexibilitätspotenzialen, die gesellschaftliches Eigentum im Hinblick auf Unternehmensbeteiligungen sowohl der öffentlichen Hand, branchenmäßiger Beteiligungsfonds sowie anderer Einzelwirtschaften im Hinblick auf die Durchsetzung strukturpolitischer Ziele und/oder Bildung von Unternehmenskooperationen (Clusterbildung) in sich birgt, ist die Bildung von Gesellschaftskapital mit genossenschaftlichen Elementen, d.h. der Beteiligung der Produzenten des betreffenden Unternehmens nachgerade eine sozialistische Unternehmensform par excellence.

Damit wird deutlich, dass die Orientierung auf eine Transformation der Eigentumsformen im Marktsozialismus nach wie vor eine überragende Bedeutung besitzt; dies im Gegensatz zu Keynes, der weder den Besitz und auch nicht die Verfügungsgewalt als vielmehr die makroökonomischen Variablen und den Eingriff in die Gewinnverhältnisse (sowie die Einkommensverteilung insgesamt) als die primären Regelungstatbestände ansah. Auch in der Blütezeit des Fordismus mit einer Corporate Governance, die die betrieblichen »Stakeholder« – Management und Lohnarbeiter – gegenüber dem Shareholder (Aktionär) im Fokus hatte, war die aus dem Eigentum an den Produktionsmitteln resultierende Dispositionsgewalt über die Unternehmensentwicklung nie verschwunden. Schließlich werden die Mitglieder des Top-Managements – mit Ausnahme des so genannten Arbeitsdirektors in großen Unternehmen mit einem hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad – durch die Vertreter der Anteilseigner ausgewählt und letztlich auch bestellt und schließlich waren auch in der Hochzeit des Fordismus die Unternehmensziele, denen das Top-Management verpflichtet war, letztlich auf die Maximierung des Profits als erstes Recht des kapitalistischen Privateigentums gerichtet, d.h. die Rolle und Bedeutung der Stakeholder blieb weitgehend informell. Im Bereich der Einzelunternehmen und Personengesellschaften mit Eigentümer-Kapitalisten als Geschäftsführern war der Ableitungszusammenhang zwischen Privateigentum und Dispositionsrechten sowieso nie infragegestellt. Im aktuellen Zeitalter des Finanzmarktkapitalismus ist

[24] Auch Lenin korrigierte in einer seiner letzten Schriften seine frühere Auffassung zur genossenschaftlichen Unternehmensform und bezeichnete sie sogar als »System des Sozialismus«: »*Man blickt bei uns auf die Genossenschaften von oben herab und begreift nicht, welche außerordentliche Bedeutung diese Genossenschaften haben, erstens von der prinzipiellen Seite her gesehen (das Eigentum an den Produktionsmitteln in den Händen des Staates), zweitens unter dem Gesichtspunkt des Übergangs zu neuen Zuständen auf einem Wege, der möglichst einfach, leicht und zugänglich für die Bauern ist.*« (LW 33a: 454) Allerdings geht seine positive Bewertung der Genossenschaften nicht weit genug, da er sie als Transformationsform vornehmlich im Bereich der landwirtschaftlichen Kleinproduktion verortet.

die Rolle und Funktion des Privateigentums an den Produktionsmitteln als bestimmende Institution für die gesamte Unternehmensausrichtung und -aktivität stärker denn je. Vor diesem Hintergrund wäre es geradezu fahrlässig, die Rolle des Eigentums gegen die Rolle der Funktion im Unternehmen oder gar gegenüber der Rolle der Beeinflussung makroökonomischer Variablen auszuspielen.

Die Schlussfolgerung daraus ist, dass die drei Elemente – Eigentum an den Produktionsmitteln, Dispositionsgewalt über die Unternehmensausrichtung und Kontrolle und Steuerung makroökonomischer Variablen des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses – so zusammenzusetzen sind, dass die Dominanz sozialistischer Produktionsverhältnisse im gesellschaftlichen Ganzen gewährleistet wird. Dies impliziert einen Mix verschiedener Eigentumsformen mit einer Dominanz vergesellschafteter Unternehmen in den als Schlüsselsektoren identifizierten Bereichen, wozu neben dem Bank- und Kreditsystem und der gesellschaftlichen Infrastruktur auch Unternehmen in Branchen zählen, die für die zukünftige Ausrichtung und Entwicklung der gesamten Volkswirtschaft – zeitweilig oder dauernd – eine besondere Rolle spielen (sollen). Auch im Privatsektor wird die Mitbeteiligung der Belegschaften am Produktionsmitteleigentum in unternehmensbezogenen und/oder Branchenfonds als genossenschaftliches Element eine neue Wichtigkeit gewinnen. Um von veränderten Eigentumsverhältnissen zu Formen neuer Vergesellschaftung zu kommen, ist also die Mitwirkung und Mitentscheidung der Belegschaften (Betriebsräte) und unternehmensexterner Repräsentanten der abhängig Beschäftigten essentiell. Für eine wirtschaftsdemokratische Unternehmensverfassung ist entscheidend, die Mitwirkung nicht nur auf die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse und das Gebiet des Arbeitsrechts zu begrenzen, sondern auch die vorgelagerten betriebswirtschaftlich relevanten Tatbestände in diese Mitwirkung und Mitentscheidung einzubeziehen und so den Genossenschaftsgedanken auch im Hinblick auf die Leitung der Unternehmen als umfassendes Co-Management der Belegschaften zu etablieren.[25]

b) Die neue »postfordistische« Betriebsweise als Gestaltungsaufgabe

Der Übergang in eine strukturelle Überakkumulation des Kapitals seit Mitte der 1970er Jahre hatte die Erschöpfung der fordistischen Betriebsweise des gesellschaftlichen Produktionsprozesses in den industriellen Metropolen des Kapitals offenbart; der seitdem laufende »Suchprozess« nach einer neuen Betriebsweise, die neue Produktivitätspotenziale erschließt, eine veränderte Klassen- und Sozialstruktur erzeugt

[25] Co-Management der Belegschaften bei relevanten Unternehmensentscheidungen wird vorliegend also im umfassenden Sinne im Rahmen einer wirtschaftsdemokratischen Unternehmensverfassung verstanden, nicht in der oftmals verwendeten Weise einer typisch-kapitalistischen asymmetrischen Kooperation von Management und Betriebsräten, die gegebenenfalls noch mit einer sozialpartnerschaftlichen Ideologie garniert wird.

und neue kulturelle und politische Mentalitäten ebenso hervorbringt wie sie andererseits notwendige Bedingungen zu ihrer Hegemonie sind, kann keineswegs als abgeschlossen gelten. Im Gegenteil, unter dem Druck vonseiten der Finanzmärkte hat sich in den bestimmenden Unternehmen der meisten Länder eine »Corporate Governance« durchgesetzt, die zur Durchsetzung kurzfristiger Kostensenkungen und Rentabilitätssteigerungen wieder vermehrt auf tayloristische Organisationsformen zurückgreift. Dabei hatten sich etliche Elemente einer neuen, postfordistischen Betriebsweise[26] bereits gezeigt, die auch teilweise in einigen Branchen und Unternehmen umgesetzt worden waren.

Erstens. Die Basistechnologie der neuen Betriebsweise, dies ist unzweifelhaft und allgemein anerkannt, ist die Informationsverarbeitung vermittelst der Mikroelektronik, die nach der einen Seite hin die Automatisierung von Steuerungsprozessen verschiedenster Art ermöglicht und nach der anderen Seite hin vielfältig höhere Anforderungen an Qualifikation und Eigenverantwortung der menschlichen Arbeit stellt. Die durch die Implementierung der Mikroelektronik ausgelöste Revolution im Produktions- und Zirkulationsprozess zeigt sich dreifach: Zum ersten anhand der Überwindung der fordistischen Produktionslogik mit starren Serien in

[26] Wir erinnern daran, dass sich die historische Periodisierung der kapitalistischen Produktionsweise seit Beginn des regulären, d.h. konjunkturzyklischen Verlaufs der Kapitalakkumulation (ab 1825) über die Ausprägung distinkter Betriebsweisen des gesamtgesellschaftlichen Produktionsprozesses erschließt, die ihrerseits auf je spezifischen Rationalisierungsparadigmen beruhen. Die Betriebsweisen beinhalten in weiterer Instanz historisch-spezifische Ausgestaltungsformen auch der abgeleiteten Gesellschaftssphären (Geld-, Banken- und Kreditsystem, Staat inkl. Sozialversicherungen), die in der Binnenwirtschaft jeweilige Regulationsweisen der Kapitalakkumulation heraussetzen und sich schließlich in der internationalen Sphäre als Epochen nationaler Weltmarktdemiurgen zeigen und sodann zu Voraussetzungen der Akkumulations- und Gesamtreproduktionsprozesse der Nationalkapitale werden. Mit der binnenwirtschaftlichen Verallgemeinerung der Betriebsweise der Großen Industrie durch Landnahme nichtkapitalistischer Sektoren und Schaffung der materiellen Infrastrukturen (Energie- und Transportwesen etc.) ist die historisch erste Epoche einer beschleunigten Kapitalakkumulation unter der Führerschaft Großbritanniens bis Anfang des 20. Jahrhunderts zu datieren; für die Arbeiterbewegung bedeutete dies den internationalen Kampf um den Acht-Stunden-Tag und mit dieser Regulierung der Arbeitszeit die Begrenzung und Zivilisierung der Surplusproduktion unter der aufgehenden Sonne des internationalen 1. Mai. Nach einer durch die beiden Weltkriege geprägten und unterbrochenen Übergangsperiode ist die Periode des Fordismus, basiert auf dem Rationalisierungsprinzip der tayloristischen Ausdifferenzierung der innerbetrieblichen Teilung der Arbeit, die zweite Periode einer international beschleunigten Kapitalakkumulation unter der Führung der USA als neuem Weltmarktdemiurgen. Neben der Weiterentwicklung des Geld-, Kredit- und Währungssystems gegenüber seiner Form des 19. Jahrhunderts wird der Fordismus geprägt durch die Ausgestaltung der Sozialstaaten, d.h. die Ausbildung eines Soziallohns als neuer Komponente des historisch-moralischen Elements des Werts der Ware Arbeitskraft. Dies bedeutet für die Lohnabhängigen die – allerdings begrenzte – Partizipation an der Surpluszeit der Gesellschaft, die vorher fast ausschließlich den besitzenden Klassen zufiel (vgl. dazu Krüger 2010 und 2012).

großen Stückzahlen zugunsten flexibler Automatisierung mit qualitativ erweiterter Produktdifferenzierung und in rascherer zeitlicher Abfolge erfolgenden Produktwechseln; zum zweiten in der Integration und Vernetzung der den unmittelbaren Produktionsprozess oder eigentlichen Fertigungsvorgang umrahmenden und ergänzenden Funktionen des Einkaufs, der Konstruktion und Projektierung sowie des Absatzes, sodass nicht nur die höherqualifizierte produktive Tätigkeit, sondern auch die Arbeit innerhalb der ökonomischen Zirkulation systematisch effektiviert und dem einheitlichen Prinzip des Ersatzes von lebendiger Arbeit durch Maschinerie (Computer) untergeordnet werden kann; schließlich drittens in einer veränderten Betriebsorganisation, die zur Handhabung der neuen Produktivkräfte überkommene starre Hierarchien und Entscheidungsebenen der tayloristisch-fordistischen Ära beiseite räumt und die dispositiven Bestandteile der menschlichen Arbeit wie Eigenverantwortung und Kreativität in transparenteren Entscheidungsprozessen mit flacheren Hierarchien aufwertet.

Zweitens. Dieser Revolutionierung der innerbetrieblichen Teilung der Arbeit gegenüber ihrer vorherigen tayloristisch-fordistischen Form entspricht eine Neugestaltung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, d.h. der Unternehmensorganisation sowie der Unternehmensbeziehungen. Vieles, was vorher Element einer weitverzweigten internen Unternehmensorganisation großer Einzelkapitale war – »big companies, which often stagnate and seldom die« (A. Marshall) –, wird ausgegliedert und verselbstständigt oder in loserer Form unter dem Dach einer Holding zusammengefasst. An die Stelle der Steuerung durch Beschluss oder Anweisung tritt die tatsächliche oder simulierte Steuerung durch Marktprozesse und Marktpreise (bench-marks). Die Begründungen für derartige Reorganisationen sind vielfältig, sie reichen von der Identifikation von und Konzentration auf Kernkompetenzen des betreffenden Unternehmens über den Abbau bürokratischer unternehmensinterner Strukturen und Entscheidungsprozesse bis hin zur bewussten Revitalisierung der produktiven Strukturen und Funktionen und füllen so altbekannte Kategorien mit modernem Inhalt. Mithilfe der mikroelektronischen Informationsverarbeitung ist die Bildung von Netzwerken auch über die Unternehmensgrenzen hinweg möglich, die Entwicklungspartnerschaften, abgestimmte Fertigungstiefen oder Vertriebskooperationen beinhalten können. Auf dieser Grundlage wird durch die unpersönlich-sachliche Bewertung von Entscheidungen und Handlungen durch den Markt eine effektivere Triebkraft im Verhältnis zu der früheren innerbetrieblichen, mehr oder weniger persönlich vermittelten Weisung und Bewertung implementiert und genutzt. Die Marktbeziehungen schaffen keinen zusätzlichen Wert, wohl aber legen sie Ineffizienzen bei der Verausgabung der Arbeit, also der Wertschöpfung offen und erlauben so besser als bei innerbetrieblicher Verrechnung der eingesetzten Ressourcen auf Kostenstellen und Produkte die Ökonomie der angewandten Arbeit zu optimieren.

Die neue Betriebsweise der nachfordistischen Ära, wie sie sich in einigen Elementen in der Realität abzeichnet, zugleich jedoch durch ihre systemspezifische Überformung und Ausgestaltung vielfältige, ihre produktiven Potenzen konterka-

rierende Momente aufweist, geht also von einer Neustrukturierung der innerbetrieblichen Arbeitsteilung aus, die zu einer neuen gesellschaftlichen Arbeitsteilung führt und als Ensemble einer neuen Betriebsweise des gesellschaftlichen Produktionsprozesses zugleich Veränderungen der räumlichen Strukturen desselben und der verbindenden Infrastruktur (Transport und Logistik) erzeugt. Allerdings geschehen diese Entwicklungen nicht im Selbstlauf und bedingen den politisch gestaltenden Eingriff zum optimalen Ausschöpfen der Möglichkeiten dieser neuen Produktivkräfte. Es sind institutionelle Bedingungen zu schaffen und gesamtwirtschaftliche Strukturen neu zu gestalten sowie die Mentalitäten der Bevölkerung im Sinne eines neuen gesellschaftlichen Konsensus und allgemeinen Willens zu entwickeln und zu befördern, mit einem Wort: Es sind die gesellschaftlichen Regulierungen für diese Neue Betriebsweise zu finden, sowohl binnenwirtschaftlich als auch in der internationalen Sphäre. Damit wird dieselbe zu einem gesellschaftlichen Gestaltungsprojekt, welches an und für sich ein linkes, sozialistisches Projekt ist und die Werte einer sozial gebundenen Individualitätsentwicklung mit ihrer wohlausgewogenen Balance von individueller Freiheit und gesellschaftlich gewährleisteter Gleichheit, zusammen mit dem Glauben an den Sieg der Vernunft und der gesellschaftlichen Machbarkeit neu definiert. An der Art und Weise der gesellschaftlich-politischen Regulierungen wird sich dann entscheiden, ob die produktiven Potenzen der neuen Betriebsweise zur Entfaltung gelangen können oder ob die gegenwärtige, durch den Finanzmarktkapitalismus gesteigerte Deformation, die schon innerhalb des produktiven Sektors selbst, noch mehr in der Gesamtwirtschaft und Gesellschaft durch mannigfache negative externe Effekte die Produktivitätssteigerungen konterkariert, sich endgültig durchsetzen wird.

Kernpunkt eines um die Durchsetzung und Gestaltung der Neuen Betriebsweise gruppierten gesellschaftlichen Modernisierungsprojektes ist eine Revitalisierung der produktiven Arbeit und eine gesellschaftlich bewusste Regulierung und Steuerung der Wertschöpfung. Dies bedeutet stichwortartig:

- erstens die möglichste Befreiung des produktiven Sektors der Volkswirtschaft von unproduktiven Ansprüchen, in erster Linie in Form von den verschiedenen Arten von Vermögenseinkommen gegenüber dem gesellschaftlichen Mehrprodukt und die Herstellung eines tragfähigen Verhältnisses von reproduktivem Kapital und akkumuliertem fiktivem Kapital;
- zweitens die Neufokussierung der Institutionen des Finanzsektors (Banken, Versicherungen, Kapitalsammelstellen und attachierte Dienstleistungen) auf eine »dienende Rolle« gegenüber der produktiven Arbeit durch die Herausschälung der mit dem Kreditwesen vorhandenen Steuerungsmöglichkeiten der Akkumulation bei Abschaffung und Überwindung der parasitär-spekulativen Formen des zinstragenden Kapitals;
- drittens die Initiierung eines Wachstums- und Akkumulationsprozesses im reproduktiven Zirkel, welcher unter näher zu spezifizierenden Nebenbedingungen die gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung optimiert, d.h. die Arbeitsproduktivität kontinuierlich steigert, die gesamtwirtschaftliche Wertgröße des Bruttopro-

dukts erhöht und seine stoffliche Struktur durch gezielte Eingriffe in die Marktprozesse gestaltet;

- viertens eine Reorganisation der abgeleiteten Bereiche der Volkswirtschaft mit dem Ziel der Verschlankung nicht-reproduktiver Staatsfunktionen, Etablierung eines allgemein-solidarischen Assekuranzsystems (Bürgerversicherung) und Effektivierung der Organisation namentlich haushaltsbezogener Dienstleistungen;
- fünftens die Integration der gegenwärtigen nationalen Reproduktionsprozesse in supranationale Strukturen, d.h. für Europa in die Europäischen Union bzw. die Euro-Zone durch weitergehende politische Vereinheitlichung und strukturpolitische Gestaltung einer neuen Arbeitsteilung zwischen den europäischen Regionen;
- schließlich sechstens die Durchsetzung einer neuen internationalen, d.h. weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung, die dem bereits von Keynes postulierten Primat der »Selbstgenügsamkeit« im Sinne einer Fokussierung auf den internen EU-Handel genügt und die Schaffung eines europäischen Gesamtreproduktionsprozesses unter der Ägide eines Europäischen Bundesstaates oder einer politischen Föderation betreibt.

Diese gesellschaftliche Modernisierung ist ein makroökonomisches und gesamtgesellschaftliches Projekt und muss verschiedene Elemente und Aufgabenstellungen zu einer Gesamtkonzeption integrieren:

Es geht erstens um eine Einheit von Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik, d.h. nicht nur um eine andere Verteilung oder Verwendung vorhandener Ressourcen, sondern um die Schaffung neuer Wertschöpfungspotenziale, mit denen Mittel erwirtschaftet werden, die sowohl für zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten als auch für eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit zur Verfügung gestellt werden können.

Es geht zweitens um ein qualitatives Wachstum, d.h. eine Verbindung von Ökonomie und Ökologie und einen Übergang in eine mehr und mehr nachhaltige Entwicklung unter Nutzung und beständiger Steigerung der produktiven Kräfte der Naturaneignung; diese Orientierung schließt die Bejahung und Förderung des technischen Fortschritts, bei Berücksichtigung seiner jeweiligen Folgen, substantiell ein.

Es geht drittens um den Aufbau neuer Wirtschaftssektoren und die Entwicklung neuer Politikinstrumente und -institutionen; dies bedeutet für den Marktsektor, dass ein neues System von wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Regulierungen, welches die Steuerbarkeit und Kontrolle wirtschaftlicher Entwicklungsprozesse steigert, zu etablieren ist.

Es geht schließlich auch um die Modernisierung des öffentlichen Sektors und einen Umbau des Sozialstaats mit dem Ziel, nicht nur die Finanzierbarkeit sozialer Leistungen zu gewährleisten, sondern auch die Defizite und Deformationen bürgerlicher Sozialpolitik zugunsten entwickelterer und emanzipativer, d.h. sozialistischer Gestaltungsformen und -prinzipien zu überwinden.

c) Sozialistische Wirtschaftspolitik

Sektorale und regionale Strukturpolitik innerhalb der europäischen Volkswirtschaft

Mit der Europäischen Union und ihrem Kern, der Euro-Zone, ist eine supranationale Integration geschaffen worden, hinter die eine sozialistische Perspektive nicht zurückfallen darf.[27] Allerdings ist die Euro-Zone in ihrer gegenwärtigen Fassung ein Hybrid-Konstrukt, ein Binnenwährungsraum mit nationalen reproduktiven Unterbauten; daran ändern auch die jüngsten »Vergemeinschaftungen« (Fiskal- und Bankenunion) nichts, ganz abgesehen von wirtschaftspolitisch desaströsen Zielsetzungen wie der Verankerung von so genannten Schuldenbremsen in den nationalen Verfassungen und automatischen Sanktionen der Europäischen Kommission gegenüber den Mitgliedsstaaten bei Budgetdefizitverletzungen. Es ist nicht auszuschließen, dass unter dem Druck der Euro-Krise weitere dieser Vergemeinschaftungen erzwungen werden, bspw. die Auflage von Euro-Bonds, womit die Euro-Zone einen weiteren Schritt in Richtung einer Haftungsunion gehen würde und über kurz oder lang auch die »no-bail-out-Klausel« aus dem »Maastricht-Vertragswerk« formell tilgen müsste. Käme es, befördert durch Regierungswechsel in den dominierenden Euro-Staaten, tatsächlich zu konzentrierten und konzertierten Anstrengungen, die in der (Staats-)Schuldenkrise verharrenden Länder nicht wie durch die gegenwärtige Auflagenpraxis bei der Kreditvergabe kaputtzusparen, sondern mit einem Euro-Investitionsprogramm wieder auf einen wirtschaftlichen Stabilisierungs- und Wachstumskurs zu bringen, so würde die Euro-Zone auch zu einer Transferunion werden und die bisher nur auf dem Papier stehende europäische Wirtschaftsregierung würde durch das mit Budgethoheit ausgestattete europäische Parlament zu einem tatsächlich entscheidenden ökonomischen Akteur werden. Durch diese Entwicklungsprozesse würde die Euro-Zone schrittweise ihre hybride Struktur hinter sich lassen und neben einem einheitlichen Finanzmarkt und einer gemeinsamen Währung auch in der reproduktiven Sphäre nach und nach den Rahmen und die Intensität der Ausgleichungsprozesse der Preise auf den Warenmärkten erweitern und erhöhen. Es versteht sich, dass diese Weiterführung des europäischen Integrationsprojektes nur dann erfolgversprechend ist, wenn die immer schon proklamierte »Sozialunion«, d.h. die Vereinheitlichung der Sozialstandards nicht auf dem niedrigsten nationalen Niveau, sondern auf stets höheren Entwicklungsständen und damit eine effektive Mobilität der Arbeitskräfte auf einem europäischen Arbeitsmarkt Realität würden. Endlich müsste der vollständigen ökonomischen Integration auch die

[27] Bekanntlich war ja auch die Stalinsche Doktrin vom »Sozialismus in einem Land« aus der Not des Ausbleibens der Revolution in den seinerzeit entwickelten kapitalistischen Ländern, insbesondere Deutschland geboren und in den 1920er Jahren von Bucharin und Trotzki heftig kritisiert worden.

politische folgen mit der Perspektive einer Föderation europäischer Nationalstaaten und in fernerer Zukunft eines Europäischen Bundesstaates.[28]

Mit der Perspektive einer Euro-Volkswirtschaft erweitern sich Bezugspunkte und Inhalte einer europäischen Strukturpolitik sowohl in sektoraler wie in regionaler Hinsicht. Die Euro-Volkswirtschaft, in der gegenwärtigen Abgrenzung mit 17 Ländern, stellt, an internationalen Kriterien gemessen, einen hoch entwickelten Wirtschaftsraum mit über 330 Mio. Einwohnern dar, wovon knapp zwei Drittel auf die größten Länder Deutschland, Frankreich und Italien entfallen; in weiterer Instanz kommen mit den 10 nicht zur Euro-Zone gehörigen Ländern der EU weitere 170 Mio. Einwohner hinzu. Mit einer halben Milliarde Menschen ist die EU größer als die USA und Japan zusammen; mit ihrem Wirtschaftspotenzial, gemessen als Bruttoinlandsprodukt in US-Dollar im Jahr 2011, ist die EU mit rund einem Viertel des Welt-BIP die größte Wirtschaftsmacht der Welt, gefolgt von den USA, VR China und Japan. Die wirtschaftspolitische Orientierung auf eine Stärkung der Intra-Block-Austauschprozesse, also die Keynessche »Selbstgenügsamkeit« modern übersetzt, bedeutet also, bezogen auf die Euro-Zone und die EU die Neuformierung einer Branchenstruktur primär auf die Produktion von Produktions- und Konsumtionsmitteln (jeweils inkl. Dienstleistungen) für den eigenen Euro-Reproduktionsprozess. Dies schließt naturgemäß den Import von Rohstoffen für Produktions- und Lebensmittel ebenso ein wie den Export von High-Tech-Gütern und von Know-How (z.B. vermittelt über Direktinvestitionen) in alle Welt. Unter räumlichen Aspekten geht es um das Zusammenwachsen von europäischen Wirtschaftsregionen über die nationalen Grenzen hinweg und eine regionale Strukturpolitik, die die regionale Arbeitsteilung dieser länderübergreifenden europäischen Wirtschaftsregionen ausgestaltet. Beide Aufgabenstellungen, sowohl die sektorale wie die regionale Strukturpolitik schließen an die überkommene Politik der EU-Kommission an, haben sich aber wegen veränderter Ziele und eines qualitativ veränderten Stellenwerts neuen Herausforderungen zu stellen.

An erster Stelle steht dabei die Identifikation von (sektoralen) Schwerpunktbereichen, auf die die europäische Wirtschaftsstruktur sich nach dem allgemeinen Willen der Bevölkerung hin entwickeln soll. Dies schließt vor dem Hintergrund der gegenwärtig bestehenden nationalen Differenzen z.B. bei der Energiepolitik nicht nur im engeren Sinne ökonomische als vielmehr gesellschaftlich-politische Aufgaben der Abstimmung und Ausgleichung sozio-kultureller Unterschiede und bisweilen politischer Gegensätze ein. Die (Neu-)Formulierung einer europäischen Industriepolitik ist nicht nur die Vervielfachung des Beispiels des in der Vergangenheit betriebenen mehr oder weniger erfolgreichen Aufbaus einer europäischen Flugzeugindustrie für andere Branchen und Produkte, sondern ebenso sehr die Gestaltung

[28] Damit ist allerdings gleichzeitig auch gesagt, dass die Entwicklung des gegenwärtigen Euro-Binnenwährungsraumes zu einer Euro-Volkswirtschaft scheitern kann, ja sogar, dass die Euro-Zone in ihrer gegenwärtigen Struktur nicht überlebt, sondern auf einen D-Mark-Hartwährungsblock unter dem bloßen Namen des Euro zurückentwickelt werden könnte.

von regionalen Lieferverflechtungen und Kooperationsbeziehungen zwischen Unternehmenseinheiten (Clustern), die einen spin-off für Produktinnovationen ermöglichen. Spezielle Branchenpolitiken, z.B. für die Landwirtschaft sind in die übergreifenden europäischen Entwicklungsleitbilder einzupassen.

Neben dieser vorwärts orientierten Strukturgestaltung ist dem Erbe der überkommenen ungleichen nationalen Entwicklung der zu integrierenden europäischen Volkswirtschaft besonderes Augenmerk zu schenken. Das Ziel, tendenziell gleiche Lebensbedingungen innerhalb des europäischen Reproduktionsprozesses zu schaffen, stellt besondere Anforderungen an die regionale Strukturpolitik sowie an die Umverteilung der öffentlichen Finanzen, etwa vergleichbar dem bundesdeutschen Finanzausgleich zwischen den 16 Bundesländern. Desweiteren gehört unter diese Überschrift die sozial verträgliche Gestaltung des wirtschaftlichen Strukturwandels durch strukturpolitische Unterstützung von Produktentwicklung und -diversifikation sowie Produktionskonversion. Es versteht sich, dass nicht die Subventionierung nicht wettbewerbsfähiger und/oder nicht mehr gewünschter Wirtschaftsstrukturen das Ziel dieses sozialverträglichen Strukturwandels darstellt, sondern ihr zukunftsorientierter Umbau und ihre zukunftsgerechte Modernisierung. Dies schließt Anforderungen hinsichtlich (Weiter-)Qualifikation, beruflicher Flexibilität und räumlicher Mobilität für die betroffenen Arbeitskräfte ein.[29]

Entsprechend der Leitlinie einer größeren und durch die Wirtschaftspolitik zu forcierenden supranationalen Selbstgenügsamkeit stehen die Dienstleistungsbranchen besonderes im Fokus. Es ist hier zu differenzieren: Unternehmensbezogene Dienstleistungen, z.T. ursprünglich aus ihrem Unternehmensverbund mit der materiellen Produktion ausgegliedert, sind der Natur der Sache nach weniger regional fixiert, wenngleich die so genannten räumlichen »Fühlungsvorteile« im Einzelfall nicht zu unterschätzen sind. Im Zeitalter von »Near- und Off-Shoring« unternehmensbezogener Dienstleistungen werden Leistungen von Anwälten, Wirtschaftsprüfern, Unternehmensberatern, Architekten, Designern und Werbefachleuten etc. zumindest an der Spitze aber zunehmend europaweit organisiert, angeboten und erbracht. Demgegenüber sind die so genannten Humandienstleistungen viel stärker regional an die Nachfrager und Nutzer gebunden; sie sind daher geradezu das Paradebeispiel für lokal- und regionalmarktgebundene Produktionen, die bei der

[29] Zwischen den (betriebs-)wirtschaftlichen Anforderungen auf der einen und dem Schutz der Beschäftigten durch die Dekommodifizierung der Arbeitskraft innerhalb einer sozialistischen Marktwirtschaft auf der anderen Seite besteht dabei durchaus eine potenziell konflikthafte Beziehung, die nur im konkreten Einzelfall, d.h. unter den je spezifischen Bedingungen innerhalb eines Unternehmens und seinem regionalen Umfeld mehr nach der einen oder mehr nach der anderen Seite aufzulösen ist. Dieser Widerspruch war auch im »Realsozialismus« zwischen der kommunistischen Partei einerseits und den Gewerkschaften als Interessenvertretungen der Werktätigen andererseits virulent und war, weil er in der Struktur des Verhältnisses von Gesellschaft und Staat, d.h. einer weitgehend fehlenden Zivilgesellschaft oftmals keine adäquaten Bewegungsformen finden konnte, einer der internen Blockadefaktoren in diesen Ländern.

demografischen Entwicklung der Bevölkerung mit einem zunehmenden Anteil älterer und z.T. pflegebedürftiger Personen zukünftig einen weiter wachsenden Beitrag für die Beschäftigung der Arbeitskräfte übernehmen werden.

Die Strukturpolitik bildet das Herzstück der bewussten Gestaltung zukünftiger Wirtschaftsstrukturen, die sich nicht im Selbstlauf der Marktverhältnisse und der Akkumulationsbewegung einstellen – auch wenn diese von ihren finanzmarktkapitalistischen Blockaden befreit sind –, sondern nach gesamteuropäischen Entwicklungsleitbildern geformt werden müssen. Sie schließt in der beabsichtigten offensiven Orientierung in vielfältiger Weise an die vorhandenen Verhältnisse der Euro-Zone und EU an, markiert in ihrer sozialistischen Orientierung jedoch eine neue Qualität in dreierlei Hinsicht: zum ersten durch ihren offensiv-steuernden Eingriff, zum zweiten durch ihren europäischen Bezug, sodass sie ein wesentliches Instrument für die Herstellung einer sich in neuer Weise selbstgenügenden europäischen Volkswirtschaft wird und damit zugleich regionale Entwicklungsaufgaben übernimmt, und schließlich drittens, indem sie als sozialverträgliche Gestaltung des Strukturwandels überkommene Verhältnisse nicht konserviert, sondern zukunftsgerecht umgestaltet. Mit all diesen Merkmalen wird die kapitalistische Selbstbeschränkung der »sozialen Marktwirtschaft« überwunden und eine an bewussten und durch den allgemeinen Willen bestimmten Leitbildern orientierte und gesteuerte und in diesem Sinne sozialistische Marktwirtschaft geschaffen.

Makroökonomische Steuerungsinstitutionen und -instrumente

Keynes hatte sich die Steuerung der marktwirtschaftlichen Prozesse durch »*alle Arten von Zwischenlösungen und Verfahren (vorgestellt), durch welche die staatliche Verwaltung mit der privaten Initiative zusammenarbeiten wird«* (AT: 319) und dafür »*halb-autonome Körperschaften im Rahmen des Staates (favorisiert), Körperschaften, die in ihrem Wirkungskreis nach dem Kriterium des Allgemeinwohls handeln … und aus deren Erwägungen Motive privaten Vorteils völlig ausscheiden … (und) die unter normalen Umständen innerhalb gewisser Grenzen großenteils autonom sind, aber letzten Endes der Souveränität der Demokratie, die sich im Parlament verkörpert, unterstehen«* (Keynes 1926: 111). Derartige halbautonome Körperschaften kennen wir heutzutage[30] in Form von unternehmensmäßig organisierten

[30] Die existierenden Formen derartiger Agenturen sind ebenso vielfältig, wie ihre Wirkungsweise in der heutigen Realität als erfolgreich, weniger erfolgreich bis desaströs einzuschätzen ist. Zu denken ist hier etwa an das »Pilotprojekt« dieser Agenturen in Form des »Greater London Enterprise Board (GLEB)« der 1980er Jahre, an die deutsche Treuhandanstalt, in die die entflochtenen und unternehmensrechtlich verselbstständigen DDR-Betriebe (sowie die ehemals staatlichen Immobilien) eingebracht und privatisiert bzw. abgewickelt wurden sowie vielfältige, auf regionaler Ebene von den deutschen Bundesländern errichtete öffentliche GmbHs für eine regionale Standortentwicklung. Es kommt vorliegend nicht in erster Linie auf die Beurteilung der durch diese Agenturen erzielten Ergebnisse an, die primär durch den politischen Auftrag und die personelle Besetzung der entscheidenden Funktionen bereits determiniert sind, sondern auf das in diesen Agenturen enthaltene (und fort-

und intern aufgebauten Agenturen als Management-Gesellschaften in öffentlicher Rechtsform (als GmbH oder öffentliche Anstalt), die nach politischen Vorgaben und unter Aufsicht eines mit politischen Entscheidungsträgern besetzten Aufsichts- oder Verwaltungsrats wirtschaftspolitische Maßnahmen konkretisieren und ihre Umsetzung entweder selbst betreiben oder die Umsetzung durch Externe anleiten und überwachen. Dabei unterliegen diese Agenturen der Finanzhoheit der Parlamente. Schnittstellen hinsichtlich der zu erfüllenden Aufgaben ergeben sich zwischen diesen Steuerungsagenturen und direkter staatlicher Maßnahmenumsetzung sowie öffentlichen Bankinstituten mit jeweiligen Sonderaufgaben bzw. staatlichen Beteiligungsfonds (Investitionsgesellschaften mit öffentlichem Venture-»Capital«). Damit ist gleichzeitig eine erhebliche Variabilität der Zusammenarbeit zwischen staatlichen bzw. öffentlichen Institutionen und privaten Akteuren möglich – eben jene Arten von »Zwischenlösungen und Verfahren der Zusammenarbeit zwischen Staat und privater Initiative«, die bereits Keynes vorschwebte.[31]

Der wirtschaftspolitische Stellenwert dieser öffentlichen Agenturen im Rahmen einer sozialistischen Marktwirtschaft ergibt sich aus der Verlängerung der öffentlichen Einflussnahme in die Marktverhältnisse durch Steuerung und Umsetzung von Investitionsprozessen, die über die »klassischen« öffentlichen Investitionen in materielle und immaterielle Infrastrukturen der Gesellschaft hinausgehen. Gleichzeitig bietet die unternehmensmäßig organisierte und handelnde Agentur über die enge Zusammenarbeit mit privaten Investoren und Akteuren – das sind neben kapitalistischen Aktiengesellschaften und privaten Personenunternehmen eben auch die von Marx favorisierten Genossenschaften moderner Prägung – jene Handlungsflexibilität, die zu einer wirkungsvollen Feinsteuerung von marktwirtschaftlichen Investitionsprozessen unerlässlich ist und sowohl die Rolle des bloß passiven Finanziers als Kredit- oder Bürgschaftsgebers überwindet als auch unterhalb der Schwelle der Sozialisierung durch eine umstandslose Verstaatlichung von Unternehmen bleibt. Die wirtschaftspolitische Orientierung für den Marktsektor der Volkswirtschaft besteht also nicht nur in einer Rahmensetzung für die Märkte durch Gewährleistung ihrer allgemeinen Funktionsprinzipien eigentumsrechtlicher, infrastruktureller und wirtschaftlicher Art (z.B. durch eine wettbewerbspolitische Kontrolle), sondern in einer selbst marktförmig angelegten Steuerung von Marktprozessen, die als ge-

---

zuentwickelnde) Steuerungsprinzip gegenüber Marktprozessen. Demzufolge sind auch die immer wieder aufgedeckten Skandale und kritikwürdigen Verhaltensweisen von Geschäftsführern und Aufsichtsgremien dieser Agenturen kein prinzipielles Gegenargument gegen den hier vorgestellten Steuerungsansatz von Marktprozessen.

[31] Wir vermeiden vorliegend die Bezeichnung dieser Kooperation zwischen öffentlich-staatlichen Einrichtungen und nicht-öffentlichen Unternehmen als »Public-Private-Partnership: PPP«, weil dieser Begriff durch die finanzmarktkapitalistische Realität des »Ausweidens« des öffentlichen Wirtschaftssektors durch privates Kapital und des Zurücklassens skelettierter Betriebe ohne die herausgepickten Rosinen in staatlicher Hand in den letzten Jahrzehnten so gründlich desavouiert ist, dass seine alternative Deutungshoheit auszuschließen ist.

samt- oder regionalwirtschaftlich bedeutsam bewertet werden und daher nicht ihrem Selbstlauf überlassen werden.

Die öffentliche Strukturgestaltung der Marktökonomie erfolgt also sowohl durch den öffentlichen – und nachgeordnet: gemeinwirtschaftlichen – Wirtschaftssektor, also die traditionelle, über den Eigentumstitel an Produktionsmitteln (sowie Grund und Boden) vermittelte direkte staatliche Erstellung von Waren sowie durch diese über bloße Rahmensetzung hinausgehende Steuerung marktwirtschaftlicher Ressourcenallokation. Damit stellt sich die Aufgabe, die für verschiedene Aufgaben zuständigen und auf verschiedenen politischen Entscheidungsebenen angebundenen Steuerungsagenturen aufeinander abzustimmen und innerhalb eines integrierten makroökonomischen Gesamtkonzeptes zu führen. Dies bedeutet, das Verhältnis von zentral-gesamtwirtschaftlichen und regionalen Aufgabenstellungen auszubalancieren, wobei im Sinne der Beteiligung der verschiedenen Akteure aus der Bevölkerung eine subsidiäre Aufgabenverteilung zu präferieren ist. Auf der zentralen Ebene wird es um einige wenige und langfristig zu gestaltende Schwerpunkte sektoraler Strukturpolitik für industrielle Branchen und namentlich unternehmensbezogene private Dienstleistungen (ggf. auch Agrarpolitik) gehen; dies schließt die Aktivierung und Verzahnung mit staatlicher Forschungs- und Technologiepolitik ein. Auf der regionalen Ebene geht es analog zu der Raumordnungspolitik der Bundesländer um die regionale Clusterbildung und -ausformung sowie um die Beteiligung an Unternehmenssanierungen und Portfoliokonversionen. Im Maße, wie mit der Weiterentwicklung zu einer europäischen Volkswirtschaft auch im reproduktiven Sektor die strukturgestaltende Einflussnahme zunimmt, sind die national und regional agierenden Steuerungsagenturen durch supranational, also auf der europäischen Ebene angesiedelte Institute zu ergänzen. Auch hier gilt hinsichtlich der Kompetenzzuweisung aus Praktikabilitätserwägungen und demokratischen Willensbildungs- und Kontrollaspekten das Subsidiaritätsprinzip.

Die öffentliche Rechtsform dieser Steuerungsagenturen und die Gewährleistung der Haushaltshoheit durch die Parlamente bilden das sine qua non dieser Form der Marktsteuerung. Tatsächlich kommt es darauf an, öffentliche Gelder nach den Maßgaben der politisch-parlamentarischen Entscheidungen effektiv, d.h. mit dem höchsten Nutzen einzusetzen und deren quantitative Effekte durch Verbindung mit privaten Fondsmitteln zu optimieren. Damit rückt die Arbeitsteilung und Kooperation mit öffentlichen Kreditinstituten und öffentlichen Investitionsgesellschaften (Venture-»Capital«-Fonds) in den Blick. Beide, öffentliche Banken mit Sonderaufgaben und öffentliche Beteiligungsfonds bilden die Schnittstelle zu privaten (und ggf. auch öffentlichen) Unternehmen. Die Steuerungsagenturen als verlängerter operativer Arm der parlamentarisch beschlossenen Leitlinien der Wirtschaftspolitik üben dabei die Managementfunktion auf der jeweiligen Ebene und für die jeweilige Aufgabenstellung aus. Sie sind damit nachgerade unter öffentlicher Kontrolle stehende zivilgesellschaftliche Organisationen im Sinne der Verlagerung oder Rücknahme verselbstständigter staatlicher Strukturen bei der Umsetzung der Wirtschaftspolitik.

Die Mittelausstattung der öffentlichen Kreditinstitute und Investitionsgesellschaften (Beteiligungsfonds) erfolgt über Finanzzuweisungen der öffentlichen Budgets sowie die Kontrahierung von privaten Geldern über den Kapitalmarkt, bspw. durch Begebung von Anleihen. Damit wird ein erster Leverage-Effekt für die eingesetzten staatlichen Gelder konstituiert. Ein zweiter Leverage-Effekt ergibt sich durch Kooperation der staatlichen Banken und Beteiligungsfonds mit Privaten, sei es durch Co-Finanzierungsprojekte, sei es durch Investition des staatlichen Venture-»Kapitals« in privaten (inkl. genossenschaftlichen) Unternehmen; ob oder ob nicht eine Mehrheits- oder qualifizierte Minderheitsbeteiligung anzustreben bzw. vorzunehmen ist, hängt von den konkreten Umständen des Einzelfalls ab.

Zielgröße dieser öffentlichen Finanzierungen und Beteiligungen sind in erster Linie die Investitionen der betreffenden Unternehmen, und hier gestaffelt nach der Art der Investitionen: Entwicklungsvorhaben, Einführung neuer Produkte und Produktionsverfahren etc.; in weiterer Instanz kommen Beschaffungs- und Absatzfinanzierungen hinzu. Betriebsmittelkredite bzw. Beteiligungen bei anstehenden Unternehmenssanierungen sind in aller Regel an Konversionsprojekte bzw. zukunftsorientierte Neuaufstellungen zu binden. Dieser Katalog zeigt auf den ersten Blick eine gewisse Übereinstimmung mit den bestehenden Wirtschaftsfördermaßnahmen namentlich der deutschen Bundesländer.[32] Der Unterschied dieser Instrumentarien gegenüber jenen der »sozialen Marktwirtschaft« liegt jedoch in zweierlei: zum einen in der Einbettung dieser Instrumente in ein übergreifendes wirtschaftspolitisches Gesamtkonzept einer aktiven Gestaltung marktwirtschaftlicher Allokationen, zum anderen in der Transformation der in der Regel defensiv-passiven staatlichen Intervention gegenüber privatwirtschaftlicher Dispositionsautonomie zugunsten aktiv-offensiver Gestaltung gemäß der strukturpolitischen Ziele.

Diese aktiv-offensive Gestaltung strukturpolitischer Ziele kommt bei der Ausformung der Instrumentarien und der personellen Einflussnahme der in strukturpolitischem Auftrag handelnden Akteure zum Ausdruck und konstituiert dergestalt einen wesentlichen Unterschied zu der überkommenen wirtschaftspolitischen Förderpraxis in der Gegenwart. Eine Beteiligung eines öffentlichen Beteiligungsfonds an einem Unternehmen erfordert nicht nur ein nachträgliches Monitoring der vom Unternehmensmanagement durchgeführten Maßnahmen, sondern die beständige zeitnahe Kontrolle und Intervention der öffentlichen Vertreter in den Aufsichtsgremien des betreffenden Unternehmens. Die Vergabe eines Kredits einer öffentlichen Bank an ein Unternehmen darf nicht mit einer einmaligen Zweckbindung der zur Verfügung gestellten Gelder enden, sondern muss mit einer permanenten Verwendungskontrolle und ggf. bestimmenden Intervention in die Geschäftspolitik dieses Unternehmens einhergehen; Entsprechendes gilt für ausgereichte Bürg-

[32] Zwischen den Wirtschaftsförderungsprogrammen der deutschen Bundesländer gibt es graduelle Unterschiede; z.B. finden sich bei westdeutschen Ländern in der Regel keine Maßnahmen für Betriebsmittelfinanzierungen und Begleitung von Sanierungsprozessen, bei ostdeutschen Ländern ist dies anders.

schaften und Zinssubventionen bei privat aufgenommenen Krediten. Unabdingbar zur Realisierung dieser Steuerungsfunktionen auf der einzelwirtschaftlichen Ebene ist der Rückgriff auf ein entsprechendes Managementpersonal für die öffentlichen Kreditinstitute und Beteiligungsgesellschaften, welches neben den unerlässlichen wirtschaftlichen Qualifikationen und Kompetenzen den strukturpolitischen Zielstellungen der Wirtschaftspolitik verpflichtet ist und eng mit den Akteuren der Steuerungsagenturen kooperiert.[33] Der entscheidende Unterschied zur gegenwärtig herrschenden Praxis einer Sozialisierung der aufgetretenen finanziellen Verluste bei Beibehaltung der Leitlinie, dass ansonsten »Wirtschaft in der Wirtschaft stattfindet«, ist also nicht nur die Aktion der Akteure bezüglich der Kontrolle der sparsamen Verwendung öffentlicher Mittel, sondern auch die jeweilige aktive Einflussnahme auf die relevanten Umsetzungsmaßnahmen in den Unternehmen. Gegenüber der herrschenden Vergabepraxis öffentlicher Mittel zur Wirtschaftsförderung ist daher auch eine substanzielle Veränderung des Wettbewerbsrechtes der Europäischen Union erforderlich, das bisher auf die Einhaltung liberaler Richtlinien verpflichtet ist. Eine sozialistische Marktwirtschaft bedarf somit auch einer qualitativ veränderten Wirtschaftsverfassung gegenüber den in den letzten Jahrzehnten durch den »Lissabon-Vertrag« und die Rechtssprechung des Europäischen Gerichtshofes durchgesetzten Rechtsnormen, mit denen Richtlinien neoliberaler Wirtschaftspolitik in Teilen Verfassungsrang erhielten.[34]

Refokussierung und Restrukturierung des Finanzsektors

Der finanzielle Sektor der europäischen Volkswirtschaft mit seinen Institutionen Zentralbank (Europäische Zentralbank EZB sowie System nationaler Zentralbanken der Euro-Zone), Kreditinstituten, Versicherungen und sonstigen Kapitalsammelstellen (Fonds verschiedenster Ausprägung wie Investmentfonds, Private-Equity-Fonds, Hedge-Fonds etc.), seinen Märkten (Geld- und Kapitalmärkte inkl. Effekten-, Waren- und Devisenbörsen) und den auf ihnen hergestellten Verwertungsraten des Geldkapitals (Zinssätze) stellt neben der direkten staatlich-öffentlichen Intervention

---

[33] Damit stellt sich hier das grundsätzlich gleiche Problem bei der Realisierung einer sozialistischen Wirtschaftspolitik, mit dem sich schon Lenin bei der Umsetzung der Neuen Ökonomischen Politik (NÖP) Anfang der 1920er Jahre konfrontiert sah, dass nämlich wirtschaftliche (sowie technische) Kompetenz und politische Verlässlichkeit sich nicht in demselben Personenkreis bündeln: »*Die Wirtschaft werden wir dann leiten können, wenn die Kommunisten es verstehen werden, diese Wirtschaft* mit fremden Händen *aufzubauen, selber aber von dieser Bourgeoisie lernen und* sie auf den Weg lenken werden *(Herv. S.K.), den die Kommunisten wollen. Wenn sich der Kommunist aber einbildet, er wisse alles, denn er sei ja ein verantwortlicher Kommunist, und sich sagt: Ich habe schon ganz andere Leute besiegt als einen hergelaufenen Handlungsgehilfen … – wenn eine solche Stimmung vorherrscht, so ist das unser Verderb.«* (LW 33b: 278)

[34] Dies betrifft auch den Umgang mit den Ergebnissen der allgemeinen wissenschaftlichen Arbeit, die perspektivisch nicht mehr einer privaten Monopolisierung (Patentrecht) unterliegen sollen (vgl. Friedrich/Oehlke 2011: 31ff.).

den wesentlichen Transformationsakteur für die Steuerung im Rahmen einer sozialistischen Marktwirtschaft dar. Damit besitzt er Systemrelevanz, allerdings ganz anders als zu Zeiten des Finanzmarktkapitalismus, in denen sein pathologisches Wachstum die reproduktive Wertschöpfung in vielfältigen Formen restringiert und in falsche Richtungen gelenkt hat. Leitlinie für die über den Finanzsektor ausgeübte Transformationsfunktion strukturpolitischer Steuerung der Akkumulation ist seine »dienende Rolle« gegenüber der produktiven Arbeit und ihrer Wertschöpfung. Diese dienende Funktion des Finanzsektors wird auf jeden Fall zu einer perspektivischen Reduzierung des in seinen Unternehmen und Institutionen beschäftigten Personals führen.

Die Reproportionierung des fiktiven Kapitalüberbaus im Rahmen einer kontrollierten Entschuldung der verschiedenen Wirtschaftssektoren (De-Leveraging) zur Herstellung einer quantitativ ausbalancierten Relation von produktiver und unproduktiver Arbeit sowie der Menge und Bewertung (Kurse) der zirkulierenden fiktiven Kapitale wurde bereits früher als wesentliche Grundvoraussetzung für eine Neuaufstellung und Wiederingangsetzung der reproduktiven Akkumulation herausgestellt.[35] Nunmehr geht es um die in längerer Frist mit einer sozialistischen Marktwirtschaft verträglichen Größe, Aufgabenstellung und Ausgestaltung seiner Institutionen. Die bereits kurzfristig zu etablierenden Regulierungs- und Kontrollmaßnahmen – Finanztransaktionssteuer, Kapitalverkehrskontrollen etc. – bleiben dabei selbstredend erhalten.

Die Zweistufigkeit des Banksystems – Zentralbank zur Geldversorgung und geldpoltischen Steuerung der Wirtschaft sowie Banksystem zur Abwicklung des Zahlungsverkehrs, Sammlung des zeitweilig unbeschäftigten Geldkapitals und Kreditvergabe an Unternehmen, Staat und Privathaushalte – und der Charakter des Geldes als inkonvertibles Repräsentativgeld mit den dadurch gegebenen vielfältigen Einflussmöglichkeiten der Liquiditäts- und Zinspolitik bilden als evolutionäre Errungenschaften des reifen Kapitalismus den Ausgangspunkt für eine sozialistische Marktwirtschaft. Andererseits sind jedoch die mit dem zinstragenden Kapital immanent gegebenen Verselbstständigungstendenzen der Geldkapitalakkumulation und die durch sie geschaffenen Finanzprodukte und -institutionen entsprechend der »dienenden Rolle« gegenüber der reproduktiven Wertschöpfung zurückzuschneiden: Wir sprechen hier von der Kupierung der spekulativ-kapitalistischen Formen des zinstragenden Kapitals und des Kreditwesens.[36]

---

[35] Vgl. Kapitel 16 der vorliegenden Abhandlung.

[36] Zur historischen Genesis des kapitalistischen Kreditwesens hatte Marx seinerzeit bemerkt: »*Die Entwicklung des Kreditwesens vollbringt sich als Reaktion gegen den Wucher …. Es bedeutet nichts mehr und nichts weniger als die Unterordnung des zinstragenden Kapitals unter die Bedingungen und Bedürfnisse der kapitalistischen Produktionsweise. Im großen und ganzen wird das zinstragende Kapital im modernen Kreditwesen den Bedingungen der kapitalistischen Produktion angepaßt.*« (MEW 25: 613) Mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise verselbstständigen sich jedoch verschiedene Formen der Geldkapitalakkumulation gegenüber der Akkumulation des reproduktiven Kapitals und das zins-

Diese Kupierung des zinstragenden Kapitals betrifft zum einen den Verzicht auf das bzw. das Verbot des fiktiven Kapitals zweiter und dritter Ordnung: In einer Gesellschaftsordnung, in der die Finanzspekulation, d.h. die Orientierung an Differenzgewinnen als leistungslose Bereicherung bekämpft und durch staatliche Regulierungen eingeschränkt und perspektivisch aufgehoben wird, sind Derivate zur Absicherung von Kursschwankungen, noch mehr Instrumente zur Spekulationswette auf Kursentwicklungen dieser Derivate schlichtweg überflüssig.[37] Auch ist die in den letzten Jahrzehnten treibhausmäßig ins Kraut geschossene Verbriefungspraxis von Krediten zurückzudrehen und perspektivisch zu verbieten. Ähnliches gilt mit Bezug auf spekulative Börsengeschäfte, mit denen namentlich aus Kursrückgängen Spekulationsgewinne gezogen werden sollen (gedeckte und ungedeckte Leerverkäufe von Aktien und Rohstoffzertifikaten). Solange eine Wertpapierbörse mit einem Primär- und einem Sekundärmarkt benötigt wird, sind desweiteren kreditfinanzierte Börsentransaktionen am Sekundärmarkt zu restringieren und in weiterer Instanz ganz zu unterbinden. Einer sozialistischen Marktwirtschaft entspricht in mittelfristiger Perspektive ein Kapitalmarkt als Markt für die Aufnahme langfristiger Mittel, seien dies Kreditmittel oder die Außenfinanzierung zusätzlichen Eigenkapitals (Emission von Genossenschaftsanteilen, Aktien etc.). Sofern dies letztere durch die Begebung von handelbaren Titeln am Primärmarkt der Börse geschieht, ist die Form der Aktie bei Neuemissionen zunehmend durch Formen des Genussscheins zu substituieren. Letzterer gewährleistet wie die Aktie das Gewinnbezugs- und Optionsrecht, hat aber im Gegensatz zur Aktie keinen Stimm-

---

tragende Kapital gewinnt seine ökonomische Stärke und Macht um so mehr, als sich die immanenten Widersprüche der reproduktiven Kapitalakkumulation zuspitzen und ihre Dynamik bis hin zu einer chronischen Überakkumulation von Kapital beeinträchtigen. Diese im heutigen Finanzmarktkapitalismus auf die Spitze getriebene und durch politische deregulierende Eingriffe beförderte Entwicklung gilt es wieder aufzuheben, um die sodann fortbestehenden Formen des zinstragenden Kapitals zur Steuerung der Akkumulationstätigkeit zu nutzen und dasselbe sowohl der reproduktiven Wertschöpfung wieder zu subsumieren als auch dieselbe durch genuin monetäre Hebel zu optimieren.

[37] Derivate als fiktives Kapital zweiter Ordnung – im Unterschied zu Wertpapieren und sonstigen zinstragenden Eigentumstiteln als fiktives Kapital erster Ordnung – haben ihre heutige Bedeutung erst mit zunehmend volatileren Bewegungen der Kurswerte und Währungen an den Börsen gewonnen. Werden sowohl die Wertpapierkurse reguliert, die Rohstoffpreise durch internationale Interventionen kontrolliert und somit beide in ihrer Schwankung begrenzt als auch die Wechselkurse der wichtigsten Währungen fixiert – was gelegentliche Anpassungen, die in Abstimmung mit einer internationalen resp.Welt-Zentralbank durchgeführt werden, einschließt; diese Welt-Zentralbank ist als die Weiterentwicklung des heutigen Internationalen Währungsfonds zu einer Internationalen Clearing-Union, entsprechend der damaligen Keynesschen Vorschläge (vgl. Kapitel 13, Unterabschnitt c der vorliegenden Abhandlung) zu begreifen –, entfällt die wirtschaftliche Bedeutung der Derivate zur Kursabsicherung. Damit sind eo ipso die auf die Derivate bezogenen fiktiven Kapitale dritter Ordnung bedeutungslos geworden.

rechtsanspruch.[38] Als ertragsvariable Titel haben Genossenschaftsanteile, Aktien und Genussscheine keine fixen, sondern variable Kurse. Durch die Regulierung der Kauf- und Verkaufsprozesse am Sekundärmarkt sowie durch vorgeschriebene Haltefristen kann die Schwankung dieser Kurse aber auf ihre fundamentalen Einflussfaktoren begrenzt werden und dem Börsengeschehen somit viel von seiner Volatilität genommen werden. Entsprechendes gilt für festverzinsliche Anleihen, wenngleich für diese das Ausmaß der Kursvariationen eo ipso sehr viel geringer, d.h. auch weniger spekulationsanfällig ist.

Das Ergebnis dieser Transformation des Anleihemarktes und der Aktien- und Warenbörsen mit dem Ziel der Reduzierung der Funktion des Sekundärmarktes auf den reinen Händewechsel umlaufender fiktiver Kapitalien bei durch die Fundamentaldaten bestimmten Kursen bedeutet einen tiefen Einschnitt in die oberen Stockwerke des Finanzsektors und nimmt dem zinstragenden Kapital und der Geldkapitalakkumulation bereits ein großes Maß ihres Gefährdungspotenzials für die reproduktive Akkumulation. Aber auch die unteren Stockwerke des Finanzsektors bedürfen einer strikten Regulierung. So genannte Eigengeschäfte der Banken sind zu unterbinden, solange der gesamtwirtschaftliche Bankensektor noch durch private Kreditinstitute geprägt ist; sobald es hier zu einer umfassenden Vergesellschaftung als systemrelevantem Bereich gekommen ist, erübrigt sich mit der dann gänzlich unter öffentlicher Kontrolle stehenden Geschäftspolitik der Institute dieses Verbot. Auch die Funktionen des Investment-Banking sind unter solchen Bedingungen kein potenziell störendes und die reproduktive Wertschöpfung gefährdendes Moment mehr, weil sie unter vollständiger Kontrolle der mit neuem Personal besetzten Aufsichts- und Vorstandsgremien der Institute stehen.

Sind die Kreditinstitute umfassend vergesellschaftet, reicht für das private Versicherungsgewerbe eine strikte Aufsicht und öffentliche Kontrolle aus. Dies schließt allerdings die vorgängige Entflechtung der Finanzkonzerne ein. Bank- wie Versicherungsprodukte namentlich für die Privathaushalte haben fortan einer Genehmigungspflicht und strikten Kontrolle zu unterliegen; dasselbe gilt für Bausparkassen und die von ihnen offerierten Anlagen.

Mit dem perspektivischen Wegfall der Verbriefungspraxis von Krediten und dem Verbot von Derivaten etc. hat ein Großteil von Kapitalsammelstellen und Anlagefonds seine Existenzberechtigung verloren. Mit der tendenziellen Umwandlung kursvariabler Eigentumstitel zu Festkurswerten ist auch die Bildung von Mischportfolios verschiedener Titel und die Emission von Investmentzertifikaten zu einer Operation geworden, die nur das Risiko eines Totalausfalls eines Kapitalnehmers begrenzt, nicht jedoch durch die Erzielung von Kursgewinnen motiviert wird.

---

[38] Der Genussschein ist im gegenwärtigen Rechtssystem nur in der Bundesrepublik Deutschland, Österreich und der Schweiz bekannt und gilt neben dem partiarischen Darlehen aufgrund seiner Stimmrechtslosigkeit als Form einer stillen Kapitalbeteiligung. Wird seine Laufzeit nicht begrenzt, ist er als Eigenkapital zu bilanzieren; in jedem Fall haftet er wie dieses für Verluste des Unternehmens.

Diese den Investmentfonds originär zukommende Funktion ist im Sinne der Absicherung des Kapitalgebers weiterhin sinnvoll.

Die Kontrolle und Eindämmung der Geldkapitalakkumulation schließt des weiteren die Regulierung währungsüberschreitender Geldkapitalbewegungen ein. Zur »dienenden Rolle« des Finanzsektors und des zinstragenden Kapitals gehört daher die auch in mittlerer und längerer Frist fortbestehende, durch die Zentralbanken zu organisierende Devisen- und Kapitalverkehrskontrolle mit einer drastischen Reduzierung des Volumens der über die Weltfinanzmärkte flottierenden Geldkapitale. Anders ließe sich die Herstellung fixierter Wechselkurse und die (Wieder-)Herstellung der Determination des nationalen Zahlungsbilanzsaldos durch die Leistungsbilanz – zusammen mit der internationalen Kontrolle und Steuerung der Überschüsse und Defizite derselben – nicht realisieren.

Die vorstehend in einigen wesentlichen Eckpunkten skizzierte Kupierung der Rolle des zinstragenden Kapitals im Hinblick auf die Eindämmung des fiktiven Kapitals und finanzspekulativer Geschäfte ohne Bezug zu fundamentalen reproduktiven Verhältnissen eröffnet der Zentralbank einen erhöhten geldpolitischen Steuerungseinfluss, fällt doch ein wesentlicher Absorptionskanal der gesamtwirtschaftlichen Geldmenge – die Spekulationskasse – weitgehend fort. Damit wird nicht nur die Gefahr der Blasenbildung im Bereich des fiktiven Kapitals gebannt, sondern auch ein wichtiger, und im Finanzkapitalismus zunehmend gewichtiger gewordener Einflussfaktor für den Kapitalzins ausgeschaltet. Dies muss sich darin äußern, dass das Verhältnis und der Einfluss der Höhe des zentralbankkontrollierten Basiszinses einerseits und der subjektiv, d.h. immer auch spekulativ bestimmten Risikozuschläge auf diesen Basiszins andererseits gegenüber den aktuellen Verhältnissen der fortdauernden Großen Krise umgedreht werden: Eine steuernde Funktion des Zinssatzes ist nur wiederherzustellen, wenn der Basiszinsfuß eine durch die Geldpolitik der Zentralbank zu variierende Schwankungsbreite aufweist und nicht bei Null oder fast Null verharrt und die Zuschläge auf diesen Basiszins für Laufzeiten und Risiko den resultierenden Zinsfuß nicht zu einer die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals begrenzenden und daher die Investitionen restringierenden Höhe führen. Kommt hinzu, dass durch die Geschäftspolitik des vergesellschafteten Geschäftsbankensektors geldpolitische Impulse der Zentralbank nicht konterkariert werden – d.h., keynesianisch gesprochen, dass die von der Endogenität der Geldmenge ausgehenden Impulse durch ein gleichförmiges und abgestimmtes Verhalten der Geschäftsbanken reduziert werden zugunsten der durch die Zentralbank exogen vorgegebenen Einflussgrößen der Geldmenge –, ist der Einfluss der Geldpolitik für die Zinssätze zwar nicht absolut, aber doch erheblich gesteigert: Induzierte Bewegungen der Zinssätze durch die reproduktive Akkumulation können direkt durch die Zentralbankpolitik aufgenommen und verstärkt, abgemildert oder umgedreht werden. Der für die Allokation der Geldmittel steuernde Einfluss des Zinsfußes wird so zu einem expliziten Faktor der übergreifenden Strukturpolitik. Dass dies unterstellt, dass Zentralbankgeldpolitik und allgemeine Wirtschaftspolitik in einem abgestimmten Gleichklang zu agieren haben, sich also nicht wechsel-

seitig durch die Verfolgung alternativer Zielstellungen konterkarieren dürfen, versteht sich von selbst.

Sozialistischer Ausbau des Sozialstaates: Neue Arbeitsteilung zwischen öffentlich und gemeinwirtschaftlich organisierten Humandienstleistungen

In einer sozialistischen Marktwirtschaft mit selbstständigen Unternehmen, die auf der Grundlage preislich bewerteter Inputressourcen sowie in Abhängigkeit von den Nachfrageverhältnissen, d.h. auf der Basis von Marktpreisen dezentral ihre Investitions- und Produktionsentscheidungen zu treffen haben, sind der Bereich der sozialen Sicherung sowie die Angelegenheiten des allgemein-öffentlichen Interesses des Gemeinwesens als besondere Sphären des gesellschaftlichen Gesamtreproduktionsprozesses zu organisieren. Die Systeme der Sozialversicherung und des eigentlichen Staatsapparates sind durch Abgaben sowie durch allgemeine Steuern zu finanzieren und bilden dergestalt Abzüge aus der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung. Insofern bleibt es auch unter der Dominanz sozialistischer Produktionsverhältnisse bei der aus der »sozialen Marktwirtschaft« bekannten Arbeitsteilung zwischen Produktion/Wertschöpfung innerhalb des gesamtwirtschaftlichen Unternehmenssektors und den öffentlichen Haushalten von Sozialversicherung und Staat (Gebietskörperschaften) als abgeleiteten Gesellschaftssphären.[39]

Allerdings ergeben sich gegenüber dem Sozialstaat bürgerlicher Provenienz charakteristische Unterschiede, die zusammengenommen eine qualitative Differenz ausmachen und auch dem öffentlichen Bereich seine sozialistische Eigentümlichkeit verschaffen. Dies betrifft zuvorderst die Stellung des Sozialstaats gegenüber der Familie als kleinster ökonomischer Einheit der Gesellschaft, desweiteren seine interne Organisation und schließlich seine Finanzierung, die auch die charakteristischen quantitativen Unterschiede gegenüber dem bürgerlichen Sozialstaat beherbergt.

Die Konstruktion des Sozialstaats auf Basis kapitalistischer Produktionsverhältnisse konstituiert zum einen eine gegenüber der bürgerlich-privaten Form alternative Vergesellschaftung, insofern die kennzeichnenden Risiken der Lohnarbeiterexistenz – Arbeitslosigkeit, Krankheit (Unfall), Fortfall des Verkaufs der Arbeitskraft durch Arbeitslosigkeit sowie Pflegedürftigkeit im Alter – durch allgemeines Staatsgesetz geregelt und solidarisch für die arbeitenden Klassen durch Abzüge ihres Lohnfonds finanziert werden. Zum anderen bleibt der bürgerliche Sozialstaat jedoch vielfach nachgeordnet gegenüber der familiären Umverteilung; dies gilt auch noch in seiner entwickelten Form, in der der Sozialstaat ursprüngliche Familienfunktionen sozia-

[39] Mit dieser funktionellen Einordnung des Sozialstaats als abgeleiteter Gesellschaftssphäre ist zugleich eine grundlegende Bewertung des Stellenwerts und der Transitionsperspektiven öffentlich vermittelter Verteilungs- und Umverteilungsverhältnisse bspw. gegenüber den Ansätzen eines bedingungslosen Grundeinkommens (Unconditional Basic Income) vorgenommen, die nicht die Initiativfunktion einer sozialistischen Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft innehaben können, sondern in einer schrittweisen Ausgestaltung an die Umgestaltung der Wertschöpfungsbasis (Primat der Erwerbsarbeit) gebunden bleiben.

lisiert und ausbaut und damit die Familie selbst zugunsten der Ein- und Zwei-Generationenfamilie transformiert: die Subsidiarität sozialstaatlicher Leistungen im Verhältnis zu persönlichen Abhängigkeitsverhältnissen innerhalb der Familie bleibt in vielen Fällen erhalten. Wo sie durchbrochen wird, bleibt die Form der Gewährung sozialstaatlicher Transfers an Bedürftigkeitsprüfungen, die oftmals entwürdigenden Charakter haben und daher als repressiv empfunden werden, gebunden.[40] Des weiteren reproduziert die Ausgestaltung vieler sozialer Geldtransfers die überkommene kapitalistisch geprägte Einkommensverteilung zwischen verschiedenen Fraktionen der Arbeiterklasse sowie den lohnabhängigen Mittelklassen; das Nebeneinander von sozialstaatlicher Versicherung und privater Versicherung bei Krankheit und für Altersvorsorge komplettiert die klassenspezifischen Narben der Entstehung des bürgerlichen Sozialstaats.

Die erste Forderung zur Relativierung des bürgerlichen Charakters des Sozialstaats ist daher die Einführung einer allgemeinen Bürgerversicherung bei Krankheit, Unfall, Pflegebedürftigkeit und im Alter. Die Reproduktion klassenbestimmter Einkommensunterschiede, die zum Teil berechtigterweise als erarbeitete Anwartschaften betrachtet werden, ist durch verbindliche Mindeststandards, die ein selbstbestimmtes Leben mit Nutzung aller zivilisatorischen Errungenschaften ermöglichen, zu relativieren. Die Etablierung einer bedarfsorientierten Mindestsicherung respektiert den Primat der erwerbsbestimmten Einkommenserzielung und vermeidet den Fehler der umstandslosen Einführung kommunistischer Verteilungsprinzipien im Sinne einer bedingungslosen Grundsicherung für alle Gesellschaftsmitglieder, die auch unter den Bedingungen der entwickelten kapitalistischen Gesellschaften vom Aufkommen der notwendigen Mittel nur eine Verallgemeinerung des Mangels für die bedürftigen Bevölkerungsgruppen bewerkstelligen könnten.[41]

---

[40] Die in der Bundesrepublik Deutschland unter der rot-grünen Regierung durchgesetzte Arbeitsmarkt-»Reform« (Agenda 2010) sowie die Verschiebung des Renteneintritts auf das 67. Lebensjahr haben diesen in der Konstruktion des bürgerlichen Sozialstaats per se angelegten subsidiären Charakter wieder erheblich gesteigert. Die Forderung nach Abschaffung der »Agenda 2010« ist demgemäß eine unabdingbare Vorbedingung für weitergehende sozialistische Transformationsprozesse des Sozialstaats.

[41] Das Konzept des bedingungslosen Grundeinkommens – zu differenzieren ist hier zwischen liberalen Ansätzen, die Vehikel für die Einführung und Ausbreitung eines Niedriglohnsektors sind und emanzipativen, auf Teilhabe aller Gesellschaftsmitglieder bezogenen Ausgestaltungen (vgl. hierzu Blaschke/Otto/Schepers (Hrsg.) 2012) – wird in den progressiven Ansätzen nicht durch die Grundidee, wohl aber hinsichtlich des quantitativen Mittelbedarfes – vorausgesetzt, dieses Grundeinkommen soll tatsächlich die Teilhabe aller an den vorhandenen zivilisatorischen Errungenschaften ermöglichen und nicht nur ein »tierisches Minimum« an Konsumtion sicherstellen – zu einem tendenziell bürgerlich-konservativen Konzept, welches die vorhandenen sozialstaatlichen Strukturen zerstört und, entgegen den Intentionen, soziale Standards reduziert: Bei auch nur 1.000 Euro monatlich, d.h. 12.000 Euro jährlich für alle rd. 80 Mio. Personen der BRD-Wohnbevölkerung beläuft sich das Volumen eines solchen »Unconditional Basic Income«, dem keine marktbestimmten Einkommen gegengerechnet werden, auf die Summe von 960 Mrd. Euro und beansprucht damit fast 90%

Auch die Erbringung von Sozialleistungen durch Realtransfers oder öffentliche Dienstleistungen weist vielfältige Narben der Entstehung auf, sei es, dass ihre ursprüngliche Konstitution unter kapitalistischen Bedingungen nach Kassenlage geschah, die mittlerweile nicht mehr vorhanden ist, und dergestalt zu Einsparungen und Kürzungen auf Kosten der Qualität der Dienstleistungen geführt hat, sei es, dass überkommene Regulierungen, auch im Bereich des Arbeitsrechts, zu starren, inflexiblen Ausführungen der Dienstleistungen treiben, oder sei es, dass ihre private Erbringung (mit öffentlicher Finanzierung) durch den Einfluss vielfältiger Lobbygruppen zu Regelungen geführt hat, die Ineffizienzen und Verschwendungen Vorschub leisten. Gerade der Bereich der öffentlich organisierten Humandienstleistungen, das sind haushaltsreproduktive Staatsfunktionen, muss nicht, dies zeigen die Parallelstrukturen zivilgesellschaftlicher Institutionen mit gemeinnützigen Organisationsformen, per se in öffentlicher Rechtsform organisiert werden. Die Überwindung der kameralistischen Buchführung und die Transformation öffentlicher Bereiche ohne eigene Rechtspersönlichkeit in unternehmens- oder unternehmensähnliche Strukturen mit einem an den Standards zeitgenössischer Bilanzierung ausgerichteten Rechnungswesen ist als Organisationsfortschritt zu werten und ist eine wesentliche Bedingung für einen wirtschaftlichen Umgang mit den Inputressourcen. Dementsprechend soll sie unter Bedingungen einer sozialistischen Marktwirtschaft beibehalten und ausgebaut werden. Entscheidend sind allerdings die jeweiligen Zielstellungen für diese öffentlichen und gemeinwirtschaftlichen GmbHs: Sofern sie ihre (Dienst-)Leistungen als Waren auf den Märkten verkaufen, sollen ihre Marktpreise reine Kostenpreise sein, die keine Profitbestandteile enthalten. Die Finanzierung von Investitionen, sofern sie über den Ersatz vorhandener Fonds aus den Abschreibungsgegenwerten hinausgehen, ist durch Zuweisungen aus öffentlichen Haushalten der verschiedenen Gebietskörperschaften (Sozialhaushalte) zu gewährleisten. In längerfristiger Perspektive ist über den Zwischenschritt nichtkostendeckender Gebühren dieser Bereich der haushaltsreproduktiven öffentlichen Realtransfers das Einfallstor zur Etablierung kommunistischer Verteilungsprinzipien mit unentgeltlicher Bereitstellung dieser Dienstleistungen nach den Bedürfnissen der Bevölkerung. Die Preispolitik in diesem Bereich wird damit zu einem wesentlichen Hebel der schrittweisen Umgestaltung der individuellen Konsumtion; die Beibehaltung unternehmensmäßiger Rechnungslegung und -führung bleibt dabei jedoch wesentlich.

---

der Gesamteinnahmen der bundesdeutschen Gebietskörperschaften (Bund, Länder, Kommunen) und aller Sozialversicherungszweige i.H.v. insgesamt 1.080 Mrd. Euro (Stand 2010); es ist daher gegenwärtig auch bei einer substanziellen Verbesserung der Einnahmeseite der öffentlichen Haushalte nicht finanzierbar. Es verdankt seine Attraktivität zu einem großen Teil den als repressiv empfundenen Bedingungen bei der Beantragung und dem Bezug von Sozialleistungen und soll die spezifisch bürgerlichen Unvollkommenheiten des Sozialstaats aufheben – würde dies aber nur bewerkstelligen, um die einen Unvollkommenheiten im Resultat durch andere zu ersetzen.

Die Zuordnung dieser GmbHs zum öffentlichen Sektor und einem gemeinwirtschaftlichen Wirtschaftssektor erfolgt nach dem Stellenwert, den die jeweiligen Dienstleistungen im Hinblick auf Transformationsprojekte der allgemeinen Sozialpolitik besitzen. Sobald jeweilige Zielwerte der flächendeckenden Präsenz und qualitativen Ausgestaltung dieser Dienstleistungen erreicht worden sind, kann die Überführung aus dem öffentlich-staatlichen Sektor in gemeinwirtschaftliche Strukturen erfolgen; ihre staatliche Organisation besitzt damit die Funktion des Anstoßgebers, die, sobald sie erfüllt ist, in zivilgesellschaftliche Strukturen transformiert werden kann. Dies ist dann zugleich als beständige Rücknahme der dem Staat anhaftenden Verselbstständigung in die Gesellschaft zu werten.

Sofern die haushaltsreproduktiven Dienstleistungen sich nicht ökonomisch selbst tragen, ist ihre Finanzierung wie diejenige der sozialen Geldtransfers aus der gesellschaftlichen Wertschöpfung zu tragen. Unter Verteilungsaspekten ist dabei die Wertschöpfung in den produktiven Bereichen der Wirtschaft die adäquate Bemessungsgrundlage für das Aufkommen des gesellschaftlichen Sozialhaushalts. Damit wird eine Heranziehung der produktiven Einheiten nach ihrer Leistungsfähigkeit gewährleistet und eine politisch unerwünschte Umverteilung – Besserstellung kapitalintensiver Produktionen bzw., spiegelbildlich dazu, eine Schlechterstellung arbeitsintensiver Bereiche – vermieden.

Die Ausgestaltung des Steuersystems folgt den sozialistischen Prinzipien einer Stärkung der direkten gegenüber der indirekten Besteuerung mit progressiven Steuersätzen auf höhere Einkommen und Vermögen. Allerdings ist die nachträgliche Korrektur der marktbestimmten Verteilung durch die Besteuerung begrenzt. Dies liegt an den unterschiedlichen Überwälzungsmöglichkeiten auch der direkten Steuern für verschiedene Einkommensarten durch Ausnahmetatbestände sowie den Einfluss der Steuerpflichtigen auf die Preissetzung (Unterschied zwischen formaler und materialer Steuer- und Abgabeninzidenz).[42] Es ist daher notwendig, neben einer sekundären Korrektur der Verteilung durch Besteuerung auch die primäre Einkommensverteilung durch administrative Vorgaben zu regulieren: dynamisierte flächendeckende Mindestlöhne und Begrenzung von Managereinkommen als definierte Vielfache der Mindestlöhne sind unverzichtbar. Leitlinie ist dabei, dem sozialistischen Prinzip: »Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung« zum Recht zu verhelfen und demgemäß eine gesellschaftlich transparente und allgemein akzeptierte Einkommensspreizung herzustellen, die Leistungsanreize för-

[42] Vgl. hierzu unsere grundsätzlichen Ausführungen in Krüger 2010: 689ff. Es wäre eine Arbeit für sich, die Umverteilungswirkungen des bundesdeutschen Sozialstaats für die Nachkriegsentwicklung seit 1950 bis heute empirisch-statistisch auszuwerten und bliebe zusammen mit einer theoretischen und empirischen Analyse der Grundrente – Entwicklung/Veränderung von Regionalstrukturen sowie Rolle und Stellenwert des Immobilienvermögens etc. – einer Ergänzung der »Allgemeinen Theorie der Kapitalakkumulation« und diesbezüglich einer etwaigen Fortsetzung der Schriftenreihe »Kritik der politischen Ökonomie und Kapitalismusanalyse« vorbehalten.

dert, auf der unterschiedlichen Qualität der erbrachten Arbeit aufbaut und leistungslose Einkommenserzielung und Sinekuren diskreditiert.

Wirtschaftsdemokratische Unternehmensverfassung

Der Warencharakter der Arbeitskraft und die ihm unterliegende Trennung der Arbeiter von den Produktionsmitteln, die ihm als fremdes Eigentum gegenüberstehen, dessen Eigentümer letztendlich darüber entscheiden, ob der Arbeiter arbeiten darf oder nicht, charakterisiert die kapitalistischen Produktionsverhältnisse. Die sich im Kapitalismus in seiner fordistischen Hochphase vollziehende partielle Dekommodifizierung der Arbeitskraft hebt nicht die Trennung der Arbeit von ihren Verwirklichungsbedingungen auf, stattet aber das Lohnarbeitsverhältnis mit spezifischen Rechten und Regulierungen aus, die sowohl die Verkaufsbedingungen der Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt als auch die Nutzungsbedingungen der Arbeit innerhalb des Produktionsprozesses und die Entlohnung zugunsten der Lohnarbeit verschieben. Es ist daher zu Recht von dem entwickelten Lohnarbeitsverhältnis als spezifisches »Sozialkapital« (Robert Castel) der abhängig Beschäftigten gesprochen worden.[43] Das Arbeitsmarktregime und die »industrial relations« innerhalb einer sozialistischen Marktwirtschaft haben an der Ausgestaltung des Lohnarbeitsverhältnisses zur Hochzeit der Nachkriegsprosperität anzuknüpfen, die überkommenen Regulierungen zu modernisieren und auszubauen und eben dadurch die qualitative Differenz zugunsten eines sozialistischen Arbeitsmarkt-, Beschäftigungs- und Lohnregimes zu schaffen.

Eine solche sozialistische Dekommodifizierung der Arbeitskraft hebt ebenfalls nicht die formelle Trennung des individuellen Arbeitskraftbesitzers von den Produktionsmitteln auf, entkleidet aber dieselben ihres Kapitalcharakters als gesellschaftlicher Eigenschaft, wenngleich abgestuft je nach der Rechtsform des betreffenden Unternehmens oder Wirtschaftssektors als öffentlichem, genossenschaftlichem, gemeinwirtschaftlichem oder privatem Sektor. Den Gewerkschaften als unmittelbarer Assoziation der Beschäftigten kommt dabei eine besondere Rolle als Gestalter der Entgelt- und Manteltarifverträge, als Mitbestimmungsakteur neben den betrieblichen Interessenvertretern über das Was, Wie und Für wen der Produktion, als Kontrolleur der jeweiligen Unternehmensergebnisse sowie als Mitentscheider über die Verwendung der Unternehmensgewinne zu. Eine sozialistische »Corporate Governance« beruht auf einem umfassenden Co-Management der betrieblichen und gewerkschaftlichen Interessenvertreter; sie wird bestätigt durch eine Verallgemeinerung der Funktion eines autonom bestimmten Arbeitsdirektors in den Geschäftsführungen/Vorständen von Unternehmen, die Etablierung eines Top-Management-Mitgliedes ohne Geschäftsbereich als Inspektor der einzelwirtschaftlichen Umsetzung der sektoralen und regionalen strukturpolitischen Ziele sowie einer demokratisch

[43] Vgl. Castel 2001: 23: »*Diese Verknüpfung von Arbeit und sozialer Sicherung (d.h. ein gesellschaftlicher Bürgerstatus, S.K.) kann als die große Innovation der Erwerbsgesellschaft gesehen werden.*«

legitimierten Besetzung der Aufsichtsräte durch Vertreter gesellschaftlicher Gruppen neben den Vertretern der Eigentümer und der Beschäftigten. Diese personellen Verankerungen, Verallgemeinerungen und Erweiterungen im Management und in den Aufsichtsräten sollen gesetzlich bindend in allen Unternehmen oberhalb einer gewissen Größe – zu denken ist an Unternehmen mit mehr als 200 Beschäftigten – sein; sie greifen in den Kernbereich der so genannten unternehmerischen Entscheidungen ein und betreffen nicht nur, wie in den am weitesten einem betrieblichen und unternehmerischen Mitbestimmungsregime der überkommenen »sozialen Marktwirtschaft« unterworfenen Unternehmen der Montan-Mitbestimmung, die personellen Auswirkungen der unternehmerisch-betriebswirtschaftlichen Entscheidungen, sondern diese letzteren selbst.

Zur realen Vergesellschaftung und Ausbildung eines (Mit-)Eigentümerbewusstseins, um die Motivation der Beschäftigten zu erhöhen, sowie zur (zusätzlichen) Absicherung ihrer Rechte ist im Privatsektor der Wirtschaft der Aufbau von Belegschaftsbeteiligungen am Kapital zu forcieren, um die soziale Verpflichtung des Eigentums an den Produktionsmitteln institutionell-eigentumsrechtlich zu gewährleisten. Diese Belegschaftsbeteiligungen können dabei sowohl in Branchenfonds, die durch externe Belegschaftsvertreter (Gewerkschaften) verwaltet werden als auch in gebündelter Form durch die im Unternehmen beschäftigten Mitarbeiter organisiert werden; im letzteren Fall findet also eine partielle Integration von Elementen genossenschaftlicher Strukturen auch in anderen Unternehmensrechtsformen statt. Damit enthält der potenzielle Widerspruch zwischen den kurzfristigen und Tagesinteressen der Beschäftigten einerseits und den mittel- und längerfristigen Perspektiven, die u.a. durch die strukturpolitischen Ziele verkörpert sind, andererseits eine Bewegungsform, die selbstredend auch den offenen Ausbruch dieses Widerspruches einschließen kann. Allerdings schließt diese Bewegungsform des Widerspruchs zwischen den Interessen der Beschäftigten als Lohnabhängigen und als Miteigentümer erweiterte Möglichkeiten im Unterschied zu der seinerzeitigen Struktur in den realsozialistischen Betrieben ein, in denen die Kommunistische Partei als Staatspartei derartige vorgelagerte Konfliktlösungsmöglichkeiten oftmals nicht besaß.

Einer sozialistischen Corporate Governance der Unternehmen entsprechen bezüglich der Regularien und Institutionen des Arbeitsmarktes (Arbeitsmarktpolitik) und des Arbeitsrechts die Allgemeinverbindlichkeit der von den Gewerkschaften und Unternehmensvertretern ausgehandelten Tarifverträge (auf Basis eines allgemeinen gesetzlichen dynamisierten Mindestlohnes) und die Fürsorgepflicht der Unternehmen bei Produktionsum- oder -einstellungen für die vom Verlust ihres bisherigen Arbeitsplatzes betroffenen Mitarbeiter; für letzteres kann an das Instrument der betrieblichen und regionalen Beschäftigungsgesellschaften in seiner originären Form – nicht in der Form der heute gängigen Transfergesellschaft – angeknüpft werden. Als allgemeines und übergeordnetes Ziel einer sozialistischen Marktwirtschaft gilt darüber hinaus die Einbeziehung aller arbeitsfähigen und -willigen Gesellschaftsmitglieder in die Erwerbsarbeit. Der Abbau von struktureller Arbeitslosigkeit und die Begrenzung der Vernutzungsbedingungen der Arbeitskraft im Produktionspro-

zess unterstellen die sukzessive, produktivitätskonforme Verkürzung der Arbeitszeit in allen Formen als tägliche, wöchentliche, Jahres- und Lebensarbeitszeit, um Raum zu schaffen für die freie Entwicklung der Individualität jenseits des Arbeitsbereichs als »Reich der Notwendigkeit«.

Dieses Ensemble arbeitsmarktlicher und unternehmensinterner Veränderungen verändert nicht die funktionelle Hierarchie der makroökonomischen Märkte – Finanz-, Waren- und Arbeitsmarkt –, setzt aber durch die Dekommodifizierung der Arbeitskraft und die neuen Regulierungen am Arbeitsmarkt neue Daten durch den letzteren für die Akkumulation, die mit einer wirksamen Rigidität der Geldlöhne nach unten die heute in vielen Bereichen der Ökonomie vorherrschenden Dumping-Löhne verhindern und so deflationäre Entwicklungen bei der gesamtwirtschaftlichen Konsumnachfrage ausschließen.

d) Kommunistische Perspektiven

Die Etablierung einer umfassenden Wirtschaftsdemokratie vollendet die mit der bürgerlichen Revolution erkämpfte politische Demokratie und Gewährleistung der Menschenrechte und schafft mit der Gewährleistung sozialer Sicherheit für alle allererst die Basis für persönliche Freiheit nicht als abstraktes Recht, sondern als mit materialem Inhalt gefülltes Menschenrecht. Gleichwohl bleibt die vorliegend in einigen Eckpunkten konturierte sozialistische Marktwirtschaft eine Gesellschaft, die das »wirtschaftliche Problem« auf Basis der Überwindung der Kapitalknappheit zwar entscheidend gemildert, in einigen und perspektivisch zunehmenden Bereichen gelöst, jedoch noch nicht umfassend aufgehoben hat. Zwar ist für die entwickelten Industrie- und Dienstleistungsgesellschaften des Westens die mittelfristige Erreichung eines Zustandes des Überflusses für tendenziell alle Gesellschaftsmitglieder unter diesen Bedingungen vorstellbar, doch gilt dies keineswegs in überschaubaren Zeiträumen für die heutigen Schwellenländer, noch weniger für die unentwickelten Länder der so genannten Dritten Welt. Die internationale Entwicklungsaufgabe bleibt bestehen und wird auch ohne einen Ressourcentransfer zulasten der entwickelten Länder nicht zu haben sein.[44]

Auch der im Rahmen einer entwickelten sozialistischen Marktwirtschaft vorstellbare Zustand des Überflusses ist absehbar noch keineswegs die Überwindung der Knappheit verfügbarer Produkte und Dienstleistungen im Verhältnis zu den Bedürfnissen der Menschen, sondern erstere besitzen weitgehend noch die Form

[44] Dies gilt auch dann, wenn dieser Ressourcentransfer von handgreiflichen ökonomischen Interessen der entwickelten Länder im Hinblick auf Rohstoffbeschaffung, Aufschließen von Absatzmärkten und Sicherung geo-politischer Einflusszonen frei ist und darüber hinaus die Entwicklungsprozesse in den Schwellen- und Drittweltländern nicht in die gängigen und in der Vergangenheit vorherrschenden Schablonen wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklung ein- und untergeordnet werden.

von Waren und die letzteren müssen zahlungsfähig sein, um die Waren kaufen und also ihre Preise bezahlen zu können. Mit anderen Worten: Das Bedürfnis als zahlungsfähiges Bedürfnis bleibt an die Erzielung eines Geldeinkommens gebunden und dieses ist wiederum nicht nur gebunden an, sondern darüber hinaus quantitativ bestimmt durch die jeweilige Leistung; es gilt also das Prinzip: »Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung«, welches nach Marx charakteristisch ist für die erste oder unentwickelte Phase des Kommunismus, die landläufig als Sozialismus bezeichnet wird.[45] Auch wenn es keinen kommunistischen Endzustand einer Gesellschaft geben kann,[46] ist gleichwohl eine Entwicklungsperspektive einer sozialistischen Marktwirtschaft anzugeben, welche über dieselbe als niedrige oder unentwickelte Phase einer kommunistischen Gesellschaft hinausweist.

In seiner Kritik am Gothaer Programmentwurf der deutschen Arbeiterpartei charakterisiert Marx die höhere Phase der kommunistischen Gesellschaft durch das Produktions- und Verteilungsprinzip: »Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen« und hebt damit auf die Überwindung der aus der bürgerlichen Gesellschaft herstammenden abstrakten Gleichheit der Gesellschaftssubjekte ab, die sich im sozialistischen Leistungsprinzip widerspiegelt und der realen Verschiedenheit der Individuen nicht Rechnung trägt. Im weiteren folgt daraus, dass

---

[45] Vgl. MEW 19, 20: »*Womit wir es hier zu tun haben, ist eine kommunistische Gesellschaft, nicht wie sie sich auf ihrer eignen Grundlage* entwickelt *hat, sondern umgekehrt, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft* hervorgeht, *also in jeder Beziehung, ökonomisch, sittlich, geistig, noch behaftet ist mit den Muttermalen der alten Gesellschaft, aus deren Schoß sie herkommt. Demgemäß erhält der einzelne Produzent – nach den Abzügen – exakt zurück, was er ihr gibt. Was er ihr gegeben hat, ist sein individuelles Arbeitsquantum. Z.B. der gesellschaftliche Arbeitstag besteht aus der Summe der individuellen Arbeitsstunden. Die individuelle Arbeitszeit des einzelnen Produzenten ist der von ihm gelieferte Teil des gesellschaftlichen Arbeitstags, sein Anteil daran. Er erhält von der Gesellschaft einen Schein, daß er soundso viel Arbeit geliefert (nach Abzug seiner Arbeit für die gemeinschaftlichen Fonds), und zieht mit diesem Schein aus dem gesellschaftlichen Vorrat an Konsumtionsmitteln soviel heraus, als gleich viel Arbeit kostet. Dasselbe Quantum Arbeit, das er der Gesellschaft in einer Form gegeben hat, erhält er in der anderen zurück. Es herrscht hier offenbar dasselbe Prinzip, das den Warenaustausch regelt, soweit er Austausch Gleichwertiger ist. Inhalt und Form sind verändert, weil unter den veränderten Umständen niemand etwas geben kann außer seiner Arbeit und weil andrerseits nichts in das Eigentum der einzelnen übergehn kann außer individuellen Konsumtionsmitteln. Was aber die Verteilung der letzteren unter die einzelnen Produzenten betrifft, herrscht dasselbe Prinzip wie beim Austausch von Warenäquivalenten, es wird gleich viel Arbeit in einer Form gegen gleich viel Arbeit in einer andern ausgetauscht.«*

[46] Vgl. MEW 3, 35: »*Der Kommunismus ist für uns nicht ein* Zustand, *der hergestellt werden soll, ein* Ideal, *wonach sich die Wirklichkeit zu richten haben wird. Wir nennen Kommunismus die* wirkliche *Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt. Die Bedingungen dieser Bewegung ergeben sich aus der jetzt bestehenden Voraussetzung.«* Diese Formulierung von Marx steht im übrigen in direktem Widerspruch zu einigen seinerzeitigen Verlautbarungen kommunistischer Parteien in den realsozialistischen Ländern hinsichtlich der Erreichung kommunistischer Zustände (vgl. Bergmann 2009).

die monetäre Budgetrestriktion, die durch ein leistungsäquivalentes Geldeinkommen hergestellt wird und die Bedürfnisse nur nach Maßgabe ihrer Zahlungsfähigkeit zu befriedigen erlaubt, der vollen Entfaltung der Subjektivität und Individualität noch Begrenzungen auferlegt, die im entwickelten Kommunismus überwunden werden sollen. Das gesellschaftliche Anerkenntnis und die Tolerierung und Förderung der Verschiedenheiten einer wahrhaft bedürfnisreichen, weil eigenschafts- und beziehungsreichen Individualität (vgl. Marx, Grundrisse: 312) sollen sich demnach in gesellschaftlichen Verteilungsformen niederschlagen, die das Äquivalenzprinzip zwischen erbrachter Leistung und Umfang der Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum überwinden. Zwar beginnt die Auflösung dieser Äquivalenzbeziehung in gesellschaftlichem Umfang – wir sprechen hier nicht von der in privaten Beziehungen, z.B. der Familie, seit jeher anzutreffenden Verteilung der Ressourcen und Einkommen zwischen einzelnen Subjekten – bereits mit der sozialstaatlichen Umverteilung im Rahmen des bürgerlichen Sozialstaats und erfährt im Rahmen einer sozialistischen Marktwirtschaft durch die gesellschaftliche Regulierung der primären, marktbestimmten Einkommensverteilung sowie die Ausweitung der öffentlichen Realtransfers eine qualitativ höhere Form – allein bleibt der Marktsektor innerhalb der letzteren noch durch derartige Äquivalenzbeziehungen geprägt. Eine wahre und in diesem Sinne kommunistische Überflussgesellschaft ist jedoch erst dann erreicht, wenn auch in dem bisherigen Marktsektor die Knappheitsbeziehung zwischen Ressourcen und Bedürfnissen so weit überwunden ist, dass tendenziell der gesamte notwendige Konsum, d.h. die Befriedigung der Grundbedürfnisse im Unterschied zum Luxuskonsum[47] mit freien Gütern, d.h. ohne Warenform und Preis der Gesellschaft zur Verfügung gestellt werden kann. Für eine grundlegende Partizipation der Subjekte an Luxuskonsumtion käme darüber hinaus eine finanzielle Grundausstattung in Form eines bedingungslosen Geldeinkommens in Betracht. So in übergeordnete Produktions- und Konsumtionsverhältnisse integriertes Element würden die Mängel und Defizite der gegenwärtig diskutierten Grundeinkommenskonzeptionen überwunden. Beides, die notwendige Konsumtion durch freie Produkte und die Demokratisierung der Partizipation am Luxuskonsum, wäre gleichbedeutend mit der Relativierung der Warenform des Produkts und der durch den Austausch von Waren durch das Geld konstituierten Budgetrestriktion; jenseits dieser Verhältnisse würde weiterhin der Erwerb von Waren auf den Märkten seitens der Konsumenten durch Geld bestehen bleiben.

Geld funktioniert unter solchen Bedingungen einerseits als Rechengeld zur Ökonomisierung der eingesetzten Ressourcen sowie als Medium, um ihre Verteilung

[47] In der bürgerlichen Gesellschaft besteht ein gegensätzliches Verhältnis zwischen notwendigem und Luxuskonsumtion. Es ist eine ihrer zivilisatorischen Seiten, dass sich in ihr dieser Gegensatz historisch verschiebt, d.h. das, was früher Luxuskonsum war, heute zum Lebensnotwendigen gezählt wird. Mit der Überwindung der bürgerlichen Gesellschaft wird der Gegensatz überwunden, an seine Stelle tritt der Unterschied, der durch die jeweilige Allokationsform sichtbar wird.

und Verwendung transparent zu halten. D.h. Buchführung wird auch unter kommunistischen Bedingungen notwendig bleiben, zur Gewährleistung des optimalen Ressourceneinsatzes etc. sogar notwendiger denn je sein.[48] Die Geldwirtschaft der sozialistischen Marktwirtschaft, d.h. das Fungieren desselben als Kauf- und Zahlungsmittel,[49] kann aber andererseits sukzessive auf die Zirkulation zwischen den Unternehmen und die Zirkulation von Produkten und Dienstleistungen der Luxuskonsumtion begrenzt werden. Auch diese Relativierung der Warenform des Produkts hebt aber weder die Existenz des Geldes auf, noch beseitigt sie eine marktvermittelte Ressourcenallokation zwischen selbstständigen Produktionseinheiten (Unternehmen), die miteinander im Wettbewerb stehen und deren Erfolg an der Erzielung und Höhe ihres Umsatzüberschusses (Gewinn), der sich nach Abzug aller Abgaben – u.a. eben auch der Abgaben zur Finanzierung der freien Güter sowie des Geld-Grundeinkommens der Konsumenten – ergibt, gemessen wird.

Allerdings bleibt auch in einer derartigen Überflussgesellschaft, die das »wirtschaftliche Problem« gelöst hat, der Bereich von Produktion und Arbeitsverausgabung ein Reich der Naturnotwendigkeit und die Basis für die Reproduktion der Gesellschaft, auf deren Grundlage sich das von Marx sogenannte Reich der Freiheit erhebt, in der sich die Entfaltung der menschlichen Energien und Genüsse frei von Naturgesetzlichkeiten und durch sie gesetzten äußeren Zwängen vollziehen kann.[50] Arbeit als Mittel zur Aneignung und Nutzbarmachung der äußeren Natur

---

[48] Vgl. Marx, Grundrisse, 89: »*Gemeinschaftliche Produktion vorausgesetzt, bleibt die Zeitbestimmung natürlich wesentlich. Je weniger Zeit die Gesellschaft bedarf, um Weizen, Vieh etc. zu produzieren, desto mehr Zeit gewinnt sie zu andrer Produktion, materieller oder geistiger. Wie bei jedem einzelnen Individuum, hängt die Allseitigkeit ihrer Entwicklung, ihres Genusses und ihrer Tätigkeit von Zeitersparung ab. Ökonomie der Zeit, darein löst sich schließlich alle Ökonomie auf. Ebenso muß die Gesellschaft ihre Zeit zweckmäßig einteilen, um eine ihren Gesamtbedürfnissen gemäße Produktion zu erzielen; wie der Einzelne seine Zeit richtig einteilen muß, um sich Kenntnisse in angemeßnen Proportionen zu erwerben oder um den verschiednen Anforderungen an seine Tätigkeit Genüge zu leisten. Ökonomie der Zeit, sowohl wie planmäßige Verteilung der Arbeitszeit auf die verschiednen Zweige der Produktion, bleibt also erstens ökonomisches Gesetz auf Grundlage der gemeinschaftlichen Produktion. Es wird sogar in viel höherem Grade Gesetz.*«

[49] Die Funktion des Geldes als Zahlungsmittel schließt dabei die Form des Geldes als Schatz ein. Die Schatzbildung oder das Sparen ist aber unter diesen Verhältnissen nicht mehr das Halten von Geld als Liquidität zur Absicherung gegenüber der mit kapitalistischen Verhältnissen gegebenen Unsicherheit der Zukunft und auch immer weniger die Bildung von Geldvermögen mit dem Zins als Bereicherungskalkül.

[50] Vgl. MEW 25, 828: »*Der wirkliche Reichtum der Gesellschaft und die Möglichkeit beständiger Erweiterung ihres Reproduktionsprozesses hängt … nicht ab von der Länge der Mehrarbeit, sondern von ihrer Produktivität und von den mehr oder minder reichhaltigen Produktionsbedingungen, worin sie sich vollzieht. Das Reich der Freiheit beginnt in der Tat erst da, wo das Arbeiten, das durch Not und äußere Zweckmäßigkeit bestimmt ist, aufhört; es liegt also der Natur der Sache nach jenseits der Sphäre der materiellen Produktion. … Mit seiner (des zivilisierten Menschen, S. K.) Entwicklung erweitert sich dies Reich der Naturnotwendigkeit, weil die Bedürfnisse; aber zugleich erweitern sich die Produktiv-*

bleibt auch als »travail attractif« unabdingbar und praktische Notwendigkeit, auch wenn sie zunehmend allgemeine, wissenschaftliche Arbeit und Arbeit der Kontrolle und Regelung eines weitgehend automatisierten Produktionsprozesses wird und damit ihren »unmittelbaren« Charakter abstreift.[51] Sie kann andererseits aber nicht zum Spiel werden, verändert jedoch als allgemeine, wissenschaftliche Arbeit das arbeitende Subjekt, seine Mentalitäten und Motivationen auch und gerade für den unmittelbaren Produktionsprozess.[52] Als hoch produktive Arbeit und stets in ihrer Produktivität gesteigerte Arbeit ist ihre Produktausbeute pro Zeiteinheit hoch und beständig steigend. Als unter alle werkfähigen Mitglieder des Gemeinwesens verteilte Arbeit nimmt ihr Anteil an der Lebenszeit der Subjekte einen beständig sinkenden Anteil ein.[53]

Auf der anderen Seite ist in Rechnung zu stellen, dass die Überwindung der Knappheitsbeziehung zwischen Ressourcen und Bedürfnissen nicht nur eine Frage der Produktivität in der Naturaneignung und Ressourcenverwendung darstellt, sondern ebenso sehr die Seite der Bedürfnisentwicklung als variable Größe einbezieht. D.h. ein bewusster Umgang der Gesellschaft mit der äußeren Natur prägt nicht nur

---

kräfte, die diese befriedigen. Die Freiheit in diesem Gebiet kann nur darin bestehn, daß der vergesellschaftete Mensch, die assoziierten Produzenten, diesen ihren Stoffwechsel mit der Natur rationell regeln, unter ihre gemeinschaftliche Kontrolle bringen, statt von ihm als einer blinden Macht beherrscht zu werden; ihn mit dem geringsten Kraftaufwand und unter den ihrer menschlichen Natur würdigsten und adäquatesten Bedingungen vollziehn. Aber es bleibt dies immer ein Reich der Notwendigkeit. Jenseits desselben beginnt die menschliche Kraftentwicklung, die sich als Selbstzweck gilt, das wahre Reich der Freiheit, das aber nur auf jenem Reich der Notwendigkeit als seiner Basis aufblühn kann. Die Verkürzung des Arbeitstags ist die Grundbedingung.«

[51] Vgl. Marx, Grundrisse, 593: »*Sobald die Arbeit in* unmittelbarer *(Herv. S.K.) Form aufgehört hat, die große Quelle des Reichtums zu sein, hört und muß aufhören die Arbeitszeit sein Maß zu sein und daher der Tauschwert das Maß des Gebrauchswerts. Die* Surplusarbeit der Masse *hat aufgehört Bedingung für die Entwicklung des allgemeinen Reichtums zu sein, ebenso wie* die Nichtarbeit der Wenigen *für die Entwicklung der allgemeinen Mächte des menschlichen Kopfes. Damit bricht die auf dem Tauschwert ruhende Produktion zusammen, und der unmittelbare materielle Produktionsprozeß erhält die Form der Notdürftigkeit und Gegensätzlichkeit abgestreift.«*

[52] Vgl. ebd. 599: »*Die freie Zeit – die sowohl Mußezeit als Zeit für höhre Tätigkeit ist – hat ihren Besitzer natürlich in ein andres Subjekt verwandelt und als dies andre Subjekt tritt er dann in den unmittelbaren Produktionsprozeß. Es ist dieser zugleich Disziplin, mit Bezug auf den werdenden Menschen betrachtet, wie Ausübung, Experimentalwissenschaft, materiell schöpferische und sich vergegenständlichende Wissenschaft mit Bezug auf den gewordenen Menschen, in dessen Kopf das akkumulierte Wissen der Gesellschaft existiert.«*

[53] Vgl. ebd.: »*Die wirkliche Ökonomie – Ersparung – besteht in Ersparung von Arbeitszeit; (…); diese Ersparung aber identisch mit Entwicklung der Produktivkraft. Also* keineswegs (Herv. S.K.) Entsagen vom Genuß, *sondern Entwickeln von power, von Fähigkeiten zur Produktion und daher sowohl der Fähigkeiten, wie der Mittel des Genusses. Die Fähigkeit des Genusses ist Bedingung für denselben, also erstes Mittel desselben, und diese Fähigkeit ist Entwicklung einer individuellen Anlage, Produktivkraft.«*

die Seite der Produktion im Hinblick auf Nachhaltigkeit und sparsame Nutzung von Naturstoffen (Ressourcenproduktivität), sondern auch die Entwicklung und Artikulation der Bedürfnisse und Konsumtion materieller Produkte und Dienstleistungen. Es kommt dies letztlich darauf hinaus, dass die Entwicklung des Bedürfnissystems gesellschaftlich bedingt und geprägt ist und mit der Entwicklung des gesellschaftlichen Seins auch das Bewusstsein der Menschen, wenn auch ggf. mit time-lags, sich entwickelt und verändert.[54]

Die vorstehenden Bemerkungen machen deutlich, dass die Zeitachse für eine Verwirklichung der kommunistischen Visionen außerordentlich lang ist. Dennoch bedarf jeder gesellschaftsverändernde Eingriff in das Hier und Jetzt stets auch der visionären Phantasie, die geschichtliche Tendenzen skizziert und dergestalt zu einer Potenz sui generis für die politische Aktion wird. In diesem Sinne sind die vorstehenden Bemerkungen nicht nur ein politisches Bekenntnis, sondern sollen zugleich Diskussionsanreiz für die politische Aktion in der Gegenwart sein.

[54] Dies ist die Gegenthese sowohl gegenüber der oftmals im »linken« Bewusstsein anzutreffenden Glorifizierung der Askese als auch gegenüber jeglichen Formen einer von selbsternannten Avantgarden vorgenommenen Bedürfnisbewertung oder von Forderungen nach administrativen Eingriffen in das gesellschaftliche Bedürfnissystem.

Literatur

1. Schriften von John Maynard Keynes

Keynes, J.M. (1919): The Economic Consequences of the Peace, in: The Collected Writings of John Maynard Keynes, II; deutsch: Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages, München/Leipzig 1920

Keynes, J.M. (1925a): Die wirtschaftlichen Folgen von Mr. Churchill, in: H. Mattfeldt, Keynes. Kommentierte Werkauswahl, Hamburg 1985

Keynes, J.M. (1925b): Bin ich ein Liberaler?, in: H. Mattfeldt, Keynes. Kommentierte Werkauswahl, Hamburg 1985

Keynes, J.M. (1926): Das Ende des Laissez-Faire?, in: H. Mattfeldt, Keynes. Kommentierte Werkauswahl, Hamburg 1985

Keynes, J.M. (1929): Ein Programm der Ausweitung, in: H. Mattfeldt, Keynes. Kommentierte Werkauswahl, Hamburg 1985

Keynes, J.M. (1930a): A Treatise on Money, deutsch: Vom Gelde, Berlin 1932

Keynes, J.M. (1930b): Wirtschaftliche Möglichkeiten für unsere Enkelkinder, in: N. Reuter, Wachstumseuphorie und Verteilungsrealität. Wirtschaftspolitische Leitbilder zwischen Gestern und Morgen. Mit Texten zum Thema von John Maynard Keynes und Wassily Leontief, Marburg 1998

Keynes, J.M. (1931): Gedanken über den Freihandel, in: Wirtschaftsdienst. Weltwirtschaftliche Nachrichten, hrsg. vom Hamburger Welt-Wirtschafts-Archiv, 16. Jahrgang

Keynes, J.M. (1932): The Monetary Policy of the Labour Party, in: The Collected Writings of John Maynard Keynes, XXI, Activities 1931-1939, World Crisis and Politics in Britain and America, S. 128ff.

Keynes, J.M. (1933a): Wege zur Wiedererlangung der Prosperität, in: H. Mattfeldt, Keynes. Kommentierte Werkauswahl, Hamburg 1985

Keynes, J.M. (1933b): Nationale Selbstgenügsamkeit, in: H. Mattfeldt, Keynes. Kommentierte Werkauswahl, Hamburg 1985

Keynes , J.M. (1936a): General Theory of Employment, Interest and Money; deutsch: Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, Berlin 1936, verbessert und um eine Erläuterung des Aufbaus ergänzt von J. Kromphardt und S. Schneider, Berlin 2006; zitiert als AT

Keynes, J.M. (1936b): The General Theory of Employment, Interest and Money, in: J.M. Keynes, Collected Writings, Vol. XIV, London 1973; zitiert als GT

Keynes, J.M. (1937): Einige Folgen einer abnehmenden Bevölkerung, in: N. Reuter, Wachstumseuphorie und Verteilungsrealität. Wirtschaftspolitische Leitbilder zwischen Gestern und Morgen. Mit Texten zum Thema von John Maynard Keynes und Wassily Leontief, Marburg 1998

Keynes, J.M. (1943a): Das Langzeitproblem der Vollbeschäftigung, in: N. Reuter, Wachstumseuphorie und Verteilungsrealität. Wirtschaftspolitische Leitbilder zwischen Gestern und Morgen. Mit Texten zum Thema von John Maynard Keynes und Wassily Leontief, Marburg 1998

Keynes, J.M. (1943b): Proposals for an International Clearing Union; in: H.G. Grubel (Hrsg.), World Monetary Reform, Plans and Issues, Stanford (Cal.) 1963

2. Schriften von Karl Marx und Friedrich Engels

MEW 3: K. Marx/F. Engels, Die deutsche Ideologie, in: Marx-Engels-Werke (MEW), Bd. 3, Berlin (DDR) 1969
MEW 7: K. Marx, Die Klassenkämpfe in Frankreich, in: MEW, Bd. 7, Berlin (DDR) 1968
MEW 13: K. Marx, Zur Kritik der politischen Ökonomie, in: MEW, Bd. 13, Berlin (DDR) 1971
MEW 16: K. Marx, Lohn, Preis und Profit, in: MEW, Bd. 16, Berlin (DDR) 1969
MEW 19: Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei, in: MEW, Bd. 19, Berlin (DDR) 1972
MEW 23: K. Marx, Das Kapital. Zur Kritik der politischen Ökonomie, Erster Bd.: Der Produktionsprozeß des Kapitals, 4. Auflage von 1890, in: MEW, Bd. 23, Berlin (DDR) 1971
MEW 24: K. Marx, Das Kapital. Zur Kritik der politischen Ökonomie, Zweiter Bd.: Der Zirkulationsprozeß des Kapitals, herausgegeben von F. Engels, in: MEW, Bd. 24, Berlin (DDR) 1971
MEW 25: K. Marx, Das Kapital. Zur Kritik der politischen Ökonomie, Dritter Bd.: Der Gesamtprozeß der kapitalistischen Produktion, herausgegeben von F. Engels, in: MEW, Bd. 25, Berlin (DDR) 1970
MEW 26.1, 26.2, 26.3: K. Marx, Theorien über den Mehrwert, in: MEW, Bd. 26.1, 26.2, 26.3, Berlin (DDR) 1971, 1967, 1968
Grundrisse: K. Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. Rohentwurf 1857-1858, Berlin (DDR) 1953
Urtext: K. Marx, Fragment des Urtextes von »Zur Kritik der politischen Ökonomie« (1858), in: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Berlin (DDR) 1953
MEGA II, 3.1, 3.2, 3.3, 3.4, 3.5, 3.6: K. Marx, Zur Kritik der politischen Ökonomie. Manuskript 1861-1863, in: Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA), 2. Abteilung: »Das Kapital« und Vorarbeiten, Berlin (DDR) 1976ff.

3. Monographien und Aufsätze

Abelshauser, W. (1975): Wirtschaft in Westdeutschland 1945-1948. Rekonstruktion und Wachstum in der amerikanischen und britischen Zone, Stuttgart
Abelshauser, W. (1979): Probleme des Wiederaufbaus der westdeutschen Wirtschaft 1945-1953, in: H.A. Winkler (Hrsg.), Politische Weichenstellungen im Nachkriegsdeutschland 1945-1953, Göttingen
Aganbegjan, G. (1989): Ökonomie und Perestroika. Gorbatschows Wirtschaftsstrategien, Hamburg
Aglietta, M. (1987): A Theory of Capitalist Regulation. The US Experience, London/New York
Aglietta, M. (2000): Ein neues Akkumulationsregime. Die Regulationstheorie auf dem Prüfstand, Hamburg
Aldcroft, D.H. (1970): The inter-war Economy. Britain 1919-1939, London
Aldcroft, D.H. (1978): Die zwanziger Jahre. Von Versailles zur Wall Street 1919-1929, München/Harmondsworth (Middlesex)
Altvater, E. (1987): Sachzwang Weltmarkt. Verschuldungskrise, blockierte Industriali-

sierung, ökologische Gefährdung – der Fall Brasilien, Hamburg
Altvater, E. (1991): Die Zukunft des Marktes. Ein Essay über die Regulation von Geld und Natur nach dem Scheitern des »real existierenden Sozialismus«, Münster
Altvater, E. (2010): Der große Krach oder die Jahrhundertkrise von Wirtschaft und Finanzen, von Politik und Natur, Münster
Altvater, E./Hübner, K./Stanger, M. (1983): Alternative Wirtschaftspolitik jenseits des Keynesianismus. Wirtschaftspolitische Optionen der Gewerkschaften in Westeuropa, Opladen
Arestis, P./Sawyer, M. (2011): Abschied vom Euro?, in: WSI-Mitteilungen, Heft 6
Arkenstette, M. u.a. (1982): Sozial-Demontage. Vom Sozialstaat zur konservativen Wende, Hamburg
Arrighi, G. (2007): Adam Smith in Beijing. Die Genealogie des 21. Jahrhunderts, Hamburg
Arrighi, G. (2009): Die verschlungenen Pfade des Kapitals. Ein Gespräch mit David Harvey, Analysen mit Beverly J. Silver zur Weltgeschichte der Arbeiterbewegung und zu China, Hamburg
Arndt H. (1966): Mikroökonomische Theorie, 1. Band: Marktgleichgewicht, Tübingen
Autorenkollektiv (1972): Grundlagen und Praxis der Wirtschaftsreform in der UdSSR, Berlin (DDR)
Bader, V.M. u. a. (1975): Krise und Kapitalismus bei Marx, 2 Bde., Frankfurt a.M.
Bader, V.M./Berger, J./Ganßmann, H./v. Knesebeck. J. (1976): Einführung in die Gesellschaftstheorie. Gesellschaft, Wirtschaft und Staat bei Marx und Weber, 2 Bde., Frankfurt/New York
Balassa, B. (1964): The Purchasing Power Parity Doctrin. A Reappraisal, in: Journal of Political Economy, Vol. 72
Bergmann, Th. (2009): Internationalismus im 21. Jahrhundert. Lernen aus Niederlagen – für eine neue internationale Solidarität, Hamburg
Bernstein, M.A. (1987): The Great Depression. Delayed Recovery and Economic Change in America, 1929-1939, Cambridge/New York/New Rochelle/Melbourne/Sydney
Bettelheim, Ch. (1971): Theorie und Praxis sozialistischer Planung, München
Bettelheim, Ch. (1972): Ökonomischer Kalkül und Eigentumsformen. Zur Theorie der Übergangsgesellschaft, Berlin
Bischoff, J. (1993): Staatssozialismus – Marktsozialismus. China als Alternative zum sowjetischen Weg?, Hamburg
Bischoff, J. (1999): Der Kapitalismus des 21. Jahrhunderts. Systemkrise oder Rückkehr zur Prosperität?, Hamburg
Bischoff, J. (2001): Mythen der New Economy. Zur politischen Ökonomie der Wissensgesellschaft, Hamburg
Bischoff, J. (2006): Zukunft des Finanzmarktkapitalismus. Strukturen, Widersprüche, Alternativen, Hamburg
Bischoff, J. (2008): Globale Finanzkrise. Über Vermögensblasen, Realökonomie und die »neue Fesselung« des Kapitals, Hamburg
Bischoff, J. (2008a): Der große Crash und der bürgerliche Staat, in: Bischoff, J./Krüger, S./Zinn, K.G., Finanzkrise, Überakkumulation und die Rückkehr des Staates, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 12/2008
Bischoff, J. (2009): Jahrhundertkrise des Kapitalismus. Abstieg in die Depression oder Übergang in eine andere Ökonomie?, Hamburg
Bischoff, J. (2009a): Die Systemkrise zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Widersprüche

und Grenzen der Akkumulation des Kapitals, in: Krumbein, W./Bischoff, J., Krisen-Deutungen, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 11/2009
Bischoff, J. (Hrsg.) (1982): Jenseits der Klassen? Gesellschaft und Staat im Spätkapitalismus, Hamburg
Bischoff, J./Detje, R./Lieber, C./Müller, B./Siebecke, G. (2010): Die Große Krise. Finanzmarktcrash – verfestigte Unterklasse – Alltagsbewusstsein – Solidarische Ökonomie, Hamburg
Blaschke, R/Otto, A./Schepers, N. (Hrsg.) (2012): Grundeinkommen. Von der Idee zu einer europäischen politischen Bewegung, Hamburg
Böhm-Bawerk, E. v. (1889): Kapital und Kapitalzins, 2. Bd.: Positive Theorie des Kapitals, Innsbruck
Bofinger, P. (2001): Monetary Policy. Goals, Institutions, Strategies, and Instruments, Oxford
Bombach, G./H.-J. Ramser/M. Timmermann/W. Wittmann (Hrsg.) (1981): Der Keynesianismus, Bd. I-IV, Berlin/Heidelberg/New York
Brenner, R. (2002): Boom & Bubble. Die USA in der Weltwirtschaft, Hamburg
Brenner, R. (2004): Neuer Boom oder neue Bubble. Ist der gegenwärtige Aufschwung der US-Wirtschaft eine Seifenblase, in: Supplement der Zeitschrift Sozialismus 4/2004
Brus, W. (1971): Funktionsprobleme der sozialistischen Wirtschaft, Frankfurt a.M.
Brus, W. (1972): Wirtschaftsplanung, Für ein Konzept der politischen Ökonomie, Frankfurt a.M.
Bucharin, N. (1970): Ökonomik der Transformationsperiode, Reinbek
Buci-Glucksmann, C./Therborn, G. (1982): Der sozialdemokratische Staat, Die »Keynesianisierung« der Gesellschaft, Hamburg
Cameron, B. (1992): Geschichte der Weltwirtschaft 2: Von der Industrialisierung bis zur Gegenwart, Stuttgart
Cassel, G. (1918): Theoretische Sozialökonomie, Leipzig/Darmstadt 1968
Castel, R. (2001): Der Zerfall der Lohnarbeitsgesellschaft, in: Bourdieu, P. (Hrsg.), Liber. Jahrbuch 3, Konstanz
Claassen, E.M. (1970): Probleme der Geldtheorie, Berlin/Heidelberg/New York
Clower, R. (1963): Die keynesianische Gegenrevolution. Eine theoretische Kritik, in: Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, Band 99
Coddington, A. (1976): Keynesian Economics. The Search for First Principles, Allen & Unwin
Coddington, A. (1979): Hicks' Contribution to Keynesian Economics, in: Journal of Economic Literature, Vol. 17, S. 970-988
Csikós-Nagy, B. (1988): Sozialistische Marktwirtschaft, Wien
Davidson, P. (1972): Financial Markets, Money and the Real World, London
Damus, R. (1973): Entscheidungsstrukturen und Funktionsprobleme in der DDR-Wirtschaft, Frankfurt a.M.
Detje, R. u.a. (1982): Von der Westzone zum Kalten Krieg. Restauration und Gewerkschaftspolitik im Nachkriegsdeutschland, Hamburg
Diehl, K./Mombert, P. (1979): Wirtschaftskrisen, Ausgewählte Lesestücke zum Studium der politischen Ökonomie, Frankfurt/Berlin/Wien
Dieterich, H. (2006): Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts. Wirtschaft, Gesellschaft und Demokratie nach dem globalen Kapitalismus, Berlin
Dillmann, R. (2009): China. Ein Lehrstück über alten und neuen Imperialismus, einen sozialistischen Gegenentwurf und seine Fehler, die Geburt einer kapitalistischen Ge-

sellschaft und den Aufstieg einer neuen Großmacht, Hamburg
Domar, E. (1957): Essays on the Theory of Economic Growth, New York
Dullien, S./Herr, H./Kellermann, C. (2009): Der gute Kapitalismus, … und was sich dafür ändern müsste, Bielefeld
Duwendag, D./K.-H. Ketterer/W. Kösters/ R. Pohl/D.B. Simmert (1977): Geldtheorie und Geldpolitik. Eine problemorientierte Einführung mit einem Kompendium bankstatistischer Fachbegriffe, 2. Aufl., Köln
Ehrlich, A. (1971): Die Industrialisierungsdebatte in der Sowjetunion 1924-1928, Frankfurt/Wien
Ernst-Pörksen, M. (1981): Das Krisenproblem bei Marx und Keynes, in: WSI-Mitteilungen
Ernst-Pörksen, M. (1983): Staatsschuldtheorien. Vom Merkantilismus bis zur gegenwärtigen Kontroverse um die Staatsverschuldung, Berlin
Fiehler, F. (2000): Die Gesellschaft der Vermögensbesitzer. Über Geld, Chicago und Milton Friedman, Hamburg
Fischer, D./Lackner, M. (Hrsg.) (2007): Länderbericht China, Bonn
Fisher, I. (1930): The Theory of Interest, New York
Foster, J.B. (2011): Die Finanzialisierung der Akkumulation, in: Sozialismus 38. Jahrgang, Heft 349 (1/2011)
Friedman, M. (1956): The Quantity Theory of Money: A Restatement, in: Studies in the Quantity Theory of Money, Chicago; deutsch: M. Friedman, Die optimale Geldmenge und andere Essays, München 1970
Friedman, M. (1968): Die Rolle der Geldpolitik, in: M. Friedman, Die optimale Geldmenge und andere Essays, München
Friedman, M. (1973): Die Gegenrevolution in der Geldtheorie; in: P. Kalmbach (Hrsg.): Der neue Monetarismus, München
Friedman, M. (1976): Kapitalismus und Freiheit, München
Friedman, M./Schwartz, A.J. (1973): The Great Contraction1929-1933, Princeton/New Jersey
Friedrich, C./Oehlke, P. (2011): Fragestellungen linker Strategie in der »Großen Krise«, in: Sozialismus, 38. Jahrgang, Heft 7-8
Fullarton, J. (1845): On the Regulation of Currencies; deutsch: Die Regelung der Währung, in: K. Diehl/P. Mombert (Hrsg.), Vom Gelde. Ausgewählte Lesestücke zum Studium der politischen Ökonomie, Frankfurt/Berlin/Wien 1979
Ganßmann, H. (1996): Geld und Arbeit, Frankfurt a.M.
Gramsci, A. (1967): Philosophie der Praxis, Frankfurt a.M.
Gutenberg, E. (1965), Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre, 1. Band: Die Produktion, Berlin/Heidelberg/New York
Haberler, G. (1937): Prosperity and Depression, Harvard
Haberler, G. (1976): Die Weltwirtschaft und das international Währungssystem in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen, in: Deutsche Bundesbank, Währung und Wirtschaft in Deutschland 1876-1975, Frankfurt a.M.
Hansen, A.H. (1959): Keynes' ökonomische Lehren. Ein Führer durch sein Hauptwerk, Villingen
Harbach, H. (2011): Wirtschaft ohne Markt. Transformationsbedingungen für ein neues System der gesellschaftlichen Arbeit, Berlin
Hardach, G. (1973): Der Erste Weltkrieg, München/Harmondsworth, Middlesex
Harrod, R.F. (1948): Towards a Dynamic Economics. Some Recent Developments of Economic Theory and their Application to Policy, London/New York; deutsch: Dy-

namische Wirtschaft. Einige neuere Entwicklungen der Wirtschaftstheorie und ihre Anwendung auf die Wirtschaftspolitik, Wien/Stuttgart 1949
Hartwig, H.-H. (1970): Sozialstaatspostulat und gesellschaftlicher Status quo, Köln/Opladen
Harvey, D. (2012): Kapitalismuskritik, Hamburg
Heine, M./Herr, H. (2003): Volkswirtschaftslehre, 3. Aufl., München/Wien
Heine, M./Herr, H./Kaiser, C. (2006): Wirtschaftspolitische Regime westlicher Industrienationen, Baden-Baden
Heinrich, M. (2009): Wie das »Kapital« lesen? Leseanleitung und Kommentar zum Anfang des »Kapital«, Teil 1, Stuttgart
Heinrich, M. (2011): Die Wissenschaft vom Wert. Die Marxsche Kritik der Politischen Ökonomie zwischen wissenschaftlicher Revolution und klassischer Tradition, 5. überarb. u. erw. Aufl., Münster
Heise, A./Meißner, W./Tofaute, H. (Hrsg.): Marx und Keynes und die Krise der Neunziger, WSI Herbstforum 1993, Marburg 1994
Heitmeyer, W. (Hrsg.) (2010): Deutsche Zustände. Folge 8, Frankfurt a.M.
Hennicke, P. (Hrsg.) (1973): Probleme des Sozialismus und der Übergangsgesellschaften, Frankfurt a.M.
Herr, H. (1986): Geld, Kredit und ökonomische Dynamik in marktvermittelten Ökonomien – die Vision einer Geldwirtschaft, München
Herr, H. (1992): Geld, Währungswettbewerb und Währungssysteme. Theoretische und historische Analyse der internationalen Geldwirtschaft, Frankfurt/New York
Herr, H./Voy, K. (1989): Währungskonkurrenz und Deregulierung der Weltwirtschaft. Entwicklungen und Alternativen der Währungspolitik der Bundesrepublik und der Europäischen Gemeinschaften (EWS), Marburg
Hicks, J.R. (1937): Mr. Keynes and the »Classics«. A suggested Interpretion, in: Econometrica, Vol. 5, Issue 2 (Apr, 37), 147-159
Hilferding, R. (1923): Das Finanzkapital, Frankfurt a.M. 1968
Hobsbawm, E. (1969): Industrie und Empirie. Britische Wirtschaftsgeschichte seit 1750, 2 Bde., Frankfurt a.M.
Hobsbawm, E. (1981): Die Krise des Kapitalismus, in: Krisen der kapitalistischen Weltökonomie, Reinbek b. Hamburg
Hobsbawm, E. (1989): Das imperiale Zeitalter 1875-1914, Frankfurt a.M./New York
Hofmann, W. (Hrsg.) (1964): Sozialökonomische Studientexte, Bd. 1: Wert- und Preislehre, Berlin
Hofmann, W. (Hrsg.) (1965): Sozialökonomische Studientexte, Bd. 2: Einkommenstheorie, Berlin
Hofmann, W. (Hrsg.) (1966): Sozialökonomische Studientexte, Bd. 3: Theorie der Wirtschaftsentwicklung, Berlin
Horn, G. u.a. (2011): Herausforderungen für die Wirtschaftspolitik 2011. Der Euroraum in Trümmern?, in: IMK-Report, Nr. 59, Januar 2011
Hüning, H./Kadler, A./Krüger, S. (1992): Mecklenburg-Vorpommern: Wege aus der Krise? Wirtschaftliche Rekonstruktion und Strukturgestaltung, Hamburg
Huffschmid, J. (2002): Politische Ökonomie der Finanzmärkte, aktualisierte und erweiterte Neuauflage, Hamburg
Huffschmid, J. (2008): Die Rückkehr des Staates, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 11
Huffschmid, J. (2010): Kapitalismuskritk heute. Zeitdiagnosen: Vom Staatsmonopolistischen zum Finanzmarktgetriebenen Kapitalismus, hrsg. von R. Hickel und A.

Troost, Hamburg
James, H. (1988): Deutschland in der Weltwirtschaftskrise 1924-1936, Stuttgart
Kaldor, N. (1961): Capital Accumulation and Economic Growth, in: F.A. Lutz/D.C. Hague (Hrsg.), The Theory of Capital, London/New York
Kindleberger, Ch.P. (1973): Die Weltwirtschaftskrise, München
Köhler, C. (1977): Geldwirtschaft, 1. Bd.: Geldversorgung und Kreditpolitik, 2. Aufl., Berlin
Köhler, C. (1983): Geldwirtschaft, 3. Bd.: Wirtschaftspolitische Ziele und wirtschaftspolitische Strategie, Berlin
Kosta, J./Meyner, J./Weber, S. (1973): Warenproduktion im Sozialismus. Überlegungen zur Theorie von Marx und zur Praxis in Osteuropa, Frankfurt a.M.
Krelle, W. (1961): Preistheorie, Tübingen
Krüger, S. (1982): Disproportion zwischen Realkapital- und Geldkapitalakkumulation – Bedingungen einer alternativen Geld- und Währungspolitik, in: Alternative Wirtschaftspolitik, Bd. 4: Staatsgrenzen, Argument-Sonderband 89, Berlin
Krüger, S. (1984): Die internationale Finanzkrise – Ausdruck der strukturellen Überakkumulation von Kapital in den kapitalistischen Metropolen, in: Sozialistische Politik und Wirtschaft (spw), Nr. 24, Berlin
Krüger, S. (1988): Konjunktur und Krise. Bundesrepublik 1950-1997: Kritik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 7-8
Krüger, S. (1990): Marktsozialismus – eine moderne Sozialismus-Konzeption für entwickelte Länder; in: Heine. M./Herr, H./Westphal, A./Busch, U./Modelaers, R. (Hrsg.) (1990): Die Zukunft der DDR-Wirtschaft, Reinbek b. Hamburg
Krüger, S. (2007): Konjunkturzyklus und Überakkumulation. Wert, Wertgesetz und Wertrechnung für die Bundesrepublik Deutschland, Hamburg
Krüger, S. (2008): Finanzmarktkrise: Der Umschlag des Kredit- in das Monetarsystem. Einordnung in langfristige Entwicklungstendenzen der Kapitalakkumulation; in: Bischoff, J./S. Krüger/K.G. Zinn, Finanzkrise, Überakkumulation und die Rückkehr des Staates, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 12
Krüger, S. (2009): Geld und Geldware. Der Außen- und der Binnenwert des Geldes, in: Knolle-Grothusen, A./S. Krüger/D. Wolf, Geldware, Geld und Währung. Grundlagen zur Lösung des Problems der Geldware, Berlin
Krüger, S. (2010): Allgemeine Theorie der Kapitalakkumulation. Langfristige Entwicklung und industrieller Zyklus, Hamburg
Krüger, S. (2012): Politische Ökonomie des Geldes. Gold, Währung, Zentralbankpolitik und Preise, Hamburg
Krüger, S. u.a. (1984): Keynes contra Marx? Darstellung und Kritik von Keynes' »General Theory«, Hamburg 1984
Leijonhufvud, A. (1973): Über Keynes und den Keynesianismus. Eine Studie zur monetären Theorie, Köln
Lerner, A.P. (1953): The Essential Properties of Interest and Money, in: Quarterly Journal of Economics
Liberman, E.G. (1973): Ökonomische Methoden zur Effektivitätssteigerung der gesellschaftlichen Produktion, Berlin (DDR)
Lipietz, A. (1983): The Enchanted World, Inflation, Credit and the World Crisis, Paris
Luthard, W. (Hrsg.) (1978): Sozialdemokratische Arbeiterbewegung und Weimarer Republik. Materialien zur gesellschaftlichen Entwicklung 1927-1933, Band 1, Frankfurt a.M.
Lutz, B. (1984): Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Eine Neuinterpreta-

tion der industriell-kapitalistischen Entwicklung im Europa des 20. Jahrhunderts, Frankfurt/New York
Luxemburg, R. (1921): Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus, Berlin
LW 22: W.I. Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: Lenin-Werke (LW), Bd. 22, Berlin (DDR) 1972
LW 33a: W.I. Lenin, Über das Genossenschaftswesen; in: Lenin-Werke (LW) Bd. 33, Berlin (DDR) 1962
LW 33b: W.I. Lenin, XI. Parteitag der KPR(B): Politischer Bericht des Zentralkomitees der KPR(B) 27. März; in: Lenin-Werke (LW) Bd. 33, Berlin (DDR) 1962
Mandel, E. (1962): Der Spätkapitalismus. Versuch einer marxistischen Erklärung, Frankfurt a.M.
Marshall, A. (1890): Principles of Economics (8th edition). London/Basingstoke 1982
Marshall, A. (1923): Credit and Commerce, London
Marx, K./Engels, F./Lenin, W.I. (1971): Über den sozialistischen Aufbau, Berlin (DDR)
Mattfeldt, H. (1985): Einführung in Keynes' Theorie und Politik, in: H. Mattfeldt (1985), Keynes. Kommentierte Werkauswahl, Hamburg
Mattick, P. (1971): Marx und Keynes, Die Grenzen des gemischten Wirtschaftssystems, Frankfurt/Wien
Mill, J.S. (1848): Principles of Political Economy with some of their Applications to Social Philosophy; deutsch: Grundsätze der politischen Ökonomie mit einigen ihrer Anwendungen auf die Sozialphilosophie, Jena 1924
Milward, A.S. (1977): Der Zweite Weltkrieg, München/Harmondsworth, Middlesex
Minsky, H.P. (1990): John Maynard Keynes. Finanzierungsprozesse, Investition und Instabilität des Kapitalismus, Marburg (engl. 1975)
Minsky, H.P. (2011): Instabilität und Kapitalismus, Zürich
Mottek, H. u.,a. (1974): Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, Bd. 3: Von der Zeit der Bismarckschen Reichsgründung 1871 bis zur Niederlage des faschistischen deutschen Imperialismus, Berlin (DDR)
Müller, K.O.W. (1972): Neokeynesianismus. Kritische Untersuchung einer modernen staatsmonopolistischen Wirtschaftslehre, Berlin (DDR)
Nolte, D./Schaaf, H./Zinn, K.G. (1988): »Relative Sättigung« und unerfüllte Wünsche. Eine Entgegnung auf Ottwald Demele, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 4
Patinkin, D. (1956): Money, Interest and Prices. An Integration of Monetary and Value Theory, Evanston/Illinois
Paulsen, A. (1952): Neue Wirtschaftslehre, Einführung in die Wirtschaftstheorie von John Maynard Keynes und die Wirtschaftspolitik der Vollbeschäftigung, Berlin/Frankfurt a.M.
PKA (1973): Projekt Klassenanalyse, Materialien zur Klassenstruktur der BRD, 1. Teil: Theoretische Grundlagen und Kritiken, Berlin
PKA (1974): Projekt Klassenanalyse, Materialien zur Klassenstruktur der BRD, 2. Teil: Grundriß der Klassenverhältnisse (1950-1970), Berlin
PKA (1976): Projekt Klassenanalyse, Gesamtreproduktionsprozeß der BRD 1950-1975. Kritik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, Berlin
Pohl, R. (1981): Staatsverschuldung und crowding-out-Debatte, in: D. Simmert/K.-D. Wagner (Hrsg.), Staatsverschuldung kontrovers, Köln

Pohl, H. (1989): Aufbruch der Weltwirtschaft. Geschichte der Weltwirtschaft von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg, Stuttgart
Polanyi, K. (1944): The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschafts- und Wirtschaftssystemen, Wien
Predöhl, A. (1977): Die Epochenbedeutung der Wirtschaftskrise von 1929 bis 1931, in: D. Petzina u.a., Die deutsche Wirtschaft in der Zwischenkriegszeit, Wiesbaden
Preobrazenskij, E. (1971): Die Neue Ökonomik, Berlin
Reuter, N. (1998): Wachstumseuphorie und Verteilungsrealität. Wirtschaftspolitische Leitbilder zwischen Gestern und Morgen. Mit Texten zum Thema von John Maynard Keynes und Wassily Leontief, Marburg
Ricardo, D. (1811): The high Price of Bullion. A Proof of the Depreciation of Banknotes; deutsch: Der hohe Preis der Edelmetalle, in: K. Diehl/P. Mombert (Hrsg.), Vom Gelde. Ausgewählte Lesestücke zum Studium der politischen Ökonomie, Frankfurt/Wien/Berlin 1979
Ricardo, D. (1821): Principles of Political Economy and Taxation; deutsch: Grundsätze der politischen Ökonomie und der Besteuerung, Berlin (DDR) 1959
Riese, H. (1980a): Theorie der Geldwirtschaft, Teil A: Grundlagen einer Theorie der Geldwirtschaft, unveröffentlichtes Manuskript, Berlin
Riese, H. (1980b): Theorie der Geldwirtschaft, Teil B: Theorie des Vermögens, unveröffentlichtes Manuskript, Berlin
Riese, H. (1980c): Theorie der Geldwirtschaft, Teil C: Theorie der Produktion, unveröffentlichtes Manuskript, Berlin
Riese, D. (1981): Theorie der Geldwirtschaft, Teil D: Theorie der Interaktion von Vermögensmarkt und Gütermarkt, unveröffentlichtes Manuskript, Berlin
Riese, H. (1983): Wirtschaftspolitik in einer Geldwirtschaft. Theoretische Grundlagen und praktische Fragen, unveröffentlichtes Manuskript, Berlin
Riese, H. (1986): Theorie der Inflation, Tübingen
Robinson, J. (1949): An Essay on Marxian Economics, London
Robinson, J. (1956): The Accumulation of Capital; deutsch: Die Akkumulation des Kapitals, Frankfurt/Berlin/Wien 1972
Robinson, J. (1961): Prelude to a Critique of Economic Theory, in: Oxford Economic Papers, Vol. 13, No. 1
Robinson, J. (1969): Kleine Schriften zur Ökonomie, Frankfurt a.M.
Robinson, J. (1971): Economic Heresies. Some old fashioned Questions in Economic Theory, New York
Robinson, J. (1979): The Generalisation of the General Theory, London and Basingstoke
Robinson, J. (1980): Ökonomische Theorie als Ideologie, Frankfurt a.M.
Röpke, W. (1959): Gegen die Brandung, Zürich
Roesler, J. (2010): Der schwierige Weg in eine solidarische Wirtschaft. Historische Erfahrungen aus Weltwirtschaftskrise und New Deal, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 9/2010
Roth, W. (1982): Humane Wirtschaftspolitik. Die sozialdemokratische Alternative, Köln
Rüstow, A. (2001): Das Versagen des Wirtschaftsliberalismus, hrsg. von Frank und Gerhard Maier-Rigaud, Marburg
Scherf, H. (1986): Marx und Keynes, Frankfurt a.M.
Schwab, J. (1978): Eine Interpretation des Beitrages von J.M. Keynes zur Krisentheorie, in: mehrwert Nr. 14

Shackle, G. (1955): Uncertainty in Economics and Other Reflections, Cambridge
Shiller, R.J. (2005): Irrational Exuberance, 2nd ed., Princeton/Oxford
Smith, A. (1786): An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations; deutsch: Eine Untersuchung über das Wesen und die Ursachen des Reichtums der Nationen. Erster, zweiter und dritter Band, Berlin (DDR) 1963ff.
SOST (1980a): Sozialistische Studiengruppen, Spaltung der Arbeiterbewegung und Faschismus. Sozialgeschichte der Weimarer Republik, Hamburg
SOST (1980b): Eine linke Alternative zum gescheiterten »Modell Deutschland«, in: Prokla, Heft 40
SOST (1982): Sozialistische Studiengruppen, Stagnation und Krise. Langfristige Tendenzen der kapitalistischen Ökonomie, Hamburg
Spahn, H.-P. (1986): Stagnation in der Geldwirtschaft. Dogmengeschichte, Theorie und Politik aus keynesianischer Sicht, Frankfurt/New York
Sraffa, P. (1926): The Law of Returns under Competitive Conditions, in: Economic Journal
Stützel, W. (1978): Ober- und Untergrenzen der öffentlichen Verschuldung, in: Kredit und Kapital, 11. Jg.
Thomasberger, C. (1987): Löhne, Profite, Inflation. Theorie der monetären Wirtschaft, München
Tobin, J. (1978): Grundsätze der Geld- und Staatsschuldenpolitik, Baden-Baden
Traber, U. (1984): Monetäre und reproduktive Akkumulation – Anmerkungen zu Hyman P. Minsky, in: Prokla 57, 14. Jg.
Varga, E. (1974): Die Krise des Kapitalismus und ihre politischen Folgen, Frankfurt a.M.
Voy, K./W. Polster/C. Thomasberger (Hrsg.) (1991): Marktwirtschaft und politische Regulierung. Beiträge zur Wirtschafts- und Gesellschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland (1949-1989) Bd. 1, Marburg
Wagenführ, R. (1933): Die Industriewirtschaft, in: E. Wagemann (Hrsg.), Vierteljahreshefte zur Konjunkturforschung, Sonderheft Nr. 31, Berlin
Walras, L. (1926): Elements d'économie politique pure, Theorie de la richesse sociale; englisch: Elements of Pure Economics or the Theory of Social Wealth, London 1954/Philadelphia 1984
Weber, M. (1976): Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie, 5. rev. Aufl., besorgt v. J. Winkelmann, Tübingen
Wee, H. van der (1984): Der gebremste Wohlstand. Wiederaufbau, Wachstum, Strukturwandel 1945-1980, München
Wehr, A. (2010): Griechenland, die Krise und der Euro, Köln
Wendl, M. (2011): Linke Wirtschaftspolitik als Tugendlehre. Gibt es eine innere Verwandtschaft von Ordoliberalismus und »kreativem« Sozialismus?, in: Sozialismus 12/2011
Wicksell, K. (1898): Geldzins und Güterpreise, Jena
Wicksell, K. (1928): Vorlesungen über Nationalökonomie auf Grundlage des Marginalprinzips, Jena
Ziebura, G. (1984): Weltwirtschaft und Weltpolitik 1922/24-1931. Zwischen Rekonstruktion und Zusammenbruch, Frankfurt a.M.
Zinn, K.G. (1986): Arbeit, Konsum, Akkumulation. Versuch einer integralen Kapitalismusanalyse von Keynes und Marx, Hamburg
Zinn, K.G. (2008): Die Keynessche Alternative. Beiträge zur Keynesschen Stagnationstheorie. Zur Geschichtsvergessenheit der Ökonomik und zur Frage einer linken

Wirtschaftsethik, Hamburg
Zinn, K.G. (2011): Wachstum, Wohlstand, Weltbevölkerung; Die demografische Herausforderung des 21. Jahrhunderts, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 5/2011
Zinn, K.G. u.a. (1988): Keynes aus nachkeynesscher Sicht. Zum 50. Erscheinungsjahr der »Allgemeinen Theorie« von John Maynard Keynes, Wiesbaden

Ausblick auf Band 3: Wirtschaftspolitik und Sozialismus Vom polit-ökonomischen Minimalkonsens zur Überwindung des Kapitalismus

Erster Abschnitt: Die Herausforderungen für die (Welt-)Wirtschaft im zweiten Dezennium des 21. Jahrhunderts

Kapitel 1: Die andauernde Große Krise seit 2007

a) Die Finanzmarktkrise als unvermeidliches Resultat der strukturellen Überakkumulation in den kapitalistischen Metropolen
b) Die verschiedenen Entwicklungsphasen der Zweiten Großen Krise
c) Perspektiven des weiteren Krisenverlaufs
d) Strukturelle Defizite des herrschenden Globalisierungs- und Gesellschaftsmodells

Kapitel 2: Krise der Euro-Zone und der Europäischen Union

a) Geburtsfehler der europäischen Wirtschafts- und Währungsintegration
b) Disproportionen in den Außenwirtschaftsbeziehungen der europäischen Volkswirtschaften
c) Die Staatsschulden- und Bankenkrise im Euro-Währungsraum
d) Die EU-Staaten außerhalb der Euro-Zone

Kapitel 3: Die Schieflage in den Verteilungsverhältnissen

a) Marktbestimmte Einkommen
   1. Lohn und Profit
   2. Zins und Unternehmergewinn
b) Politisch vermittelte Umverteilung
   1. Steuererhebung
   2. Monetäre und Realtransfers
c) Personelle Einkommens- und Vermögensverteilung
   1. Einkommensverteilung
   2. Vermögensverteilung

Kapitel 4: Strukturelle Überakkumulation von Kapital als Blockade für wirtschaftliches Wachstum und Produktivkraftsteigerung

a) Elemente einer postfordistischen Betriebsweise im gegenwärtigen kapitalistischen Reproduktionsprozess
b) Überlagerung und Deformation der Produktivkraftentwicklung durch Re-Taylorisierung und finanzkapitalistische Imperative
c) Verlust der politischen Beeinflussung der Ökonomie durch Ausdünnung und Zerstörung des öffentlichen Wirtschaftssektors

Kapitel 5: Erblasten von Deregulierung und Privatisierung im Neoliberalismus und Finanzmarktkapitalismus

a) Entwertung der Arbeitskraft und Prekarisierung von Beschäftigungsverhältnissen
b) Finanzkapitalistische Deformation der Corporate Governance
c) Infragestellung des erwerbswirtschaftlichen Ethos

Zweiter Abschnitt: Wirtschaftspolitik zur Lösung der aktuellen Problemlagen

Kapitel 6: Bändigung der Geldkapitalakkumulation

a) Kontrollierte Entwertung des fiktiven Kapitals
   1. Unvermeidlichkeit von Schuldenschnitten durch harte (»hair-cuts«) und weiche Formen (Umschuldungen)
   2. Verbot hochspekulativer Finanzmarktgeschäfte
b) Beschränkung der Geldkapitalakkumulation
   1. Transaktionssteuer für Geldkapitalbewegungen
   2. Kapitalverkehrs- und Devisenkontrollen für die Euro-Zone
c) Rekapitalisierung des Bankensystems und Aufbau europäischer Institutionen zur Regulierung der Finanzmärkte
d) Aufgaben der öffentlichen Banken und Sparkassen
e) Neujustierung der Geldpolitik der Europäischen Zentralbank

Kapitel 7: Korrektur der Verteilungsverhältnisse im reproduktiven Sektor

a) Gesetzlicher dynamisierter Mindestlohn und Erschwerung von Lohnsenkungen und Massenentlassungen
b) Stärkung des Normalarbeitsverhältnisses durch Begrenzung von Leih- und Zeitarbeit, Aufwertung der Flächentarifverträge
c) Administrative Regulierung der Zinssätze
d) Begrenzung der Manager-Vergütungen

Kapitel 8: Sanierung der öffentlichen Finanzen

a) Stärkung der Einnahmenseite des Staatsbudgets
   1. Unverzichtbarkeit der Ausweitung des öffentlichen Kredits
   2. Steuerpolitik zur Verbesserung der Einnahmesituation
   3. Einsatz der Steuerpolitik zur Korrektur der marktbestimmten Einkommensverteilung
b) Stärkung der umlagefinanzierten Sozialversicherungssysteme
c) Überwindung des »Hartz IV-Regimes«: Bedarfsorientierte Grundsicherung vs. bedingungsloses Grundeinkommen

Kapitel 9: Neue makroökomische Schwerpunkte und öffentliche Beschäftigungsinitiativen

a) Umsteuerung zu binnenwirtschaftlichen Wachstumskräften gegenüber aggressiver Exportforcierung
b) Forcierte Umsetzung der Energiewende
c) Stabilisierung der öffentlichen Investitionen bei allen Gebietskörperschaften und Auflage eines mehrjährigen Beschäftigungsprogramms zur Steigerung der öffentlichen Nachfrage und Beseitigung von Defiziten in der Daseinsvorsorge
d) Ausbau und Fortentwicklung des öffentlich finanzierten Beschäftigungssektors

Kapitel 10: Strukturell-ordnungspolitische Weichenstellungen

a) Neue De-Kommodifizierung der Arbeitskraft durch Re-Regulierung des Arbeitsmarktes
b) Rekommunalisierung: Verteidigung und Ausbau öffentlicher Rechtsformen bei Infrastruktur- und Versorgungsdienstleistungen
c) Verteidigung und Ausbau der betrieblichen und Unternehmensmitbestimmung
d) Aktivierung öffentlicher regionaler und sektoraler Struktur- und Forschungspolitik
e) Beendigung der Begünstigung leistungsloser Besitzeinkommen

Dritter Abschnitt: Marktwirtschaft und Sozialismus

Kapitel 11: Dysfunktionalität zentraler Ressourcenlenkung in hoch entwickelten Ökonomien

a) Zentrale Aussagen von Marx und Engels zur Planung der Produktion in nachkapitalistischen Gesellschaften
b) Die verbreiteten Missverständnisse zum Verhältnis von Plan und Markt
c) Erfolge zentraler Ressourcenlenkung in gesellschaftlichen Ausnahmesituationen sowie niedrig differenzierten Ökonomien
   1. Ressourcenbereitstellung in Kriegszeiten
   2. Zentrale Schwerpunktplanung zur nachholenden Industrialisierung am Beispiel der Entwicklung in der Sowjetunion vor Beginn des Zweiten Weltkriegs
   3. Administrative Lenkung der Produktion zur Wiederingangsetzung des Reproduktionsprozesses und als Voraussetzung des Übergangs zu marktwirtschaftlicher Steuerung am Beispiel der Westzonen der späteren BRD nach dem Zweiten Weltkrieg
d) Der Realsozialismus als Hybrid-Ökonomie
   1. Von der charismatischen Herrschaft zur staatlichen Parteibürokratie
   2. Informelle Beziehungen zwischen den Betrieben als Bedingung der Planrealisierung

Kapitel 12: Stärkung der Marktelemente und dezentraler Entscheidungsstrukturen unter Bedingungen zentraler Planung – theoretische Bewertungen und praktische Erfahrungen

a) Die »Neue Ökonomische Politik« in der Sowjetunion der 1920er Jahre
   1. Lenins Konzept
   2. Die Industrialisierungsdebatte 1924-1928: Preobraschenski vs. Bucharin
   3. Bucharins Position (»Ökonomik der Transformationsperiode«)
b) Die Reformdiskussion in den realsozialistischen Ländern
   1. Liberman (UdSSR)
   2. NÖS/NÖSPL (DDR)
   3. Wlodzimierz Brus/Ota Sik/Csikos-Nagy (Polen/CSSR/Ungarn)
   4. Der jugoslawische Selbstverwaltungssozialismus
   Sozialistische Marktwirtschaft in der VR China
e) Bewertung der Reformansätze

Kapitel 13: Marktsozialismus als Sozialismus-Konzeption für entwickelte Ökonomien

a) Die Unverzichtbarkeit marktwirtschaftlicher Ressourcenallokation unter Knappheitsbedingungen
   1. Mangelwirtschaft und Überflussökonomie: Rolle und Bedeutung des Wirtschaftswachstums und gesellschaftlicher Zeitstrukturen
   2. Die Rolle der Nachfrage für die Strukturierung des Warenangebots
   3. Die Illusionen des »Sozialismus des 21. Jahrhunderts« (Dieterich)
b) Warenzirkulation und Produktionsverhältnisse
   1. Systemspezifischer Charakter der Produktionsverhältnisse
   2. Reichweite des Waren- und Geldfetischs
   3. Indienstnahme des Kreditsystems: Steuerungsfunktion von Kredit und Zins
   4. Rolle des Staates
c) Pluralität der Eigentumsformen an den Produktionsmitteln und am Grund und Boden
   1. Staatseigentum, genossenschaftliches Eigentum und Privateigentum
   2. Mischformen: Bedeutung des Public-Private-Partnership
   3. Rolle und Bedeutung des individuellen Eigentums
d) Rahmenbedingungen und Stellenwert der Ware-Geld-Beziehungen auf den Märkten
   1. Institutionell-adminstrative Rahmensetzungen und Einhegungen
   2. Marktpreise für Konsumtionsmittel und Konsumentensouveränität
   3. Die Investitionen zwischen strukturpolitischer Steuerung und marktbestimmter zahlungsfähiger Nachfrage
   4. Die Rolle von Profitrate und Konkurrenz für die Akkumulation und die einzelwirtschaftlichen Ziele
   5. Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit

e) Die makroökonomischen Steuerungsinstitutionen und -instrumente
   1. Banken und Kapitalsammelstellen
   2. Sektorale und regionale Entwicklungsagenturen
   3. Direkt-administrative und indirekt-marktkonforme Steuerungsinstrumente
f) Soziale Marktwirtschaft und marktwirtschaftlicher Sozialismus
   1. Systemimmanente Grenzen der (kapitalistischen) sozialen Marktwirtschaft
   2. Marktsozialismus als qualitativ höhere Form

Kapitel 14: Kommunistische Perspektiven

a) Charakteristika kommunistischer Produktions- und Distributionsverhältnisse
b) Schrittweise Verbreiterung nicht-monetärer bedürfnisorientierter Verteilungsformen: »Jedem nach seinen Bedürfnissen«
   1. Notwendige Konsumtionsmittel als freie Güter und Dienstleistungen
   2. Luxuskonsum als Ware zwischen Grund- und Individualeinkommen in Geldform
c) Zunehmende Ersetzung staatlicher durch zivilgesellschaftliche Regulationsformen (»Absterben des Staates«)

Vierter Abschnitt: Sozialistische Wirtschaftspolitik

Kapitel 15: Die Perspektive eines einheitlichen europäischen Gesamtreproduktionsprozesses

a) Vom Binnenwährungsraum zur europäischen Volkswirtschaft
b) Politische Entscheidungs- und Steuerungsebenen
c) Die EU als Transfer-, Haftungs- und Sozialunion

Kapitel 16: Weiterführung der alternativen Wirtschaftspolitik zur Systemveränderung I

a) Aktive sektorale und regionale Strukturpolitik mit Entwicklungsleitbildern für identifizierte Schlüsselsektoren der zukünftigen europäischen Entwicklung
   1. Gesamtgesellschaftliche Vorgaben
   2. Intervention von nationalen, Branchen- und Betriebsräten sowie Konsumentenorganisationen
b) Öffentliches Co-Venturing bei High-Tech-Projekten und Neugründungen sowie bei Bestandspflege und Konversionen
   1. Moderation und Beteiligung öffentlicher Instanzen bei der Formierung von Unternehmensnetzwerken (Clusterbildung)
   2. Aufbau von regionalen Sanierungsagenturen zur Bestandspflege und Produktkonversion
c) Verstetigung öffentlicher und öffentlich-induzierter Nachfrage
d) Neue Arbeitsteilung zwischen öffentlich- und gemeinwirtschaftlich-organisierten Humandienstleistungen

e) Wirtschaftsdemokratie: Demokratisierung der Unternehmensverfassung durch Ausbau der Mitentscheidungskompetenz der Beschäftigten bei strategischen Unternehmensentscheidungen
f) Beteiligung der Beschäftigten am Produktivkapital

Kapitel 17: Weiterführung der alternativen Wirtschaftspolitik zur Systemveränderung II

a) Verpflichtung der Zentralbankpolitik zur Koordination mit öffentlicher Struktur- und Beschäftigungspolitik
b) Vergesellschaftung und Umbau des Finanzsektors
   1. Entflechtung der Bank- und Versicherungskonzerne
   2. Indienstnahme des vergesellschafteten Banksektors zur wirtschaftlichen Steuerung
   3. Transformation der Wertpapierbörsen: Reduzierung der Kapitalsammel-stellen auf ihre Allokationsfunktion
c) Institutionen und Instrumente des Kredits in einer sozialistischen Marktwirtschaft

Kapitel 18: Neue Weltwirtschafts- und -währungsordnung

a) Sozialisierung der Demiurgenfunktion und Weiterentwicklung des Internationalen Währungsfonds zu einer Welt-Zentralbank
b) Schaffung einer internationalen Kunstwährung als Verrechnungsmedium für den Ausgleich nationaler Zahlungsbilanzen
c) Alternatives Globalisierungsmodell: Auswärtiger Handel zwischen Intra- und Inter-Blockhandel
d) Stärkung der Weltbank zur Bekämpfung der Unterentwicklung

Fünfter Abschnitt: Die sozialen Träger des sozialistischen Modernisierungsprojekts

Kapitel 19: Die Arbeiterbewegung und ihre Gewerkschaften

Kapitel 20: Neue soziale Bewegungen im außerparlamentarischen Raum

a) Globalisierungskritiker
b) »Wutbürger«

Kapitel 21: Die linken Parteien

a) Sozialdemokraten
b) Linkssozialistische Parteien

VSA: Politische Ökonomie

David Harvey
Marx' »Kapital« lesen
Ein Begleiter für Fortgeschrittene und Einsteiger
Aus dem Amerikanischen von Christian Frings
416 Seiten; € 24.80
ISBN 978-3-89965-415-8
Ein Glücksfall für die Marx-Rezeption im 21. Jahrhundert: Der weltweit bekannte marxistische Wissenschaftler David Harvey führt durch den klassischen Text zur Kritik der politischen Ökonomie.
»Eine ebenso verständliche wie anspruchsvolle Einführung in die Marx'sche Theorie.« (taz)

Elmar Altvater
Marx neu entdecken
Das hellblaue Bändchen zur Einführung in die Kritik der Politischen Ökonomie
144 Seiten | € 9.00
ISBN 978-3-89965-499-8
»Das hellblaue Bändchen« möchte Begleiter dabei sein, die »Blauen Bände« von Karl Marx und Friedrich Engels neu zu entdecken.
Es folgt einer anderen Ordnung als sonstige Einführungen in das Marxsche Werk. So werden einige der brennenden Probleme der Gegenwart, insbesondere die Fragen nach Ursachen, Verlauf, Perspektiven und Lösungen der großen Krise aufgeworfen und mit Hilfe der Marxschen Theorie diskutiert und zu beantworten versucht.

Joachim Bischoff
Die Herrschaft der Finanzmärkte
Politische Ökonomie der Schuldenkrise
232 Seiten | € 16.80
ISBN 978-3-89965-486-8
Wie ist der Kapitalismus in die Falle der Schulden- und Kreditökonomie hineingeraten und wie stellt sich die Herrschaft der Finanzmärkte dar? Welche alternativen Entwicklungspfade aus der Krise heraus gibt es?
Nicht nur die Abhängigkeit und Getriebenheit der Politik erweist sich als verhängnisvoll, auch die Dominanz der Finanzmärkte und ihrer Akteure über die Unternehmenswirtschaft muss zurückgedrängt werden.

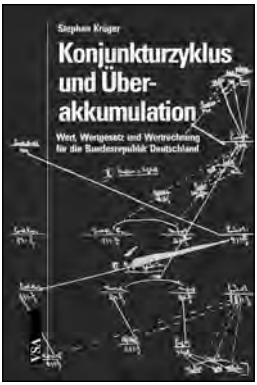
VSA

Prospekte anfordern!

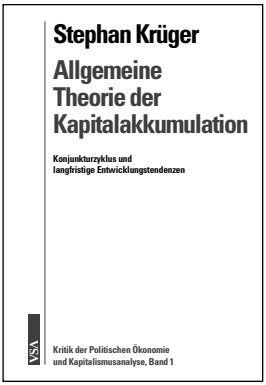
VSA-Verlag
St. Georgs Kirchhof 6
20099 Hamburg
Tel. 040/28 09 52 77-10
Fax 040/28 09 52 77-50
Mail: info@vsa-verlag.de

www.vsa-verlag.de

VSA: Kapitalismus- & Krisenanalyse

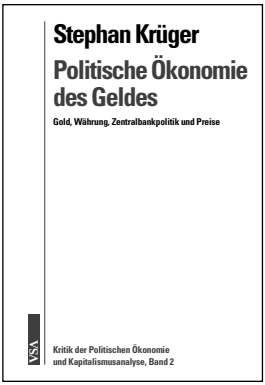


Stephan Krüger
Konjunkturzyklus und Überakkumulation
Wert, Wertgesetz und Wertrechnung für die Bundesrepublik Deutschland
168 Seiten; € 12.80
ISBN 978-3-89965-201-7
Konjunkturanalyse, Werttheorie, Marxinterpretation und Realanalyse bundesdeutscher Wirtschaftsgeschichte in einem Band!
Welches sind die Triebkräfte der gegenwärtigen ökonomischen Entwicklung? Krüger liefert werttheoretisch fundierte Antworten.



Stephan Krüger
Allgemeine Theorie der Kapitalakkumulation
Konjunkturzyklus und langfristige Entwicklungstendenzen
Kritik der Politischen Ökonomie und Kapitalismusanalyse, Band 1
1000 Seiten; Hardcover;
€ 58.00
ISBN 978-3-89965-376-2
Dieser Band enthält nicht nur – mit reichhaltigen empirisch-statistischen Illustrationen – ein komplettes Bild der ökonomischen Entwicklung Deutschlands von 1945 bis in die jüngste Gegenwart, sondern auch eine durchgängige Interpretation aller drei Bände des »Kapitals« von Karl Marx.

Sonderpreis
Bd. 1 und 2 zusammen:
€ 80,- statt € 94,80
ISBN 978-3-89965-473-8



Stephan Krüger
Politische Ökonomie des Geldes
Gold, Währung, Zentralbankpolitik und Preise
Kritik der Politischen Ökonomie und Kapitalismusanalyse, Band 2
616 Seiten | Hardcover |
€ 36.80
ISBN 978-3-89965-459-2
Der Autor führt die »Allgemeine Theorie der Kapitalakkumulation« mit einer Geld- und Währungstheorie auf marxistischer Grundlage fort. Darüber hinaus werden die historischen Etappen verschiedener Geld- und Währungssysteme analysiert und die Geldpolitik der Deutschen Bundesbank bzw. der Europäischen Zentralbank kritisch betrachtet.

Sonderpreis
Bd. 1, 2 und 4 zusammen:
€ 100,- statt € 121,60
ISBN 978-3-89965-547-6

www.vsa-verlag.de

VSA

Prospekte anfordern!

VSA-Verlag
St. Georgs Kirchhof 6
20099 Hamburg
Tel. 040/28 09 52 77-10
Fax 040/28 09 52 77-50
Mail: info@vsa-verlag.de